From the Library of

Henry Tresawna Gerrans

Fellow of Worcester College, Oxford

1882–1921

Given to University of Toronto Library.

By his Wife

Deutschland und die große Politik anno 1914

Die letzten Etappen zum Weltkrieg

Von

Dr. Th. Schiemann
Professor an der Universität Berlin

175421
14/11/22

Berlin
Druck und Verlag von Georg Reimer
1915.

M. T. GERRANS,
WORCESTER COLLEGE,
OXFORD

Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen, vorbehalten.

Vorwort.

Der Band 1914 von „Deutschland und die große Politik" bildet den Abschluß der Reihe von Wochenübersichten über unsere auswärtige Politik, die regelmäßig jeden Mittwoch in der Kreuzzeitung veröffentlicht wurden und seit 1901 am Schluß jedes Jahres in Buchform erschienen.

Ich nehme hiermit Abschied von meinen Lesern und habe versucht, dem letzten Bande, dessen Wochenübersichten mit dem 5. September abbrechen, dadurch einen sachlichen Abschluß zu geben, daß ich Aufsätze, die an anderer Stelle bis zum Schluß des Jahres von mir veröffentlicht wurden, der Sammlung angefügt habe.

Der Band 1914 bringt dem Leser die Etappen, durch welche die große, von England geführte Verschwörung der Welt den Krieg aufzwang, unter dem jetzt alle, Kriegführende wie Neutrale, zu leiden haben und dessen Ziel es sein sollte, vor allem die zentrale Machtstellung Deutschands zu brechen und nebenher die orientalische Frage in einem Sinne zu lösen, der den Untergang Österreich-Ungarns und die Teilung des türkischen Reiches nach sich zu ziehen bestimmt war.

Noch stehen wir mitten im Kampf, aber schon jetzt läßt sich sagen, daß jeder unserer Feinde einzeln genommen und zugleich sie alle als Gesamtheit an Ansehen und Macht verloren haben, während gleichzeitig Deutschlands Kraftentwicklung sich stetig mehrte.

Mit ruhiger Zuversicht sehen wir dem Ausgange entgegen. Wir haben uns keine Versäumnisse vorzuwerfen. Weder in unserem Bemühen, den Frieden aufrechtzuerhalten, noch in dem Ausbau unserer Wehrkraft zu Wasser, zu Lande und in den Lüften. Der Krieg wird

fast ausschließlich auf fremdem Boden geführt, und auf fremdem Boden werden wir den Frieden erzwingen. Trotz der großen Opfer, die wir gebracht haben, sind wir getrost in das neue Jahr eingetreten. Es soll das Jahr der Ernte werden, die aus der Saat ausreifen wird, die wir mit unserem Herzblut befruchtet haben.

Der alte Wahlspruch „Mit Gott für König und Vaterland" ist mehr als je zur Wahrheit geworden: mit ihm sind wir ins Feld gezogen, er wird der Trostspruch derjenigen sein, die um die Helden dieses Krieges das Trauergewand angelegt haben.

Den 1. Januar 1915.

Professor Dr. **Theodor Schiemann.**

1. Januar. Pazifistische Kundgebung Lloyd Georges im Daily Chronicle.
3. Januar. Enver Pascha wird Kriegsminister.
5. Januar. Demission des rumänischen Ministeriums Majorescu.
7. Januar. Joseph Chamberlain tritt offiziell vom politischen Schauplatz ab. Huerta führt in Mexiko Zwangskurs ein.

---

7. Januar 1914.

Eine irgendwie entscheidende Wendung in der allgemeinen Weltlage hat das neue Jahr nicht gebracht. Nach wie vor richtet sich die Aufmerksamkeit auf den Wetterwinkel im äußersten Osteuropa, womit wir nicht Rußland, sondern die Balkanhalbinsel meinen. Den Ministerkrisen in Serbien, Bulgarien, Rumänien größere Bedeutung beizumessen, liegt kein Grund vor. Bedenklich erscheint uns dagegen die durch eine Note Sir Edward Greys, deren Opportunität je länger je mehr zweifelhaft erscheint, in den Vordergrund gerückte griechische Inselfrage. Es lag keine Notwendigkeit vor, ihr einen aktuellen Charakter zu geben. Sie konnte ruhen und der Zeit überlassen werden, eine allen Teilen annehmbare Lösung vorzubereiten. Aber es ist ein Charakteristikum der politischen Periode, in der wir leben, daß der Wille einer nervösen Preßkampagne, die den Anspruch erhebt, der rechte Ausdruck der öffentlichen Meinung zu sein, während sie in Wirklichkeit nur insignifiante Widersacher vertritt, sich der offiziellen Politik zu oktroyieren bemüht ist und dieses Ziel auch häufig erreicht. Der französisch-polnisch-russische Historiker und Publizist Waliszewski hat jüngst in einem Feuilleton der „Nowoje Wremja" die Politik der Mächte der Tripleentente mit dem Kunststück des Fliegers Pégoud verglichen, der den Beweis erbracht hat, daß man auch mit dem Kopf nach unten fliegen könne. Um einen plötzlichen Sturz abzuwenden und dem Aeroplan seine richtige Lage wiederzugeben, sei das auch entschieden zu empfehlen, aber in Frankreich und Rußland habe man in der großen Politik diesen Modus der Fortbewegung, die Beine nach oben, den Kopf nach unten, zum idealen System gemacht, obgleich erfahrene Flieger behaupten, daß bei Pégouds Methode die

Übersicht verloren gehe, der Horizont sich verenge, das Blut zu Kopf dränge und eine sichere Leitung des Flugzeuges unmöglich werde. Nur Österreich und Deutschland seien bei der alten sicheren Methode geblieben, wobei sie einen Vorteil nach dem andern erringen. Jetzt habe Deutschland die Schlüssel der Dardanellen in seine Tasche gesteckt und es geschehe von seiten der Entente nichts dagegen. Herr Waliszewski drängt auf Krieg: „Für ein Reich wie das unsrige ist Krieg das natürliche Gesetz seiner Existenz. Drei Jahrhunderte hindurch ist Rußland im Feuer steter Schlachten gewesen, und wenn wir jetzt diese Flammen löschen wollten, werden wir auch auf die Stellung verzichten müssen, die wir in der Welt einnehmen. . . .“ „Um einen großen Horizont vor sich zu sehen, darf man nicht „mit dem Kopf nach unten“ fliegen, bisher sind wir auf einem toten Punkt stehen geblieben, die Mißerfolge und Demütigungen nehmen kein Ende. Zwar unser finanzieller Kredit in Frankreich hat nicht gelitten, wie aber steht es mit unserm moralischen Kredit? Können die Franzosen davon überzeugt sein, daß wir in gewissen Fällen mit ihnen gemeinsam handeln und an ihrer Seite kämpfen werden, wenn wir uns sogar zur Verteidigung des wichtigsten und vitalsten Teiles unseres historischen Erbes darauf beschränken, vorsichtig zu protestieren und diesen Protest nicht einmal selbst vorbringen, sondern unsere Bundesgenossen als Dolmetscher benutzen? . . .“

Nun ist allerdings darauf hinzuweisen, daß Herr Waliszewski diesen Krieg, auf den er, soviel an ihm liegt, hinarbeitet, nicht als Franzose und Russe, sondern als Pole wünscht, wie denn das polnische Interesse an einem Weltkriege sowohl in der französischen als auch in der englischen Presse (in letzterer in der Form von „Schreiben an die Redaktion“) zum Ausdruck gekommen ist, in galizischen Kreisen aber recht unverblümt geltend gemacht wurde. Die antipolnische Richtung der russischen Konservativen ist auf diese nicht zu übersehende Tatsache zurückzuführen. Es ist aber charakteristisch, daß Herr Menschikow, der sich gelegentlich recht rücksichtslos über die für die russische Presse ausgegebene Parole hinwegsetzt, den Schwerpunkt seiner Sorgen wegen der beginnenden Bemühungen der Türkei um Wiederherstellung ihrer arg erschütterten Machtstellung nicht auf die deutsche Militärmission richtet, sondern auf die Rekonstruktion der türkischen Flotte unter englischer Ägide. „Man darf nicht vergessen, schreibt er am 5. Januar, daß England noch vor 10 Jahren unser schlimmster Feind war, und daß es noch jetzt

in engem Bündnis mit Japan steht, das uns geschlagen hat. Man darf nicht vergessen, daß Rußland jetzt, wie vor hundert Jahren, für England nur als der ungeheure Ambos notwendig ist, auf dem es seine Politik schmiedet. Vor hundert Jahren hat England auf unserem Rücken Napoleon geschlagen, jetzt geht es ans Werk, Deutschland zu schlagen — mit seinem und dem französischen Hammer, wobei die ganze Last dieser Operation unserer dem Bündnis zu leistenden Hilfe zufällt. Wenn es aber zweckmäßig ist, wird an die Stelle des Bündnisses mit uns die alte Feindschaft treten. Man darf auch nicht vergessen, daß die Zertrümmerung unserer Flotte im Schwarzen Meer eine der vornehmsten Direktiven der englischen Politik war." Die Deutschen seien weniger zu fürchten, da der deutsche Geist nur in Deutschland selbst vortrefflich wirke, jenseit der Grenze aber seine wunderbare Kraft verliere. Das habe Rußland an den Stössel, Kaulbars, Stackelberg erlebt. Mit den Deutschen in der türkischen Armee werde es nicht anders sein, und dieser Armee habe Rußland die kaukasische entgegenzusetzen. „Weit gefährlicher scheint mir, daß wir der anglisierten türkischen Flotte keine gleich starke entgegenzusetzen haben. Sewastopol liegt nur 15 Stunden von dem unzugänglichen Bosporus. Die Engländer sind vortreffliche Organisatoren und Schiffsbauer, am Goldenen Horn werden gigantische Werften von Armstrong und Vickers erstehen und unseren Schiffsbau ebenso leicht überholen, wie ein englischer Renner eine Mähre überholt, die zum Wasserfahren benutzt wird." Die Türken besäßen bereits den fast fertiggestellten Überdreadnought „Reschadieh", jetzt hätten sie den „Rio de Janeiro" gekauft, die drei russischen Dreadnoughts aber würden erst 1916 fertig sein, und daraus ergebe sich, daß die Herrschaft im Schwarzen Meer von 1914 bis 1916 den Türken gehören werde. Aber auch danach würden sie wahrscheinlich die Stärkeren bleiben. Man wisse nicht, woher ihnen die Mittel zufließen (für den Ankauf des „Rio de Janeiro" stammen sie bekanntlich aus Frankreich), aber Tatsache sei, daß sie eine starke Flotte bauen usw. Nach einem bösen Seitenhieb auf Herrn Iswolski schlägt Menschikow vor, vom Bosporus bis Noworossisk das Schwarze Meer durch Unterseebote zu schützen, knüpft aber daran gleich bittere Klagen über den Mangel an Kohlen, Eisen und Naphtha, über die Ausbeutung der russischen Naturschätze durch „Juden, Armenier, Polen, Franzosen, Belgier und Engländer" und darüber, daß das russische Marineministerium genötigt sei, für den Schiffsbau auf die hohen Sorten Stahl zu

verzichten und den Termin für Ausführung des „großen Flottenplans" erheblich hinauszuschieben.

Wir haben diese Betrachtungen hierher gesetzt, um zu zeigen, wie sehr die Aufregung über die Mission Liman v. Sanders künstlich aufgebauscht wird, und wohin die wirklichen Befürchtungen Rußlands gehen.

In derselben Nummer dieses, die öffentliche Meinung Rußlands bestimmenden Blattes finden wir eine Londoner Korrespondenz von Herrn Wesselitzki (Argus), welche die Ansichten „eines der kompetentesten Staatsmänner Frankreichs wiedergibt, der augenblicklich nicht in verantwortlicher Stellung ist", und in einem Schreiben an einen Londoner Bekannten die politische Lage folgendermaßen charakterisiert: „Wenn ich Sie einige Zeit auf eine Antwort habe warten lassen, geschah es, weil die Lage eine so traurige ist, daß ich nicht ohne Schmerz davon reden kann. So ist z. B. die von Frankreich so häufig abgelehnte österreichische Anleihe wieder am Horizont erschienen. Man hofft durch gute Dienste Österreich von seinen Bundesgenossen zu trennen. Es gibt Kreise, die an dieses trügerische Luftbild glauben, und nicht verstehen, daß es überaus töricht von uns wäre, Dreadnoughts und eine neue Artillerie für Österreich zu bezahlen, bevor es offenkundig aus dem Dreibunde ausgetreten ist. Übrigens werden die alten Gegner des Projektes eine neue Kampagne in Parlament und Presse eröffnen. In betreff der türkischen Anleihe gibt es Gründe, die dafür, und andere, die dagegen sprechen. Ich glaube jedoch, daß man auf kleine Vorteile verzichten müßte, um größere zu gewinnen. Rußland müßte in dieser Angelegenheit, sogar unserer Regierung gegenüber, große Festigkeit und Beharrlichkeit zeigen, um jede finanzielle Unterstützung der Türkei zu verhindern. Es gibt kein anderes Mittel, sie und ihre jetzigen Herren zum Nachdenken zu nötigen. Hier sagt man, das Geld häufe sich so in den Banken, daß man nicht weiß, wo man es unterbringen soll. Aber das ist ein schlechtes Argument, denn abgesehen von einigen europäischen Staaten, gibt es nicht wenige transozeanische, in denen Kapitalien sicherer als in der Türkei und in Österreich untergebracht werden können. Es ist unerläßlich, daß das finanzielle Boykottieren des Dreibundes und seiner Satelliten zum Dogma für die Entente werde. Es wäre daher sehr wichtig, wenn Rußland von unserer jetzigen Regierung verlangte, daß sofort ein Gesetz eingebracht wird, das Privatbanken den Abschluß ausländischer Anleihen ohne Erlaubnis des auswärtigen Amtes verbietet.

Das letzte Kabinett hatte ein solches Gesetz bereits vorbereitet, aber es fiel mit ihm.

Was läßt sich von unserem neuen Kabinett sagen, das Sie in London nicht schon wüßten? Das beste ist die Hoffnung, daß es zusammenbricht, bevor es viel Schaden angerichtet hat. Die deutsche Mission nach Konstantinopel est un beau coup. Ich fürchte, daß er nicht gut zu machen ist, und daß das einzige, worauf die Diplomatie unserer Gruppe ausgehen kann, wäre „das Gesicht zu retten". Aber auch das ist nicht leicht. Deutschland aus der Stellung, die es in der Türkei eingenommen hat, verdrängen kann man nur durch einen Krieg, und früher oder später wird man sich dazu entschließen müssen. Solange es aber in Europa eine Nation gibt, die den Krieg nicht fürchtet und kriegsbereit ist, und die andern sogar die offene Vorbereitung zum Kriege scheuen, solange wird auch die erstere über die Weltpolitik gebieten, und die andern werden fortfahren, sich ihrem Willen unterzuordnen. Mir scheint, die Entente müßte zum Programm nehmen: Rüsten, rüsten, rüsten! rüsten zu Wasser und zu Lande, um bereit zu sein, jederzeit zum offenen Kampf überzugehen. Mein letztes Wort aber ist: möge Rußland Deutschland und uns gegenüber kategorisch vorgehen. Mit übermäßiger Rücksicht, mit stetem Verschweigen und nebelhaften Andeutungen werden wir weder bei unseren Gegnern noch bei unseren Bundesgenossen etwas erreichen. Die Brutalität Deutschlands hat etwas für sich, man weiß wenigstens, was es will und worauf es vorbereitet ist."

Herr Argus versichert, diesen sehr lehrreichen Brief wörtlich wiedergegeben zu haben und benutzt den Schluß seiner Korrespondenz zu Ausfällen gegen Doumergue und Caillaux, mit denen, wie er ärgerlich bemerkt, die altradikalen und pazifistischen Blätter in England höchst zufrieden seien.

Uns interessiert die Tatsache, daß dieser Brief sich inhaltlich ganz mit den Ausführungen des letzten Artikels des „Temps" deckt, der diese Anleihefragen behandelt, wir es also, wie üblich geworden ist, mit einer weitergegebenen Parole zu tun haben. Wo diese Parole nicht unbedingt befolgt wird, ist daher auch in dem Zentrum (Paris — Iswolski) die Entrüstung groß. Das hat Mr. Lloyd George zu spüren bekommen, weil er sich dahin aussprach, daß die deutsche Rüstung für das Gleichgewicht und den Frieden Europas keineswegs bedrohlich sei, und daß die liberale Partei Englands, wenn anders sie ihrer Aufgabe gerecht werden

wollte, dem organisierten Wahnsinn der Rüstungen ein Ende machen müsse; daß die Beziehungen Englands zu Deutschland nie besser gewesen seien, und daß deshalb die Ausgaben Englands für seine Flotte herabgesetzt werden müßten. Der „Temps", der Lloyd Georges Äußerungen über die angebliche Empörung, die in Deutschland über die militärischen Lasten herrsche, als für Agitationszwecke ungeeignet, natürlich verschweigt, meint: man glaube zu träumen, wenn man solche Reden höre! und wettert gegen Lloyd George und gegen die Gesinnungsgenossen, die er in Rußland habe, was an einem Artikel der „Rjetsch" exemplifiziert wird, die lächerlicherweise als „organe de confiance du ministère Russe" bezeichnet wird. Glücklicherweise hätten weder Sir Edward Grey noch Churchill, noch endlich Herr Sasonow mit so unerhörten Ketzereien etwas zu schaffen, den rechten Weg aber habe der „Temps" schon seit 7 Jahren gewiesen. Dieser rechte Weg des „Temps" aber schließt jede Besserung der deutsch-englischen Beziehungen als einen Verrat an Frankreich aus, und kennt nur ein Ziel, den Revanchekrieg zur Wiedereroberung von Elsaß-Lothringen, oder wie es in seiner heuchlerischen Formel lautet: „le besoin de rétablir l'équilibre européen". Das nächste Ziel ist jetzt, das Ministerium Doumergue zu Fall zu bringen. Zu diesem Zweck hat der bekehrte Anarchist Briand die neue „fédération républicaine" organisiert, deren Grundsätze und Statuten veröffentlicht werden sollen. Sie wird sich gegen die Rechte, d. h. die Katholiken und gegen „die Demokraten richten, die das Land ruinieren und schwächen, gegen die Jacobiner, die es knechten, und gegen die Revolutionäre, die es bedrohen". Vortrefflich, aber was will man an die Stelle setzen: eine Regierung, die den Krieg unvermeidlich macht, darüber kann nach der Haltung, welche die Elemente einnehmen, die das neue Regiment begründen wollen, kein Zweifel sein. Schließlich werden die Wahlen eine Entscheidung bringen müssen, aber es wäre Torheit, sich zu verhehlen, daß dieses Treiben schon jetzt die Lage auf das äußerste gespannt hat. Übrigens scheint uns immer wahrscheinlicher zu werden, daß der Lärm über die deutsche Militärmission bald aufhören wird. Die Anfrage der Ententemächte in Konstantinopel hat einen rein informatorischen Charakter getragen. Sollte ein weiterer Schritt erfolgen, so scheint sicher, daß Rußland den Antrag dazu stellen müßte, und es ist nicht unbedingt anzunehmen, daß England und Frankreich unter den jetzigen Verhältnissen bereit sein werden, sich einer Aktion anzuschließen, die einen Bruch

mit der Türkei zur Folge haben könnte. Die Ernennung Enver Beys zum Pascha und Kriegsminister ist, wie vorauszusehen war, von der französischen Presse nicht günstig aufgenommen worden. Um so mehr haben wir Anlaß, sie beifällig zu begrüßen. Die Jungtürken haben offenbar von den schweren Jahren, die die Türkei durchlebt hat, zu lernen verstanden, und Enver Pascha sowie Djemal Pascha, der Marineminister geworden ist, gehören zu ihren besten Männern. Daß Enver Nazim Pascha erschossen habe, ist niemals bewiesen, von ihm selbst aber auf das nachdrücklichste bestritten worden. Er ist bei uns von der Zeit her, da er als Militärattaché in Berlin weilte, in guter Erinnerung geblieben. Ein guter Soldat und ein tapferer Mann, der stets, wo es not tat, sein Leben einsetzte, um die Interessen und die Ehre seines Vaterlandes zu verteidigen. Von der Notwendigkeit einer Reform der Grundlagen des türkischen Staatslebens ist er überzeugt und in dieser Hinsicht wird sein Einfluß im Ministerrat entschieden ein günstiger sein. Es ist auch ein gutes Anzeichen, daß ein Armenier ins Ministerium gezogen worden ist, denn die Einführung wirksamer Reformen auf armenischem Boden ist unerläßlich. Der „Temps" schreibt Enver Pascha die Absicht zu, im Frühjahr Griechenland den Krieg zu erklären. Wir halten das für eine böswillige Erfindung. Die leitenden Männer in der Türkei wissen, daß sie vor allem Frieden brauchen, wenn aus ihren Reformplänen mehr werden soll, als große Worte bedeuten. Die Entscheidung der Inselfrage aber drängt nicht. Je mehr man ihr Zeit gönnt, desto größer wird die Aussicht auf eine günstige Verständigung. Auch gewinnen wir an der Hand der letzt eingetroffenen Nachrichten den Eindruck, daß Rußland nicht die Absicht hat, einen Schritt zu tun, der eine Umkehr unmöglich macht, die Konsequenzen könnten doch allzu weit führen.

Wir schließen mit der Wiedergabe des folgenden, wahrhaft unerhörten Telegramms, das der Petersburger Korrespondent des „Temps" seinem Blatte zuschickt: Unterredungen, die ich mit verschiedenen hiesigen Politikern gehabt habe, gaben mir den Eindruck, daß man sich in Petersburg darüber ganz klar ist, daß ein Plan des Dreibundes zur Teilung des türkischen Reiches feststeht. Eine der Persönlichkeiten, die ich befragte, sagte mir: „Die deutsche Militärmission ist nur eine Episode in einer zwischen den Mächten des Dreibundes vereinbarten Aktion. Die Tatsache ist weniger an sich wichtig, als weil sie den Schlüssel

zu einer politischen Kombination gibt, deren Fundament in Kiel bei der letzten Zusammenkunft des Deutschen Kaisers mit dem Könige von Italien gelegt wurde. Und selbst wenn diese Hypothese falsch sein sollte (!) und man die Geschicklichkeit der deutschen Diplomaten nicht übertreiben will, darf man nicht vergessen, daß sie jetzt handeln. Sie handeln und hoffen, ihre Alliierten nach sich zu ziehen, sobald es nötig sein wird. Eine nicht zu bezweifelnde Tatsache ist das energische Vorgehen Deutschlands und Italiens im Orient, und es kann nicht bestritten werden, daß die türkische Erbschaft angetreten wird (que la succession turque est ouverte). Heute ist es die Mission Sanders, es sind die deutschen Bahnen, die 5000 Kilometer in Kleinasien betragen, ein deutsches Lager in Aleppo, und Italien in Adalia. Morgen wird es ein deutscher Hafen in der asiatischen Türkei für das Geschwader sein, das man dort unterhält, und bald wird Deutschland mit seinen Konzessionen im Herzen von Armenien stehen. Die Tripelentente hat bewiesen, daß sie der Türkei Freund war, sie wußte es aber nicht recht zur Geltung zu bringen, und die Jungtürken wollten es nicht verstehen. Heute handelt es sich nicht mehr darum, es ihnen zu beweisen. Aber im Hinblick auf eine kombinierte Aktion der Dreibundmächte müßten die Kabinette von Paris, Petersburg und London sich ohne Zeitverlust über die Maßregeln verständigen, die zu ergreifen sind, damit sie nicht, während sie noch darüber beraten, was sie zu tun haben, um nicht benachteiligt zu werden, dadurch überrascht werden, daß die andern plötzlich ihre Karten aufdecken und handeln."

Diese ungeheuerliche Erfindung erinnert uns daran, daß in Konstantinopel, bald nachdem Herr Tscharykow als Botschafter abgerufen war, erzählt wurde, er habe große Summen für geheime Nachrichten verwendet, die ihm aus dem Yildiz Kiosk zugingen, die aber in jedem Fall für ihn erfunden wurden, um ihn auf falsche Spuren zu führen. Was mag wohl die Nachricht über den Teilungsplan der Dreibundmächte gekostet haben? Difficile est satiram non scribere.

In Mexiko behauptet sich Huerta. Er hat dem Präsidenten Wilson einen herzlichen Neujahrswunsch geschickt. Von einer Erwiderung ist aber bisher nichts bekannt geworden. Dagegen beginnt die französische Presse sich nachdrücklich zu Huerta zu bekennen. Die Nachrichten, die aus der Mongolei in Petersburg einlaufen, lauten sehr pessimistisch.

Die Mongolen seien nicht nur unfähig, sich selbst zu regieren, sondern auch unkriegerisch und durch sexuelle Krankheiten physisch degeneriert. Auch mit der Wendung in Persien ist man nicht zufrieden. Es scheint die Absicht zu bestehen, die eben erst ausgeglichenen persisch-türkischen Grenzstreitigkeiten nicht ruhen zu lassen. Im Fall eines russisch-türkischen Konflikts läßt sich mit Bestimmtheit vorhersehen, daß das Urmiagebiet Objekt eines russischen Angriffs sein wird.

7. Januar. Izzet Paschas Anhänger in Albanien werden gefangen gesetzt.
8. Januar. Venizelos in Rom.
10. Januar. Freisprechung von Oberst v. Reuter und Leutnant v. Forstner durch das Oberkriegsgericht in Straßburg.
12. Januar. Venizelos in Paris.
13. Januar. Auflösung der bulgarischen Sobranije.

---

14. Januar 1914.

Wir stellen uns nicht das Ziel, in unsern Wochenschauen eine irgend vollständige Chronik der Tagesereignisse zu geben, wohl aber suchen wir eingehender den Zusammenhang der Tatsachen darzulegen, die ihrer Natur nach bestimmt sind, von lange andauernder Nachwirkung zu sein und deren Reflex die Interessen Deutschlands und dessen Weltstellung zu beeinflussen bestimmt scheint. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend erscheint es uns jetzt, da die Gerichte ihr endgültiges Urteil abgegeben haben, nützlich, noch einmal auf die Genesis der schimpflichen Anfeindungen zurückzukommen, denen unsere Truppen in Zabern ausgesetzt gewesen sind. Sie hätten sich ebenso, und wahrscheinlich noch schlimmer, aus gleich unbedeutendem Anlaß in einer großen Zahl elsaß-lothringischer Städte abspielen können, in denen deutsche Truppen in Garnison liegen. Das Schlagwort „fast in Feindesland" ist buchstäblich zu nehmen und sollte, wo es sich um Angelegenheiten der Reichslande handelt, nicht vergessen werden. Die Stimmung, mit der wir dort zu rechnen haben, ist keineswegs als bloße Folge der Hinneigung zu Frankreich zu würdigen. Elsaß-Lothringen ist in den 200 Jahren, da es französisch war, daran gewöhnt worden, unter dem strammen Regiment französischer Gouverneure und Präfekten zu stehen. Es hat keine Periode gegeben, in der ihm eine Freiheit der Bewegung gelassen wurde, wie wir sie ihm — namentlich nach der, unsrer Meinung nach, sehr verfrühten Verleihung einer Verfassung auf demokratischer Grundlage — gewährt haben. Die Gesinnung der Intelligenz wurde, nachdem die furchtbaren Mißhandlungen und Erpressungen überstanden waren, welche die „con-

quête jacobine" über das Land verhängte, erst französisch in den Tagen des ersten Napoleon, der aus dem Elsaß seine besten Soldaten zog, ganz wie heute die französische Armee ihre tüchtigsten Generale in den Nachkommen deutschen Blutes findet. Zu Franzosen wurden die Elsässer auch in den beiden Menschenaltern nicht, die dem Sturz Napoleons folgten. Sie wurden auch von den Franzosen nicht als solche angesehen, behielten im häuslichen Umgang ihren Dialekt bei, und nur in den Kreisen der Meistgebildeten wurde das Französische zu einer Salonsprache, über deren Akzent man jenseits der Vogesen nachsichtig lächelnd hinwegsah. In der Literatur waren sie die dummen ehrlichen Deutschen, die an veralteten Vorstellungen, wie z. B. an der Heiligkeit ehelicher Treue, festhielten. „Fromment jeune et Risler ainé" kann dafür als typisches Beispiel herangezogen werden. Dann kam das Jahr 1870, in dem die Elsässer ihren Anteil an allen französischen Niederlagen gehabt haben, und die Erbitterung über die Sieger mag wohl lange nachgewirkt haben. Vornehmlich aber doch bei denjenigen, die, obgleich sie französischer Herkunft waren, aus geschäftlichen Rücksichten nicht nach Frankreich zogen, obgleich es ihnen freistand. Es braucht nicht ausdrücklich nachgewiesen zu werden, daß wir an ihnen ein schädliches Element im Schoß des wiedergewonnenen altdeutschen Landes hatten. Mit dem Tage, da Elsaß-Lothringen ein Teil des Deutschen Reiches wurde, begann auch die systematische Agitation, die sich die Aufgabe stellte, Unzufriedenheit mit dem deutschen Regiment zu erregen, das leider, bis zum heutigen Tage, schwach und inkonsequent geblieben ist. Seit dem Bündnis mit Rußland ist aber von Frankreich aus alles geschehen, um eine störrige und hämische Haltung der Elsässer dem übrigen Deutschland gegenüber, gleichviel ob es Preußen, Bayern oder Sachsen waren, zu fördern und die Vorstellung lebendig zu erhalten, daß die Zugehörigkeit zum Reich nur eine Episode in der Geschichte dieser einst französischen Provinz bedeute. Die Verleihung der Verfassung hat keinerlei Dank im Reichslande zur Folge gehabt. Man sah in ihr ein Kampfesmittel und schöpfte aus ihr die Hoffnung, daß weitere Zugeständnisse sich würden erzwingen lassen. „Unser gesunder Verstand — schreibt der „Eclair" vom 11. Januar — sagt uns, daß die Gefahr zwischen Deutschland und Frankreich steigt, sobald die Frage Elsaß-Lothringen wieder aufgenommen wird, aber wir sehen auch ein, daß, wenn wir geschickt und klug sind, ihr Erwachen zu unserem Vorteil ausfallen muß." Und gleich darnach:

„Der Revanchekrieg blieb lange die beste Lösung, unter der Voraussetzung, daß man sich auf ihn vorbereitete und den Erfolg sicherstellte. Seither hat eine Reihe von Zwischenfällen, über die wir eine Schuldrechnung nicht aufstellen wollen, uns von der ersten Pflicht abgezogen. Aber die Kraft des elsaß-lothringischen Rätsels ist so groß, daß nichts es heilt oder die Wunde von 1871 minder schmerzlich macht, selbst wenn wir nicht einzuschreiten suchen, selbst wenn wir es nicht können" ... „Elsaß-Lothringen wird nicht von der Tagesordnung schwinden. Man spricht darüber. Das ist schon viel. Für den Augenblick genügt es.

Für den Augenblick! Aber günstigere Zeiten werden in Aussicht gestellt, und gerade jetzt, da die Weltlage kritisch ist, bemüht man sich in Frankreich mit allen Mitteln, die Geister im Elsaß noch mehr zu erhitzen und mit Hoffnungen auf die Zukunft in der Kampfesstellung dem Reiche gegenüber zu erhalten. Es ist dem gegenüber wahrhaftig an der Zeit, zu zeigen, daß die Zugehörigkeit zum Reiche Pflichten auferlegt, die sehr ernst genommen werden, und deren Nichterfüllung Folgen nach sich ziehen kann, die beweisen würden, daß das dem Reichslande geschenkte Vertrauen nicht mehr besteht.

Während des gesamten Verlaufs der orientalischen Krisis hat Frankreich keinen Anlaß vorüberziehen lassen, um die Lage so zuzuspitzen, daß ein Bruch zwischen den Mächten der Tripelentente und dem Dreibunde wahrscheinlich wurde. Im März 1909 glaubte man in Paris hart am Ziele zu sein, und der Rückzug, den Rußland damals antrat, wurde als eine große Enttäuschung empfunden; — genau dasselbe hat sich im März des vorigen Jahres wiederholt. Rußland war nicht fertig, und mußte sich dazu verstehen, daß Djakowa serbisch und Skutari albanisch wurde; die Nancy-Affäre zeigte bald darauf, wie die Stimmung in Frankreich war. Hinter dieser Stimmung aber stand anspornend und erhitzend die französische Regierung, so daß schon im April 1912 die „Saturday Review" warnend schrieb: „Niemand in England dürfe übersehen, daß im französischen Volke der Chauvinismus stetig zunehme, da die französische Regierung ihn lebendig zu erhalten bemüht sei und daß ein Teil der Presse es billige." Wir haben schon mehrfach darauf hingewiesen, daß die Präsidentschaft Herrn Poincarés eine Kriegspräsidentschaft ist, ganz wie sein Ministerium ein Kriegsministerium war und unter Benutzung der pekuniären Schwierigkeiten Rußlands Herrn Kokowzew

nötigte, die Rüstungen Rußlands zu beschleunigen und zu erhöhen, sowie ihnen direkt eine gegen Deutschland gerichtete Spitze zu geben.

Wir haben dafür kürzlich, aus gewiß nicht deutschfreundlicher französischer Quelle, einen merkwürdigen Beleg erhalten. In seiner Nummer vom 25. Dezember vorigen Jahres erzählt der „Correspondant", eine alle 14 Tage erscheinende royalistisch-klerikale Zeitschrift, offenbar aus bester Quelle, unter welchen Voraussetzungen die neueste russische Anleihe Herrn Kokowtzews zustande gekommen ist, und welche Bedingungen Frankreich ihm auferlegt hat. Der Artikel trägt die Überschrift: „Die neue russische Staatsanleihe" und umfaßt nicht weniger als 55 Seiten, so daß es unmöglich ist, ihn in vollem Umfange hier wiederzugeben. Wir begnügen uns daher, die hauptsächlichsten Tatsachen hervorzuheben. Der „Correspondant" stellt zunächst fest, daß es sich nicht, wie andere französische Blätter behauptet hatten, um eine Anleihe von 500 000 000 Rubel oder 53 400 000 Lstr. handle, sondern für die Dauer von 5 Jahren, von 1914 ab gerechnet, um 20 Mill. Pfund jährlich. Die Anleihe werde von 5 französischen Banken: Crédit Lyonnais, Société Générale, Comptoir d'Escompte, Société de Crédit Industriel und Banque de Paris ausgegeben werden und 4½ v. H. zahlen. Zu welchem Kurse sie ausgelegt wird, stehe noch nicht fest. Sobald diese Anleihe flottgemacht sei, werde die russische Regierung eine neue Anleihe von 6—8 Millionen Pfund bei einer andern minder bedeutenden Bankgruppe machen, und diese Operationen würden jährlich wiederholt werden, bis mindestens 120 Millionen Pfund französischen Geldes gegen russische Papierrubel ausgetauscht seien.

Der Gedanke dieser Anleihe sei übrigens französischen, nicht russischen Ursprungs und entstamme dem Hirn eines eminenten französischen Finanzmannes, der, als die Frage der dreijährigen Dienstzeit auftauchte, nach Petersburg fuhr, und, gleichsam als rede er im Namen Frankreichs, jene oben erwähnten Vorschläge machte, aber die Bedingung stellte, daß Rußland sich verpflichten solle, eine Reihe strategischer Bahnen an seine Westgrenze zu führen. Kokowtzew kam diesen Vorschlägen mit großem Wohlwollen entgegen, und einige Tage danach erschien derselbe eminente Finanzmann beim französischen Finanzminister und stattete diesem Bericht ab. Das Ministerium fand den Gedanken sehr annehmbar und trat nunmehr in offizielle Verhandlungen mit Herrn Kokowtzew, die zu glücklicher Verständigung geführt haben. Daß Rußland diese beschä-

menden Bedingungen sich — und zwar zunächst durch einen Privatmann — oktroyieren ließ, erklärt der „Correspondant" folgendermaßen: „hätten wir für den Anfang des Jahres 1914 uns nicht bereit gefunden, eine bedeutende Anleihe zu bewilligen, so hätte die russische Regierung mit außerordentlich schwierigen inneren Verhältnissen rechnen müssen", eine Bemerkung, die doch ein merkwürdiges Licht auf die stets optimistischen Kokowzewschen Berichte über die russische Finanzlage wirft. Der „Correspondant" illustriert seine Behauptung durch die Bemerkung: „Es gibt keine Bank in Rußland, die sechs Monate ohne die Unterstützung der Reichsbank und ohne die Depositen der Eisenbahnanleihen existieren könnte, so daß, wenn die französischen Kapitalisten ihre Taschen nicht öffneten, sie ihren „ami et allié" ruinieren würden, das ist auch der Grund, weshalb trotz allem der „Correspondant" für die Anleihe eintritt. Frankreich, sagt er, befindet sich Rußland gegenüber in der Lage eines stillen Geschäftsteilnehmers, der immer neue Zuschüsse geben muß, um das Geschäft zu retten, an dem er beteiligt ist. Auf „Ritterlichkeit" Rußlands in seinen Beziehungen zu Frankreich zu rechnen, wenn dieses in Not sei, wäre töricht, und finanzieller Druck sei die sicherste aller Methoden. „Rußlands Geldnot ist sehr dringend und gebieterisch. Wir allein in Europa sind in der Lage, zu helfen. Der Augenblick, deutlicher zu reden, ist jetzt gekommen. Bisher hat die Allianz einen einseitigen Kontrakt symbolisiert, in dem wir alles gaben und sehr wenig dagegen empfingen. Wir werden in unserem guten Recht sein, wenn wir der russischen Regierung sagen: jeder Anleihe für den Bau von Bahnen, die dem Handel dienen, muß eine Staatsanleihe für den Bau strategischer Bahnen und Telegraphen und für Besserung der Wege in Polen entsprechen." Nun, die Anleihe ist inzwischen abgeschlossen, aber wir glauben nicht, daß ein russischer Patriot die Bedingungen, unter denen sie abgeschlossen wurde, hören wird, ohne daß ihm die Schamröte in die Stirn steigt. Frankreich verfährt mit Rußland genau so, wie dieses mit den Mongolen.

Übrigens hat diese ganze Angelegenheit ihren Revers. Auch Frankreich versagt sich den Russen nicht, wenn es kleine Gefälligkeiten gibt. So erfahren wir durch den „Temps", daß Djavid Bey — der soeben in Paris war, um für die Türkei eine Anleihe zu negotiieren — genötigt worden ist, als Gegenleistung zu versprechen, daß ein russisches Mitglied in den Rat der Dette Ottomane aufgenommen werden solle, wobei uns

freilich scheint, daß das Versprechen etwas voreilig gegeben ist, da ohne Zweifel die übrigen Interessenten an der Dette Ottomane ihre Zustimmung dazu gegeben haben müßten, was unseres Wissens nicht geschehen ist. Auch ein weiterer Verdacht drängt sich auf. Im Widerspruch zu einem offiziösen Telegramm aus Konstantinopel, das durch alle Zeitungen gegangen ist, berichtet der Konstantinopeler Korrespondent der „Agence Havas", daß Rußland und die Pforte sich gegenseitige Zugeständnisse in der armenischen Reformfrage und in der Frage der Vollmachten des Generals Liman v. Sanders gemacht hätten. Rußland zeige sich weniger intransigent in betreff der besonderen Vollmachten der ausländischen Spezialisten, die als Berater den Generalinspektoren zur Seite gestellt werden sollen. Die Türkei werde die Vollmachten des Generals Liman v. Sanders beschränken. Wie? werde noch geheimgehalten, und man vermeide bestimmte Angaben. Obgleich der russische Botschafter bei seiner letzten Zusammenkunft mit dem Großwesir sehr bestimmt war, hätte letzterer noch keine klare Antwort gegeben. Ein Punkt sei erledigt: die Pforte gehe darauf ein, daß ein russischer Delegierter in den „conseil de la dette publique" aufgenommen werde." Dieses Telegramm datiert vom 9. November. Heute, den 12., wird die Enthebung des Generals Liman v. Sanders vom Kommando des 1. Korps in Konstantinopel und seine Ernennung zum Generalinspektor der Armee und der Militärschulen als vollendete Tatsache gemeldet und dabei mit verdächtiger Geflissentlichkeit hervorgehoben, daß es sich dabei nicht um eine Maßregel handele, die auf russischen Druck zurückzuführen sei. Credat Judaeus Apella! Wir wollen die obige Behauptung nur so weit zugeben, als es sich aller Wahrscheinlichkeit nach um einen Druck handelt, der von allen drei Mächten der Tripelentente ausgeht und dessen erreichtes Ziel es war, einen empfindlichen Schlag gegen Deutschland zu führen. Der „Temps" läßt sich aus Berlin vom 10. Januar schreiben, man könne erwarten, daß nächstens ein neuer Schritt Rußlands bei der deutschen Regierung erfolgen werde, um eine Ordnung der Angelegenheit der Militärmission in Konstantinopel zu erreichen, die mit den russischen Interessen mehr vereinbar sei. „Die Verspätung dieses Schritts hat die Aussichten auf Erfolg verringert. Es ist ganz unwahrscheinlich, daß der neue Kriegsminister Enver Pascha darauf eingeht, die Stellung General Limans in Konstantinopel zu modifizieren. Der von Rußland vorgeschlagene Mittelweg, dem deutschen General das Kommando des

3. Korps zu übertragen, ist unmöglich geworden, da Enver Pascha vor einigen Tagen einen türkischen General an die Spitze des 3. Korps gesetzt hat." Der „Temps" hat also für unwahrscheinlich erklärt, was schließlich dennoch geschehen ist. Diese ganze Angelegenheit bedarf durchaus der Aufklärung, und wir hoffen, daß sie die sehr ernsten Bedenken beseitigen wird, welche der ganze Verlauf dieser Limanaffäre bei uns erregt hat. Zunächst ist der Eindruck außerordentlich ungünstig.

Die französischen Blätter melden, daß Herr Poincaré im Laufe des Jahres seinen zweiten Besuch in Petersburg abstatten werde, um die Mißstimmung zu beseitigen, die in einigen russischen Kreisen über die Haltung Frankreichs in der orientalischen Frage (gemeint ist die von Frankreich den Balkanstaaten geleistete finanzielle Unterstützung) herrsche. „Die Regeln des diplomatischen Spiels — schreiben die „Débats" — werden von der großen Masse nicht verstanden. Es ist gut, wenn von Zeit zu Zeit, namentlich nachdem ein großes Spiel gewonnen ist (surtout après les grandes parties) öffentliche und offizielle Kundgebungen stattfinden, die aller Welt die volle Harmonie der Parteien zeigen. Das ist das Ziel und das wird gewiß das Ergebnis beider Reisen sein." Wir haben danach ein großes Verbrüderungs-Tamtam zu erwarten und wohl auch das Eintreffen der ersten 100 Millionen, wenn sie nicht bereits früher ausgezahlt sein sollten.

Über die von Enver Pascha vorgenommenen zahlreichen Veränderungen im Bestande der türkischen Generalität halten wir mit unserem Urteil zurück. Sie werden dem jungen Kriegsminister viele Feinde gemacht haben und das ist nicht unbedenklich. Aber wie gesagt, wir wollen abwarten. Das Werk soll den Meister loben.

Erfreulich sind die Aspekten der orientalischen Frage keineswegs. Cela ne va pas, cela s'en va! wird man sagen müssen, wenn keine Wendung zum Bessern eintritt. Die albanische und die Inselfrage harren noch einer bestimmten Lösung, und beide haben eine kritische Wendung angenommen. In der mohammedanischen Welt, Ägypten, Indien und Marokko mit eingeschlossen, macht sich eine steigende Erregung bemerkbar. Ob es in Armenien ruhig bleibt, wissen wir noch nicht, aber es ist nicht zu verkennen, daß man in Konstantinopel bemüht ist, die Armenier und ebenso die Araber für dies neue Regiment durch weitgehende Zugeständnisse zu gewinnen. Am 27. Januar soll in Teheran das „Haus

der Gerechtigkeit" zusammentreten, von dessen Zusammenhang die russischen Zeitungen ein höchst ungünstiges Bild entwerfen. Auch sind sie sehr unzufrieden, daß bei der jetzt perfekt gewordenen türkisch-persischen Abgrenzung die Türken die von ihnen besetzten Gebiete zurückerhalten haben, die naphthareich sind und von den Russen zu ihrer persischen Einflußsphäre gerechnet wurden, während die Perser mit einem Gebiet entschädigt wurden, das in die englische Einflußsphäre fällt (dort, wo der Teragilin in den Schat el Arab mündet), die somit an Umfang gewonnen hat. Überhaupt bleibt die russische Presse bei ihrer Unzufriedenheit mit der Regierung. So führt Herr Menschikow jetzt die mongolische Politik der Regierung, die er für ganz verfehlt erklärt auf Unternehmungen von vornehmen Spekulanten zurück und zugleich behauptet er, daß die russischen Instrukteure in der Mongolei nicht Soldaten ausbilden, sondern militärisch unfähiges Volk für den Räuberdienst erziehen. Zu außerordentlich scharfem Ausdruck kommt das Mißtrauen gegen die Japaner, denen die schlimmsten Absichten zugeschrieben werden. Auch läßt sich ja nicht bestreiten, daß in Japan sehr einflußreiche, kriegerisch gesinnte Kreise vorhanden sind, denen die während des letzten Krieges errungenen Erfolge nicht genügen. Es fehlt aber an Geld, und da richten sich die Blicke naturgemäß nach Frankreich und London. Man darf aber mit Bestimmtheit annehmen, daß Rußland alles was an ihm liegt tun wird, um das Zustandekommen japanischer Anleihen zu verhindern.

Es hat uns interessiert, daß die „Nowoje Wremja" bei Besprechung der letzten „russischen" Nummer der „Times" bemerkt, daß jede dieser Nummern von der russischen Regierung mit 10 000 Rbl. für Annoncen bezahlt wurde. In der letzten, am 15. Dezember 1913 erschienenen Nummer ist um diesen Preis ein Memorandum zum russischen Budget für 1914 abgedruckt worden, volle 10 Seiten Text, was 1000 Rbl. für die Seite macht.

In Frankreich nimmt der Kampf gegen das Ministerium Doumergue immer schärfere Formen an, die Hauptangriffe aber richten sich gegen Caillaux, dem der „Figaro" einen bösen Prozeß an den Hals zu hängen bemüht ist.

Immer beunruhigender werden die Nachrichten aus der südafrikanischen Kolonie Englands. Der Aufstand der Minenarbeiter hat den Charakter eines Rassenkampfes angenommen, und das bedeutet eine

Gefahr, die nicht unterschätzt werden darf. Seit einigen Jahren bereits hören wir von einer sich organisierenden Gemeinschaft der Schwarzen, die sich das Verdrängen der Weißen zum Ziel steckt. In Südafrika kommen namentlich die Basutos als Führer in Betracht. Die Inder haben sich, so viel wir sehen, dieser Aufstandsbewegung nicht angeschlossen.

15. Januar. Konstituierung des Ministeriums Bratiano.
16. Januar. Eröffnung des schwedischen Reichstags. Untergang eines englischen Unterseeboots.
17. Januar. Protest Deutschlands wegen Sperrung des Postpaketverkehrs mit Persien.

---

21. Januar 1914.

Der Artikel des „Correspondant", über den wir vor acht Tagen berichtet haben, hat, wie begreiflich, in Frankreich großes Aufsehen gemacht. Der „Matin" hat Dithyramben angestimmt, der „Temps", wie vorauszusehen war, geschwiegen, weil es dem „Quai d'Orsay" nur unangenehm sein konnte, daß die russisch-französischen Heimlichkeiten an die Öffentlichkeit gezogen wurden. Dagegen haben die etwas selbständigeren „Débats" es doch für nötig befunden, „die militärischen Beziehungen zwischen Rußland und Frankreich" an der Hand des „Correspondant", teils polemisch, teils ergänzend einer Prüfung zu unterziehen. Das ist um so wichtiger, als die russischen Zeitungen den Artikel des „Correspondant", dank der Wachsamkeit der Oberzensurbehörde, überhaupt nicht berührt haben.

Die Ausführungen der „Débats" sind nun außerordentlich charakteristisch und lehrreich. Es kommt den „Débats" vor allem darauf an, die Zweifel zurückzuweisen, die infolge der Ausführungen des „Correspondant" in Frankreich über die unbedingte Bundestreue und in betreff der Schlagfertigkeit Rußlands lautgeworden waren. Der Verfasser des „Correspondant"-Aufsatzes sei ein Vertreter der „abscheulichen Theorie" vom kurzen Kriege, und die „Débats" wollen nicht verstehen, welche Sicherheit ein in Friedenszeiten unterzeichnetes Papier gegen opportunistisches Zögern in der Stunde der Gefahr bieten könnte. Ebensowenig böten Truppendislokationen, noch auch die Entwicklungen strategischer Bahnen in Polen die gewaltigen Garantien. Es sei falsch, zu behaupten, daß seit 1910 die Verteilung der russischen Korps für Frankreich nicht günstiger geworden wäre, und ebenso falsch, daß Rußland erst im zweiten Monat nach Ausbruch eines Krieges schlagfertig

sein würde, dem könne nicht energisch genug widersprochen werden. Dann heißt es wörtlich: „Richtiger urteilt der „Correspondant", wenn er wünscht, daß die 2 Milliarden und 500 Millionen, die Rußland von uns für den Bau von Bahnen, die ökonomische Interessen vertreten, leihen will, nicht gewährt werden sollten, ehe die Zusicherung erteilt wird, daß Rußland entsprechend (parallèlement) sein strategisches Netz entwickeln werde. Er ist aber nicht berechtigt zu sagen, daß bei dieser Gelegenheit unsere Diplomatie ihre Pflicht nicht erfüllt habe. Der „Correspondant" weiß offenbar nicht, daß letzten Herbst, als Herr Kokowzew nach Paris kam, der „Quay d'Orsay" verlangte, daß Kapitalien für diese strategischen Bahnen reserviert würden, von denen allerdings zur Zeit der Mission des Generals Joffre in Petersburg die Rede gewesen ist. Herr Kokowzew hat geantwortet, es sei schwer, Obligationen für strategische Bahnen zu emittieren, sie würden schlecht bezahlt werden, da der von diesen Bahnen zu erwartende Ertrag mehr als zweifelhaft sei. Aber er fügte hinzu, daß die russische Regierung zu diesem Zwecke keine Anleihe aufzunehmen brauche, und daß er dafür eine Summe von 500 bis 600 Millionen Rubel, die in Reserve liegen, verwenden werde. Eine feste Verpflichtung wurde übernommen (gesperrt von den Débats!). Man wird zugeben, daß diese Lösung für uns günstiger ist als die vom „Correspondant" vertretene, d. h. als eine Anleihe für strategische Bahnen zu unterzeichnen, um die man uns gebeten hätte." Soweit die „Débats", deren Ausführungen nichts an der Tatsache ändern, daß Rußland von Frankreich genötigt worden ist, strategische Bahnen an die deutsche und österreichische Grenze zu führen. Es ist offenbar gleichgültig, aus welcher seiner Taschen Rußland das Geld für seine strategischen Bahnen nimmt, auch seine 5—600 Millionen Rubel sind ein Teil der Anleihen, die aus Frankreich bezogen wurden, es handelt sich um ein Taschenspielerkunststück, das auf naive Zuschauer berechnet ist.

Die gleiche Feindseligkeit, wie sie uns in Frankreich und Rußland in dieser Frage, und speziell in Frankreich bei Behandlung des Zabernkonflikts entgegengetreten ist, hat sich auch bei Beurteilung der jüngsten Entwicklung des Falles Liman gezeigt. Die Ernennung des Generalleutnants Liman v. Sanders zum General der Kavallerie und danach zum türkischen Feldmarschall hat bekanntlich seine Enthebung vom Kommando des 1. Korps zur Folge gehabt, worauf ihm die Generalinspektion der türkischen Armee übertragen wurde. Welche praktische Be-

deutung diese Stellung gewinnen wird, kann nur der Erfolg lehren, und den wollen wir vertrauensvoll abwarten.

Die französischen Zeitungen hatten am 13. d. sich aus Konstantinopel melden lassen, daß die Befugnisse des Generals Liman durch die von Enver verfügte Aufhebung des Oberkriegsrats eine Minderung erfahren hätten. Als dann seine Ernennung zum Generalinspekteur bekannt wurde, kündigten die „Débats" einen „neuen Schritt" der russischen Regierung in Berlin an, die bestimmte Angaben über die Vollmachten des Generals verlange (pour demander des précisions sur les pouvoirs du général Liman). Die Nachricht stammte aus einer Petersburger Depesche und ihr ging eine Mitteilung der „Nowoje Wremja" parallel, in der es hieß, die Türken wünschten durch diese Ernennung den deutschen Einfluß „an den Ufern des Bosporus" noch zu verstärken, aber die leitenden russischen Kreise würden schwerlich darauf eingehen, daß General v. Sanders einen Posten erhalte, der von noch größerer Bedeutung sei, als das Kommando des 1. Korps. Am 16. wurde dann dem „Temps" aus Konstantinopel telegraphiert, daß die Ernennung des Generals zum Generalinspekteur und Feldmarschall als eine elegante Lösung des Konflikts betrachtet werde, da damit das Kommando des 1. Korps falle und Faik Pascha es erhalten solle. (Nicht er, sondern Nuri Bei hat es erhalten.) Enver Pascha hat wiederum erklärt, daß General Liman nur ein einfacher Inspekteur sei, der vom Kriegsminister Befehl erhalte. Er werde kein wirkliches Kommando haben, und nach Ablauf von fünf Jahren werde die Mission nach Deutschland zurückkehren. Am 17. folgte ein Petersburger Telegramm des „Temps", in dem es hieß: „Während man in Paris und London die Frage der deutschen Militärmission als endgültig aufgeklärt betrachtet, hält Petersburg zurück (reste sur la reserve), so lange die dem General v. Sanders verbleibende Inspektion nicht in ihrer Bedeutung fertiggestellt sein wird. Das Wort „Inspektion" ist im militärischen Vokabularium höchst elastisch, und da im vorliegenden Fall der Gegenstand der Inspektion schlecht definiert ist, bin ich in der Lage, Ihnen zu bestätigen, daß, wenn es sich um eine Inspektion militärischen Unterrichts handelt, die russischen Sphären sich mit dieser Lösung, die jedes Kommando Fremder in der osmanischen Hauptstadt ausschließt, zufrieden geben werden, denn das ist ihr einziger Wunsch. Es scheint, daß Petersburg erwartet, daß die Aufklärungen (précisions) über die neue Stellung des Generals v. Sanders in Berlin gegeben werden.

Bisher hat die deutsche Diplomatie nichts offiziell geäußert, obgleich ihr die russische Auffassung bekannt ist" (soit saisie du point de vue russe dans la question). Endlich wird dem „Temps" vom 19. Januar aus Petersburg telegraphiert: „Die offiziellen Kreise Deutschlands tun kund, daß die Beförderung des Generals v. Sanders zum General der Kavallerie in der Türkei seine Ernennung zum Marschall zur Folge haben muß. Unter diesen Umständen kann er nicht mehr Korpskommandant sein. Indem sie diese Erklärungen in Beantwortung russischer Anfragen (demandes) abgeben, meinen die diplomatischen Kreise Deutschlands, daß die Ernennung, indem sie der russischen Regierung volle Satisfaktion gibt, das Inzident abschließt.

In den russischen Kreisen ist man ebenfalls geneigt, die Affäre als „liquidiert" zu betrachten, so wenigstens drückt man sich in gewissen Sphären aus. Ich bemerke jedoch, daß man im allgemeinen sich abwartend verhält, denn die deutschen Erklärungen, die ich schon oben mitgeteilt habe, geben keine genaue Definition der neuen Vollmachten des Marschalls und sprechen auch nicht von den Befugnissen, die der deutsche Adjutant des Kommandanten des 1. Korps haben wird."

In diesen Depeschen ist im wesentlichen alles enthalten, was bisher über die Fata der deutschen Militärmission in Konstantinopel bekannt geworden ist. Der Schluß, dem sich wohl niemand entziehen wird, ist, daß die russischen „Sphären" (dies ist die neueste Bereicherung der Petersburger Salonsprache) die rechte Orientierung über die von ihnen einzuhaltende Richtung verloren haben. Aufklärung über die Funktionen des Kaiserlich türkischen Feldmarschalls und Generalinspekteurs haben sie nicht von uns zu erfragen, sie werden sich nach Konstantinopel wenden müssen, um Genaueres zu erfahren. Daß aber der nunmehrige preußische General der Kavallerie sich hätte in eine türkische Stellung bringen lassen, die seinem Rang in Preußen nicht entspricht, ist an sich völlig ausgeschlossen. Daher würde die von dem Petersburger Korrespondenten des „Temps", der ein russischer Offiziosus ist, angekündigte Anfrage in Berlin, wie sich mit aller Bestimmtheit vorhersehen läßt, eine nicht mißverständliche Abweisung zur Folge haben. Wohl aber würden wir es verstehen, daß die Russen in London anfragen, ob es richtig ist, was die „Nowoje Wremja" vom 17. Januar aus Konstantinopel im folgenden Telegramm meldet: „Der Vertreter der Firma „Armstrong und Vickers Withworth", welche in Ismid ein Marinearsenal und Docks

baut, der britische Admiral a. D. Ottley und der Ingenieur General Vincent Caillart, haben die Meerengen besichtigt, um sie zu befestigen. Diese Arbeit soll auf Verlangen des englischen Botschafters der Firma übertragen werden, die sie vertreten. Außerdem stellt England der Türkei, nicht wie vereinbart war, 31, sondern 54 Offiziere aller Spezialitäten: der Marine, Artillerie, Maschinengewehre, und sie werden alle nicht als Instrukteure, sondern als aktive türkische Offiziere fungieren und endgültig aus dem englischen Dienst entlassen." Das scheint uns doch, speziell für Rußland, von außerordentlicher Bedeutung zu sein. Es ist bekannt, daß Rußland jede Befestigung der Dardanellen mit Sorgen verfolgt, und da sich mit Sicherheit annehmen läßt, daß jene Ingenieure und Offiziere ehrliche Arbeit leisten werden, ist schwer zu verstehen, wie diese Stärkung der Türkei widerspruchslos hingenommen wird. Auch ist uns nicht bekannt geworden, daß die Stellung des englischen Admirals Limpus, der die türkische Flotte reorganisiert und in Pera seine Amtswohnung hat, in irgendwelcher Weise modifiziert worden sei. Man könnte darauf hinweisen, daß England ein Mitglied der Tripelentente ist und durch Sir Edward Greys Vertrag vom August 1907 sich die Hände gebunden hat; das ändert aber nichts an der Tatsache, daß er mit der anderen Hand, vitalen Interessen Englands folgend, für die Rußland unbequeme und unsympathische Stärkung der Türkei Sorge trägt. Wir stehen hier vor einem politischen Rätsel und hoffen, daß die Lösung nicht unangenehme Überraschungen bringen wird. Jedenfalls ist die Lage höchst unklar. Den offiziellen Friedensversicherungen widersprechen Symptome, die auf Sturm deuten. Die Stellung der Balkanstaaten zueinander ist keineswegs geklärt. Der alte Haß zwischen Bulgarien und Serbien wie zwischen Bulgarien und Griechenland ist lebendig geblieben. In Albanien hat der künftige König ganz zerfahrene Zustände zu erwarten, zwischen Dreibund und Tripelentente hat in der Inselfrage doch nur eine unvollkommene Verständigung erreicht werden können, vor allem aber steht noch nicht fest, welchem Ziele die militärischen Vorbereitungen Enver Paschas gelten. Wir hoffen, daß er bei allem Feuer seiner jungen Jahre Einsicht genug haben wird, um zu erkennen, daß zurzeit die Türkei erreicht hat, was sich nach dem Desastre des ersten Balkankrieges irgend erreichen ließ. Daß die Türkei stark sein muß, wenn sie sich in ihrer Stellung behaupten will, ist nicht zu bestreiten. Ebenso sicher aber ist, daß sie Frieden braucht, wenn anders die Reformen

die sie jetzt ernstlich anstrebt, Früchte tragen sollen, die sie selbst ernten kann. Das ist eine außerordentlich ernste Frage, und jeder Mißgriff in Behandlung derselben kann tödlich wirken. Dasselbe aber möchten wir den Armeniern vorhalten. Auch ihnen kann jedes Zuviel an Ansprüchen verderblich werden. Wenn sie den Reformen, die ihnen entgegengetragen werden, und deren Kontrolle durch unparteiische und wohlwollende Glaubensgenossen gesichert ist, nicht Hindernisse in den Weg legen, läßt sich zuversichtlich hoffen, daß ihnen nicht nur eine leidliche, sondern eine bedeutende und einflußreiche Rolle in der Geschichte der werdenden neuen Türkei zufallen muß. Es scheint, daß ein guter Anfang bereits gemacht worden ist: Die Türkei hat auf Wunsch der Armenier den bisherigen Wali von Wan abgerufen, und ihn durch Tahsin Bei ersetzt, den ein bekannter jungtürkischer Redner Emmer Nadji Bei begleitete. Sie waren von der Regierung bevollmächtigt, mit den Armeniern zu verhandeln. Es hat denn ein aufrichtiges Aussprechen stattgefunden. Die Armenier erklärten, sie hätten ihren Vertrag mit den Jungtürken fünf Jahre lang gehalten, seien aber in ihren Erwartungen völlig getäuscht worden und nicht geneigt, die Jungtürken weiter zu unterstützen, wohl aber in Frieden mit ihnen zu leben, solange ihnen ihre gerechten Forderungen erfüllt werden. Mit ihrem Herzen hingen sie nicht an der Türkei, aber es läge in ihrem Interesse, Glieder des türkischen Reichs zu sein, wenn man sie nicht bedränge. Sie hätten auch lieber Mohammedaner zu Nachbarn als eine griechisch-orthodoxe Bevölkerung, die einen gefährlichen assimilierenden Einfluß ausüben könne. Unter russische Herrschaft zu gelangen, hätten sie keinerlei Neigung, und sie betonten, daß die steten Unruhen im östlichen Kleinasien die Gefahr einer russischen Okkupation vergrößern würden und daß es deshalb für die Türkei unerläßlich sei, zu einer festen Verständigung mit ihnen zu gelangen.

Die Armenier verkehren jetzt direkt mit den Autoritäten in jedem Wilajet, statt wie bisher sich auf ihre Vertreter in Konstantinopel zu verlassen. Tahsin Bei machte im Laufe des Sommers seinem Kollegen in Bitlis einen Besuch, teilte ihm mit, daß er sich mit den Armeniern in Wan verständigt habe und riet ihm, eine gleiche Politik den Armeniern in Bitlis gegenüber einzuschlagen. Ebenso selbständig haben sie sich den Kurden gegenüber behauptet. Sie haben bewaffnete Schutztruppen gebildet, welche die Angriffe der Kurden auf die armenischen Bauern

abwehren. Im Laufe des vorigen Jahres sind sieben kurdische Räuber von ihnen erschlagen worden. Said Ali Bei, ein bekannter Kurdenhäuptling, der jahrelang der Schrecken der Armenier von Bitlis war, ist unter dem Eindruck des Schicksals der kurdischen Häuptlinge in Wan aus eigener Initiative in Verhandlungen mit den Führern der Armenier getreten. Das Ergebnis war ein Vertrag, durch den Said Ali Bei sich verpflichtete, die armenischen Bauern in seiner Nachbarschaft zu schützen, und bisher hat er Wort gehalten. Diese aktivere Politik hat die Lage der Armenier in Wan, Bitlis und Mash wesentlich gebessert, ein wenig auch in Erzerum. Diese Nachrichten, die wir dem Berichte eines englischen Reisenden im „Manchester Guardian" entnehmen, eröffnen eine günstige Perspektive, wenn die Türkei Einsicht und Verständnis für die politische Notwendigkeit zeigt, die armenische Frage ihres bisherigen Charakters zu entkleiden und an die Stelle einer barbarischen Politik eine humane treten zu lassen, die den Grundsätzen nicht widerspricht, durch welche sie ihre Führerstellung rechtfertigen. Die Armenier beabsichtigen, die in Wan und Bitlis so glücklich eingeleitete Politik auf Charput und Diarbekr und westwärts auf alle armenischen Distrikte bis ans Mittelmeer auszudehnen. Der „Manchester Guardian" bemerkt mit Recht, daß diese neue Politik ein wirksames Mittel zur Erziehung des armenischen Volkes werden könne, wir fügen hinzu, auch zur Erziehung der Türken, und hoffen, daß die Inspektoren, die für Armenien bestellt werden sollen, es verstehen werden, diese Bewegung zu fördern. Es wird freilich viel darauf ankommen, daß nicht russische Intrigen diesem Versöhnungswerk entgegenarbeiten.

In dem benachbarten Persien ist gerade jetzt unsere Freundin, die „Nowoje Wremja", am Werk, eine Kampagne gegen die deutsche Gesandtschaft in Teheran zu organisieren. Den Anlaß dazu gibt der Schutz, den angeblich die deutsche Gesandtschaft einem chilenischen Dr. der Medizin und Chemie, namens Pushen, zuteil werden läßt. Dieser Mann hat im Ispahanschen große Ländereien arrendiert, zum Teil auch Vakufgüter, die der Krone gehören, und andere, die zu unrecht in falsche Hände geraten sind. Man vergebe aber das Land gern an ihn, da er überall versichere, daß der Schutz der deutschen Gesandtschaft ihn decke. In der Tat würden alle gegen ihn erhobenen Klagen in Teheran abgewiesen, weil die deutsche Gesandtschaft es verstehe, die persischen Minister entsprechend zu beeinflussen. Der Eindruck der Erfolge Pushens sei er-

staunlich. Im Bazar nenne man ihn bereits den ersten deutschen Generalkonsul in Ispahan, die klügeren Perser aber, die aus den Zeitungen wissen, daß Deutschland sich zum Herren von Konstantinopel gemacht habe, erkennen, daß Deutschland die ersten Schritte getan habe, um seinen Einfluß in Persien zu begründen. Jetzt sei der Doktor unterwegs, um Ländereien bei Jezd und Kerman zu arrendieren, wobei er überall den Besitzern den Kaiserlich deutschen Schutz garantiere. Die Absicht, die dabei verfolgt werde, liege auf der Hand. Deutschland wolle feste Interessen an der künftigen transpersischen Bahn begründen, um einen Anteil an allen zentralpersischen Eisenbahnen zu gewinnen. Es schließen sich hieran Angriffe gegen die russische Politik, die den Engländern nachlaufe, welche sich, dank ihrem Schützling Samsam es Saltane, in Ispahan festsetzen, obgleich die Stadt in der russischen und nicht in der englischen Sphäre liege. Auch den Dr. Pushen, der mit Samsam es Saltane eng befreundet ist, begünstigten sie. „Übrigens ist es möglich, daß in dieser Angelegenheit die Engländer nicht abgeneigt sind, sich mit den Deutschen zu verständigen, um das ihnen so lästige russische Übergewicht zu brechen. Der Persische Golf bleibt ihnen doch auf alle Fälle, und von seiten Deutschlands wird ihnen gewiß niemals eine Gefahr in Indien drohen." ... Die „Nowoje Wremja" sagt nicht, was für Gedanken hinter den ... stehen, mit denen sie diese Gedanken abbricht. Aber zu erraten sind sie wohl, und man fragt sich, gegen wen ihr Haß mehr gerichtet ist, gegen den englischen Nachbar in Persien oder gegen die Deutschen, von denen sie fürchtet, daß sie einmal Nachbarn werden könnten.

Es fällt auf, daß der Emir von Afghanistan mit eifrigen Vorbereitungen für einen möglichen Krieg beschäftigt ist. Offenbar haben auch auf ihn die Ereignisse, die die islamische Welt in den letzten Jahren so erregten, ihren Eindruck nicht verfehlt. Der Emir hat einen amerikanischen Ingenieur Mr. A. C. Jowett, in seine Dienste genommen, und dieser hat die Kräfte eines Wasserfalls, der 40 englische Meilen von Kabul entfernt ist, benutzt, um Elektrizitätsanlagen zu schaffen, deren Kräfte von Fabriken ausgenutzt werden, die dem Emir das Kriegsmaterial, dessen er bedarf, zu liefern bestimmt sind. Schon jetzt würden 25 Flinten täglich und 2 schwere Geschütze monatlich fertiggestellt, alle Arbeit aber werde von Afghanen besorgt. Überhaupt habe sich ein großer Fortschritt in aller Stille vollzogen. Es gebe jetzt in Afghanistan Schuh-, Wollen-, Licht- und Seifefabriken sowie Telephonverbindungen nach

Kabul, Kandahar und Herat. Das klingt höchst wunderbar, fast als ob sich hier ein neues Japan erheben wollte. Die Nachricht, die wir dem „Gaelic American" entnehmen, geht offenbar auf indische Quellen zurück, und wir sind nicht ohne Mißtrauen gegen die Blüten orientalischer Phantasie. Jedenfalls ist es in höchstem Grade auffallend, daß bisher nichts von dieser Entwicklung nach England gedrungen ist, das doch für afghanische Dinge ein scharfes Auge hat. Auch in der russischen Presse haben wir keinen Hinweis auf diese Fortschritte Afghanistans gefunden. Wir erkennen auch nicht, in wem der Emir den möglichen Gegner fürchtet. Aber es ist nicht undenkbar, daß das Gerücht von der kommenden transpersischen Bahn, an der seine beiden Gegner, Rußland und England, beteiligt sind, ihn erschreckt und den Plänen jenes Mr. Jowett empfänglich gemacht hat. Dieser unternehmende Amerikaner soll bereits vorher in Kaschmir ein ähnliches Elektrizitätswerk errichtet haben.

Der Ausstand der Minenarbeiter und der Eisenbahner in Transvaal und Natal hat überraschend schnell seinen Abschluß gefunden. Die Regierung in Südafrika hat den Kriegszustand proklamiert und die von Lord Milner während des Burenkrieges erlassenen Ordonnanzen wieder in Kraft treten lassen. Die gesamte dienstpflichtige Bevölkerung, Aktive und Reserven, sind aufgeboten worden und waren in nur 48 Stunden bewaffnet zur Stelle. An einen weiteren Widerstand gegen diese auf 100 000 Mann geschätzte Macht war nicht zu denken. Die Rädelsführer der Aufständischen wurden verhaftet, und die radikale Presse Englands klagt, daß dabei die Freiheiten verletzt worden seien, die jeder Engländer im Mutterland wie in den Kolonien genießen müßte. Aber man fragt wohl, ob ein anderes Mittel zu finden war, um die Gefahren zu beseitigen, die ein Generalstreik gebracht hätte. Es bedeutet doch etwas, daß es nicht nötig war, die militärische Unterstützung Englands in Anspruch zu nehmen. Der „Manchester Guardian" knüpft daran u. a. die folgenden charakteristischen Betrachtungen. „Die Kenner Südafrikas haben längst vorausgesagt, daß der Krieg (gemeint ist der Burenkrieg) schließlich das Burenelement an die Spitze bringen werde (would in the end bring the Boer element to the front) und das hat der Erfolg bewiesen. . . . Wie sehr die Anhänger General Bothas die Wirkung seiner Politik feiern werden, kann man sich leicht vorstellen." Offenbar klingt hier eine Sorge im Hinblick auf die Zukunft durch. Wie wir meinen, nicht mit Recht, da die Interessen des commonwealth von Südafrika

darauf hinweisen, daß unter allen Umständen die Verbindung mit England aufrecht erhalten und gepflegt werden muß.

In England selbst haben die seit Monaten geführten Verhandlungen zwischen Unionisten und Liberalen über Homerule eine Verständigung nicht herbeiführen können. Sir Edward Carson ist intransigenter als je. Trotzdem ist schwer anzunehmen, daß nicht im letzten Augenblick ein Kompromiß gefunden wird. Waverlay im „Éclair", der zwar kein Freund Englands ist, aber Land und Leute sowie die politischen Zusammenhänge gut kennt, hält es für ausgeschlossen, daß die Unionisten in absehbarer Zeit wieder die Regierung übernehmen können. Es fehle der Partei an bedeutenden Führern. Überrascht hat uns, daß er die Tage der Ministerpräsidentschaft von Asquith für gezählt hält. Asquiths Stellung werde entweder auf Lloyd George oder auf Churchill übergehen, und aus der Rivalität beider sei die Politik zu erklären, welche England in letzter Zeit verfolgt hat. Wir können nicht kontrollieren, wie weit das richtig ist. In der englischen Presse haben wir nichts gefunden, was auf diese Wendung hinweist.

Am 12. Januar hat die mexikanische Regierung die Zahlung der Interessen ihrer inneren und äußeren Schuld auf 6 Monate einzustellen beschlossen, die nicht bezahlten Coupons aber zu verzinsen. Präsident Huerta sichert sich auf diesem Wege 9 Millionen Dollar für die nächsten Monate. Es ist eine Art Zwangsanleihe, die er so macht, und der „Temps" mag recht haben, wenn er meint, es sei eine Entgegnung Huertas auf die Erklärung Präsident Wilsons, daß er eine pekuniäre Unterstützung Mexikos durch eine europäische Macht als eine unfreundliche Handlung betrachten werde. Daß England nicht intervenieren wird, läßt sich mit aller Bestimmtheit behaupten, und ebenso ist ein Einschreiten Deutschlands und Frankreichs ausgeschlossen.

22. Januar. Mahmud Muktar P. bleibt als Botschafter in Berlin.
23. Januar. Zwistigkeiten zwischen der bulgarisch-griechischen Grenzkommission.
24. Januar. Auflösung des rumänischen Parlaments.
26. Januar. Venizelos in London.
27. Januar. 55. Geburtstag Kaiser Wilhelms. Präsident Wilson ernennt Oberst Goethals zum Zivilgouverneur der Panamakanalzone.
28. Januar. Der Präsident von Haiti sucht Schutz auf unserem Kreuzer „Vineta".

---

28. Januar 1914.

Es ist kaum möglich zu übersehen, welche Wendung die politische Krisis nehmen wird, in der England sich jetzt bewegt. Wir denken dabei nicht an den Kampf um Homerule, in welchem Sir Edward Carson sich nicht scheut, in mehr als frivoler Weise den Bürgerkrieg zu predigen. „Wir werden rebellieren, und ihr werdet mit uns rebellieren," so faßte er kürzlich in Chester seine Überzeugung für den Fall zusammen, daß die Regierung wirklich Homerule durchsetzen sollte. Neigung zu einem Kompromiß scheint auf seiten der Unionisten nicht mehr vorhanden zu sein, dagegen scheinen sich ihre Hoffnungen auf ein königliches Veto zu richten. Mr. Campbell M. P., der in Chester gleich nach Carson sprach, formulierte das folgendermaßen: Es sei eine neuerfundene konstitutionelle Idee, daß der König „kein Unrecht tun könne", solange er täte was Asquith und Redmond wollen. Offenbar habe er nach Ansicht der jetzigen Regierung in einer Frage wie Homerule nicht mehr Stimme als der Vizepräsident des alten Ordens der Hibernier. Man habe den König in eine Lage versetzt, die in der englischen Geschichte ohne Parallele sei, wenn man von ihm verlange, daß er einer Maßregel zustimme, die zweimal vom Lande verworfen worden sei. Die wahre konstitutionelle Doktrin erfülle der König, wenn er sage: „Ihr habt mir keinen Anlaß gegeben zu glauben, daß die Wähler Großbritanniens ihre Überzeugung in dieser Frage seit 1886 geändert haben, oder daß sie die Absicht haben, es zu tun. Es gibt einen einfachen Weg, das festzustellen. Legt Eure Bill dem Volke vor. Appelliert an das Volk, und wenn ihr dessen Zustimmung erhaltet, kommt zurück zu mir und ich will ein konstitutioneller König

sein." Daß ein König von England in solcher Weise gegen das regierende Kabinett seinen eigenen Willen durchsetzt ist aber ausgeschlossen und durch die Entwicklung, welche die englische Verfassung genommen hat, unmöglich geworden. Wir werden also schließen, daß, falls nicht ein heute noch unwahrscheinlicher Zufall das gegenwärtige Kabinett stürzt und die Unionisten ans Ruder führt, Homerule zum drittenmal vom Unterhause angenommen und damit, nach automatischer Beseitigung des Vetos der Lords, Gesetz werden wird. Möglich, daß es danach Unruhen in dem protestantischen Teil von Ulster gibt, sie werden bald genug niedergeworfen werden, eine wirkliche Rebellion, wie Sir Edward Carson sie ankündigt und vorbereitet, ist völlig aussichtslos und würde, falls, wie er zu erwarten scheint, Bonar Law und Lansdowne sich zu ihr bekennen, für lange Jahre die Rückkehr der Unionisten zum Regiment unmöglich machen. Es handelt sich darum, ein altes Unrecht gut zu machen, und es wäre nicht nur unklug, sondern gefährlich, es nicht zu tun. Darüber besteht beim Kabinett und seinen Wählern keinerlei Meinungsverschiedenheit, und wahrscheinlich irrt Herr Campbell sehr, wenn er meint, die Sympathien des Königs für seine Pläne zu besitzen.

Die Krisis, von der wir sprachen, geht auf den Gegensatz zurück, der den extravaganten Rüstungsplänen Mr. Churchills aus den Kreisen des englischen Handels und der englischen Industrie entgegentritt. Der „Economist" bestreitet in seiner Nummer vom 24. Januar zwar, daß die im „Daily Telegraph" veröffentlichten Angaben über den Verlauf des Kabinettsrats richtig sein können, da für die Verhandlungen des Kabinetts strengstes Geheimnis gilt, knüpft aber daran einen sehr energischen Angriff auf die Flottenpolitik Churchills. Wenn der „Daily Telegraph" das gesamte Kollegium der Herren von der Admiralität auffordere, zu resignieren, falls Churchill für seinen Schiffsbau nicht ein günstigeres Programm erhalte als 8 zu 5, so meine er, der „Economist", nachdem er die Ansicht zahlreicher Geschäftsleute in London, Birmingham und Manchester eingeholt habe, daß ein Resignieren Churchills fast wie eine Satisfaktion aufgenommen werden dürfte. Es schließt sich daran eine blutige Kritik der Verschwendung, mit der Churchill seines Amtes waltet, und der Hinweis darauf, daß die Sea Lords gedroht hätten, wegen der Eingriffe Churchills in ihre Funktionen den Abschied zu nehmen. Der Schluß des sehr eingehend und überzeugend begründeten Artikels sagt: „Politisch ist Mr. Churchills Stellung nicht zu beneiden.

Er hat bei den Tories immer für einen Verräter gegolten, weil er 1904, als ihr Schiff im Sinken war, sie wegen ihrer Extravaganzen in Heer und Flotte verhöhnte, Tränen vergoß wegen der „zerfetzten Flagge Economie", die sein Vater hochhielt, und weil er schließlich ein Amt vom Feinde annahm. Jetzt ist er nahe daran, bei den Radikalen für einen Verräter zu gelten. Man fühlt, daß er die „zerfetzte Flagge" und seine Überzeugungen wegwarf wie heiße Kartoffeln, sobald sich ihm, nachdem er eine „Position" errungen hatte, die Gelegenheit dazu bot („dropped his convictions like hot potatoes the moment when, on arriving, he had the opportunity of carrying them out"). Einer oder zwei seiner Freunde bei den Tories, Mr. E. E. Smith und Mr. Arthur Lee, haben ihm schöne Aussichten auf Unterstützung gemacht; aber es ist mehr als wahrscheinlich, daß die übrigen versuchen werden, ihn wegen seiner unnötigen Extravaganzen aus seiner Stellung hinauszudrängen. Er hat keine lokale Unterstützung, kein Wales, das ihn bewundert (wie Lloyd George), kein loyales Birmingham, keinen organisierten Caucus (Wahlkörper) wie jenen, der es Mr. Chamberlain möglich machte, eine mächtige und halb unabhängige Rolle nach der Spaltung von 1886 zu spielen. Dundee ist, nach dem „Dundee Advertiser" zu schließen, ebenso kritisch wie Manchester und der „Manchester Guardian". Mr. Churchill tut uns leid. Seine Rhetorik ist gut, aber seine Verwaltung ist schlecht. So aufrichtig und leidenschaftlich er bei jeder Änderung seiner Überzeugungen sein mag, diese Wandlungen sind zu häufig, als daß diejenigen, die er im kritischen Augenblick im Stich läßt, sich nicht betrogen fühlen sollten. Und jetzt, da der Tag der Abrechnung gekommen ist, blickt man auf ihn mit allgemeinem Mißtrauen." Der Manchester Guardian aber meint, die Sitzungen des Kabinetts könnten ein Nachspiel im Unterhause haben. Die Frage ist nur, ob dieser Tag der Abrechnung wirklich gekommen ist. Die Sympathien Frankreichs und Rußlands sind natürlich auf seiten Mr. Churchills, und der „Temps" hat sogar das Kunststück fertig gebracht nachzuweisen, daß, als Churchill im März 1912 das Programm 16 Kiele gegen 10 aufstellte, er eigentlich meinte, zwei Kiele gegen einen; es sei nur schade, daß er es damals nicht deutlich genug ausgesprochen habe. In Paris und Petersburg rechnet man offenbar damit, daß der Einfluß Mr. Churchills auch die Politik Sir Edwards Greys und Mr. Asquiths bestimmt, wofür ja der Augenschein der politischen Schachzüge im Orient zu sprechen scheint. Es fragt sich nur, ob England auf die Dauer in einem

politischen Fahrwasser sich wird bewegen können, das notwendig über kurz oder lang in Gegensatz zu seinen vitalsten Interessen treten muß. In Persien ist es bereits jetzt der Fall, und man nimmt in der russischen Presse keinen Anstand, diesen Interessengegensatz bei jeder passenden Gelegenheit zu betonen; im fernen Osten bereitet er sich mit elementarer Notwendigkeit vor, und nur unter Verzicht auf seine handelspolitischen Interessen, wie sie durch Aufrechterhaltung des Prinzips der offenen Tür gesichert schienen, wird ein Konflikt sich vermeiden lassen. Endlich erklärt Wawerley in seiner letzten Betrachtung über das „unbekannte England", er halte noch jetzt die Wette, daß Lloyd George der Nachfolger von Asquith sein werde.

Nun hat Baron Makino, der japanische Minister des Auswärtigen, eben jetzt eine hochpolitische Rede im japanischen Abgeordnetenhause gehalten, in welcher er als das Fundament der japanischen Politik das Bündnis mit England hinstellte, das bekanntlich im nächsten Jahre abläuft. Diesem Bündnis, so führte er aus, sei es zu danken, daß die Ordnung in China wiederhergestellt werden konnte, eine Bemerkung, die in Rußland verstimmt hat, weil man dort gleichfalls Verdienste in dieser Hinsicht beansprucht. In Wirklichkeit haben bekanntlich Japaner auf seiten der Rebellen gefochten und alles getan, was an ihnen lag, um ein selbständiges Südchina ins Leben zu rufen. Rußland aber arbeitete für den Frieden, indem es der äußeren und inneren Mongolei zu voller Autonomie verhalf und großmütig russischen Schutz gewährte. Diese faktisch von China gelösten Gebiete werden durch die Praxis der russischen Verwaltung dem chinesischen und ausländischen Handel, mag er englischen, deutschen oder japanischen Ursprungs sein, fast völlig verschlossen, während Rußland bemüht ist, diese ungeheuren Territorien seiner Exploitation zu sichern. Davon hat Herr Makino natürlich nicht gesprochen, wohl aber davon, daß die Beziehungen Japans und Rußlands im beiderseitigen Interesse immer inniger und freundschaftlicher würden. Das ist, soweit es sich um die diplomatischen Beziehungen handelt, ohne Zweifel richtig, steht aber in schroffem Gegensatz zur Haltung der beiderseitigen Presse. Wir haben so oft darauf hinweisen müssen, daß wir uns Belege ersparen dürfen. Tatsache ist jedenfalls, daß die Frage der zwei in Korea unterzubringenden japanischen Divisionen, über welcher die beiden letzten japanischen Ministerien zusammenbrachen, in Japan so sehr erregte, weil man ihrer zur Abwehr eines

russischen Angriffes zu bedürfen glaubte, in Rußland aber wurden allen Ernstes aggressive Absichten Japans gefürchtet. Auch das sind Fragen, die das englische Interesse ebenso beanspruchen, wie die Zuspitzung der amerikanisch-japanischen Beziehungen und die Rolle Japans in Mexiko; Möglichkeiten, die heute vielleicht noch fern liegen, wie etwa die von Präsident Wilson ernstlich ins Auge gefaßte Unabhängigkeit der Philippinen mit ihren notwendigen Folgen, können eine völlig neue Lage im Stillen Ozean bringen und zur Erkenntnis führen, daß die Churchillsche Flottenpolitik, deren Horizont an der Nordsee und im Mittelmeer endet, im Grunde doch recht kurzsichtig ist. Wir halten es übrigens keineswegs für unmöglich, daß der erste Lord der Admiralität auch diesmal der Sieger bleibt. Freilich würde er dann seine Kollegen um Haupteslänge überragen, und es ist nicht einzusehen, weshalb ihm danach nicht auch die leitende Stellung formell eingeräumt werden sollte.

Auch in Frankreich spitzt sich der Kampf der Parteien zu persönlichen Gegensätzen zu. Der Angriff gilt mehr dem Finanzminister Caillaux als dem Ministerpräsidenten und Minister des Auswärtigen Doumergue. Nachdem die Verdächtigungen des „Figaro" von Caillaux siegreich zurückgewiesen wurden, haben neuerdings erst Briand und nach ihm Barthou, die beiden letztgestürzten Ministerpräsidenten, das schwere Geschütz ihrer Vorwürfe gegen ihn und seine Kollegen gerichtet. Man wirft ihm und ihnen das Bündnis mit den Sozialisten vor und beschuldigt sie, gegen die dreijährige Dienstzeit zu wühlen, obgleich Doumergue und mit ihm der Kriegsminister Noulens sich feierlich und öffentlich verpflichtet haben, sie redlich durchzuführen. Wir erinnern uns dabei, daß es nicht gar so lange her ist, daß Herr Briand selbst als ein Führer in den Reihen der intransigentesten Sozialisten stand, und es fällt uns schwer, in diesen Kämpfen mehr zu erblicken als den Wunsch, verlorenen Einfluß und verlorene Stellungen wiederzugewinnen. Der jüngste Streich, der gegen die regierende Partei geführt wurde, ist von einem Redakteur des „Eclair", Herrn Paul Biranel, erdacht worden und verdient erzählt zu werden, da er höchst charakteristisch diejenigen Eigenschaften kennzeichnet, die dem Durchschnittspolitiker in Frankreich eigentümlich sind. Herr Biranel versandte an namhafte Mitglieder der radikal-sozialistischen Partei Briefe mit der gedruckten Aufschrift: Initiativ-Komitee für die Jahrhundertfeier von Hégésippe Simon.

Darunter las man als Motto: Die Nebel schwinden, wenn die Sonne steigt. Der Text des Briefes aber lautete:

„Herr Deputierter! Dank der Freigebigkeit eines großherzigen Mäzens haben die Schüler Hégésippe Simons endlich die nötigen Mittel zusammengebracht, um ein Denkmal zu errichten, welches die Erinnerung an den Vorläufer retten wird. In dem Wunsche, den hundertsten Jahrestag dieses Erziehers der Demokratie mit allem Glanz eines bürgerlichen Festes zu begehen, bitten wir Sie, uns zu bevollmächtigen, Ihren Namen als Ehrenmitglied des Komitees einzutragen. Falls Sie beabsichtigen sollten, das Wort bei den Enthüllungsfeierlichkeiten zu ergreifen, werden wir Ihnen alle Dokumente zugehen lassen, die es Ihnen ermöglichen, ihre Ansprache vorzubereiten. Nehmen Sie, Herr Deputierter, den Ausdruck unsrer tiefen und ehrerbietigen Ergebung entgegen."

Nun ist Hégésippe Simon eine auf die Eitelkeit des Adressaten berechnete Erfindung Herrn Biranels. Die erste Zusage gab ihm Herr Paul Meunier, Deputierter der Aube, die zweite Herr Dalbiez, Vertreter der Hautes-Pyrénées, schließlich waren es 9 Deputierte, 15 Senatoren und drei Munizipalräte, die sich bereitgefunden hatten, diesen Hégésippe Simon, der nie existiert hatte, zu feiern. Lauter Radikalsozialisten, deren Bildnis und Zusage im Faksimile des „Eclair" nunmehr zum Gelächter der nicht Deputierten veröffentlicht wurden. Man sagt, daß in Frankreich die Lächerlichkeit töte. Wir glauben es nicht. Der Vorteil bleibt trotz allem dem Ministerium Doumergue-Caillaux, das einen Aufschub der Wahlen deklariert hat und damit Zeit und Mittel gewinnt, sich eine Majorität in der Kammer vorzubereiten, mit der es regieren kann, ohne die Herren Barthou und Briand oder den Spottvogel im „Eclair" fürchten zu müssen. Herr Poincaré aber muß mit dem Ministerium zufrieden sein, das ihm die Nation schickt, und die großen Hoffnungen, die sich an den Präsidenten mit dem starken Willen knüpften, vergehen wie andere Träume. Für eine gemäßigte Republik mit einem autoritativen Oberhaupt scheint noch kein Raum in Frankreich zu sein.

Daß trotzdem eine ganz neue Wendung eintreten könnte, macht der nach längerer Abwesenheit nach Paris zurückgekehrte Korrespondent der „Nowoje Wremja", Herr Jakowlew, wahrscheinlich. Im Grunde, schreibt er, habe sich nichts geändert. Poincaré habe die Radikalen entwaffnet, indem er sie zur Regierung berief. Caillaux, der, als er in der

Opposition stand, bewies, daß eine Anleihe von 1300 Millionen nicht notwendig sei, fordere jetzt 1500 Millionen, Doumergue mache dieselbe Politik wie Pichon, und morgen werde ein Dritter dasselbe tun wie Pichon. Es handle sich nicht um Änderung des Kurses, sondern darum, wer die neuen Wahlen leiten solle. Die Kampagne, die jetzt Briand und Barthou zu diesem Zwecke führen, sei jedoch völlig aussichtslos. Doumergue werde wahrscheinlich in den nächsten 8 Tagen gestürzt werden. Die Herde der Parlamentarier aber denke nur daran, wiedergewählt zu werden, und da weder Doumergue nebst Caillaux noch Briand-Barthou ihr Garantien dafür bieten können, wolle die Kammer, daß die Wahlen von einem Kabinett gemacht werden, das weder wie Briand-Barthou zu sehr nach rechts, noch wie Doumergue-Caillaux zu sehr nach links kompromittiert sei. Diesen Anforderungen entspreche niemand mehr als Herr Delcassé, der dank seiner Abwesenheit von Paris an den letzten parlamentarischen Kämpfen keinen Anteil gehabt habe. Der Erfolg seiner Petersburger Mission, an den jedermann glaube — Kaiser Nikolaus II. hat ihm bekanntlich den höchsten russischen Orden, das Andreaskreuz, verliehen —, seine angesehene Stellung in der Kammer, die er sich aufbewahrt hat, sein sympathischer, vermittelnder Charakter führten ihn ganz naturgemäß auf den Plan. Unter den jetzigen Verhältnissen sei er der einzig mögliche und unersetzliche Anwärter. Er werde ein Kabinett der Konzentration bilden, mit dem sich alle zufrieden geben und das alle versöhnen werde.

Wenn wir an diese allgemeine Versöhnung noch nicht glauben können, so scheint uns Herrn Jakowlews Kombination doch viel für sich zu haben. Der Unterstützung Herrn Poincarés kann Herr Delcassé sicher sein. Seine Politik von 1905 dient ihm bei der heutigen Geistesrichtung der Franzosen zur Empfehlung, die größte Reklame für ihn aber macht ohne allen Zweifel das russische Andreaskreuz, das seine Brust ziert. Endlich spricht alle Wahrscheinlichkeit dafür, daß Herr Jakowlew mit seinem ballon d'essai russischen Wünschen Ausdruck gibt, und die haben beste Aussicht, Gehör zu finden. Aber welche Verachtung für die „Herde der Parlamentarier" spricht aus diesen Ausführungen?

Fast mit gleicher Erbitterung, wie in Frankreich, bekämpfen sich auch die Parteien in Rußland. Im Reichsrat kam der Gegensatz in einem Redekampf zwischen dem Grafen Witte und dem Ministerpräsidenten Kokowzew zum Ausdruck. Es handelte sich um die Schäden,

welche dem russischen Volke durch die Milliarde Rubel angetan werden, die das Branntweinmonopol dem Staate einbringt, und trotz seiner überlegenen Redekunst vermochte Herr Kokowzew den schweren Eindruck nicht zu verwischen, welchen die Ausführungen Wittes machten. Er wies nach, daß, wenn die Staatseinnahmen in der Höhe geblieben wären, die sie noch nach Einführung der Branntweinreform hatten, d. h. 500 bis 540 Millionen Rubel im Jahr, Rußland statt des berühmten goldenen Barfonds von 500 Millionen Rubel jetzt ein Defizit von 1 Milliarde 250 Millionen aufweisen würde. Herr Menschikow stellt in der „Nowoje Wremja" darüber melancholische Betrachtungen an und gibt beiden, Witte wie Kokowzew, unrecht. Es werde nicht besser werden, ehe ein Mann von staatsmännischem Geist an die Spitze der Finanzverwaltung trete. Wenn die Generation der Politiker geschwunden sei, die persönlich an dem „glänzenden Fehler" (der Einführung des Branntweinmonopols) Mitschuld trügen, werde erst mit Entsetzen erkannt werden, wie groß dieser Fehler war. Vielleicht sei es auch nötig, daß das Volk und die saufenden (sic!) höheren Klassen sich bis zu der Grenze volltrinken, daß nichts übrig bleibe als eine Umkehr. Nach den Niederlagen des mandschurischen Krieges hätten Armee, Flotte und Nation trauern müssen, und auch die traurige Gegenwart sollte nicht zum Schmausen und Zechen auffordern, aber es scheine, daß die Unmäßigkeit immer mehr im Zunehmen sei. Wie viele unerhörte Szenen seien allein in Petersburger Restaurants von betrunkenen Offizieren ausgegangen. Es sei doch nicht normal, wenn ein Stabsoffizier der Marine mit blankem Hirschfänger durch den ungeheuren Saal eines Restaurants mit dem Rufe läuft, er müsse heute einen Menschen abschlachten. Normal sei es doch nicht, wenn ein junger Offizier in der Droschke einer jungen Dame, wie sich erwies, der Tochter eines Generals, nachjagt, um mit dem Säbel auf ihren Hut zu schlagen, oder wenn ein junger Offizier aus guter Familie plötzlich seinen Revolver auf einen Haufen Zigeuner abfeuert? usw. usw. Hinter diesen Tatsachen, die in das Gebiet des Verbrechens fallen, verstecke sich eine unbestimmte Zahl anderer, die als weniger flagrant der Öffentlichkeit verborgen bleiben. So sehe es in den kultivierten Spitzen der Nation aus, was aber solle man von den Schichten der Gesellschaft sagen, die in ihrer Bildung der Barbarei nahestehen? Eine entschlossene Umkehr sei unerläßlich, und das Signal dazu müsse der Staat geben, der die ewigen Gebote zu hüten habe.

Das ist gewiß gut gemeint und wird gewiß ebenso wirkungslos verpuffen.

Im „Buenos Ayres Herold" vom 25. Dezember finden wir folgende beachtenswerte Ausführung: „Es gibt eine Phase der mexikanischen Lage, die europäische Minister und Diplomaten nicht leicht verstehen können. Wenn Großbritannien, Frankreich oder Deutschland in Mexiko intervenieren sollten, um Huertas Rücktritt zu veranlassen, würde die Bevölkerung des Landes es nicht schlecht aufnehmen. Ein ähnliches Vorgehen der Vereinigten Staaten würde aber ein allgemeines Gefühl von Haß zur Folge haben, nicht nur in Mexiko, sondern in ganz Lateinisch-Amerika. Es gibt keinen vernünftigen Grund dafür, aber Rassenleidenschaft und Vorurteil sind niemals vernünftig. Es ist die Rücksicht auf dieses besondere Temperament der lateinischen Gebiete, das Präsident Wilson abhält, zu drastischen Maßregeln zu greifen, deren Durchführung mehr Geld kosten könnte als er und viele andere glauben, daß Mexiko mit allem, was darin ist, Wert hat. Während der Präsident wünscht, der zerrütteten „Republik" den Segen des Friedens und der Ordnung zu schaffen, ist er doch keineswegs geneigt, dem Volke der Vereinigten Staaten die glückliche Bürde aufzuerlegen, Mexiko friedfertig und gedeihend zu machen. Er denkt, daß, wenn Mexiko Frieden und ein konstitutionelles Regiment haben soll, es selbst dafür sorgen und nicht den Vereinigten Staaten die Kosten auflegen soll."

Hier scheint uns die Beurteilung der Wilsonschen Politik den Tatsachen nicht recht zu entsprechen. Ohne sein Einschreiten wäre aller Wahrscheinlichkeit nach Friede und Ordnung in Mexiko längst hergestellt, und es will uns scheinen, daß sein intransigentes Verhalten noch weiteren Schaden für Mexiko wie für die Vereinigten Staaten zur Folge haben wird.

30. Januar. Tod von Paul Déroulède.
31. Januar. Graf Roedern wird Staatssekretär für Elsaß-Lothringen, Freiherr v. Stein Unterstaatssekretär.

---

4. Februar 1914.

Seit dem 28. Januar herrscht große Aufregung in Frankreich: die Putilowwerke in Petersburg, die das Artilleriematerial für die russische Armee herstellen, seien von Krupp aufgekauft worden, und auch die Deutsche Bank habe ihre Hand im Spiele. Beides hat sich als unwahr erwiesen, und wir halten es nicht für notwendig, näher auf diese Gerüchte einzugehen, die wahrscheinlich in Umlauf gesetzt wurden, um einer Petersburger Bank mit internationalen Beziehungen die Aufgabe zu erleichtern, den Putilowwerken die 50 Millionen Rubel zu schaffen, deren sie bedürfen, um ihr Kapital zu vermehren und den Bestellungen zu genügen, die sie vom Kriegsministerium übernommen hatten. Offenbar hatte man in den Putilowwerken damit gerechnet, daß der Name Krupp in Frankreich wie ein rotes Tuch wirken werde, und daß, um diesen gefährlichen Konkurrenten zu beseitigen, die französische Finanz, trotz der großen Eisenbahnanleihe, die eben erst abgeschlossen war, ihren Beutel so weit öffnen werde, als irgend notwendig sein könnte. Daß dies das wirkliche Motiv für all den Lärm war, den die französische Presse gemacht hat, beweist ein Petersburger Telegramm des „Temps" vom 2. Februar, in welchem es u. a. heißt: „Eines der ersten Resultate des Kriegsrufs der Presse wird sein, daß die Banken vortreffliche Geschäfte machen werden. Was aber die illusorischen Gefahren betrifft, so werden sie weniger als je existieren, denn man muß hoffen, daß Ihre Landsleute jetzt eine große Zahl Aktien der neuen Emission erwerben werden. Wenn der falsche Lärm zu diesem Resultat führt, so ist das Pulver nicht umsonst verbrannt worden." Dazu bemerkt der „Temps" recht melancholisch: „Wir rechnen in Frankreich zu sehr auf eine Dankbarkeitsschuld Rußlands, auf eine besondere Gesinnung Rußlands, wo es sich um uns handelt.

Das sind Illusionen, an denen leider einige Zeitungen festhalten. In Geschäften wenden sich die Russen dorthin, wo es vorteilhaft ist. Auf diesem Felde weiß man, daß es keine Freundschaften gibt. Wenn wir wollen, daß unsere Interessen nicht leiden, muß man sie tätig überwachen und tun, was notwendig ist, um sie wirksam zu verteidigen." Diese Erkenntnis ist um so überraschender, als der „Temps" vorher in einer Artikelserie „La pratique de l'alliance russe" die Putilowangelegenheit als eine hochpolitische Frage behandelt hatte, über die mit voller Offenheit zu reden das Blatt für eine patriotische Pflicht hielt. Während der letzten Monate habe Frankreich bei den Bestellungen der russischen Regierung keine Vorzugsbehandlung erfahren. In Deutschland seien für 69 Millionen Rubel, in England für 67, in Frankreich nur für 57 Millionen Rubel Bestellungen abgeschlossen worden. Schon 1911 habe Herr Ribot darauf hingewiesen, daß ein Stillstand in den ökonomischen Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland eingetreten sei, und der „Correspondant" habe noch jüngst darauf aufmerksam gemacht, daß Rußland für Mobilisierung und Eisenbahnbauten nicht alles getan habe, was möglich war. Das sei um so bedauerlicher, als Rußland diese Tatsachen nicht habe bestreiten können. Die ungeheuere Anleihe, deren erste Rate jetzt ausgezahlt werden solle, sei ein Stück eines politischen Ganzen, in dem alle Teile harmonisch zusammengehen müßten, um das Endziel vorzubereiten („il faut que toutes les parties s'accordent harmonieusement à préparer le résultat final"). Daß dieses Endziel für den „Temps" und seine „Unterhembden" (mit Luther zu sprechen) der Krieg gegen uns ist, braucht wohl kaum ausdrücklich hervorgehoben zu werden. Eine ganz andere Seite schlägt aber der anglophobe „Eclair" an. Der „Temps", „organe autoritaire de l'obéissance passive à tous les ordres de M. Iswolski", sei auf falscher Spur. Der Konkurrent in Petersburg sei nicht Deutschland, sondern England. Der Vertrag, den Rußland mit dem Hause Vickers unterzeichnet habe, datiere vom 7. September 1913, und ohne daß Herr Delcassé etwas geargwohnt hätte, habe der russische Reichsrat sich schon am 8. April und 13. Mai vorigen Jahres, obgleich von französischer Seite weit vorteilhaftere Anträge gemacht wurden, entschieden, diesem englischen Hause die Begründung der Artilleriewerkstätten in Zaritzyn zu übertragen. Es knüpfen sich daran sehr durchsichtige Verdächtigungen gegen hohe russische Offiziere, auf die wir nicht eingehen wollen. Es sei eben ein unverzeihlicher politischer Fehler

gewesen, daß Frankreich die Engländer der Entente zugeführt habe. Sie, nicht Frankreich, zögen den Nutzen davon, und die französische Industrie werde zugunsten der fremden eliminiert, ohne daß daran zu denken sei, daß Frankreich je von England im Kriegsfall eine wirksame Unterstützung erhalten werde. Man habe sich so, einem diplomatischen Flirt zuliebe, in Rußland den Konkurrenten selbst großgezogen.

Noch drastischer, wenngleich mit anderer Spitze, ist ein Brief des Generals Avon an den „Eclair", in welchem ausgeführt wird, daß man sich über Frankreich lustig gemacht habe, ohne daß die Schuld daran der russischen Regierung allein zugewiesen werden dürfe. Der Grund sei im System zu suchen, das Rußland beherrsche: Rußland sei eine durch Repräsentativinstitutionen temperierte Autokratie, in welcher das Geheimregiment der Käuflichkeit herrsche (du régime occulte de vénalité), das über die ganze Nation von oben bis unten herrsche, und das man die Aera der Trinkgelder, der „pots de vin", nennen könne. Der Herr General führt dafür Beispiele an, für die wir ihm die Verantwortung überlassen. Sie greifen sehr hoch hinauf. Man müsse, schließt er, sich des russischen Sprichworts erinnern: Der Fisch fault zuerst am Kopfe. Dieses System der „pots de vin" ist aber offenbar nicht eine ausschließlich russische Eigentümlichkeit: Ein Mitarbeiter des „Correspondant" beschuldigt die russische Regierung, die öffentliche Meinung Frankreichs zu täuschen, indem sie die Presse bestehe: „Die russische Regierung trifft die nötigen Vorsichtsmaßregeln, damit die öffentliche Meinung Frankreichs nicht mehr erfährt, als sie zu wissen braucht. 1910, und ich habe allen Grund zu glauben, daß es heute ebenso ist, gab die russische Botschaft in Paris 1 200 000 Franken für diesen geheimen Dienst aus, wobei die Summen nicht eingeschlossen sind, die aus anderen Kanälen für Finanzzwecke ausgegeben werden." So zu lesen im „Correspondant" vom 25. September 1912. Es scheint danach, daß man in Paris mit den beiden andern Gliedern der Entente nicht eben zufrieden ist; aber nicht minder unzufrieden ist man in Rußland über gewisse Tendenzen, die sich neuerdings in der französischen Presse geltend machen. Man tritt in Paris für die Polen ein und möchte sie mit Rußland versöhnen, um ein weiteres Werkzeug an ihnen für den Fall des deutschen Krieges zu gewinnen, der nun einmal der Mittelpunkt des Denkens jenseits der Vogesen ist. Es steht wohl im Zusammenhang damit, daß die russische Presse um so schärfere Töne gegen die Polen anschlägt. Die „Nowoje Wremja" vom 25. Januar

erzählt, ihr sei von einem Polen der Partei der Ugodowzen ein Artikel geschickt worden, der aus Warschau zahlreichen französischen Blättern zugehen sollte. Er führte die Überschrift: „Schwierigkeiten der russischen Mobilisierung" und bemühte sich zu beweisen, daß im Fall eines russisch-deutschen Krieges ohne Zweifel ein polnischer Aufstand ausbrechen werde. Das werde das Vorrücken der deutschen Ostarmee so erleichtern, daß inzwischen die Westarmee mit Leichtigkeit Paris werde erreichen können. Wolle Frankreich das verhindern, so müsse es auf die russische Regierung einwirken, damit sie die Lage der Polen verbessere, da von ihnen Erfolg oder Mißerfolg der Ziele des russisch-französischen Bündnisses abhänge. Die „Nowoje Wremja" sagt, für den Verfasser des Artikels gebe man einen französischen Militäragenten aus, sie sei jedoch überzeugt, daß er aus der Feder eines polnischen Chauvinisten stamme, der seine Drohungen via Frankreich nach Rußland schicke. Wenn die Polen das Gesetz über die städtische Selbstverwaltung retten wollten, würden sie gut tun, die Agitation in der französischen und englischen Presse aufzugeben. Inzwischen aber scheint man entschlossen, mit der Russifizierung der Westprovinzen, speziell der Gouvernements Kowno und Wilna energisch fortzufahren und namentlich zu verhindern, daß das polnische Element bei den Adelswahlen zur Geltung komme. Die „Moskowskija Wjedomosti", ein konservatives Blatt, widmen dieser Frage einen eingehenden und sehr lehrreichen Artikel, aus dem sich ergibt, daß in den übrigen Westgouvernements die Regierung bereits ihr Ziel erreicht zu haben glaubt. In den Gouvernements Witebsk, Wolhynien, Kiew, Minsk und Mohilew fürchtet sie das polnische Element nicht mehr, wobei freilich zweifelhaft ist, ob sie richtig sieht. Solange das Polentum so kräftig wie bisher sich im Zartum Polen behauptet, ist an eine wirkliche Russifizierung der Westprovinzen nicht zu denken. Was sich erreichen läßt und namentlich in Litauen erreicht wird, ist ein äußerlicher Firnis, der die Feuerprobe eines Konflikts unter keinen Umständen bestehen würde. Bis dahin aber wird es ruhig bleiben, und die „Nowoje Wremja" hat so unrecht nicht, wenn sie darüber spottet, daß die Kommission zur Bewaffnung polnischer Insurgenten, vom August 1912 bis zum August 1913, nicht mehr als 142 255 Kronen aufgebracht hätte, davon aber sei der größte Teil von reichen polnischen Kolonisten aus Amerika geschickt worden. Der Revolutionsgedanke habe also im Gebiet aller drei Teilungsmächte wenig Anklang gefunden. Wir glauben nicht, daß dies in bezug auf Österreichisch-

Galizien zutrifft. In Posen aber können derartige Pläne nicht über den Rahmen frommer Wünsche hinausgehen. Daß aus ihnen nicht Taten werden, dafür sorgt bei uns der Staat, ohne zu Mitteln greifen zu müssen, die man in Rußland nicht glaubt umgehen zu können.

Der Streit um das Budget und das Monopol dauert in gleicher Leidenschaftlichkeit in Rußland fort; daß durchgreifende Maßregeln gegen die Trunksucht ergriffen werden, scheint jedoch ausgeschlossen. Wohl aber macht sich im Volke eine merkwürdige Strömung geltend. Es hat von jeher gewisse Bischöfe und Einsiedlermönche insgeheim als Heilige verehrt und dringt nun darauf, daß sie von der Kirche als solche anerkannt und heiliggesprochen werden. So sind in den letzten Jahren der Bischof Feodosi von Tschernigow, Joasaf von Belgorod, Hermogen, Patriarch von Moskau, Serafim von Sarow heiliggesprochen worden, dazu die Fürstinnen Anna von Kaschin und Eufrosyne von Polozk; wie es heißt, stehen neue Heiligsprechungen bevor, wie die des Bischofs Pitirim von Kaluga. Eine Zuschrift, die der „Nowoje Wremja" zugeht, meint, das Volk rette sich von den Lebendigen zu den Toten, d. h. es suche in der Erinnerung an die Verstorbenen den Trost, den es bei den lebenden Geistlichen nicht finde. Es knüpfen sich daran recht bittere Betrachtungen, die mit der höchst unpopulären Politik in Zusammenhang stehen, die von dem Heiligen Synod verfolgt wird. Überhaupt finden wir nicht, daß das pessimistische Bild, das wir vor einigen Wochen über die inneren Verhältnisse Rußlands entwarfen, sich zum Besseren geändert hätte. Auch die Gewaltpolitik in Finnland wird rücksichtslos fortgesetzt, und der Tod des hochverdienten finnländischen Patrioten Leo Mechelin, der die guten wie die bösen Tage Finnlands erlebt und in Ehren getragen hat, bringt den Kampf, der um gutes Recht gegen rücksichtslose Übermacht auf diesem Boden geführt wurde und noch gleich mannhaft weitergeführt wird, wieder in lebendige Erinnerung. Friede seiner Asche, es war ein Mann, auf den Finnland mit Recht stolz sein kann.

Merkwürdig ist eine Auswanderungsbewegung, die viele Hunderte und bald wohl Tausende russischer Bauern erst aus Turkestan und neuerdings auch aus dem Wolgagebiet in die persische Provinz Asterabad führt. Der nomadische Zug ist eben der Rasse eigen geblieben, aber es ist nicht zu verkennen, daß die Tatsache mit der Zeit von großer politischer Bedeutung werden kann. Auch das verdient erwähnt zu werden, daß die russischen Duchoborzen jetzt nach Uruguay auswandern. Hoffentlich

finden sie sich dort besser zurecht als ihre Vorläufer, die nach Kanada zogen und in vollen religiösen Wahnsinn verfielen. Es ist eine Äußerung der mystischen Anlage, die tief in der russischen Volksseele ruht.

Auf der Balkanhalbinsel wird verhandelt: Bulgaren und Türken, Türken und Griechen, Serben und Bulgaren, und sie alle mit Petersburg. Herr Venizelos hat alle europäischen Großstädte, soweit sie der Sitz von Balkaninteressenten sind, besucht und weilt eben in Petersburg — aber vom Ausgang dieser Verhandlungen wissen wir noch nichts. Nur das scheint sicher zu sein, daß die von französischen Blättern angekündigte Flottendemonstration in türkischen Gewässern nicht erfolgen wird. Wir jedenfalls dürften an solchen Kundgebungen nicht teilnehmen. Die Erfahrungen, die in Kreta gemacht worden sind, laden zu einer neuen Auflage alter Irrungen nicht ein. Nichts nötigt, den Statusquo des Augenblicks zu ändern, und je länger er fortdauert, um so größer wird die Aussicht auf eine Verständigung in Frieden.

Der Kampf um die Erhöhung des englischen Flottenprogramms hat dadurch eine ganz neue Wendung genommen, daß dem Zivillord der Admiralität, Mr. Churchill, vorgeworfen wird, daß er zu Ende des Finanzjahres 3—5 Millionen Lstr. über die ihm vom Parlament angewiesene Summe verausgabt habe, und zwar ohne dem Finanzkomitee Mitteilung davon gemacht zu haben. Die Herren des Komitees empfinden das, wie einer von ihnen, Mr. Gordon Harvey, Parlamentsglied für Rochdale, schreibt, als einen Affront, und der „Economist" geht mit ganz ungewöhnlicher Schärfe gegen Churchill vor. Wenn die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zuträfen, lasse sich nicht sehen, wie das Unterhaus Mr. Churchill erlauben könne, in seiner Stellung zu bleiben. „Gewiß", schreibt der „Economist", „können seine Kollegen im Kabinett die Last und Verantwortung für das, was er getan hat, auf sich nehmen; aber weshalb sollten sie es tun? Er hat während der Feiertage das Schiff leck gemacht und erwartet jetzt, daß das Kabinett die Verantwortlichkeit für seine Nachlässigkeit übernimmt. Der Prime Minister ist voll unterrichtet über Gesinnung und Wünsche seiner Partei im ganzen Lande und muß wissen, daß, wenn er Mr. Churchill schützt und die Admiralität ermuntert, weiterzugehen, er ein politisches Desastre vorbereitet und seine Laufbahn als Minister zu unrühmlichem Abschluß führt. . . . Die liberalen Imperialisten haben kein Recht, zu erwarten, daß ihre Freunde in der Opposition finanzielle Maßlosigkeit und Ver-

schwendung zu einer Zeit verteidigen, da das Recht des Rüstungsrings und seiner offiziellen Vertreter, Regierung und Budget zu vergewaltigen, allgemeine und wachsende Kritik hervorruft. Die Petroleumheizung, die Armierung von Handelsschiffen, die Schießpraxis, die Luftfahrten und andere kostspielige Fiaskos oder Anzeichen von Extravaganz — von den pekuniären Unregelmäßigkeiten, die wir erwähnt haben, zu schweigen — werden die Führer der Opposition nicht nur rechtfertigen, sondern nötigen, eine scharfe Stellung gegen das Marinebudget anzunehmen. Und wenn die Ergänzungsanschläge und die Anschläge für das nächste Jahr den Angaben nahekommen, die der „Daily Chronicle" bringt, so ist schwer daran zu glauben, daß es Mr. Asquith gelingen wird, seine verekelte und entmutigte Gefolgschaft zur Abstimmung zu drängen, um eine Schädigung des Gemeinwesens zu unterstützen" (it is hardly credible that Mr. Asquith will be able to whip his disgusted and disheartened followers into the lobby in support of public waste). Wir glauben nicht, daß aus der Mitte einer Partei in England je eine so scharfe Sprache gegen den Führer der Partei, der zugleich Prime Minister ist, geführt wurde. Der „Economist" aber ist ein Preßorgan, das sich seinen sachlichen und vornehmen Ton stets zu wahren verstanden hat. Aber die Tatsache, daß Mr. Asquith trotz allem seinen Schild vor Churchill hält, scheint in den Kreisen, die der „Economist" vertritt, und das ist der mächtigste Handel und die größte Finanzkraft der Welt, eine Stimmung hervorgerufen zu haben, die zwischen Erbitterung und Verzweiflung schwankt. Sie können es nicht mehr ertragen.

Doch das sind und bleiben rein englische Angelegenheiten. Unsere Stellung zu der englischen Rüstungsfrage haben wir oft auszusprechen Gelegenheit gehabt. Wir halten an unserem Flottenprogramm fest und werden uns durch alle Übertreibungen der englischen Rüstungspolitik an ihm nicht irre machen lassen. Damit kann die Welt als mit einer feststehenden Tatsache rechnen.

Immer unsicherer werden die mexikanisch-amerikanischen Beziehungen. In den Vereinigten Staaten werden alle Vorbereitungen zu einem Kriege getroffen, der zu Wasser und zu Lande geführt werden soll. Die Flotte hat Auftrag erhalten, sich binnen 60 Tagen an der mexikanischen Küste zu konzentrieren, man hofft in Washington, daß Huerta schon vorher zusammenbrechen wird, aber auch sein Nachfolger wird mit den Vereinigten Staaten zu rechnen haben. Als schließlichen Aus-

gang erwartet man, wie wir einem Briefe aus Washington vom 18. Januar entnehmen, den der „Economist" veröffentlicht, „daß die Vereinigten Staaten eine beratende Stellung in Finanzfragen Mexiko gegenüber einnehmen, damit die Ausländer, welche Forderungen zu stellen haben, befriedigt werden und die Zahlung der öffentlichen Schuld so rasch erfolgen könne, als die erschöpfte Lage des Landes es gestattet." Das wird schwerlich ohne eine zeitweilige Okkupation Mexikos sich durchführen lassen, und sie zu behaupten dürfte außerordentlich schwierig und so kostspielig sein, daß die Verpflichtungen des Landes ins Ungemessene steigen müßten. Auch kompliziert sich die Lage durch die Haltung Japans, die den Mexikanern entschieden günstig ist.

In China hat Juanschikai einen gefährlichen Aufstand der Truppen in Jünnan glücklich niedergeworfen. Es sind die Nachwehen der Revolution, und man muß erwarten, daß sie noch häufig ein Eingreifen der Zentralgewalt erfordern werden. Inzwischen tagt in Peking die Kommission zur Änderung der Verfassung und es kann fraglich erscheinen, ob sie dem Staat gleich ein erbliches oder ein lebenslängliches Oberhaupt geben wird. Daß sich eine Wendung zur Monarchie vorbereitet, halten wir für sicher.

Vielleicht erleben wir ein Gleiches auf portugiesischem Boden. Der republikanischen Wirtschaft in ihren jetzigen Formen scheint die Bevölkerung recht gründlich überdrüssig geworden zu sein. Ob die Monarchisten König Manuel zurückführen können, ist jedoch zweifelhaft. Wir glauben Anzeichen zu erkennen, die auf ein Wiederauftauchen der iberischen Idee hinweisen, d. h. auf den Wunsch, Portugal mit Spanien zu vereinigen.

Die außerordentliche Energie, mit der die Regierung von Südafrika durch Deportierung der Arbeiterführer des großen Ausstandes Herr geworden ist, der die Zukunft des Landes ernstlich bedrohte, hat in den liberalen Kreisen Englands lebhaften Widerspruch hervorgerufen. Es sei ein Eingriff in die Grundrechte, die jedem englischen Bürger unverbrüchlich gehören, und die gegen Botha erhobenen Angriffe sind infolgedessen sehr scharf. Aber abgesehen davon, daß die Verantwortung nicht Botha allein, sondern auch den englischen Gouverneur Lord Gladstone trifft, ist zu beachten, daß die allerdings ungewöhnliche Maßregel der Deportierung auf Grund des proklamierten Kriegszustandes erfolgt ist, und endlich, daß, wenn je, hier der Satz gilt: „right or wrong my country".

5. Februar. Der Kronprinz von Griechenland in Bukarest.
6. Februar. Mißtrauensvotum der Duma gegen die Wahlpolitik der russischen Regierung. Demonstration der schwedischen Bauern in Stockholm für Verstärkung der Landesverteidigung.
8. Februar. Konstituierung des Ministeriums Machedo in Portugal.
11. Februar. Demonstration gegen die japanische Regierung in Tokio.

---

11. Februar 1914.

In San Franzisko erscheint eine Wochenschrift „The Argonaut", die in Inhalt und Form zum Besten gehört, was die amerikanische Journalistik aufzuweisen hat. Die Nummer vom 24. Januar dieses Jahres bringt eine überaus lehrreiche Darstellung der Verhältnisse in Mexiko („Mexico up to Date") auf Grund von Erkundigungen, welche die Redaktion der Zeitschrift von Persönlichkeiten verschiedener Nationalitäten eingezogen hat, die in der Hauptstadt Mexiko ansässig waren, und die zu den leitenden Persönlichkeiten, den Präsidenten mit eingeschlossen, in Beziehung gestanden haben. Die Zusammenfassung der Urteile dieser kompetenten Kenner von Land und Leuten macht den Eindruck voller Unparteilichkeit und scheint uns der Wirklichkeit näher zu kommen als alles, was uns bisher über die mexikanischen Verhältnisse zugetragen worden ist. Sehr ungünstig ist das Urteil über den Charakter der mexikanischen Bevölkerung, der mit großer Bestimmtheit edlere Motive abgesprochen werden. Patriotismus in dem Sinne, den wir mit dem Wort verbinden, sei in Mexiko nicht zu finden. Geschäftliche Interessen und Rachsucht seien die treibenden Motive für die Revolution gewesen. Bei all seinen Fehlern sei Huerta doch die einzige starke Persönlichkeit, welche die Wogen der Revolution emporgehoben hätten, und intelligente Leute seien der Ansicht, daß er, wie einst Porfirio Diaz, der Lage Herr geworden wäre, wenn die Vereinigten Staaten ihn anerkannt hätten. Daß diese Anerkennung verweigert wurde, habe ihm den Todesstoß gegeben, und wenn er noch lebe, müsse er doch über kurz oder lang zugrunde gehen, seit ihm die Vereinigten Staaten den Geldmarkt der Welt

verschlossen hätten. Als die provisorische Präsidentschaft ihm übertragen wurde, habe die gesamte intelligente und besitzliche Bevölkerung des Landes hinter ihm gestanden. Sie alle wünschten, daß ebenso, wie es die europäischen Großmächte getan hatten, die Vereinigten Staaten ihn als de facto Präsident gelten ließen. Seine Regierung wäre zwar tatsächlich eine Diktatur gewesen, aber sie hätte dem Lande Frieden gebracht, Leben und Eigentum geschützt, der Industrie und dem Geschäftsleben Sicherheit geboten. Man gebe daher dem Präsidenten Wilson die Schuld an dem entsetzlichen Gemetzel und den unaussprechlichen Leiden, welche die letzten Monate gebracht hätten und deren Ende noch nicht abzusehen sei. Nachdem in Washington der Stab über ihn gebrochen war, blieb für Huerta nichts übrig, als entweder zurückzutreten oder sich gewaltsam zu behaupten. Er wählte das letztere, verlor aber durch ungeheure Erhöhung der Abgaben, Zwangsanleihen usw. die Unterstützung der vermögenden Männer im Lande; sie verließen Mexiko und warten jetzt in New York, London, Paris auf bessere Zeiten. Daß Huerta sich dauernd behaupten kann, glaube niemand. Seine Regierung sei mittellos, seine militärische Macht geringer als die der Führer der Rebellion, wahrscheinlich werde er, sobald er einsehe, daß seine Tage vorüber seien, die Flucht ergreifen. Er halte die Straße von Vera Cruz und könne in wenigen Stunden sich, seine Familie und seine nächsten Anhänger in Sicherheit bringen; dafür, daß es ihm in der Fremde an Mitteln nicht fehlen werde, habe er Sorge getragen. Er sei der tapferste Mann und der härteste Trinker in Mexiko, durchaus furchtlos, sehr viel mehr an Persönlichkeit wie seine Rivalen, die Generale Carranza und Villa, deren Erfolge vornehmlich auf amerikanische Unterstützung zurückzuführen seien. Schon längst hätten amerikanische Grundbesitzer in den drei nördlichsten Staaten der „Estados Unidos" Sonora, Chihuahua und Coahuila, aus gewichtigen geschäftlichen Gründen die Ausdehnung der Autorität der Vereinigten Staaten auf diese Gebiete gewünscht. Jeder Acre Land und jeder andere Besitz müßte dann an Wert das Doppelte und Dreifache darstellen, und man glaube allgemein, daß es die Grundbesitzer und die Interessenten an den Minen seien, die Carranza und Villa die Möglichkeit gaben, ihre Truppen zu organisieren und zu unterhalten; das sei aber unter Konnivenz der Regierung in Washington geschehen, die die Unterstützung der Rebellen mit Waffen, Munition und anderen Bedürfnissen nicht zu verhindern für nützlich fand. So scheine dem Vormarsch

Carranzas und Villas auf die Hauptstadt nichts mehr im Wege zu stehen, es sei denn, daß sie übereinander herfallen, bevor sie Mexiko erreichen. Carranza sei gebildet und ursprünglich ein Gentleman gewesen, Villa ein pittoresker Bandit, die ideale Figur eines Desperado, beide aber Lumpen, die unter gewöhnlichen Verhältnissen mit einem Tagelohn von 25 Cents ihre dringendsten Bedürfnisse hätten befriedigen müssen. Nachdem sie Soldaten, oder was damit identisch sei, Banditen wurden, stehe ihnen alles zu Gebot, wonach sie gelüstet: Pferde, Essen, Weiber, prächtige Kleider, alle Schranken welche die Armut setzte, verschwanden für sie, und Genüsse, von denen sie kaum geträumt hätten, standen ihnen frei. Wie die Führer sei das Gefolge und absolutes Regiment unerläßlich, daher werde auch jede Durchbrechung der Disziplin mit dem Tode bestraft.

Man sage, es vergehe kein Tag, an dem Villa nicht 5 bis 50 Mann erschießen lasse, und Carranza solle nicht weniger grausam sein, aber Raub, Verstümmelung, Brandstiftung und Brandschatzung blieben trotzdem als Trivialitäten unbestraft. Der „Argonaut" kommt zum Schluß, daß, wenn diese Banden sich der Stadt Mexiko nähern, eine allgemeine Erhebung stattfinden werde, und daß bereits alles, mehr oder minder heimlich, auf das Einschreiten Amerikas hoffe. Unter der Intervention Amerikas aber verstehe man Besitzergreifung und Übernahme der Verantwortung für die Regierung und die soziale Ordnung des Landes durch die Vereinigten Staaten. „Sie fühlen, daß Aussicht die Ordnung nach der von Porfirio Diaz angewandten Methode zu erhalten, infolge der wunderlichen Politik der Vereinigten Staaten nicht mehr vorhanden ist. Sie fühlen, daß eine Intervention kommen muß, und weil sie ihnen unvermeidlich scheint, wünschen sie auch, daß sie erfolge, solange noch etwas vorhanden ist, was wert ist gerettet zu werden." Nur so könne Mexiko vor völligem Ruin gerettet werden. „Daß die Politik der Vereinigten Staaten darauf berechnet war, sich Mexikos zu bemächtigen, ist der allgemeine Glaube in den geschäftlichen Kreisen, die vom Standpunkte der mexikanischen Intelligenz das Element wunderlicher Moral im Kurs der Politik des Präsidenten Wilson durchaus nicht verstehen können. Die oft verkündete und allgemein geglaubte Theorie, daß das Eingreifen der Vereinigten Staaten schwierige militärische Probleme heraufbeschwören werde, wird von vielen bestritten." ... Wenn eine amerikanische Armee in Veracruz lande und sofort auf die Hauptstadt los

marschiere, werde man sie mit Hussa und Willkommen begrüßen. Die besitzenden Klassen würden sie als Erretter und Hersteller der sozialen Ordnung empfangen, der Pöbel sich aus Furcht fügen. Intelligente Beobachter glauben, die Besitzergreifung durch die Vereinigten Staaten könne ohne einen Schlag vollzogen werden, und auch die Rebellen des Nordens würden unter dem Druck der Interessen derjenigen, die sie bisher angespornt und unterstützt haben, ihre Fahnen senken. Schließlich würden noch hier und da Rebellenbanden wie Hornissen in einem Heufelde sich behaupten und vielleicht Jahre hingehen, ehe sie ganz unterdrückt seien. Aber an eine nationale Erhebung gegen die Invasion glaube man nicht.

Die Gewährsmänner des „Argonaut" glauben, daß früher oder später die Vereinigten Staaten werden eingreifen müssen. Sie würden entweder selbst einmarschieren und Ordnung erzwingen oder unter Preisgabe einiger Ansprüche der Monroedoktrin England, Frankreich oder Deutschland oder allen zusammen erlauben müssen, es zu tun. Ein großes, reiches Land, in dem fremde Anlagen im Werte von Billionen Dollar untergebracht sind, werde man nicht in chaotischem Zustande bleiben lassen. Das Einschreiten der Vereinigten Staaten, meint man, sei die logische und unvermeidliche Klimax einer Politik, die Mexiko verhindert habe, nach eigenen Methoden die Unruhen zu überwinden. „Während wir der Welt die Versicherung geben, daß wir keinen Acre mexikanischen Bodens wegnehmen werden, verfolgen wir einen Kurs, der eine Annexion, in dieser oder jener Form, zur Notwendigkeit macht!"

Wir halten diese Ausführungen für sehr überzeugend, wenngleich sie einigermaßen optimistisch anmuten, soweit die Eroberung als ein militärischer Spaziergang in Aussicht genommen wird. Auch gibt es eine neue Lage, wenn die Vereinigten Staaten für die Verluste haftbar werden, welche die mexikanische Rebellion, infolge der „humanen" Politik des Präsidenten Wilson, den europäischen Interessen gebracht hat. Jedenfalls ist die Kugel im Rollen. Präsident Wilson hat die Waffeneinfuhr nach Mexiko freigegeben, die Kriegsflotte der Vereinigten Staaten hat Befehl erhalten, sich binnen 60 Tagen in den mexikanischen Gewässern zu konzentrieren, und Villa, der schlimmste der mexikanischen Banditen, hat aus der Haltung des Präsidenten Wilson den Schluß gezogen, daß nunmehr seine Stunde geschlagen habe. Er soll sich soeben zum Präsidenten der Estados Unidos proklamiert haben. Wir wollen

verfolgen, wie diese blutige Komödie weiter gespielt hat. In Europa gibt es keinen Menschen, der die Politik des Präsidenten Wilson entschuldigt oder gar billigt. Man sieht in ihr eine Parodie auf die pazifistischen Bestrebungen, die ihren Mittelpunkt in den Vereinigten Staaten haben, und bedauert, daß Präsident Wilson, der sich ohne Zweifel durch seine Bekämpfung des Mammonismus im Gebiet der Union große Verdienste erworben hat, eine so widerspruchsvolle, allem Völkerrecht ins Gesicht schlagende Politik in Mexiko treibt. Ob der Staatssekretär Bryan Anteil und Mitschuld an ihr hat, läßt sich nicht erkennen. Niemand spricht von ihm, seit er aufgehört hat, öffentlich aufzutreten; es ist, als sei er überhaupt nicht vorhanden.

Am Dienstag, den 10., tritt das englische Parlament wieder zusammen. Es ist höchst unwahrscheinlich, daß dort auch nur ein Wort über die mexikanischen Ereignisse verloren wird. Man ist drüben viel zu praktisch, um sich über Dinge zu erhitzen, in die man, wie immer sie auslaufen, fest entschlossen ist, nicht mit staatlichen Mitteln einzugreifen. Auch hat man am eigenen Herde genug zu tun. Die große Krisis, von der wir vor 8 Tagen sprachen, naht einer Lösung. Homerule und zugleich die Trennung von Kirche und Staat in Wales (Welsh Disestablishment) und das neue Wahlgesetz (Plural Voting Bill) werden dem Unterhause zum drittenmal zur Abstimmung vorgelegt werden, und wenn sie, wie dank der Unterstützung durch die Iren sicher scheint, Annahme finden, trotz der ablehnenden Haltung des Hauses der Lords Gesetzeskraft erlangen. Natürlich wird die Opposition, was an ihr liegt, tun, um diesen Ausgang zu verhindern, und es ist lehrreich, an der Hand des „Economist" zu verfolgen, welche Blößen sich die Regierung gegeben hat, die von ihren Gegnern ausgebeutet werden könnten. „Seit 1909, dem Jahre der deutschen Invasionspanik, hat die Regierung eine Rüstungspolitik verfolgt, die in Widerspruch zu den Wünschen derjenigen steht, die sie unterstützen. Die moralische Autorität, die sie für diese unaufhörliche Ausdehnung der Rüstungen besaß, ist infolge der nationalliberalen Föderation, der zahllosen Proteste liberaler Assoziationen im ganzen Lande, jetzt eingebüßt worden. Die Geschäftsleute sind zudem durch das Anwachsen der Abgaben beunruhigt und voll Verdruß, daß der Ertrag der Abgaben in die Kassen der großen Rüstungsfirmen fließt, Handelskammern beginnen zu protestieren, und Sir Edward Greys jüngste Rede zu Manchester ist nichts als eine Erklärung der Regierung, daß sie diesen

Weg weitergehen will, bis eine Revolte der Steuerzahler sie nötigt, innezuhalten." Es schließen sich hieran die von uns inhaltlich vor 8 Tagen wiedergegebenen Hinweise auf die verschwenderische Flottenpolitik Churchills, und namentlich auf die Ausgaben, die er über das vom Parlament bewilligte Marinebudget hinaus gemacht habe. Das alles wären vortreffliche Handhaben für die Opposition gewesen, wenn diese nicht selber zu immer neuen Rüstungen angetrieben hätte. Sie habe dadurch die Aussicht verspielt, durch die unwiderstehliche Kraft einer geschlossenen öffentlichen Meinung unterstützt, wieder ans Ruder zu gelangen. Diese letztere Möglichkeit wird mehr angedeutet als ausgesprochen, hat aber den deutlichen Zweck, das Ministerium zu warnen. Die Ausführungen des „Economist" schließen mit folgender sorgenvoller Betrachtung: „Man muß hoffen, daß auf dem Guildhall Meeting, das auf Initiative der Navy League vom Lord Mayor für Montag (10.) berufen ist, finanzielle Erwägungen nicht völlig übersehen werden. Verbreitet die Guildhall-Versammlung den Eindruck, daß die City-Magnaten unbeschränkten Aufwand wünschen, so müssen sie auch erwarten, daß nach einigen Wochen der Schatzkanzler über sie herfallen wird."

Es scheint uns nach alledem höchst wahrscheinlich, daß Churchill sein Ziel erreichen und nicht nur nachträgliche Billigung seiner Etatsüberschreitungen, sondern auch sein erweitertes Flottenprogramm erhalten wird. Die Elemente, die hinter dem „Economist" stehen, werden sich mit ihren Wünschen und Hoffnungen eben bescheiden müssen. Für die nichtenglische Welt ist nur die Frage von Interesse, wie England diese vergrößerte Flotte zu verwenden gedenkt. Darüber aber gehen die Ansichten weit auseinander. In Frankreich läßt man sich trotz der sehr positiven Erklärung Sir Edward Greys nicht am Glauben an eine englische Unterstützung irre machen, und die jüngsten Erklärungen des Admirals Sir Edmund Fremantle, der im „Excelsior" auf sehr weitgehende Verpflichtungen hinwies, die England der französischen Regierung gegenüber übernommen habe, sind gewiß dazu angetan, sie in ihrer Überzeugung zu bestärken. Die charakteristische Äußerung lautete nach der unter Ausführungszeichen gebrachten Wiedergabe des „Excelsior" vom 30. Januar: „On a tort de s'alarmer en France, car les obligations contractées par l'Angleterre à l'égard de ce pays sont beaucoup plus importantes qu'on ne se l'imagine généralement." Admiral Mahan aber ist in der „Daily Mail" vom 5. Januar mit außerordentlichem Nach-

druck für eine weitere Verstärkung der englischen Flotte, mit den bekannten Gründen, eingetreten. Kurz, an Agitation berufener und unberufener Helfer fehlt es Churchill gewiß nicht. Dagegen ist in der „Revue Politique Internationale", auf deren Februarheft die „Weser-Zeitung" aufmerksam macht, ein Artikel des bekannten Orientalisten Edward Granville Browne, Professor des Persischen in Cambridge und Mitglied der Britischen Akademie, erschienen, der einen scharfen Angriff auf die Politik Sir Edward Greys bringt. Grey sei russophil, germanophob und anti-islamisch, verfolge also eine Politik, die alle englischen Kenner des Orients mißbilligen. Browne macht dabei auf Widersprüche in den offiziellen Erklärungen Greys aufmerksam, und zwar (nach der Wiedergabe der „Weser-Zeitung") 1. hinsichtlich gewisser Geheimverträge mit Frankreich (27. November bis 14. Dezember 1911), 2. hinsichtlich der angeblichen Saturiertheit Großbritanniens (Einverleibung des Hafens von Solun mit seinem Hinterlande in Ägypten trotz der Beschwichtigung vom 27. November 1911); 3. bis 5. hinsichtlich der Ablehnung aggressiver oder provokatorischer Schritte (Unterwerfung unter die beiden russischen Ultimaten an Persien im Dezember 1911. Deckung des Verhaltens der russischen Offiziere in Persien Juni und Juli 1909; Memorandum des Teheraner Gesandten Sir Cecil Spring Rice vom 4. September 1907). Grey sei es gewesen, der schon am 17. November 1911 der russischen Regierung vorschlug, den Amerikaner Schuster aus Persien zu verdrängen, kurz, die Politik Sir Edwards sei unheilvoll für Großbritannien.

Wir möchten uns nicht alle diese Behauptungen Brownes zu eigen machen. In betreff Schusters irrt er ohne Zweifel. Die persische Politik Englands wurde von dem russischen Gesandten in Teheran Poklewski gemacht, der seine englischen Kollegen in voller Abhängigkeit hielt. Die Beseitigung Schusters war russische Arbeit, der, wie in allen persischen Fragen, die englische Politik Gefolgschaft leistete. Sie hat dafür nicht eben viel Dank geerntet, denn Blätter wie die „Nowoje Wremja" klagen konstant darüber, daß der englische Einfluß viel zu weit gehe. Neuerdings richtet sich ihr Unwille gegen den angeblichen oder wirklichen Widerstand, den England der Ernennung des Rußland ergebenen Cheschmet ol Molk zum Gouverneur von Tebes und Gunabad entgegensetzt. Im Juli, wenn der Schah Sultan Ahmed sein 17. Lebensjahr erreicht hat und seine Krönung stattfindet, wird wohl die Stellung beider Mächte zum persischen Problem sich klären,

wenn nicht weitere Komplikationen eintreten, wie die Verwirklichung der in Rußland verbreiteten Gerüchte von einer bevorstehenden Rückkehr Mohamed Alis, des sehr gegen Rußlands Willen verdrängten alten Schahs. Wie dem auch sei, darüber kann kein Zweifel bestehen, daß in allen Fragen der großen Politik Rußland, England und Frankreich einheitlich vorgehen und eine selbständige Haltung Englands sich nur soweit fühlbar macht, als es seit Beilegung der Krisis des Jahres 1911 die Rolle des Hemmschuhs spielt, wo die aggressiven Tendenzen Rußlands und Frankreichs sich allzu sehr in den Vordergrund drängen. Dies ist der Punkt, in dem unsere Politik mit der englischen, soweit irgend möglich, Hand in Hand gegangen ist, und dieser praktische Pacifismus hat allerdings wesentlich dazu beigetragen, daß die Balkanverwicklungen nicht zu einem europäischen Kriege ausreiften. Auch führen wir darauf die im Sinne beiderseitigen Entgegenkommens geführten kolonialen Verhandlungen zurück. Den Inhalt dieser Verhandlungen, deren offizielle Grundlagen nie veröffentlicht worden sind, hat neuerdings (2. Februar) der „Manchester Guardian" durch eine Korrespondenz, deren Ursprung nicht angegeben wird, seinen Lesern vorzuführen gesucht. Danach hätten bereits 1898 England und Deutschland ein Abkommen abgeschlossen, um einen Konflikt für den Fall zu vermeiden, daß die ostafrikanischen Kolonien Portugals „auf den Markt" kommen sollten. Der größte Teil von Angola sollte Deutschland, Mozambique England zufallen. Da die Kolonien bei Portugal blieben, hatte dies Abkommen keine praktischen Folgen. Der Gedanke sei aber „in the German colonial mind" lebendig geblieben und habe Anlaß zu einem großen Plan gegeben, demzufolge Ostafrika durch eine große transkontinentale Bahn mit Angola verbunden und die reichen Kupferwerke Katangas berührt werden sollten. Man habe auch damit eine bessere Verbindung von Ozean zu Ozean herstellen wollen, als die Kap-Kairobahn sie schaffen könne. An die Ausführung dieses Planes sei man aber erst 1905 gegangen, 1912 habe die Bahn von Daressalam Tabora und jetzt den Tanganjikasee erreicht. Nun gebe es sowohl in Katanga wie in Angola britische Unternehmungen, die Mr. Robert Williams schon lange leite. Die Tanganjika Concessions, Limited, kontrollieren die Union Minière, der die Majorität der Minenkonzessionen des Gebietes gehöre. Die Gruppe Williams kontrolliere auch die Rhodesia-Katangabahn und sei mit 90 v. H. an der Benguelabahn interessiert, die von Lobito-Bai ausgeht, nach Dilolo an

die Grenze des Kongostaates geführt werden solle und weiter nach Bukama in den Katangadistrikt hinein. Wolle Deutschland seinen Plan ausführen und Ost und West verbinden, so müßten hier die englischen Interessen dem Plan angepaßt oder ausgekauft werden. Das sei beiden Teilen klar. Es sei aber ein offenes Geheimnis, daß, als Dr. Solf in London war, die Frage der Lobitobahn diskutiert wurde und daß dem deutschen Kapital ein kontrollierender Einfluß auf diese Bahn zugestanden wurde.

In deutsche Hände werde dann die ganze Verbindung zwischen Ost und West durch den Kontinent fallen, mit Ausnahme des Verbindungsgliedes in Katanga. Aber auch in Katanga würde deutsches Kapital stark investiert sein, und die Friktionen zwischen deutschen und englischen Interessen müßten deshalb durch die Bildung zusammengeschlossener Kompagnien beseitigt werden, und eine Bahn, welche die Katanga-Rhodesia-Bahn mit einem Punkt des Südufers des Tanganjikasees verbindet, wäre daher zu bauen. So könnte Deutschland den Plan der Transafrikabahn verwirklichen und zugleich die Hoffnung haben, die ökonomische Kontrolle von Angola zu erhalten. England werde ihm nicht in den Weg treten.

Man müsse aber im Auge behalten, daß die Bahn ein formidabler Konkurrent der Kap-Kairobahn sein müsse, und deshalb werde man von Deutschland eine Kompensation verlangen müssen, die in Fortführung der Kap-Kairobahn, wahrscheinlich am rechten Ufer des Tanganjika und des Rufidji bestehen müsse. 1885 habe Deutschland gegen Abtretung des Landstreifens, den der Kongostaat dieser Bahn bewilligt hatte, protestiert, weil dadurch die Bestimmungen der Kongoakte verletzt worden wären. Wahrscheinlich werde Deutschland bereit sein, jetzt diesen Protest fallen zu lassen. Außerdem werde England für sich dieselben Rechte in Mozambique beanspruchen, die Deutschland in Angola gewinne, und so werde der Vertrag von 1898 die Form einer Grenzrichtung der beiderseitigen Einflußsphären in Südafrika gewinnen.

Ohne auf Detailfragen einzugehen, für deren Beurteilung ich mich nicht kompetent halte, sei es gestattet, eine Frage von weittragender allgemeiner Bedeutung zu berühren. Wie in Afrika lassen in aller Welt die deutschen und die englischen Interessen sich zum Vorteil beider Teile wie der allgemeinen Kultur und Weltinteressen ausgleichen. Was dem entgegensteht, sind törichte, durch keine inneren materiellen oder ideellen Interessen bedingte Gegensätze, die, recht betrachtet, nur in der Vor-

stellung derjenigen bestehen, die durch die Gunst oder Ungunst der Zeit berufen worden sind, der Politik die Richtung zu geben, die von der Nation, an deren konstitutionelle Spitze sie gestellt worden sind, vertreten werden soll. Es ist natürlich, daß jeder Teil dabei dem andern die Schuld zuweist, und daß hier wie dort die Verantwortung auf den Strom der öffentlichen Meinung abgeschoben wird. In Wirklichkeit aber gibt es nichts, was bereiter wäre, von heute auf morgen seine Richtung und Überzeugung zu wechseln, als diese öffentliche Meinung. Sie verlangt nach dem Herrn, der sie leitet, und erwartet, daß man den Mut habe, ihr zu sagen, wohin sie gehen soll. Meine Meinung und feste Überzeugung möchte ich nur dahin zusammenfassen, daß es keine Zeit gegeben hat, in der, mehr als heute, durch einen erlösenden Entschluß alle Schwierigkeiten der europäischen wie der Weltpolitik in die Bahnen ruhiger und gedeihlicher Entwicklung gelenkt werden konnten. Dieser Entschluß aber würde lauten: englisch-deutsche Allianz. Sie würde die Rüstungsrivalität, die deutsch-französischen Schärfen, die russische Aggressivpolitik, das Schicksal des Islam und seine Leitung in Kulturbahnen nebst allen Problemen, die daran hängen, in wahrhaft idealer Weise lösen. Aber dazu bedarf es eines starken Willens, der sich über persönliche Eitelkeits- und Empfindlichkeitsfragen hinwegzusetzen vermag, und eines klaren Kopfes, der die Dinge nüchtern beurteilt und sich nicht durch einmal begangene Irrungen den Ausweg auf den richtigen Weg vermauern läßt. Es mag utopisch erscheinen, sich mit dem Gedanken zu tragen, daß diese Möglichkeit eintreten könnte. Darum soll sie aber nicht unausgesprochen bleiben.

Von dem politischen Intrigenschauplatz melden wir kurz, daß es nunmehr festzustehen scheint, daß in nächster Zukunft der russische Ministerpräsident und Finanzminister seine Ämter niederlegen wird, daß die orientalische Frage sich noch immer im Stadium des Notenwechsels befindet, daß in Portugal ein erneuter Versuch gescheitert ist, die Regierung zu stürzen, und endlich, daß in Peru ohne viel Lärm ein Präsident der Republik verjagt wurde und ein anderer sich oktroyiert hat. Das alles sind normale Erscheinungen, über die man nicht einmal die Achseln zu zucken braucht.

12. Februar. Goremykin wird an Kokowzews Stelle Ministerpräsident, Bark Finanzminister.
15. Februar. Deutsch-französisches Abkommen über die Eisenbahnbauten in der asiatischen Türkei.

---

18. Februar 1914.

Am 11. Februar hat im Reichsrat zu Petersburg eine Debatte über den Kampf gegen die Trunksucht stattgefunden, die durch ihren Verlauf und durch die sich unmittelbar daran schließenden Entscheidungen des Zaren über die Neubesetzung der wichtigsten Reichsämter von historischer Bedeutung geworden ist. Nach den Referaten der Finanzkommission, die über ihre Beschlüsse zum Artikel 27 des Gesetzentwurfs zu berichten hatte, der die Höchstpreise für Monopolbranntwein und Spiritus festsetzt, ergriff Graf Witte das Wort, um in eingehender Rede noch einmal die Gründe darzulegen, die ihn zu einem Gegner des von ihm selbst eingeführten Monopols gemacht haben. Uns hat dabei am meisten interessiert, daß ihm als die natürliche Quelle, aus welcher der Ausfall ersetzt werden könne, den eine Aufhebung oder Beschränkung des Monopols zur Folge haben würde, die Aufnahme einer Anleihe erscheint. Er drückte das (mit Hinweis auf die Notlage, in welche Rußland nach dem japanischen Kriege geraten war) folgendermaßen aus: „Was wäre gewesen, wenn diese außerordentlichen Quellen, die Einnahmen vom Monopol, gefehlt hätten? Man hätte andere Quellen gefunden. Einfach eine Anleihe. Darin sehe ich die Quelle der Macht und der Stärke Rußlands." Das mag richtig sein, denn in der Tat sind Rußland Anleihen, die es aufzunehmen genötigt war, nie versagt worden. Der französische Beutel stand ihm allezeit offen, und es scheint nicht ausgeschlossen, daß sich ihm in Zukunft der englische erschließen wird. Der Glaube an die Unerschöpflichkeit der Naturschätze Rußlands, deren Ausbeutung immer mehr in die Hände von Franzosen, Belgiern, Engländern und in geringerem Maße auch von deutschen Unternehmern übergeht, da die Russen selbst sich in Erschließung ihrer Reichtümer erstaunlich lässig zeigen, mag diesen Glauben rechtfertigen. Aber man ist

geneigt, die Kehrseite zu übersehen. Alle diese fremden Helfer, die Franzosen nicht ausgeschlossen, sind im Grunde als Ausbeuter verhaßt, und die ungeheueren Provisionen, durch welche die französischen Anleihen erkauft werden müssen, werden als Wucher empfunden; wann aber ist je einem Wucherer Dank zuteil geworden? Außer den die Anleihen emittierenden Banken muß aber auch die nicht wenig anspruchsvolle Presse befriedigt werden, was dann direkt in das politische Gebiet überspringt. Judet bringt dafür im „Eclair" ein lehrreiches Beispiel: „Ich weiß aus guter Quelle, schreibt er, daß am 1. Januar 1870 gewissen französischen Zeitungen, die von Preußen subventioniert wurden, diese Subventionen plötzlich entzogen wurden." Sie seien infolgedessen, Emil Girardin an der Spitze, plötzlich aus friedfertigen Freunden Preußens kriegerische Gegner geworden! Natürlich sieht Judet darin einen weiteren Beweis für die macchiavellistische Politik Bismarcks. Uns interessiert nicht diese unbewiesene Behauptung, sondern die Tatsache, daß derartige Trinkgelder aus der Tasche einer auswärtigen Macht, gleichsam als eine normale Erscheinung, aufgefaßt werden, zumal es keinem Zweifel unterliegt, daß heute Rußland trotz seiner Allianz die Beziehungen zur französischen Presse sehr sorgfältig pflegen muß, und auch, wie wir jüngst nach der „Nowoje Wremja" berichteten, der reichen Londoner „Times" für jede „russische Nummer" eine stattliche „Unterstützung" zu entrichten hat.

Doch kehren wir zu jener denkwürdigen Reichsratssitzung zurück. Sehr bald nach der Rede des Grafen Witte erhielt das Wort Baron R. Rosen, der bekanntlich vor Ausbruch des russisch-japanischen Krieges Gesandter in Tokio war und sehr nachdrücklich vor Unterschätzung der Macht des japanischen Gegners gewarnt hatte. Baron Rosen bat den Vorsitzenden, ihm zu gestatten, über den Rahmen der Tagesordnung hinaus einige allgemeine Bemerkungen zu machen. Er begann mit einem recht pessimistischen Ausblick auf die allgemeine politische Lage, wie sie sich infolge des Gegensatzes von Entente und Dreibund gestaltet habe. Niemandem sei es gegeben, in die Zukunft zu schauen, aber fern scheine der Augenblick eines Zusammenstoßes nicht zu liegen, nachdem Deutschland (das er nicht nannte) die Erhebung einer Milliardensteuer für notwendig befunden habe. Er wolle als Patriot hoffen, daß die entscheidende Stunde Rußland in einer anderen Stimmung treffe als die, welche die vornehmste psychologische Ursache der Niederlagen im fernen

Osten war. Man müsse sich von dem offiziellen Optimismus freimachen, der auf der Theorie ruhe, daß alles in „bestem Zustande" sei, solange keine Katastrophen eintreten. Noch halte, Gott Lob, das Volk den Kultus des Zaren und der zarischen Macht heilig, und darin habe das russische Volk, wie die Geschichte lehre, schließlich stets seine Rettung gefunden. „Aber — fuhr Baron Rosen fort — wir sehen auch, daß der Bruch zwischen Regierung und Gesellschaft in demselben Maße zunimmt, als die Tendenz zutage tritt, allmählich die Bedeutung des großen Aktes zu beseitigen, durch den der Name unseres allergnädigsten Herrschers ebenso unsterblich gemacht wird wie der ... des Zaren-Befreiers. Diese Tendenzen sind gefährlich. Die Geschichte aller Völker und Zeiten lehrt uns, daß die Versuche, das Rad der Geschichte rückwärts rollen zu lassen, nie von endgültigem Erfolg waren, vielmehr schwere und verhängnisvolle Folgen nach sich zogen. Die Geschichte aller Völker und Zeiten lehrt auch, daß eine gefährliche Revolution nicht durch die utopischen Forderungen eines extremen Radikalismus hervorgerufen wird, sondern dadurch, daß die maßvollen Wünsche einer in ihrer Überzahl stets wohlgesinnten oberen Schicht nicht Erfüllung finden. Wir sehen, daß jene Tendenzen von Parteien unterstützt und inspiriert werden, die für sich das Monopol wahrhaft monarchischer und besonderer patriotischer Gefühle in Anspruch nehmen. Bei aller Achtung vor ihrer Aufrichtigkeit nimmt es wunder, daß diese Parteien sich offenbar keine Rechenschaft darüber geben, daß nur die Politik den wirklichen Interessen des Herrschers und des Vaterlandes dienen kann, die ihm die Herzen aller seiner Untertanen zuwendet und die nicht ein dumpfes Gefühl von Unzufriedenheit verbreitet, in den Grenzmarken aber den zersetzenden Samen nationaler Gegensätze, der Bosheit und der Verbitterung ausstreut. Meine Herren, ich glaube, daß auch in Rußland sich kaum ein denkender Mensch finden wird, der nicht fühlen sollte, daß wir — wie die Seeleute sagen — vom Kurse abtreiben und vom Winde immer näher dem klippenreichen Ufer zugetrieben werden, an welchem unser Staatsschiff zu zerschellen droht, wenn wir nicht den Entschluß finden, rechtzeitig das Ruder an Bord zu drücken und einen klaren und bestimmten Kurs einzuschlagen. Es darf aber nicht der Kurs eines lebenslustigen Dilettantismus sein, der der Wahrheit nicht ins Auge sehen will, der sie den Augen des Monarchen verbirgt und selbstgefällig die Lehren der Geschichte verachtet. In diesen Zeiten des Haders unter den verschiedenen Ressorts, des all-

gemeinen gegenseitigen Mißtrauens und der allgemeinen politischen Ratlosigkeit hat der Reichsrat eine gewaltige Verantwortung vor Herrscher, Volk und Geschichte zu tragen. Die höchsten gesetzgebenden und repräsentativen Institutionen im Reiche entsprechen ihrer hohen Bestimmung, wenn sie als feste Wehr gegen den Ansturm des sozialistischen und revolutionären Radikalismus dienen. Aber Kaiser und Vaterland dürfen von uns, die wir durch den Willen des Monarchen ernannt, im Dienst für Kaiser und Vaterland grau und durch langjährige Erfahrung klug geworden sind, erwarten, daß wir alten Diener, nicht weniger als unsere gewählten Kollegen, die Vertreter der Blüte unserer Nation, eine gleich feste Wehr sein werden gegen den Ansturm eines hoffnungslosen und kriegslustigen Nationalismus, der in seiner unbegreiflichen Blindheit den inneren und äußeren Feinden Rußlands in die Hände arbeitet."

Diese Rede in dieser Versammlung war eine tapfere Tat, und zwar um so mehr, als die nationale und reaktionäre Tendenz, welche die Majorität des Reichsrats vertritt, um eben diese Stunde den entscheidenden Sieg errungen hatte. Es ist bekannt geworden, daß Kokowtzew, für ihn selbst unerwartet, an jenem 11. Februar erfuhr, daß das Abschiedsgesuch (das er nicht eingereicht hatte) in Gnaden bewilligt worden sei. Offiziell erfolgte seine Entlassung in einem gnädigen Schreiben, das ihm zugleich den Grafentitel verlieh, am 13. Der vorgeschobene Grund war Schonung der Gesundheit Kokowtzews, der ja allerdings im vorigen Herbst in Italien recht krank war, jetzt aber bei bester Gesundheit ist. Er wird, wie festzustehen scheint, ganz ins Privatleben zurücktreten und nicht, wie ursprünglich behauptet wurde, auf eine diplomatische Laufbahn übergehen. Zu seinem Nachfolger ist der Ministerpräsident des stürmischen Sommers 1906 Goremykin, ein stattlicher alter Herr von 75 Jahren und vornehmer Absolutist, ernannt worden. Er gilt für einen Kenner der bäuerlichen Verhältnisse, und es ist bekannt, daß er Ministerpräsident ohne Portefeuille sein wird und nur interimistisch seine Stellung übernimmt, um wieder in den Reichsrat zurückzutreten, sobald Herr Kriwoschein, der zurzeit erkrankte Landwirtschaftsminister, sich soweit erholt hat, daß er ihn ablösen kann. Beide Herren gehören der hochkonservativen Gruppe des Reichsrats an. Mit Kokowtzew sind auch die drei Unterstaatssekretäre oder, wie man in Rußland sagt, „Ministergehilfen", Nowitzki, Weber und Pokrowski zurückgetreten. Das

Finanzministerium hat ihr Kollege, Herr Bark, ein noch junger Mann, erhalten, der außerordentlich gerühmt wird. Das Schreiben, das seine Ernennung bringt, enthält indirekt eine sehr scharfe Kritik der Finanzpolitik des gestürzten Ministers und kündigt tiefgreifende Reformen an, was wohl auf die Frage des Branntweinmonopols zu beziehen ist und in solchem Fall beweisen würde, daß der Feldzug des Grafen Witte gegen seinen ehemaligen Untergebenen und nachmaligen Chef Kokowzew nicht vergeblich geführt worden ist. Nur hat er nicht, wie so oft vermutet wurde, den Grafen wieder auf den Gipfel der Macht geführt. Die Nachricht, daß auch der Kriegsminister Ssuchomlinow weichen werde, hat sich bisher nicht bestätigt, und ebenso scheint jetzt sicher zu sein, daß der Unterrichtsminister Cassо, trotz der sehr peinlichen Eheirrung, in die er verwickelt war, seinen Posten behält. Er wird zunächst eine Inspektionsreise nach Sibirien antreten, wohl damit in der raschlebigen Hauptstadt, die täglich neue Affären bringt, der Fall Cassо vergessen werde. Übrigens möchten wir ausdrücklich hervorheben, daß die Unbeliebtheit dieses Ministers vornehmlich darauf zurückzuführen ist, daß er seine Aufgabe ernst nimmt und an Professoren und Studenten hohe, oft unbequeme Anforderungen stellt, was nach der Verwilderung, welche die letzten zehn Jahrzehnte gebracht hatten, durchaus notwendig war.

Was das jedenfalls nicht erbetene Abschiedsgesuch des Ministers des Auswärtigen Ssasonow zu bedeuten hat, ist wohl am schwersten zu übersehen. Zunächst soll der Minister bleiben, bis eine Vakanz auf einem Botschafterposten eintritt. Als seinen Nachfolger nennt man den jetzigen Botschafter in Wien, Hofmeister N. v. Giers, doch ist ein weiterführender Wechsel in der Besetzung der Botschaften nicht ausgeschlossen.

Die Organe der Nationalisten triumphieren und glauben, daß ihre Stunde geschlagen hat, was natürlich in der „Nowoje Wremja" zutagetritt. Die Rede des Baron Rosen läßt sie als „Krokodilstränen eines Ostseepatrioten" durch einen Herrn Hofstädter, mit wütenden Ausfällen gegen die Deutschen der baltischen Provinzen, persiflieren, was, nebenbei bemerkt, ein kleiner Beleg dafür ist, wie verächtlich die Deutschen werden, die in Rußland Nationalität, Sprache und Glauben wegwerfen. Weit bedenklicher ist jedoch, daß die „Nowoje Wremja" den jetzigen Zeitpunkt für geeignet hält, um den Zerfall der habsburgischen Monarchie, als mit Hilfe der Rumänen erreichbares, nicht allzu fernes Zukunftsproblem, anzukündigen. Die Balkanfrage sei zwar noch nicht

völlig gelöst, aber die österreichische sei bereits wichtiger geworden. Eine „katastrophale Liquidierung" der seit Jahrhunderte aufgehäuften Fehler Österreichs stehe bevor, und die These sei nicht anzuzweifeln, daß bei der jetzigen Lage, da die nationalen Minoritäten geknechtet würden — Österreich nicht mehr lange fortbestehen könne. Eine neue Regierung werde ganz bestimmt zum Wunsche führen, die Grundprobleme des österreichisch-ungarischen Staatskörpers zu revidieren und nationale Proteste, die jetzt ohne Zweifel reif geworden seien, würden dann folgen. Am Tage der Abrechnung werde die Zukunft der habsburgischen Monarchie von der Haltung und diplomatischen Geschicklichkeit der Nachbarn, speziell der südöstlichen, abhängen. Damit sei aber auf die ungeheure Rolle hingewiesen, welche bei der bevorstehenden Evolution des österreichisch-ungarischen Dualismus Rumänien zufalle. Wenn Rumänien die 4 Millionen in Ungarn lebenden Rumänen zu den eigenen 7 Millionen schlage, werde es fast um zwei Drittel seines jetzigen Bestandes wachsen. Schon existiere in Bukarest eine „Liga nationaler Entwicklung", deren Ziel es sei, alle im Auslande lebenden Rumänen, vor allem aber Siebenbürgen zu annektieren und zu deren Häuptern Professor Jorga gehört habe. Die Entwicklung dieser Liga sei so bedeutend, daß sie einen Kongreß in Piatra-Neuamt veranstalten konnte, dessen Resolution den König Karol aufforderte, für die Landsleute jenseit der Grenze einzutreten. Diese Resolution sei in einer Million Exemplaren gedruckt und an alle Schulen, Kasernen, Kirchen, Gerichte und Fabriken versandt worden. Es verstehe sich von selbst, daß der rumänisch-ungarische Konflikt nicht friedlich beigelegt werden könne. Österreich aber werde selbst genötigt sein, den Rumänen wie den Kroaten, die ebenfalls geknechtet würden, in die Hände zu arbeiten. „Unter solchen Voraussetzungen muß die Stunde für Bukarest bald schlagen. Der Sieg der rumänischen nationalen Idee, falls die Rumänen sich eng den Slawen anschließen, scheint uns gesichert zu sein." Damit schließt dieser törichte Artikel, der zu der langen Reihe der gegen Ungarn und Österreich aufreizenden Betrachtungen gehört, die seit Monaten durch die nationalistische russische Presse gehen. Er bedarf wohl keines Kommentars.

Das Ausland ist in bezug auf die Personalveränderungen in Rußland zurückhaltend. Man will abwarten. Über die Abschaffung oder Minderung des Branntweinmonopols scheint man in Frankreich nicht sehr beglückt zu sein. Eben jetzt, da die Milliardenanleihe perfekt geworden

ist, scheint eine erhebliche Minderung der staatlichen Einkünfte Rußlands nicht eben erfreulich. Auch sonst beginnt sich ein vorsichtiger Pessimismus zu regen. „Gewiß — schreiben die „Débats" — ist es schmerzlich, daß eine der vornehmsten Einnahmen des Staates einem nationalen Laster zu danken ist. Man sollte aber zunächst annehmen, daß es richtiger wäre, dieses Laster stärker zu besteuern, als von der Abgabe, die es trifft, weniger zu verlangen. Auch sieht man nicht, wie man die Trunksucht dadurch unterdrücken oder mindern kann, daß man die Abgaben vom Alkohol weniger einträglich macht." Es schließt sich daran ein warmes Lob der Finanzpolitik Kokowzews; den Pessimismus des Zaren, der die ökonomische Lage des Reichs als „trostlos" bezeichnet hat, finden dagegen die „Débats" übertrieben; kurz, der Sturz von Kokowzew wird bedauert, und das ist begreiflich, da Frankreich alle Ursache hat, ihm dankbar zu sein.

In der „Dépêche de Toulouse" wird folgende Äußerung eines Engländers wiedergegeben: „Frankreich zeigt sich seit einiger Zeit so nervös, daß es bei uns jenseits des Kanals Erstaunen erregt. Es war doch nicht immer so. Es gab eine Zeit, da die öffentliche Meinung Frankreichs ganz andere Beispiele von Stolz und Bravour gab. Das französische Volk scheint jetzt zu vergessen, daß man im Kampfe des Lebens nur auf sich selbst rechnen muß. Frankreich verliert alles durch eigene Schuld. Es hat den ungeheuren Einfluß nicht zu bewahren verstanden, den es auf dem Balkan ausübte, kein anderer ist daran schuld. Es hatte bewunderungswürdige Gelegenheiten und verstand nicht, Vorteil aus ihnen zu ziehen. Die Bagdadbahn lag in französischer Hand, man brauchte sie nur zu schließen, das aber schien allzu schwer, und jetzt beklagt man sich in Paris, von Deutschland überholt zu sein. Wenn man so ungeschickt gewesen ist, hat man doch kein Recht, zu lamentieren. Die Deutschen sind kühner, unternehmender, geschickter, sie kommen unvermutet und räumen alles aus, bis in eure Kolonien hinein, die besten Geschäfte fallen ihnen zu."

Dazu bemerkt der „Eclair": „Dieser Engländer verdient, bei uns gehört zu werden. Jetzt gerade, da er spricht, müssen wir feststellen, daß England weit mehr als Deutschland unseren Platz im Orient eingenommen hat und jetzt im Begriff ist, sich aller produktiven Reichtümer Rußlands zu bemächtigen, trotz unserer Allianz und namentlich trotz der 20 Milliarden, die wir gutherzig geliehen haben. So klägliche Vorteile

sind ein schlechter Lohn für zwei bis drei Jahre voller Erschütterungen, Waffenrufe, Opfer und Beunruhigungen."

Man ist allerdings nervös in Paris und mit aller Welt unzufrieden. Unzufrieden auch mit den Verhältnissen im Innern, da der Ansturm gegen das Kabinett Doumergue-Caillaux nicht zum Ziele führen will und die Kammer alle Versuche, ihre Majorität zu durchbrechen, abweist. Was das Ministerium beantragt, wird fast ohne Debatten angenommen, und wenn die Opposition es wenig verständig findet, daß vier Budgets von in Summa zwei Milliarden in einer Sitzung ohne Generaldiskussion angenommen werden, so ändert das nichts an der Tatsache, daß dieses bei seiner Geburt als nicht lebensfähig bezeichnete Ministerium sich trotz allem behauptet und vielleicht aus den Wahlen mit einer noch stärkeren Majorität zurückkehren wird. Auch kann es sich rühmen, nach außen hin nicht unwichtige Arbeit geleistet zu haben. Der Vertrag mit Deutschland über die kleinasiatischen Bahnen ist unterzeichnet worden und bedarf nur noch der Zustimmung der Türkei. In China hat Frankreich zwei neue Eisenbahnkonzessionen erhalten; eine, die von der französischen Grenze beim Hafen Jamtscheu über Nannin nach Junnanfu führt und sich der Junnanbahn anschließt, die zweite aber führt von Junnanfu über den Jantsekiang nach Tschungking und schließt sich dort der chinesischen Zentralbahn an. Kombiniert damit werden zwei Zweigbahnen, und in Summa sind 600 Millionen Fr. für diese Anlagen von der „Banque industrielle de Chine" angelegt worden. Offenbar geht Juanschikai, dessen Stellung sich immer mehr befestigt, mit großer Energie an die Erschließung Chinas. Er hat auch den Japanern sieben neue Märkte geöffnet mit der Absicht, ihre ökonomische Tätigkeit der Mongolei zuzuwenden, was in Rußland nicht ohne Mißtrauen verfolgt wird.

Wenn wir richtig sehen, mehrt sich trotz heftiger Worte, die auf beiden Seiten gefallen sind, die Aussicht, daß in der Homerulefrage ein Kompromiß zustande kommt, wie wir von vornherein angenommen haben. Nur dürfte die Entscheidung sich länger hinausziehen, als ursprünglich erwartet wurde. Mit voller Sicherheit aber läßt sich sagen, daß England unter keinen Umständen in südafrikanische Angelegenheiten eingreifen wird, obgleich die Deportation der Arbeiterführer ziemlich allgemein gemißbilligt wird. Wir glauben aber doch, daß die jetzt von Reuter in großer Ausführlichkeit veröffentlichte Rede, in welcher Botha

bei der zweiten Lesung der Indemnitätsbill seine Haltung rechtfertigte, eine Wendung zu seinen Gunsten herbeiführen wird, da in der Tat die Gefahr einer allgemeinen Erhebung vorlag und nur rasches und energisches Handeln Rettung bringen konnte. Botha sagte ausdrücklich, er habe viel Tragisches während des Krieges gesehen und sei oft in ernster Lage gewesen, aber die Lage, die er am 5. Juli in Johannisburg vorgefunden habe, sei das Schrecklichste, was er erlebt habe; er wies dabei auf die viertel Million Eingeborenen hin, die im Begriff waren, über die weiße Bevölkerung herzufallen. Er sprach holländisch, unter stürmischem Beifall und hat die Kammer offenbar auf seiner Seite.

Der „Argonaut" setzt seine kritische Darstellung der mexikanischen Angelegenheiten fort und bringt von unverdächtigen Zeugen Schilderungen der von den Indianerbanden der Rebellen begangenen Greuel, denen gegenüber alles, was in den letzten Balkankriegen an Unmenschlichkeiten begangen worden ist, noch erträglich scheint. Das ceterum censeo lautet: es ist Zeit, in Mexiko einzugreifen, daran aber knüpft sich die folgende, zum Nachdenken auffordernde Betrachtung:

„Das aktive Eingreifen in Mexiko mit Übernahme autoritativer Verwaltung in diesem ungeheuren Lande muß, wie selbstverständlich ist, auf unser eigenes System zurückwirken. Eine starke Hand ist notwendig, um Mexiko zu regieren. Das Werk ist nicht zu vollführen durch eine Regierung, die wie die unsrige organisiert ist. Mexiko in Händen der Vereinigten Staaten muß unvermeidlich eine andere Regierungsform für die Vereinigten Staaten zur Folge haben. Das ist das Risiko, das wir übernehmen müssen. Männer von konservativer Anlage werden das überall bedauern. Aber wenn die Notwendigkeit drängt, muß ein Volk durch die Leuchte moralischer Pflicht geleitet werden, und die Wirkungen, wie immer sie sein mögen, sich selber überlassen." Das klingt rätselhaft, und wir setzen, um Mißverständnisse auszuschließen, den englischen Wortlaut her: „But when necessity presses upon a people it must be guided by the lights of moral obligation, leaving the effects whatever they may be, to take care of themselves." Woran wird dabei gedacht? An Monarchie, Diktatur, allgemeine Wehrpflicht? Wir vermögen es nicht zu erraten.

Im Kampf, den jetzt König Gustav von Schweden um sein gutes Recht und um die Festigung der Grundlagen seines Reiches führt, gehören ihm alle unsere Sympathien.

21. Februar. Prinz Wilhelm zu Wied empfängt eine albanische Deputation, die ihm den Thron anbietet. Genehmigung der Schiedsverträge Amerikas mit Großbritannien, Japan, Italien durch den Senat. General Villa (Mexiko) läßt den Engländer Benton kriegsgerichtlich erschießen.

---

25. Februar 1914.

Der Kampf des Präsidenten Poincaré gegen sein Ministerium — denn die Herren Briand und Barthou lassen sich ganz direkt als die nicht offiziellen Organe des Präsidenten bezeichnen — ist vorläufig noch einmal zugunsten des Kabinetts entschieden worden. Die „Föderation der Linken", die von Briand geführt wird und in Herrn Barthou, seinem Nachfolger in der Ministerpräsidentschaft, einen rüstigen Helfer hat, ist überaus tätig gewesen und hat wohl die höchstgebildeten Franzosen als Stütze zur Seite, dennoch war die Aussicht auf einen baldigen Sieg nur gering, wenn die mit den Radikalen verbündeten Sozialisten unter Jaurès Disziplin hielten. Über der Frage der dreijährigen Dienstzeit, für die das Ministerium Doumergue eingetreten ist und sich öffentlich verpflichtet hat, von der aber die Sozialisten nichts wissen wollen, konnte immerhin die Majorität des regierenden Kabinetts verloren gehen und damit das Ministerium selbst zu Fall kommen. Das aber konnte zu einer tiefergreifenden Wandlung führen, weil alles darauf ankommt, welche Partei das Ruder zur Zeit der Wahlen in Händen hat, um sie dann nach Wunsch ausfallen zu lassen. Denn darüber scheint in Frankreich niemand zu zweifeln, daß die Stimmen der Nation denjenigen gehören, von denen die Präfekten abhängen welche die Wahlen zu leiten haben. Offenbar geht ein Zug von Pessimismus heute durch Frankreich. Die der Entscheidung vorausgegangenen Stimmen der Presse sind dafür höchst bezeichnend. Der Admiral Lanessan, Marineminister unter Waldeck-Rousseau und danach als Kolonialpolitiker tätig, hat sich vor kurzem im „Matin" folgendermaßen über die Lage geäußert: „Mit vielen alten Republikanern stelle ich fest, daß Frankreich müde ist, unter der Republik so regiert zu werden, wie unter der Monarchie und dem Empire, daß

es müde ist, der Tyrannei der Parteien, der Unordnung der Finanzen, der anarchistischen Verwaltung, der unzureichenden nationalen Verteidigung, der Zerrüttung alles dessen, was die Nationen reich, stark und groß macht, und mit allen vernünftigen Menschen sage ich: So kann es nicht länger fortgehen!" Der Redakteur des sozial-radikalen „Rappel" schreibt in gleichem Sinn: „Wenn die Regierung den Willen verloren hat, der zur Ausführung von Beschlüssen erforderlich ist, und das Parlament nicht fähig ist, eine Kontrolle auszuüben, dann ist das Repräsentativsystem nichts als eine Maske für die Anarchie. Republikaner, Freunde, glaubt mir, die Zeit ist gekommen, die Augen dem Licht und die Ohren der Wahrheit zu öffnen. Wie vor einem Gewitter hört man in der Ferne das Grollen eines Volkes, das verdüstert und unruhig ist und dem ein allgemeines Gefühl des Unbehagens die Kehle zuschnürt. Ein solches Regierungssystem, solche Sitten — das gibt jedermann mehr oder minder offen zu — können nicht fortdauern, ohne zu einer tödlichen Gefahr zu werden." Der „Eclair" vom 22. d. M., der diese Zitate wiedergibt, führt noch die Stimme des Abgeordneten Marcel Sembat an, der in einer schwarz in schwarz gehaltenen Zeichnung der parlamentarischen Lage gegen die Besetzung der Ministerien durch Parlamentarier protestiert und mit den Worten schließt: „Wir wollen, daß Frankreich seine Stellung in der Welt behauptet, wir wollen nicht, daß es dem unglücklichen Schicksal Polens verfällt." Ernest Judet knüpft hieran die folgenden Betrachtungen: „Wir gehen einer parlamentarischen Woche entgegen, die furchtbar aufgeregt zu werden droht. Eine Krisis liegt in der Luft: sie gilt zunächst der Dauer des Ministeriums. Es ist bereits müde, wagt nicht die Vertrauensfrage zu stellen, und könnte der eigenen zweifelhaften Geschicklichkeit zum Opfer fallen. Was aber die Erregung verdoppelt, und die Aussichten dieses paradoxen Sessionsschlusses noch bedenklicher macht, das ist die Tatsache, daß der Sturz eines Ministeriums nicht viel an der tiefgreifenden Unordnung ändern wird, vor der wir ohnmächtig und mutlos stehen. Veraltete Schlagworte und Reden machen keinen Eindruck mehr, wenn wir nicht die Ordnungsformel finden, die Männer von gutem Willen und von Talent in den Vordergrund stellt: Das Knarren der parlamentarischen Maschine führt zu keiner Lösung, und es ist unmöglich, daß alle Zellen des Staates in einer Unabhängigkeit voneinander leben, die nichts anderes ist als eine offizielle Anerkennung der Anarchie. Wenn wir nur unsere

eigene Zwietracht zu fürchten hätten, würden wir noch glauben, Zeit zu haben (nous admettrions encore des délais); aber Sembat hat nicht Unrecht, wenn er wie so viele andere auf das polnische Gespenst hinweist. Das Land muß fühlen. daß es in Gefahr ist und muß den Willen haben, gesund zu werden." „Revision (der Verfassung) oder Tod." So überschreibt Judet seine Betrachtung.

Diese französische Krisis ist ein Gegenstück zur russischen. Hier wie dort sucht man durch Hinweis auf angebliche auswärtige Gefahr einer inneren Krisis mächtig zu werden, und das Mittel, zu dem man in Rußland entschlossen scheint, schwebt offenbar auch den Franzosen als Ideal vor. Sie sind des parlamentarischen Regiments müde und sehnen sich nach einem Herrn, der sie von den vielen Herren befreit, unter deren Joch sie jetzt stöhnen. In Rußland aber ist der Parlamentarismus noch das Ideal der gebildeten Kreise, mit Ausnahme der wenigen, die in der unbedingten Rückkehr zu den staatlichen Formen die vor der Verfassung vom 30. Oktober 1905 bestanden, das Heil der Gegenwart wie der Zukunft erblicken. Zu diesen wenigen gehört das Organ der Universität Moskau, die einst von Katkow redigierten „Moskowskija Wjedomosti", die ihre Betrachtung über den in Petersburg vollzogenen Staatsstreich — so muß man wohl sagen — fast mit denselben Worten beginnen, mit denen Lanessan die Lage in Frankreich kennzeichnete. „Gott Lob, endlich ist die Wahrheit zum Durchbruch gekommen: so kann man nicht weiter leben! Es war unmöglich, in der Lage zu bleiben, in der wir uns jetzt befinden." Jedermann habe es gefühlt, aber die regierenden Kreise hätten geschwiegen, gewartet und sich schließlich mit dem Bestehenden versöhnt. Nun sage man, es werde „ein neuer Kurs" kommen. Das sei aber Unsinn. „In Rußland soll es keinen neuen Kurs geben, es gibt nur einen, den alten Kurs. Wir sind mit Neuerungen bis an den Hals übersättigt worden, man hat mit dem Reich zu viele Versuche und Experimente angestellt. ... Wenn man in eine Sackgasse geraten ist, bricht man entweder die Wand ein, um einen Durchgang zu schaffen, oder man kehrt um, den richtigen Weg zu suchen." Vor der Umkehr aber fürchte man sich in Rußland, „als ob eine neue Lüge besser sei als eine alte Wahrheit." Die „heilige alte Zeit" solle nicht den törichten Prätensionen von Theoretikern und politischen Abenteurern zum Opfer gebracht werden. Es sei daher an der Zeit, mit besonderem Nachdruck die prophetischen Worte von M. N. Katkow zu wiederholen (offenbar stammen

sie aus einem 1881 geschriebenen Artikel): „Bei uns ist jetzt das Wort Reaktion im Umlauf, als wäre es ein Schimpfwort. Man schreckt damit unseren schwachköpfigen Liberalismus. Aber sagt, um Gotteswillen, ist denn das Fehlen der Reaktion nicht das erste Anzeichen, daß ein Körper tot ist? Ist der Prozeß des Lebens nicht eine ununterbrochene Reaktion, die um so stärker wird, je kräftiger der Körper ist. Unsere Liberalen, oder vielmehr ihre Führer die sie am Narrenseil leiten, wünschen, daß Rußland ein toter Körper bleibe, der, was immer mit ihm vorgenommen wird, unfähig bleiben soll, zu reagieren. Vollziehen sich große Ereignisse, so will man, daß sie keine Wendung in der Stimmung von Gesellschaft und Regierung herbeiführen. Man will, daß wir, als sei nichts geschehen, den Weg des Betruges weitergehen, damit der lebendige und kräftige Organismus die kranken Keime, die ihn vergiften, nicht ausscheide. Wehe uns, wenn wir sogar jetzt nicht fähig sein sollten, eine kräftige Reaktion herbeizuführen, die nicht, wie unsere verfaulten Liberalen und die politischen Schurken die sie an der Leine führen wohl glauben, unsere Angelegenheiten verschlechtern, sondern sie im Gegenteil verbessern wird, um sie auf den geraden Weg zu führen und sie gesund zu machen." Es ist, schreiben die „Moskowskija Wjedomosti", als ob diese Zeilen für unsere Tage geschrieben wären. Nur scheinen diese Nachfolger Katkows vergessen zu haben, daß die Reaktion, für die er und Pobjedonoszew 1881 den Ausschlag gaben, die Quelle der russischen Revolution geworden ist, und daß es allerdings Ereignisse gibt, die nicht rückgängig gemacht werden können. Wir würden es für den Weg zu einer Katastrophe ansehen, wenn der neue Kurs in Rußland in der Tat die Rückkehr zum „alten Kurse" im Katkowschen Sinne bedeuten sollte. Die Furcht vor der Rückkehr zu „diesem Kurse" trägt wesentlich dazu bei, die Unsicherheit der auswärtigen Lage aufrechtzuerhalten. Die Männer der „Nowoje Wremja" hoffen, durch einen auswärtigen Krieg dieser Reaktion die Wege im Innern zu ebnen, die revolutionären Elemente aber rechnen darauf, daß ein Krieg das Feld für ihre Pläne freigeben werde. Daß aber auch heute in Rußland eine gefährliche revolutionäre Partei vorhanden ist, wird uns in authentischster Weise in dem „Alleruntertänigsten Bericht des Oberprokureurs des heiligen Synod für die Jahre 1911 und 1912" bezeugt, der soeben veröffentlicht worden ist.

Nach einer eindringlichen Klage über die Propaganda fremder Konfessionen und Sekten und über den zunehmenden Atheismus heißt

es daselbst: „Diese Propaganda beschränkt sich nicht nur auf die Schwierigkeiten, mit denen die rechtgläubige Kirche zu kämpfen hat. Wie eine schwarze Wolke breitet sich der Unglaube über unsere heimatliche Kirche aus, um ihre säkulare Wahrheit zu verdunkeln. In dichten Wellen ergießt sie sich über die intelligenten Kreise, sie dringt auch in die Massen des Volkes, und neben dem Unglauben untergräbt auch der Sozialismus, der irdische Güter an Stelle der himmlischen verspricht, die Fundamente der Kirche. Überall, wo eine starke Industrie sich festgesetzt hat, fesselt der Sozialismus viele Arbeiter an sich. Der Angriff der Sozialisten findet planmäßig statt, und der Kampf mit ihnen ist nicht leicht. Gleichzeitig setzen die Feinde der Kirche gewaltige Anstrengungen daran, um die Volksmassen zu verderben und um die Negierung alles Heiligen und die Verachtung aller sittlichen Grundlagen bei ihnen einzuwurzeln. Leider hat der Geist der Verneinung große Teile der Gemeinden, namentlich unter der Jugend, ergriffen. Unter dem Einfluß neuer Ideen, die eifrig verbreitet werden durch die Presse der Linken, von Broschüren und Rednern der revolutionären Richtung, besonders aber unter dem Einfluß einer lithographierten pornographischen Literatur, bekennt sich die heutige Jugend nur zum „Kultus des Fleisches". Sie ist zur Religion überhaupt ganz indifferent geworden, sie säuft, ist unzüchtig, treibt Straßenunfug (russisch „Chuliganstwujet", was kaum zu übersetzen ist, und nur durch das Treiben der Hooligans in den großen Städten und auf dem flachen Lande erklärt werden kann), sie träumt von einer neuen Revolution, von der sie das irdische Paradies erwartet. In den Gemeindeversammlungen tritt sie stets gegen die Interessen der Kirche auf und hofft sich ihres Eigentums zu bemächtigen. Überhaupt nimmt das Treiben der Hooligans einen epidemischen Charakter an." Es schließt sich hieran eine Darlegung der Bemühungen, die von der orthodoxen Geistlichkeit zur Bekämpfung dieses Übels aufgewandt werden. Aber wir haben den Eindruck nicht gewonnen, daß sie namhafte Erfolge aufzuweisen hat, auch nicht bei Bekämpfung der Trunksucht, obgleich Mäßigkeitsvereine unter Leitung von Geistlichen über 100 000 zu Mitgliedern zählen. In Hinblick auf die Gesamtbevölkerung Rußlands ist die Zahl gering. Nicht ohne Interesse sind auch die statistischen Daten des Berichts. Zur orthodoxen Kirche konvertiert wurden 1911 — 16 821 Personen; im folgenden Jahre 18 293. Darunter 2105 Katholiken, 1309 Protestanten, 1362 Juden, 4065 Heiden und 264 Mohammedaner. Die übrigen sind bekehrte

Sektierer. Dagegen traten 1911 aus der orthodox-russischen Kirche aus: 13 135 Personen, und 1912 — 13 493, darunter: zum Katholizismus 2010, zur lutherischen Kirche 1206, 157 wurden Buddhisten, 84 Israeliten. Am meisten aber gewannen die Sekten: die Popenlosen 3395, die Baptisten 3504, während der Rest sich anderen Sekten anschloß. Der Gewinn der Staatskirche ist demnach ein sehr geringer. Die während der Trunksuchtsdebatte am 17. d. M. im Reichsrat vorgebrachten Tatsachen sind keineswegs geeignet, das trübe Bild das der Oberprokureur des Heiligen Synod entwirft, günstiger zu färben. Herr Gurko, der den eigentümlichen Antrag stellte, in den Monopolbuden für einen „Wenigerverkauf" von Branntwein Prämien zu bezahlen, gab an, daß in Rußland jährlich 200 000 Mann in der Betrunkenheit stürben, an der infolge von Alkoholgenuß entstandenen Schwindsucht 500 000 Personen. Von schulpflichtigen Kindern im Alter von 8—12 Jahren tranken 78 v. H. der Knaben, und 42 v. H. der Mädchen nach den von Dr. Korowin angestellten Untersuchungen, und ein Dr. Grigorjew teilte mit, daß von den Kindern, die im Gouvernement Petersburg die Schule besuchen, nur 6 v. H. nicht trinken. In einer von ihm untersuchten Anfangsschule für Mädchen tranken alle 30 Schülerinnen, und von ihnen waren 17 jeden Tag betrunken. Das sind allerdings entsetzliche Zahlen, die die Milliarde Reingewinn vom Branntweinmonopol wohl erklären, aber gewiß nicht rechtfertigen können. Bei alledem gehört ein starker Glaube dazu, um anzunehmen, daß es möglich sein wird, in absehbarer Zeit dem Übel zu steuern. Es gehört in den Zusammenhang moralischer und politischer Krankheitserscheinungen, die weit zurückliegen und deren explosive Erscheinung wir 1905 kennen gelernt haben. Vielleicht tröstet man sich in Rußland damit, daß ein so hoch kultiviertes Land wie Frankreich eine ähnliche Alkoholgefahr aufweist. Im „Temps" schreibt der Abgeordnete Henri Schmidt, daß in Südfrankreich, das ehemals so stolz auf seinen Wein war, der Absinth den Wein verdrängt habe. „Die Südländer trinken keinen Wein mehr. Mehr als zwei Drittel des konsumierten Alkohols in den Bouches du Rhone und den benachbarten Departements werden als Apéritifs (Absinth-Schnäpse) verbraucht, und die glänzenden geistigen Eigenschaften der Bevölkerung drohen in Wahnsinn unterzugehen." Von einem Ende Frankreichs zum anderen richte der Alkohol Verheerungen an, es sei höchste Zeit, der wachsenden Gefahr zu steuern. In Deutschland, wo der Bierkonsum vorherrscht, und in den Weinlanden

der Wein sein Recht behauptet, ist die Gefahr weit geringer, wenn auch ohne Zweifel vorhanden.

Übrigens sehen wir, um auf unseren Ausgangspunkt zurückzukommen, die Krisis in den leitenden Kreisen Rußlands weder für abgeschlossen, noch für endgültig bestimmt an. Von wohlunterrichteter Seite aus Petersburg hören wir, daß Herr Ssasonow nicht zurücktreten wird, und daß Herr Iswolski seine Stellung in Paris behält. Es scheint jedoch, daß über seine Versetzung nach London verhandelt worden ist, ohne daß eine Zusage erhalten werden konnte. Ebenso scheint trotz eines offiziellen Dementis von russischer Seite die Absicht bestanden zu haben, den Botschaftern Frankreichs und Rußlands in Anschluß an Sir Edward Grey den Charakter eines ständigen politischen Komitees mit weitgehenden Befugnissen zu erteilen. Die „Nowoje Wremja" die, wohl aus subalternen Quellen, stets über die Politik des russischen Kabinetts orientiert zu sein pflegt, bevor die übrige Welt davon erfährt, polemisiert mit großer Heftigkeit gegen diesen Plan. Rußland sei immerhin noch ein souveräner Staat. Offenbar sei S. D. Ssasonow müde und bereit, die technische Seite der auswärtigen Politik Rußlands auf die breiten Schultern Sir Edward Greys abzuladen. „Bei all unserer Achtung vor dem englischen Staatsmann ziehen wir es doch vor, daß die russischen Interessen, wenngleich schlecht, von russischen Männern vertreten werden. Es ist mit der staatlichen Würde Rußlands nicht zu vereinigen, daß russische Angelegenheiten in einer ausländischen Residenz entschieden werden, wie freundschaftlich und vertraulich unsere Beziehungen zu ihr auch sein mögen." „Das russische Reich bleibt immerhin Rußland und ist weder England noch Frankreich."

Auch sonst ist die „Nowoje Wremja" mit England nicht eben zufrieden. Sie schreibt: „Im Januar hat die englische Bank offenkundig begonnen, im Münzhof der Regierung Münzen aus Silber zu prägen, das ihr aus Teheran zugeschickt wurde, obgleich die Frage nach dem Recht, Silber einzuführen und Münzen zu prägen, von der russischen Bank angefochten wird und noch in London und Petersburg zu entscheiden ist. Dies ist ein neuer Beweis dafür, wie völlig die englische Diplomatie die wesentlichsten Interessen Rußlands in der russischen Einflußsphäre Persiens ignoriert und dabei die elementaren Vorschriften korrekten Handelns verletzt. Die englische Bank, die das Monopol hat, Banknoten auszugeben, schädigt ernstlich den russischen

Handel, indem sie durch ungesetzliches Usurpieren des Prägens von Silber sich die Möglichkeit sichert, den Kurs zu bestimmen." Man kann mit Spannung erwarten, wie die englische Bank gegen diese mindestens stark herausfordernden Beschuldigungen reagieren wird.

Es sei hieran eine persönliche Bemerkung geknüpft. Meine Wochenschau am 11. Februar dieses Jahres hat vielfach zu Widerspruch einerseits und zu einem auf Mißverständnis zurückgehenden Beifall von anderer Seite Anlaß gegeben. Ich hatte gesagt: „Meine (d. h. meine persönliche) Meinung und feste Überzeugung möchte ich nun dahin zusammenfassen, daß es keine Zeit gegeben hat, in der, mehr als heute, durch einen erlösenden Entschluß alle Schwierigkeiten der europäischen wie der Weltpolitik in die Bahnen ruhiger und gedeihlicher Entwicklung gelenkt werden könnten. Dieser Entschluß aber würde lauten: englisch-deutsche Allianz." Ich habe diesen Gedanken seit Jahren bereits mehr oder minder deutlich vertreten und es für nützlich gehalten, gerade jetzt mit ihm unverhüllt hervorzutreten, da ein großer und einflußreicher Teil der zur Regierungspartei zählenden Presse den auf den Wahn eines wahrscheinlichen deutschen Angriffs zurückzuführenden Flottenplänen Churchills entgegentritt. Auch habe ich nie einen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß unser Flottenprogramm unabhängig von dem Bauplan Englands, für unsere Bedürfnisse und unsere Weltstellung geschaffen und als unabänderliche Tatsache hinzunehmen ist. Es wird jedem Leser meiner Ausführungen bekannt sein, daß ich die auf Europa lastende Kriegsgefahr in ihren Ursachen weniger auf die französisch-russische Kombination, als auf die unklare Stellung zurückführe, die England zu dieser Kombination einnimmt. Zu bestreiten ist jedenfalls die Tatsache nicht, daß die beiden Mächte, die rechts und links an unsere Grenzen stoßen, der Überzeugung sind, daß im Kriegsfalle England zu ihnen stehen würde. Es ist ihnen zum Überfluß von Zeit zu Zeit von mehr oder weniger berufener englischer Stelle ausdrücklich zugesichert worden. Solange dieser Glaube fortlebt, wird auch die „Rüstungsrivalität" und mit ihr die Kriegsgefahr auf dem Kontinent fortdauern, und erst wenn der Glaube an die englische Unterstützung in Paris und Petersburg schwindet, kann eine Änderung eintreten. Deshalb und nur deshalb liegt in der Tat eine folgenreiche Entscheidung in englischen Händen. An sie, d. h. an die Herren Asquith, Churchill, Grey war mein Appell gerichtet. Ich glaube allerdings, daß das allen englischen Interessen

ins Gesicht schlagende russisch-englische Abkommen von 1907 zu einer Prestigefrage seines Urhebers geworden ist, ganz wie ich glaube, daß die Vermehrung der englischen Flotte ins Ungemessene und Unbegrenzte eine Frage des empfindlichen Ehrgeizes des ersten Lords der Admiralität geworden ist. Das eine wie das andere müßte bei klarer und nüchterner Beurteilung der Verhältnisse von den Irrwegen abführen, die eingeschlagen worden sind. Ich glaube nicht, daß diese Ansichten den konservativen Grundsätzen, die ich vertrete, in irgendwelcher Weise widersprechen. Daß schließlich ein englisch-deutsches Bündnis heute noch utopisch erscheinen mag, habe ich direkt ausgesprochen; das ändert aber nichts an meiner Überzeugung, daß es früher oder später einmal Wirklichkeit werden muß, weil die deutschen sowohl wie die englischen Interessen, als auch endlich die Gesamtheit der europäischen Interessen dadurch am wirksamsten zur Geltung kämen. Es ist ja nicht ohne Beispiel, daß schließlich das Nützliche und Vernünftige sich durchsetzt.

In der „Revue Politique et Parlementaire", deren Aufsätze stets auf sorgfältige Studien zurückgehen, finden wir einen Artikel von Angel Marvaud über den Präsidenten Woodrow Wilson und das lateinische Amerika, der die Politik der Vereinigten Staaten mit außerordentlicher Schärfe anfaßt. Er zitiert unter anderem einen an den Präsidenten gerichteten Protest der in Mexiko lebenden Amerikaner, in dem es heißt: „Wenn wirklich morgen eine allgemein freie Wahl (wie Woodrow Wilson verlangt) stattfände, besteht auch nicht der Schatten eines Zweifels, daß der gewählte Präsident der torero Gaona wäre." Das ist vielleicht die blutigste Kritik, die an der Politik der Vereinigten Staaten geübt worden ist.

26. Februar. Blutige Unruhen in Valencia und Barcelona.
27. Februar. Fürst Wilhelm von Wied wird vom Zaren empfangen.
2. März. Die Griechen übergeben Koritza der albanischen Regierung.
4. März. Tod des Fürstbischofs Dr. Georg Kopp.

---

4. März 1914.

In Frankreich und über Frankreich hinaus erwarteten die Gegner des Kabinetts Doumergue-Caillaux, daß die Debatten der hinter uns liegenden Woche das Ministerium zu Fall bringen würden. Die Partei des Präsidenten hatte ihre besten Kämpfer in die Arena der „Chambre" geschickt, und wenn oratorische Begabung allein zu entscheiden gehabt hätte, wäre der Sieg den Herren Dubois, Aristide Briand, Millerand wohl zugefallen. Die Tatsache, daß trotz der Unzufriedenheit, welche in den Kreisen der Sozialrevolutionäre über die Haltung des Ministeriums in der Frage der von ihnen perhorreszierten dreijährigen Dienstpflicht herrschte, Herr Jaurès sich mit voller Bestimmtheit auf die Seite Doumergues stellte, als dieser ein Vertrauensvotum verlangte, gab den Ausschlag. Mit 329 Stimmen gegen 214 gab die Kammer der Politik des Kabinetts ihre Zustimmung, und damit ist auch entschieden, daß die für den 26. April festgesetzten Wahlen von dem regierenden Ministerium und seinen Präfekten gemacht werden. Damit ist der jetzigen Majorität und ihren Führern die Wiederwahl nahezu gesichert, eine Wahrscheinlichkeit, die insofern von weiterem Interesse ist, als dieser Block einen auswärtigen Krieg nicht provozieren will, was sich bekanntlich keineswegs von dem Gegenblock sagen läßt, der jetzt seine dritte große Niederlage erlitten hat. Übrigens wollen wir keineswegs dafür eine Bürgschaft übernehmen, daß das Kabinett Doumergue-Caillaux nunmehr in Sicherheit einer längeren Herrschaftsperiode entgegensehen könne. Aber um einige Monate scheint ihm die Lebensdauer gefristet zu sein. Sobald die Neuwahlen erfolgt sind und die neuen Deputierten sicher sind, volle 4 Jahre unangefochten ihre Stellung zu behaupten, bürgt nichts dafür, daß sie dauernd zu der Partei stehen, zu deren Gefolg-

schaft sie sich bei den Wahlen bekannt haben. Man darf nicht vergessen, wie erstaunlich die Wandlungen sind, die viele dieser französischen Politiker von Beruf durchgemacht haben und daß, um ein Beispiel anzuführen, Herr Briand noch auf dem internationalen Kongreß, der 1900 in Paris tagte, mit wahrem Fanatismus für den allgemeinen Ausstand eintrat. Er war damals radikaler als sein heutiger Gegner Jaurès.

Daß bei dieser inneren französischen Angelegenheit auch der Ausblick in die große Politik eine bedeutende Rolle gespielt hat, ist als sicher anzunehmen. Der Sturz des Ministerpräsidenten Kokowzew und der befürchtete Rücktritt von Ssasonow und Iswolski waren in Paris von den Kreisen um Poincaré fast wie ein Unglück empfunden worden. Diese drei russischen Staatsmänner hielt man für die Säulen der französisch-russischen Allianz. Zwischen Kokowzew und dem damals noch als Ministerpräsidenten fungierenden Poincaré war der Übergang Frankreichs zur dreijährigen Dienstpflicht vereinbart worden, und während Kokowzews Besuch in Paris im September vorigen Jahres wurde die russische Milliardenanleihe perfekt, an welche die Verpflichtung Rußlands zum Bau strategischer Bahnen zur deutschen und österreichischen Grenze geknüpft war. Das alles schien um so mehr ins Schwanken zu geraten, als man in dem neuernannten Ministerpräsidenten einen unbedingten Anhänger der äußersten Rechten vermutete, die, wie in Frankreich wohlbekannt war, für eine Annäherung an Deutschland eintritt. Dieser Sorgen glaubt man nunmehr ledig zu sein. Das „Journal des Débats" vom 28. Februar drückt das folgendermaßen aus: „Es steht fest, daß J. Goremykin die auswärtige Politik seiner Vorgänger fortsetzen wird, die die des Kaisers ist, und ihr Fundament in der Allianz mit Frankreich und in der englischen Freundschaft findet. Nach dieser Richtung wird keinerlei Veränderung stattfinden." Wir können die „Débats" noch weiter beruhigen. Ein Abschiedsgesuch, das Herr Ssasonow eingereicht hatte, ist abgelehnt worden, und auch der Pariser Botschafter wird nach wie vor Gelegenheit haben, der französischen Presse seine Informationen und Ratschläge nicht vorzuenthalten. Was aber die Bedeutung der Ernennung Goremykins zum Ministerpräsidenten betrifft, so glauben wir doch, daß ihr Schwerpunkt in die innere, nicht in die auswärtige Politik Rußlands fallen wird. (Anm. Die „Grenzboten" bringen über diese Seite der Frage in ihrer Februarnummer eine interessante Darlegung von G. Cleinow.) Seine Interessen richten sich vornehmlich

auf die Reform der agraren Verhältnisse und überhaupt auf die Fragen der inneren Politik des Reiches. Die außerordentliche Sitzung des Ministerrats, die am 23. Februar unter Vorsitz des Zaren stattfand, ist ausdrücklich auf die Probleme der inneren Politik und darauf hingewiesen worden, daß alle Regierungsorgane, die Minister untereinander sowohl wie Reichsrat und Duma, eine homogene Politik zu verfolgen hätten, deren Träger als der Vertrauensmann des Zaren Herr Goremykin nunmehr ist. Die befürchtete reaktionäre Politik wird also nicht Wirklichkeit werden, wenn der neue Ministerpräsident Herr der Lage wird. Er hat bereits gesucht, Fühlung mit den einflußreichen Gliedern der Duma zu gewinnen; das Oktobermanifest ist wieder als Regierungsprogramm in den Vordergrund gerückt worden, und der Präsident der Budgetkommission der Duma in das vom Grafen Witte präsidierte Finanzkomitee berufen worden. Als neue Mitglieder werden fortan auch der Ministerpräsident und der Finanzminister Bark (beide zusammen als Ersatz für den ausgeschiedenen Kokowzew), der Landwirtschaftsminister Kriwoschein und der Minister der Wegeverbindungen Ruchlow tagen; das alles weist darauf hin, daß diese inneren Angelegenheiten, vornehmlich aber die Frage des Branntweinmonopols, zurzeit die Hauptinteressen sind. Nach wie vor gilt das neue Kabinett als Provisorium, und in Petersburg erwartet man, daß, sobald Herr Kriwoschein genesen ist, die Ministerpräsidentschaft auf ihn übergehen wird. Die daran geknüpften weiteren Kombinationen lohnt es nicht aufzuführen, sie werden fast täglich durch neue Vermutungen abgelöst. Fraglich ist auch, wie weit die Hoffnungen Aussicht haben, verwirklicht zu werden, die eine gelindere Handhabung des Preßgesetzes in Aussicht nehmen. Der witzige Karikaturist der „Nowoje Wremja" läßt ein neues Preßgesetz als Ente mit einem Hängeschloß am Schnabel aus dem Ei schlüpfen, und das scheint den Tatsachen zu entsprechen. Nur wo es sich um Angriffe der Presse gegen Österreich, die Ukrainophilen, den polnischen Katholizismus und die „Fremdvölker" handelt, steht der Presse die unbeschränkte Freiheit der Äußerungen offen. Die „Nowoje Wremja" hat in dieser Hinsicht in den letzten Wochen geradezu Erstaunliches geleistet. So behauptet sie, daß die Polizeidirektion in Prag die Eröffnung eines russischen Klubs mit der Motivierung abgelehnt habe, „daß Österreich unmittelbar vor einem Kriege mit Rußland stehe". „Diese historische Antwort des Direktors der österreichischen Polizei in Prag — schreibt der Korrespondent

der „Nowoje Wremja" — wurde den Tschechen ganz bestimmt und offiziell gegeben, so daß die russische Gesellschaft der österreichischen Polizei für diese liebenswürdige und rechtzeitige Warnung aufrichtig dankbar sein kann; sie wird wahrscheinlich von den kompetenten russischen militärischen Organen zur Kenntnis und Handhabe genommen werden." Nun ergibt sich aber aus derselben Korrespondenz, daß der Deputierte Markow in russischer Sprache in Prag eine Protestrede wider den Marmoros-Sziget-Prozeß halten wollte, nachdem er schon vorher auf einer Tschechenversammlung zu Wien über dasselbe Thema in russischer Sprache hatte reden wollen. In beiden Fällen wurde die Versammlung geschlossen, nachdem er angefangen hatte zu reden, was gewiß nicht zu verwundern ist, wenn man die wüste Agitation verfolgt hat die von Rußland aus und in Rußland in Anlaß dieses noch nicht abgeschlossenen Prozesses getrieben wird. Die „Nowoje Wremja" aber möchten wir daran erinnern, daß sie uns vor 14 Tagen als ihr Programm die Vernichtung der habsburgischen Monarchie mit Hilfe der Rumänen angekündigt hat. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß jene angebliche Äußerung des Prager Polizeidirektors ein Hinweis auf diese russischen Drohungen gewesen ist.

Es ist wohl nützlich, in diesem Anlaß darauf hinzuweisen, mit welcher Entschiedenheit die französischen Blätter in dem schweren Kampf, den das Deutschtum in Böhmen durchzukämpfen hat, ohne jedes Gefühl für Recht und Billigkeit in allen Punkten für die Tschechen Partei nehmen. Geht doch neuerdings das „Journal des Débats", dem man dergleichen doch nicht zutrauen sollte, so weit, die Deutschen Böhmens als Landesverräter der Aufmerksamkeit der österreichischen Regierung zu empfehlen! Dabei kommen die „Débats", angeregt durch die Rede, die der Tscheche Bontitsch in der Sorbonne gehalten hat, zum Schluß, daß es für Österreich-Ungarn nur ein Heil gebe, den Übergang zum Föderativstaat. Daß auf diesem Wege ein Mittel gefunden werden könnte, die Deutsch-Österreicher zurückzudrängen, vertreten auch andere Feinde Österreichs. Wir denken dabei an ein kürzlich erschienenes Buch von Valentin de Gorlow: Origines et bases de l'alliance Franco-Russe. Paris 1913. Es verdient weniger Beachtung wegen seines historischen Inhalts, der vielfach unsicher ist und nur wenig Neues bringt, als wegen der Tendenz, die aus ihm spricht. Der Verfasser, wahrscheinlich bulgarischen oder tschechischen Ursprungs, will nachweisen, durch welche Fehler

Frankreich selbst verschuldet habe, daß diese Allianz ihr Ziel, die Wiedererwerbung Elsaß-Lothringens, nicht erreicht habe. Er gelangt dabei zu dem interessanten Ergebnis, daß das Bündnis nicht mit dem Zaren, sondern mit dem Volke hätte abgeschlossen werden müssen. Das sei zur Zeit, als die Allianz perfekt wurde, vielleicht nicht möglich gewesen, aber dann hätte man dem Zaren nicht carte blanche für seine Politik geben dürfen, wie tatsächlich geschah, sondern Rechenschaft von ihm für seine Politik fordern sollen. Namentlich aber hätte Frankreich dazwischentreten müssen, als die deutsche Politik Rußland in den japanischen Krieg drängte. Statt dessen habe Frankreich ihm dabei treue Gefolgschaft geleistet und ihn nicht, wie doch notwendig war, nach Europa zurückgeführt. Es seien noch andere Dummheiten gemacht worden; dies aber sei die größte gewesen. Versäumt habe man, die rein panslawistischen Elemente in Österreich und auf dem Balkan, die Russen in ihrem Kampf gegen die deutschen Elemente bei Hof und im Reich zu unterstützen. Das russische Volk habe man mißachtet, obgleich diesem doch über kurz oder lang die Herrschaft zufallen müsse. Das russische Volk aber sei der wahre Alliierte Frankreichs, nicht das aus Deutschland stammende regierende Haus, das niemals vermocht habe, sich vom Zusammenhange mit Deutschland frei zu machen. Man hätte den Haß des russischen Volkes gegen die Deutschen studieren und seine Ursachen erforschen sollen. Habe doch niemand in Frankreich gewußt, daß es auch ein russisches Elsaß-Lothringen gebe, da in Österreich-Ungarn vier Millionen Russen Ostgalizien bewohnen, 800 000 die Bukowina, 600 000 Ungarn, daß sie alle bedrückt würden von den durch Berliner Einflüsse bestimmten Polen und Deutschen. Es sei überhaupt nicht zu dulden, daß Deutschland die 11 Millionen Deutsch-Österreicher an sich heranziehe und langsam die 27 Millionen Slawen germanisiere, um so eine homogene Masse von 100 Millionen Köpfen zu bilden, der gegenüber die andern Mächte wenig zu bedeuten haben würden. Die Slawen, die nicht Russen sind, dürften aber weder zu Rußland noch zu Deutschland gehören. Damit das Gleichgewicht Europas bestehen bleibe, müßten sie unabhängig werden. „Zu verwirklichen ist das jedoch nur durch die Zerstörung Österreich-Ungarns. Geschieht das nicht, so geht die Germanisierung weiter, durch deren Fortsetzung die Existenz Frankreichs als Großmacht und die Rußlands als europäische Macht in Frage gestellt werde. Mit andern Worten, es handelt sich für die Tripelentente um Leben oder Sterben. Im Zentrum

Europas sind bereits zu viele Slawen germanisiert worden; von den 42 Millionen, die noch übrig sind, darf keine weitere Million den deutschen Anschlägen ausgeliefert werden. Wird die Tripelentente energischeren Widerstand leisten können als bisher? Das ist der Preis der Rettung."

Im Text des Buches wird der Gegensatz zwischen der deutschen Dynastie und dem russischen Volke sowie mit den Interessen der französischen Revanchepolitik noch schärfer hervorgehoben, und in der Einleitung finden wir den folgenden lapidaren Satz: „Der romanowsche Zäsarismus ist kein Teil des russischen Baumes; es ist ein fremder Zweig auf den russischen Stamm gepfropft; ein deutscher Zweig, die Holstein-Gottorper. Von ihnen stammt das Unheil." Das ist die revolutionäre Konsequenz jenes Neoslawismus, der, wie es scheint, heute in Frankreich popularisiert wird, und auch die Konsequenz der gegen Österreich-Ungarn geführten Kampagne der „Nowoje Wremja". Die Grundtöne sind revolutionär und antidynastisch, aber es scheint, daß die Ohren nicht überall scharf genug sind, sie zu erkennen.

Über die jetzige Lage in Persien wird dem „Manchester Guardian" aus London geschrieben, daß unter den Mitgliedern des persischen Komitees große Beunruhigung herrsche, weil man Grund habe zu glauben, daß der Exschah unerwartet in Persien wieder erscheinen könnte, wenn nicht energische Gegenmaßregeln von England und Rußland getroffen würden. Nach einem geheimnisvollen Besuche in Petersburg, wo er angeblich einen seiner Söhne in einem Pensionat unterbringen wollte, habe er sich nach Berlin begeben, wo er jetzt sein solle (?). Seine Brüder seien sehr tätig in Paris, und das jüngste Verhalten von Schuju ed Dowleh, der sich der Einkünfte von Aderbeidjan bemächtigt habe, steigere das Mißtrauen. Man fürchtet, daß vor der auf den 21. Juli festgesetzten Krönung Sultan Ahmeds, Mohammed Ali plötzlich von Norden her (also wie früher über den Kaspi-See) in Persien auftauchen könnte. Beunruhigend sind auch die Nachrichten, die aus Indien und aus China einlaufen. Über die ersteren hatte Mr. Morell am 25. den Unterstaatssekretär für Indien interpelliert, seither sind aber aus Bombay und Kalkutta weitere Nachrichten eingetroffen, die Zeugnis von einer erregten Stimmung der Bevölkerung ablegen. In China aber wird die Provinz Honan von den fast zu einem Heere angewachsenen Räuberbanden des „weißen Wolfes" gebrandschatzt. Die finanziellen Schwierigkeiten Juanschikais verhindern energisches Aufräumen dieser bösen Nachwehen der

Revolution, und seine eigenen, nicht ausreichend gelöhnten Soldaten steigern durch ihre Greueltaten die allgemeine Unsicherheit. Man gewinnt den Eindruck, daß sich eine neue Krisis vorbereitet.

Erfreulicher lauten die Nachrichten aus Kleinasien, und es ist uns eine besondere Genugtuung gewesen, daß im Februarheft der „Contemporary Review" in einem Artikel, der „das Problem Kleinasiens" studiert, ein so urteilsfähiger Kenner wie M. Philips Price mit hoher Anerkennung von der selbstlosen Kulturarbeit Deutschlands in Anatolien spricht. Er formuliert das so: „The great medium of western civilisation is Germany, whose influence is, I am persuaded, in every way beneficial", und das ist im Hinblick auf die von ihm ausführlich behandelte armenische Frage besonders bedeutsam, da von interessierter Seite die gegenteilige Auffassung verbreitet wird.

Was in den letzten acht Tagen aus Mexiko zu uns herübertönt, ist dagegen sehr wenig erfreulich. Die Vereinigten Staaten setzen ihre kraftlose Politik fort, und die Revolution wird immer blutiger. Die Ermordung des Engländers Benton durch den bisher vom Präsidenten Wilson protegierten „General" Villa, den man mit besserem Recht einen Banditen nennen sollte, scheint ungesühnt bleiben zu müssen, da der andere „General" Carranza, an den Präsident Wilson sich darauf vertrauensvoll wandte, sich verbeten hat, daß die Vereinigten Staaten sich um Dinge kümmern, die sie nichts angingen. Habe England ihm etwas zu sagen, so möge es sich direkt an ihn wenden. England aber ist offenbar entschlossen, unter keinen Umständen etwas zu tun, was Präsident Wilson übelnehmen könnte. Die „Morning Post", die freilich ein Toryorgan ist, billigt diese Haltung der Regierung keineswegs. „Wenn die Vereinigten Staaten", schreibt sie, „sich unfähig fühlen, einzuschreiten und nicht in der Lage sind, das Leben fremder Untertanen zu schützen, würden sie besser tun, es den andern Mächten zu sagen. Diese könnten dann die Maßregeln ergreifen, die ihnen notwendig erscheinen, und man darf sogar annehmen, daß sie sich schnell darüber verständigen würden." Ähnliche Töne schlägt die unionistische „Daily Mail" an, aber die liberalen Blätter, den „Economist" mit eingeschlossen, billigen die Zurückhaltung Sir Edward Greys, die mit den Erfahrungen der Jahre 1862—1864 motiviert wird. Demgegenüber ist die folgende Ausführung des „Argonaut" doch sehr interessant: „Wie lange England, Deutschland und Frankreich die Beraubung des Eigentums ihrer Bürger dulden und darauf

warten werden, daß die Vereinigten Staaten handeln, ist problematisch. Schließlich muß ihre Geduld doch ein Ende nehmen. Wenn aber das Ende kommt, müssen die Vereinigten Staaten entweder handeln oder ihre Ansprüche, sich auf die Monroedoktrin zu berufen, aufgeben.

Endlich werden wir unter dem Druck Europas doch entweder fischen oder den Köder abschneiden müssen. Die Washingtonpolitik erscheint, je mehr die Zeit fortschreitet, als Fehler. Es ist nunmehr klar, daß der Kurs Präsident Wilsons, der Huerta die Hilfe von außen abschnitt, eine Lage geschaffen hat, die Mexiko schließlich, wenn nicht unter die Autorität der Vereinigten Staaten, so unter die eines andern Staates bringen muß. Der Tag, da Mexiko sich selbst retten konnte, ist vorüber." Zu einem enthusiastischen Lob, das Präsident Wilson in einem offenen Brief über die Politik des Staatssekretärs Bryan veröffentlicht hat, aber bemerkt der „Argonaut": „Dies encomium ist offenbar geeignet, selbst auf dem Antlitz eines Pferdes ein Lächeln hervorzurufen. (To bring a smile to the face of a horse)." Außerordentlich scharf ist das Urteil aller französischen Blätter, die uns zu Gesicht gekommen sind. Man hat den Eindruck, daß die Franzosen, deren Kapital nächst dem englischen meist in Mexiko festgelegt ist, eine Intervention nicht ungern sehen würden. „Ils (die Vereinigten Staaten) sont à la veille d'une intervention européenne" schreibt der „Temps", und die Frage läßt sich allerdings aufwerfen, weshalb nicht eine englisch-französisch-deutsche Intervention die Autorität Huertas wiederherstellen und damit dieser blutigen Komödie, unter der alle Welt zu leiden hat, ein Ende bereiten sollte. Geschieht es nicht, und bleiben die Herren Wilson und Bryan ihrer „anarchistischen Philosophie" treu, so dürfte der endliche Ausgang sein, daß nicht Europa, sondern Asien interveniert.

Wir schließen mit dem Hinweis auf eine sehr erfreuliche Korrespondenz, die dem „Manchester Guardian" aus Toronto zugeht. „Es ist erstaunlich, heißt es daselbst, wie schnell die Verständigung zwischen Großbritannien und Deutschland sich in Kanada, wenigstens in allen Provinzen, in denen zahlreiche Deutsche sind, fühlbar gemacht hat, d. h. von Ontario bis nach British Columbia. An des Kaisers Geburtstag finden regelmäßig Feste in jeder bedeutenden Stadt Kanadas von Montreal bis Vancouver statt, in vielen von ihnen feiern mehrere Gesellschaften. — Die deutschen Zeitungen in Kanada wachsen an Zahl und Bedeutung. Aufgeführt werden der seit 1850 bestehende „Kanadische

Bauernfreund", das „Berliner Journal", das in Berlin Ontario erscheint, in Toronto werde ein deutsches Blatt erscheinen, das europäische Politik und amerikanische Angelegenheiten behandeln werde, während die englische Presse Torontos beides vernachlässige. Die „Vancouver German Preß" sei ein angesehenes deutsches Blatt mit englischem Namen und bestehe bereits seit 3 Jahren. Dazu habe jede der Prärie-Provinzen mehrere deutsche Zeitungen, deren Absatz rasch zunehme. Man nehme gewöhnlich an, daß es wenig deutsche Einwanderer in Kanada gebe und es sei richtig, daß jetzt mehr Schweizer und Österreicher einwanderten als Deutsche. Aber eine große Zahl Deutscher siedele aus den Vereinigten Staaten nach Kanada über und die Statistik zähle sie als Amerikaner. So sei ein starker Prozentsatz der „Amerikaner" im westlichen Kanada deutschen Ursprungs. Viele von ihnen, die aus Michigan, Wisconsin, Dacota und aus andern Staaten kämen, seien zwar in Amerika geboren, und ebenso ihre Eltern, sie sprächen aber deutsch, obgleich das amerikanische Gesetz darauf bestehe, daß die offizielle Sprache und die Schulsprache englisch sein muß, was in Kanada nicht der Fall sei. In Quebec und in den Seeprovinzen gebe es keine deutschen Zeitungen, aber die Lutheraner hätten eine englische Zeitung in Nova Scotia. In Ontario und in den Westprovinzen gebe es mehrere religiöse Wochen- und Monatsschriften der Mennoniten, Lutheraner und Evangelisten. Wie in vielen Gebieten des französischen Kanada, werde der Gebrauch der „alten Sprache" als ein Schutz des „alten Glaubens" betrachtet. „Ich bin", schließt jener Korrespondent, „in deutschen Gemeinden Kanadas gewesen, in welchen der Gebrauch eines englischen Wortes, es sei denn im äußersten Notfall, als eine Sünde bestraft wird."

5. März. Auflösung der 2. Kammer in Schweden. Italien erklärt ganz Faggare für italienisches Gebiet.
6. März. Eröffnung des rumänischen Parlaments.
7. März. Fürst Wilhelm von Albanien trifft in Durazzo ein.
9. März. Abschluß des Friedens zwischen der Türkei und Serbien. Fortdauernder Unfug der Suffragetten in England.

---

11. März 1914.

Mit der Überschrift „Zwischen zwei Wegen" bringt der „Eclair" vom 8. März die folgende merkwürdige Betrachtung: „Herr Paléologue, Botschafter Frankreichs in Petersburg, ist gestern nach Paris abgereist. Nun hatte er eben erst in Petersburg Fuß gefaßt, und trotz der offiziellen Diskretion des Quai d'Orsay ist es schwer, sich den Anschein zu geben, als wüßte man nicht, daß diese plötzliche Rückkehr dadurch begründet wird, daß zahlreiche Erörterungen notwendig sind. Hier wie in Petersburg sind die widerspruchsvollsten Ideen über unsere jetzigen und künftigen Beziehungen im Umlauf. Die wachsenden Schwierigkeiten, für welche wir die Verantwortlichkeit nicht der einen Regierung mehr als der andern zuweisen wollen, geben mindestens ein Zeugnis dafür, daß eine sonderbare Gleichgültigkeit der wirklichen Ausnutzung der Allianz gegenüber besteht. Wie ist es möglich, daß sie nach so langer Dauer, sei es durch Nachlässigkeit oder Unvorsichtigkeit, nicht besser definiert und festgelegt (fixée) wurde? Das ist kaum auszudenken. Jüngst hatten wir Anlaß, nachdrücklich auf sonderbare Begünstigungen hinzuweisen, die, zum Schaden unserer Industrien, englischen Häusern zuteil wurden, denen so das paradoxe Glück zufällt, einträgliche Bestellungen zu erhalten, die mit dem Gelde bezahlt werden, das aus französischen Anleihen stammt. Ist nur die Lässigkeit Herrn Delcassés an dieser ökonomischen Niederlage ohnegleichen schuld? Gibt es nicht Einflüsse, die unseren Interessen schädlich sind und politische Hintergedanken an diesen ersten Versuch knüpfen, uns kommerziell zu boykottieren? Es tritt, in Summa, allzu deutlich hervor, daß die sentimentale Annäherung beider Reiche

niemals eine Reziprozität in Leistung von Diensten zur Folge gehabt hat, wie man sie von einer besser verstandenen und besser geregelten „Assoziation" zu erwarten berechtigt sein dürfte. Je mehr die Pflicht, zusammenzuarbeiten, augenscheinlich und dringend notwendig wird, um so weniger haben wir die weise Einsicht gehabt, die unbestimmte Verständigung zur Klarheit zu führen (de pousser les ententes qui restent vagues): die letzten Zwischenfälle zeigen, daß wir die finanzielle Kontrolle verloren haben; es wäre ein Unheil, wenn die militärische Solidarität gleich unabhängig behandelt werden sollte wie die Kontrakte über Industrie und Handel.

Glaubt Deutschland, daß der Augenblick gekommen sei, um durch verstärkten Druck eine ohnehin so schlecht geregelte Lage ganz aus dem Gleichgewicht zu bringen? Man sieht zu deutlich, daß Rußland zwischen einer Drohung und Vorschlägen steht, denen auszuweichen schwer und die abzulehnen gefährlich ist. Wir beargwöhnen nicht die Treue der Partei unserer Freunde; aber wir wissen, daß sie dort auf Einwände und Widerstände stoßen, vielleicht auch auf eine Orientierung, die so verschieden von der ursprünglichen ist, daß wir ohne zu zögern unsere gemeinsame Sache praktisch verteidigen müssen. Wenn wir, jeder auf seiner Seite, in Untätigkeit beharren (demeurons immobiles) und Entscheidungen abwarten, die wir zu fordern nicht tätig und nicht weitblickend genug sind, so laufen wir Gefahr, vor verblüffenden Überraschungen zu stehen.

Rußland zeigt sich durch gewisse Angriffe beunruhigt, die den Charakter von kaltblütig vorbereiteten Streitigkeiten tragen; wir erraten, daß wir dabei indirekt zum Ziel genommen werden. Da wäre es doch sehr unzeitig, mit Rodomontaden zu antworten, die leicht als Vorwand zur Aggression dienen können. Es müssen vielmehr alle diplomatischen Möglichkeiten, die wie ein unabweisbares Fatum beiden Staaten gesetzt werden, scharf ins Auge gefaßt werden. Alles muß geprüft und im Sinne einer unlösbaren Verbindung und mit kombinierten Anstrengungen in Ordnung gebracht werden. Es war uns niemals weniger erlaubt, einem System von Phantasien und Unbestimmtheiten nachzuleben, wie wir es jetzt tun, ohne der Zukunft zu mißtrauen. Wenn Herr Paléologue zurückkommt, um ein so ernstes Problem zur Entscheidung zu führen, so meinen wir, daß es nicht zu früh ist, und daß es Zeit ist, abzuschließen."

Nun wissen wir sehr wohl, daß der „Eclair" nichts weniger als gouvernemental ist. Aber er hat den Vorzug, zu sagen, was er denkt, und was die offiziellen und offiziösen Organe verkleiden und bemänteln. Kombiniert man die französischen Stimmen verschiedener Parteilager, so tritt uns in betreff der französisch-russischen Beziehungen eine dreifache, ihnen allen gemeinsame Sorge entgegen. Sie sind erstens verstimmt durch die Begünstigung englischer Unternehmungen auf russischem Boden; zweitens, sie sind enttäuscht durch die Wendung, welche die innere Politik Rußlands unter dem neuen Regime Goremykin angenommen hat; drittens, sie fühlen sich, trotz der großartigen Vorbereitungen, die Rußland zu Wasser und zu Lande trifft, der russischen Kriegsbereitschaft nicht sicher.

Auf den ersten dieser Punkte einzugehen, finden wir nicht nötig. Die Komödie der Putilowaffäre hat sich so sehr in der großen Öffentlichkeit abgespielt, daß kein Wort darüber zu verlieren ist, und in der russischen Presse ist das Möglichste geschehen, um die Eifersucht der Franzosen von der englischen nach der deutschen Seite abzulenken. Das Signal gab dazu auf dem Kongreß der Exporteure in Kiew ein Vortrag des Moskauer Professors Goldstein, der über das Thema: „Rußland, eine Kolonie Deutschlands" sprach, was eine geharnischte Resolution gegen den wirtschaftlichen Einfluß Deutschlands nach sich zog und von den nationalistischen und panslawistischen Blättern begierig aufgenommen und kommentiert wurde. Es scheint jedoch nicht, daß man in Frankreich dadurch sonderlich beruhigt worden ist. Was man in Paris wünscht und verlangt, ist eine entschiedene Begünstigung Frankreichs im russischen Wirtschaftsleben, wobei freilich fraglich bleibt, ob Frankreich imstande ist, Rußland das zu bieten, was es braucht.

Wichtiger erscheint uns der zweite Punkt. Es liegt in der Tat so, daß die Ära Goremykin bereits ihrem Ende entgegengeht, und daß jedenfalls die in Frankreich so freudig begrüßte Aussicht auf einen Übergang Rußlands zu einer liberalen Politik im Innern sich nicht verwirklichen will. Der Reichsrat hat den von der Duma angenommenen Gesetzentwurf über die Handlungsgehilfen abgelehnt, weil, wie die „Nowoje Wremja" nachdrücklich hervorhebt, diese hohe Körperschaft überhaupt jeder sozialen Gesetzgebung feindlich gegenüberstehe. Die „Einigung und Annäherung" der Regierung und der Volksvertretung ist nicht erfolgt, und zwischen der Duma und dem Justizminister Schtscheglowitow

ist es zu einem kaum zu überbrückenden prinzipiellen Gegensatz gekommen. Die Folge war, daß auf freien Konferenzen liberaler „Kreise" vereinbart wurde, einen Zusammenschluß sämtlicher liberaler Elemente, ohne Berücksichtigung aller Parteiunterschiede, herbeizuführen, also einen Block von den Oktobristen hinunter zu den Sozialisten, wobei nicht ganz klar ist, ob die Sozialrevolutionäre auch mit herangezogen werden sollen. Es ist vielleicht nicht notwendig, so weit zu gehen, da sie sich ohnehin jeder Opposition gegen die Regierung anschließen dürften. Vielleicht noch wichtiger ist es, daß die Gruppe der landschaftlichen Oktobristen, auf deren Unterstützung der Ministerpräsident meist rechnen durfte, beschlossen hat, „daß keinerlei Privatbesprechungen zwischen einzelnen Fraktionsmitgliedern und Regierungsvertretern stattfinden dürfen", während bekanntlich Herr Goremykin sich besonderen Erfolg von „Unterhaltungen bei einer Tasse Tee" versprochen hatte. Der Reichsrat fühlt sich als Herr der Lage und soll entschlossen sein, die weiteren Vorlagen, die auf die Initiative der Duma zurückgehen, zu Fall zu bringen. Es handelt sich dabei um die Einführung der Landschaftsinstitutionen im Dongebiet und um die „heißumstrittene" Wolostlandschaftsvorlage. Dazu kommt die Reihe der noch ungelösten Personenfragen. Der Ministerpräsident soll bereits amtsmüde sein und das Mitglied des Reichsrats Neidhardt ihm nachfolgen. Fast alle Ministerposten gelten als unsicher besetzt, auch der des neuernannten Finanzministers, so daß es allerdings verständlich wäre, daß der neue französische Botschafter sich dieser Lage gegenüber beunruhigt fühlt, und für alle Eventualitäten sich ein Fundament für sein ferneres Verhalten sichern will. Er hat am 7. Petersburg verlassen und ist heute gewiß näher von Paris als von Berlin. Die Gruppierung der Parteien ist, nach einer Zusammenstellung des „Temps", zurzeit die folgende: Oktobristen des Zentrums 64, Linksoktobristen 20, Rechtsoktobristen 23, nationalistisches Zentrum 33, Nationalisten 86, Rechte 59. Zur Gruppe der Linken gehören: Fremdvölker 20, Unabhängige 9, Fortschrittler 44, Kadetten 55, Sozialisten 24. Die Bildung einer Majorität für die Regierung ist unter diesen Umständen nicht möglich.

Was endlich den dritten und wichtigsten Punkt betrifft, den Wunsch Frankreichs, daß die Rüstungen Rußlands trotz des enormen Umfangs, den sie zu Wasser wie zu Lande annehmen, in noch erhöhtem Maße fortgesetzt und beschleunigt werden, so ist diese Pression von französischer Seite nur verständlich, wenn man von der Voraussetzung ausgeht, daß

in Frankreich die Furcht besteht, die innere Entwicklung Rußlands könne dahin führen, daß die jetzt nach außen drängende Unternehmungslust nach innen abgelenkt werde. Denn daß man in Frankreich an aggressive Absichten Deutschlands glauben könnte, geben wir, soweit eine bona fides vorausgesetzt wird, keinen Augenblick zu. Wer sich die Mühe gibt, die letzten Bände von „Deutschland und die große Politik" zu durchblättern, wird sich davon überzeugen müssen, wie sehr seit Jahr und Tag die russische Presse zum Kriege gegen Deutschland und Österreich-Ungarn gedrängt hat; sie setzt diese Tätigkeit in den Spalten der nationalistischen Organe bis zur Stunde fort, und es ist unehrliche Arbeit, nun plötzlich die doch sehr maßvollen Ausführungen der „Kölnischen Zeitung", die so viel Lärm gemacht haben, als einen angekündigten Angriff deutscherseits darzustellen. Wir, und ebenso Österreich-Ungarn, bewegen uns literarisch abwehrend, und unsere militärischen Vorbereitungen sind darauf gerichtet, eine immer wahrscheinlicher werdende Angriffsbewegung unserer Nachbarn in Ost und West, über deren kombiniertes Vorgehen kein Zweifel besteht, mit möglichstem Nachdruck zurückzuweisen und zu bestrafen.

Die Zuschrift eines russischen Kaufmanns an den „Economist" vom 7. März weist mit großer Bestimmtheit und offenbar aus eingehender Kenntnis der inneren Lage Rußlands auf die Gefahren hin, die sich dort auftürmen. Wir begnügen uns, die zusammenfassenden Schlußsätze wiederzugeben: „Daß man hier unzufrieden ist, wird niemand leugnen, und es wird fest geglaubt, daß eine geheime Organisation, wie die des Jahres 1905, nur der Gelegenheit harrt, um zur Tat zu schreiten. Zwei Ereignisse können einen solchen politischen Ausbruch plötzlich herbeiführen. Das eine wäre die Verwicklung des Reiches in einen Krieg. Eine Kriegspartei existiert in Rußland, und sie wird mit der Partei identifiziert, die jetzt am Ruder ist. Die Slawenbankette während des Balkankrieges und die flammenden chauvinistischen Reden, die auf ihnen gehalten wurden, sind noch in Erinnerung, und wenn Graf Kokowtzew und Herr Ssasonow sie nicht damals verboten hätten, hätten sie wahrscheinlich die Sache des Friedens geschädigt. Jetzt geht das Gerücht, daß Herr Ssasonow, der stets mit Graf Kokowtzew ging, bald zurücktreten wird, und daß die Slawenbankette wieder gestattet werden sollen. Ein Krieg bricht aus, wenn er am wenigsten erwartet wird, und wenn so gefährliche Elemente wie die russische Kriegspartei ihren Einfluß unbehindert ausüben

und so wie jetzt durch die große russische Goldreserve ermutigt werden, dann kann der europäische Friede in Gefahr sein. Auf solch einen Krieg, welches auch sein Ausgang sei, folgt bestimmt in Rußland eine zweite Revolution. . . ."

Wir übergehen die sehr merkwürdigen Ausführungen dieses Korrespondenten über das zweite Ereignis, dessen Möglichkeit er ins Auge faßt und dessen Resultat seiner Überzeugung nach ebenfalls eine Revolution wäre — das mag im „Economist" nachgelesen werden —, um noch auf eine redaktionelle Betrachtung desselben vortrefflichen Wochenblattes hinzuweisen. „Die russische Goldreserve in Rußland wie im Ausland (1600 Millionen Rubel) ist eine Sicherheit für die pünktliche Zahlung der Interessen der russischen Staatsanleihen. Sie kann ohne Zweifel auch zu andern Zwecken benutzt werden. Die diplomatische Aktion gewisser Mächte z. B. könnte durch die Drohung beeinflußt werden, daß der Teil der Depositen, der in ihren Banken ruht, zurückgezogen und als Subsidie für Landbanken untergebracht oder zur landwirtschaftlichen Entwicklung einer sehr unvollkommen unterrichteten Bauernschaft in einem Lande, das Hungersnöten sehr ausgesetzt ist, verwendet werden soll, was, wie zu befürchten ist, den russischen Kredit im Auslande schädigen würde. Ohne Zweifel gibt es russische Patrioten, die weiter gehen und die Reserven benutzen möchten, um das ausländische Kapital zu verdrängen oder den Getreideexport zu monopolisieren." Ein Schlußsatz spricht die Hoffnung aus, daß das Finanzkomitee diesen äußersten Fanatikern des Nationalismus zu widerstehen wissen werde.

Wir knüpfen hieran eine dem „Temps" am 7. März aus Petersburg zugegangene Depesche, die eine „von Herrn Goremykin inspirierte" Note der russischen „Börsenzeitung" wiedergibt, in der es heißt: „Wenn die Duma sich unfähig zeigen sollte (fruchtbar zu arbeiten), und wenn die Zerklüftung der Parteien die Lösung von Fragen unmöglich machen sollte, die für das Reich von kapitaler Bedeutung sind, so wird die Regierung vor einer Auflösung nicht zurückschrecken, um danach zu Neuwahlen zu schreiten." Daß Neuwahlen, die nur gewaltsam zu einem der Regierung günstigen Ergebnis geführt werden können, in jeder Hinsicht eine Gefahr bedeuten, halten wir für sicher.

Völlig unsicher ist, da wir diese Zeilen schreiben, die Lage der Regierungen in Frankreich, Italien, Spanien, und gleichzeitig steht in England eine Entscheidung von höchster Wichtigkeit bevor, über deren Zu-

sammenhang unsere Leser bereits orientiert sein werden, wenn die Wochenschau in ihre Hände kommt. Wir sehen daher von diesen englischen Problemen ab, um in Kürze bei den übrigen zu verweilen. Das große Ereignis in Frankreich ist, daß sich eine ministerielle Kombination Briand, Caillaux, Clemenceau anbahnt. Nach den noch vom jetzigen Ministerium zu leitenden Wahlen soll, infolge einer Verhandlung, die ein bewährter Anhänger Clemenceaus, der sozialistische Deputierte Thomson, mit Herrn Aristide Briand geführt hat, ein „großes" Ministerium unter Clemenceau als Ministerpräsidenten konstituiert werden und Herr Briand seinen alten Göttern ab- und der Fahne Clemenceaus zugeschworen haben, die auch Herrn Caillaux decken soll. Briand wird infolgedessen von der Presse des Präsidenten, dem „Temps" an der Spitze, mit großer Leidenschaftlichkeit angegriffen, und man scheint zu hoffen, daß er reuig zu seiner alten Fahne zurückkehren wird. Das ist möglich im Hinblick auf die außerordentliche Wandelbarkeit der Grundsätze Herrn Briands, aber nicht wahrscheinlich, wenn Herr Clemenceau wirklich der „kommende Mann" ist.

In Italien ist Herr Giolitti offenbar amtsmüde geworden, denn daß es in seiner Hand lag, zu bleiben, wenn er wollte, ist zweifellos; aber er ist schon lange leidend und mag der Ruhe bedürfen. In Frankreich scheint man auf ein Kabinett Luzzatis zu rechnen, dem man französische Tendenzen zuschreibt.

In Spanien haben am 9. Neuwahlen stattgefunden, von denen sich mit ziemlicher Bestimmtheit eine weitere Schwenkung der Regierung nach links erwarten läßt, was insofern doch recht bedenklich ist, als die ausgesprochen republikanisch gesinnten Parteien weit besser organisiert sind als die zerklüfteten monarchischen Gruppen, von denen dazu eine, die Jaimisten, antidynastisch ist. Offenbar spielt König Alfons XIII. mit seiner entschiedenen Begünstigung der linksstehenden Elemente ein nicht ungefährliches Spiel, zumal der weit lebendiger gewordene Zusammenhang mit dem republikanischen Frankreich, man möchte sagen „mechanisch", dazu beiträgt, das monarchische Empfinden zu untergraben. Vielleicht spielt auch die von Portugal ausgehende Ansteckung mit, obgleich die dort herrschenden Zustände gewiß nicht dazu angetan sind, Begeisterung für republikanische Ideale hervorzurufen. Man wird dabei an die schlimmsten Tage gewisser mittel- und südamerikanischer Republiken erinnert.

In Mexiko dauern die Frevel der Konstitutionalisten ungesühnt fort. Präsident Wilson hat in England — trotz der Ermordung Bentons — durch die Festigkeit, die er bei Ablehnung der Abgabenfreiheit für amerikanische Schiffe die den Panamakanal passieren, gezeigt hat, die Gunst der öffentlichen Meinung vollkommen zurückgewonnen. „Mr. Wilson — schreibt der „Manchester Guardian" — ist der mutigste Präsident, den die Vereinigten Staaten seit langen Jahren gehabt haben, und seine Botschaft über die Panamazölle wird die hohe Bewunderung noch steigern, die ihm in England entgegengetragen wird." In der Tat, Präsident Wilson setzt sich über die ihm entgegenstehende öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten ebenso souverän hinweg wie über die Mißbilligung, die seine mexikanische Politik in Europa — bis vor kurzem durfte man sagen, England mit eingeschlossen — gefunden hat. Auch ist uns das Verhalten Englands ganz verständlich. Die Frage der Panamazölle ist für England wie für jede seefahrende Nation von allerhöchster Bedeutung, und da England entschlossen ist, unter keinen Umständen eine mexikanische Expedition auf sich zu nehmen oder auch nur mitzumachen, die Vereinigten Staaten aber nicht intervenieren wollen, bleibt nichts übrig, als Zeit und Gelegenheit abzuwarten, um sich eine Sühne für die Ermordung Bentons zu schaffen. Daß die Nemesis den „General" Villa früher oder später treffen wird, kann aber mit Sicherheit angenommen werden.

14. März. Konstituierung des Ministeriums Salandra in Rom. Giolitti Minister des Auswärtigen.
15. März. Heiri-Bej wird zum Scheich ul Islam ernannt. Ermordung Calmettes durch Madame Caillaux.
18. März. Geburt des Erbprinzen von Braunschweig.
19. März. Deutschfeindliche Kundgebungen in Warschau.
25. März. Zusammenkunft Kaiser Wilhelms mit König Viktor Emanuel in Venedig.
26. März. Vertagung des japanischen Parlaments zum Dezember.
28. März. Der rumänische Thronfolger in Zarskoje Sselo.
30. März. Rücktritt des englischen Kriegsministers und des Generals French. Asquith übernimmt das Kriegsministerium.
2. April. Eröffnung der bulgarischen Sobranje.
3. April. Prinz Heinrich in Santiago de Chile. Der Franzose Degoise zum Organisator des türkischen Flugwesens ernannt. Carranza erobert Torreon.
4. April. Aufständische Epiroten nehmen Koritza ein. Konstituierung des ägyptischen Ministeriums Rudschi Pascha.
6. April. Alkoholverbot für die amerikanische Marine.
7. April. Annahme von Homerule in zweiter Lesung.
9. April. Glückliche Operation an König Gustav von Schweden.
15. April. Amerikanisches Ultimatum an den Kommandanten von Tampico.

---

15. April 1914.

In England, Frankreich, Rußland, den drei europäischen Staaten, in denen zurzeit die politischen Parteien sich am bittersten bekämpfen, haben die Ostertage eine Ruhepause erzwungen. Sie wird nur von kurzer Dauer sein. In England und Frankreich muß eine Entscheidung schon bald fallen, in Rußland wird sie sich voraussichtlich noch lange hinausziehen, aber während aller Wahrscheinlichkeit nach in England die Homerulefrage im Prinzip eine Lösung finden wird, die dem Programm der regierenden Partei entspricht, und in Frankreich das Ergebnis der Wahlen zeigen muß, ob der radikal-sozialistischen Partei oder der vereinigten Linken die Zukunft gehören soll, mehren sich die Anzeichen, daß in Rußland die Entscheidung darüber, ob das Reich in konstitutionellen Bahnen fortleben oder zu absolutistischen Formen zurückkehren wird, nicht anders als durch schwere innere Krisen gewonnen werden kann. Diese Fragen sind von außerordentlich weitreichender Bedeutung und verdienen daher wohl im Zusammenhang erwogen zu werden.

Man darf die Bedeutung der Entscheidung, vor der England steht, nicht unterschätzen. Es ist vom Standpunkt der Unionisten durchaus verständlich, daß sie sich mit Hand und Fuß gegen eine Homerule für Irland gesträubt haben und daß sie jetzt, wo es sich für sie doch nur um ein Rückzugsgefecht handeln kann, mit voller Energie dafür eintreten, unter allen Umständen eine Sonderstellung für Ulster zu behaupten. Man hat einige Tage hindurch glauben können, daß es darüber wirklich zu einem Bürgerkriege auf irischem Boden kommen könne, wobei jedoch nachdrücklich hervorzuheben ist, daß es nicht ein Krieg zwischen Iren und Engländern, sondern zwischen den von Carson organisierten englischen Ulsterleuten und den englischen Truppen der Regierung gewesen wäre. Dazu ist es glücklicherweise nicht gekommen. Man hat auf beiden Seiten demonstrieren, nicht schlagen wollen und war dann bemüht die Schwankungen dieser Kampagne parlamentarisch auszunützen. Trotz der „Mißverständnisse", die zum Rücktritt des Kriegsministers und einiger Generale führten, hat der Prime Minister Asquith mit außerordentlicher Geschicklichkeit seiner Partei alle Vorteile zu sichern gewußt. Das Unterhaus hat Homerule in dritter Lesung angenommen und wenn, wie wohl mit Bestimmtheit zu erwarten ist, das Haus der Lords bei seiner ablehnenden Haltung bleibt, wird der König Homerule in der Fassung, die Asquith ihm vorlegt, bestätigen. Aber freilich, es wird ein modifiziertes Homerule sein, über dessen endgültige Formulierung noch Verhandlungen zwischen Bonar Law, dem Führer der Unionisten, und Asquith stattfinden. Als sicher darf angenommen werden, daß es sich dabei darum handelt, für Ulster ein Provisorium zu schaffen, ohne daß dabei das Prinzip der Homerule für Irland aufgegeben wird. Über das „Wie" steht noch nichts fest, aber schon jetzt läßt sich erkennen, daß sehr weitgreifende Wandlungen bevorstehen und daß die Folge der ohne Zweifel bevorstehenden neuen Stellung Irlands auch ein neues England sein wird. Der „Economist" vom 11. d. M. faßt diesen sich allseitig aufdrängenden Gedanken folgendermaßen: Was immer in nächster Zukunft geschehen mag, unzweifelhaft hat im Unterhause der Gedanke Boden gewonnen, daß die schließliche Lösung in der Idee einer Föderation gefunden werden wird. (Whatever happens in the immediate future, there has undoubtedly arisen in the House of Commons a feeling that the solution of the problem will ultimately be found in the federal idea.) Es ist der unsern Lesern

bekannte Gedanke des „Home Rule all round", der England in seiner Verfassung der des Deutschen Reiches nähern würde und in seinen Konsequenzen, unsrer Meinung nach, nicht eine Minderung, sondern eine Festigung der Weltstellung Englands zur Folge haben würde. Es liegt ja auf der Hand, daß bei der Entwicklung, welche die großen englischen Kolonien genommen haben, das englische Parlament in seiner heutigen Verfassung keine volle Vertretung der Reichsinteressen darstellt, und, falls es dabei bleibt, der lockere Zusammenhang, der zwischen Mutterland und Kolonien besteht, unter Umständen gelöst werden könnte. Wir brauchen nur daran zu erinnern, daß, als 1908 die Flotte der Vereinigten Staaten ihren Besuch in Australien machte, solche Gedanken sehr laut zum Ausdrucke kamen, und auch auf amerikanischem Boden einen Widerhall fanden. Das sind jedoch Probleme, die noch ruhen, obgleich der Anspruch auf Vertretung in dem Reichsparlament bereits 1907 und noch weit nachdrücklicher in der Reichskonferenz, die im Mai 1911 in London tagte, zum Ausdruck kam. Er wurde damals zwar nicht aufrechterhalten, aber die Tatsache, daß die Vertreter der Dominien zur Beratung der Bedürfnisse zugezogen wurden, welche die Verteidigung des Reiches verlangte, war ein erstes großes Zugeständnis in dieser Richtung. Doch wie gesagt, diese Fragen sind nicht so aktuell wie die irische. Homerule für Irland hat, so weit möglich, ein säkulares Unrecht zu sühnen, das wohl durch nichts deutlicher belegt wird als durch die Tatsache, daß die Bevölkerung Irlands seit 1801 von $5^1/_2$ Millionen Einwohnern auf $4^1/_3$ Millionen zurückgegangen ist, während gleichzeitig Englands Bevölkerung von 9 Millionen auf 41 Millionen Köpfe stieg und England in diesem Zeitraume das reichste, Irland das ärmste Land Europas wurde. An diese Tatsachen erinnert in einem sehr beachtenswerten Interview, das er dem Korrespondenten der „Vossischen Zeitung" gewährte, Sir Roger Cosement, ein protestantischer Irländer, der zugleich mit aller Bestimmtheit die von seiten der Ulsterleute laut gewordene Befürchtung zurückweist, daß die überwiegende Zahl der Katholiken Irlands dem protestantischen Ulster gefährlich werden könnte. Sir Rogers Ausführungen, von denen wir wünschten, daß sie von der englischen Presse nicht unbeachtet bleiben, gipfeln in dem Worte: „Wollte Großbritannien heute noch die ganze Frage so auffassen, wie sie Preußen in der Einigung mit den andern Bundesstaaten auffaßte, dann wäre die Lösung gefunden. Dann gäbe

es eine wirkliche Union zwischen den beiden Inseln und eine internationale Union zwischen allen Klassen des irischen Volkes. Ich meine, die irische Krone, die jetzt nur dem Namen nach besteht, sollte wieder Tatsache werden. Und anstatt eines Vizekönigs von Irland in Gestalt eines Strohmannes sollten wir in Dublin einen Prinzen des Königlichen Hauses haben." Und auf die Frage: In andern Worten — einen König von Irland? „Jawohl, einen König von Irland in Dublin und einen Kaiser der Vereinigten Inseln in London!" Das mag bei der bedächtigen Art, mit der England an der Entwicklung seiner Verfassung arbeitet, in London noch unerträglich scheinen. Vielleicht ist es jedoch das wirksamste Mittel, um die Gesamtheit des britischen Reiches dauernd zusammenzuhalten. König Georg ist heute nur Kaiser für Indien. Als Königin Viktoria den Titel annahm, hatte man in England Bedenken, ihn weiter auszudehnen. Aber seither hat die Welt ein anderes Aussehen gewonnen, und was damals gegen den Kaisertitel sprach, ist heute kaum noch verständlich. Doch das sind so speziell englische Fragen, daß wir sie füglich nicht zu erörtern brauchen. Wohl aber sind auch wir daran interessiert, daß ein zufriedenes Irland neben und mit England zu weiterer Förderung unserer freundschaftlichen Beziehungen zu Großbritannien beiträgt, deren Aufrechterhaltung und Stärkung wir für eine der wichtigsten Fragen der Gegenwart und Zukunft halten.

Das Charakteristische an den politischen Kämpfen, die sich jetzt in Frankreich abspielen, ist wohl, daß sich in keinem Fall erkennen läßt, wo es Prinzipien- und wo es Personenfragen sind, die sich bekämpfen. Die führenden Persönlichkeiten haben zudem so viele politische Wandlungen durchgemacht, man denke nur an die Laufbahn von Briand, daß es schwer fällt, an Überzeugungen zu glauben, wo Interessenfragen im Vordergrunde stehen. Im wesentlichen sind es auch hier zwei Gruppen, die Fédération républicaine, in Wirklichkeit die Partei Poincarés, und der Parti de Pau, d. h. die radikalsozialistische Föderation, in Wirklichkeit die Partei Caillaux', die jetzt infolge der Ermordung Calmettes ihr Haupt verloren hat und von Doumergue geleitet wird. Beide Gruppen haben ihre Wahlaufrufe erlassen und alles Interesse konzentriert sich nunmehr auf die Wahlagitation. Aber es ist erstaunlich, mit welcher Skepsis und mit welcher Geringschätzung über die Wähler und über die künftigen Abgeordneten geurteilt wird, die aller Wahrscheinlichkeit nach am 26. April als Vertreter der Nation in die neue Kammer ein-

treten werden. Die „Débats" meinen, daß die Abgeordneten für alles zu haben seien, was ihre Führer von ihnen verlangen. So sei es allezeit in der letzten Kammer gewesen. Von der neuen Kammer heißt es, „elle vaudra ce que vaudront ses chefs... Si elle sera dirigée par un gouvernement véritable, elle sera quelque chose. Si non, qui peut dire à quelles extrémités elle nous conduira? Nous n'entrons pas dans des temps calmes." Oder anders formuliert: Wenn ihr nicht dafür Sorge tragt, daß aus der Kammer ein Ministerium unsrer Farbe hervorgeht, ist das Schlimmste zu fürchten, denn die Zeichen deuten auf Sturm. Daß es mit dem Regierungssystem, welches, abgesehen von der kurzen Episode der Ministerien Poincaré und Briand, seit 1899 resp. 1906 das herrschende war, nicht weitergehen könne, ohne daß Frankreich und die Republik zugrunde gerichtet würden, führt Herr Hanotaux in der „Revue Hebdomadaire" aus. Er meint, daß, wenn die neue Kammer der alten gleiche, nichts übrig bleibe, als eine Assemblée constituante zur Revision der Verfassung zu berufen, was allerdings ein radikales Mittel wäre, aber zugleich ein höchst gefährliches, da kein Mensch vorhersagen kann, welche Beschlüsse aus einer auf Grund des allgemeinen Wahlrechts zusammentretenden konstituierenden Versammlung hervorgehen würden. Vielleicht solche, die weder Herrn Hanotaux noch Herrn Poincaré gefallen würden. Auch weist das „Journal des Débats" den Vorschlag mißtrauisch zurück. Es traut dem souveränen Volke noch weniger als einer Kammer, die sich, wie wir sehen, vielleicht durch geschickte Führer zu gutem Ende leiten läßt; Herrn Hanotaux aber wirft das „Journal des Débats" in nicht mißzuverstehender Weise persönlichen Ehrgeiz vor. „M. Hanotaux dont la tête et le cœur sont si pleins d'avenir." Er gehört nicht zur Gruppe um Poincaré, wohl aber zu den Persönlichkeiten, die das heutige Frankreich nicht aufkommen läßt. Der „Eclair" macht für eine Broschüre Reklame, die unter dem Titel „La faillite des Radicaillaux. Leur Bilan" erschienen ist und den genialen Gedanken gehabt hat, sich an Leute zu wenden, die nicht die Zeit haben, längere Ausführungen zu lesen. Sie bringt deshalb auf jeder Seite nur einen lapidar gefaßten Satz. So z. B.: Sie haben das Budget 1911 sieben Monate zu spät, 1912 zwei Monate, 1913 sieben Monate zu spät votiert. Das Budget 1914 ist noch immer nicht votiert. Sie haben uns ein Defizit von einer Milliarde 800 Millionen besorgt! usw. Offenbar ist damit ein vorzügliches Programm für Volksredner

und Wahlpropaganda geliefert worden. Der Wahlaufruf der Radikalsozialisten ist unterzeichnet vom comité exécutif und legt den Hauptnachdruck auf Schutz der Laienschule und progressive Einkommensteuer, verspricht aber nebenher ein Füllhorn von wohltätigen sozialen Reformen für Stadt und Land, Sparsamkeit, Schutz der Würde Frankreichs, Sicherung seiner Grenzen und eine Politik „d'expansion nationale", die zugleich den Interessen Frankreichs und dem Frieden dienen werde. Kurz, es fehlt nichts, was ein guter Sohn Frankreichs wünschen könnte, und die Spitzen des Aufrufs gelten nur dem Klerus, der unablässigen Propaganda der römischen Partei und denjenigen, die aus Egoismus oder aus Furcht sich der progressiven Einkommensteuer entziehen möchten. Die dreijährige Dienstzeit wird nicht ausdrücklich erwähnt, wohl aber die Bereitwilligkeit erklärt, alle Opfer zu tragen, welche die Verteidigung des Vaterlandes verlange.

Hilfstruppen der Radikalsozialisten sind die Freimaurer, die Fédération républicaine und die mächtig aufstrebende klerikale Partei. In vorsichtiger Fassung kommt der vordringende Einfluß der letzteren auch in dem Wahlmanifest der Fédération zum Ausdruck. Es wird ehrliche Gewissensfreiheit versprochen und ausdrücklich hervorgehoben, daß der bürgerliche Friede nicht denkbar sei ohne religiösen Frieden. Eine Versicherung, den Frieden nach außen zu wahren, bringt das Manifest nicht, dagegen kündigt es eine Verfassungsänderung an durch Begründung einer cour suprême, die der Omnipotenz des Parlaments Schranken setzen solle, und Teilnahme des Staatsrats an Ausarbeitung der Gesetze, was dem gleichen Ziele zu dienen bestimmt sei. Die Einleitung charakterisiert die Zustände, wie sie seit 1899 bestehen, als mit Waldeck-Rousseau die Radikalen und Radikalsozialisten aufkamen, folgendermaßen: „Überall Unordnung, nirgends Ordnung, kolossale Ausgaben, gefährdete Hilfsquellen, ein verworrenes fiskalisches System, kein Budget, ein Leben von heute auf morgen, und was für ein Leben! Ein Durcheinander der Staatsgewalten, eine Art zerfahrener Anarchie, langsamer Zersetzung." Das Bild ist nicht eben anziehend, aber wir glauben, daß es ganz zutreffend entworfen ist. Nun liegt uns die Weltanschauung der Männer, aus deren Mitte dieser Aufruf hervorgegangen ist, zwar unendlich viel näher, als die der Radikalsozialisten, dennoch können wir den Sieg der ersteren nicht wünschen. Die Partei Briand-Delcassé- (denn auch er muß wieder genannt werden) Poincaré ist es,

die durch ihre Politik die Unsicherheit der europäischen Lage, wie sie heute ohne Zweifel besteht, verschuldet. Von den Radikalsozialisten können wir erwarten, daß sie keinen Krieg provozieren werden, und deshalb gönnen wir ihnen den Erfolg, den sie wünschen. Daß auch die Fragen der auswärtigen Politik Frankreichs in der Wahlkampagne mitspielen würden, ließ sich vorhersehen und von seiten der Nationalisten, die in diesem Falle mit der Partei Poincaré zu identifizieren sind, werden große Hoffnungen auf den bevorstehenden Besuch König Georgs in Paris gesetzt, von dem eine Wandlung der Tripelentente in eine russisch-englisch-französische Tripelallianz erwartet wird. Der Pariser Korrespondent des „Manchester Guardian" schreibt jedoch bei diesem Anlaß:

„Von Zeit zu Zeit gibt es hier ein Gerede von Wandlung der Tripelentente in eine Allianz und Lord Escher, der kürzlich in der Sorbonne sprach, befürwortete eine Tripelallianz zwischen England, Frankreich und Rußland als Mittel, den Frieden zu sichern. Es ist nicht die Ansicht der Friedensfreunde in Frankreich, daß eine derartige Allianz diese Wirkung haben würde, noch daß sie aus irgend welchem Grunde zu wünschen sei. Die Fürsprecher einer englisch-französischen Allianz (die notwendig zu einem neuen Dreibunde führen müßte) sind die Nationalisten und Chauvinisten. Ein großer Teil der öffentlichen Meinung Frankreichs ist jetzt gegen die russische Allianz gestimmt, die Frankreich so ungeheure Summen Geldes gekostet hat, dazu die dreijährige Dienstpflicht, ohne entsprechende Vorteile zu bringen, und die mehr als einmal das Land der Gefahr eines Krieges ausgesetzt hat. Die schamlosen (impudent) Drohungen der russischen Regierung in Hinblick auf die dreijährige Dienstpflicht, deren Medium neuerdings der „Matin" war, sind nicht angetan, die Allianz bei den Franzosen populär zu machen die sich selbst achten und den Wunsch der Berufspatrioten nicht teilen die Frankreich zu einer russischen Provinz machen wollen. Es ist der aufrichtige Glaube aller echten Friedensfreunde Frankreichs, daß die einzige Methode, den Frieden zu sichern, eine Verständigung zwischen England, Frankreich und Deutschland sei und deshalb bewillkommnen sie eine engere Freundschaft zwischen England und Frankreich."

Vortrefflich, wenn sich diese Friedensfreunde stärker zeigen als die Nationalisten und Chauvinisten. Leider haben bisher noch immer die letzteren die Führung gehabt!

Wir kommen nun zu Rußland, dessen Lage nach meiner Ansicht

die ist, daß sich nach innen wie nach außen ein merkwürdiger Parallelismus mit den Verhältnissen zeigt, die dem russisch-japanischen Kriege vorausgingen. Wie damals wünscht Kaiser Nikolaus II. den Frieden zu erhalten und ihn durch den Druck großartiger Rüstungen in einer für Rußland vorteilhaften Weise zu erzwingen. Wie damals geht diesen Vorbereitungen eine reaktionäre Politik im Innern von stark nationalistischer Färbung zur Seite und eine erbitternde religiöse Intoleranz, die sich mit mystischem Treiben, das hoch hinaufreicht, verbindet. Wie damals wird von einer kleinen, aber einflußreichen Gruppe in der Presse gleichzeitig auf eine Aktion gegen Deutschland und gegen den fernen Osten hingearbeitet. Die Entscheidung fiel 1904 gegen den Willen des Kaisers für den Krieg gegen Japan, mit welchem Erfolge und mit welchen Rückwirkungen auf das europäische Rußland, braucht nicht ausgeführt zu werden. Wohin das Treiben führen wird, das heute die russische Politik kennzeichnet, vermag wohl niemand vorherzusehen, aber es ist in höchstem Grade beunruhigend. Die sehr bedeutende Vermehrung der russischen Armee soll nicht ausdrücklich hervorgehoben werden; sie ist von fachmännischer Seite in der „Kreuz-Zeitung" sorgfältig verfolgt worden und kombiniert sich mit den korrespondierenden Maßregeln Frankreichs die, wie bekannt ist, auf genaue Vereinbarungen der beiden verbündeten Mächte zurückgehen. Auch das ist bekannt, daß Rußland auf Verlangen Frankreichs zur deutschen und zur österreichischen Grenze führende strategische Bahnen zu bauen verpflichtet worden ist. Diesen Vorbereitungen geht der Ausbau der Kriegshäfen am Baltischen Meer parallel. Die Duma hat am 10. April zu diesem Zweck 10 033 520 Rubel bewilligt und für den Bau von Kriegsschiffen 77 750 549 Rubel. Die Arbeit am Kriegshafen von Reval aber hat schon längst begonnen und ist darauf angelegt, eine Festung ersten Ranges in möglichst kurzer Zeit zu schaffen. Ebenso werden in Finnland Truppen konzentriert und Befestigungen angelegt, was, wie bekannt ist, in Schweden keine geringe Beunruhigung hervorgerufen hat. Diese Maßregeln sind auf die Partei zurückzuführen, welche die nächste Aufgabe Rußlands in der Erwerbung einer hegemonischen Stellung über die slawische Welt Europas erblickt und deshalb in Österreich und dem Österreich verbündeten Deutschland den eigentlichen Gegner erblickt. Die Agitation unter den Ruthenen Ungarns geht auf diese Motive zurück und wurde mit Recht sehr ernst genommen, nur ist man leider der vornehmsten Agenten

des Grafen Bobrinski nicht mächtig geworden, aber welche Mittel benutzt wurden, um die armen ruthenischen Bauern zu betören, mag folgendes Zitat aus einer der bei ihnen gefundenen Flugschriften zeigen: „Der russische Zar ist zornig über eueren Kaiser. Er wird bald alle ungarischen Gebiete erobern, in denen Ruthenen leben. Ihr müßt euch sogleich der russisch-orthodoxen Kirche anschließen, denn wenn der Zar ins Land kommt, wird er die Ruthenen, die den rechten Glauben angenommen haben, rechts aufstellen und die katholischen Ruthenen links, und den ersteren befehlen, die andern zu erschießen!" Dabei wird das Kleinrussische, das mit dem Ruthenischen fast identisch ist, in Rußland so streng verfolgt, daß die Zentenarfeier des kleinrussischen Dichters Schewtschenko untersagt wurde, was bekanntlich zu den Unruhen in Kiew führte, über welche der Abgeordnete Miljukow die Regierung in der Duma interpellierte. Auch das gehört in diesen Zusammenhang, daß der bekannte Slawist Professor Baudouin de Courtenay für ein von ihm 1912 veröffentlichtes Buch über „Nationale und territoriale Charakteristik der Autonomie" zu zwei Jahren Haft verurteilt wurde, weil er für Kleinrußlands Autonomie eintrat. Die vielbesprochene Sitzung des Ministerrats im Winterpalais am 25. Februar, deren Folge das Reskript des Zaren vom 19. März an den Ministerpräsidenten Goremykin war, ist ohne jede praktische Wirkung geblieben, vielmehr das Verhältnis zwischen der Duma und der Regierung schlechter als je, wie an der Debatte über die Lena-Interpellation und an der Niederlage der Regierung in der Frage der Senatsreform zutage trat. Ebenso wenig ist die vom Zaren verlangte Einmütigkeit im Kabinett hergestellt worden. Es ist gewiß sehr bezeichnend, daß ein so monarchisch gesinnter Konservativer, wie der alte Fürst Meschtscherski, sich in jeder Nummer seines „Graschdanin" in immer schärferer Sprache gegen das Treiben der Nationalisten wendet, von dem er wörtlich sagt: „Sie sind schlimmer als die Huligans und Revolutionäre, weil sie unter den Klängen der Nationalhymne und mit der Maske falscher Ergebenheit für den Thron Rußland zugrunde richten, und bei diesem Treiben werden sie von Mitgliedern der Regierung unterstützt." Im „Graschdanin" ist kürzlich ein offener Brief an den Gouverneur von Kursk, Muratow, veröffentlicht worden, in dem es heißt: „Ew. Exzellenz, ich wende mich an Sie als an die bestbekannte schlagfertigste und energischste Verkörperung des Hasses gegen die fremden Rassen im allgemeinen und gegen die

Juden im besondern. Ich bitte Sie, sich diese Frage zu stellen: Glauben Sie wirklich, daß Sie eine glänzende Karriere auf Tränen, Kummer und Verzweiflung derjenigen begründen, denen Sie so häufig und so oft ohne jeden Anlaß Unrecht tun, und indem Sie Haß zum Leitmotiv der Politik machen, die Sie als Vertreter des Zaren in Ihrer Provinz verfolgen? Uns ergebenen Dienern des Zaren scheint es, daß Sie einen falschen Weg einschlagen, denn wir glauben, daß der Zar sein Volk mit einer Seele regiert, die nach Gerechtigkeit, Wahrheit und Barmherzigkeit für all seine Untertanen dürstet. . . ." Der Brief ist unterzeichnet „Ein Russe". Aber selbst, wenn es ein „fremder Russe" oder gar ein Jude wäre, verdient es besondere Beachtung, daß er im „Graschdanin" abgedruckt wurde. Vielleicht kommt er dort dem Zaren zu Gesicht, und vielleicht, aber nicht wahrscheinlich, wird Gouverneur Muratow über sein Treiben Rechenschaft zu geben haben.

Über die letzten Unruhen in Petersburg liegen jetzt ausführliche Berichte vor. Seit dem 20. März streikten die Arbeiter einiger Petersburger Fabriken, erst 5000, dann 10 000 Mann; als Ursache gaben sie die Maßregelungen, welche die Arbeiterpresse seit Monaten treffen, und andere nicht wirtschaftliche, sondern politische Gründe an. Am 26. März, als die Interpellation in der Lena-Affäre von dem Gehilfen des Ministers des Innern so beantwortet wurde, daß alles Unrecht den Arbeitern zugewiesen wurde, stieg die Zahl der Streikenden auf 70 000, und nun schlossen sich erst die Studenten des Polytechnikums, dann die der Ackerbauschule, des Forstinstituts und des Instituts für weibliche Mediziner an. Am 27. März erklärten alle Studenten der Universität und mehrere Spezialschulen für Frauen einen 24 stündigen Ausstand, wobei das Charakteristische nicht in der Tatsache dieser im Grunde unbedeutenden Arbeitseinstellungen liegt, sondern wiederum darin, daß wir hier dasselbe Zusammenstehen von Arbeitern und Studenten wiederfinden, welches die Zeit vor den großen Erschütterungen des Jahres 1904 kennzeichnet. Die Arbeiterschaft Rußlands aber ist heute sozialdemokratisch organisiert, was sie zur Zeit der russischen Revolution noch nicht war.

Man hört wiederum viel vom Grafen Witte reden, und es heißt, daß der neue Finanzminister Bark bald zurücktreten werde. Überhaupt ist die Luft voller Gerüchte. Der Handelsminister Timaschew und Herr Ssasonow würden gleichfalls ihre Posten aufgeben, dagegen sei die

Ersetzung Goremykins durch Kriwoschëin hinausgeschoben, auch ist viel die Rede von einem geheimen (!) Memoir, das Baron Rosen, der ehemalige Gesandte in Tokio, dem Zaren eingereicht habe, um nachzuweisen, daß eine slawische Politik, die Rußland in Konflikt mit dem Abendlande bringen müsse, gefährlich sei, während die wahre Aufgabe Rußlands im Osten, d. h. in Persien, der Mongolei und Mandschurei, liege. Als Vorbedingung zur Erreichung dieses Zieles schlage Rosen eine Verständigung mit Deutschland an Stelle der Allianz mit Frankreich und eine Entente mit England vor. Tatsache ist jedenfalls, daß der Plan einer Eisenbahn, die von Urga nach Peking führen soll, sehr ernsthaft erwogen wird.

Die Gesamtlage im Innern aber charakterisiert, nach einer Wiedergabe des „Temps", die „Rjetsch" folgendermaßen: Offenbar will man verhüten, daß wir uns naiven Illusionen hingeben. Der Reichsrat verlegt noch immer, wie der Drachen der Legende, den Weg zu Reformen, und der Ministerpräsident hat seine Stellung zu diesen Reformen dadurch gekennzeichnet, daß er in den Reichsrat ging, um gegen einen von der Duma angenommenen Antrag zu stimmen.

Das war geschehen, um den Träumen der Optimisten, die durch die Erfahrungen der letzten Zeit noch nicht enttäuscht waren, ein Ende zu machen, und sie davon zu überzeugen, daß es auch von der Zeit nach Kokowtzew heißen müsse: „plus cela change, plus c'est même chose." So schließt der „Temps" sein modifiziertes Zitat aus der „Rjetsch".

17. April. Präsident Huerta nimmt das amerikanische Ultimatum bedingt an.
18. April. v. Dallwitz zum Statthalter von Elsaß-Lothringen ernannt. Neues Ultimatum Amerikas an Huerta.
20. April. Erkrankung Kaiser Franz Josephs.
21. April. König Georg V. und Gemahlin in Paris.
22. April. Die Amerikaner besetzen Veracruz.

---

22. April 1914.

Die mexikanische Frage ist in akutester Form in den Vordergrund der politischen Probleme gerückt. Die Carnegie-Vereinigung, die durch ihren Vorsitzenden Nikolas Murray Butler in glücklichster Weise auf den Präsidenten Wilson bei Lösung der Panamakanalfrage und wahrscheinlich auch bei Regelung des Kolumbiakonflikts eingewirkt hatte, hat offenbar mit ihren auf Wahrung des Friedens gerichteten Bestrebungen in der mexikanischen Frage eine völlige Niederlage zu verzeichnen, und so wie die Dinge zur Stunde liegen, scheint ein mexikanisch-amerikanischer Krieg ganz unvermeidlich. In Beurteilung der Berechtigung dieses Krieges stehen die öffentliche Meinung Europas und Amerikas in schroffem Gegensatz einander gegenüber. Zwar haben die drei europäischen Großmächte, die an dem Problem meist interessiert sind, England, Frankreich und Deutschland, der Regierung in Washington keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie zum Entschluß gekommen sind, nicht direkt in diese für alle drei Mächte mit großen Verlusten verbundenen Händel einzugreifen, sicher ist jedoch, daß sie der Politik des Präsidenten Wilson Schuld geben, den Konflikt veranlaßt und so geschärft zu haben, daß er in eine blutige, unzählbare Kulturwerte zerstörende Katastrophe ausmünden mußte. Am schärfsten wendet sich die französische Presse gegen Wilson. So schreibt, um ein Beispiel von vielen anzuführen, das „Journal des Débats": „Seit Mitte vorigen Jahrhunderts haben die Vereinigten Staaten Mexiko niemals gestattet, sich zu entwickeln, noch auch in Freiheit zu leben. . . . Die Vereinigten Staaten waren es, die Juarez gegen Maximilian antrieben; auf sie stützte sich Juarez als

Sieger, unter ihrem Schutz hat Porfirio Diaz 35 Jahre lang eine wahre Diktatur ausgeübt, und unter der Ära „Don Porfirio" gingen die großen Konzessionen, Unternehmungen, Eisenbahnen und Minen in amerikanische Hände über oder wurden von ihnen geleitet.... Aber 1908 kam es zu Weiterungen zwischen Washington und Mexiko. Porfirio Diaz nahm den Präsidenten von Nicaragua „Alaya" auf, den die Vereinigten Staaten gestürzt hatten, um einen gefälligen Mann an die Stelle zu setzen, die darüber wachen sollte, daß niemals ein Nicaragua-Kanal gebaut werde, der Panama konkurrieren könnte. Als dann 1910 die großen Petroleumlager in Mexiko entdeckt wurden, verlieh Don Porfirio die vornehmsten Konzessionen der englischen Pearson Compagnie, was die Wut der Standard Oil erregte. Etwas später weigerte sich der Diktator, den sonderbaren Kontrakt zu erneuern, der den Kriegsschiffen der Vereinigten Staaten gestattete, Schießübungen in der Magdalenenbai zu veranstalten — was der Anfang zur Besitznahme eines kostbaren Stützpunktes wurde, der für die mit Beaufsichtigung des Panamakanals beauftragten amerikanischen Flotten bestimmt war. Endlich erhielt um dieselbe Zeit eine englische Gesellschaft die Konzession zum Bau einer Eisenbahn durch den Isthmus von Tehuantepek und zu den Häfen an beiden Enden des Isthmus. Heute ist diese Bahn vollendet und kann Waren von einem Ozean zum andern für 1 Peso 20 Centavos die Tonne transportieren, was nach dem Tarif, der für den Panamakanal bestimmt ist, 1 Dollar 20 Cents kosten würde. Das ist die große Beschwerde der Vereinigten Staaten gegen Mexiko und gegen den Präsidenten Huerta; die Tampico-Affäre ist nichts als ein elender Vorwand. Die Vereinigten Staaten haben Madero gegen Porfirio aufgestellt; heute unterstützen sie Carranza und Villa gegen Huerta. Da er nicht so rasch fällt, wie sie wünschen, wollen sie seinen Sturz beschleunigen. Wenn Präsident Wilson zugunsten der „Konstitutionalisten" juristische und humanitäre Erwägungen ins Feld führt, kann man dies nicht ernst nehmen. Die „Generale" Carranza und Villa sind nur Abenteurer, die ihre Gefangenen hinrichten oder verbrennen. Sie sind unzweifelhaft weniger berechtigt als Huerta und weit barbarischer. Man zieht sie in Washington vor, weil man glaubt, sich ihrer bedienen zu können. Aber diese Kämpfe sind verderblich für Mexiko und für die dort begründeten großen Interessen. Die Vereinigten Staaten haben eine große Verantwortlichkeit vor der Welt auf sich genommen." Andere

französische Blätter drücken sich noch schärfer aus, während England begreiflicherweise weit zurückhaltender ist, aber durch seine Presse darauf hinweist, daß die Vereinigten Staaten die Ermordung des Engländers Mr. Benton mit sehr viel mehr Gleichmut hingenommen hätten als die doch nur symbolische Verletzung der Würde Amerikas in der Tampicoaffäre. Dasselbe läßt sich wohl von dem Streit über die Salutschüsse sagen, dem eine amtliche Entschuldigung vorausgegangen war, mit der jede andere Regierung sich zufrieden gegeben hätte. Auch wird auf den Revers der Monroedoktrin hingewiesen, der den Vereinigten Staaten doch die Pflicht auferlege, das Gut derjenigen zu schützen, denen sie die Selbsthilfe versagen wollen. Heute, da fast die gesamte amerikanische Flotte vor den mexikanischen Häfen liegt, ist es sehr wohl möglich, daß diese Häfen: Tampico, Veracruz, Puerto Mexiko, Salinacruz, Mazatlan usw., durch Bombardement zur Übergabe genötigt werden, weit schwieriger aber würde es sein, sie zu behaupten und fast unmöglich, das Land mit der schwachen amerikanischen Armee zu unterwerfen. Wir halten es keinesfalls für ausgeschlossen, daß im Falle des Einrückens amerikanischer Truppen der allgemeine Haß gegen diese Fremden Villa und Carranza nötigt, sich mit Huerta zu vergleichen und daß dieser sich ihnen versöhnlich zeigt. Dann aber würde es zu einem Rassenkrieg kommen mit allen daran geknüpften Greueln, deren Proben wir bereits in dem wilden Treiben und den Unmenschlichkeiten der Carranzisten und Villisten kennen gelernt haben.

Der „Economist" beurteilt die Lage, wie sie durch den Streit über das Salutieren geschaffen wurde, folgendermaßen: „Die Sendung eines Geschwaders, um das Salutieren zu erzwingen, wird den Vereinigten Staaten wahrscheinlich 10 bis 20 Millionen Dollar kosten, und, falls es zu keiner Verständigung kommt, weitere 1000 (!) Mill. Dollar, d. h. soviel, wie der Burenkrieg den Steuerzahlern Englands kostete. Wahrscheinlich ist ebensoviel amerikanisches Kapital wie britisches in Brasilien angelegt, und der Guerillakrieg hat bereits zum Verlust mehrerer Leben und zu ungeheuerem Verlust an Eigentum und Einkommen amerikanischer Bürger geführt. Aber die Pazifizierung Mexikos durch eine Invasion würde diese Verluste nicht einbringen, sondern vielmehr notwendig weitere Zerstörung von Eigentum in gigantischem Umfange zur Folge haben. Eine Invasion Mexikos würde wohl 100 000 Mann fordern, und auch das dürfte kaum genügen, um alle Eisenbahnen

zu beherrschen und die wichtigsten Städte zu besetzen. Kenner Mexikos glauben, daß eine amerikanische Invasion auf nationalen Widerstand stoßen würde, und daß die jetzt gegen Huerta fechtenden Guerillascharen sich ihm gegen den gemeinsamen Feind anschließen würden.... Das Richtige wäre, so schließt der „Economist", wenn die Vereinigten Staaten sich Huerta anschließen wollten, um die Ordnung herzustellen, unter der Bedingung, daß nach Verlauf bestimmter Zeit ein Reformprogramm durchgeführt und Neuwahlen gemacht würden." Auch wir glauben, daß dieser Vorschlag das Zweckmäßigste anrät, aber wie läßt sich darauf rechnen, daß Präsident Wilson sich dazu verstehen wird?

Man darf wohl hoffen, daß ein andrer unnötiger und frivoler Krieg, der sich wiederum auf der Balkanhalbinsel vorzubereiten droht, dank dem Zusammenstehen der großen Mächte in seinen Anfängen erstickt wird. Wir denken dabei weniger an die Frage des Dodekanes und der andern strittigen Inseln, da zwischen den beiden großen politischen Gruppen darüber eine freundschaftliche Verständigung unmittelbar bevorzustehen scheint, und die Beratungen in Abbazia das volle Einvernehmen der Dreibundmächte aufs Neue bestätigt haben, als an die epirotische Frage. Die Bewegung in Epirus, für welche die Verantwortung mit voller Bestimmtheit von Griechenland abgeschüttelt wird, die aber zum großen Teil von Freiwilligen, die der griechischen Armee angehört haben, geführt wird, ist eben deshalb schwer einzudämmen, zumal Albanien erst in den Anfängen einer militärischen Organisation steht und Fürst Wilhelm daher nicht in der Lage ist, eine Eroberung dieser albanischen Provinz schon jetzt vorzunehmen. Daß beide Teile, Epiroten und Albaner, einander die schlimmsten Missetaten vorwerfen und jeden Frevel dem andern Teil zuweisen, gehört zum Charakter der Balkanwirren, wie wir sie seit Jahr und Tag kennen gelernt haben, und mag eine natürliche Folge der Verwilderung sein, die Kriege zur Folge haben, in denen politische Gegensätze durch Rassenhaß vergiftet werden. Unnötig und frivol sind die Angriffe der Epiroten, weil darüber kein Zweifel sein kann, daß Albanien die Grenzen behalten wird, die ihm von den Mächten garantiert worden sind. Ein Symptom für einen friedlichen Verlauf dieser Krise bietet eine aus Bukarest stammende Nachricht über die Forderungen der Epiroten. Sie verlangen: 1. einen Generalgouverneur griechisch-orthodoxer Konfession. 2. Daß die Gouverneure und Gerichtspräsidenten von Kelonia, Koritza, Premeti,

Argyrokastro und Delorko ebenfalls orthodox seien; die Subalternbeamten könnten Muselmänner sein. 3. Daß das Griechische offizielle und Gerichtssprache sei, selbst in Fragen, welche die Muselmänner interessieren. 4. Daß das Griechische obligatorische Schulsprache sei, während das Albanische nur fakultativ unterrichtet werden solle. 5. Das Griechische soll Kirchensprache sein. 6. Man wird eine lokale Gendarmerie schaffen, die nicht durch Albaner ersetzt werden darf. 7. Die Epiroten werden selbst im Kriegsfalle nicht zum Militärdienst verpflichtet sein. 8. Das soll auch für die Muselmänner gelten. 9. Religions- und Schulfreiheit der Griechen soll auch für Valona und Durazzo gelten. 10. Santi-Quaranto und Chimarra werden Freihäfen.

Nun liegt zwar auf der Hand, daß dieses Programm mehr verlangt, als ein Fürst von Albanien gewähren kann, aber es ist ein Programm, über das sich verhandeln läßt, und das, hoffen wir, wird mit Erfolg geschehen. Ob die Nachricht von neuen serbisch-bulgarischen Kämpfen sich bestätigt, wollen wir abwarten. Wahrscheinlich ist es nicht, da es kein Geheimnis ist, daß Rußland mit großem Nachdruck an einer serbisch-bulgarischen Versöhnung arbeitet, um das alte Ideal seiner Politik, die Herstellung eines Balkanbundes unter russischem Protektorat, zu verwirklichen. Gegen wen dieser Bund dann seine Spitze zu richten hätte, gegen die Türkei oder gegen Österreich, ist wohl nur in Petersburg bekannt.

Über die Krisis in Frankreich bringt die „Nowoje Wremja" eine höchst amüsante Pariser Korrespondenz von dem Historiker Waliszewski, unter der Überschrift „Splitter und Balken" wobei der letztere in Deutschland die Krupp- und in England die Marconi-Affäre sein soll, während als Splitter die vielen Affären bezeichnet werden, um die sich jetzt die französische Politik erregt. Herr Waliszewski hat gewettet, daß Madame Caillaux freigesprochen und Herr Caillaux wieder Minister werden würde, und es ist nicht unmöglich, daß er recht behält, vielleicht auch mit seiner Annahme, daß sogar Rochette einer Rehabilitierung entgegenzusehen habe. Er teilt auch das sogenannte „grüne Dokument" mit, das aus politischen Gründen geheimgehalten wurde: eine aufgefangene chiffrierte deutsche Depesche aus den Agadirtagen, in der angeblich gesagt war: „Machen Sie sich keine Sorgen wegen de Selves (der damals fiel), wir werden mehr von Caillaux erhalten." Am interessantesten sind aber seine Urteile über die französische Kammer und über die in der Calmette-Caillaux-Angelegenheit niedergesetzte

Untersuchungskommission. Über die erstere schreibt er: „O, diese 600 Abgeordneten, die nur an ihre Wiederwahl und an ihr Deputiertengehalt denken, die zu allem bereit sind, auch wirklich vor nichts zurückschrecken — und es ganz offen, zynisch, schamlos und frech tun! Sie haben das Budget entwendet, die Finanzen geplündert, den Kredit zerstört und sind selbst nicht vor der letzten Schmach zurückgeschreckt, indem sie eine Zuschlagsprämie den Vergiftern des Volkes votiert haben, dessen Interessen zu vertreten sie berufen sind. Mag die Gesundheit des Volkes untergehen und die Zukunft der folgenden Generationen, ganz Frankreich dem Teufel verfallen, wenn nur sie ihre 15 000 Franken behalten." Von der parlamentarischen Kommission aber heißt es: „Hier in der Kommission verfiel sogar das Gewissen und der Verstand derjenigen, von denen man Besseres erwarten durfte, der allgemeinen Verfinsterung. Jaurès und seine Freunde, diese als Richter fungierenden Marktschreier, erschienen in Wirklichkeit vor Gericht als Mitschuldige der Angeklagten. Sie taten, was sich von ihnen erwarten ließ. Aber Delahaye und Barrès! Der erste verstand nur am Schluß zu protestieren und verließ die Sitzung, indem er die Tür zuwarf. Der andre tat die ganze Zeit über den Mund nicht auf und beschäftigte sich während der Verhandlung nur damit, Notizen in sein Taschenbuch einzutragen als Material für die Artikel, die er nach jeder Sitzung im „Echo de Paris" veröffentlichte. Sie alle, die Unglücklichen, arbeiteten nur für die Zeitungen. Sie sind nicht Richter, sondern Skribenten, die für jede Zeile ein freigiebiges Honorar erhalten." Übrigens urteilen die französischen Blätter mit nicht minderem Hohn, natürlich nach ihrem Parteistandpunkt, über Personen und Verhalten der Gegenpartei. „Wir hatten nicht die Absicht, die unzähligen Sophismen, Aufschneidereien und Lügen zu kritisieren und zu widerlegen, die alle Mauern der Gemeinden Frankreichs bedecken. Aber wenn die Verwegenheiten zu schamlos sind ..." usw. folgt der Wahlaufruf Caillaux', der sich wirklich um eine Wiederwahl bemüht. Das war die Stimme des „Eclair"; die übrigen variieren das gleiche Thema, und aus den professions de foi der Kandidaten, die übrigens ungewöhnlich zahlreich sind, klingt uns dieselbe Herabsetzung der Konkurrenten entgegen. Man wird an amerikanische Wahlen erinnert. Welches das endliche Ergebnis sein wird, ist unmöglich vorauszusagen. Doumergue hat seine Programmrede in Soulliac am 19. mit großem Geschick gehalten, so daß selbst der „Temps" kaum etwas an ihr auszusetzen weiß. Am meisten

fürchtet die Partei Poincaré den alten Ministerstürzer Clemenceau, dessen Hand überall zu entdecken ist. Seine Aktion richtet sich vornehmlich gegen die Erweiterung der Befugnisse des Präsidenten, was Herrn Ernest Judet zu der außerordentlich boshaften Bemerkung veranlaßt, er wolle an die Präsidentenstelle den jeweilig Dümmsten setzen. Als er sich Carnot anschloß, habe er Freycinet und Ferry beseitigen wollen, weil diese ihm zu bedeutend waren. Als er für Loubet und Fallières eintrat, sei er seinem Prinzip treu geblieben, vor allem die Stellung des Präsidenten dadurch zu mindern, daß er eine Mittelmäßigkeit in das Elysée beförderte. Deshalb sei auch Pams sein Kandidat gegen Poincaré gewesen. Aber gerade dadurch bereite er vielleicht die Gefahr vor, die er fürchte, und wenn jetzt der Prinz Napoleon in seinem jüngsten Manifest um die Präsidentschaft ambiere (s'est posé en succeseur de la série des Présidents qui ont fait faillite), so habe Clemenceau die Verantwortung dafür zu tragen."

Dem Fernstehenden fällt es auf, daß die sich jetzt sammelnde und von den Klerikalen unterstützte Gruppe der Monarchisten so wenig von sich reden macht. Vorhanden ist sie ohne Zweifel, und wie kürzlich ein Zwischenfall zeigte, auch in den Reihen der Armee. Die im Hinblick auf den bevorstehenden Besuch König Georgs V. mit mehr Lärm als Geschick in Paris und Petersburg betriebenen Bemühungen, England zu einem Bündnis mit Frankreich und Rußland zu bewegen, können vorläufig als gescheitert betrachtet werden. Wir sagen vorläufig, weil wir wissen, daß diese Pläne aufgenommen werden sollen, sobald das liberale Kabinett durch ein Regiment der Unionisten ersetzt wird. In dieser Hinsicht hat die Absage der „Times" an Herrn Lavisse keineswegs ernüchternd gewirkt. Der Rückzug, der namentlich infolge des sehr bestimmt gehaltenen Artikels der „Daily News" erfolgte, wird als Aufschub gedacht und darf nicht ernst genommen werden. Was man so sehnlichst wünscht, glaubt man auch erreichen zu können, und im Grunde meint man, durch einen Aufschub nur zu gewinnen. Die russische Flotte läßt sich nicht so schnell improvisieren, wie erwünscht wäre, und die strategischen Bahnen, zu deren Bau Rußland sich verpflichtet hat, müssen erst gebaut werden. Es mag in diesem Anlaß darauf hingewiesen werden, daß die kleinasiatischen Bahnen, deren Ausführung der jüngste Vertrag zwischen der Türkei und Frankreich, als Gegenleistung für die 500 Millionenanleihe, den Franzosen über-

tragen hat, politisch und militärisch die Bedeutung strategischer Bahnen haben, die Rußland in das Herz Kleinasiens zu führen bestimmt sind, wenn einmal die günstige Stunde geschlagen haben wird, da Rußland von „dem ihm zukommenden historischen Anrecht auf die asiatische Türkei" Gebrauch machen wird. Die gesperrten Worte sind einem Leitartikel der „Nowoje Wremja" vom 17. April entnommen, und verdienen wohl, nicht vergessen zu werden.

Das Aufreizen der öffentlichen Meinung Rußlands gegen Deutschland dauert nach wie vor fort. Jetzt nimmt die „Nowoje Wremja" wiederum die alte Klage auf, daß Deutschland systematisch die russischen Grenzprovinzen, die an Österreich und Preußen stoßen, sowie den Süden Rußlands mit seinen Kolonisten besetze, wobei zunächst vergessen wird, daß alle deutschen Kolonisten seit den Tagen der Kaiserin Katharina nach Rußland gerufen worden sind. Die 200 000 deutschen Kolonisten, die in den drei südwestlichen Gouvernements ansässig seien, hätten die wichtigsten Straßen an der Kiew—Brester Chaussee, Kowel—Kasatin und im Polesje Luninez—Kowno besetzt. Dazu die von dort ausgehenden wichtigen Transportstraßen: Kowno—Dubno, Luzk—Dubno—Kremenez, Kowel—Wladimir Wolynsk, Luzk—Kowel, Kowno—Dombrowitschi und andere. Das alles seien strategische Straßen Deutschlands. Es wird dann noch eine Reihe wichtiger strategischer Punkte aufgezählt, und als österreichische Festung die Fabrik von Rasdschke und Gedeke, die einer deutschen (österreichisch-polnischen) Kompagnie gehöre und zu welcher kein Russe zugelassen werde!! Es ist der alte Verfolgungswahn, der Gespenster schafft, um sich und leichtgläubige Gemüter zu schrecken.

Großes Aufsehen und patriotischen Kummer hat die Entdeckung gemacht, daß einer der angesehensten tschechischen Deputierten, Schwiga, für monatlich 700 Kronen der österreichischen Regierung seit Jahren regelmäßig über die geschlossenen tschechischen Parteiversammlungen und ihre Beziehungen zu Rußland, Serbien, Bulgarien usw. berichtet hat, und daß horribile dictu der große Patriot Kramarsch davon gewußt und — geschwiegen hat! Das bedeutet allerdings eine Katastrophe für die tschechisch-russische Partei, „deren slawische Gesinnung nicht nur in Wien, sondern auch in Berlin höchst unbequem war".

Die Unruhen in Petersburg am 17. April, dem Jahrestage

des Gemetzels in den Lenabergwerken, sind größer gewesen, als angenommen wurde, sind aber nach zahlreichen Verhaftungen auseinander gesprengt worden, dank den energischen Vorbereitungen, welche die Regierung getroffen hatte. Am Tage darauf, den 18. April, veröffentlichte die „Nowoje Wremja" folgende Notiz: „Nicht der Feind ist furchtbar, sondern unsere eigene Schwäche. Mit schweren Empfindungen liest man die offiziellen Angaben über die Arbeiterausstände. Es zeigt sich, daß in den letzten Jahren, den Jahren der „Beruhigung" des revolutionären Treibens, die Arbeiterausstände nicht nur häufiger wurden, sondern in schwindelerregendem Galopp zunahmen. Folgendes sind die offiziellen Angaben, die einer unsrer optimistischen Minister, Timaschew, macht:

	1910	1911	1912
Zahl der Ausstände	222	466	2 032
Zahl der Ausständigen....	46 628	105 110	725 491
Verlorene Arbeitstage....	256 385	791 063	2 375 606

Aber im vorigen Jahre betrug die Zahl der verlorenen Arbeitstage in den ersten 9 Monaten schon über 3 130 000 und die Zahl der Streikenden übersteigt bereits wahrscheinlich eine Million. Diese Daten bezeugen die außerordentliche Zunahme der politischen Ausstände. Die Regierungsnotiz erklärt: „Für die Regierung unterliegt es keinem Zweifel, daß die Ausstandsbewegung immer mehr und mehr einen politischen Charakter annimmt, daß sie in drohendem Umfang anwächst, so daß das Ergreifen nachdrücklicher und konsequent durchgeführter Maßregeln zur Regelung der Ausstandsbewegung eine wesentliche Aufgabe unsrer Zeit ist." Die gesperrten Worte sind von der „Nowoje Wremja" gesperrt.

Herr Kriwoschein ist gesund nach Petersburg zurückgekehrt. Aus Petersburg wird dem „Temps" telegraphiert: „Die russischen Zeitungen berichten, daß die deutsche Militärmission in Konstantinopel fast allen Kredit in der Türkei verloren hat. Das Verhalten General Liman v. Sanders', ebenso wie der Nationalismus Enwers haben aus der Mission ein fast nichtiges Werkzeug des deutschen Einflusses am Bosporus gemacht. Baron Wangenheim soll dem Kaiser darüber in Korfu Vortrag gehalten haben. Die russische Presse, die immer sehr erregt gegen Deuschland ist, verzeichnet diese Tatsache mit Befriedigung.

Sie hebt hervor, daß die Stimmung in der Türkei sich Frankreich und Rußland zugewandt habe, was jüngst durch Bildung von franko- und russo-türkischen Komitees bestätigt wird!" Die Sorge, die durch die Nachricht von der gefährlichen Erkrankung Kaiser Franz Josefs erregt wurde, ist durch die letzten Meldungen glücklich gehoben worden, ein Zeichen, daß die kräftige Konstitution des ehrwürdigen Herrschers sich ihre volle Widerstandsfähigkeit bewahrt hat.

23. April. Rückreise des Reichskanzlers aus Korfu. Der amerikanische und der mexikanische Geschäftsträger erhalten ihre Pässe zugeschickt.
24. April. Die amerikanische Regierung wird vom Senat bevollmächtigt die Milizen einzuberufen. Waffen- und Munitionslandungen in Ulster.
26. April. Neuwahlen zur französischen Kammer.

---

29. April 1914.

Wie ein Rausch überkam es Frankreich, als der lang ersehnte Gegenbesuch König Georgs in Paris nun tatsächlich erfolgte. Die große Liebenswürdigkeit, welche die Franzosen zu entfalten verstehen, wenn sie so wollen, hat sich auch diesmal trotz der Dissonanzen, die aus dem fortwütenden Parteikampf hineinklangen, nicht verleugnet. Wir wissen nicht, ob die Maueranschläge, in welchen die um die Stimmen der Wähler ringenden Parteiführer sich gegenseitig schlecht machen, für die Königstage entfernt oder unter dem Blumenschmuck, der zu Ehren des englischen Herrscherpaares entfaltet wurde, verdeckt worden sind — jedenfalls ist es ein glänzendes Bild gewesen, das Paris darbot, und König Georg hat seiner Freude und seinem Dank unzweideutigen Ausdruck gegeben. Nur das eine Wort, das die Franzosen ersehnten, hat er nicht gesagt. Man hatte alles Denkbare getan, es ihm in den Mund zu legen; nicht nur die Pariser Presse und in fast noch nachdrücklicheren Tönen die russische, hatten die Parole ausgegeben, daß nun der Augenblick gekommen sei, aus der Entente jene Allianz zu machen, von der man sich versprach, daß sie das Weltbild umwandeln und das „Gleichgewicht" wiederherstellen solle, das seit den deutschen Siegen zugunsten des Deutschen Reiches und seiner Verbündeten in Europa gestört worden sei. Die Herren Lavisse und Pichon führten den Reigen und fast die gesamte französische und russische Presse folgte dem mot d'ordre. Seit 10 Jahren habe die Entente sich bewährt, jetzt komme es darauf an, sich über ihren künftigen Charakter zu verständigen. Unter dem Druck der Ereignisse würden Stimmen laut, die eine Wandlung der Entente durch bestimmtere Verträge verlangten. Namentlich zahlreich seien in

Rußland diejenigen, die aus der Entente eine Tripelallianz machen möchten. „Welches immer die Form sein mag, welche die Tripelentente in Zukunft annehmen wird, schon jetzt zeigt sich von Tag zu Tag deutlicher, daß der Wille besteht, in engerer Solidarität zusammenzuarbeiten. Und diese neue Methode diplomatischer Arbeit, die ein beständiges und zeitlich zusammenfallendes Vorgehen des englischen, russischen und französischen Kabinetts ermöglicht, ist der Initiative „de Sir Edward Grey lui-même" zu danken. Niemals ist die entente cordiale vollständiger, die Tripelentente einiger gewesen usw." So schrieb der „Temps" unmittelbar vor Ankunft der englischen Gäste. Gleichzeitig aber schrieb das „Journal des Débats", das trotz seiner selbständigeren Haltung doch auch der allgemeinen Suggestion verfiel: „Die Eventual-Allianz, die in der Entente enthalten ist, muß spontan jedesmal in Wirksamkeit treten, wenn einer der beiden Partner ungerecht bedroht wird. In solchem Falle brauchen keine Texte befragt zu werden, ob man marschieren soll oder nicht. Man würde marschieren, weil auf beiden Seiten des Kanals die nationale Unabhängigkeit gefährdet wäre. Nur muß man, ohne durch überflüssige Dokumente gebunden zu sein, im voraus die militärischen Operationen zu Wasser und zu Lande vereinbaren, um eventuelle Angriffe zurückzuweisen." Am erstaunlichsten aber ist wohl, daß der entschieden antienglisch gerichtete „Eclair" gleich nach der Rückkehr König Georgs nach England schrieb: „Indem wir unsre Kritik gegen den illusorischen Charakter einer Hilfe von seiten der englischen Armee aufrechterhalten, sind wir doch der Ansicht, daß, falls die Londoner Regierung vollkommen auf gewisse Absichten zur Herstellung des europäischen Friedens einginge, die Union Englands und Frankreichs gekrönt wäre durch das Versprechen, nicht ohne uns, und nicht ohne daß das wesentliche Ergebnis erreicht wird, das wir leidenschaftlich verlangen, Frieden zu schließen." (La promesse de ne pas faire la paix sans nous et sans le résultat essentiel qui nous passionne.)

Während der Königstage ist nun freilich in den leitenden Kreisen Frankreichs die Hoffnung auf eine Allianz wesentlich herabgestimmt worden. Sir Edward Grey hat das Versprechen nicht gegeben, das man von ihm erwartete, und der König hat nicht, wie einst Alexander III., von der nation amie et alliée gesprochen, was aber Herr Poincaré an Andeutungen brachte, die wie eine vorsichtige Enthüllung geheimer

Abmachungen klangen, ist recht bestimmt von der englischen Presse zurückgewiesen worden. So schreibt der „Manchester Guardian": Die Mächte in dieser Tripelentente bilden in keinem Sinne eine politische Einheit; sie haben, so weit wir sehen, keine Interessen die allen dreien gemeinsam sind. Daraus folgt, daß für einen Vorteil, der, soweit wir in Frage stehen, nicht vorhanden ist, wir (sc. für die Allianz) etwas riskieren oder opfern müßten, was wenig oder auch sehr viel sein könnte. Denn zwei der Mächte, Frankreich und Rußland, haben oder glauben ein gemeinsames Interesse zu haben: nämlich, der Tripelallianz zu opponieren. Diese Opposition ist aber so wenig ein Interesse britischer Politik, daß es vielmehr eines der wesentlichsten Ziele unsrer Politik sein müßte, sie mit allen Mitteln, die in unsrer Macht liegen, niederzubrechen. Wir glauben mit vielen Liberalen in England und mit hervorragenden französischen Liberalen wie Jaurès, daß die natürliche Ergänzung der englisch-französischen Entente parallele Verständigungen zwischen England und Deutschland und zwischen Frankreich und Deutschland wären. . . ." Der „Manchester Guardian" hätte recht, wenn in Frankreich der Wille nach einer solchen Verständigung vorhanden wäre; wenn man Jaurès danach fragen wollte, würde er sagen: „Ja, wenn wir Elsaß-Lothringen zurückerhalten oder wenn es in irgend welcher Weise vom Deutschen Reiche gelöst wird!" Das ist aber eine Kombination die für jeden Deutschen nicht diskutabel ist. Wie aber die Stimmung selbst der meist gebildeten Franzosen ist, haben wir an der Furcht der „Société des Artistes Français" vor der Regnerschen Büste Kaiser Wilhelms gesehen. Sie wagen nicht, sie den Franzosen zu Gesicht zu bringen, offenbar weil in solchem Falle deutschfeindliche Kundgebungen zu befürchten sind, was die Herren von der „Société des Artistes" offenbar besser wissen müssen als wir und unsre englischen Freunde. Eine deutsch-französische Verständigung ist nur möglich, wenn Frankreich ehrlich den Frankfurter Frieden anerkennt, oder England ihn garantiert. Da letzteres, so weit wir sehen und wie wir sehr begreiflich finden, nicht stattfinden wird, ist der vom „Manchester Guardian" und, wie wir wissen, von zahlreichen und einflußreichen Engländern geteilte Glaube an die Möglichkeit einer deutsch-französischen Verständigung ohne jede Aussicht, verwirklicht zu werden. Die Defensivallianz zwischen Frankreich und Rußland wird zur Offensivallianz gegen Deutschland, sobald beide Staaten über die entsprechenden Machtmittel

glauben verfügen zu können. Durch die Wandlung der Entente in eine Allianz meinte man diese Machtmittel beschaffen zu können, und diese Ansicht wird auch jetzt noch in Rußland nachdrücklich vertreten. Der Petersburger Korrespondent des „Temps" schickt noch am 26. April ein langes, in diesem Sinne gehaltenes Telegramm und der Londoner Korrespondent der „Nowoje Wremja", Herr Wesselitzki-Boshidarowitsch, vulgo Argus, telegraphiert vom 19. April, daß zwischen England und Frankreich ganz direkte militärische Abmachungen für gewisse Eventualitäten vereinbart seien; zwischen England und Rußland beständen sie noch nicht, aber die französische Diplomatie wünsche dringend, sie herbeizuführen. Deshalb habe man Delcassé nach Petersburg geschickt und darauf arbeite Cambon in London hin. Wenn das Ziel bisher nicht erreicht sei, liege das an der Majorität der ministeriellen Partei in England, die unter den Einfluß der Pazifisten und einer germanophilen Propaganda geraten sei. Dagegen seien die regierenden Sphären Großbritanniens sehr damit zufrieden, daß die russische und die französische Presse für einen engeren Anschluß Englands an die Entente eintrete und das englische Publikum davon überzeuge, daß dieser Zusammenschluß eine Notwendigkeit und dem Frieden förderlich sei.

Fassen wir das Ergebnis dieser Betrachtungen zusammen, so sehen wir, daß die Hoffnung in Petersburg und in Paris keineswegs aufgegeben ist, schließlich doch zu der gewünschten Allianz zu gelangen. Man ist durch den Ausgang der englischen Tage in Paris zwar enttäuscht, hat aber keineswegs darauf verzichtet, auf dieses Ziel hinzuarbeiten, und rechnet dabei auf bestimmte Persönlichkeiten im jetzigen englischen Kabinett, und falls es über die irische Frage zu Fall kommen sollte, mit aller Bestimmtheit auf die siegenden Unionisten.

Die Wahlen, die am Sonntag in ganz Frankreich stattgefunden haben und deren Stimmen jetzt noch gezählt werden, zeigen uns bisher nur, daß in beiden Lagern die Führer wiedergewählt sind. Hier Barthou-Briand, dort Caillaux-Jaurès. Erst wenn die volle Reihe vorliegt und das Ministerium Doumergue vor der neuen Kammer die erste Vertrauensfrage gestellt haben wird, werden wir wissen, was diese Wahlen bedeuten. Für sicher halten wir, daß eine der dreijährigen Dienstpflicht günstige Majorität vorhanden sein wird; weit weniger sicher ist, wie die neue Versammlung sich zu der Frage der Einkommensteuer stellen wird, und kaum verständlich, wie die künftigen Abgeordneten nach all den

Insulten, die sie einander an den Kopf geworfen haben, in Zukunft friedlich werden zusammen arbeiten können. Aber schließlich hat Frankreich ja auch Panama- und Dreyfusaffären überstanden und halb vergessen. Weshalb nicht auch die Affären Calmette und Rochette, zumal in letzterer die Hände des Herrn Barthou und Briand sich nur um ein Weniges reiner gezeigt haben, als die der Caillaux' und Monis. Ein russisches Sprichwort sagt: „Von den Händen geht alles ab." Was aber Madame Caillaux betrifft, so hat sie ohne Zweifel von dem tröstlichen Präzedenzfall gehört, daß 12 Pariser Geschworene soeben einstimmig eine Gattenmörderin freigesprochen haben, die noch weit unsympathischer war als Madame Caillaux. Man nennt solche Morde „drame passionel", was schließlich alles erklärt und rechtfertigt. Es wird also wohl, wie in der Frage alliance-entente, auch im innern Leben Frankreichs schließlich alles beim alten bleiben, bis auf einige neue Schauspieler auf der politischen Bühne und eine geringe Verschiebung der Kulissen.

Mit außerordentlicher Schnelligkeit spitzen sich nunmehr die amerikanisch-mexikanischen Schwierigkeiten zu. An die Möglichkeit, trotz allem den Frieden zu wahren, glaubt in aller Welt wohl nur noch der Präsident Wilson und was in seinem Gefolge unbedingt zu seiner Fahne geschworen hat. Dabei lohnt es doch, die Stimme von Amerikanern zu hören, die „ihn und seine Leute" kennen und an solchen fehlt es nicht. Interessante Betrachtungen über die Minister Präsident Wilsons finden sich in dem „Argonaut" vom 11. April. Diese angesehene Wochenschrift erscheint in San Franzisko. Als Editor zeichnet Alfred Holman, aber wir glauben nicht in der Annahme zu irren, daß der bei uns in bester Erinnerung stehende Präsident der California-Universität Benjamin Ide Wheeler von bestimmendem Einfluß auf die Richtung des „Argonaut" ist. Um so größeres Gewicht kommt den Betrachtungen zu, die hier über den Präsidenten Wilson und über seine wichtigsten Mitarbeiter angestellt werden. Das vornehmste (most notable) Mitglied des Kabinetts sei, wie alle Welt sehe, Mr. Bryan, aber beide, Wilson und Bryan, hätten im Grunde nichts gemein. Der erstere sei trotz des radikalen Gewandes, das er neuerdings angetan habe, von Instinkt ein Konservativer, während Bryans Instinkte sich Neuerungen zuwenden und die Neigungen eines Agitators zeigten. Durch Temperament, Geschmack, Lebensart, Gewohnheit und Denkweise stellten beide

Männer Gegensätze dar, und das trete unglücklicherweise gerade in dem Departement zutage, mit welchem die öffentliche Meinung zumeist den Namen des Präsidenten in Verbindung setze. Sehe man genauer zu, so habe jedoch Präsident Wilson außerordentlich geschickt manövriert. Das Problem, das sich ihm stellte, sei einerseits gewesen, Bryan zu versöhnen und anderseits ihn als Rivalen zu beseitigen; beides sei Wilson geglückt. Tatsächlich habe er die auswärtige Politik selbst übernommen und Bryan nur als Sturmbock gegen säumige oder widerhaarige Glieder der Partei benutzt. Bryans Beschäftigung sei, Aufträge des Präsidenten auszurichten, ein Kongreßmitglied zu überreden, ein anderes anzuspornen, die Botschaften Wilsons zu erläutern und seine Geschäfte zu besorgen. Darüber sei denn der einst große Ruf Bryans zusammengebrochen. Sein Prestige als Mann von weitem Blick sei verloren, und als Anwärter auf eine künftige Präsidentschaft komme er nicht mehr in Betracht. Es seien aber weniger die lächerlichen Seiten seines Auftretens, die ihn unmöglich gemacht hätten. als vielmehr die Tatsache, daß er sich Wilson völlig unterworfen und alle Irrtümer der Wilsonschen Politik mitgemacht habe, statt, wie es hätte sein müssen, schon vor wenigen Monaten zurückzutreten. Hätte Bryan so viel Charakter gezeigt, für seine alten Prinzipien einzutreten, sein altes Prestige als ein Mann von tapferer Unabhängigkeit zu steigern, so wäre er schon vor Monaten aus dem Kabinett ausgetreten. Es scheine aber, daß er bis zum Ende ihm angehören würde. Er sei eine Nullität in seinem Departement geworden, seit Mr. Wilson die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten in seine Hand genommen, und das Land spotte nur noch über ihn. Aber Bryans Begierde nach offizieller Stellung werde ihn veranlassen, der nominelle Staatssekretär zu bleiben, während er in Wirklichkeit nur der Laufbursche (errand job) des Präsidenten sein werde! Nicht viel günstiger ist das Bild, das vom Staatssekretär der Marine, Daniels, entworfen wird, der den Genuß von Wein und Likören an Bord von Schiffen verboten habe, weil er der falschen Philosophie huldige, daß Gesetze für die moralisch Kranken und nicht für die moralisch Gesunden zu machen seien. Daniels habe auch versucht, den sozialen Unterschied zwischen Offizieren und Mannschaft zu beseitigen und verlangt, daß sie alle an gemeinsamer Tafel essen sollten. Aber diese Neuerung habe sich nicht durchsetzen lassen. Auch an den übrigen Mitgliedern des Kabinetts wird recht herbe Kritik geübt; und der „Argonaut" ist

nicht der einzige Gegner, der dem Präsidenten in der Presse und in der öffentlichen Meinung des Landes erstand. Ein wahrer Sturm hat sich gegen die Maßregel erhoben die in Europa, und zumeist in England, lebhaften Beifall gefunden hat: gegen den Verzicht auf Bevorzugung amerikanischer Schiffe bei Benutzung des Panamakanals und es scheint, daß dieser Sturm noch weiter an Ungestüm gewinnen wird. Aber für den Augenblick tritt doch alles vor dem andern Sturm zurück, der in Mexiko tobt und unter allen Umständen von weittragender Wirkung auf das äußere und innere Leben der beiden unierten Staaten sein wird. Die mexikanischen Indianerrepubliken im lateinischen Sprachgewande scheinen entschlossen zu sein, in ihrer Gesamtheit sich der amerikanischen Gefahr entgegenzustellen. So wenigstens ist die einigende Empfindung der großen Masse. Was sie zum Teil noch lähmt, ist der Ehrgeiz und die Uneinigkeit der Führer Huerta, Carranza, Villa, von denen jeder sich seines Lebens nicht sicher weiß, wenn ein Unglück ihn den Händen seines Konkurrenten ausliefern sollte. Immerhin ist Huerta ohne Zweifel die am wenigsten blutige Gestalt in der Reihe. Villa und Carranza sind Räuber und Mörder, und eben deshalb ist es für Amerika ein wahres Unglück, daß der stets auf die falsche Spur gerichtete humanitäre Idealismus Wilsons diese üblen Gesellen unter den Schutz der amerikanischen Flügel stellen will. Bisher aber scheint uns nur der schlimmste von ihnen, Villa, geneigt, diesen Schutz und die eventuelle Waffenbrüderschaft anzunehmen. In seiner völligen Ratlosigkeit hat Präsident Wilson dann das vor einigen Wochen von ihm abgelehnte Anerbieten der drei großen südamerikanischen Republiken, Argentinien, Brasilien, Chile, angenommen und jetzt ihre Vermittlung im mexikanischen Konflikt erbeten. Gewiß eine Wendung der Monroedoktrin, die noch vor wenigen Monaten jeder Amerikaner mit höchster Entrüstung als undenkbar zurückgewiesen hätte. Aber Südamerika wird nunmehr versuchen, die Vermittlung durchzuführen — wenn überhaupt das noch möglich sein sollte. Es sind in den letzten Tagen, wenn anders man den zu uns gelangenden Telegrammen aus Amerika Glauben schenken darf, solche Frevel von seiten der Mexikaner begangen worden, daß eine Vermittlung, die nicht zugleich eine Sühne zu erzwingen fähig ist, nur geringe Aussicht hat, Erfolge zu erzielen. Auch scheint eine Invasion der Mexikaner nach Texas und eine andre in die kalifornischen Grenzen hinein stattgefunden zu haben. Die öffentliche Meinung in den

Vereinigten Staaten ist auf das äußerste erregt, und die Zeitungen geben bereits die Parole aus, daß nur eine Eroberung und die Einverleibung Mexikos der Ausgang sein dürfe. Es werden aber auch andre, abmahnende Stimmen laut. Als in Connecticut die für den Krieg begeisterten Studenten der Jale-Universität, in welcher der frühere Präsident Taft jetzt als Professor der Jurisprudenz doziert, vor dessen Haus mit Trommeln und Pfeifen Parade machten, offenbar in der Hoffnung, von ihm belobt zu werden, bekamen sie sehr ernste Worte zu hören. Der Krieg mit Mexiko werde sehr schwierig sein, und auch wenn Amerika 350 000 oder 500 000 Mann aufstelle, bleibe es ein überaus schwieriges Problem. Die größten Schwierigkeiten aber würden die Jahre nach dem Kriege bringen, wenn dieses große Territorium beruhigt werden müsse und ein Guerillakrieg in Wald und Busch folge, wie er (Taft) ihn in den Philippinen kennen gelernt habe, wo Tausende brave Burschen das Leben hätten hingeben müssen, um Busch, Berge und Sümpfe zu säubern. Auch werde man in jede mexikanische Stadt und in jedes Dorf Garnisonen einstellen müssen. Die Städte zu nehmen, werde verhältnismäßig leicht sein, unendlich schwerer, das Land zu beruhigen. Taft schloß mit den Worten: er hoffe zu Gott, daß dieser Krieg abgewandt werde. Auch wir möchten es hoffen, aber wie gering ist die Aussicht, daß die Wirklichkeit die Hoffnung rechtfertigt. Es heißt, daß Roosevelt im Begriff sei, zurückzukehren, und daß er ein ganzes Regiment ins Feld führen wolle. Das könnte wahr sein und würde der Natur des auf große Abenteuer gerichteten Mannes nicht widersprechen. Wohl aber darf man sagen, daß aus diesem Kriege ein neues Amerika hervorgehen kann und daß zahlreiche, jetzt noch ruhende Probleme sich an die Oberfläche drängen werden.

In England nimmt die Ulsterfrage eine immer unangenehmere Wendung; nachdem von seiten der Gruppe Carson soviel Lärm wegen der angeblichen Verschwörung der Regierung gegen die Protestanten Ulsters erhoben worden ist, während in Wirklichkeit nur die notwendigsten Vorsichtsmaßregeln gegen die angekündigte Erhebung der Ulsterleute getroffen wurden, sind jetzt Waffentransporte in Ulster gelandet und verteilt worden, so daß der Regierung schwerlich etwas andres übrig bleibt, als ernste Gegenmaßregeln zu treffen.

Aus Rußland ist wenig zu berichten, nachdem wir der Allianz-

agitation gedacht haben. Sie wird in der letzt eingetroffenen Nummer der „Nowoje Wremja" wieder mit besonders giftig gegen Deutschland gerichteter Spitze traktiert. Die Ostertage brachten eine als Wohltat empfundene Pause in den Zeitungspolemiken. In diese Zeit fiel das allrussische Nüchternheitsfest, an welchem jeder Verkauf von Alkohol verboten war. Es ist aber trotzdem ganz unmenschlich — sagen wir — getrunken worden. Die Berichte der Zeitungen darüber sind höchst drastisch, das meist Charakteristische ist aber, daß die Arbeiter streikten, um ihren Protest gegen diese aufgezwungene Nüchternheit zum Ausdruck zu bringen.

Die Verleihung des Alexander Newski-Ordens an Herrn Iswolski und das damit verbundene gnädige Schreiben des Zaren, das die Verdienste des Botschafters um den Frieden rühmt, wird von der „Wetschernoje Wremja" dahin interpretiert, daß „dieses historische Dokument der beste Beweis sei, daß Rußland wünsche, die mit England bestehende Entente und die Allianz mit Frankreich weiter zu entwickeln". Das heißt wohl, zur Allianz aller drei Mächte zu entwickeln, und führt zum Schluß, daß Kaiser Nikolaus über die Tätigkeit Iswolskis, den wir für den zurzeit gefährlichsten Gegner des europäischen Friedens halten, offenbar nicht recht unterrichtet ist. Es gilt wohl von ihm, was der frühere Finanzminister Kaiser Alexanders II., Graf Michael v. Reutern, von Ignatiew sagte: Die Rolle Ignatiews ist außerordentlich schwer zu definieren. In seinen offiziellen Depeschen, die dem Kaiser vorgelegt wurden, ist eine slawophile Tendenz überhaupt nicht zu bemerken. Für den Kaiser war er der Vollstrecker seiner Befehle, d. h. durchaus kein Slawophile; das Publikum aber erblickte in ihm den Vorkämpfer der slawischen Ideen. . . . Mutatis mutandis gilt dasselbe vom heutigen Botschafter Rußlands in Paris.

Auf dem Balkan hat die nunmehr überreichte Note der sechs Mächte an die Regierung in Athen feste Richtlinien gegeben, mit denen sowohl Griechenland wie die Türkei und auch Albanien sich zufrieden zu geben haben, und wie wir annehmen, es auch tun werden. Immerhin bleibt die Lage des Fürsten Wilhelm von Albanien höchst schwierig. Neue Verwicklungen scheinen sich in Persien vorzubereiten, wie wir aus einem Artikel der „Nowoje Wremja" schließen müssen, der sich mit großer Leidenschaft gegen angebliche deutsche Intrigen in Ispahan wendet.

Wie bisher noch stets, werden sich diese deutschen Intrigen wohl als Hirngespinste des phantasiereichen persischen Korrespondenten der „Nowoje Wremja" erweisen. Er zeichnet seine Briefe „Nemo".

Als sehr erfreulich läßt sich der Ausfall der schwedischen Wahlen bezeichnen. Sie ergeben, daß das Volk sich wieder um den König schart, und daß der gesunde monarchische Sinn der Nation sich mit Vertrauen ihm zuwendet.

30. April. Rückkehr Prinz Heinrichs aus Südamerika.
1. Mai. Veröffentlichung der neuen chinesischen Verfassung.
2. Mai. Die Epiroten nehmen Kolonia ein.
5. Mai. Stürmische Budgetverhandlungen in der Duma.

---

6. Mai 1914.

Die Ergebnisse des ersten Wahlganges in Frankreich liegen nunmehr vor; der Anfang nächster Woche bringt die Stichwahlen, und auch deren Ausgang läßt sich mit ziemlicher Sicherheit vorhersehen. Das Gesamtresultat muß eine Niederlage der Partei Poincaré ergeben, obgleich fast alle großen Blätter von Paris für sie mit allen Mitteln, die ihnen zu Gebote standen, eingetreten sind, so daß wir zugleich vor einer Niederlage der Pariser Presse stehen. Der Triumph der radikal-sozialistischen Koalition, die bei den Stichwahlen gegen die Kandidaten der Gegenpartei geschlossen vorgeht, ist sicher, doch wird, wie wir gleich anfangs annahmen, die dreijährige Dienstzeit aller Wahrscheinlichkeit nach nicht gefährdet werden. Es ist unglaublich lächerlich, wenn der „Eclair" an der Hand sichtlich oder absichtlich mißverstandener Artikel einiger deutscher Blätter zum Schluß kommt: „In Summa, der Triumph der dreijährigen Dienstzeit treibt die deutsche Presse zur Verzweiflung!" Wir werden im Gegenteil das Experiment, das Frankreich mit der Rückkehr zur dreijährigen Dienstzeit macht, mit großem Interesse verfolgen, und sehen nicht, daß dadurch sich irgend etwas an der Weltlage verändert hätte. Die Wandlung, die tatsächlich vollzogen ist, liegt darin, daß Herr Poincaré die dreijährige Dienstzeit auf russischen Befehl einführte, und daß Rußland als Gegenleistung jene strategischen Bahnen bauen muß, von denen wir mehrfach gesprochen haben. Das Wahlgezänke in Frankreich wird übrigens auch jetzt noch fortgesetzt und ist über die Maßen unerquicklich. Sogar die alte Panamaaffäre wird wieder aufgerührt und die Welt daran erinnert, daß es noch sehr viele und sehr ernste Vergehen in Frankreich gibt, die ihre Sühne nicht gefunden haben. Was uns betrifft, so haben wir den Siegern der

Wahlkampagne und ihrem sozialistischen Programm keinerlei Sympathien entgegen zu bringen, und ebensowenig sind wir Bewunderer der Kammer, aus der das Ministerium Doumergue-Caillaux hervorging. Diese Kammer hat, abgesehen von früheren Sünden, kurz vor ihrer Auflösung sich noch geweigert, die Steuer auf Absinth, wie beantragt war, zu erhöhen, und wir können dem „Journal des Débats" nur recht geben, wenn es schreibt: „Dies ist eine der entehrendsten Abstimmungen, welche die blasse Furcht, Stimmen sympathischer Alkoholiker zu verlieren, jemals einer sterbenden Kammer entrissen hat." Glücklicherweise sei die Zustimmung der Kammer zur Bekämpfung des Absinths in den französischen Protektoraten nicht notwendig und in Marokko „où le fléau avait déjà pris les proportions d'une plaie mortelle" habe der Großwesir den Muselmanen den Besuch von Lokalen verboten, die alkoholische Getränke verkaufen; ähnliche Maßregeln seien in Fez ergriffen worden. Um nun auch die Europäer in Marokko zu schützen — wo wahre Karawanen den Absinth von den Häfen landeinwärts führen —, hat General Lyautey den Sultan veranlaßt, Import, Verfertigung und Verkauf des Absinth in der französischen Zone Marokkos zu verbieten, was gewiß nützlich ist, aber doch auch recht beschämend. In Marokko rücken, beiläufig bemerkt, unter steten Kämpfen die Franzosen weiter vor. Zurzeit marschiert General Gouraud mit einer starken Kolonne gegen den Roghi, der sein Lager am rechten Ufer des Uerga aufgeschlagen hat und ohne Zweifel eine Niederlage erleiden wird, wenn er nicht rechtzeitig entkommt. Aber es ist doch nicht zu übersehen, daß Frankreich noch lange nicht Herr des Landes geworden ist, trotz der ungeheuren Opfer an Geld und Mannschaft, die es Jahr für Jahr zu tragen hat.

Es ist uns aufgefallen, daß seit einigen Monaten das Interesse Frankreichs an der polnischen Frage wieder außerordentlich lebendig geworden ist. Auf die ersten Regungen dieser wieder erwachenden Sympathien machte Herr Waliszewski bereits im Frühjahr 1910 aufmerksam. Polen sei wieder zu Gnaden aufgenommen worden, namentlich von der Universitätsjugend; das sei aber ein sicheres Zeichen, daß das Prestige Rußlands abgenommen habe. Später schlug Stimmung und Methode um; im März vorigen Jahres bemühte man sich von Paris aus, die polnische Frage den Russen als eine Gefahr vorzuführen, die von Deutschland und Österreich geschürt werde, und auch in der

vielbesprochenen Denkschrift, die der französische Generalstab dem Kaiser Nikolaus zugehen ließ (conf. Wochenschau vom 3. Dezember 1913) wurde die Notwendigkeit einer Versöhnung der Russen mit den Polen nachdrücklich hervorgehoben. Jetzt, am 2. Mai, läßt sich der „Temps" aus Petersburg schreiben, daß im Reichsrat die Frage der Versöhnung zwischen Russen und Polen entweder in positivem Sinne entschieden werden, oder aber das Projekt Stolypins endgültig in den Archiven sein Grab finden müsse. „An der Schwelle dieses Ereignisses, das von höchster Wichtigkeit für die auswärtige Politik Rußlands ist", sei es den Freunden Rußlands ganz besonders erfreulich, daß die bisher entschiedensten Gegner von Zugeständnissen an Polen, wenn nicht ihren Ton, so doch ihre Argumente geändert hätten. So schreibe der Fürst Meschtscherski im „Graschdanin": „Die Frage, vor der der Reichsrat steht, ist um so wichtiger, als dieses hohe Haus sich zum ersten Male gegen ein Regierungsprojekt ausspricht, von dem es weiß, daß der Teil der die polnische Frage betrifft, von der Regierung eingebracht wurde, um den Ansichten des Kaisers zu genügen. So hat man eine in den Annalen der Gesetzgebung unerhörte Lage geschaffen. Indem der Reichsrat sich gegen die polnische Sprache ausspricht, tritt er nicht nur in Widerspruch mit der Duma, sondern auch mit der Allerhöchsten Stelle, und das ist nicht normal und empört alle, die den monarchischen Prinzipien treu sind." Es wäre jedoch falsch, daraufhin anzunehmen, daß die Regierung wegen dieser polnischen Frage, auf die sie weniger Gewicht legt, als man in Paris zu glauben scheint, in einen Konflikt mit dem Reichsrat treten könnte. Sie steht gerade jetzt in bitterem Konflikt mit der Duma, einerseits wegen der Frage der Gesetzesinitiative, dann aber, und das ist der wichtigste Streitpunkt, wegen der Redefreiheit der Abgeordneten in der Duma. Den Anlaß dazu hat eine allerdings sehr leidenschaftliche Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Tschheidse gegeben, der am 28. April gegen die Beschlagnahme einer Arbeiterzeitung protestierte, welche eine in der Duma gehaltene Rede abgedruckt hatte. Die Regierung kündigte darauf an, daß Tschheidse sich vor Gericht zu verantworten haben werde. Auf einem Diner beim Präsidenten der Duma, M. W. Rodsjanko, zu welchem die führenden Landschaftsoktobristen geladen waren, wurde infolgedessen die Frage der Immunität der Abgeordneten erwogen und befunden, daß die inkriminierte Rede nichts Strafbares enthalten habe.

Man kam zum Schluß, daß die verschiedenen Maßnahmen der Regierung einen Konflikt zwischen Duma und Regierung unvermeidlich machten und die Notwendigkeit einer Steuerverweigerung nicht ausschlössen. Diese Ansicht wird nun, wie wir aus französischer Quelle erfahren, von der Majorität der Opposition geteilt und entsprechende Beschlüsse scheinen bevorzustehen. Die im Hinblick darauf von Petersburg aus verbreitete Nachricht, daß die Duma aufgelöst werden würde, ist am Montag offiziell dementiert worden, was freilich nicht dafür bürgt, daß ein solcher Entschluß nicht gefaßt werden könnte, falls die Duma wirklich zu einer Steuerverweigerung schreiten sollte. Aus alledem folgt wohl, daß die Regierung, die bisher in allen Fragen die Unterstützung des Reichsrats gefunden hat, Verdrießlichkeiten ihm gegenüber gewiß aus dem Wege gehen wird, zumal sie zur Durchführung ihrer unduldsamen nationalistischen Politik der Hilfe dieser Körperschaft nicht entraten kann. Sie wird ihrer vornehmlich bedürfen, um die Entrechtung Finnlands durchzuführen, nachdem die Finnländer aufs neue in einer Petition von 40 Druckseiten um Beseitigung der Rechtsverletzungen gebeten haben, unter denen sie zu leiden haben und gegen welche sie so heroisch, mit Hingabe von Freiheit und Lebensstellung, protestieren. Diese Petition ersucht, nach dem Auszuge der „Petersburger Telegraphen-Agentur", u. a. um folgendes: daß die Anwendung der Verordnungen eingestellt werde, die in Widerspruch zur Verfassung stehen, daß bei Besetzung der Staatsämter und in der Tätigkeit der Institutionen die Grundgesetze eingehalten würden; daß die zugelassenen Fälle von Nichteinhaltung dieser Gesetze wieder gutgemacht und die Rechte der der finnländischen Verfassung treu gebliebenen Personen, die auf Grundlage des Gleichberechtigungsgesetzes verurteilt worden sind, wieder hergestellt würden; daß die Vorbereitungen zu einem erweiterten Gebrauch der russischen Sprache in den offiziellen Institutionen des Gebietes eingestellt würden; daß Maßnahmen ergriffen würden zur genauen Einhaltung der gesetzlich festgelegten Regeln über den Gebrauch der russischen, finnischen und schwedischen Sprache seitens der Behörden; daß den Finnländern das ihnen gesetzlich zugesicherte Recht eingeräumt werde, die Freiheit der Rede, der Vereine und Versammlungen sowie der persönlichen Unantastbarkeit unbehindert zu genießen, und daß die Pläne aufgegeben würden, die dem Recht und den Interessen Finnlands zuwidergingen." Die Sozialdemokraten

sprachen sich sehr heftig gegen den gemäßigten Ton dieser Petition aus, drangen aber bei den ruhigen und klugen Vertretern der Rechte Finnlands nicht durch.

Daß diese Finnlandfrage auch auswärtige Interessen berührt, zeigt ein Artikel des „Economist" vom 2. Mai über die „russische Entente". Es heißt darin, daß, wenn man die sogenannte Entente mit Rußland im Hinblick auf ihre praktischen Ergebnisse prüfe, sie sich als ein Mißerfolg erweise (must be counted as very near a failure). In Persien dauere die russische Aggression, wenngleich in langsamerem Tempo, fort, in China schlage Rußland Erhöhung der Seezölle gegen England, Deutschland und Frankreich vor, während der Tarif an den Landgrenzen zum Vorteil der aus der Mandschurei eindringenden russischen Waren niedrig bleibe. Inzwischen aber müsse China von England finanziert werden, und die finanziellen Verlegenheiten Rußlands, die auf eine enorme Vergrößerung der Armee, die den europäischen Frieden zu bedrohen scheine, zurückzuführen seien, würden auch durch englische Kapitalisten erleichtert. Dann beabsichtige die russische Regierung, den britischen Handel dadurch zu schädigen, daß sie den verhältnismäßig vernünftigen finnländischen Tarif auf die Höhe des fiskalischen Walls emporschrauben wolle, der Rußland umgebe. Endlich gebe es eine Verfolgung der finnländischen Lotsen, durch welche Schiffe, Leben und Fracht britischer Schiffseigentümer, Seeleute und Kaufleute gefährdet würden. Die „Yorkshire Post" bemerkt zu dieser Lotsenfrage: „Vorstellungen von Schiffseigentümern, Versicherungsgesellschaften und verschiedenen Regierungen haben es nicht vermocht, eine Reform des Lotsensystems in den finnischen Gewässern herbeizuführen. Die russischen Behörden weigern sich einzugreifen, obgleich ein Bericht über die letzte Navigationsperiode feststellt, daß nicht weniger als 70 Strandungen und andre Unfälle durch die Schuld der Lotsen stattfanden. Dazu wird schwer über die Disziplinlosigkeit dieser Leute geklagt. Das alles ist die Folge der Russifizierung des Pilotendienstes, da die alten finnischen Lotsen, welche die Gewässer kennen, es ablehnen, sich den antinationalen Bedingungen des Dienstes zu fügen." Die „Yorkshire Post" wundert sich, „daß England sich nicht den Protesten Deutschlands, Norwegens, Dänemarks und Schwedens angeschlossen habe, aber die Erklärung ergebe sich aus dem Wunsch, Rußland nicht zu beleidigen". Das ist allerdings sehr freundlich von Sir Edward Grey, aber gewiß sehr wenig englisch!

Die höchst dramatischen Verhandlungen im englischen Unterhause, welche die vorige Woche brachte, haben zu einer Aussprache zwischen Regierung und Opposition und zu einem Versuch, sich gegenseitig näher zu kommen, geführt, aber noch keineswegs eine Lösung des Konflikts gebracht. Worin alle einig sind, das ist der Entschluß, über gewisse Dinge einen Schleier zu werfen. Weder das „große Komplott", das die Unionisten denunzierten, noch die unangenehmen Vorkommnisse in der Armee werden weiter untersucht werden, und das ist, wie die Dinge liegen, gewiß das Klügste, was geschehen kann. Die Landung der von „Fanny" und „Mountjoy" nach Irland, trotz aller Wachsamkeit, eingeführten Mausergewehre, wird im Grunde bewundert. Es ist eine Sportleistung, ein Rekord, der alle Schmuggler von Beruf schlägt, und deshalb kann ein englisches Herz denjenigen nicht gram sein, die den kühnen Sterich zu glücklichem Ende führten. Aber als höchst unbequem wird die Lage allseitig empfunden. Man sucht nach einem Ausweg und glaubt ihn in dem von Churchill vorgeschlagenen Prinzip der Föderation bei reiflicher Überlegung nicht finden zu können. Das Beste wäre, meint der „Manchester Guardian" vom 2. Mai, wenn Nord- und Südirland, Orangemänner und Nationalisten sich untereinander verständigten. Darin sei man doch bereits eines Sinnes, daß Ulster unter keinen Umständen sofort in das Homerulesystem mit hineingezogen werden solle. Das wahre Problem liege also in der Zukunft, und nur eine freiwillige Verständigung könne Nutzen bringen, jeder Zwang nur schaden. Ulster habe viel zu bieten und sei eine Braut, die wohl wert sei, umworben zu werden. Carson habe den Süden gebeten, um diese Braut zu werben oder sie zu rauben, wenn er es könne. Die Männer des Südens sollten es mit dem Werben versuchen, und wunderbar sei nur, daß sie es nicht bereits früher getan hätten. Aber Ulster habe nicht nur viel zu bieten, sondern auch ebensoviel zu verlieren. Ein Bürgerkrieg würde Anarchie und Niedergang des Handels bedeuten, auch jedes andere Interesse des Staates schädigen, und ewiger Streit weder Irland noch einem Teil von Irland nützen. In seinem Herzen wisse Sir Edward Carson ebensowohl wie jeder Nationalist, daß Irland eine Einheit sein müsse. Festzustellen seien die Bedingungen und die Methode dieser Einigung, die nicht erzwungen, sondern als wahre Verständigung ins Leben treten solle. „Als einige der deutschen Staaten in das Reich eingeschlossen wurden, stellten sie

ihre Bedingungen. So mag auch Ulster Bedingungen stellen, oder sie wenigstens nennen. Das und nicht der Versuch, ein gleichartiges System föderativen Regiments für alle Teile des Königreichs herzustellen, — so schließt der „Manchester Guardian" — glauben wir, ist der wahre Weg, vorwärts zu kommen. Wahrscheinlich war das der eigentliche Gedanke Mr. Churchills. Es ist Zeit, daß die Irländer selbst das Problem in ihre Hand nehmen, die englischen Parteien haben es zu schwierig gefunden."

Das ist gewiß richtig gedacht, und wir wünschen im Interesse Englands, daß auf diesem Wege die Verständigung tatsächlich erfolgt. Daß Homerule Gesetz wird, ist ja nicht mehr zu bezweifeln; wollen sie keinen Bürgerkrieg — und den wollen sie nicht —, so müssen Sir Edward Carson und Mr. Redmond sich verständigen. Tertium non datur.

Am letzten Freitag sind über die Homerulefrage noch zwei bedeutsame Reden gehalten worden, die einen weniger hoffnungsvollen Ton anschlagen, als nach den letzten Parlamentsdebatten angenommen werden durfte. Mr. Balfour malte das Gespenst eines drohenden Bürgerkrieges mit so düsteren Farben, daß man es fast mit Händen zu greifen glaubte, und vertrat die Ansicht, daß nur die endgültige Ausschließung Ulsters von dem Homerulesystem den Frieden sichern könne, „else nothing, nothing else will save us from civil war."

Gleichzeitig verteidigte der Kolonialsekretär, Mr. Lewis Harcourt die These der Regierung, daß, falls das erstehende neue Irland „mit Blut getauft" werden sollte, die Schuld den Unionisten, nicht ihr zufallen werde, die alles getan habe, um berechtigten Wünschen Ulsters Rechnung zu tragen. Offenbar wird der Krieg der Redner noch geraume Zeit fortgesetzt werden, an einen wirklichen Krieg aber vermögen wir nicht zu glauben.

Weit weniger aussichtsvoll scheinen uns die Bemühungen um den Frieden in Mexiko. Die Waffenstillstandsverhandlungen, die zunächst erfolgreich schienen, halten der anarchischen Wirklichkeit gegenüber nicht stand. Neue, vielleicht übertriebene Nachrichten von Untaten der Mexikaner erbittern die öffentliche Meinung Amerikas immer mehr. Auch spielen große pekuniäre und wirtschaftliche Interessen und Aussichten mit. Es laufen die widersprechendsten Gerüchte um, aber die wichtigste Tatsache ist vielleicht, daß jetzt die Regenperiode in Mexiko beginnt und das gelbe Fieber um sich greift, was, wenn nicht ernüchternd,

doch sehr erschwerend auf alle militärischen Operationsgelüste einwirken wird. Jede Konjektur über den wahrscheinlichen Ausgang dieses höchst barbarischen Bürgerkrieges und seiner auswärtigen Verwicklungen scheint uns unberechtigt. Wir wollen abwarten. Erfreulich ist wenigstens das eine, daß Japan trotz aller Ermutigung, die ihm von mexikanischer Seite zuteil wurde, sich jedes direkten und indirekten Eingreifens enthält. Andernfalls wäre gleichzeitig eine schwere Krisis im fernen Osten im höchsten Grade wahrscheinlich geworden. Ein japanisch-amerikanischer Krieg, und das wäre unzweifelhaft die Folge einer Unterstützung Huertas durch Japan gewesen, könnte von Rußland nicht anders aufgefaßt werden denn als unvergleichliche Gelegenheit, die im Frieden von Portsmouth verlorenen Gebiete zurückzugewinnen, und daß man gerade das in Japan fürchtet, erklärt die Zurückhaltung des Mikado. Dazu kommt, daß sich soeben ein sehr bedeutsamer Wechsel im japanischen Kabinett vollzogen hat. Graf Okuma, der Führer der japanischen Demokratie, ist Ministerpräsident geworden, und das weist auf eine Periode der Reformen hin. Der jetzt 76 jährige Graf ist einer der bestgebildeten Männer des Reiches und gilt, trotz seines hohen Alters, als energisch und arbeitslustig. Er ist kein Feind der Ausländer.

China hat am 1. Mai seine Verfassung erhalten, die Juanschikai eine fast autokratische Stellung verleiht. Zur Seite wird ihm nur ein Beraterhof stehen. Mit dem Gedanken an ein parlamentarisches System ist wohl endgültig gebrochen worden, auch wird es kein Kabinett im europäischen Sinne geben, sondern einen dem Präsidenten direkt untergeordneten Staatssekretär, der als erster Minister fungieren wird. Diese Stellung hat Juanschikai dem ehemaligen Vizekönig der Mandschurei Hudzeschang, seinem Jugendfreunde, verliehen. Hudzeschang hat den Ruf, ein vorsichtiger Reformer zu sein, ein Freund der Politik der offenen Tür und guter Beziehungen zu den „Fremden". Auch der Minister der Eisenbahnen Liungtangsen genießt guten Ruf, und seine Ernennung gilt, nach einem Telegramm der „Frankfurter Zeitung", als eine für Deutschland günstige Tatsache. Die Hauptschwierigkeit bleibt nach wie vor die Unterdrückung der Unruhen im Süden. Der „Weiße Wolf" ist noch immer nicht festgenommen, und in China glaubt man zu wissen, daß diese Unruhen von den nach Japan geflüchteten Republikanern, zu denen auch Dr. Sunjatsen gehört, genährt werden. Ein Pekinger Korrespondent des „Eclair" fühlt sich dadurch beunruhigt, daß Juanschikai

am 20. Februar die Lehre des Konfuzius zur Staatsreligion erklärt und allen Staatsdienern die Teilnahme an den religiösen Zeremonien der Festtage vorgeschrieben hat. Dadurch würden die Christen von allen Würden ausgeschlossen, auch hätten bereits Christenverfolgungen stattgefunden. Die Nachricht scheint wenig Glauben zu verdienen, da Juanschikai ausdrücklich allen Bekenntnissen vollste Freiheit zugesichert hat. Auch hier wird es gut sein abzuwarten, wie Theorie und Wirklichkeit sich zueinander verhalten, ehe ein Urteil formuliert wird.

Im nahen Orient beginnt es mit dem eintretenden Frühjahr wieder unruhig zu werden. Zwar haben die regulären griechischen Truppen Epirus geräumt, aber die Epiroten griechischer Nationalität setzen ihren Widerstand fort, so daß ein förmlicher Krieg entbrannt ist, der, wie es scheint, sich zugunsten der Albanier gewandt hat. Jedenfalls läßt sich hoffen, daß auf diesem Boden ruhigere Verhältnisse eintreten. Dagegen zeigen sich bulgarische Banden in den von Serbien annektierten Gebieten, die bulgarisch bevölkert sind, so daß neue Unruhen in Mazedonien drohen. In Thrazien aber spitzen sich infolge der Auswanderungs- und Einwanderungskonflikte die griechisch-türkischen Beziehungen zu. Die während des letzten Krieges vertriebenen Mohammedaner kehren in ihre inzwischen von Griechen okkupierten alten Sitze zurück und verdrängen die Griechen, die nun ihrerseits auswandern müssen. Es ist schwer, bei den von beiden Seiten erhobenen Beschuldigungen zu erkennen, was Wahrheit und was Unwahrheit oder Übertreibung ist. Auffallend sind die schweren Angriffe, welche die „Nowoje Wremja" gegen König Ferdinand von Bulgarien und den Kronprinzen Boris erhebt. Sie wirft beiden Verletzung der Verfassung vor, und rühmt dagegen den König Peter und den Karolewitsch Alexander, „welche die Grundlagen der serbischen Verfassung heilig halten, und es verstanden haben, Serbien aus ganz zerrütteten Verhältnissen zu der Höhe zu erheben, auf der es jetzt steht".

Wir erwähnen zum Schluß, daß die „Nowoje Wremja" sich einen groben Ausfall gegen den Botschafter Swerbejew erlaubt, weil er angeblich die in Berlin eintreffenden russischen Untertanen „en canaille" behandele. Er soll nämlich einen Herrn Popow nicht persönlich, sondern nur durch einen Sekretär der Botschaft empfangen haben. Nun ist Exzellenz Swerbejew unzweifelhaft einer der höflichsten und entgegenkommendsten Diplomaten, die Rußland im Auslande hat, so daß sich

a priori annehmen läßt, daß er gute Gründe gehabt haben muß, um jenen Ingenieur Popow nicht persönlich zu empfangen. Wahrscheinlich wird auch er bereits aus Erfahrung wissen, daß die Gallenergüsse der „Nowoje Wremja" mit innerer Notwendigkeit aus ihrer Thersitesnatur emanieren. Es hat uns nicht wundergenommen, daß tags darauf dasselbe Blatt eine Korrespondenz aus Paris brachte, die Herrn Iswolski als den comble diplomatischen Taktes und politischer Weisheit rühmte. Offenbar entspricht er dem Ideal der „Nowoje Wremja" mehr.

7. Mai. Kaiser Wilhelm trifft aus Korfu in Karlsruhe ein.
9. Mai. Versuch, die Dualahäuptlinge zum Anschluß an England zu bewegen.
11. Mai. Kämpfe zwischen mexikanischen Rebellen und Regierungstruppen bei Tampico.

---

13. Mai 1914.

Die Entscheidung in der Homerulefrage für Irland steht unmittelbar bevor. In spätestens acht Tagen wird die Bill zum drittenmal dem Oberhause zugehen, und wenn, wie wohl sicher ist, das Haus der Lords sich wie stets bisher ablehnend verhält, wird Mr. Asquith die Bill dem Könige zur Bestätigung vorlegen, und diese bestimmt erteilt werden. Aber in diesen letzten Tagen vor dem Definitivum wogt der Kampf um die Bedingungen, unter denen die Fügsamkeit Ulsters erreicht werden soll, besonders heftig zwischen den Parteien. Unionisten, Liberale und Iren ringen um jede Zeile des abzuschließenden Pakts. Es ist allerdings so, daß Homerule in Westminster wie im Fußballspiel zwischen den Parteien hin und her geworfen wird und daß die Iren die Befürchtung nicht los werden, daß sie die Kosten des Spiels zu tragen haben werden. Auch kann man im Zweifel darüber sein, was im Interesse Großbritanniens mehr zu bedauern wäre, ein unzufriedenes Ulster oder ein unzufriedenes Irland. Der Londoner Korrespondent des „Belfast News Letter" schreibt im Hinblick hierauf: „Ein hervorragender Führer der irischen Unionisten erklärte letzten Mittwoch, daß die Opposition es niemals dulden werde, daß die Homerulebill durchgeht, wenn sie nicht vorher eine Bürgschaft dafür erhalten habe, daß Ulster nicht in Homerule eingeschlossen werde. Würde eine Korrektur in diesem Sinne nicht gleichzeitig mit der Bill angenommen, so gebe es keine Sicherheit dafür, daß die Minister irgend ein Versprechen halten, das sie Ulster gegeben haben. „Es ist undenkbar, daß der Premier es wagen sollte, die Zustimmung des Königs zu erbitten, ohne vorher Ulster eine Garantie für seine Freiheit gegeben zu haben. Andernfalls würde eine provisorische Regierung eingesetzt werden, und Gegenmittel kämen zu spät. Die Unionisten werden ihr Bestes tun, die Bill

aufzuhalten, bis sie befriedigende Garantien erhalten haben." Man sieht, die Lage ist äußerst gespannt. Zu der feststehenden militärischen Bewaffnung der Ulsterleute ist erst jetzt eine steigende Beunruhigung der Iren in den übrigen Landschaften der Insel getreten. Auch sie bewaffnen sich und zugleich trifft die Regierung die unerläßlich gewordenen Maßregeln, um, wenn nicht anders, gewaltsam die staatliche Ordnung aufrecht zu erhalten. Beide, die Anhänger Carsons und die Redmonds zu befriedigen, ist offenbar nicht möglich. Mr. Asquith wird von zwei Übeln das mindere wählen müssen, steht aber insofern vor einer großen Schwierigkeit, als die Homerulebill, so wie das Unterhaus sie angenommen hat, in den Augen der Iren bereits ein Minimum von Konzessionen bedeutet und sie sich dieses nicht weiter mindern lassen wollen.

Neuerdings ist noch ein völlig unerwartetes Programm aufgetaucht. In London hat sich unter Führung von Lord Hythe eine neue Partei von etwa 50 Unionisten und Liberalen gebildet, die als „federal party" das bisher kaum ernst genommene Losungswort „Home Rule all round" für England, Irland, Schottland und Wales tatsächlich auf die Tagesordnung setzen will: eine aus allen Parteien bestehende konstitutionelle Versammlung soll eingesetzt werden, um ein System für die geplante Föderation auszuarbeiten. Wird die Arbeit nicht vor Ablauf der 6 Jahre Frist fertig, die für Ulster in Aussicht genommen wurden, bevor es sich freiwillig zum Anschluß an Asquiths „Homerule" bereit findet, so soll die Option auf weitere 6 Jahre ausgedehnt werden, danach aber das Föderativsystem gesetzlich festgestellt werden. Zunächst stellt die „federal party" sich die Aufgabe, möglichst viele Mitglieder der beiden großen Parteien in ihren Verband hineinzuziehen.

Wir haben den Eindruck nicht, daß damit die Schwierigkeiten gehoben werden, die mit der irischen Frage in Zusammenhang stehen. Vielmehr kompliziert sich die Lage noch mehr.

Dazu kommen weitere Schwierigkeiten in Südafrika und namentlich in Indien. Die letzten Wochen haben in der englischen Presse eine ganze Reihe von Artikeln gebracht, die sich mit der Zunahme der anarchistischen und revolutionären Bewegung in Indien beschäftigen. Neuerdings wenden auch die französischen Zeitungen diesem Problem ihre Aufmerksamkeit zu. Ob der „Temps" recht hat, wenn er am 11. Mai behauptet, daß es nur eine Handvoll unruhiger

Köpfe sei, von denen all das Unheil ausgehe, ist uns doch sehr zweifelhaft. Die eigentliche Gefahr, das Zusammengehen von Mohammedanern und Hindus, wird gar nicht berührt, während das „London Magazine" weit ernster der Wirklichkeit ins Gesicht sieht und den Mut findet, es auszusprechen, daß es sich keineswegs um einige Scharen von Aufwieglern handle. Vielmehr sei es eine Kette geheimer Gesellschaften, die wie ein Netz das ganze Land umfasse, und deren gefährlichste Mittelpunkte im Auslande zu suchen seien. In den Vereinigten Staaten, speziell in Kalifornien, sei das Hauptquartier, in dem die Führer ihren Sitz haben. Zu dem „Free Hindoustan", das vom „London Magazine" als Agitationsblatt aufgeführt wird, ist aber noch eine Reihe anderer Zeitschriften zu nennen, wie das „Indian Sociologist", „Bande Materam" und andere, die in Europa erscheinen. Broschüren würden in Millionen von Exemplaren unter Sepoys und Sikhs verbreitet und damit die Blüte der autochthonen Armee vergiftet. Was werde beim Ausbruch einer neuen Revolte wie die von 1857 geschehen? Die Loyalität der Sikhs sei nicht über allen Zweifel sicher und die Hinduarmee, die 325000 Mann zähle, enthalte nur 75 000 Weiße. Was könnten aber 75 000 gegen 300 Millionen ausrichten? So weit sei es freilich noch nicht gekommen, aber die Unzufriedenheit steige, und während ein englischer Arbeiter im Durchschnitt 16 Schilling wöchentlich verdiene, müsse der indische Bauer mit 12 Schilling im Jahre auskommen.

Die Hauptquelle der Unzufriedenheit werde aber durch die drei Geißeln erregt, die in Indien stets gleichzeitig auftreten: Armut, Pest und Hungersnot. In den letzten vierzehn Jahren seien nach offiziellen Angaben 6 Millionen an der Pest gestorben und sie nehme noch an Umfang zu. Von 1860—1900 starben 30 Millionen den Hungertod. Die Regierung tue das möglichste, dem Unheil zu steuern. Sie bekämpfe Ungeziefer und Ratten, die als Hauptverbreiter der Pest gelten, sie habe Tausende von Katzen eingeführt, aber die Pest dringe trotzdem weiter vor.

Gegen die englische Herrschaft hätten sich drei Parteien gebildet: die Gemäßigten, die Reformen verlangen, aber im Gehorsam bleiben, die Extremen, die den Kampf mit Bombe, Revolver und Dolch predigen, die Fortschrittler, die zwischen diesen beiden Parteien stehen, vielleicht ebenso entschlossen sind, wie die Extremen, aber ihr Tun verbergen. Das System der Kasten verschwinde und eine nationale Einheit bereite sich vor. An vielen Orten verbrüderten sich Mohammedaner und Hindus

gegen die Engländer. Die „Schutzstaaten", die nicht unter britischer Jurisdiktion stehen, aber seien von verdächtiger Loyalität. Das seien alles bedrohliche Symptome.

Wir glauben, daß der Pessimismus, der aus diesen Ausführungen spricht, allzu schwarz malt. Sollten Erhebungen stattfinden, so werden sie stets einen lokalen Charakter tragen, und die Verschiedenheit der Sprachen und Religionen tritt einer Einigung lähmend in den Weg, obgleich das Englische, als allgemein verbreitete Schriftsprache, die revolutionäre Propaganda fördert. Eine wirkliche Gefahr könnte nur eintreten, wenn ein mächtiger Impuls von außen her die mehr in dumpfer Starrheit als in leidenschaftlicher Erregung lebenden Massen in Bewegung setzt. Auch läßt sich nicht übersehen, daß unendlich viel geschieht, die Not jener Millionen zu lindern, und daß neuerdings immer mehr die Inder selbst zur Mitarbeit in Verwaltung und Justiz herangezogen werden. Auch ist fraglich, ob Indien überhaupt fähig ist, anders als unter Vormundschaft zu leben. Im Prinzip ist diese Vormundschaft entschieden wohlwollend; kann ihr die Wirklichkeit nicht immer entsprechen, so ist das unvermeidlich. Offenbar spielt auch auf indischem Boden die nervöse Erregung mit, die seit den japanischen Siegen über Rußland das gesamte farbige Asien ergriffen hat und von dort aus auch Nordafrika erregt, wo die sich bedrängt fühlende islamische Bevölkerung in unsicherer Ruhe ihrer Stunde harrt. Der tripolitanische Krieg und in noch weit höherem Grade die ununterbrochene kriegerische Aktion Frankreichs in Marokko lassen diese Wunde nicht vernarben, und es ist uns sehr zweifelhaft, ob die soeben vollzogene Eroberung von Taza, durch welche die Straße von Marokko nach Algier erschlossen ist, den algerischen Frieden nach Marokko oder den marokkanischen Krieg nach Algier führen wird.

Der Wahlkampf in Frankreich hat inzwischen seinen Abschluß gefunden. Es treten 190 neue Mitglieder in die Kammer, die Sozialisten sind die stärkste der Parteien geworden und zunächst ist nicht daran zu denken, daß das Ziel der Partei Poincaré, das Ministerium Doumergue zu stürzen, erreicht werden kann. Sollte es aber aus anderer Ursache über kurz oder lang zurücktreten müssen, so ist es weit wahrscheinlicher, daß es einem Kabinett Jaurès, als einem neuen Ministerium Briand, wird weichen müssen. In Frankreich stimmen die Bauern sozialistisch, und das erklärt es, daß sie in allen Steuerfragen mit großer

Schonung behandelt werden und geradezu eine privilegierte Stellung genießen. Dabei sind die französischen Finanzen immer mehr in Unordnung geraten. Der „Temps" spricht sich darüber in höchster Sorge aus: „Das Budget für 1914 ist nicht votiert, seit 40 Jahren zum ersten Male wurde die Kammer geschlossen, bevor sie ihre vornehmste Aufgabe, Sicherung der Einnahmen und Ausgaben, erfüllt hat. Obgleich die Ausgaben für Marokko und für das Militär nicht in das Budget aufgenommen worden sind, beträgt das zugestandene Defizit 200 Millionen, und das Gesetz des provisorischen Zwölftels hat eine außerordentliche Emission von 100 Millionen kurzterminierter Obligationen genehmigen müssen, damit die normalen Ausgaben gedeckt würden. Endlich ist nicht ein Centime weder für Marokko, dessen laufende Ausgaben auf 229 Millionen geschätzt werden, noch für die außerordentlichen Ausgaben von Heer und Flotte vorgesehen, die 1914 auf 616 Millionen festgesetzt wurden. Man hatte die Willigung für die Landesverteidigung auf die Zeit nach den Wahlen verschoben!" Die Schuld an alle dem treffe Caillaux, der die von Barthou bereits gebilligte große Anleihe von 1200 Millionen wieder zurückzog — aber Caillaux ist wiedergewählt worden und seine Partei hat gesiegt. Man kann es wohl verstehen, wenn die Männer vom „Temps" darüber den Glauben an die unfehlbare Weisheit des allgemeinen Stimmrechts verlieren.

Am 7. Mai haben die erwarteten stürmischen Szenen in der Duma stattgefunden. Die Sozialdemokraten haben den Ministerpräsidenten Goremykin nicht zu Worte kommen lassen, so daß der Präsident der Duma sich schließlich genötigt sah, die schwerste Ordnungsstrafe, Ausschluß für 15 Sitzungen, über sie zu verhängen und einen von ihnen gewaltsam aus dem Sitzungssaale entfernen zu lassen. Die Strafe galt aber nur dem pöbelhaften Gebaren jener Schar der 21 Sozialisten, nicht ihrem Protest als solchem. Die gesamte Duma ist, wie die Debatten der folgenden Tage gezeigt haben, darin einig, sich die Freiheit des Wortes nicht beeinträchtigen zu lassen, und damit ist die Wahrscheinlichkeit neuer Konflikte gegeben. Bei Schluß der Generaldebatte über das Budget machten die Führer der Kadetten und Progressisten Miljukow und Jefremow den Versuch, den Bruch mit der Regierung schon jetzt herbeizuführen, indem sie den von 72 Stimmen unterstützten Antrag stellten, das Budget „en bloc" zu verwerfen, aber die Majorität stimmte dagegen; es ist jedoch wahrscheinlich, daß die

Willigungen für bestimmte Ministerien abgelehnt werden. „Jefremow — schreibt ein Korrespondent des „Temps" aus Petersburg — sagte laut, was alle hier im stillen denken, als er von der für das Land unheilvollen Rolle sprach, die Intriganten spielen, die ihre Laster verdecken und unter dem Deckmantel der Religion Demoralisation verbreiten; er spielte damit auf die hiesige graue Eminenz, Herrn Rasputin, an, der an hoher Stelle so mächtig ist und dessen Verhalten beginnt, die öffentliche Meinung zu exasperieren."

Daß das russische Militärbudget nicht zu den abgelehnten Positionen gehören wird, ist sicher. Die halbe Milliarde Rubel, welche die Regierung fordert, wird ohne Murren gewilligt werden, in dieser Hinsicht sind Regierung und Volksvertretung eines Sinnes. Welche Stellung Kaiser Nikolaus II. zu den letzten Ereignissen nehmen wird, steht noch nicht fest. Herr Kriwoschëin, der Landwirtschaftsminister, der Ministerpräsident Goremykin und Herr Ssasonow reisen nach Livadia, wo die Entscheidung wohl fallen wird. In Petersburg meint man, daß Kriwoschëin als Ministerpräsident zurückkehren oder aber Maklakow als Minister des Innern ablösen werde. An einen Wechsel der Regierungspolitik im Sinne der Duma glaubt wohl niemand. Vielmehr ist die Ansicht verbreitet, daß die Absicht bestehe, die Duma in die Stellung einer bloß beratenden Versammlung zurückzudrängen. In diesem Sinne hat sich Jefremow dem Korrespondenten des „Temps" gegenüber ausgesprochen. Auf dieses Ziel werde die Regierung ohne Staatsstreich langsam hinarbeiten, bis schließlich, wenn alle Ventile geschlossen seien, eine Explosion provoziert werde. Goremykin erkenne das und habe die besten Absichten, stoße aber in seinem Kabinett auf Widerstände, deren er nicht Herr werden könne, eine Anspielung, mit der offenbar der Minister des Innern Maklakow gemeint ist.

Die Reise Ssasonows nach Livadia hat mit diesen Dingen nichts zu tun. Er will beim Empfange der türkischen Delegation zugegen sein, die, wie es heißt, dem Zaren einen eigenhändigen Brief des Sultans überbringt. Auch Herr v. Giers, der russische Botschafter in Konstantinopel, ist nach Livadia befohlen worden. Viele Anzeichen weisen darauf hin, daß die Türkei eine politische Schwenkung nach Rußland zu vorbereitet. Sie wird offenbar durch Furcht zu diesem Schritt bewogen und dabei Erfahrungen wiederholen, die sie in früheren Zeiten gemacht hat. Rußland hat ja stets die Politik verfolgt, der beste Freund der

Türkei zu sein, und die Türkei kann noch jetzt dasselbe Lied jederzeit von der russischen Presse hören — wenn es gerade vorteilhaft ist. Rußland ist jetzt ja auch der beste Freund von Persien.

Mahomet-Ali, der Vater des jungen Schah Sultan Achmet, und seine Gemahlin unternehmen eine Wallfahrt nach Mekka und wollen auf der Rückreise, „wenn die Umstände es gestatten", nach der Krönung einen kurzen Besuch in Teheran machen.

In dem mexikanischen Wirrwarr ist noch keinerlei Klärung eingetreten. In Washington sitzen die Vertreter von Huerta und Carranza sowie Felix Diaz, alle gleich anspruchsvoll und hoffnungsvoll, während an der kanadischen Grenze in Niagara-Falls die Verhandlung mit den südamerikanischen Vermittlern stattfindet. Die Aussicht, daß sie einen Frieden zustandebringen, ist jedoch außerordentlich gering. In Mexiko wütet der Krieg weiter, die Vereinigten Staaten rüsten und werden wahrscheinlich, sobald die Regenzeit vorüber ist, in Mexiko einrücken. Der Präsident Wilson vertritt noch immer die These, daß er im Frieden mit Mexiko lebt, und seine Anhänger in Amerika meinen, daß er eine Politik großen Stils im Sinne hat. Man spricht von ihm bereits, als werde er ein zweiter Lincoln sein. Die Gegner meinen, er habe die Demokraten für lange Zeiträume regierungsunfähig gemacht, und die nächsten Wahlen würden einen erdrückenden Sieg der Republikaner bringen.

Daß die albanische Frage durch den Epiruskonflikt wiederum einen sehr ernsten Charakter angenommen hat, erklärt sich, auch abgesehen von der schwer zu rechtfertigenden Unterstützung, die, bei äußerlich korrekter Haltung, die griechische Regierung unter der Hand den hellenischen Epiroten zuteil werden läßt, durch die Tatsache, daß seit Anfang vorigen Jahres die Griechen tatsächlich Herren des Landes waren und es nun national zu behaupten entschlossen sind. Sie rechnen wohl darauf, daß, wenn sie auch jetzt die Oberherrlichkeit Albaniens ohne Zweifel werden anerkennen müssen, die Zukunft ihnen die Vereinigung mit dem griechischen Mutterlande bringen werde. Auch sind die Erfolge, die sie bisher errungen haben, doch so bedeutend, daß Fürst Wilhelm sich der Notwendigkeit nicht entziehen kann, ihnen große Zugeständnisse zu machen. Die jetzt in Korfu tagende Konferenz, auf welcher die Vertreter der epirotischen Rebellen — denn das sind sie doch — in stolzer Haltung ihre Gegenforderungen dem Garantieentwurf, der

ihnen von albanischer Seite geboten wird, entgegensetzen, wird aller Wahrscheinlichkeit nach zu einem Kompromiß führen, dessen Vorteile ihnen zufallen. Das wäre, so wie die Dinge liegen, immer noch ein günstiger Ausgang, der für die nächste Zukunft wenigstens auf dieser arg bedrohten Stelle des Balkan den Frieden sichern könnte. Scheitern dagegen die Verhandlungen, so ist ein Einschreiten Italiens nicht ausgeschlossen. Die öffentliche Meinung der Italiener ist jetzt gerade besonders erregt und fürchtet jedes Vordringen griechischen Einflusses an die östlichen Ufer der Adria [1]).

Einen höchst unangenehmen Eindruck haben die antiösterreichischen Demonstrationen italienischer Volkshaufen gemacht, die um so unerfreulicher sind, als sie durch keinerlei äußern Anlaß hervorgerufen waren und natürlich ohne jeden Einfluß auf die Politik der beiden verbündeten Mächte sein werden. Wir wollen ihnen daher auch keine größere Bedeutung beimessen, als dem Ausdruck übler Laune zukommt, der urteilslose Massen ziemlich leicht nachzugeben pflegen.

Weit ernster sind die österreichischen „Homerule"fragen, wenn wir diesen englischen Begriff auf die Verhältnisse der habsburgischen Monarchie übertragen dürfen. Der nationale Egoismus der Volksstämme, die in beiden Reichshälften miteinander hadern, setzt sich rücksichtslos über die Gesamtinteressen der Doppelmonarchie hinweg. Wir denken dabei namentlich an das Liebäugeln der Opposition im ungarischen Parlament mit Rußland, das ein solches Verhalten seiner Untertanen politischen Nachbarn gegenüber als Landesverrat verfolgen und bestrafen würde, aber natürlich diesen neuen Verehrern ein möglichst freundliches Gesicht zeigt. Fast noch unerquicklicher liegen die Dinge in Böhmen, wo sowohl das Ministerium Stürgkh als der Statthalter Fürst Thun zum Nachteil der Deutschböhmen eine entschieden tschechische Politik betreiben. Wenn irgendwo, so wäre auf diesem Boden eine säuberliche Scheidung der beiden Nationalitäten die Rettung aus Fährlichkeiten, die, wie die Erfahrung sattsam gezeigt hat, auf anderm Wege nicht zu beseitigen sind.

---

[1]) Eine sehr lehrreiche Einführung in die albanischen Verhältnisse bringt eine soeben erschienene Publikation von Rudolf Rotheit: Aus Albaniens Werdetagen. Balkanverlag. Berlin 1914.

11.—16. Mai. Stürmische Verhandlungen in der Duma.
14. Mai. Eröffnung des türkischen Parlaments.
16. Mai. Meuterei in Mexiko.
20. Mai. Friedenskonferenz in Niagara-Falls.

---

20. Mai 1914.

Die Erwägungen, die von der französischen Presse jetzt, nach Abschluß der Stichwahlen, über die Haltung der neuen Kammer angestellt werden, lohnt es nicht wiederzugeben. Sie drücken Erwartungen und Hoffnungen aus, für welche zunächst eine sichere Grundlage fehlt. Wie sehr das der Fall ist, zeigen die ganz verschiedenen Ergebnisse, zu denen der „Temps" (Partei Poincaré) und das Ministerium des Innern (Partei Doumergue-Caillaux) bei Gruppierung der Abgeordneten gelangen. Der „Temps" findet, daß die Kammer den Sozialisten eine Majorität von 63 entgegenzusetzen haben werde, während die Berechnung des Ministeriums eine Majorität von 137 Stimmen für das Gefolge Herrn Doumergues herausrechnet. Beide Berechnungen sind gleich optimistisch angelegt. Man wird die neue Kammer erst beurteilen können, wenn sie eine Reihe von Abstimmungen hinter sich liegen hat. Bis auf weiteres halten wir an unsrer ursprünglichen Annahme fest, daß die dreijährige Dienstpflicht Gesetz werden wird und ebenso, daß die Kammer die Milliardenanleihe nicht versagen kann, die man von ihr fordern wird. Alles weitere ist völlig unsicher. Um so mehr interessieren uns die Stimmen, die aus guter Kenntnis die Zustände und Wünsche derjenigen Kreise schildern, die man gewohnt ist unter dem Ausdruck, die öffentliche Meinung Frankreichs zusammenzufassen, was keineswegs identisch mit den Meinungen zu sein pflegt, die uns aus der Pariser Presse entgegentönen. Wir haben vor wenigen Tagen in der Aula unsrer Universität die Stimme eines der hervorragendsten Vertreter der abseits von der großen Heerstraße wandelnden Geister Frankreichs gehört: Herrn Boutroux. Er sprach von der deutschen

und von der französischen Seele und davon, was sie beide einander sein könnten. Der glänzende und tief durchdachte Vortrag streifte mit keiner Andeutung die Frage des politischen Denkens beider Nationen, er berührte überhaupt nicht die Gegenwart. Was ihn beschäftigte, war der Untergrund nationaler Denkweise, die durch Stammesanlage und historische Entwicklung Verschiedenheiten gezeitigt hat, die eine besondere, unvertilgbare Form angenommen haben, wie sie wohl jeder aufmerksame Beobachter empfindet, aber unsres Wissens keiner mit größerer Bestimmtheit und Sicherheit dargelegt hat. Der unbewußte Zusammenhang mit der Antike, nicht der griechischen, sondern der römischen, lebt in Frankreich fort, aber der starke keltische Einschlag hat eine besondere Färbung zur Folge gehabt, die weniger die Sprache als das politische Leben Frankreichs bestimmt. Vor uns liegen zwei Bücher, die jene politischen Probleme ins Auge fassen. Alphonse Séché hat unter dem Titel: Le désarroi de la conscience française. Paris 1914, eine Studie über die innern Verhältnisse Frankreichs veröffentlicht, die, wie schon der Titel andeutet, höchst pessimistisch gerichtet ist. Séché ist vor allem Literarhistoriker, ein Kenner nicht nur der französischen, sondern der Weltliteratur. Als Politiker ist er, soweit wir sehen, hier zum ersten Male an die Öffentlichkeit getreten, und zwar als ein konservativer Geist, der die sozialistischen Utopien mit größter Entschiedenheit zurückweist, aber in ihnen doch nur eines der Symptome jener Verwirrung des französischen Gewissens erkennt, die er in Zorn und Liebe seinem Volke mit rücksichtslosem Pinsel vorführt. Auf dem Gebiete der Kunst, des Gemüts (le désarroi sentimental), der Moral und der Sitten, der Religion, der Politik und des Patriotismus findet er überall die gleiche Unklarheit und Unsicherheit, und das wird an einer langen Reihe ergreifender Tatsachen klargelegt, die wir nicht aufführen wollen, weil sie, aus dem großen Zusammenhange gerissen, den Eindruck feindseliger Parteilichkeit machen müßten. Was uns meist an dem Buche von Séché interessiert hat, ist, daß wir in ihm ein neues Anzeichen erblicken, daß der von dem offiziellen Frankreich seit dem Sturze Mac Mahons von allen Ministerien verfolgte französische Katholizismus sein Haupt wieder zu erheben beginnt und zum Angriff übergeht. Nur eine Bemerkung sei noch hergesetzt. Séché schickt seinem Buche ein Motto aus Gustave Flaubert voraus: „Genie ist jetzt nicht selten, aber was niemand mehr hat und was man zu haben suchen sollte „c'est la conscience". Flaubert

starb 1880. Die Krisis des Gewissens mußte also bereits vorher bestanden und heute über dreißig Jahre gedauert haben.

Das zweite Buch, auf das wir hinweisen wollen, führt den Titel [1]) „Der bewaffnete Friede und das Elsässer Problem nach dem Urteil der neuen Generationen Frankreichs". Der Inhalt läßt sich in wenigen Worten zusammenfassen. Die junge Generation Frankreichs, d. h. die nach 1875 geborenen Männer, sind überzeugt, daß eine politische Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich notwendig und möglich sei, und zwar: weil die Elsässer und Lothringer keinen Krieg wollen, Frankreich aber nach dem Kriege den Elsaß-Lothringern versprochen habe, die Politik zu unterstützen, für welche die Elsässer sich selbst entschieden hätten; daher müsse man ihre Bemühungen, „lokale Autonomie" zu erhalten, begünstigen, und es sei die Pflicht jedes klarblickenden Franzosen, öffentlich und nachdrücklich zu erklären, daß die Hoffnung, beide Provinzen zurückzugewinnen, ein unfruchtbares Ideal sei, das, von den Elsässern selbst als aller Wahrscheinlichkeit und jeder vernünftigen Hoffnung widersprechend, abgelehnt werde. Die seit 15 Jahren verfolgte Politik Frankreichs, in aller Welt der deutschen Politik entgegenzuarbeiten, sei fruchtlos und gefährlich, und daher fordern die Verfasser des Buches und die Unterzeichner des vorausgeschickten Manifestes, dessen Hauptsätze wir soeben aufgeführt haben, daß Frankreich die Politik der Entspannung und der Annäherung an Deutschland wieder aufnehme, die 1880 Jules Ferry einleitete und die 15 Jahre lang von Freycinet und Hanotaux fortgesetzt wurde, um eine Annäherung zwischen beiden Allianzgruppen vorzubereiten und eine freundschaftliche Beschränkung der Rüstungen zu beantragen. Folgen 71 Unterschriften. Das alles klingt höchst erfreulich, wird aber durch die Ausführungen des Buches praktisch wieder ad absurdum geführt, wenn uns von seiten der Verfasser als Voraussetzung ihrer Freundschaft eine Reihe von Bedingungen gestellt wird, die das „régime odieux de dictature et d'opression que les Alsaciens subissent" beseitigen sollen. Diese Bedingungen gehen teils auf völlige Unkenntnis der tatsächlich bestehenden Rechts- und Verfassungsverhältnisse Elsaß-

[1]) La paix armée et le problème d'Alsace dans l'opinion des nouvelles générations Françaises. Paris 1914. Als Autoren zeichnen Marcel Lawent, Philippe Norard, Alexander Mercereau.

Lothringens zurück, teils bedeuten sie einen Eingriff in das Verfassungsleben des Reichs, so daß sich darüber nicht diskutieren läßt. Verlangt wird nämlich: Für die Schulen das Recht, beide Sprachen zu lehren, das Recht der Budgetbewilligung, das Recht, Elsässer und Lothringer zu staatlichen Stellungen zu ernennen — lauter Dinge, von denen die Herren glauben, daß unser régime odieux sie ausschließe — und danach die allerdings unglaublich naive Forderung, daß im Elsaß ein parlamentarisches Regiment mit Ministerverantwortlichkeit eingeführt werde. Die Herren scheinen nicht zu wissen, daß das Deutsche Reich kein parlamentarischer, sondern ein konstitutioneller Staat ist, und zu vergessen, daß der Parlamentarismus sich auf dem Kontinent, und zwar speziell in Frankreich, keineswegs als begehrenswertes politisches Ideal erwiesen hat. Immerhin erkennen wir die Tendenz, die dem Buch zugrunde liegt, durchaus an; aber Bedingungen, nach denen sie ihre Politik einzurichten haben, lassen Kaiser und Reich sich nicht vorschreiben. Elsaß-Lothringen hat an Rechten alles erhalten, was zurzeit möglich ist, und da selbst wir nicht voraussehen und voraussagen können, welches die weitere Entwicklung des Reichslandes sein wird, werden unsere Nachbarn jenseits der Vogesen sich dabei beruhigen müssen. Die Verfasser des „Problème d'Alsace" weisen auf die Zeit hin, da das Regiment in ihre Hände übergehen wird; wir sind bereit, diese Zeit abzuwarten. Vielleicht werden sie sich bis dahin über Elsaß-Lothringen genauer orientiert haben, als es bis heute geschehen ist.

In England zieht sich die Entscheidung über die Homerulefrage doch weiter hinaus, als vor acht Tagen angenommen wurde. Die Bill wird erst zu Pfingsten im Unterhause erledigt und danach dem Hause der Lords zur dritten Abstimmung vorgelegt werden. Weitere Vorschläge zur Änderung der Bill werden nicht eingebracht werden. Dagegen hat Mr. Asquith erklärt, daß die Regierung „die Verantwortung für ein Amendement auf sich nehmen wolle, in der Hoffnung und im Glauben, daß es als Ergebnis vereinbarter Zusammenarbeit derjenigen Personen aller Parteien des Hauses, die eine Erledigung der Frage wünschen, vielleicht in einer andern als der ursprünglichen Gestalt, tatsächlich zu gleicher Zeit mit der Homerulebill Gesetz werden könne". Der „Economist", an dessen Formulierung wir uns halten, fährt fort: „Die Opposition ist gebunden, die Bill abzulehnen. Sie wird sie mit keinem jetzt möglichen Amendement annehmen. Auch

steht fest, daß im Hause der Lords eine zweite Lesung nicht erfolgen wird. Anträge, die im Unterhause gemacht werden, würden keine Berücksichtigung finden, daher nutzlos sein und nur zu Zeitvergeudung führen. Andererseits wird, nach Annahme der Bill, ein Antrag des Prime Ministers die Hoffnung bieten, daß unter gegenseitiger Zustimmung eine Vereinbarung getroffen wird, die bestimmte Teile von Ulster ausschließt und dadurch die Gefahr von Unordnungen auf das Mindestmaß reduziert." Bei alledem ist die Lage noch immer unsicher und unklar. Die Unionisten hoffen, daß ihnen im letzten Augenblick noch weitere Zugeständnisse gemacht werden könnten, den irischen Nationalisten gehen die Zugeständnisse bereits zu weit, auch ist — was der „Economist" für unglaublich hält — ein Gerücht verbreitet, daß das liberale Ministerium selbst darauf ausgehe, eine Niederlage zu erleiden. Vor wenigen Tagen war es nahe daran, durch Überrumpelung in Minorität gesetzt zu werden, und nur die Zähigkeit der Iren, die fast vollzählig erschienen waren, rettete das Kabinett.

Am 15. Mai hat die zweite Lesung der schottischen Homerulebill im Unterhause begonnen. Sie geht lange nicht so weit wie das irische Homerule, gewährt aber den Frauen das Wahlrecht und sieht nur eine Kammer für spezifisch schottische Angelegenheiten vor, während im übrigen das Verhältnis zum Parlament von Westminster unverändert bleibt.

Eine Reform scheint für die Verwaltung Indiens jetzt tatsächlich in Aussicht zu stehen. Schon im Juli vorigen Jahres hatte die Regierung durch Lord Crewe im Hause der Lords angekündigt, daß sie das Council of India, das ist die dem Staatssekretär für Indien zur Seite stehende beratende Körperschaft, reformieren wolle. Es wurde damals jedermann aufgefordert, sich zu äußern, der neue Gedanken über diese Frage vorzubringen habe. Eine Antwort hat soeben Sir William Wedderburn, einer der besten Kenner Indiens, in einer Broschüre gegeben, die den Vorschlag bringt, ein Drittel des Indiarats durch Mitglieder zu besetzen, die aus den Legislativen gewählt werden sollen, welche dem Vizekönig und den indischen Provinzialgouverneuren beratend zur Seite stehen. Dieser Gedanke war schon 1858 aufgetaucht, damals aber als praktisch unausführbar zurückgewiesen worden, weil es nicht möglich schien, geeignete Persönlichkeiten zu finden. Heute fällt, bei der großen Zahl gebildeter Inder, dieser Einwand fort. Jeden-

falls ist es ein Zeichen kühner Folgerichtigkeit, daß trotz der Schwierigkeiten, welche sich aus der nationalistischen Erregung der Inder ergeben, die englische Regierung sich in ihren Reformplänen und in der Heranziehung der Indigenen zur Regierung des Landes nicht irre machen läßt. Die Verlegung der Verwaltungszentrale nach Delhi scheint sich dagegen immer mehr als ein Fehler herauszustellen. Kalkutta will nicht abdizieren und Delhi nicht recht aufkommen. Auch haben die Kosten der Verlegung sich weit höher gestellt, als ursprünglich angenommen wurde, ohne daß die wohltätigen Folgen eintraten, die man von der zentralen Lage der Residenz erwartete.

Aufsehen hat die Rede gemacht, die der scheidende Generalgouverneur von Australien, Lord Denman, vor dem Parlament des Commonwealth gehalten hat. Er sagte, er sei lange genug in Australien gewesen, um mit der Politik „Australien für die Weißen" zu sympathisieren. Australien werde noch für lange Jahre seine Zuversicht auf England richten müssen, auf die Verträge Englands mit irgendwelcher fremden Macht aber werde es sich nicht verlassen. Wenn er nach England zurückkäme, wolle er mit Lord Churchill darüber reden. Da damit in nicht mißverständlicher Weise auf Japan hingewiesen wurde, ist es begreiflich, daß die Rede lebhaften Beifall fand. In London und Tokio wird sie weniger gefallen.

Einen höchst leidenschaftlichen Charakter haben, auch nach Ausschluß der 21 Sozialisten, die weiteren Verhandlungen in der Duma genommen. Am 11. Mai stand das Budget des heiligen Synod zur Beratung. Der Obergouverneur Sabler stieß auf einmütigen Angriff aller Parteien des Hauses und fand nur ungeschickte und schüchterne Worte der Verteidigung. Am auffallendsten war es wohl, daß das Treiben jenes Rasputin unbarmherzig vor die Öffentlichkeit gezogen wurde, obgleich damit nicht nur gewisse hocharistokratische Salons der Petersburger Gesellschaft, sondern auch ganz direkt der Hof bis in seine Spitzen in Mitleidenschaft gezogen wurde. Miljukow brachte unter Berufung auf den „Kolokol", der ein offiziöses Organ des Synod ist, die unwidersprochene Behauptung vor, daß im vorigen Jahr die Entscheidung über Krieg oder Frieden in den Händen Rasputins gelegen habe, und schloß mit den Worten: „So liegt die Kirche in den Banden der Hierarchie, die Hierarchen sind Gefangene des Staates, und der Staat ist der Gefangene — eines Landstreichers." Der rauschende

Beifall, den der Redner fand, zeigte die Stimmung der Kammer. Von mehreren Seiten wurde auf die Notwendigkeit der Berufung eines Konzils hingewiesen, woran jedoch schwerlich zu denken ist, da auch die Geistlichkeit, die Bischöfe mit eingeschlossen, in bitterem Gegensatz dem Synod gegenüber steht. Bei alledem ist wider die ursprüngliche Absicht das Budget des heiligen Synod schließlich bewilligt worden. Die Landschaftsoktobristen fielen im letzten Augenblick um, und der rechte Flügel zeigte sich an Zahl dem Zentrum und der Opposition überlegen. Aber eine der letzten Reden vor der Schlußabstimmung richtete sich wiederum gegen Rasputin. Der Fürst Mansyrew wies zunächst auf das gescheiterte Manöver des Synod mit Iliodor hin, und fuhr dann fort: an seiner Statt wurde ein andrer Politiker losgelassen, der hier schon vielfach genannt worden ist, mit dessen Namen die schimpflichsten Laster verbunden sind. Ich brauche ihn nicht zu nennen, er ist allen bekannt. Man hat ihn losgelassen, um Verbindungen mit den höchsten Kreisen anzuknüpfen, und die Vertreter der geistlichen Gewalt erwarten dieses Subjekt am Bahnhof, wenn er in Petersburg eintrifft. Dieses Subjekt wird von den unglücklichen Damen der vornehmsten Gesellschaftskreise fast angebetet, und zur Befriedigung schimpflicher Instinkte wird dieses Subjekt in das Zentrum des Reiches eingeführt und von dort breitet sich die Pest seines schmutzigen Einflusses überall aus. (Lauter Beifall.) Und die rechtgläubige Behörde sieht das alles ruhig an und beschützt das Subjekt. Es ist unmöglich weiterzugehen. Der gesunde Sinn des russischen Volkes aber wird allen denen, die es um geistiges Brot bat und die ihm Steine gaben, sagen: „Wehe Euch, ihr Schriftgelehrten, Pharisäer und Heuchler, ihr verschließt den Menschen das Himmelreich, ihr geht weder selber ein, noch laßt ihr die eindringen, die gerne hinein wollten."

Am 12. Mai fand danach die fast noch leidenschaftlichere Debatte über das Ministerium des Innern statt, die bis zum 16. fortgesetzt wurde, und deren Inhalt die Übergangsformel zur Tagesordnung, die von den Oktobristen und dem Zentrum eingebracht wurde, ganz treffend folgendermaßen zusammenfaßt: „daß das Ministerium des Innern die Wünsche der Duma ignoriert, daß seine Politik die Landschafts- und städtischen Institutionen bedrückt und beschränkt, den lokalen Kräften Abbruch tut, die Willkür begünstigt, Unzufriedenheit und Unruhe in den ruhigen Schichten der Bevölkerung erregt, der Ausführung allerhöchster Mani-

feste entgegenwirkt, daß dies in seiner Summe die Macht Rußlands schwächt und unzählige Gefahren heraufbeschwört."

Die erste Rede hielt der bekanntlich zur äußersten Rechten gehörende Abgeordnete Purischkewitsch. Er begann mit einem Kompliment an den Minister Maklakow, der ja auch zur Rechten gehöre, brachte aber darauf recht nachdrücklich seine Beschwerden vor. Bei der Maifeier hätten 130 000 Arbeiter in Petersburg mit roten Flaggen unter Absingen der Marseillaise demonstriert, nur 400 seien verhaftet worden und die Führer entkommen. Darauf legte er der Duma zwei Dokumente vor. Das erste war der Plan eines Streiks auf den Handelsflotten des Schwarzen und des Kaspischen Meeres, der danach gleichzeitig auf das Baltische und das Weiße Meer übergehen sollte, und dessen Organisation eingehend dargelegt wurde. Er knüpfte daran die Anfrage, ob die Regierung wisse, daß die Absicht bestehe, den Streik der Handelsflotte in eine Revolution der Kriegsflotte ausmünden zu lassen? In geschlossener Sitzung werde er Näheres darüber mitteilen.

Das zweite Dokument, das er auf den Tisch des Hauses niederlegte, war eine vom Hauptstab der polnischen Organisation Mieczeslaw und Josif in Lemberg am 31. Oktober 1913 unterzeichnete Anweisung an die in Rußland lebenden Polen zur Verbreitung eines Aufrufs der Partei polnischer Sozialisten vom Februar 1913, in welchem es heißt: „Das polnische Volk, das leben und sich entwickeln will, muß für den Fall eines Krieges Österreichs und Deutschlands mit Rußland alle seine Kräfte gegen das russische Reich richten. Die Befreiung des Zartums Polen von der russischen Knechtschaft ist unsre Aufgabe im Kriegsfall. Deshalb ermahnen wir alle Polen, bei Beginn des Aufstandes gegen die zarische Regierung, jeden Hader einzustellen, nur dem Gedanken der Befreiung des Vaterlandes zu leben und sofort Sammlungen zu diesem Zweck zu veranstalten. Zum Kampfe rufen wir unsre jüdischen Mitbürger auf, die wir im befreiten Polen als gleiche unter gleichen halten werden, und die wie wir verpflichtet sind, alle Kräfte an die Befreiung des Vaterlandes zu setzen." Es schloß sich hieran eine außerordentlich scharfe Kritik, die sich gegen die Gouverneure richtet, von denen er sieben mit Namen nannte, unfähige oder anrüchige Leute, die beseitigt werden müßten, und endlich empfahl Purischkewitsch die Begründung eines Fonds von 5 Mill. Rubel, um die Revolutionäre zu beaufsichtigen und die rechtsstehende Presse zu unterstützen. Das

war die Kritik eines wohlwollenden Freundes des Ministers, man kann sich danach eine Vorstellung davon machen, welche Töne die Opposition anschlug. Sie gipfelten in der Rede Miljukows, der von der Regierung sprach, die Gott offenbar damit bestraft habe, daß er ihr die Fähigkeit nahm, zu verstehen, was man ihr vorhalte.

Die Debatte am 16. war weniger leidenschaftlich, aber um so bitterer infolge der langen Reihe von Tatsachen, die dem Ministerium des Innern vorgehalten wurden, um den Nachweis zu bringen, daß es seinen Pflichten nicht genüge. Wir heben einige dieser Tatsachen, die von allgemeinerem Interesse sind, aus der eingehenden Rede des Abgeordneten Tschelnokow hervor. Die geheimen Mittel des Ministers betrugen bis zum Manifest vom 17. Oktober 3 Millionen Rubel, jetzt beträgt sein unkontrollierter Geheimfonds 3 887 000 Rubel. Aus diesen ungeheuren Mitteln, die ihm eine fast unbeschränkte Macht geben, sei nichts für die Selbstverwaltung der riesig anwachsenden Städte und ihrer schreienden Bedürfnisse verwendet worden. Die städtische Bevölkerung wachse um 12 v. H. jährlich, Moskau würde nur von New York an Schnelligkeit des Wachstums übertroffen, und doch geschehe nichts, um die unleidlichen Wohnungsverhältnisse der armen Bevölkerung zu bessern. Ähnlich lägen die Verhältnisse in Petersburg. Von den 1084 Städten Rußlands hätten nur 192 eine Wasserleitung, außer Moskau nur 12 eine Kanalisation. Das Budget der russischen Städte, das 1909 etwa 181 Millionen betrug, sei zehnmal geringer als das der japanischen Städte. Alle Städte schlössen alljährlich ihr Budget mit einem Defizit, und obgleich sie keinerlei Mittel zur Verschönerung und zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu verwenden hätten, wachse das Budget der Städte alljährlich um 12 800 000 Rubel. Durch Anleihen könnten sie sich nicht helfen, da sie keinerlei Sicherheit für die Zahlung der Zinsen bieten können. Die Regierung habe nichts getan, um diesen Übelständen abzuhelfen. Die Sterblichkeit in den russischen Städten sei größer als in allen Städten Europas usw. Wir können auf das Detail des trüben Bildes, das der Redner entwarf, nicht eingehen. Der Schluß seiner Ausführungen gipfelte in einem scharfen Angriff gegen die Person des Ministers. Dann folgte nach einigen Reden von minderer Bedeutung, die Abstimmung über die einzelnen Positionen des Budgets. Der Kredit für die Zentralinstitutionen des Ministeriums wurde mit 201 gegen 84 Stimmen bewilligt, wie bereits vorher vereinbart war. Man wollte die Verwaltung nicht

lähmen. Dagegen wurden die kleinen Positionen des Budgets, etwa 700000 Rubel, fast alle abgelehnt, und zwar unter den Hurrarufen des Hauses, und schließlich das von dem Abgeordneten Lwow eingebrachte Tadelsvotum, ebenfalls unter lautem Beifall des Zentrums und der Linken, angenommen. So endete die stürmische Sitzung. Was werden die folgenden bringen?

Es ist kaum zu bezweifeln, daß in Livadia, wohin jetzt auch die Minister der Landwirtschaft, der Justiz, des Innern und der Statthalter des Kaukasus berufen sind, sehr wichtige Beratungen bevorstehen. Es heißt, daß der Hausminister Baron Frederics zurücktreten und durch den Fürsten Kotschubej, den Apanageminister, oder durch Maklakow ersetzt werden solle. Trifft das letztere zu, so würde Kriwoschëin Minister des Innern werden und Goremykin die Ministerpräsidentschaft weiterführen. Graf Witte soll die Leitung der Handelsvertragsverhandlungen übernehmen und wieder an Einfluß gewonnen haben.

Vom Balkan sind günstigere Nachrichten eingelaufen. Nach zweijähriger parlamentarischer Pause ist das dritte türkische Parlament mit einer Thronrede eröffnet worden, die den Ausblick auf eine ruhige und arbeitsame Politik eröffnet. Das aber ist das Wesentliche. Die Türkei darf keine Abenteuer provozieren und keine politischen Sprünge machen, wenn sie sich die Zukunft sichern will. Was wir aus Albanien hören, gibt Aussichten auf eine Lösung der epirotischen Schwierigkeiten, die in ihrem Verlauf zu so entsetzlichen Barbareien geführt haben. Zunächst ist es aber noch nicht mehr als eine Aussicht. Alles kommt darauf an, ob es möglich sein wird, die Bevölkerung zu disziplinieren und sie zu bürgerlicher Arbeit zu erziehen. Instinkte und Gewohnheiten müssen überwunden werden, die tiefe Wurzeln geschlagen haben, und es wird überaus schwer sein, sie in neue Bahnen zu lenken.

In Mexiko scheint die Krisis in der Laufbahn Huertas eingetreten zu sein. Man spricht bereits davon, daß er sich nach Kuba retten will; daß sein Leben bedroht ist, wird allgemein angenommen und ebenso allgemein seine furchtlose Haltung anerkannt. Die Vermittlungsaktion in Niagara-Falls ist ziemlich aussichtslos, das Treiben der sogenannten Konstitutionalisten wird immer ruchloser. Was Präsident Wilson zu tun gedenkt, ist ebenso unklar, wie es von Anbeginn war.

21. Mai. Sieg General Villas über die mexikanischen Bundestruppen.
22. Mai. Zerstörung von Gemälden durch Suffragetten in der Londoner Nationalgalerie.
23. Mai. Rede Ssasonows über die auswärtige Politik Rußlands.
25. Mai. Tod Franz Kossuths.

---

27. Mai 1914.

Die optimistische Note, die durch die offiziellen Reden der letzten Wochen tönte, wird durch das Echo der Tatsachen, welche ihnen nachfolgten oder ihnen vorausgegangen waren, nicht gerade bestätigt. Vielmehr erscheint uns die Weltlage keineswegs Anlaß zu der Zufriedenheit zu geben, mit der sie beurteilt wird, und wenn wir aus den Symptomen kommender Dinge Wahrscheinlichkeitsschlüsse ziehen sollten, würden wir genötigt sein, schwarz in schwarz zu malen. Nun werden zum Glück Wahrscheinlichkeiten nicht notwendig zu Wirklichkeiten; man könnte vielmehr sagen, daß die Wirklichkeit gegen alle Wahrscheinlichkeit ihre besonderen Wege einschlägt. Diese Bemerkungen seien vorausgeschickt, um vor dem Schluß zu warnen, daß die Gefahren, die bei der jetzigen Weltlage ohne Zweifel drohen, das Zukunftsprogramm der Vorsehung anzeigen. Immerhin ist es Pflicht, sie zu beachten und auch unbequeme Möglichkeiten zu erwägen.

Unsre Leser werden sich erinnern, daß an den englischen Königsbesuch in Paris, noch bevor er stattfand, von der französischen Presse sehr weitgehende Hoffnungen geknüpft wurden. Sie ließen das Programm erkennen, das verwirklicht werden sollte, und die ausgegebene Parole lautete: Wandlung der Tripelentente in eine Tripelallianz. Dann wurde es eine Zeitlang still, bis die „Nowoje Wremja" mit der Erklärung kam, die Deutschen täuschten sich sehr, wenn sie meinten, dieser Besuch sei ohne wichtige politische Folgen geblieben. Es folgten mehr oder minder diskrete Andeutungen über diese wichtigen politischen Folgen, und endlich am letzten Freitag in einer Pariser Korrespondenz des „Berliner Tageblatts" die Mitteilung, daß allerdings die Absicht vorgelegen habe, die Tripelentente zur Allianz umzubilden, und zwar

aus russischer Initiative. Wenn England sich dem versagte, habe es jedoch ein Marineabkommen mit Rußland, nach Muster des französisch-russischen, angebahnt. Gleichzeitig, also aus andrer Quelle, meldete die „National Review", die uns das betreffende Blatt ihrer Mainummer zugeschickt hat, daß ein neues Glied der unschätzbaren englisch-französischen Kette zugeschmiedet worden sei (Another link has been forged in a priceless chain), wobei Rußland zwar nicht direkt als neuer Bundesgenosse genannt, aber doch das Zusammenwirken der drei Mächte stark unterstrichen wird. Der russische Minister des Auswärtigen Herr Ssasonow hat nun in der großen Rede, die er über die auswärtige Politik hielt, sich damit begnügt zu sagen, „die festen Bande gegenseitiger Freundschaft zwischen Frankreich und England und andrerseits zwischen England und Rußland" hätten eine Erweiterung dieses Kontaktes und die Teilnahme Großbritanniens an den Beratungen gestattet (die zwischen Frankreich und Rußland zur Erörterung aller sie interessierender Fragen stattfinden), was der Sache des Friedens in einem ernsten Augenblick einen wirklichen Dienst geleistet habe. Das habe Rußland und Frankreich bestimmt, ihre Vertreter in London zu beauftragen, gemeinsam mit dem englischen Minister des Auswärtigen eine Reihe von Fragen zu erörtern, die sich auf die endliche Lösung der jüngsten Verwicklungen bezogen.

Nun sind wir unserseits der Meinung, daß der „ernste Augenblick", auf den Herr Ssasonow hinweist, der war, da im März vorigen Jahres im Winterpalais zu St. Petersburg die Frage eines Krieges gegen Österreich erörtert wurde, und im Hinblick auf die bekannte Erklärung Deutschlands, daß es Österreich-Ungarn nicht im Stich lassen werde, die russischen Minister erklärten, daß Rußland für einen solchen Krieg nicht vorbereitet sei. Dies und nichts anderes hat die Kriegsgefahr gehoben. Was aber jenes diplomatische Zusammenwirken Frankreichs und Rußlands betrifft, so hat es seit 10 Jahren den Charakter einer gegen Deutschland gerichteten Verschwörung getragen. Der Anlaß dazu ist, wie das an dieser Stelle vor acht Tagen besprochene Buch von Marcel Laurent und seinen Freunden sagt, zurückzuführen auf die „double et persistante hostilité de la France vis-à-vis de l'Allemagne et des pays slaves contre la puissance autrichienne". Wenn nun, wie wir von Herrn Ssasonow erfahren, England zu diesem diplomatischen Zusammenwirken hinzugezogen und London zum Zentrum

desselben erhoben worden ist, so ist das Foreign Office unwissentlich oder wissentlich in diese Verschwörung mit hineingezogen worden, und falls, wie wir anzunehmen alle Ursache haben, der französische Gewährsmann des „Berliner Tageblattes" im Recht sein sollte und in der Tat zu den schon bestehenden russisch-französischen Kriegskonventionen neben die französisch-englische Marinekonvention jetzt auch eine englisch-russische getreten sein sollte, so ist es allerdings nur noch eine formelle, sachlich fast bedeutungslose Frage, wann aus der Tripelentente eine Tripelallianz wird, und Deutschland wäre dann genötigt, mit der Tatsache zu rechnen, daß es England auf seiten seiner künftigen Gegner finden wird.

Wir fassen diese Gedanken in eine so bestimmte Form, um eine Antwort „ohne Hörner und Klauen", wie Martin Luther sagt, zu erhalten. Der „Manchester Guardian", dem ähnliche Gedanken offenbar durch den Kopf gezogen sind, formuliert das so: Es ist schwer, sich ein in Paris mit Rußland abgeschlossenes Abkommen vorzustellen, das nicht unheilvoll wäre. Wir brauchen Tatsachen, mehr Tatsachen, und wir rechnen darauf, daß das Haus der Commons darauf bestehen wird, darüber Auskunft zu erhalten, bevor es zu Pfingsten auseinandergeht.

Nachdem Herr Ssasonow seine mindestens unvollständige Auskunft gegeben hat, bleibt allerdings England die einzig authentische Quelle, von der eine Antwort über die Ergebnisse der letzten Verhandlungen und über ihren Untergrund in Erfahrung gebracht werden könnte. Die Fragen aber würden sich so stellen: Ist es wahr, daß zwischen England und Frankreich eine von den beiderseitigen Generalstäben vereinbarte Marinekonvention besteht, ist es zweitens wahr, daß eine ebensolche oder ähnliche Marinekonvention zwischen England und Rußland vereinbart ist, und endlich, ist es wahr, daß diese Konvention nicht nur das Mittelmeer, sondern auch die Ostsee umfaßt? Im Interesse der deutsch-englischen Beziehungen, auf deren günstige Gestaltung wir seit Jahr und Tag hingearbeitet haben, hoffen wir, daß die Fragen so gestellt und mit einem unzweideutigen Nein beantwortet werden können. Es ist im allseitigen Interesse zu wünschen, daß die sich jetzt wieder verbreitende Atmosphäre gegenseitigen Mißtrauens einer unzweideutigen Lage Platz mache. Wir haben stets die Ansicht vertreten, daß, sobald Paris und Petersburg Sicherheit darüber erlangt haben, daß sie der Unterstützung Englands sicher sind, ein europäischer

Krieg als höchstwahrscheinliche Folge in nicht ferner Zukunft zu erwarten ist. Wer dabei seine Rechnung finden wird, bleibt abzuwarten; daß er ungeheure Werte zerstören wird, versteht sich von selbst, und ebenso groß werden die Menschenopfer sein, die ihm fallen müssen. Es ist sehr bequem, die Verantwortung für diese Lage der Presse zuzuschieben. Auch sie ist jedoch Symptom, nicht Ursache. Diese liegt tiefer und läßt sich durch optimistische und oberflächliche Übersichten ad usum Delphini nicht vertuschen. Das wird wohl jeder gefühlt haben, der die studierten Ausführungen Herrn Ssasonows aufmerksam gelesen hat, wobei noch ausdrücklich hervorgehoben sei, daß bisher nur der offiziöse Auszug der „Petersburger Telegraphenagentur", nicht der stenographische Text nach Europa gelangt ist. Wir wollen diesen abwarten, um auf das Detail einzugehen, und wenden uns nunmehr den Tagesfragen zu.

In Frankreich hat sich in den inneren Verhältnissen noch nichts geklärt. Es heißt, daß Herr Doumergue sich mit der Absicht trägt, als Ministerpräsident zurückzutreten, aber da zurzeit niemand da ist, der mit der Gewißheit, eine Majorität in der Kammer zu finden, ein neues Ministerium bilden kann, scheint man jetzt allseitig auf ihn einzustürmen, um ihn zu bewegen, bis zu den ersten Sitzungen der neuen Kammer auszuharren. Dagegen werden die Angriffe gegen Caillaux mit großer Hartnäckigkeit und raffinierter Bosheit fortgesetzt, und da er in seinem bewegten Geschäftsleben höchstwahrscheinlich sich mehr als einmal Blößen gegeben hat, ist es nicht ausgeschlossen, daß es gelingt, ihm den Hals zu brechen. Eine Kandidatur Clemenceau ist nicht aussichtslos, sobald er entschlossen ist, um die Ministerpräsidentschaft zu ambieren, aber es ist fraglich, ob er gerade jetzt den Augenblick für geeignet hält. Nebenher wird die Agitation gegen den Präsidenten Poincaré fortgesetzt, höchstwahrscheinlich ohne jeden Erfolg, da er gewiß nicht der Mann ist, Mac Mahon oder Casimir Périer sich zum Vorbild zu nehmen, und weil gerade an seine Präsidentschaft die größten Hoffnungen von seinen Freunden geknüpft werden. Wir müssen noch erwähnen, daß Herr Tardieu, das Evangelium des „Temps", jetzt endlich in die Kammer eintreten wird, aber ob er seine Karriere weiterführen wird, ist deshalb nicht sicher, weil ihm der nervus rerum nicht in genügendem Maße zur Verfügung steht, um Minister zu werden. Denn das darf doch nicht übersehen werden, daß das heutige Frankreich eine Plutokratie ist, die unvermögenden Begabungen nicht gestattet die durch

ihren Zensus bestimmte Grenze zu überschreiten. Bei dem Vordringen sozialistischer Elemente aus den unerzogenen Schichten der Nation ist das vielleicht ein halb unbewußtes Strategem der bürgerlichen Intelligenz, die ihre potentesten Elemente vorschickt, um die umfochtene Stellung der Bourgeoisie zu verteidigen. Das hat aber in seinen Folgeerscheinungen dazu geführt, daß die Klerikalen und die mit ihnen zu identifizierenden monarchistischen Kreise bei den letzten Wahlen auf Anweisung der hohen Geistlichkeit mit den socialistes unifiés gestimmt haben: gewiß eine Tatsache, die zum Nachdenken auffordert. Es machen sich auch andre Erscheinungen geltend, die bei den französischen Patrioten aller Färbungen Sorgen erregen. „Man beginnt vom Staatsbankerott zu sprechen" — so leitet der „Eclair" vom 19. Mai eine Betrachtung über die Lage der französischen Finanzen ein. „Der Bankerott ist unvermeidlich, wenn die Kammer nicht so vernünftig ist, eine Majorität zu organisieren, und wenn diese Majorität sich nicht entschließt, zu den Maßregeln zu greifen, die notwendig sind: zu der höchst unangenehmen Anleihe, zur Einkommensteuer und zu den dringend erforderlichen Reformen. Der drohende Staatsbankerott datiert übrigens nicht von heute. Mit Hilfe eines der abscheulichen Wunder, welche die Politik der Illusionen, sektiererischer Polemik und die Begehrlichkeit der Wähler bei uns nur zu häufig wiederholt, hat man das Defizit maskiert und die Sackgasse verkleidet, in die wir gesenkten Hauptes vordringen und in der wir Gefahr laufen, uns den Schädel an der Wand einzurennen, die uns den Weg versperrt. Aber unsre gefährdeten Finanzen haben durch dieses Schweigen, das eine stete Lüge war, nicht gewonnen...." Anlaß zu diesen Betrachtungen hat eine Rede des Senators Aimond gegeben, der über das Budget zu referieren hatte. Außer dem Defizit von 800 Millionen Franken ordentlicher Einnahmen, habe Frankreich an Ausgaben für Krieg und Marine 1400 Millionen übernommen, ohne für eine Deckung Sorge zu tragen. Vor Ende des Jahres müßten davon 600 Millionen gezahlt werden, während der Staatsschatz bereits alles Verfügbare fortgegeben habe: Schatzscheine, Vorschuß der Bank von Frankreich usw. Es bleibe fast nichts mehr übrig. Die ordentlichen Ausgaben betrügen aber 5½ Milliarden, während nur eine Einnahme von 5 Milliarden vorgesehen sei. In früheren Jahren habe der Mehrbetrag des Einkommens 300 bis 350 Millionen ergeben, aber Frankreich trete jetzt in die Periode der mageren Kühe. Der Monat April habe

einen Mindererertrag gebracht, und es sei aus ökonomischen Symptomen zu schließen, daß diese Mindererträge andauern würden. Das bedeute, daß Frankreich in absehbarer Zeit nicht nur nicht in der Lage sein werde, die Ausgaben des außerordentlichen Budgets zu zahlen, sondern es werde auch schwierig sein, dem Ordinarium gerecht zu werden. Herr Aimond schlägt, um dem Übel abzuhelfen, vor, den Alkohol und die übrigen Getränke zu besteuern, fürchtet aber den Sturm den die Interessenten erheben würden, und schließt mit der Bemerkung, daß, während die politischen Auguren fragen, wie eine Majorität zu komponieren sei, er die Frage aufwerfen müsse, ob ein und dieselbe Majorität die Anleihe für die militärischen Ausgaben, die Einkommensteuer, die Vermögenssteuer und die Steuer für die Produktion von Alkohol bewilligen könne? Und dennoch müsse eine solche Majorität gefunden oder der Staatsbankerott erklärt werden.

Das Dilemma ist allerdings unbequem, da aber die Bankerotterklärung auszuschließen ist, wird Frankreich irgendwie in den sauren Apfel beißen müssen. Der sicherste und am wenigsten drückendste Weg, jene 1400 Millionen-Anleihe zu decken, wäre wohl die Summe den Russen zu kündigen, die dank ihrem Barfonds durchaus in der Lage sind, sie sofort herzugeben. Von den 18½ Milliarden, die Frankreich den Russen geliehen hat, würde so wenigstens ein Teil ins Land zurückfließen, ohne daß es durch Übernahme der Zinsen sonderlich beschwert sein würde. Aber es ist nicht daran zu denken, daß gerade zu diesem naheliegenden Ausweg gegriffen wird. Überhaupt pflegt das Nächstliegende keineswegs das Wahrscheinliche zu sein. So ist ein Kompromiß in der Homerulefrage, wie ihn jede ruhige Erwägung gebietet, bisher nicht zu finden gewesen, und die sehr unerquicklichen Szenen, die sich während der letzten Parlamentssitzung abgespielt haben, machen auf den Außenstehenden durchaus den Eindruck, als ob auf beiden Seiten, bei der Regierung wie der Opposition, die Vorstellung herrsche, daß der Gegner es nicht ernst meine, sondern nur bluffe. Das aber ist bestimmt falsch. Beide Teile meinen es ernst, und da Carsonleute, irische Nationalisten und die Regierung sich so gerüstet haben, als ob sie sich auf einen ernsten Kampf vorbereiten, tatsächlich aber nichts weniger wünschen als einen Bürgerkrieg, könnte gegen den Willen aller Teile dieser Bürgerkrieg schließlich doch durch einen Zufall herbeigeführt werden. Wir glauben, daß in

dieser Frage das sittliche und historische Recht auf seiten der Iren und der Regierung ist, zumal sie in den Zugeständnissen, die den Ulsterleuten geboten wurden, bereits sehr weit gegangen sind und Asquith in der von ihm angekündigten Novelle zur Homerulebill noch weitere Zugeständnisse in Aussicht stellt. Der Widerspruch der Unionisten hat sich in fast hysterischer Weise an eine Formfrage geknüpft, die praktisch von keinerlei Bedeutung ist und sich kaum noch von der gefährlichen Hysterie unterscheidet, zu welcher allmählich die englische Form der Frauenfrage sich emporgeschraubt hat. Die nächsten Tage müssen die vielleicht schon heute gefallene Entscheidung über Homerule bringen. Gelingt es der Opposition, diese Entscheidung zu verhindern, so stehen wir vor einer schweren Krisis im Verfassungsleben Englands. Da wir die Korrektur unsrer Wochenübersicht lesen, trifft die Nachricht ein, daß das Unterhaus am Montag mit 351 gegen 274 Stimmen Homerule in dritter Lesung angenommen hat, und daß damit die Aufnahme des neuen Gesetzes in das statute book gesichert ist. Aber welchen Mißton warf der Führer der Opposition Bonar Law in diesen denkwürdigen Tag hinein, als er das Ergebnis „eine verächtliche Posse" nannte, deren Abschluß sich nicht im Hause der Commons, sondern im Lande abspielen werde, an das er appellieren werde! Wir wollen hoffen, daß die Drohung, die ohne Zweifel in diesen Worten liegt, kraftlos zu Boden fällt.

In Anlaß der Bemerkungen Herrn Ssasonows über die persischen Angelegenheiten halten wir es für nützlich, darauf hinzuweisen, daß seit einigen Monaten die „Nowoje Wremja" in dieser Frage einen diametral entgegengesetzten Standpunkt vertreten hat, der sich den schwedischen Gendarmen entschieden feindselig zeigte und auf ihre Entfernung aus Persien drang. Ebenso mißtrauisch stellte sie sich gegen jede Berührung Persiens mit nichtrussischen Elementen, mochten sie nun deutsch oder englisch sein. Demgegenüber werden aber auch in England Stimmen laut, die sich mit dem heutigen Stand der persisch-russischen Beziehungen keineswegs zufrieden zeigen. Der „Manchester Guardian" greift Sir Edward Grey wegen seiner Politik in der Frage der transpersischen Bahn sehr nachdrücklich an. Sir Edward hat nämlich am 19. Mai im Parlament erklärt, daß, falls eine Bahn im Norden, d. h. in der russischen Sphäre, gebaut werde und nicht im Süden, der britische Handel darunter leiden würde. Offenbar, meint

dazu der „M. G.", sei das „Foreign Office" nicht genau darüber unterrichtet, wo die britische Sphäre Persiens liege, wenn es die öffentliche Meinung glauben mache, daß sie im Süden gelegen sei. Sie liege aber im Südosten und berühre außer Bender Abbas keinen Punkt des Persischen Golfs; der englische Handel von der See aus gehe nicht durch die britische Zone, die nur geringe kommerzielle Bedeutung habe, sondern von den am Golf liegenden Häfen durch die neutrale persische Zone. Falls es ein Risiko bedeute, wenn Rußland eine Eisenbahn nach Ispahan baue, müsse die britische Antwort eine Eisenbahn durch die neutrale Zone sein. Verfolge Rußland nur handelspolitische Interessen, so wäre seine natürliche Aufgabe dieselbe, nämlich den nächst möglichen Weg durch die neutrale Zone zum Golf zu suchen, sobald der russische Bahnbau an diese Zone gelangt sei. Gegen eine solche transpersische Bahn werde kein Verständiger Widerspruch erheben. Es liege aber ein andrer Plan vor, nämlich der einer Bahn, welche die neutrale Zone von Ispahan nach Kirman durchquert, und dann diagonal durch die britische Sphäre nach Tschahbar oder Guettar an die Grenze von Britisch-Beludschistan führt. Diese Bahn habe keinerlei kommerzielles Interesse außer als Station zur Verbindung mit Indien. Das könne man doch nicht eine transpersische Bahn nennen; es sei vielmehr ein Plan, die russische Sphäre in Nordpersien durch die Wüsten und Berge von Beludschistan mit Indien zu verbinden. Der britische Handel werde nicht den geringsten Vorteil davon haben, da jene Bahn nicht Aussicht habe, mit dem Seewege zu konkurrieren, wenn sie es dennoch könne, schädige sie aber den in englischen Händen ruhenden Handel im Persischen Golfe. So werde das einzige sichere Ergebnis sein, daß für Rußland und für die russische Sphäre in Persien ein Landweg nach Indien hergestellt werde. Selbst wenn nicht politische und militärische Erwägungen gegen eine derartige Bahn sprächen, würde es doch eine unerhörte Verschwendung britischen Kapitals sein, sie zu bauen und damit dem eigenen Handel auf dem Seewege Konkurrenz zu machen. Aber die politischen und militärischen Bedenken seien von allergrößtem Gewicht, und Sir Edward Grey habe dies soweit anerkannt, als er versprochen habe, bevor die Fortsetzung der Bahn nach Indien in Frage komme, dem Parlament die urkundlichen Grundlagen für eine Beratung der ganzen Frage vorzulegen. Habe aber die englische Regierung schon vorher dem Bau einer Bahn in das südöstliche Persien zugestimmt, so sei der Frage bereits

präjudiziert. Eine solche Bahn habe nämlich überhaupt keinen Sinn, wenn sie nicht nach Persien fortgesetzt werde, und bei der Diskussion werde man daher zu hören bekommen, daß alle bisherigen Opfer an Geld weggeworfen seien, wenn man sich zur Fortsetzung der Bahn nicht entschließe. Daraus folge, daß die Verhandlung vor dem Parlament stattfinden müsse, bevor England einer Fortsetzung der Bahn über die russische Sphäre hinaus zugestimmt habe. Eine Eisenbahn zur Verbindung Rußlands mit Indien bedeute einen Umsturz der gesamten bisher auf den Schutz der Grenzen Indiens gerichteten Politik. Indien sei dank Afghanistan, den unzugänglichen Höhen im Norden und den Wüsten im Süden, ein kontinentales Land mit allen Vorzügen einer insularen Lage, und es sei unbegreiflich, wie die Regierung, die noch immer einer Verbindung zwischen England und Frankreich widerstrebe, Rußland mit Indien verbinden wolle. Ein Tunnel unter dem Kanal sei stets leicht zu verteidigen, die Existenz einer Indienbahn würde dagegen die alte Furcht vor einer russischen Invasion wieder lebendig machen, den Einfluß Rußlands auf England steigern, die Ausgaben für die indische Armee sehr wesentlich erhöhen und in kritischen Zeiten die Stärke der Flotte dadurch beeinträchtigen, daß England genötigt sein werde, eine Flotte zwischen Bender Abbas und Karatsch in Bereitschaft zu halten. Das ceterum censeo des einflußreichen Organs englischer Handelsinteressen lautet demnach: Keine Entscheidung, bevor das Parlament Gelegenheit gehabt hat, seinen Willen kundzutun.

Auf die albanischen Angelegenheiten wollen wir heute nicht eingehen. Sie sind höchst unerfreulich, aber wir geben die Hoffnung nicht auf, daß sie sich noch zum Besseren wenden. Sie sind ein Glied der großen, immer noch in einem Provisorium stehenden Balkanfrage. Rußland arbeitet auf Wiederherstellung des Balkanbundes hin, gewiß nicht in einer für Österreich bequemen Tendenz. Die türkisch-griechischen Beziehungen sind gespannt, und die 100 Millionen Rubel, die Rußland sich von der Duma für den Ausbau seiner Mittelmeerflotte hat bewilligen lassen, zeigen wohl, daß man mit Mißtrauen die von den englischen Instruktoren energisch geförderte Wiedergeburt der türkischen Flotte verfolgt, die, wenn wir nicht irren, diesen Herbst durch zwei in England gebaute Dreadnoughts verstärkt werden soll.

Nur mit wenigen Worten sei auf die erregten Stimmen des „Temps", „Journal des Débats" und „Le Journal" hingewiesen, die durch eine

Erklärung des Unterstaatssekretärs Zimmermann hervorgerufen wurden, der in Beantwortung einer Anfrage Bassermanns gesagt hatte, daß unsre Regierung sich der Bedeutung des Systems der Schutzgenossen voll und ganz bewußt sei und nicht daran denke, es zu beseitigen. Wir werden, fügte er hinzu, dieser Frage überhaupt erst nähertreten, falls im Laufe der wirtschaftlichen Entwicklung Marokkos sich die Verhältnisse derart änderten, daß man wirklich eine Änderung auch dieses Systems in Erwägung ziehen könnte. Mit der französischen sei die deutsche Regierung darin einig, daß sie künftig bei Aufnahme neuer Schutzgenossen strikte die Vorschriften der Madrider Konvention beobachten werde.

Die französischen Blätter berufen sich dagegen auf den Artikel 12 des Vertrages von 1911, in dem es heißt: Beide Regierungen kommen überein „de poursuivre auprès des puissances signataires toutes les modifications de la convention de Madrid que comporterait, le moment venu, le changement de régime des protégés et associés agricoles". Der Schwerpunkt fällt dabei natürlich auf die Worte „le moment venu", wobei auf der Hand liegt, daß derjenige, der bestimmte Rechte „im geeigneten Augenblick" aufgeben soll, darüber zu entscheiden hat, wann dieser geeignete Augenblick eingetreten ist. Für heute können wir jenen französischen Zeitungen nur sagen: que le moment n'est pas encore venu! Damit aber haben sie sich zufriedenzugeben.

Die mexikanischen Schwierigkeiten sind dieselben geblieben wie vor acht Tagen. Es trägt nichts aus, an dieser Stelle ihre kaleidoskopischen Wandlungen zu verfolgen.

27. Mai. Gefangennahme zweier deutscher Flieger in Plock.
28. Mai. Verhandlungen der internationalen Kommission mit aufständischen Albanern.
29. Mai. Untergang der „Empreß of Ireland".
30. Mai. Österreichisches Geschwader in Valona.
1. Juni. Demission des Ministeriums Doumergue in Paris.

---

3. Juni 1914.

Weder die Konferenz der Vermittler in Niagara Falls, noch die Politik des Präsidenten Wilson finden Gnade vor den Augen des „Argonaut", der seinen Feldzug gegen die durch den Staatssekretär Bryan „the one and only Bryan" und den Präsidenten mit unbarmherziger Schärfe fortsetzt. Das amerikanische Volk werde nicht gleichgültig und nicht ohne Erbitterung eine Aktion beobachten, die überstürzt und unsinnig begonnen wurde und hochmütig und blutig fortgesetzt ward, um mit einem ängstlichen und ruhmlosen Rückzug abzuschließen. „Wir werden einer Regierung nicht Achtung entgegenbringen, die in verblendeter Mißachtung gesunden Menschenverstandes ihrer Politik eine Richtung gab, die in Verachtung guter Ratschläge zu nichts führt, als zu Schande, die sich anfangs über ernste Beschwerden hinwegsetzte und sie dann verleugnete, und das große Problem, was wir unsrer Würde und unserm Interesse schuldig seien, unentschieden in der Schwebe ließ. Eine Abrechnung muß kommen, und sie wird diejenigen schwer treffen, deren Irrtümer, Stupidität und Ängstlichkeit uns in Narrheit vorwärts drängte und uns jetzt zurückruft, um eine Demütigung hinzunehmen." Das war der erste Eindruck, den die südamerikanische Vermittlung machte. Das Versöhnungsprogramm: Rücktritt von Huerta, mehr oder minder vollständige Beseitigung von Carranza und Villa, Einsetzung einer Kommission von Huertisten und Carranzisten zur Regelung der Schwierigkeiten, und endlich „vollständige und streng gesetzliche Äußerung der Gesinnung und des Gewissens des mexikanischen Volkes" findet nicht günstigere Beurteilung. In der Tat zeigen, trotz aller gegenteiligen Nachrichten, weder Huerta noch Carranza noch endlich Villa,

„dieser liebenswürdigste aller lebenden Halsabschneider", die geringste Neigung, vom Schauplatz ihrer Taten zu weichen. „Der Plan ist — um ernst zu sprechen — eine Lächerlichkeit. Er fällt ganz aus dem Rahmen einer Vermittlung, und hat die Zustimmung keines der direkt interessierten Faktoren. Er ist im Geiste erhabenen Dünkels erdacht worden und ebenso wenig darauf berechnet, praktisch wirksam zu werden, als etwa die Resolutionen jener Tribunale, die am Sonnabend Nachmittag in den früheren Räumen eines Warenhauses zusammentreten, um ein Verdikt über die Weltpolitik abzugeben." So schrieb der „Argonaut" am 16. Mai. Seither ist in Niagara Falls nichts Endgültiges über jenes oben kritisierte Programm hinaus geschehen. Aber der frühere Präsident Taft und der Staatssekretär a. D. Root haben sich sehr entschieden gegen die Wilsonsche Politik ausgesprochen, und eben jetzt ist Theodore Roosevelt nach Amerika zurückgekehrt, und was von ihm erwartet wird, mag, wiederum an der Hand des „Argonaut", dargelegt werden: „Ist irgend jemand im Zweifel darüber, was er tun wird? Er wird eine Übersicht über die mexikanische Politik mit ihren hundert Torheiten und Fehlern geben, und selbst über gerechte Grenzen hinaus die Demütigungen und die Beschämung der amerikanischen Empfindung ausbeuten. Er wird, in wohlbekannter Manier, das Herz des Landes für eine Politik: Los auf Mexiko! erregen. Dann wird er sich metaphorisch mit dem Sternenbanner umhüllen und für eine extrem amerikanische Politik am Isthmus eintreten..... Danach wird er sich gegen die Trustpolitik des Präsidenten wenden. Wir sehen bereits die Wut seiner Grimassen und hören ihn mit den Zähnen knirschen. Die Zeit ist gekommen — wird er sagen —, da das geschäftige Regulieren aller Dinge und jedermanns, da das Unterminieren des Vertrauens und die Zerstörung des Unternehmungsgeistes zu weit gegangen ist. Er wird mit vitriolischem Eifer dem Präsidenten opponieren, der bereits durch Verlust seines Selbstvertrauens und durch eine Arglist, die ihm die Verzweiflung eingegeben hat, geschwächt ist. Er wird in sich den Unwillen aller derjenigen personifizieren, die sich zu beschweren haben — und deren wird es viele geben. Und wenn das alles, wie es geschehen kann, gelungen ist — wenn es einem umherschweifenden Demagogen gelungen ist, Mr. Wilson vom Präsidentenstuhle zu stoßen und — was leicht geschehen kann — ihn selbst einzunehmen, dann wird Mr. Wilson niemandem Vorwürfe zu machen haben, als sich selber."

Es heißt, daß der Präsident durch die angestrengte Arbeit und den täglichen Ärger, den die mexikanischen Wirren bringen, körperlich und geistig so angegriffen sein soll, daß die Ärzte dringend zu einer längeren Erholung raten. Er will jedoch offenbar vorher den Abschluß der Niagarakonferenz abwarten. Aber wird es danach für ihn eine leichtere Position geben? Alle Wahrscheinlichkeit spricht dagegen! Eine Frist aber ist ihm sicher: Theodore Roosevelt hat sich am 31. Mai von New York nach Europa eingeschifft, um auf einer Vortrags- und Erholungsreise sich von seinen brasilianischen Strapazen zu erholen. Bis er wieder heimkehrt, wird also Präsident Wilson von ihm nichts zu fürchten haben.

Wir haben nicht ohne Interesse die Stellung der französischen Presse zu der Konferenz der französischen und deutschen Parlamentarier verfolgt, die am 31. Mai in Basel zusammengetreten ist. Sie verhält sich, soweit es sich nicht um die sozialistischen Preßorgane handelt, durchaus ablehnend. Es wird genügen, auf das Urteil des „Journal des Débats" hinzuweisen, das immerhin noch am maßvollsten die Tendenzen der Partei Poincaré vertritt. „Diese Versammlung von Individuen ohne Mandat hat keinerlei politische Bedeutung, sie kann aber gefährlich werden. Deutscherseits besteht sie aus Männern ohne jeden Einfluß auf die Reichsgeschäfte, während auf der französischen Seite, abgesehen von einigen Pazifizisten von Beruf, Parlamentarier anwesend sind, deren Haltung von großem Gewicht auf die Leitung unserer Angelegenheiten war und sein wird, u. a. die Herren Jaurès und Augagneur. Schon die Tatsache, daß diese Herren zusammentreten, um über die Voraussetzungen einer deutsch-französischen Annäherung zu beraten, zeigt, daß sie nicht einmal die Elemente dieser Frage kennen, sie hätten sonst erkannt, daß das einzige Mittel, diese Beziehungen zu verbessern, ist, möglichst wenig von ihnen zu sprechen." Es schließt sich daran, nach einigen quasi philosophischen Erörterungen, die folgende Betrachtung, die wir niedriger zu hängen für nützlich halten: „Was man französisch-deutsche Annäherung nennt, käme unsrerseits der Anerkennung eines Vasallitätsverhältnisses gleich. Der Gedanke aller Deutschen ist, daß Frankreich an Deutschland eine Versicherungsprämie gegen einen Krieg zahlen müßte. Ihre Argumentation ist einfach: „Wir können nicht — sagen sie — und werden nie abrüsten können, weil unsre geographische Lage uns nötigt, nach mehreren Seiten Front zu machen. Frankreich dagegen ist nur nach

Osten bloßgestellt; sobald es auf dieser Seite beruhigt ist, wird es sich ganz seiner inneren Entwicklung widmen können. Es ist deshalb nur gerecht, daß es uns etwas dafür zahlt. Frankreich wird daher die Vogesen so entwaffnen müssen, daß sich daraus ergibt, daß es keinerlei Hoffnungen auf diese Seite richtet. Da wir dann Freunde sein werden, wird es uns gegen gute Zinsen seine finanziellen und ökonomischen Mittel zur Verfügung stellen, und wir werden sie benutzen, um unsre Macht im Innern und unsern Einfluß nach außen zu vermehren. Da endlich die Feinde unsrer Feinde (sic!) unsre Feinde sind, muß Deutschland auf Frankreich rechnen können, um die Staaten mattzusetzen, die sich erlauben sollten, der deutschen Hegemonie Widerstand entgegenzusetzen. So wird Frankreich es uns zu danken haben, daß es jeder auswärtigen Sorge bar, das friedlichste und glücklichste aller Länder wird." Ist es möglich, unwahrhaftiger und zugleich perfider zu argumentieren? Zutreffen dürfte in dieser Argumentation der „Débats" nur der Satz, mit dem sie ihre Betrachtungen schließen, daß eine Unvereinbarkeit des Charakters und des Verstandes Frankreich und Deutschland trennt: „Une incompatibilité de caractère et de cerveau les sépare."

Uns ist die gleiche Selbstüberschätzung in den Sätzen entgegengetreten, mit welchen der Major Roumens sein Buch über den französischen Imperialismus und die Transsaharabahn schließt. „Mögen andre Nationen in egoistischem und brutalem Eifer an ihren Grenzen rufen: „Deutschland über alles! Frankreich kümmert sich nicht darum und zieht es vor, diesem Kriegsruf, friedlicher und stärker, den Ruf entgegenzuhalten: Durch Frankreich für die Menschheit!" Es ist wahrhaft kläglich, auf solchen Hochmut zu stoßen. Wir glauben, daß jede der großen Nationen, die ihre Pflichten gegen sich selbst erfüllt, zugleich am Fortschritt der Menschheit nach ihren besonderen Gaben mitarbeitet, und daß der Verlauf der geschichtlichen Entwicklung ein französisches Monopol in dieser Hinsicht weder in der Vergangenheit erwiesen hat, noch gar für die Zukunft in Aussicht stellt. Aber wenn dieser Wahn die großen Politiker der französischen Zeitungen glücklich macht, können wir weder ihnen, noch dem Kommandanten Roumens die Illusion rauben. Die Entscheidung der Frage, ob Herr Doumergue Ministerpräsident bleibt oder nicht, kann uns völlig gleichgültig sein. Sicher ist jedenfalls, daß die finanzielle Oligarchie, die seit Jahr und Tag die Geschicke Frankreichs bestimmt, am Ruder bleibt, mag sie nun zum Gefolge Herrn

Caillaux' oder zu dem des Präsidenten Poincaré gehören. Dafür, daß diese finanziellen Kräfte nicht auf die Dauer die auswärtige Politik beherrschen werden, sorgt Frankreich selbst. Es verdient doch besondere Beachtung, daß Herr Poincaré nunmehr auch öffentlich mit seinem besondern Parteistandpunkt hervortritt, wie er es bei seinen Reden in Saint Brieuc und in Rennes getan hat, um für die dreijährige Dienstzeit Stimmung zu machen. Die von Grévy inaugurierte Theorie, daß der Präsident über den Parteien schweben müsse, ist damit wohl endgültig aufgegeben.

Die letzte Woche der Dumaverhandlungen ist wiederum sehr stürmisch gewesen; zwei Deputierte in führender Stellung, die Herren Purischkewitsch und Miliukow, mußten für eine Sitzung ausgeschlossen werden, und daß ein dritter Abgeordneter nicht gleichfalls ausgeschlossen wurde, veranlaßte den stellvertretenden Präsidenten, Herrn Konowalow, sein Amt niederzulegen. Die Herren Deputierten hatten sich gegenseitig Liebenswürdigkeiten wie „Schuft" und „Taugenichts" an den Kopf geworfen. Das hat jedoch wenig zu bedeuten und kommt im täglichen Verkehr, ohne viel Anstoß zu erregen, ebenfalls vor. Weit wichtiger war einmal, daß die Rede des Ministers des Auswärtigen eine wenig freundliche Aufnahme, zumal in den Organen der Rechten, fand, und zweitens die Ablehnung der Polenvorlage im Reichsrate. Gerade an diese von der Duma angenommene und von der Regierung lebhaft befürwortete Gesetzesvorlage knüpften sich große Hoffnungen. Man rechnete darauf, daß die Annahme zu einer politischen und sozialen Versöhnung zwischen Polen und Russen führen würde, und hatte speziell in dieser Frage sich der energischen Unterstützung der französischen Presse zu erfreuen. Die Niederlage hat ein starkes Wiederaufflammen der nationalistischen Richtung zur Folge gehabt, und in einem seiner weitausholenden Artikel in der „Nowoje Wremja" hat Herr Menschikow den Gedanken vertreten, daß Rußland den Polen im Zartum (d. h. im alten Kongreßpolen) weite Zugeständnisse für den Gebrauch ihrer Sprache und auf dem Gebiete der Selbstverwaltung machen sollte, sie dagegen aus dem übrigen Rußland, zumal aus Kleinrußland verdrängen müsse. Er begründet diesen Vorschlag, der besonders ungeheuerlich erscheint, wenn man weiß, daß in Wolhynien, Podolien und im Kiewschen der Großgrundbesitz in polnischen Händen ist, folgendermaßen: „Der Austroslawismus, der den Sinn des künftigen Kaisers der Donaumonarchie

beherrscht, ist ein Versuch, ein slawisches Reich innerhalb Rußlands auf den Trümmern des letzteren zu organisieren. Auf dem Wege einer Föderation denkt man zu dem slawischen Bunde nicht nur die Südslawen des Balkans, sondern das russische Polen und sogar Kleinrußland heranzuziehen. Ich weiß nicht, ob die ehrgeizigen Träume des jungen Habsburgers weiter gehen, aber man wird zugeben, daß sie ziemlich weit greifen. Es ist jedoch ein Kennzeichen unsrer Zeit, daß die unwahrscheinlichsten Träume verwirklicht werden, wenn man sie hartnäckig verfolgt. An dem Abfall Polens und Kleinrußlands arbeiten mächtige Gewalten, die usw." Das ist der Grundgedanke seiner Ausführungen, deren Spitze sich zugleich gegen den Reichsrat und gegen die Polen richtet, den Österreichern eine unsinnige Politik zumutet und ganz beiläufig auch die Verleumdung hinwirft, daß die Ostseeprovinzen gleichfalls davon träumen, von Rußland abzufallen. Die armen Deutschen der Ostseeprovinzen! Nachdem man die Universität Dorpat zugrunde gerichtet hat und das Niveau ihrer Schulen künstlich und systematisch herabdrückte, sind sie bemüht, durch Fortbildungskurse, die am baltischen Strande veranstaltet werden, sich den Zusammenhang mit dem geistigen Leben und den Ideen des Abendlandes, die nun einmal die des Halb- oder Ganzorients nicht sind, lebendig zu erhalten. Eine Reihe hervorragender Gelehrter wird auch dieses Jahr in der Zeit vom 14. bis zum 29. August in Dubbeln solche Vortragskurse halten. Sie finden, wie die Veranstaltungen des vorigen Jahres zeigten, lebhaften Anklang und zahlreiche Beteiligung. Aber vielleicht findet Herr Menschikow jede Kultur gefährlich, die nicht in russischer Sonne gereift ist und nicht in russischer Sprache zum Ausdruck kommt.

Die Redaktion der „Nowoje Wremja", welche die ablehnende Haltung des Reichsrats gebilligt hat, protestiert übrigens gegen Menschikows Auffassung, soweit es sich um Schonung von Kongreßpolen handelt und stellt dagegen als Gegenthese die folgenden Sätze auf: „Was die stärkere Nation erobert, wird ihr Eigentum, das sie nicht als fremden Besitz ansehen kann, und wenn sie das Erworbene behaupten will, muß sie auf diesen Gebieten ihre besondere Kultur, die sich am meisten in der Sprache äußert, zur Geltung bringen. Deshalb sind Zugeständnisse auf dem Gebiet der Sprache so gefährlich; sie führen unzweifelhaft zum Verfall des Reiches", d. h. die „Nowoje Wremja" will von keinem Zugeständnisse in Kongreßpolen

wissen, billigt aber die übrigen Ausführungen Menschikows. Dieselbe Haltung nehmen die „Moskovskija Wjedomosti" — einst das Organ Katkows — ein, die in einer Artikelserie unter der Spitzmarke: „An der Schwelle eines Krieges" mit heftigen Ausfällen gegen Herrn Ssasonow Deutschland und Österreich-Ungarn beschuldigen, einen Angriff auf Rußland vorzubereiten. Das heißt doch die Tatsachen verdrehen. Professor Hans Delbrück hat eben jetzt in den „Preußischen Jahrbüchern" einen offenen Brief seines ehemaligen Schülers, des Petersburger Professors der Geschichte Paul v. Mitrofanoff, veröffentlicht, der uns zeigt, daß es nicht nur die Leitartikler chauvinistischer und nationalistischer Zeitungen sind, die den Deutschenhaß schüren, sondern daß „die Mißstimmung (wie er es euphemistisch nennt) gegen die Deutschen in jedermanns Munde und Seele" ist, und daß in dieser Gesinnung die öffentliche Meinung Rußlands „selten einstimmiger" gewesen sei. Professor Mitrofanoff sucht die Gründe dafür historisch zu rechtfertigen und weist uns die Verantwortung für alle gescheiterten Pläne russischen Ehrgeizes und für alle Unfähigkeit russischer Staatsmänner zu. Habeat sibi. Wir glauben weder ihn noch seine Gesinnungsgenossen bekehren zu können und wollen die Gegenrechnung nicht aufstellen. Sie würde vom 16. Jahrhundert bis in die Gegenwart führen und in der böswilligen Agitation gipfeln, mit der wir gerade jetzt zu rechnen haben.

Die Konferenzen in Livadia haben die erwarteten Wandlungen im Bestande des russischen Ministeriums nicht gebracht. Die Herren Goremykin, Maklakow, Kriwoschëin und Kasso haben ihre Stellungen bewahrt, Herr Sabler ist Oberprokureur des heiligen Synod geblieben, und Herr Bark wird seine Versuche, die Bekämpfung der Trunksucht mit Aufrechterhaltung des Branntweinmonopols zu kombinieren, fortsetzen können. Aber am 29. Mai ist Graf Witte nach Petersburg zurückgekehrt, und der „Temps" kündigt in einem außerordentlich giftigen Artikel an, daß der Graf wahrscheinlich bestimmt sei, wieder eine große Rolle zu spielen, was dann auf deutschen Einfluß zurückzuführen war. „Mr. Witte au pouvoir, la Triple entente n'aurait certes pas en lui un défenseur, mais bien un détracteur" sage man in Petersburg. Das mag sein, denn Graf Witte hat viele Feinde; alle Wahrscheinlichkeit spricht aber dafür, daß dieser Angriff auf den ehemaligen Ministerpräsidenten aus der Feder des einflußreichsten seiner russischen Feinde in Paris, und nicht aus Petersburg stammt.

Der Lichtpunkt in den höchst unerfreulichen albanischen Angelegenheiten ist die in den ungarischen Delegationen abgegebene Erklärung, daß von einem österreichisch-italienischen Kondominium in Albanien keine Rede sein könne, daß aber beide Mächte eine ihnen ungünstige Wendung an der Adria, d. h. das Vordringen eines der Balkanstaaten in das Gebiet Albaniens, nicht dulden würden. Aber die Lage des Fürsten Wilhelm scheint verzweifelt zu sein. Vielleicht bietet die Übersiedlung nach Skutari, die er planen soll, eine Aussicht zu günstigerer Wendung, denn wenn er Zeit gewinnt, seine auf das Beste der Albanier jedes Bekenntnisses gerichteten Absichten zur Geltung zu bringen, ist es nicht ausgeschlossen, daß die Sympathien der Nation sich ihm zuwenden. Die Großmächte haben offenbar wenig Neigung, einzugreifen, und die Nachbarn Albaniens auf dem Balkan sehen der Entwicklung mit wenig verhaltener Schadenfreude und mit kaum verhüllten Hoffnungen entgegen. Wir wollen die in letzterer Hinsicht umlaufenden Gerüchte nicht wiedergeben, da sie ebensogut auf sensationslüsterne Erfindung als auf wirklich vorhandene politische Anschläge zurückgeführt werden können. Eine entschiedene Feindseligkeit gegen den Fürsten Wilhelm zeigt die französische wie die russische Presse, die letztere gibt bereits der Hoffnung Ausdruck, daß ein österreichisch-italienisches Kondominium aus Albanien ein „neues Schleswig-Holstein" machen werde, das soll heißen, zu einem österreichisch-italienischen Kriege führen könnte! Sie riecht eben in ihrer heutigen Gemütsverfassung überall Pulver.

Wir wir durch die in Brooklyn erscheinende „Daily Standard Union" erfahren, ist soeben der Bericht veröffentlicht worden, den die in den Balkan geschickte Kommission des „Carnegie Endowment for international Peace" verfaßt hat. Aufgabe der Kommission war, die Schuldfrage der barbarischen Kriegführung während des letzten Balkankrieges festzustellen. Mitglieder der Kommission waren Franzosen, Engländer, Amerikaner, Deutsche, Österreicher, Russen, und über ihre redliche Absicht, die volle Wahrheit zu sagen, soweit sie sich überhaupt ergründen ließ, kann kein Zweifel bestehen. Das Ergebnis ist für die Bulgaren günstig, für Griechen und Serben furchtbar belastend. Es handelt sich dabei um Feststellung der Tatsachen, die sich im Juni und Juli des vorigen Jahres abgespielt haben, und die im Auszuge angeführten Tatsachen aus diesem entsetzlichsten aller Kriege der Neuzeit scheinen unwiderleglich. Nach Europa ist unsers Wissens noch kein Exemplar dieses Berichts gekommen;

erst wenn wir ihn in Händen haben, wird sich Genaueres sagen lassen. Eine Vorrede des hier wohlbekannten Präsidenten der Universität Columbia, Nicholas Murray Butler, leitet den Bericht der Kommission ein.

Auf unsre Ausführungen in der letzten Wochenschau über wirkliche oder angebliche Vereinbarungen militärischen Charakters der Mächte der Tripelentente hat die „Morning Post" vom 29. Mai in einem eingehenden Leitartikel geantwortet. Diese Entgegnung hat unser häufig ausgesprochenes Bedauern darüber nur verstärkt, daß fast alle englischen Zeitungsredaktionen Blätter in andrer als der englischen Sprache nicht lesen und daher in völliger Abhängigkeit von den Berichten stehen, die „our Correspondent" ihnen zuschickt. Eine lange Erfahrung hat uns aber gelehrt, daß die Berichte dieser Korrespondenten von sehr verschiedenem Wert zu sein pflegen. Er schwankt nach der Parteistellung, der Begabung und der Gewissenhaftigkeit der Gewährsmänner. Im vorliegenden Falle wollen wir annehmen, daß es sich nur um die Unfähigkeit gehandelt hat, eine längere Ausführung in sachlich vollständigem Auszuge wiederzugeben. Sonst hätte der Korrespondent unmöglich übersehen dürfen, daß der Gedanke, die aufgeworfenen Fragen der Prüfung des englischen Unterhauses zu unterstellen, nicht uns, sondern dem „Manchester Guardian" gehört, aus dem die Wochenschau den folgenden Satz zitierte: „Es ist schwer, sich ein in Paris mit Rußland abgeschlossenes Abkommen vorzustellen, das nicht unheilvoll wäre. Wir brauchen Tatsachen, mehr Tatsachen, und wir rechnen darauf, daß das Haus der Commons darauf bestehen wird, darüber Auskunft zu erhalten, bevor es zu Pfingsten auseinandergeht." Damit ist diese Sache für uns erledigt. Will man in England über die in Frage stehenden Probleme hinweggehen, als seien sie nicht vorhanden, so ist das nicht unsre Sache.

4. Juni. Beläſtigung König Georgs V. durch eine Suffragette.
5. Juni. Die Mongolen von Urga notifizieren den Großmächten ihre Unabhängigkeit.
6. Juni. Der Verſuch Vivianis, ein neues franzöſiſches Kabinett zu bilden, ſcheitert.
9. Juni. Konſtituierung des Kabinetts Ribot-Delcaſſé.

---

10. Juni 1914.

Daß die ſchwere politiſche und finanzielle Kriſis, in der ſich Frankreich heute bewegt, in ihrem Urſprung auf die Verpflichtungen zurückzuführen iſt, die Herr Poincaré im Auguſt 1912 in Petersburg auf ſich nahm, als er verſprach, in Frankreich die dreijährige Dienſtzeit wieder einzuführen, läßt ſich jetzt wohl nicht mehr überſehen. Die Tatſache, daß dieſe Verpflichtung wirklich von dem damaligen Miniſterpräſidenten übernommen worden iſt, wurde erſt durch eine Indiskretion des „Gil Blas" vom 25. Mai vorigen Jahres bekannt und gab, wie vielleicht noch in Erinnerung geblieben iſt, Anlaß zu einer ſtürmiſchen Kammerdebatte, in welcher der Finanzminiſter Dumont geſtehen mußte, daß ſein Widerſpruch gegen die pekuniär außerordentlich drückende Einführung der dreijährigen Dienſtpflicht dadurch gebrochen wurde, daß ihm Telegramme des franzöſiſchen Botſchafters in Petersburg vorgelegt worden waren, die ihn überzeugten, daß andernfalls die Alliance franco-russe Gefahr laufe, zuſammenzubrechen. Er, Dumont, habe nachgegeben, damit der franzöſiſche Botſchafter nicht im Auslande der Schande verfalle. Zurzeit ſcheint die Lage nicht weſentlich von der damaligen verſchieden zu ſein. Zwar iſt mit größter Entſchiedenheit von der franzöſiſchen Regierung dementiert worden, daß Herr Paléologue, der franzöſiſche Botſchafter in Petersburg, der jetzt auf Urlaub in Paris iſt, eine Art ruſſiſches Ultimatum überbracht habe, das die Fortdauer der Allianz von der Annahme der dreijährigen Dienſtpflicht in Abhängigkeit ſtellte, aber der „Temps" knüpft daran eine Bemerkung, durch welche das außerordentliche, faſt könnte man ſagen, imperative Intereſſe Rußlands an der Durchführung des Poincaréſchen Verſprechens beſtätigt wird. Herr Paléologue habe in ſeinen letzten Mitteilungen

die Aufmerksamkeit auf die ernsten Folgen (graves conséquences) hingewiesen, die eine Minderung der französischen Militärmacht nach sich ziehen könne. Auch erinnert der „Temps" daran, daß, als Doumergue ihm den Botschafterposten in Petersburg anbot, Paléologue u. a. die Bedingung stellte, daß die dreijährige Dienstpflicht „integral" beibehalten werde. Auch zweifeln wir nach wie vor nicht daran, daß die drei Jahre schließlich angenommen und das Gesetz durchgeführt werden wird. Ebenso sicher ist freilich, daß es vor und nach der Annahme große Schwierigkeiten geben wird. Die durch den Rücktritt Doumergues eingetretene Notwendigkeit, ein neues Ministerium zu bilden, ist bereits fünfmal gescheitert, und wir wissen nicht, ob Herr Ribot glücklicher sein wird als seine Vorgänger. Spricht man doch bereits von einer Krisis Poincaré. Sie ernst zu nehmen, ist freilich nicht möglich. Ein Ministerium wird sich schließlich doch organisieren, und wir halten es keineswegs für unwahrscheinlich, daß, wenn er sich von seiner Unpäßlichkeit — denn mehr ist es doch nicht — erholt haben wird, uns Herr Delcassé als Ministerpräsident entgegentreten wird. Vorläufig ist er als Minister des Auswärtigen in Aussicht genommen. Er hat doch nicht umsonst seine Stellung in Petersburg aufgegeben, und die 15 000 Franken Deputiertengelder können ihn ebensowenig gelockt haben, als die Aussicht, in der Kammer eine mehr glänzende als einflußreiche Rolle zu spielen. Was die Finanzkrisis betrifft, so ist sie vornehmlich darauf zurückzuführen, daß die Unsicherheit der innerpolitischen Lage eine starke Zurückhaltung der Kapitalisten zur Folge hat. Das Defizit im Budget hat erschreckt, man fürchtet neue Abgaben und noch mehr die drohende Einkommensteuer. Ein Pariser Brief des „Economist" weist auf die Gerüchte hin, daß in Paris in vollem Ernst vom Bankerott einer der großen Banken geredet werde. Die Neuigkeit, so unglaublich sie sei, finde in großen Kreisen Glauben. Man schüttele sogar das Haupt über die Lage der Bank von Frankreich, aber so absurd und kurzlebig solche Gerüchte auch seien, hätten sie doch große Verluste zur Folge.

Auch Rußland hat unter den Reflexen dieser Pariser Panik, denn so darf man es wohl nennen, trotz der Interventionskäufe der Regierung sehr namhafte Verluste zu verzeichnen. Das große englische Finanzblatt, wir meinen den oben zitierten „Economist", spricht von einer nahenden Finanzkrisis in Rußland und im Zusammenhange damit in Persien. Der russischen Finanzpolitik wird der Vorwurf

gemacht, daß die Privatbanken zu freigiebig Anleihen vergeben hätten und die Goldreserve der Reichsbank zu stark in Anspruch genommen wurde. Vorigen Oktober, als Kokowzew in Paris war, um eine neue Eisenbahnanleihe zu negotiieren, habe die Goldreserve um 5 Millionen Pfund hinter den zirkulierenden Banknoten zurückgestanden und sei der Reichsschatz der Bank stark verschuldet gewesen. Die sog. Eisenbahnanleihe habe dazu gedient, die Goldreserve zu ergänzen, die so erlangte Besserung aber nur kurze Zeit gedauert. Während der halben Panik der Petersburger Börse im März habe der Finanzminister seine Zuflucht zu den Syndikaten des Roten Kreuzes genommen und sie veranlaßt, eine ungeheure Summe, man spreche von 10 Millionen Pfund, herzugeben, um die Kurse zu stützen. Die Folge sei natürlich die Aufnahme neuer Schulden und ein erneuter Abfluß der Reserven der Reichsbank gewesen. Die Lage hätte sich trotzdem bessern können, wenn nicht ungeheure Summen für Flotte und Heer gefordert und bewilligt worden wären, und offenbar habe, in der Hoffnung auf weitere Ausdehnung der Rüstungen für die Marine, das russische Auswärtige Amt versucht, Deutschland durch die Aussicht auf eine anglo-russische Flottenkonvention zu schrecken. Die Gefahr für die russischen Finanzen und den russischen Kredit sei so ernst, daß, wenn nicht eine Handvoll mächtiger Persönlichkeiten so sehr an den Rüstungen interessiert wäre, man sie reduziert oder aufgeschoben hätte, wie es in Japan geschah. Falls auf Durchführung des Marinebudgets verzichtet werde, sei es möglich, den drohenden Gefahren zu entgehen, namentlich wenn die Ernte gut ausfalle. Es scheine jedoch, daß die Politik, neue Anleihen auf fremden Märkten aufzunehmen, die so unheilvolle Folgen in Brasilien gehabt habe, von der russischen Regierung wieder aufgenommen werden solle. Inzwischen aber setze Rußland seine aggressive Politik im fernen Osten fort. Die „Times" melde, daß in Aderbeidjan die Lage immer schlechter werde. Das ganze System der persischen Regierung breche unter dem Vorgehen Rußlands zusammen. Die russischen Konsuln hätten begonnen, Abgaben von Grund und Boden, Akzise und Transportzölle unter dem Vorwande zu erheben, daß sie russische Forderungen von der persischen Regierung beitreiben. Herr Monard, der Nachfolger Schusters, wisse nicht aus noch ein und erkläre, die Geduld des persischen Schatzamtes sei erschöpft. Das alles geschähe aber, während die englisch-russische Konvention die Unabhängigkeit und Integrität Persiens garantiere!

Die Bedeutung dieses Pufferstaates als Schutzwall Indiens könne nicht hoch genug angeschlagen werden, und es müsse aufs neue gegen den Mangel an Festigkeit protestiert werden, den die englische Diplomatie zeige. Die Zerstörung eines kompakten kleinen Staates durch ein ungelenkes (unwieldily) Reich, wie das russische, sei ein Verbrechen, gegen welches Protest erhoben werden müsse, gleichviel, ob eine Entente bestehe oder nicht. Es zu ignorieren sei schlecht, alle Rechte Englands preiszugeben elend (abject), um die Gunst des Landes buhlen, das sie bricht, das Allerschlimmste und Demütigendste. Privatnachrichten bestätigten diesen Pessimismus des „Times"-Korrespondenten. Der „Economist" schließt seine Betrachtung, an diese Korrespondenz anknüpfend, folgendermaßen: „Das Sonderbare dabei ist, daß die russische Regierung sich im Hinblick auf die Schwäche von Paris und auf die kritische Lage der eigenen Finanzen immer an London als an seinen ausländischen Stützpunkt anlehnt. Die Entente, die gegen Persien und Indien ausgebeutet wird, ist aus moralischen und ökonomischen Gründen eine Lebensfrage für die Regierung des Zaren. Das ist aber eine falsche und verwerfliche Stütze. Was Rußland braucht, ist eine maßvolle und vernünftige Einführung politischer und administrativer Reformen." Die englische Wochenschrift stellt sich damit auf den Standpunkt, der in den Budgetverhandlungen der Duma zum Ausdruck kam, die allen Ministern Mißtrauensvoten brachten, und als unzweideutiges Zeichen der im Lande um sich greifenden Erbitterung über das herrschende Regime zu verstehen sind. Ein so maßvolles Blatt, wie die deutsche „Petersburger Zeitung", faßt die hier berührten Verhältnisse folgendermaßen zusammen: „Die Ereignisse der letzten Woche haben wieder unzweifelhaft bewiesen, daß unsre innerpolitischen Verhältnisse vollkommen unhaltbar sind. Das ist freilich im Laufe dieses ganzen Winters immer allgemeiner und immer stärker auch von den gemäßigten politischen Kreisen festgestellt worden, ohne daß es etwas geholfen hätte. Der Vertreter des Unterrichtsministeriums Baron Taube, der fast eine Woche lang die Klagen gegen sein Ressort angehört hat, stellte seinerseits, wohl ohne sich der politischen Bedeutung seiner Worte ganz bewußt zu sein, die Hoffnungslosigkeit unsrer jetzigen Lage fest. Das Ressort, so meinte er, anerkenne die Notwendigkeit einer Mittelschulreform, doch sei es in der jetzigen Übergangszeit nicht möglich, ein organisches Gesetz durch die einander widerstrebenden beiden Häuser durch-

zubringen. Mit der Feststellung der hoffnungslosen Unfruchtbarkeit unsres gesetzgeberischen Lebens in einer Zeit, da das Land am dringendsten nach Gesetzen, nach festen Regeln und sicherer Richtschnur verlangt, ist es natürlich nicht getan!"

Neuerdings geht in Petersburg das Gerücht um, daß die so dringend gewünschte Beseitigung der meist verhaßten Minister, trotz der ungünstigen Nachrichten aus Livadia, in Aussicht stehe. Der Landwirtschaftsminister Kriwoschëin, der, wie erinnerlich, als wahrscheinlicher Nachfolger Goremykins gilt, hat eine Denkschrift eingereicht, die ein weit angelegtes Reformprogramm bringt, dessen Voraussetzung die Bildung eines homogenen Ministeriums sein soll, so daß die Minister der Justiz, des Innern und des Unterrichts ausscheiden müßten. Aber zurzeit ist es, abgesehen von der Denkschrift, die Tatsache ist, nur ein Gerücht, das in Widerspruch zu den letzten bekannt gewordenen Willensäußerungen des Zaren steht.

In betreff der, wie jetzt zugestanden wird, in Paris angeregten Frage einer Umwandlung der Tripelentente in eine Tripelallianz sind uns neuerdings mehrere Äußerungen englischer Preßorgane zu Gesicht gekommen. Im Juniheft der „Contemporary Review" schreibt Dr. E. J. Dillon, der jedoch nicht gut unterrichtet ist, daß der Allianzgedanke inoffiziell von Frankreich durch den bekannten Artikel von Lavisse angeregt worden sei, und daß er, Dillon, bestätigen könne, daß Rußland keinerlei Schritte getan habe, diese privaten französischen Vorschläge zu unterstützen. Der „Manchester Guardian" sagt, wenn auch die „Geschichte" von dem Marineabkommen mit Rußland bisher nicht bestätigt ist, ist es doch nicht undenkbar, und wir möchten die Wahrheit darüber hören. Es gibt in England Männer in hoher Stellung, die Deutschland so feindselig (dislike) sind, daß sie auch dieser Tollheit fähig wären. Aber wenn es Leute gibt, die bereit wären, die Hilfe der russischen Marine im Mittelmeer zu erkaufen, um wieviel eher wären sie bereit, einen solchen Preis zu zahlen, um uns von dem Risiko eines Konflikts mit der russischen Armee in Südpersien zu befreien? Niemand wünscht die Wiederkehr der Tage, da wir in nervöser Furcht alles verfolgten, was Rußland in Asien tat, und je mehr Streitpunkte zwischen uns und Rußland beseitigt werden, um so besser ist es. Aber wenn die alte Rivalität mit Rußland schlimm war, so würde eines noch schlimmer sein, und das wäre, in die Bahnen der russischen Politik hineingezogen zu werden.

Endlich wird dem „Economist" aus Berlin geschrieben, daß das Gerücht von einem englisch-russischen Marineabkommen fortfahre, beachtet zu werden. Die Befürchtung, daß es benutzt werden würde, um für eine Vermehrung der Marine zu agitieren, habe sich bereits bestätigt, aber es wäre falsch, anzunehmen, daß das Gerücht deshalb in die Welt gebracht worden sei. Vielmehr gebe es ausgezeichnete Gründe, zu glauben, daß in der Tat gewisse Vorschläge in Paris von Herrn Iswolski gemacht worden seien, obgleich man hier nicht wisse, welche Haltung die englischen Minister eingenommen hätten. Es sei zu hoffen, daß die Frage aufgeklärt werde, sobald das Haus der Commons wieder zusammentrete.

Eine indirekte Bestätigung der Eifersucht, mit der russischerseits jede Äußerung freundschaftlicher Beziehungen zwischen England und Deutschland verfolgt wird, zeigt die folgende aus London der „Nowoje Wremja" zugegangene Depesche: „Einen sonderbaren Eindruck hat die Demonstration der Universität Oxford gemacht, die den deutschen Botschafter Fürsten Lichnowsky zum Ehrendoktor der Rechte kreierte, ohne daß wissenschaftliche Verdienste seinerseits vorlägen. Fürst Lichnowsky hielt eine demonstrative politische Rede über das ausschließliche Recht der teutonischen Rasse, eine zivilisatorische Aufgabe in Europa zu erfüllen. Die Wurzel der politischen Ethik sei die Anerkennung des Herrscherrechts und die Ausbreitung der höheren Rassen. Zu diesem Zweck müßten sich die teutonischen Rassen vereinigen." „Die Ehrung Lichnowskys", so schließt dieses Telegramm, „fiel sonderbar zusammen mit der Kampagne der deutschen Dampfergesellschaften zur Herstellung einer direkten Verbindung mit den britischen Kolonien, ohne England zu berühren, was ein neuer Schritt im Kampf Deutschlands um die Beherrschung der Meere ist." Das ist ein klassisches Beispiel dafür, wie die „Nowoje Wremja" und ihre Leute mit den Tatsachen umspringen.

Immer toller wird das Treiben der englischen Wahlfurien, und es ist erstaunlich, daß man in England nicht Mittel und Wege gefunden, die „Women's Social and Political Union", die ohne Zweifel illegal ist, aufzulösen. Denn von diesem Zentrum geht die Agitation aus, die je länger je mehr zu verbrecherischen Mitteln greift. Selbst die königliche Familie ist jetzt vor diesen Unholdinnen nicht sicher. Es wäre Pflicht des Ministers des Innern, des Home Secretary Mc Kenna, hier einzugreifen, bisher hat er sich nur zu schwächlichen Palliativmaß-

regeln entschlossen, die lediglich dazu beigetragen, die Hysterie der von der politischen Krankheit infizierten Frauen zu steigern.

Die Homerulefrage scheint gleichfalls in ein gefährliches Stadium zu treten. Nach dem Beispiel der Ulsterleute bewaffnen sich jetzt die Iren der andern Provinzen der grünen Insel, nach einer, wie es scheint von dem amerikanischen „Sinfein" ausgegebenen Parole. „Home Rule depends on the volunteers", erklärt der „Gaelic American", und damit mag er so unrecht nicht haben, da neuerdings in London das Gerücht umgeht, daß die Opposition noch darauf rechne, eine Auflösung des Parlaments vor Erledigung der Homerulefrage durch den König zu erreichen. Die Auflösung müßte dann stattfinden, bevor die Bill zur endgültigen Abstimmung an das Haus der Lords gelangt ist. Man muß hoffen, daß dieser Plan, an dessen Existenz wohl nicht zu zweifeln ist, scheitert, und der Sieg den auf eine friedliche Lösung hinarbeitenden Elementen zufällt. Anderseits könnte es auch in England zu einer sehr gefährlichen Krisis kommen. Wir verzichten darauf, die unerfreuliche Entwicklung der mexikanischen und der albanischen Frage schon jetzt aufs neue darzulegen. Das Bild ändert sich von Tag zu Tag und auch die kompetentesten Beurteiler sind nicht in der Lage, vorauszusehen, was das „Morgen" aus dem „Heute" machen wird.

11. Juni. Bombenattentat von Suffragetten in der Westminsterabtei. Griechisches Ultimatum an die Türkei.
12. Juni. Besuch Kaiser Wilhelms beim Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinand. Demission des Kabinetts Ribeau.
14. Juni. Besuch Nikolaus' II. in Rumänien.
15. Juni. Angriff albanischer Rebellen auf Durazzo.
17. Juni. Eröffnung des Hohenzollernkanals.

---

17. Juni 1914.

Das wichtigste Ereignis der letzten Woche ist ohne Zweifel die Erklärung, die Sir Edward Grey über das vielbesprochene englisch-russische Marineabkommen abgegeben hat.

Der stenographische Bericht über die Sitzung vom 11. Juni lautet:

„Großbritannien und Rußland.

Mr. King fragte, ob irgendein Marineabkommen neuerdings zwischen Rußland und England vereinbart sei (has been recently entered); und ob Verhandlungen im Hinblick auf ein Marineabkommen neuerdings stattgefunden hätten oder jetzt zwischen Rußland und Großbritannien schwebten (or are now pending)? Sir William Byles fragte den Staatssekretär des Auswärtigen, ob er irgendeine Mitteilung machen könne über ein behauptetes neues Marineabkommen zwischen Großbritannien und Rußland; inwiefern ein solches Abkommen unsre Beziehungen mit Deutschland berühre; und ob er Dokumente vorlegen werde.

Sir E. Grey: Das ehrenwerte Mitglied für North Somerset hat eine ähnliche Frage voriges Jahr in betreff der Landtruppen gestellt, und das ehrenwerte Mitglied für North Salford stellte eine ähnliche Frage gleichfalls an demselben Tage, wie er wiederum heute getan hat. Der Prime Minister antwortete damals, daß, wenn ein Krieg ausbreche zwischen europäischen Mächten, keine unveröffentlichten Vereinbarungen beständen, welche die Freiheit der Regierung oder des Parlaments einschränken oder behindern könnten, darüber zu entscheiden, ob England an einem Kriege

teilnehmen solle. Diese Antwort deckt die beiden schriftlich vorliegenden Fragen. Es bleibt ebenso wahr heute wie vor einem Jahr. Keine Verhandlungen sind seither mit irgendeiner Macht abgeschlossen worden, welche diese Angabe weniger wahr machen würde. Keine derartigen Verhandlungen sind in Gang (in progress), und es ist, so weit ich urteilen kann, nicht wahrscheinlich, daß irgendwelche in Angriff genommen werden (are likely to be entered). Wenn aber irgendein Abkommen abzuschließen wäre, das es nötig machen sollte, die vorjährige Erklärung des Prime Minister zurückzuziehen oder zu modifizieren, so müßte es meiner Ansicht nach und würde es, wie ich annehme, dem Parlament vorgelegt werden."

Das ist sehr erfreulich, und es liegt uns fern, an der so offiziell, vor der höchsten politischen Instanz Großbritanniens abgegebenen Erklärung zu zweifeln oder zu deuteln. Wenn einzelne englische Blätter, wie der „Manchester Guardian", noch ausführlichere Erklärungen wünschen, so finden wir das zwar begreiflich, machen uns aber diesen Wunsch nicht zu eigen, weil es uns völlig ausgeschlossen scheint, daß Sir Edward mit Worten gespielt haben sollte. Daß uns Verhandlungen über eine englisch-russische Marinekonvention, von der eine, wie wir annehmen, meist gut orientierte Korrespondenz bekanntlich berichtete, beunruhigen mußten, wird auch jeder Engländer verstehen. Es ist ja nicht gleichgültig, ob die stärkste Seemacht der Welt sich an die Politik eines Staates bindet, über dessen Feindseligkeit gegen Deutschland heute wohl an keiner Stelle ein Zweifel besteht. Übrigens hat uns eine der letzten Nummern der „Times", wie wir glauben, den Schlüssel für die Entstehung des Gerüchts gegeben. Zwischen England und Rußland wird allerdings verhandelt, aber, wie die „Times" berichtet, in persischen Angelegenheiten, um im Hinblick auf die fortdauernden Unruhen die russische wie die englische Einflußsphäre auf Kosten der sogenannten neutralen Zone zu vergrößern. Damit werden England und Rußland, was ursprünglich vermieden werden sollte, in diesem Teile Vorderasiens direkte Nachbarn werden, und es scheint uns nicht unmöglich, daß dabei die Frage der transpersischen Bahn eine wesentliche Rolle spielt. Das seien, bemerkt die „Times" zur Frage des Schicksals der neutralen Zone, Dinge, die nur England und Rußland angehen, wobei sie in Klammern hinzufügt (und auch Persien). Gewiß, aber als Objekt der beiderseitigen Interessen. Die für den

21. Juli festgesetzte Krönung des jungen Schah ist, wie wir ebenfalls einigermaßen lakonisch von der „Times" erfahren, auf den September verschoben.

Wie sich die Herren von der „Nowoje Wremja" übrigens die Aufgaben der Tripelentente und ihre Entwicklung denken, illustriert recht drastisch der folgende vom 13. Juni datierte Leitartikel: „Um der notwendigen Selbstverteidigung willen haben die drei Staaten, die im Fundament ihrer politischen Struktur und ihrer historischen Überlieferungen voneinander verschieden sind, sich untereinander verständigt. Das Ziel dieser erzwungenen Verständigung erweist sich aber als nicht erreicht, da die räuberischen Elemente Europas (sc. Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien, über deren „Räubereien" in dem vorausgegangenen Teil des Artikels, den wir hier wiedergeben, die Leser der „Nowoje Wremja" ausführlich belehrt wurden) auf keine ausreichende Abwehr ihrer Ansprüche stießen. Das Gleichgewicht, auf welches die Schöpfer der Tripelentente rechneten, ergab sich nicht. Rußland, Frankreich und England erwiesen sich sowohl einzeln genommen, als in ihrer Gemeinschaft, kraftlos dem Ansturm der Räuber gegenüber, die sich ohne besondere Mühe alles aneigneten, was schwach war, so daß nicht mehr um den unbehindert gebrochenen Frieden Europas zu erhalten, sondern um ihre eigne nationale Existenz im vollsten Sinne des Wortes zu retten, Rußland und Frankreich genötigt wurden, von Jahr zu Jahr ihre Rüstungen zu steigern. Auf diesem Wege ist man sehr weit gegangen, und der erwartete Erfolg ist noch nicht erreicht. Er ist erst zu erwarten, wenn das nationale Selbstbewußtsein der europäischen Staaten zweiten Ranges wach wird. Sie alle spüren den ehernen Druck des Germanismus. Es gibt nur ein Mittel für sie, sich von diesem Joch zu befreien, nämlich, wenn sie der Tripelentente beitreten und sich organisch der Liga der europäischen Selbstverteidigung anschließen. Dann wird das Übergewicht der defensiven Kräfte so groß sein, daß ein weiterer Wetteifer im Rüsten unmöglich werden wird. Ein Anfang damit ist bereits gemacht. In Belgien, Holland und Dänemark, die Deutschland zu verschlingen sich vorbereitet hat, reift der Gedanke, daß sie ihre nationale Unabhängigkeit nur durch den mannhaften Entschluß sichern können, daß sie der Tripelentente beitreten. Nicht minder deutlich empfinden das, vielleicht mit Ausnahme Bulgariens, die Balkanstaaten. Die bevorstehende Zusammenkunft in Constantza kann ein Wendepunkt in der

politischen Geschichte Europas werden. Hier können neue Fundamente für ein wirkliches Gleichgewicht gelegt werden, das die Völker Europas von den endlos wachsenden Rüstungen freimacht. Rumänien hat die Initiative nach dieser Richtung zu ergreifen, die uns glückliche Möglichkeiten verheißt."

Nun, die Zusammenkunft in Constantza hat stattgefunden, und die Tischreden des Zaren wie des Königs liegen uns vor. Sie sagen nicht mehr, als solche Reden sagen müssen, wenn sie nicht direkt Besorgnisse erregen sollen. Wir haben gar nichts gegen ihren Inhalt wie gegen ihre Form einzuwenden und sind nach wie vor überzeugt, daß Rumänien seine Politik durch keine andern Motive bestimmen läßt, als durch die seines eigenen Interesses. Das ist es ja gerade, was den Ruhm König Karols begründet hat. Er will seinen Einfluß zur Erhaltung des Friedens auf dem Balkan, so weit das unter den jetzigen Verhältnissen noch möglich ist, geltend machen, und kann sicher sein, daß dabei sowohl die Sympathien Deutschlands wie die Österreich-Ungarns ihm zur Seite stehen werden.

Auf der Balkanhalbinsel stellt sich dagegen immer mehr heraus, daß die Quelle all der Unsicherheit, die jetzt über Krieg und Frieden auf dem Balkan vorherrschend ist, und ebenso der furchtbare Haß, der aus den Veröffentlichungen spricht, in denen Bulgaren, Serben und Griechen einander vor den Richterstuhl des kultivierten Europa rufen, damit es sein vernichtendes Urteil über die Missetaten der beiden andern ausspreche, daß all dieses Unheil in seiner Wurzel zurückzuführen ist auf die tiefe Unwahrheit der russischen Orientpolitik. Ein unheilvolleres Werk, als den Balkanbund, den Rußland ins Leben gerufen hat, um ihn als Mittel für seine eigenen Pläne zu benutzen, hat es in neuerer Zeit kaum gegeben. Er hat drei entsetzliche Kriege auf dem Balkan zur Folge gehabt und scheint einen vierten vorzubereiten; er hat zweimal Europa an die Schwelle eines Krieges geführt, dem keine der Großmächte sich hätte entziehen können, wenn nicht Deutschland als Friedenshort dazwischen getreten wäre. Wer mag sagen, welche Rolle ihm für die nächste Zukunft zugedacht ist. Zunächst will es uns scheinen, daß eine Absorbierung Montenegros durch Serbien vorbereitet wird, um Serbien direkt an die Adria zu führen, was wiederum eine unheilvolle Saat für die Zukunft bedeutet. Endlich ist bereits Albanien in den Wirbel des Sturmes hineingezogen worden, der sich

aus den nationalen und religiösen Problemen roher Völkerschaften seine vernichtenden Kräfte holt.

Die chronischen Ministerkrisen in Frankreich geben eine eigentümliche Illustration zu den Segnungen des romanischen Parlamentarismus, die wir nicht weiter analysieren wollen. Nur das eine möchten wir recht nachdrücklich hervorheben, daß die Franzosen irren, wenn sie meinen, daß wir die Ablehnung der dreijährigen Dienstpflicht durch die französische Kammer wünschen. Das ist keineswegs der Fall; vielmehr läßt sich annehmen, daß das Experiment, mit dem Frankreich es versuchen will, in seiner Rückwirkung auf das Land eher abkühlend als erhitzend wirken wird. Wir erwarten von der dreijährigen Dienstpflicht im Effekt eine Abnahme des auf einen Krieg hindrängenden Chauvinismus, was uns natürlich nur lieb sein kann. Aber freilich wäre das nur unter der Voraussetzung zutreffend, wenn der in Frankreich sich legende Chauvinismus nicht von außen wieder hineingetragen wird. Der „Temps", dem die Luft nie genug nach Pulver riechen kann, benutzt einen, wie er behauptet, auf den russischen Kriegsminister zurückgehenden Artikel der russischen „Börsenzeitung", um das Feuer zu schüren: „Rußland ist fertig, Frankreich muß es auch sein" lautet die Überschrift des Artikels, der ohne weitere Umschweife verlangt, daß Frankreich seine Pflicht Rußland gegenüber durch Annahme der dreijährigen Dienstpflicht erfülle: „Wir haben der französischen Allianz gegenüber all unsre Pflichten erfüllt, wir müssen daher erwarten, daß unser Alliierter desgleichen tut." Das ist der variierte Grundgedanke. Wir glauben aber nicht mit der Vermutung zu irren, daß dieser sogen. Suchomlinowsche Artikel bestellte Arbeit war, zunächst bestimmt, Herrn Ribot zu helfen und jetzt hervorgeholt, um dem neuen Ministerpräsidenten Viviani das Rückgrat zu steifen. Die zu verstärkten Rüstungen und in folgerichtiger Fortführung des Rüstungsgedankens zum Kriege treibende Kraft muß heute in Rußland gesucht werden. Der „Petersburger Kurier" teilt, wie wir einem Telegramm der „Vossischen Zeitung" entnehmen, folgendes mit: Nach Eintreffen der Nachricht vom Sturze Ribots eilte der Generalstabschef Michnewitsch auf Veranlassung des Kriegsministers Suchomlinow zum Ministerpräsidenten Goremykin, um dessen Ansicht über das Ereignis zu erfahren. Es stellte sich heraus, daß Goremykin ebenso wie Suchomlinow überzeugt waren, daß Rußland auf Aufrechterhaltung

der dreijährigen Dienstzeit bestehen müsse, da es (Rußland) gerade von Frankreich zu seinen neuesten außerordentlichen militärischen Maßregeln bewogen worden sei. Im Laufe des gestrigen Tages (13. Juni) beriet sich Goremykin mit allen Mitgliedern seines Kabinetts. Es wurde beschlossen, den Pariser Botschafter Iswolski zu beauftragen, in freundschaftlicher, aber sehr bestimmter Form die französische Regierung daran zu erinnern, daß Rußland von Frankreich die Erfüllung der übernommenen Verpflichtung, die dreijährige Dienstpflicht einzuführen, erwarte. Der Gehilfe des Kriegsministers Wernander schrieb in gleichem Sinne an den französischen Generalstabschef Joffre. Falls es zu neuen Verwicklungen hinsichtlich des Dreijahrsgesetzes komme, solle die russische Regierung entschlossen sein, eine Konferenz mit Dumaabgeordneten zu veranstalten und zu diesem Zwecke den Tagungsschluß der Duma zu verschieben. Während uns die letztere Nachricht zweifelhaft erscheint, haben wir guten Grund, alles übrige auf gute Informationen zurückzuführen, und es ist uns eine Genugtuung, nun endlich auch von russischer Seite bestätigt zu finden, daß Frankreich auf russisches Gebot den Antrag auf die dreijährige Dienstzeit eingebracht hat. Daß dies der Ausgangspunkt für die Präsidentschaft Herrn Poincarés war, wird unsern Lesern erinnerlich sein. Übrigens ist es, abgesehen von allem andern, eine Art Revanche, die Rußland hier für die seinerzeit sehr peinlich empfundene Inspektion der russischen Truppen durch französische Generalstabsoffiziere nimmt.

Das Juniheft der „Fortnightly Review" bringt zwei wichtige Beiträge zur Geschichte der Politik, welche Präsident Wilson in Mexiko und in den Vereinigten Staaten durchzuführen bemüht ist. J. M. Kennedy berichtet über die wahren Ursachen der mexikanischen Wirren (the Real Trouble in Mexico) und James Davenport Whelpley über die auswärtige Politik der Vereinigten Staaten (Foreign Relations of the United States). Der erste dieser Artikel geht von der vielbesprochenen Rede aus, die Präsident Wilson am 26. Oktober 1913 in Mobile hielt (siehe Deutschland und die große Politik S. 310 und 313), die, wie sich unsre Leser erinnern werden, eine neue Auslegung der Monroedoktrin verkündete. Diese Wilsondoktrin, wie wir jetzt wohl sagen müssen, gipfelte in der Erklärung, daß europäische Staaten im lateinischen Amerika in Zukunft keine Konzessionen erwerben sollten, und in dem Versprechen, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika

jenen lateinischen Republiken helfen würden, sich vom Einfluß Europas zu befreien. Hieran knüpft Kennedy eine kurze Übersicht des bisherigen Verlaufs der mexikanischen Wirren: wie im November 1911 Porfirio Diaz vertrieben, Madero Präsident wurde, wie General Huerta sich gegen ihn erhob und sich selbst zum provisorischen Präsidenten proklamierte, und wie am 23. Februar 1913 Madero und der Vizepräsident Juarez auf geheimnisvolle Weise erschossen wurden. Darauf verweigerte die Regierung der Vereinigten Staaten die Anerkennung Huertas; aber Huertas Regierung zeigte sich so kräftig und erfolgreich, daß schon im Mai 1913 England sie anerkannte, im Juni Deutschland und danach auch die übrigen europäischen Mächte und Japan. Trotzdem blieb Präsident Wilson dabei, ihn nicht anzuerkennen. Nun folgten Aufstände in Mexiko. Im Süden der „notorische Brigant", der sich General Zapata nannte, im Norden ein Soldat von Beruf, General Carranza, und der Räuber von Profession „General" Villa. Des Aufstandes im Norden wäre Huerta leicht Herr geworden, wenn nicht, zu dem laut geäußerten Erstaunen Europas, die Vereinigten Staaten die Revolutionäre unterstützt hätten, die nun nach entsetzlichen Missetaten sich zu Herren der nordmexikanischen Staaten Sonora, Chihuahua, Conhuila, Zakatecos machten. Der Handel begann danach zu stocken; im Februar wird Mr. Benton, ein englischer Untertan, ermordet, dazu andre Europäer, worauf Präsident Wilson die amerikanische Flotte nach Veracruz schickte, die Stadt bombardierte und einnahm, um dadurch einen Druck, nicht etwa auf die Rebellen, die jene Morde zu verantworten hatten — sondern auf Huerta, der die Mörder bekämpfte, auszuüben. Dabei aber behauptete er nach wie vor, in Freundschaft und Frieden mit Mexiko zu leben. Die Gründe für diese Politik sind nun nach amerikanischer Darstellung die folgenden: Präsident Diaz habe gegen Ende seines Regiments die Europäer begünstigt, deren Finanzleute und Unternehmer das mexikanische Volk ausgebeutet hätten, das in seiner Verzweiflung Diaz vertrieben und Madero zum Präsidenten gemacht habe. Madero sei willig gewesen, Amerika zum Dank für die gewährte Unterstützung Konzessionen zu gewähren, aber auf offene Feindseligkeit der europäischen und zumal der britischen Interessenten gestoßen, und diese hätten darauf Huerta erhoben, der sich bereit zeigte, die britischen Handelsinteressen zu fördern. Daß deshalb die Vereinigten Staaten Huerta nicht anerkannten und die sogenannten Konstitutionalisten unter Carranza

begünstigten, sei daher eine natürliche Folge dieser Tatsachen. Das, sagt die „Fortnightly Review", seien noch die am wenigsten absurden Behauptungen, welche seit vorigem November von der amerikanischen Presse aufgestellt wurden. In Wirklichkeit lägen die Verhältnisse ganz anders. Zwischen Mexikanern und Amerikanern bestehe ein alter Haß, den die Ereignisse des Jahres 1846 noch verstärkt hätten, und in einer Zeit, da es den amerikanischen Geschäftsleuten noch nicht möglich war, in Mexiko Fuß zu fassen, hätten britische, französische und spanische Interessen in den Tagen Felix Diaz' an der Entwicklung Mexikos gearbeitet und die Mexikaner vorgezogen, ihre Staatsanleihen in Europa abzuschließen. Aber amerikanische Unternehmer folgten den Europäern und wandten sich zumeist den Ölraffinerien zu. Heute gäbe es 150 Ölkompagnien in Mexiko, von denen 100 amerikanisch und 20 in englischen Händen seien. 70 bis 75 v. H. der gesamten mexikanischen Ölproduktion würden von dem amerikanischen „Standard Oil Trust" und von dem englischen „Mexican Eagle" kontrolliert. Die mexikanischen Eisenbahnen arbeiteten dagegen meist mit englischem Kapital, und die mexikanischen Banken mit englischem und französischem Gelde. J. M. Kennedy drückt nun mit großer Bestimmtheit seine Ansicht folgendermaßen aus: „Ich bezweifle keinen Augenblick, daß die amerikanischen Handels- und Geldinteressen darauf ausgehen, „by unfair means", d. h. durch wenig anständige Mittel, die lange eingesessenen Interessen Englands aus Mexiko zu verdrängen. Chihuahua, das unzählige nicht ausgebeutete Silberminen besitzt, und Sonora, das wie ein Schwamm von Öl durchtränkt ist, sind Staaten, die wohl die Habsucht einer Nation erregen können, die sich auszubreiten wünscht und in der Wahl ihrer Mittel sich nie viel Skrupel gemacht hat." Der künftige große Handelskrieg der Welt werde zwischen Amerika und England ausgefochten werden. Im November 1913 sei Lord Murray durch das Einschreiten der Vereinigten Staaten genötigt worden, von dem Petroleumkontrakt zurückzutreten, der im kolumbischen Kongreß verhandelt wurde und den eine ad hoc niedergesetzte Kommission des kolumbischen Senats bereits angenommen hatte. Jetzt unterstütze Präsident Wilson den „General" Villa, damit England nicht in Mexiko gewinne, was es in Kolumbien eingebüßt habe. Aber das Ziel der amerikanischen Politik sei offenbar, sich zum Herrn des gesamten Ölbestandes Amerikas zu machen. Es scheine, daß die englische Regie-

rung viele wichtige Umstände in der jetzigen Lage Mexikos vernachlässigt habe.

Die Whelpleysche Studie über die auswärtige Politik der Vereinigten Staaten knüpft an die unbestreitbare Wahrheit an, daß die internationalen Beziehungen der Nationen sich in den letzten Jahren so gesteigert hätten, daß sie alle in gewissem Sinne Nachbarn geworden seien, und daß, je mächtiger ein Staat ist, um so mehr auch seine Verantwortlichkeit den Nachbarn gegenüber wachse. Ein Beispiel dafür sei die Bagdadbahnfrage, die schließlich in Zusammenhang mit allen Problemen des nahen Orients trat. Die Internationalisierung von Handel und Finanz habe die amerikanische Politik in die Weltpolitik eingeführt, aber sie zugleich in all die verwickelten Probleme des internationalen Lebens hineingedrängt. Das ungeschriebene Protektorat über Zentralamerika bedinge Verantwortlichkeiten den Staaten gegenüber, deren Bürger dort Reichtum und Stellung gefunden hätten, die Eindämmung des Stromes der Einwanderer habe sehr unbequeme Beziehungen zu Japan, die Judenfrage den Gegensatz zu Rußland herbeigeführt, der Protektionstarif Deutschland und Frankreich verstimmt, der Panamakanal den Streit mit England über die Auslegung eines Vertrages, endlich der Versuch, den Panamerikanismus kräftig zu entwickeln, den Verdacht Südamerikas hervorgerufen. Infolgedessen würde im Bewußtsein des amerikanischen Bürgers allmählich die Vorstellung erschüttert, daß Amerika eine Welt für sich sei, und man beginne zu verstehen, daß es ein Teil sei einer größeren Welt. Noch gelte zwar immer der Rat, den Washington gab, Allianzen zu vermeiden, und ebenso die Monroedoktrin, die keine fremde Kolonisation in Amerika duldet. Wenn neuerdings eine Schule von Publizisten bemüht sei, diese Theorie zu untergraben, so seien diese Bemühungen ganz aussichtslos. Die Monroedoktrin sei ein Teil des amerikanischen Charakters geworden und werde es für absehbare Zeiträume bleiben. Sie erscheine dem Yankee als ein von Gott verliehenes Recht, für dessen Behauptung und Verteidigung er mit Enthusiasmus in den Krieg ziehen werde. Mr. Whelpley, von dem wir annehmen, daß er Bürger der Vereinigten Staaten ist, beurteilt im Gegensatz zu Kennedy die mexikanische Frage sehr optimistisch; Präsident Wilson werde einen Ausweg finden und die Vereinigten Staaten würden nicht genötigt sein, einen Krieg zu führen, auch die Frage der Panamakanalzölle werde er glücklich lösen. Das schwierigste

Problem für Amerika sei jedoch das russische, das bekanntlich darauf zurückzuführen ist, daß Rußland Juden, selbst wenn sie einen Paß von der amerikanischen Regierung vorweisen, den Aufenthalt in Rußland verwehrt. Die mächtige New Yorker Judenschaft setzte darauf durch, daß der Kongreß die Erneuerung des eben ablaufenden russisch-amerikanischen Handelsvertrages verweigerte. Nun hat die russische Regierung zwar den Statusquo des Handelsvertrages von 1832 fortbestehen lassen, aber sie kann sich jederzeit von dieser Liebenswürdigkeit — denn das ist es — zurückziehen. Whelpley ist der Meinung, daß der amerikanische Standpunkt sich nicht werde behaupten lassen; allerdings liegt in ihm der Anspruch, daß andre Staaten ihre innere Politik den Wünschen Amerikas unterordnen, was um so auffallender ist, als die Vereinigten Staaten in ihrer Haltung fremden Einwanderern gegenüber sehr strenge Vorschriften anwenden, und zwar — wie allbekannt ist — oft sehr willkürlich. Whelpley macht darauf aufmerksam, daß die zahlreichen Schiedsverträge, die Amerika abgeschlossen hat, im Hinblick auf die jetzt schwebenden Probleme in keinem einzigen Fall Anwendung gefunden haben. Er erklärt es dadurch, daß, als mit Präsident Wilson die demokratische Partei ans Ruder kam, alle Personen, die in auswärtigen Angelegenheiten praktische Erfahrungen hatten, beseitigt und ersetzt wurden durch Leute, deren Ehrenhaftigkeit unantastbar war und von denen einige ungewöhnlich tüchtig waren, jedoch kein einziger staatsmännische Erfahrung und irgendwelche Kenntnis in auswärtigen Angelegenheiten mitbrachte. Vor weniger als zwei Jahren habe es sich darum gehandelt, einen gewiegten Staatsmann in den Kreis des Kabinetts aufzunehmen. Man brachte ihn für mehrere Ressorts in Vorschlag, einigte sich aber einstimmig, ihm das auswärtige Ressort (Secretary of state) zu übertragen, weil er in dieser Stellung das Land am wenigsten schädigen könne. Whelpley schließt mit der Frage, was wohl geschehen würde, wenn in Europa aus ähnlichen Motiven das Staatssekretariat des Auswärtigen besetzt werde. Wir empfehlen ihm, sich die Antwort bei einem der sechs Minister des Auswärtigen, die in den letzten 14 Tagen die französische Politik geleitet haben, zu holen. Sie werden ihm antworten, daß das Personal des „Service", d. h. die gesamte Beamtenschaft des Ministeriums, von den Erschütterungen, welche die Spitzen der Regierung trafen, unberührt geblieben ist. In diesen Männern aber lebt die Tradition der auswärtigen Politik Frankreichs fort.

In England beginnt die irische Frage doch ernste Sorge zu machen; in Leeds, also auf englischem, nicht auf irischem Boden, ist es in Anlaß einer Rede, die der den Iren besonders verhaßte Herzog von Norfolk am 13. d. M. hielt, zu Ausschreitungen gekommen, bei denen Blut geflossen ist. Der Herzog, der Katholik und Antihomeruler ist, gilt den Iren als Renegat. Es ist gewiß die höchste Zeit, daß ein Ausweg gefunden wird, der zum Frieden führt.

18. Juni. Eröffnung einer konstituierenden Versammlung in Rumänien.
22. Juni. Der Generalstabschef der russischen Marine in Paris. Niederlage der albanischen Regierungstruppen vor Durazzo.
23. Juni. Besuch eines englischen Geschwaders in Kiel.

---

24. Juni 1914.

Der „Temps" übersetzt einen Artikel des „Lokal-Anzeigers", dem er die Überschrift gibt „un diplomate signale le danger allemand" und leitet ihn folgendermaßen ein: „Unser Korrespondent aus Berlin telegraphiert: Ein Botschafter der Tripelentente, der, wie man sagt, niemand anders sein soll, als Sir Edward Goschen, hat dem Berliner „Lokal-Anzeiger" ein merkwürdiges Interview gewährt, das die chauvinistischen Neigungen der öffentlichen Meinung Deutschlands zum Gegenstande hat." Nun halten wir es für völlig ausgeschlossen, daß ein Mann von der feinen Bildung und vornehmen Gesinnung Sir Edward Goschens sich die Taktlosigkeiten hätte zuschulden kommen lassen, die der „Lokal-Anzeiger" wiederzugeben für gut befunden hat. Wir bezweifeln überhaupt, daß das Interview direkt von einem Botschafter ausgeht, da wir auch Herrn Jules Cambon und Herrn Swerbejew nicht für fähig halten, sich solche Blößen zu geben. Es wird ein vorwitziger, jüngerer Diplomat gewesen sein, der sich gedruckt sehen wollte und den wir einer Widerlegung seiner Abenteuerlichkeiten nicht würdigen wollen. Wir können abwarten, bis er sich selbst meldet. Übrigens ist der Chauvinismus der französischen und der russischen Blätter selten lauter und aufdringlicher gewesen, als in den letzten Wochen, da es galt, für die dreijährige Dienstpflicht in Frankreich einzutreten. Jenes Interview gibt uns ein nachklingendes Echo davon und wiederholt nur Gedanken, die uns zum Überdruß in französischen und russischen Blättern entgegengetreten sind. Die Herren sollten sich beruhigen. Ihre dreijährige Dienstpflicht und die damit verbundene Heeresverstärkung haben sie ja erhalten, und der neue französische Ministerpräsident, Herr Viviani, wird in seiner Eigenschaft als Minister des

Auswärtigen Herrn Poincaré nach Petersburg begleiten. Er hat sich durch ein Interview, das er dem Pariser Korrespondenten der „Nowoje Wremja" gewährt hat, bereits den Boden dazu bereitet, ohne in den aggressiven Ton des angeblichen Botschafters des „Lokal-Anzeigers" zu verfallen. Interessant ist an seinen Äußerungen wohl nur die geflissentliche und nachdrückliche Betonung der Zugehörigkeit Englands zu der russisch-französischen Kombination, was ja eine triviale Wahrheit wäre, wenn wir nicht wüßten, daß sehr viel weitergehende Wünsche und Erwartungen damit verbunden sind. Die „Nowoje Wremja" hat es am Tage vorher bereits direkt ausgesprochen, daß sie die Wandlung der Tripelentente in eine Allianz erwartet, und wir wissen bestimmt, daß von russischer Seite alle Schritte geschehen sind, um zu diesem Ergebnis zu gelangen. Daß solche Bestrebungen stets mit der falschen Etikette der Friedensliebe versehen werden, bildet einen integrierenden Teil des Rüstzeugs, mit dem unsre Gegner seit Jahr und Tag arbeiten. Täuschen lassen wir uns dadurch nicht und für ungefährlich halten wir das Spiel gleichfalls nicht, und es wird wohl einmal der Tag kommen, da diese Spieler ihre falschen Karten werden aufdecken müssen.

In den Fragen auswärtiger Politik ist durch die Tatsache gar nichts geändert, daß Herr Viviani sein Ministerium unter Dach und Fach gebracht hat, während der Versuch Herrn Ribots trotz der hohen Unterstützung, die sich für ihn einsetzte, so kläglich scheiterte. Wenn auch unzweifelhaft Herr Poincaré in allem, was er anfaßt, eine unglückliche Hand hat, ist ihm doch eines jederzeit gelungen. Er hat es stets verstanden, die Minister des Auswärtigen, die ihm die Laune der französischen Kammer oktroyierte, in das Fahrwasser seiner Politik hinüberzuführen, d. h. in eine Politik imperialistischer Tendenz, die früher oder später mit Notwendigkeit Europa in einen Krieg führen wird. Er nährt den französischen Chauvinismus mit dem russischen Deutschenhaß und richtet all sein Bestreben dahin, unter Ausnutzung der Churchillschen aus Gespensterfurcht, Ehrgeiz und Größenwahn geborenen Zukunftspläne, auch England in eine Kombination hineinzuziehen, in der schließlich jeder Teilnehmer nicht mehr Herr seines eigenen Willens sein wird. Wir fürchten, daß man uns entgegenhalten wird, daß wir Herrn Poincaré überschätzen. Das ist keineswegs der Fall. Wir wissen sehr wohl, daß er selbst ein Werkzeug ist, aber er ist

ein Werkzeug, das sich an seiner Stelle behauptet, der einzige Mann in Frankreich, der sicher ist, sieben Jahre lang im Amt zu bleiben und der eben deshalb einem stetig auf ihn einwirkenden Einfluß zugänglicher ist, als jeder andre. Von wem dieser Einfluß ausgeht, braucht kaum gesagt zu werden. Wir denken an Herrn Iswolski, den russischen Botschafter in Paris, der weit mehr als allgemein bekannt ist, von bestimmendem Einfluß auf die Gesamtpolitik Europas ist. Er war der Vorgesetzte von Herrn Ssasonow und ist es geistig auch heute noch geblieben. In Frankreich beherrscht er die nationalistische Presse, das Quai d'Orsay und den Präsidenten, und seit — in sehr kluger Wahl — London zum scheinbaren Mittelpunkte der Politik der Tripelentente gemacht worden ist, dringt durch die Weisungen, die Herrn Paul Cambon und dem Grafen Benckendorff zugehen, sein Einfluß auch in das Foreign office hinein. Nun liegt ja auf der Hand, daß Sir Edward Grey eine zu selbständige Natur ist, um sich leicht beeinflussen zu lassen; er wird stets zuerst an die englischen Interessen denken und ist durch Phrasen, wie man sie dem großen Publikum serviert, gewiß nicht zu berauschen, aber wenn man bedenkt, daß dem Gedankenaustausch zu Dreien stets eine Verständigung zu Zweien vorausgegangen ist, läßt sich unmöglich annehmen, daß von dieser Taktik nicht ein Einfluß ausgehen sollte. Es ist aber noch ein andrer Faktor mit heranzuziehen. Im englischen Kabinett stellt Winston Churchill ein undisziplinierter und vielleicht undisziplinierbares Element dar, dessen hohe Gaben und wohl noch höherer Ehrgeiz ihn Einflüssen, die diesem Ehrgeiz weite Ziele stecken, außerordentlich zugänglich machen. Wir wissen nicht einmal, ob er Herrn Iswolski persönlich kennt, aber gewiß kennt er die Ziele dieses verschlagenen Diplomaten, und die konvenieren ihm ohne Zweifel. In der Rechnung, die Herr Poincaré-Iswolski aufgestellt hat, ist er ein außerordentlich wichtiger Faktor.

Heute, den 22. Juni, ist, unter Kommando des Admirals Beatty, das englische Geschwader „Lion", „Princeß Royal", „Queen Mary" und „New Zealand", das sind die vier größten englischen Schlachtschiffe von 27 000 Tonnen und 28 Knoten Geschwindigkeit, nebst zwei kleinen Kreuzern „Lond" und „Boadicea" in Kronstadt eingetroffen. 200 Offiziere und gegen 4000 Mann bilden die Besatzung. Der Besuch wird bis zum 29. teils in Kronstadt, teils in Petersburg und Peterhof weilen, und die gegenseitige Begeisterung wird groß sein. Die „Nowoje Wremja" erinnert in diesem Anlaß an den ersten Besuch der französischen Flotte

in Kronstadt und an den Gegenbesuch der Russen in Toulon, und wie sich dann daraus schließlich die alliance franco-russe entwickelt habe. Das werde, so hofft sie, auch die Folge dieses ersten Besuchs englischer Dreadnoughts in Kronstadt sein. Das Blatt vergißt dabei das Zwischenglied der vorausgegangenen russischen Anleihen in Frankreich, es hätte aber auch dazu das Gegenstück finden können.

Rußland (d. h. die russische Regierung) hat seit 1906 in England 11 Anleihen gemacht, die in Summa 33 604 381 Lstr. betragen und von 1908 bis heute zwölf städtische Anleihen von 13 182 730 Lstr. und für verschiedene Unternehmungen 13 516 277 Lstr., was in Summa 60$^1/_3$ Millionen Pfund oder 1 Milliarde 206 Millionen Mark ausmacht. Der „Economist", dem wir diese Daten entnehmen, bemerkt dazu: „Die russische Finanz wird immer abhängiger vom Londoner Geldmarkt, eine Tatsache, die Sir Edward Greys Position bei Verhandlungen mit der russischen Regierung stärken sollte, sowohl in Fragen des Tarifs und der Schiffahrt in Finnland, wie in den politischen Fragen, die Persien betreffen." Wir glauben nicht, daß dieser Schluß richtig ist, wenigstens nicht, sobald weitere Zeiträume in Frage kommen. Rußland hat den Franzosen allerdings in der ersten Periode der Anleihen recht wichtige Gefälligkeiten erwiesen, aber das Verhältnis hat sich bald umgekehrt. Heute ist nicht Rußland von Frankreich, sondern Frankreich von Rußland abhängig geworden und man braucht nicht ein Seher zu sein, um mit Sicherheit zu behaupten, daß diese Abhängigkeit noch größer werden wird.

Fast genau dasselbe läßt sich von dem russisch-englischen Abkommen des Jahres 1907 über Persien sagen. Wirft man heute die Frage auf, wem der Vertrag genützt hat, so läßt sich nur eines mit Bestimmtheit sagen, daß Persien nicht der vorteilende Partner war. Es war auch nur Objekt dieses mit allen bestklingenden humanitären Prinzipien umbrämten Vertrags. Ob aber England oder Rußland den größeren Vorteil von diesem Abkommen gehabt hat, darüber gehen die Meinungen weit auseinander. Die „Nowoje Wremja" schreibt zur Frage der von England erworbenen Ölquellen in der neutralen Zone Persiens: „Es kommt darauf heraus, daß die (englische) Kompagnie mehr als zwei Drittel ganz Persiens und darunter den ganzen Süden sich zu eigen gemacht hat. Nicht zu diesem Zwecke wurde 1907 das Abkommen zwischen Rußland und England abgeschlossen. Für die Interessen Rußlands

im mittleren Orient entsteht eine ernste Gefahr, und die russische Diplomatie sowie unsre öffentliche Meinung müssen mit höchster Aufmerksamkeit die neue Lage erwägen, wie sie in Persien durch das Eintreten der britischen Regierung in die anglopersische Naphtha Compagnie als allmächtigen Herrn derselben geschaffen ist."

Übrigens hat sich in Rußland über Nacht eine merkwürdige Wandlung vollzogen. Die russische Armee ist in ihrer Gesamtheit in eine obligatorische Temperenzbewegung hineingezogen worden.

Am 17. Juni ist ein vom Kriegsminister Generaladjutant Suchomlinow kontrasignierter kaiserlicher Ukas veröffentlicht worden, der den russischen Soldaten der aktiven Armee, der Reserve und des Landsturms, für die Dauer ihrer Dienstzeit den Genuß von alkoholischen Getränken jeder Art auf das strengste untersagt und allen höheren Chargen vorschreibt, mit gutem Beispiel ihren Untergebenen vorauszugehen. Es werden daher über jeden Offizier Listen geführt werden, welche genaue Auskunft darüber geben, wie er zur Frage des Alkoholgenusses steht. Bei allen dienstlichen Verrichtungen ist der Verbrauch geistiger Getränke auf das strengste untersagt, doch darf in den Offiziersmessen zum Frühstück, Mittag- und Abendessen, zu einer vom betreffenden Kommandeur genau bestimmten Zeit, aber nur gegen Barzahlung, Alkohol verabreicht werden. Bei Liebesmählern, an Festtagen und bei andern Festlichkeiten sollen Regimentsmusik, Sänger und Balalaikaspieler nicht zugelassen werden, es sei denn mit Erlaubnis der Obrigkeit und auf genau bestimmte Zeit. Büfetts, an denen Alkoholika verkauft werden, dürfen von Privatunternehmern nicht unterhalten werden. Mit 2 bis 3 Stimmen Majorität kann jedes Offizierkorps den Genuß von Alkohol in Versammlungen von Offizieren ganz verbieten. Konsumvereine der Offiziere dürfen Spirituosen auf Kredit nicht verkaufen, Filialen dieser Konsumvereine ist der Verkauf von alkoholischen Getränken überhaupt verboten. Die Kommandeure haben mit Hilfe der Geistlichkeit Nüchternheitsgesellschaften zu organisieren, für welche die geistliche Obrigkeit in Armee und Marine Statuten ausarbeiten wird. Die Regimentsärzte sind verpflichtet, mindestens zweimal jährlich in Gegenwart aller Offiziere Vorträge über die Schädlichkeit des Alkohols zu halten und die Regimentspopen werden dieselben Fragen vom religiösen Standpunkte aus behandeln. Die Divisionsgenerale werden in ihren Jahresberichten angeben, was sie zur Förderung der Nüchternheit getan haben. In jeder

Garnison wird alljährlich kundgegeben werden, welche Gasthäuser, Restaurants und Vergnügungslokale von Offizieren besucht werden dürfen. Alle diese Bestimmungen sollen auch für die Militärärzte und Geistlichen gelten.

Um die Offiziere zu veranlassen, sich des Alkohols zu enthalten, wird die Militärobrigkeit bemüht sein, der Geselligkeit einen familienhaften Charakter zu geben, für Bibliotheken, Fechtübungen, Vorträge, Gymnastik und Sportspiele Sorge zu tragen, das Lernen fremder Sprachen und der Musik zu fördern, sowie den Besuch der städtischen Theater zu erleichtern.

Es wird verboten, Gemeine in Lokale zu schicken, um Spirituosen zu kaufen; wer für Alkoholgenuß bestraft ist, kann weder Unteroffizier noch Gefreiter werden. Über solche, die in nicht nüchternem Zustande befunden worden sind, werden Listen geführt, sie werden stetig beobachtet werden, keinen Urlaub erhalten und von den Geistlichen vermahnt werden. Ihren Angehörigen wird mitgeteilt werden, daß ihnen kein Geld geschickt werden darf, trotzdem erfolgende Geldsendungen sollen in Sparkassenbüchern angelegt werden und dürfen nur mit Genehmigung des betreffenden Chefs verausgabt werden. Obrigkeit und Geistlichkeit sind verpflichtet, mit allen Mitteln die Soldaten in die Regimentsnüchternheitsvereine zu ziehen und durch Predigten namentlich auf die Neueintretenden und die Rückkehrenden einzuwirken. Es folgt die an die Kommandeure gerichtete Empfehlung, durch allerlei Maßregeln die Soldaten vom Trinken fernzuhalten, als: auf die Schönheit der Kirchen und des Gottesdienstes aufmerksam zu machen, den Kirchengesang zu heben, Gottesdienst in den Kasernen für diejenigen, die die Kirche nicht besucht haben, abzuhalten, für Organisation systematischer Unterredungen der Geistlichen, mindestens einmal in der Woche mit allen Soldaten, und außerdem mit den Säufern Sorge zu tragen; ferner für Besuch von Karzern und Lazaretten, Vorhaltungen der Ärzte über die Schädlichkeit des Trinkens an der Hand von Bildern, Tabellen und Diagrammen. Monatlich einmal bzw. viermal soll Sonntagslektüre durch die Geistlichen oder durch Offiziere und ihre Familien veranstaltet werden; Anschlagen von Bildern und Tabellen in den Kasernen, die den Schaden des Alkohols zeigen, Auslegen antialkoholischer Bücher in den Regimentsbibliotheken, Pflege des Sports und endlich Anwendung aller Mittel wird empfohlen, um die Lebensführung der Soldaten zu heben.

Nun liegt ja unzweifelhaft ein edler Gedanke diesem Ukas zugrunde, aber er ist zugleich ein Zeugnis für einen wahrhaft verblüffenden Mangel an Menschenkenntnis. Es läßt sich vorhersehen, welches die Folgen sein werden: einerseits Heuchelei und Strebertum, anderseits Ungehorsam. Der dreimal tägliche Alkoholgenuß, der den Offizieren gestattet wird, kontrastiert bedenklich mit der drakonischen Strenge den Mannschaften gegenüber. Die Zeitgrenze, die dem Trinken in der Offiziersmesse gesetzt wird (wir nehmen an etwa zehn Minuten während des Frühstücks, eine Viertelstunde zu Mittag, eine halbe Stunde zum Abendessen, je nach der Willkür des Chefs) läßt sich nur als lächerlich bezeichnen, und die Eintragung in die Dienstlisten muß zu einem System der Schikane führen, die noch schlimmer werden kann, als die berüchtigten fiches in der französischen Armee! Der ganze Erlaß macht den Eindruck, als ob er den heiligen Rasputin zum Urheber hätte.

In Italien hat es fünf Tage lang eine anarchistische Revolution gegeben, die ihren Ursprung aus einem Proteststreik nahm, der sich gegen die Feier des Verfassungsfestes richtete. Die Organisatoren blieben aber nicht Herren der Bewegung, in der Emilia und Marche föderierten sich die Gemeinden zu Republiken und in einzelnen der größern Städte, Ancona, Mailand, Ravenna, Ferrara, sogar in Rom und Neapel kam es zu ernstlichen Unruhen. Schließlich brach dieser Hexensabbath in sich zusammen. Der Anarchist Malatesta ist flüchtig geworden und eine Reaktion ist eingetreten, die bei den Stadtwahlen in Rom die radikalen und republikanischen Elemente beseitigt und den gemäßigten Liberalen und den Katholiken zum Siege verhalf. Aber trotz des Vertrauensvotums, das der Regierung mit 252 Stimmen gegen 144 verliehen wurde, läßt sich nicht verkennen, daß eine tiefgreifende Unzufriedenheit namentlich in den bäuerlichen Kreisen Italiens vorhanden ist. Die auswärtige Politik Italiens hat seit 1907 ungeheure Lasten gebracht und wichtige Reformen haben zurückgestellt werden müssen. Die Überspannung des Schutzzolls wirkt lähmend, die Auswanderung nimmt zu und ebenso die Zahl der Arbeitslosen. Mit Bedauern weisen wir auch auf den Mangel an nationaler Disziplin der italienischen Presse hin, wie sie sich namentlich in der übelangebrachten Polemik gegen Österreich-Ungarn und in der Behandlung der schwierigen albanischen Frage zeigt.

Welches der endliche Ausgang der albanischen Wirren sein

wird, ist ganz unerfindlich. Wir haben den einen lebhaften Wunsch, daß Fürst Wilhelm in den Gefahren, die ihn umringen, weiter aushält bis ans Ende. Er hat, wie es einem preußischen Offizier geziemt, sein Leben für die Sache eingesetzt, die er vertritt, aber es ist zweifelhaft geworden, ob es überhaupt möglich ist, die bunte Masse der nie ganz der Kultur gewonnenen Bevölkerung für den Gedanken staatlicher Ordnung zu gewinnen. Dazu ist der Fürst von einem Netz von Intrigen umgeben, das für den Fernerstehenden nicht zu entwirren ist, aber, wie sich deutlich erkennen läßt, ihm die ernstlichsten Schwierigkeiten bereitet. Neuerdings scheint sich die Hand Rumäniens ihm hilfreich entgegenzustrecken.

Über die rumänisch-russischen Verhandlungen scheint nunmehr so viel mit Sicherheit festzustehen, daß sie die Freiheit der Schiffahrt durch die Meerengen auch in Kriegszeiten ihrem Handel zu sichern, vereinbart haben. Vielleicht ist auch der jetzt — bis auf weiteres — hergestellte Friedenszustand zwischen Griechenland und der Türkei auf Rumänien zurückzuführen. Der „Temps" freilich, der gewohnt ist, sich seine Wünsche als Tatsachen zurecht zu legen, läßt sich aus Belgrad telegraphieren, daß Rumänien entschlossen sei, seine Beziehungen zu Österreich-Ungarn zu lösen und die Erneuerung „der" Militärkonvention zu verweigern, eine Behauptung, die wir für falsch zu halten alle Ursache haben. Das Problem der nationalen Gegensätze zwischen den Balkanstaaten bleibt bestehen. Die beiden Balkankriege sind erbarmungslose Ausrottungskriege gewesen, die eine Art Völkerwanderung im kleinen zur Folge hatten. Die damals Geflüchteten suchen nun entweder ihre alten Sitze zurückzugewinnen oder sich neue Sitze auf Kosten derjenigen zu erzwingen, vor deren Landsleuten sie flüchtig Haus und Hof verlassen hatten und an die sie mit Erbitterung und Haß zurückdenken. Das mag vieles erklären, aber gewiß nicht alles entschuldigen.

In den Vereinigten Staaten wirft die bevorstehende Rückkehr Theodore Roosevelts ihre Schatten voraus. So schreibt der „Argonaut": „Wir halten, alles erwogen, Mr. Roosevelt für den Mann, der für die nächste Präsidentschaft von denjenigen nominiert werden wird, die vor zwei Jahren ihre Stimmen für die Republikaner oder die Progressisten abgaben. Aber die Einwendungen, die gegen ihn geltend gemacht werden, sind so vital und so hartnäckig, daß seine Nominierung ein gewagter politischer Akt wäre. Die Hoffnungen der Elemente des Landes, die Gegner der demokratischen Partei sind, würden, wie wir

glauben, sicherer in den Händen eines andern Mannes, vielleicht des Governor Hughes ruhen. Viel wird natürlich von Mr. Roosevelt selbst abhängen. Seine Gabe, zu versöhnen, ist groß, und die Gunst der Zeit ungewöhnlich. Die demokratische Regierung hat in vitalen Punkten versagt. Sie hat die großen Streitfragen, über welche sie bindende Versprechungen gab, nicht gelöst. Sie hat vielfach das Gedeihen des Landes geschädigt und uns an den Rand eines unnötigen und törichten Krieges geführt und kann uns leicht noch weiter führen. In Verwaltungsfragen hat sie sich nicht kompetent gezeigt. Kurz, das Land ist enttäuscht... und es wäre vergeblich, zu bestreiten, daß sich daraus eine Lage ergibt, die für den eigenartigen Genius Mr. Roosevelts besonders günstig ist." Was sich gegen diese Ausführungen einwenden läßt, ist vornehmlich, daß der Präsident Wilson noch einen weiten Weg vor sich hat und niemand voraussehen kann, welche Wandlungen sich in diesen Jahren in ihm und um ihn vollziehen werden. Zunächst ist die Wendung, welche die mexikanischen Wirren nehmen, ihm entschieden unvorteilhaft, und auch die loyale Lösung der Frage der Panamaschiffsabgaben hat ihm in Amerika mehr Feinde als Freunde gemacht. Wir halten es aber nicht für ausgeschlossen, daß, was er hier an Anhang verloren hat, ihm in der Frage des Protektorats über Nicaragua, das der Entscheidung harrt, wieder zufallen kann.

---

28. Juni. Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand und seiner Gemahlin.
29. Juni. Rückkehr Kaiser Wilhelms nach Potsdam und Kaiser Franz Josefs nach Wien.
30. Juni. Das englische Geschwader verläßt Kiel.
1. Juli. Vertagung der Konferenz in Niagara Falls.

---

1. Juli 1914.

Die entsetzliche Katastrophe, die Österreich-Ungarn und sein Kaiserhaus betroffen hat, ruft überall in Deutschland das lebhafteste Mitgefühl hervor. Sie hat auch unsern Kaiser mitgetroffen, denn der Erzherzog Franz Ferdinand war ihm ein lieber Freund, die mit ihrem Gatten von derselben Mörderhand aus dem Leben gerissene Herzogin von Hohenberg eine Freundin, und noch kürzlich in Konopischt waren die persönlichen und politischen Bande, die das erzherzogliche Paar mit unserem Herrn und durch ihn mit Deutschland verknüpften, lebendig zur Geltung gekommen. Dem schwer heimgesuchten Kaiser Franz Josef, dem keine der schwersten Prüfungen erspart geblieben ist, die ein langes Leben bringen kann, wendet sich unsre ganz besondere herzliche Teilnahme zu. Mag es ihm vergönnt sein, an dem nunmehrigen Thronfolger, dem Erzherzog Karl Franz Josef, die Freude und die Stütze zu finden, die ihm der Verstorbene war, und dem Erzherzog-Thronfolger noch lange das Glück zuteil werden, durch die reiche Erfahrung und Lebensweisheit des greisen Herrschers in die schweren Pflichten, die ihn erwarten, eingeführt zu werden. Wie gerne würden wir an den Schicksalsschlag, der die Doppelmonarchie getroffen hat, die Erwartung knüpfen, daß das Unglück, das die Gesamtheit gleich berührt, zur Erkenntnis führt, daß das Heil aller in gleichem Maße davon abhängt, daß dem Nationalitätenhader ein Ende gemacht wird. Aus diesem Hader schöpfen alle Feinde Österreich-Ungarns ihre Kraft, er ist es, der durch die an ihn geknüpften Hoffnungen mißgünstiger Nachbarn die Flamme lebendig erhält, die zu dem großen Brande angefacht werden soll, der den Weltfrieden bedroht. Aus dem Gift dieses Haders haben die Mörder von Sarajewo sich den Glauben geholt, daß es in ihrer Hand

liege, der habsburgischen Monarchie einen tödlichen Stoß zu versetzen und mit Bombe und Revolver nicht nur ein Leben auszulöschen, dessen Willenskraft sie fürchteten, sondern auch das Fundament des Staates in seinen Grundfesten zu erschüttern.

Gewiß trifft die Verantwortung für den Mord von Sarajewo nicht die Täter allein. Es steht bereits heute fest, daß die Fäden der Verschwörung, welcher der Erzherzog und die Herzogin zum Opfer fielen, bis nach Belgrad reichen. Die Geschichte Serbiens ist die Geschichte blutiger Fürstenmorde und Mordanschläge, innerhalb und außerhalb des eigenen Landes, und die furchtbare Verwilderung, welche die Kriege des Balkanbundes, die Ausrottungskriege waren, zur Folge hatten, ist uns jüngst in drastischer Form durch Veröffentlichungen vorgeführt worden, in welchen Serben, Bulgaren, Türken und Griechen einander die entsetzlichen Greuel vorwerfen und mit Beweisstücken belegen, die sie für unwiderleglich erklären. Und nicht minder haarsträubend sind die Tatsachen, welche die gewiß nicht für eine bestimmte Nationalität oder Konfession voreingenommene internationale Untersuchungskommission der Carnegiestiftung festgestellt hat. Gewiß haben diejenigen, denen die Verantwortung für die Organisation des Balkanbundes und damit für die letzten Balkankriege zufällt, sich die Folgen ihrer großen Pläne nicht im voraus so ausgemalt, wie wir sie in ihrer blutigen Wirklichkeit kennen gelernt haben. Es sollte eine kunstvolle diplomatische Konstruktion geschaffen werden. Man dachte alte politische Hoffnungen zu verwirklichen, man begeisterte sich für nationale und humanitäre Ideale und hat den Erfolg gehabt, daß noch nie ein glühenderer Haß die „slawischen Brüder" des Balkans und die Genossen der griechisch-orthodoxen Kirche südlich der Donau getrennt hat, als heute. Daneben aber erwuchs der großserbische Größenwahn, dessen Spitzen sich gegen Österreich-Ungarn richten und dem nicht nur die Amalgamierung Montenegros und die Annexion Bosniens und der Herzegowina, sowie die Serbisierung Mazedoniens als natürliche Ziele seiner Mission erscheinen, sondern dazu noch die Gewinnung aller österreichischen Slawen serbischen Geblüts nördlich der Donau. Wir wissen nicht, ob König Peter, dem diese Aspirationen gewiß nicht entgangen sind, die Regentschaft auf den Kronprinzen Alexander übertragen hat, weil er sich den Schwierigkeiten der Lage bei seinem hohen Alter nicht mehr gewachsen fühlte, oder ob wirklich nur Krankheit ihn dazu veranlaßte.

Doch scheint sich der Glaube festzusetzen, daß eine Abdankung des Königs damit eingeleitet werde. An der Gesamtlage der serbischen Verhältnisse wird weder in dem einen, noch im andern Falle dadurch viel geändert werden. Zu alten Schwierigkeiten ist jetzt der Streit zwischen Zivil und Militär um den Vortritt gekommen, eines der vielen Symptome dafür, daß Serbien noch Kinderkrankheiten durchzumachen hat, die von andern Völkern längst überwunden sind.

Eine erfreuliche Folge hat die Entrüstung über die Ermordung des Erzherzogs zur Folge gehabt: in Bosnien und Herzegowina ist ein lebendiger dynastischer Patriotismus aufgeflammt, und wir hoffen, daß dieselbe Empfindung in allen Landen der Monarchie versöhnend und verbindend wirken wird. Allerdings nicht in den wilden Formen fanatischer Erbitterung, die die Verhängung des Belagerungszustandes in Sarajewo zur Notwendigkeit machten und die, wie zu befürchten ist, noch weitere Ausnahmemaßregeln nach sich ziehen werden, um die Ausschreitungen zu verhindern, die ein ursprünglich edles Gefühl der Entrüstung und Empörung hervorzurufen droht.

Daß in Serbien jede Verantwortung für den Mord in Sarajewo energisch zurückgewiesen wird, ist begreiflich. Weit weniger, daß eine Belgrader Zeitung, „Politika", es nützlich findet, gerade jetzt mitzuteilen, daß die rumänischen Behörden, einige Tage vor Eintreffen der russischen Herrschaften in Constanta, ein Attentat entdeckt hätten, das von bulgarischen Revolutionären gegen den Zaren organisiert worden sei. Einige Hundert (!) von ihnen, die sich in Constanta und Bukarest bei Landsleuten verborgen hielten, seien festgenommen und die Mehrzahl zwar später, nach Abreise der russischen Gäste, entlassen worden, aber gegen 20 würden noch gefangen gehalten, da die rumänische Polizei Beweise für ihre Schuld gefunden habe.

Diese bisher nirgends aufgetauchte Nachricht ist jedenfalls auffallend. Bis auf weiteres wird man annehmen müssen, daß es sich um Vorsichtsmaßregeln gehandelt hat, wie sie an vielen Orten getroffen werden und getroffen werden müssen, um den Kaiser von Rußland und die Seinigen zu schützen. Von „Beweisen" wird man erst reden können, wenn gerichtlich festgestellte Tatsachen vorliegen, in keinem Falle aber würde eine Missetat in Constanta verklärendes Licht auf den Frevel von Sarajewo werfen. Eine Tatsache verdient jedoch sicher Beachtung. In jenen südslawischen Gemeinwesen kann der monarchische

Gedanke nicht Wurzel fassen. Die Geschichte eines halben Jahrtausends trennt sie von den Zeiten, da Fürsten an ihrer Spitze standen, mit denen das Volk sich einheitlich verbunden fühlte. Ihre Freiheitsideale sind demokratisch-republikanischen Charakters, ganz wie in den romanischen Staaten die Monarchie, auch wo sie wie in Italien und Spanien sich behauptet hat, mit republikanischen und anarchistischen Anschlägen in stetem Kampfe liegt. Aus beiden Lagern, dem romanischen wie dem südslawischen, dringt eine rege Propaganda, bewußt und unbewußt, in das ursprünglich durch und durch monarchisch gesinnte russische Volk ein. Es sind jetzt gerade zehn Jahre hingegangen, seit die revolutionären Flammen dort emporzuschlagen begannen, und es hat Jahre gedauert, ehe sie erstickt werden konnten; aber wer wollte sich dafür verbürgen, daß sie nicht aus der Asche wieder hervordringen?

Auch ist jene Atmosphäre neuen Staatengründungen entschieden ungünstig.

In Albanien dauern die großen Schwierigkeiten, mit denen der Fürst zu kämpfen hat, in verstärktem Maße fort. Was ihm fehlt, sind Truppen und Geld. Daß die Mirditen allein nicht genügen, um der Rebellion — so nennt man es — Herr zu werden, läßt sich nicht verkennen. Man hat daran gedacht, der Kontrollkommission größere Vollmachten zu verleihen und ihr ein Kontingent internationaler Truppen zur Verfügung zu stellen, bis die Ruhe in Albanien hergestellt sei, und durch fremde Offiziere aus den zum Fürsten haltenden Albaniern eine kampffähige Truppe zu organisieren. Noch steht aber nicht fest, ob die Durazzo belagernden Aufständischen dem Fürsten die Zeit dazu lassen werden. Für sie ist er ein Prätendent, von dem sie nichts wissen wollen, und die Türken machen kein Hehl daraus, daß ihrer Meinung nach Albanien nur als muselmanischer Staat lebensfähig sein werde. Kurz, unklar und unheimlich ist die Lage, und sie ist dadurch nicht günstiger geworden, daß nunmehr auch Präsident Wilson sich ihrer anzunehmen Miene macht. Er hat seinen Gesandten in Athen Mr. Williams nach Albanien geschickt, um eine Enquete zu veranstalten, und der hat festgestellt, daß Albanien neutralisiert werden und eine ganz lokale Regierung erhalten müsse. Ob mit oder ohne den Fürsten Wied als Oberhaupt, scheint er nicht dekretiert zu haben. Immerhin haben wir hier ein neues interessantes Beispiel dafür, welcher originellen Entwicklung die Monroe-Doktrin fähig ist.

Die griechisch-türkischen Beziehungen gehen langsam, aber, wie man hoffen darf, stetig einer Besserung entgegen. Sie scheinen zu Anfang voriger Woche in einem recht kritischen Stadium gewesen zu sein, und auch jetzt ist die Einberufung der Marinereservisten nicht rückgängig gemacht worden. Aber man tauscht höfliche Noten aus, macht sich in der Frage einer Entschädigung der Auswanderer Zugeständnisse und weiß — was die Hauptsache ist — sowohl in Athen wie in Konstantinopel, daß die Mächte der beiden großen politischen Gruppen durchaus nichts von einem neuen griechisch-türkischen Kriege wissen wollen.

Die Besuche der beiden englischen Geschwader einerseits in Kiel, andrerseits in Rußland können als Zeichen der beiden Strömungen betrachtet werden, die heute in der Richtung der englischen Politik nebeneinander hergehen. Sie sind beide auf ihre Rechnung gekommen, und an Höflichkeit und Herzlichkeit haben es weder die deutschen noch die russischen Wirte fehlen lassen. Russischerseits ließ man diesem englischen Besuch einen Besuch des russischen Geschwaders unter Führung des Admirals Russin in Toulon parallelgehen, von dort fuhr es nach Korsika, um die Manöver der französischen Flotte — es handelte sich um einen Angriff von Torpedojägern auf Panzerschiffe — beobachten zu können. Das englische Geschwader in Kiel traf gerade zu den Festlichkeiten der Kieler Woche ein und hat Gelegenheit gehabt, unsre Marine im Festkleide kennen zu lernen und unsern Wassersport in voller wetteifernder Tätigkeit zu sehen. In Summa läßt sich sagen, daß dieser Besuch auf beiden Seiten einen freundschaftlichen, durchaus unpolitischen Charakter getragen hat. Das böswillige Aufbauschen der angeblichen Verhaftung Lord Brasseys von seiten der französischen Presse wundert uns nicht; das gehört zur Methode der Pariser Preßpolitik und ist trotz der den wahren Zusammenhang sofort herstellenden Erklärung Lord Brasseys im „Daily Chronicle" vom „Temps" so wiedergegeben worden, daß jeder Leser den Eindruck gewinnen muß, daß es sich nur um ein höfliches Verdecken deutscher Taktlosigkeiten gehandelt habe. Am Schluß aber fügt das Blatt noch die unverschämte Bemerkung hinzu: „Mais aussi quelles compensations pour un moment d'erreur et pour un excès de zèle! L'empereur Guillaume II a fait hier visite à lord Brassey à bord de son yacht „Sunbeam", et l'a aussi, dit-on, invité à dîner!"

Der Besuch der englischen Flotte in Kronstadt und Petersburg ist von der russischen Presse sehr verschieden begrüßt worden. Einzelne konservative Blätter, die „Semschtschina" und der „Graschdanin", waren entschieden unfreundlich, die übrige Presse sehr entschieden freundschaftlich und bemüht, dem Besuch eine hochpolitische Bedeutung beizulegen. Am originellsten war die „Nowoje Wremja", für die wie stets der Ausgangspunkt die Feindschaft gegen Deutschland war. Sie hatte bereits kurz vorher triumphierend berichtet, daß alle Versuche Deutschlands, Frankreich zu veranlassen, die dreijährige Dienstpflicht wieder preiszugeben, kläglich gescheitert seien und daß nunmehr die drei durch gemeinsame Gefahr vereinigten Mächte (England, Rußland, Frankreich) unermeßlich viel stärker seien als Deutschland. Nach Eintreffen des englischen Geschwaders wurde dieser Gedankengang wieder aufgenommen und folgendermaßen weitergeführt: „Die Ankunft des englischen Panzergeschwaders als Gast in russischen Gewässern ist ein Zeugnis dafür, daß die neue Richtung der englischen Politik weitere Fortschritte macht, obgleich ihr in England selbst entgegengewirkt wird. Eins der deutlichen Zeichen dieser Gegenwirkung, die als Überbleibsel einer andren Zeit nachgeblieben ist, läßt sich an der Haltung der englischen Regierung in den persischen Angelegenheiten erkennen. Sie ist weder mit dem Buchstaben noch mit dem Geist unsres Abkommens mit England vom Jahre 1907 vereinbar und der russischen Regierung nur durch die Zeitungen bekannt geworden, wie der englische Minister zugegeben hat und kann schwerlich zur Festigung und Entwicklung der russisch-englischen Annäherung dienen, die für beide Länder so notwendig ist. Wir begrüßen die Ankunft der englischen Gäste in russischen Gewässern speziell als ein Zeichen jener gesunden und weitblickenden Strömung der englischen Politik, die im Zusammenwirken mit Rußland eines der sichersten und aussichtsvollsten Mittel erblickt, die gegenseitige Sicherheit zu wahren. So denkt auch die russische Gesellschaft, die sich von dem kannegießernden Doktrinarismus der heiligen Allianz und von der in jene Zeit fallenden politischen Sentimentalität frei gemacht hat." usw. Das Blatt weist noch auf den Besuch der Dumaabgeordneten in Reval hin, die gekommen seien, um eine Annäherung zwischen den beiden größten Reichen der Welt herbeizuführen. Nun, wir gratulieren und weisen noch darauf hin, daß die „Nowoje Wremja" mit größter Bestimmtheit behauptet, daß im Sommer 1913 eine englisch-französische Marinekonvention abge-

schlossen worden sei. Offenbar muß die Redaktion des Blattes sehr intime Quellen besitzen, da wir uns erinnern, daß, als aus einer Äußerung des „Journal des Débats" über den Aufenthalt Poincarés in London von einem englisch-französischen Offensiv- und Defensivbündnis gesprochen wurde, der „Economist" vom 28. Juni positiv erklärte: „It cannot be too frequently repeated that we are under no military or naval obligations to France." Dasselbe hat bekanntlich vorher und nachher Sir Edward Grey erklärt. Aber die „Nowoje Wremja" weiß es offenbar besser.

Der Konflikt zwischen Duma und Reichsrat ist glücklich beigelegt worden und, wie zu erwarten stand, das gesamte Budget ohne weitere Schwierigkeiten angenommen worden. Es wird daran die Hoffnung geknüpft, daß auch die Gegensätze zwischen der Regierung und der Duma im Laufe der bald beginnenden Ferien gehoben werden könnten, und man scheint eine völlige Wendung in der Regierungspolitik zu erwarten. Wir werden es erst glauben, wenn es Tatsache geworden ist. Zunächst sprechen keine Symptome dafür, vielmehr meldet der „Denj", daß Herr Grigori Rasputin in Petersburg erwartet wird und daß er in feierlicher Versammlung des „Verbandes zum Erzengel Michael" zum Ehrenmitgliede dieser konservativen Genossenschaft gewählt werden soll. Man hoffe mit Hilfe Rasputins die vom ehemaligen Ministerpräsidenten Kokowzew eingestellten Subventionen für die Verlagstätigkeit des Verbandes wiederzuerlangen und für verschiedene Bedürfnisse des hochkirchlichen Philaretvereins Unterstützungen zu erhalten. Offenbar bedeutet die Protektion Rasputins nicht wenig. Ein interessantes Gegenstück zu der Temperenzverordnung des Kriegsministers bedeutet die folgende Verordnung des russischen Ministers der Wege und Eisenbahnen, die wir in der kurzen Fassung der „Nowoje Wremja" wiedergeben, da der Text der Verordnung noch nicht publiziert ist: „Auf Verfügung des Ministers der Wege werden in nächster Zeit auf den russischen Eisenbahnen fahrende Kurse für Bienenzucht, Gemüsebau und Gärtnerei organisiert werden. Mit diesen Zweigen der Landwirtschaft wünschen sich 30 000 Eisenbahnbedienstete bekannt zu machen. Das Ministerium hat zu diesem Behuf einen besonderen Museumwagen organisiert, der mit allen Lehrmitteln für die Kurse versehen ist. Der Museumwagen wird zunächst in den nordwestlichen Eisenbahnen in Gebrauch sein." Das ist keine sehr erfreuliche

Aussicht für alle diejenigen, die nach Petersburg zu fahren genötigt sind.

Die englischen Zeitungen urteilen in letzter Zeit sehr pessimistisch über den weiteren Verlauf der Homerule-Differenzen. Namentlich malt der „Daily Telegraph" schwarz in schwarz und führt seinen Lesern die Gefahren vor, die für den Fall eines Bürgerkrieges in Irland die Weltstellung Englands bedrohen würden. Das Blatt exemplifiziert dabei an Südafrika, wo das holländische Element die Herrschaft an sich reißen würde, an Kanada, wo der Gegensatz zwischen Protestanten und Katholiken immer schärfere Formen annimmt, endlich an Indien, wo in solchem Falle mit aller Bestimmtheit ein Aufruhr zu erwarten sein werde. Der „Economist" zitiert dagegen den Ausspruch eines hervorragenden Unionisten, der gesagt habe: „Ich sehe ganz klar, daß eine Verständigung ganz unmöglich ist, und fühle doch ganz bestimmt, daß eine Verständigung erreicht werden wird." Der Mann hat gewiß mit seinem Schlußsatz recht, und wir werden in dieser Überzeugung durch den Brief eines in London lebenden Irländers bestärkt, in dem es u. a. heißt: „Die irischen Freiwilligen geben dem Lande ein neues und bewunderungswürdiges Leben. Alle Feindseligkeit gegen die Orangisten ist vor dem Wunsch geschwunden, das Beste des Landes zu fördern. Wenn die beiden Parteien der Freiwilligen sich treffen, grüßen sie, kein bitteres Wort ist gesprochen worden. In Ulster hat sich gegenseitige Achtung durch das ganze Land verbreitet. In Newry, wo der Streit am heftigsten tobte, exerzieren Ulsterleute und irische Freiwillige unter demselben Kommandeur. Inzwischen schrecken die englischen Unionisten und die Presse das Volk bis aufs Blut mit der unmittelbar drohenden Gefahr eines Bürgerkrieges. Ein Bürgerkrieg ist absolut und völlig unmöglich. Zweierlei Gutes haben die Freiwilligen gebracht. Einmal haben die Engländer, die eine Zeitlang schworen, daß es ein irisches Verlangen nach Homerule überhaupt nicht gebe, sich plötzlich vom Gegenteil überzeugt, als sie sahen, daß 200 000 Irländer wöchentlich ihre drei Pence als Minimum zahlen, exerzieren und beginnen sich mit Waffen zu versehen. Das zweite Gute ist, wie ich glaube, daß die Bewegung das Ausschließen (von Ulster) beseitigen und ganz Irland national einigen wird. Redmond hat heftig und sehr unfreundlich gedroht, die Freiwilligen zu sprengen, wenn sie sich ihm nicht ganz unterordnen. Sie haben sich dann sehr unwillig gefügt, um eine Spaltung

während der Krisis zu vermeiden. Aber die Tatsache bleibt bestehen, daß ein lebendiges Irland nicht durch die Diktatormethoden regiert werden kann, die für eine irische Partei notwendig sind, und Redmond wird durch die Freiwilligen bestimmt werden, die er kommandieren will. Es wird noch viel Heimsuchung und Prüfung geben, aber die Lebenskraft des Landes ist bewiesen und damit beginnt eine neue Zeit." Gehen diese Erwartungen und Wünsche in Erfüllung, so wird die neue bessere Zeit nicht nur für Irland, sondern ebenso für England begonnen haben.

Der Nachricht, daß eine Verständigung in Niagara Falls zwischen Präsident Wilson und den Parteiführern in Mexiko dank der Vermittlung der ABC-Mächte erreicht sei, stehen wir skeptisch gegenüber. Bisher ist man über Wünsche und Versprechungen nicht hinausgekommen. Nicht in Niagara Falls, sondern nur auf mexikanischem Boden kann die Entscheidung fallen.

2. Juli. Aufbahrung der Leiche Erzherzog Franz Ferdinands in der Hofburg, Beisetzung den 4. Juli.
3. Juli. Tod Joseph Chamberlains.
6. Juli. Erzherzog Friedrich wird Generalinspektor der österreichisch-ungarischen Armee.
7. Juli. Kaiser Wilhelm tritt seine Nordlandsreise an. Kaiser Franz Josef siedelt nach Ischl über.

---

8. Juli 1914.

Wir setzen an die Spitze unsrer wöchentlichen Erwägung der auswärtigen Lage den im „Correspondent" veröffentlichten Artikel des Fürsten Kotschubej, nach der Wiedergabe, die er im „Eclair" gefunden hat, da uns der „Correspondent" nicht zugänglich ist. Herr Ernest Judet leitet ihn mit der Bemerkung ein, daß Kotschubej mit erstaunlicher Offenheit jetzt, da entscheidende Ereignisse bevorstehen, auf die steigenden Schwierigkeiten hinweise, die sich einer Parallelaktion Rußlands und Frankreichs entgegenstemmen. Nach dem Fürsten Kotschubej hänge die gesamte Weltlage davon ab, ob der deutsch-russische Handelsvertrag, der 1917 ablaufe, erneut unterzeichnet werde oder ob nicht. Man stehe vor einem Wendepunkt der Geschichte. Die diplomatische, koloniale, soziale und politische Lage Deutschlands sei nämlich die folgende: Deutschland schwanke zwischen zwei Zielen, deren erstes die Eroberung der britischen Kolonien sei, während das zweite die Organisation eines europäischen Krieges gegen Frankreich und Rußland für den Fall ins Auge fasse, daß Frankreich und Rußland sich nicht bereit finden sollten, die maritime Hegemonie Englands durch Deutschland zerstören zu lassen.

„Die Deutschen", schreibt Kotschubej, „brauchen ein Kolonialreich; da dieses Reich England gehört, wollen sie es früher oder später erobern, und falls das nicht möglich ist, werden sie sich gegen ihre Nachbarn in Europa wenden. Das ist einfach und klar."

„Wir Russen und Franzosen", so referiert der „Eclair", „sind also die wachsamen Beschützer der britischen Besitzungen, und das geschieht vielleicht zum Verderben dieser beiden großen kontinentalen Nationen." Fürst Kotschubej lege das folgendermaßen dar: „Wir sollten doch den

Mut haben, es einmal klar auszusprechen, daß Deutschland niemals den freiwilligen Wunsch hatte, selbst im Verein mit seinen Alliierten, gegen die verbündete Macht Frankreichs und Rußlands mit bewaffneter Hand vorzugehen. Man weiß sehr wohl in Berlin, daß Frankreich seit 1870 ein bedeutendes militärisches Programm durchgeführt hat. Was aber Rußland betrifft, so hat der deutsche Generalstab sich niemals Illusionen über die zahllosen Schwierigkeiten hingegeben, die eine Kampagne gegen ein Volk von 170 Millionen Köpfen bedeuten würde, dessen Reserven an lebendiger Kraft und materiellen Mitteln ungeheuer sind. Deutschland hegt insgeheim eine prinzipielle Antipathie gegen einen Feldzug in Rußland; seine berufensten Strategen beurteilen den Krieg in einem Lande pessimistisch, in welchem alle Strategie des Angreifers versagt und der, ohne Früchte zu bringen, sich endlos hinziehen und, wie es schon der Fall war, zugunsten des Verteidigers auslaufen kann."

Dazu bemerkt der „Eclair": Entspricht diese Ansicht des Fürsten Kotschubej dem Berliner Plan, und seit Agadir spricht nichts für das Gegenteil, so muß man wohl zugeben, daß die Hartnäckigkeit, mit der wir unsre Interessen preisgeben, um die zweideutige Hilfe (appui équivoque) Englands zu erlangen, ein Hereinfall (une duperie) ist. „Die Tripelentente (schreibt Kotschubej) ist die barocke Verbindung zweier großer Kontinentalmächte mit einem Staat, der keine Armee hat. Die Alliance franco-russe hat vielleicht durch die ganz platonische Teilnahme Großbritanniens mehr verloren als gewonnen. Ihr eigenen Interessen wurden kompliziert, ohne daß die wirksame militärische Macht der Allianz zunahm. Die Macht Englands ist nur eine großartige Fassade, hinter der sich eine militärische Unfähigkeit verbirgt, die absolut ist, weil man sie so will; diese herrliche Fassade aber erregt ununterbrochen die Begehrlichkeit derjenigen, die ihre Nichtigkeit kennen."

Die Deutschen (referiert wiederum der „Eclair") werden von ihrer übermäßigen maritimen Entwicklung durch die beiden Gegner abgelenkt, denen England sich anschließt, indem es zugleich bemüht ist, mit Wilhelm II. Tauschgeschäfte abzuschließen; deshalb müssen die Deutschen sich entweder mit Rußland und Frankreich verständigen oder sie bekämpfen. Und in den Verhandlungen des neuen Handelstraktats spitzt sich das Problem zu (les négociations du nouveau traité de commerce sont la clef, le nœud du dilemme):

„Eins von beiden muß geschehen: entweder wird Deutschland gutwillig darauf eingehen, daß sein Handel und seine Industrie progressiv zurückgeht, oder es wird versuchen, die Frage mit der Schärfe des Schwertes zu lösen. Dann wird der Augenblick der Entscheidung für Frankreich und Rußland gekommen sein, und sie werden das Für und Wider eines Kampfes zu erwägen haben, dessen Gegenstand die Rettung der Hegemonie des britischen Handels in aller Welt sein wird. Diese ökonomische Lage, die Großbritannien eigentümlich ist, hat das englische Volk zu einer Art privilegierter Nation gemacht, deren Proletariat die Aristokratie des Gesamtproletariats darstellt."

Fürst Kotschubej (kommentiert der „Eclair" weiter) spricht im Namen einer patriotischen Gesinnung, die sich in der Duma ausgebildet hat, und die in Übereinstimmung mit der Wiedergeburt der Flotte und dem Wiederaufbau der russischen Armee rasche Fortschritte macht. Sie drängt uns zu einer Entscheidung und fordert uns auf, endgültige Beschlüsse zu fassen. Der Fürst zeigt, daß Frankreich sich nicht dadurch Deutschland nähern kann, daß es seine Anstrengungen aufgibt und resigniert, weil es dann die Beute einer kinderreicheren und umsichgreifenden Rasse werden müßte, und er führt darauf aus, welche Vorteile eine Annäherung zwischen Deutschland und Rußland bieten würde: die Welt, ganz Asien würde dem russischen Imperialismus offenstehen, ohne daß er etwas in Europa aufzugeben brauche als die Idee, ein Gleichgewichtsverhältnis zwischen den Mächten aufrechtzuerhalten!

Das bedeutet, daß Rußland, das unsres Geldes weniger bedarf als bisher, uns durch den Fürsten Kotschubej wissen läßt, daß es ohne viel Not auch ohne uns auskommen könnte. Wenn Rußland bei uns bleibt, geschieht es, um unsre militärischen Kräfte für einen unvermeidlichen Krieg zu verwenden. Denn nur deshalb besteht Rußland auf Aufrechterhaltung der dreijährigen Dienstpflicht und nur unter dieser Bedingung widersteht es dem Drucke Deutschlands auf kommerziellem Gebiete. In Summa, wenn wir beide in der Lage sind zu siegen, nimmt Rußland den Krieg an (accepte la guerre); aber gegen volle militärische Unterstützung unserseits. Geben wir jedoch das 1913 votierte Gesetz auf, so haben wir mit Bestimmtheit anzunehmen, daß der Vertrag, den man zwischen Petersburg und Berlin ausarbeitet, dem Germanismus entgegenkommen wird. Wird dieses Stadium im Geiste des Pots-

damer Abkommens überwunden, so haben wir auf Rußland nicht mehr zu rechnen. Das ist unwiderruflich. 1917 wird der entscheidende Prüfstein für die Allianz mit Rußland sein. Behauptet sie sich danach, so wird sie sich stärken, wird sie gemindert — so geht sie zugrunde.

Mit diesem prophetischen Blick in die Zukunft schließt Herr Ernest Judet seinen Bericht über die halb lockenden, halb drohenden Kotschubejschen Orakelsprüche. Sie sind uns keineswegs überraschend gekommen. Es gibt in Rußland eine nicht gerade einflußreiche, aber laute Gruppe von Politikern, denen die Verbindung mit dem republikanischen, von Freimaurern regierten Frankreich ein Greuel ist, und die zugleich ausgesprochen antienglisch denkt. Der Redakteur der hochkonservativen „Semschtschina", S. Glinka, hat sich noch kürzlich in diesem Sinne ausgesprochen. Frankreich sei „völlig jüdisch" und degeneriere Rußland auf geistigem Gebiete. Die russische Intelligenz hetze nach dem Vorbilde Frankreichs gegen Gott und den Zaren und mache sich die Anschauungen der Freimaurer zu eigen. Mit den „sympathischen" Völkern Bündnisse abzuschließen, sei ein Fehler. Hundertmal besser wäre ein Bündnis mit einem Staat, dessen Volk „nicht sympathisch" sei, das aber durch seine Charakterfestigkeit, seinen Gottesglauben und seine Monarchentreue „Achtung" verdiene. „Ein solches Volk könnte ein gutes Vorbild sein, während uns die sympathischen Franzosen geistige Zersetzung bringen. Und je mehr wir mit ihnen fraternisieren, je mehr wir mit ihnen verkehren, je populärer ihre Boten bei uns sind — um so schneller wächst unser innerer Zerfall." Auch die Herren Akimow, Purischkewitsch und Meschtscherski denken so. Das Gegenbild dazu zeichnet natürlich die „Nowoje Wremja": „Mit Deutschland haben wir keinerlei gemeinsame Interessen, weder politische noch ökonomische; es gibt keinen natürlichen Boden für enge freundschaftliche Beziehungen zwischen uns, weil Rußland pour les beaux yeux Deutschlands erstens nicht ewig einen Tribut an Rohprodukten zahlen, die deutschen Fabriken mit Holz zum Nachteil der russischen Industrie versorgen, fremde Taschen mit russischem Gold füllen und eine Raubwirtschaft fördern darf, welche die russischen Wälder vernichtet, und weil zweitens Rußland nicht dulden kann, daß die Bilanz seines Handels alljährlich zum Nachteil des Reiches geschädigt wird,... und Maßregeln ergreifen muß, um zu verhindern, daß die russischen Geldmittel dem Nachbarstaat zufließen, endlich weil drittens Rußland nicht die ganze Armee der deutschen

Arbeiter füttern kann, um die sogenannte Freiheit der nationalen Arbeit Deutschlands zum Nachteil unserer russischen Arbeiter zu schützen, die unter den Prohibitivzöllen des vom deutschen Handelsvertrage festgesetzten Tarifs leiden."... Es ist schwer, kindischere politische Anschauungen zu vertreten, aber noch unverfrorener ist es wohl, wenn dasselbe edle Blatt den Verrat jenes Pohl alias Blumenthal, der die Festungspläne vom Fort Boyen, Danzig, Königsberg und Pillau (so gibt die „Nowoje Wremja" an, die es ja zu wissen scheint) nach Rußland verkauft hat, pharisäisch dazu benutzt, um die russische Tugend im Gegensatz zu der deutschen Verderbtheit zu feiern. Es wäre nützlich, wenn die „Nowoje Wremja" sich danach erkundigen wollte, welcher hochstehende russische Militär die Vertrauensstellung, in der er stand, dazu benutzt hat, um jenen Verräter systematisch zu korrumpieren. Es ist dieselbe Politik, die auf dem Balkan historische Berühmtheit erlangt hat. Parallel geht diesem Treiben die Verdächtigung Deutschlands wegen seiner „wahnsinnigen antirussischen Propaganda in Stockholm", wobei Sven Hedin als einer der „gedungenen" deutschen Agitatoren bezeichnet wird!!

Kehren wir nach Erwägung der oben herangezogenen russischen Stimmen zu unserm Ausgangspunkt, den Ausführungen Kotschubejs im „Correspondent" und zum Kommentar zurück, mit dem der „Eclair" sie begleitet, so wird sich nicht verkennen lassen, daß allerdings eine Krisis der Bündnisverhältnisse im Zusammenhang mit den russisch-deutschen Handelsvertragsverhandlungen erstehen könnte. Es ist charakteristisch, daß diese Stimmen unmittelbar vor Eintreffen der Herren Poincaré und Viviani und gleich nach der Abfahrt des englischen Geschwaders aus Kronstadt erfolgt sind. Aus ihrer Erbitterung wegen der von England erworbenen Ölquellen macht die gesamte russische Presse kein Hehl. „Die Erwerbung des Monopols auf russisches Naphtha" — schreibt die „N. W." — „gibt das Schicksal Persiens in die Hände der englischen Regierung, ganz wie der Ankauf der Suezkanal-Aktien ihr die Macht über Ägypten brachte. Das, und nicht (wie Sir Edward Grey ausführte) Willkürlichkeiten der russischen Konsuln, gebe einen gerechten Anlaß, das anglo-russische Abkommen zu revidieren. Wir irren aber nicht in der Annahme, daß in naher Zukunft neben dieser Naphthafrage die Frage der transpersischen Bahn neuen Anlaß zur Entrüstung der russischen Presse geben wird. Die ersten Anläufe dazu sind uns bereits entgegen-

getreten. In England aber scheint allerdings die Neigung, einen direkten Weg von Teheran nach Indien zu schaffen, nur noch gering zu sein, was insofern nicht zu verwundern ist, als jetzt nach Erwerbung der Ölquellen für die englischen Interessen nähere und dringendere Aufgaben in den Vordergrund rücken. Es ist uns jedoch im Zusammenhang mit der Frage der transpersischen Bahn aufgefallen, daß russischerseits jetzt mit besonderem Nachdruck auf die Notwendigkeit hingewiesen wird, von Buchara aus Verbindungen mit Afghanistan anzuknüpfen. So weitet sich das Gebiet der „unsichern" Nachbarschaften immer mehr, und wir glauben schon jetzt die Entwicklung vorauszusehen, die aus Aderbeidjan und dem kaspischen Persien ein neues Buchara gemacht haben wird. Es ist, was Graf York in seinem berühmten Buch über das Vordringen der russischen Macht in Asien, das „Suchen nach einer Grenze" nannte.

Gleich wenig erfreulich ist auch die Stellung, welche die russische Presse zu dem Mord in Sarajewo genommen hat und zu nehmen fortfährt. Alles, was über eine serbische Agitation gesagt werde, gehe auf Fälschungen zurück. Aber „die verbrecherische Arbeit der Falsifikatoren" werde niemanden irre führen. Die fast einmütige Überzeugung Europas sei, daß für den Tod des Erzherzogs die moralische Verantwortung Österreich zufalle, das eine Atmosphäre des Zorns, des Hasses und der Erbitterung systematisch geschaffen habe. So argumentiert die „Nowoje Wremja". „Europa", so weit wir es übersehen, ist jedoch keineswegs dieser Ansicht. Es hat bereits in der von Rußland geförderten Aktion zur Absorbierung Montenegros durch Serbien den sehr gefährlichen Plan erkannt, einen Zugang Serbiens zur Adria zu erschleichen. Daran, daß die serbischen Elemente Bosniens und der Herzegowina von Serbien aus systematisch in antiösterreichischem Sinn bearbeitet werden, kann ebenfalls niemand zweifeln, der die Verhältnisse verfolgt hat, wie sie sich seit 1908 gestaltet haben, und es wäre gewiß nicht zu verwundern, wenn die österreichische Politik auf Maßregeln bedacht wäre, um Serbien eine direkte Nachbarschaft zu Bosnien, Herzegowina und Montenegro zu verbauen. Auch taucht je länger je mehr der Verdacht auf, daß die Unruhen in Albanien in Zusammenhang mit den Zukunftsplänen Serbiens stehen. Das Blut, das in Sarajewo geflossen ist, und die Schatten der Ermordeten erheben Klage gegen Serbien, und auch der noch immer ungesühnte Mord des Königs Alexander und seiner Ge-

mahlin ist aus der Vergessenheit, in welche man ihn zu begraben bemüht war, wieder lebendig in den Vordergrund unsres Empfindens getreten. Es ist nicht denkbar, daß dem beleidigten sittlichen Bewußtsein des Abendlandes die Sühne versagt wird, die es fordert.

Die Aussichten des Fürsten von Albanien scheinen sich zu bessern. Es ist nicht unmöglich, daß der ersten Hilfe, die von Rumänien kommt, ein Nachschub folgt und daß der politische Druck der Mächte, die das selbständige Albanien geschaffen haben, sich stärker als bisher geltend macht. Man kann sich der Erwägung nicht entziehen, daß das Ausscheiden des Prinzen Wied keinerlei Aussicht auf Besserung der Lage bietet. Ein neuer Kandidat für den albanischen Thron würde neue Schwierigkeiten bringen, und das Land sich selbst zu überlassen, ist ebenso unmöglich, als eine Teilung unter die begehrlichen Nachbarn in Ost und Süd bedenklich wäre.

In den letzten Wochen ist die blutige „pénétration pacifique" der Franzosen in Marokko mit außerordentlichem Nachdruck und mit namhaften Erfolgen weitergeführt worden. Die Einnahme von Taza hat ihnen die Verbindung mit Algier gesichert, und sie schreiten jetzt an die Bewältigung des mittleren Atlas, der sich bisher in voller Unabhängigkeit behauptet hat und dessen Besitz, wie erwartet wird, auch die Unterwerfung des Südens nach sich ziehen soll. Man kann diese Kämpfe, in denen auf beiden Seiten mit größter Tapferkeit gefochten wird, nicht ohne ein Gefühl des Mitleids mit den todesmutigen Berberstämmen verfolgen. Erleiden die Franzosen auch, wie jüngst bei Kenifra, recht empfindliche Verluste, so sind sie doch gering im Vergleich zu denen der „Rebellen", wie die heldenmütigen Verteidiger der marokkanischen Freiheit genannt werden. Daß ihre Selbständigkeit sich bei der ungeheuren Überlegenheit der französischen Waffen nicht behaupten kann, läßt sich mit Sicherheit voraussehen. Das weiter tragende Gewehr, die überlegenen Geschütze und jetzt auch der Kampf aus den Bomben werfenden Aeroplanen spotten der primitiven Tapferkeit der Eingeborenen, die wenig mehr einzusetzen haben als die „opiniâtreté admirable", mit der sie Schritt für Schritt den heimischen Boden verteidigen. Es ist in der Tat ein verzweifelter Kampf, und die Franzosen machen sich keine Illusionen, daß der Widerstand noch lange nicht gebrochen ist. Nach den Kämpfen bei Kenifra am 29. Juni berichtet eine Korrespondenz aus Rabat, daß trotz der schweren Schläge, die

ihnen beigebracht wurden, die „Dissidenten" (man erfindet immer neue Umschreibungen für den „Feind") an eine Unterwerfung noch nicht dächten. Man schätze ihr Heerlager auf 10 000 Zelte, und ein neuer Vorstoß sei nicht zu umgehen. Aber der General Henrys hoffe sie durch die Methode zu zwingen, die den Mut der Beni M'tir brach: man will sie aushungern, indem man sie von der Ebene abschneidet und sie dadurch nötigt, sich im Herbst zu ergeben, wenn sie dem Hungertode entgehen wollen. Aus einer Korrespondenz vom 4. Juli erfahren wir aber, daß Teile der Stämme, die für unterworfen galten, und unter ihnen auch die Beni M'tir, noch im Felde liegen, und durch eine aus Marakesch datierte Depesche vom gleichen Datum, daß für den Ramadan der heilige Krieg vorbereitet wird. So geht es im blutigen Zirkel weiter, und wenn, wie wir sehen, Frankreich auch stetig an Boden gewinnt, ist doch kein Zweifel, daß es in den „unterworfenen Gebieten" einen Niederschlag von Haß zurückläßt, der nur des Tages harrt, an dem er mit einiger Aussicht auf Erfolg seine „Revanche" nehmen kann.

In Mexiko wird man sich jetzt in eine neue politische Lage finden müssen. Die Verhandlungen in Niagara Falls haben zu einem Rückzug der Vereinigten Staaten vor der kombinierten Politik des lateinischen Amerika geführt. Von Tampico und von einer Satisfaktion, wie sie von Huerta gefordert wurde, ist weiter keine Rede. Mexiko wird selbst über seine Zukunft zu entscheiden haben, und mittlerweile veröffentlicht der „New York Herald" ein furchtbares Anklagematerial, um zu beweisen, was man längst wußte (so drückt sich der „Temps" aus), daß die mexikanischen Parteien organisiert, besoldet und bewaffnet wurden von den großen amerikanischen und ausländischen Syndikaten, die um die Beherrschung der mexikanischen Bahnen und um mexikanisches Petroleum kämpfen. Die „big business" trage Schuld daran, daß die mexikanische Revolution ausbrach, und daß sie nicht schon längst zusammengebrochen sei. Ein Mitglied des Repräsentantenhauses, Vertreter für Kalifornien, namens Julius Kahn, hat daraufhin die folgende Interpellation eingebracht: „Der Staatssekretär wird ersucht, sofort der Kammer, falls das öffentliche Interesse es gestattet, zur Information die Briefe, Dokumente und Instruktionen vorzulegen, die Mr. John Lind, dem speziellen Vertreter des Präsidenten in Mexiko, zugeschickt wurden und welche die Versicherungen betreffen, die Mr. Lind dem Kapitän Hopkins (juristischer Beirat der Konstitutionalisten in Washington) oder irgendeiner

andern Persönlichkeit gab, um, wie die Publikationen des „New York Herald" feststellen, Kriegsmaterial aus einem Hafen der Vereinigten Staaten in den Golf von Mexiko, vornehmlich nach Mobile oder Pensacola auf Kuba zu exportieren, und zwar auf Schiffen, die in Kuba ihren Kurs ändern und sich zur Mündung des Rio Bravo wenden sollten, um sich den Konstitutionalisten ohne jedes Einschreiten der Vereinigten Staaten anzuschließen."

Diese Interpellation ist der Kommission für auswärtige Angelegenheiten überwiesen worden. Wir nehmen an, daß sie dort einen Ruhepunkt finden wird.

In England trauert man um den Tod Josef Chamberlains, und gewiß mit Recht. Chamberlain war ein Mann von hoher Begabung, dessen unbeugsame Willenskraft eine mächtige Wirkung auf die Geschicke seines Vaterlandes ausgeübt hat. Seine Pläne sind zum größten Teil gescheitert, aber sie haben nachwirkende Spuren hinterlassen, über deren Bedeutung kein Zweifel bestehen kann, während über der Frage, ob seine Lebensarbeit zum Heil oder zum Nachteil Großbritanniens diente, die Ansichten in England, je nach dem Standpunkte der politischen Parteien, weit auseinandergehen.

9. Juli. Verurteilung Hansis zu einem Jahr Gefängnis.
10. Juli. Graf Cadorna wird zum Generalstabschef der italienischen Armee ernannt. Tod des russischen Gesandten in Belgrad, Hartwig.
13. Juli. Attentat auf Grigori Rasputin. Rede des Senators Humbert im französischen Senat.
14. Juli. Willigung der französischen Armeekredite.
15. Juli. Huertas Familie verläßt Mexiko.

---

15. Juli 1914.

Wer die politische Atmosphäre Frankreichs seit den Tagen aufmerksam verfolgt hat, da Präsident Poincaré seinen Sitz im Elysee einnahm, und sich früherer Krisen in der inneren und äußeren Entwicklung Frankreichs erinnert, wird darauf hingewiesen, daß sich heute Erscheinungen wiederholen, die schon zweimal in den Tagen der dritten Republik einen bedrohlichen Charakter annahmen. Wir denken dabei an die Koalition des Klerikalismus mit einem aufgeregten und aggressiven Nationalismus, wie er in den achtziger Jahren sich um Boulanger gruppierte und Mitte und Ausgang der neunziger Jahre im Kampfe um die Dreyfus-Affäre zum Ausdruck kam. Dem Klerikalismus, oder vielmehr dem in dem katholischen Frankreich von Staats wegen verfolgten französischen Katholizismus, wieder zu seinem Rechte zu verhelfen, war eine der Parolen, mit denen die der Regierung nahestehende Presse das Ministerium Poincaré begrüßte, und der sie auch treu blieb, als aus dem Ministerpräsidenten der Präsident der französischen Republik geworden war. Aber freilich, es ist eine abschüssige Bahn, auf der diese Präsidentschaft sich bewegt, die, von Ministerium zu Ministerium, auf Wege geleitet wurde, die in schreiendem Gegensatz zu den Prinzipien standen, die einst das Programm des Ministerpräsidenten Poincaré bildeten. Die Versöhnung mit Rom, von der man eine Machterweiterung Frankreichs im nahen und fernen Orient erwartete, ist gescheitert, und jenes Ministerium Viviani, das dem Präsidenten von der Kammer — und das heißt von dem unfehlbaren Spruch des allgemeinen Stimmrechts — oktroyiert worden ist, hat eine Kirchenpolitik eingeschlagen,

die sogar die des unversöhnlichen Feindes der französischen Kirche, Herrn Combes, bei weitem überboten hat. Es waren nämlich, trotz allem, in Frankreich 138 Schulen unter geistlicher Leitung übrig geblieben. Herr Poincaré hat seinen Namen unter das Dekret des Unterrichtsministers André Lefebvre gesetzt, das zum 1. September dieses Jahres diese 138 Schulen mit im Durchschnitt je 450 Kindern aufhebt und damit die Eltern der 62 000 Schüler, die so plötzlich ihr Schulhaus verschwinden sehen, nötigt, irgendwo eine unverdächtige Unterrichtsstätte zu suchen. Doch das ist eine rein französische Angelegenheit, die niemanden angeht als die Franzosen und vielleicht auch den Papst, der trotz allem sein Auge sehr aufmerksam auf diese älteste Tochter der Kirche gerichtet hält. Anders aber steht es mit dem chauvinistischen Nationalismus Frankreichs, der seit der Reise Herrn Poincarés nach Petersburg, auf welche jetzt sein zweiter Besuch folgen wird, wahre Orgien des Deutschenhasses gefeiert hat. Vielleicht erinnern sich unsere Leser noch der Reden, die im Dezember vorigen Jahres in Champigny auf einer Versammlung der Patriotenliga gehalten wurden und wie der bereits schwer kranke Déroulède den Tag kommender Siege feierte, der Elsaß-Lothringen den Franzosen und der Welt das durch die Existenz des Deutschen Reiches gestörte Gleichgewicht wiedergeben werde. Bald danach ist Déroulède gestorben, und man muß die Nachrufe, die ihm galten, gelesen haben, um zu verstehen, wieviel Haß mit ihm — nicht begraben wurde — sondern in neuen Flammen aus dem Grabe emporstieg. Jetzt ist die Patriotenliga wiederum zusammengetreten, um sich einen neuen Präsidenten zu wählen, und durch Akklamation ist die Wahl auf den bekannten Dichter und Mitglied der französischen Akademie, Maurice Barrès gefallen. Die Ansprache, mit der er seine neue Würde übernahm, verdient in ihren vornehmsten Abschnitten in Deutschland beachtet zu werden. Barrès begann mit der Versicherung, daß unter seiner Leitung die Liga ihrer Aufgabe treu bleiben werde, unaufhörlich darauf hinzuarbeiten, ganz Frankreich in dem Gedanken zu einigen, die verlorenen Provinzen zurückzufordern.

Sehr wohl, das können wir von einer französischen Patriotenliga verstehen, und sie mögen sich die Provinzen holen — wenn sie es können. Nur rede man uns nicht von der Friedensliebe Frankreichs. Wir haben, um mit Leopold v. Ranke zu reden, 1870 mit Ludwig XIV. Krieg geführt und denken zu behalten, was wir ihm an ge-

raubtem Gut wieder abgenommen haben. Doch wir kehren zur Rede von Barrès zurück:

„Der erste Schritt des Präsidenten der Patriotenliga wird sein, nächsten Sonntag (wie auch am 12. Juli geschehen ist) die Statue Jeanne d'Arcs, der Lothringerin, zu begrüßen, an der Stelle, wo die Heilige des Vaterlandes ihr Blut vergossen hat, und Blumen der Erinnerung zur Statue Straßburgs zu tragen. Es leben Elsaß und Lothringen, quand même! Unsre erste Erklärung ist, heute Abend das Anfangswerk wieder aufzunehmen, auf welches die ganze Liga begründet wurde: Republikaner, Bonapartisten, Legitimisten, Orleanisten, das sind bei uns nur Vornamen. Der Familienname heißt Patriot. Die Liga der Patrioten steht außerhalb der Parteien. Sie wird in die Streitigkeiten des Alltages, wie Wahlen und Parlament sie bringen, nicht eingreifen; sie will nur die ernsten Interessen der Nation kennen. Es wird unsre Aufgabe sein, sie zu beleuchten und ihnen in einer Folge wohl vorbereiteter Kampagnen zu dienen. Gestern hatte ich die Empfindung, als Präsident der Liga zu handeln, als ich in den Orient zog, um unsre moralische und ökonomische Lage zu studieren, und dabei verteidigte ich die kleinen Kirchen Frankreichs. Von heute ab ist uns eine große Aufgabe gestellt, der die Liga und jedes ihrer Mitglieder sich mit Leidenschaft hingeben muß. Gar zu ersichtlich ist für jeden, der nur ein wenig den Untergrund der Tagespolitik kennt, daß eine tätige Verschwörung vorhanden ist, welche die Tripelentente zerreißen und an ihre Stelle eine Allianz mit Deutschland setzen, das heißt Frankreich zum Vasallen machen will, der vor dem Kaiser Wilhelm ins Knie fällt.

Nun wohl, die jetzige und die ewige Pflicht der Liga ist, sich dieser moralischen und materiellen Abdankung Frankreichs zu widersetzen. Deshalb wird niemals mehr als jetzt das Bestehen unsrer Liga als patriotisches Ferment nützlich sein, um Frankreich, mit den Erinnerungen von 1870, in Treue für Metz und Straßburg zu erhalten. Mögen alle guten Franzosen unsre Reihen verstärken."

Die „Verschwörung", auf die Barrès anspielt, weist unverkennbar auf die Rede hin, welche der Vorsitzende der Militärkommission der französischen Kammer, Divisionsgeneral Pédoya Vorsitzender der Gesellschaft „Solidarité Militaire" und Vizepräsident des republikanischen Klubs am 7. Juli gehalten hat. Er erklärte, daß die dreijährige Dienstzeit über die Kraft eines Volkes gehe, das aus kaum 40

Millionen Seelen bestehe und der Arbeiter bedürfe, die jetzt ein Jahr zu viel unter den Fahnen bleiben müßten. Daraus ergebe sich, daß man zu zwei Jahren Dienst zurückkehren müsse, und wir verstehen, daß diese Schlußfolgerung noch mehr als die Patriotenliga und Herrn Barrès die „Nowoje Wremja" erregt. Sie bemüht sich, den Franzosen zu beweisen, daß sie unter keinen Umständen den Gedanken des Generals Pédoya Folge geben dürften, weil Frankreichs Verteidigungsmaßregeln bisher ganz illusorisch gewesen seien. Schon habe im Gefühl seiner Schwäche Frankreich einen Teil seiner Kolonien eingebüßt und die Sparsamkeit in militärischer Hinsicht sich als unverantwortliche Verschwendung erwiesen. Man habe Millionen gespart, um Milliarden zu verlieren. Der nüchterne Teil der französischen Politiker habe daher auf Herstellung des dreijährigen Dienstes bestanden, um Frankreich vor einem neuen Agadir und vor neuen Verlusten an Land und Leuten zu bewahren. Aber leider seien die Lehren der Vergangenheit, wie es scheine, vergeblich gewesen. Wie auf Bestellung aus Berlin, bemühe man sich, die Ostgrenze Frankreichs zu entwaffnen und sie für den tödlichen Stoß zu öffnen. Schon seien die Vertreter dieser politischen Richtung so mächtig geworden, daß sie einen Platz an der Spitze der Landesverteidigungskommission errungen hätten, um aus ihr eine Kommission nationaler Entwaffnung zu machen. Es gebe nur ein Mittel, um der drückenden Rüstungslasten ledig zu werden: man müsse eine Lage schaffen, die das weitere Anwachsen „gepanzerter Fäuste" zwecklos mache. Mit dem bestehenden System des europäischen Gleichgewichts sei dieses Ziel nicht zu erreichen. Im Gegenteil, es führe zu krampfhaften Anstrengungen beider Teile, das unsichere und ewig schwankende Gleichgewicht zu ihrem Vorteile zu verändern. Das deutsche Gesetz von 1913 habe das russische von 1914 nach sich gezogen, das die jährliche Einberufung von Rekruten um 130 000 Köpfe erhöhe und die russische Armee in Friedenszeiten auf 2 Millionen Mann bringe. Ein Ende sei nicht abzusehen und nur die Diplomatie, die von ihrer Routine lebe, freue sich dieses Gleichgewichts. „Wir warten auf Taten von seiten der Diplomatie. Wenn die Diplomatie der Tripelentente alle Staaten zweiten Ranges auf die Seite des Friedens hinüberzieht, wird die Rivalität zwischen den beiden diplomatischen Kombinationen von selbst aufhören. Die Tripelentente verkörpert in sich den Gedanken des Friedens — der Dreibund den Gedanken des Angriffs. Vermag die Diplomatie

der Ententemächte die Mächte zweiten Ranges zu gewinnen, so wird das militärische Übergewicht dieser Kombination so groß, daß auch für „Räuber" keine Chance übrig bleibt...." Zwei Tage nach Entwicklung dieses „Friedensprogramms" erklärt dasselbe Blatt, daß die Ententekombination Rumäniens bereits so gut wie sicher sei. Der Ministerpräsident Bratiano, der Führer der Konservativen Margilomano, Take Jonescu, der Minister des Auswärtigen, Porumbaro und einige Vertreter des Auslandes in Bukarest hätten sich in diesem Sinne einem Korrespondenten der „Nowoje Wremja" gegenüber ausgesprochen. Es folgt dann in Form von Rede und Gegenrede eine Wiedergabe dieses Interviews, jedoch so, daß niemals der Name des Redenden genannt wird, was eine vorzügliche Methode ist, um jede Widerlegung a priori unmöglich zu machen. Wir wollen uns deshalb auch nicht mit der Übersetzung dieser unkontrollierbaren Ausführungen aufhalten, und nur betonen, daß der Gegensatz gegen Österreich mit besonderem Nachdruck hervorgehoben wird. Die gleiche Tendenz ist uns in einem Artikel des „Golos Moskwy" entgegengetreten, der gegen die in einigen russischen Blättern vertretene Ansicht polemisiert, daß als Folge des tragischen Endes des Erzherzogs Thronfolgers zwischen Rußland und Österreich-Ungarn freundschaftliche Beziehungen aufkommen könnten. Das sei eine höchst gefährliche Illusion, die bei der Vorbereitung „zu dem bevorstehenden, unvermeidlichen Kriege" nur die Wachsamkeit und Energie Rußlands einzuschläfern geeignet sei.

Es ist unmöglich zu übersehen, daß Rußland sich allerdings auf diesen „unvermeidlichen" Krieg in höchster Eile vorbereitet. Ein Licht auf die Mittel, die dabei in Anwendung kommen, wirft der Landesverratsprozeß gegen den Feldwebel Pohl. Der Mann ist, wie gerichtlich festgestellt wurde, von dem kaiserlich russischen Militärattaché in Berlin Oberst Basarow korrumpiert worden. Der Verführer hat für den Bettelpreis von 500 M. die Pläne unsrer östlichen Festungen erkauft. Er wird wohl dem russischen Generalstabe darüber eine Abrechnung eingereicht und seine Auslagen zurückerhalten haben. Es ist ein schmutziges Gewerbe, speziell wo, wie bei einem Militärattaché, eine Vertrauensstellung dazu mißbraucht wird.

Diese an sich sehr bedenklichen, von den leitenden politischen Persönlichkeiten, wenn nicht veranlaßten, so doch wohlgefällig geduldeten kriegerischen Tendenzen in Rußland und Frankreich, die durch den

unerschütterlichen Glauben verstärkt werden, daß im Kriegsfalle ihnen die Hilfe Englands nicht fehlen werde, sind in den letzten Tagen noch wesentlich zugespitzt worden durch die Haltung, welche Serbien nach der Ermordung des Erzherzogs zeigt, und durch die Unterstützung, die diese Haltung von französischer und russischer Seite findet. Der „Temps" formuliert den russisch-französischen Standpunkt folgendermaßen:

„Täuschen wir uns nicht, der Frieden im Orient und vielleicht in Europa wird von der Wendung abhängen, die der Prozeß von Sarajewo nimmt. Hält man sich an die Tatsachen, so gibt es keine Gefahr. Es hat Opfer, Mörder, Mordwerkzeuge gegeben: festgenommene Verbrecher, Geständnisse, gefundene Bomben, das alles sind Elemente für einen ernsten Prozeß und ein billiges Urteil.

Aber es ist noch etwas anderes möglich, daß man, einer unglücklichen Überlieferung folgend, aus dem Prozeß zweier Fanatiker einen neuen Monsterprozeß gegen die Serben und das Serbentum, ja sogar gegen die Südslawen macht, daß man alles wieder aufnimmt, was seit der Annexion geschehen ist, um es zu einem Bündel tendenziöser Beschuldigungen zusammenzufassen, Serbien als ein Volk von Verschwörern und Mördern darzustellen, dessen Existenz eine Gefahr für den europäischen Frieden ist, endlich, daß man sich an das gesamte Slawentum hält, und auf Rußland, den Vorkämpfer des slawischen Gedankens, einen Teil der Verantwortung wälzt, die man den Serben zuschreibt.

Diese Eventualität würde den Frieden Europas in Frage stellen, und sie läßt sich in Hinblick auf den Geisteszustand gewisser Regierungskreise leider nicht a priori abweisen."

Dem gegenüber ist doch sehr nachdrücklich hervorzuheben, daß die großserbische Agitation in all ihren Formen, bis zu denjenigen, die sich in Bombenwürfen verkörpern, der serbischen Regierung allerdings eine ungeheuere Verantwortung zuweist, für welche, wie wir hoffen, sie die von ihr zu fordernde Genugtuung ohne Zögern leisten wird. Daß die Spuren des Verbrechens nach Belgrad weisen, ist schon jetzt durch das Geständnis der Mörder festgestellt. Andere Spuren sind in Berlin, Wien, London aufgedeckt worden, und wir wollen der heuchlerischen Sorge des „Temps" um die Gefährdung des europäischen Friedens, falls von Serbien Genugtuung und Einstellung des gefährlichen Treibens verlangt wird, eine Betrachtung des „Eclair" entgegensetzen. Bei

Gelegenheit einer Besprechung der ins Französische übersetzten Charakteristik, die Fürst Bülow von der auswärtigen Politik Deutschlands während seiner Kanzlerschaft entwirft, schreibt nämlich Herr Judet: In dem franco-deutschen Duell ist uns Deutschland gefährlicher im Frieden, als im Kriege „L'Allemagne nous vise plus par la paix que par la guerre". Er will das als Quintessenz der macchiavellistischen Politik des Fürsten Bülow abstrahiert haben, worüber sich keinen Augenblick streiten läßt. Das Wesentliche ist uns die Sentenz, die der „Eclair" formuliert; sie bietet bereits die natürliche Erklärung für den „bevorstehenden unvermeidlichen Krieg", den der „Golos Moskwy" ankündigt.

Auf der Balkanhalbinsel hat in Wirklichkeit der Krieg auch nach dem Frieden von Bukarest keinen Augenblick aufgehört. Nur die Schlachten haben aufgehört, der Bandenkrieg dauert auch heute noch fort, in Epirus ganz unverhüllt, an der rumänisch-bulgarischen Grenze in der Form von Grenzkrawallen, in Mazedonien hat er die Form von Abwanderungen und Einwanderungen angenommen, in Albanien ist es das Chaos eines Bürgerkrieges, mit dem sich Invasionen der Nachbarn, der Montenegriner, der Serben und Griechen verbinden. Noch behauptet sich der Fürst, aber daß ihm der Boden unter den Füßen heiß geworden ist, läßt sich nicht verkennen. Trotzdem geben wir die Hoffnung nicht auf, daß Albanien zur Ruhe kommt und in ihm den Gebieter findet, den es braucht. Aber die Verwirrung ist so groß, daß sich das Auf- und Niedergehen der Aussichten, die sich ihm bieten, kaum verfolgen läßt.

In England verschlingen die inneren Angelegenheiten alles Interesse. Einmal sind es die Debatten im Unterhause zur Erledigung des Budgets, dann die irische Frage, die ihrer endgültigen Entscheidung naht. Das Haus der Lords hat die Asquithsche Bill angenommen, die bekanntlich auf sechs Jahre Ulster von Home Rule eximierte, aber den einzelnen Grafschaften freiließ, sich für oder wider diese Exemtion durch Volksabstimmung zu erklären. Nun sind etwa 40 v. H. der Grafschaften katholisch, also für das Homeruleregiment, während der protestantische Teil entschieden dagegen ist. Das Haus der Lords will nun diesen historisch gewordenen Unterschieden nicht Rechnung tragen und hat beschlossen: 1. daß es kein Referendum geben und ganz Ulster vom Homerule ausgeschlossen werden soll, 2. daß diese Befreiung vom Homerule zeitlich unbegrenzt bleiben soll, 3. daß Ulster einen eigenen Staatssekretär erhält und nicht dem Gouverneur von Irland unterstellt wird. Endlich

4. daß die Richter von der Reichsregierung zu ernennen sind. Es ist undenkbar, daß Mr. Asquith diese Amendements der Homerule Bill annimmt. Inzwischen haben aber die Unionisten in Ulster sich zu einer provisorischen Regierung konstituiert und nach Art der polnischen Konföderationen sich und ihren Anhang bewaffnet, als Seiner Majestät getreueste Untertanen, um Seiner Majestät Regierung zu bekämpfen. Ihnen gegenüber stehen die ihnen an Zahl überlegenen gleichfalls bewaffneten irischen Freiwilligen und endlich im Hintergrunde die königlich britische Armee, von der eben jetzt Lord Roberts im Parlament erklärt hat, daß es mit der Frage der Disziplin nichts zu tun habe, wenn sie sich weigere, die Ulsterleute zu bekämpfen. Das gibt eine Lage, wie sie unserm beschränkten kontinentalen Verstande schwer faßlich erscheint. Man muß auf das Polen des 17. und 18. Jahrhunderts zurückgreifen, um ein historisches Analogon zu finden. Zurzeit hält die Polizei noch die Ordnung in Ulster aufrecht, und Mr. Asquith hat etwa 14 Tage Zeit, ehe er sein letztes Wort zu sprechen braucht. Die Amendements der Lords gehen dem Unterhause erst nächste Woche zu. Die nächsten 14 Tage sind aber bereits für die Budgetverhandlungen festgelegt worden. Bis dahin also bleibt alles in der Schwebe, vorausgesetzt, daß keine Überraschungen das Gesamtbild ummodeln.

In Rußland brennen, wie alle Jahre, die Wälder, aber dieses Mal ist es besonders schlimm, und die beiden Hauptstädte Petersburg und Moskau sind von brennenden Torfmooren umgeben. Petersburg war direkt gefährdet, da ein Pulvermagazin vor dem vorrückenden Flammenmeer nur im letzten Augenblick gerettet werden konnte. Der Budgetkonflikt zwischen Duma und Reichsrat ist inzwischen zu einem Konflikt zwischen Duma und Regierung geworden, ohne daß jedoch davon ernstere Folgen zu erwarten wären. In auswärtigen Fragen interessiert am meisten der Konflikt der Interessen in Persien, der seit Übernahme der Naphthakonzessionen durch die englische Regierung aktuell geworden ist. Man zweifelt jedoch nicht daran, daß der Rückzug, den Sir Edward Grey anzutreten begonnen hat, ihn noch zu weiteren Konzessionen führen wird, und weist nicht ohne Ironie darauf hin, daß England ja gar nicht in der Lage sei, Festlandspositionen in Asien zu verteidigen. Es könne daher eine lange an Rußland stoßende Grenze gar nicht wünschen, wie eine Teilung der neutralen Zone sie zur Folge haben müßte. Rußlands Interessen aber gingen über die Nordprovinzen

Persiens hinaus. So argumentiert die „Nowoje Wremja", die zugleich betont, daß in diesen Nordprovinzen es andre Interessen als russische nicht gebe. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese persischen Differenzen noch zu einem völlig überraschenden Ausgang führen.

Zwei große Männer hat Rußland soeben verloren. Den Gesandten in Belgrad, Herrn Hartwig, der sich seine Sporen in Persien verdient hat und 1908 auf englischen Wunsch von dort entfernt wurde, und Herrn Rasputin, der dem Fanatismus oder der Eifersucht einer Frau zum Opfer gefallen ist. Er hat ohne Zweifel eine historisch bedeutsame Rolle gespielt, mehr als verwandte Geister, die vor ihm in gleicher Richtung arbeiteten.

In Mexiko scheinen die Dinge unmittelbar vor der entscheidenden Krisis zu stehen.

16. Juli. Abdankung Huertas, Carbajal wird Präsident von Mexiko. Abreise Poincarés und Vivianis von Dünkirchen.
17. Juli. Fortschritte der Rebellen in Haiti.
20. Juli. Eintreffen Poincarés in Petersburg.
21. Juli. Konferenz über die Ulsterfrage im Buckingham-Palast. Eidesleistung und Krönung Schah Achmeds von Persien.

---

22. Juli 1914.

Wenn alles programmäßig verlaufen ist, weilt Präsident Poincaré seit Montag, den 20. d. M., in Petersburg. Die Botschafter Iswolski und Swerbejew hatten schon vorher ihre Posten verlassen, um am Platze zu sein, wenn der Präsident russischen Boden berührt, wohl auch, um an den angekündigten wichtigen politischen Verhandlungen teilzunehmen, die bevorstehen.

Im Gefolge Herrn Poincarés finden wir den Ministerpräsidenten und Minister des Auswärtigen Herrn Viviani, dem es glücklich gelungen ist, dem Mißtrauensvotum zu entgehen, das ihm bis zum letzten Augenblick drohte, und der, um seine Popularität aufzufrischen, orbi et urbi angekündigt hat, daß er keinen Orden annehmen, sondern sich mit einem Geschenk begnügen wolle. Ihm zur Seite steht der Direktor seiner politischen Kanzlei de Margerie; die russischen Zeitungen zeichnen außer diesen Hauptpersonen noch den Führer des Geschwaders Vizeadmiral le Bris, den Chef des Militärkabinetts General Beaudemoulin und den Zeremonienmeister William Martin durch Wiedergabe ihres Porträts aus. Die französischen Gäste bleiben bis zum 23. d. M. abends in Rußland und der Präsident wird Sonnabend, den 25. d. M., in Stockholm eintreffen, wo er, wie gleichfalls angekündigt wird, zwischen Rußland und Schweden vermitteln (!) soll, und soll am 27. d. M. in Kopenhagen sein, wo es glücklicherweise nichts zu vermitteln gibt.

Die Parole, die von der russischen und von einem Teil der französischen Presse für die Petersburger Zusammenkunft ausgegeben worden ist, lautet: Erweiterung der Tripelentente durch Heranziehung der Mächte zweiten Ranges. Herr Waliszewski, der diesen Plan der „Nowoje

Wremja" kommentiert, sagt: „Ich glaube auch, daß wir dahin streben, ja wir haben diese Bahn schon betreten ... und ich habe einen Beweis dafür darin gefunden, daß vor kurzem Paris von Vertretern der Munizipalitäten von Petersburg und London und gleichzeitig mit ihnen von ihren Kollegen aus Amsterdam, Gent, Madrid und Bukarest besucht wurde." Sie hätten sich in der russischen Botschaft in Paris versammelt und dort viele französische Minister getroffen, darunter einige ehemalige und künftige Minister des Auswärtigen, wie die Herren Pichon und Delcassé. Nun, das beweist nur wenig und scheint uns vorläufig nur bestimmt zu sein, den unangenehmen Eindruck zu verwischen, den in Rußland die Reden des Generals Pédoya und des Senators Humbert gemacht haben: Ist in Frankreich nicht alles, wie es sein sollte, so gibt es noch andre Stützen, die herangezogen werden könnten, um, wie die „Nowoje Wremja" wünscht, Deutschland schach und matt zu setzen. Wirklich ernst zu nehmen sind wohl nur die Bemühungen der russischen Politik, Rumänien durch verpflichtende Abmachungen zu gewinnen und England zu bewegen, aus dem Ententeverhältnis in eine Allianz mit Rußland und Frankreich zu treten. Daß beides ein Gegenstand der Petersburger Verhandlungen sein wird, glauben wir annehmen zu dürfen, nachdem die Kampagne, die zu diesem Ziele führen soll, solange vorbereitet worden ist. In Bukarest gibt es in der Tat eine Partei, die darauf hinarbeitet, und in dem letzten Zusammengehen mit Rußland einen ersten Erfolg errungen zu haben meint; was aber England betrifft, so hat die letzte Woche wiederum aus derselben französischen Quelle, von welcher die ersten Andeutungen stammen, sehr bestimmt gehaltene Mitteilungen über eine sich vorbereitende russisch-englische und eine bereits bestehende englisch-französische Marinekonvention gebracht, deren Spitze sich gegen uns richte. Bisher fehlen die Beweise, aber wir können die Indizien nicht übersehen, die für die Richtigkeit dieser Mitteilungen sprechen. Das bedeutsamste Symptom dafür ist die kraftlose Haltung Englands in den persischen Angelegenheiten. Für die wahrhaft erstaunliche Geringschätzung, mit welcher Rußland sich über die russisch-englische Konvention von 1907 hinwegsetzt, haben eben jetzt der Teheraner Korrespondent der „Vossischen Zeitung" und eine Korrespondenz der „Times" aus Ispahan drastische Belege gebracht. Man fragt nach den Gründen, weshalb England, das doch sonst eine laute Sprache zu führen pflegte, wenn es sich um die „Glacis von Indien" handelte, heute so kleinlaut

geworden, und wird schwerlich eine andre Antwort finden als die, daß es sich in Mittelasien Rußland gegenüber ohnmächtig fühlt. Ob aber ein weites Entgegenkommen in den gegen Deutschland gerichteten aggressiven Plänen das rechte Mittel ist, das ungestörte Vordringen Rußlands auf der Straße nach Indien zum Stehen zu bringen, das ist eine Frage, die jeder Kenner der Geschichte Russisch-Asiens mit einem entschiedenen Nein! beantworten wird. Das „Suchen nach einer Grenze" kombiniert sich mit dem Suchen eines „Ausgangs zum warmen Meer", und es gehört wohl zu den Meisterstücken der verschlagenen russischen Politik, daß sie die Engländer veranlaßt hat, in kapitalistischer Gemeinschaft mit ihnen jene société d'études ins Leben zu rufen, deren Aufgabe es ist, die Vorbereitungen für den Bau der Bahn zu treffen, die aus Russisch-Persien nach Indien zu führen bestimmt ist. Die stets allwissenden politischen Franktireurs der Petersburger Salons behaupten freilich, wenn man den Engländern die Integrität ihrer asiatischen Besitzungen verspreche, werde man sich in London zufriedengeben. Aber daran ist schwer zu glauben, und obgleich, was man in Petersburg die „Gesellschaft" (obschtschestwo) nennt, aus vornehmen Herren und Damen besteht, denen sich auch die Türen öffnen, die sonst aller Welt verschlossen bleiben, und Geheimnisse von ihnen niemals gewahrt werden, können wir doch nicht annehmen, daß man in London in so offen hingestellte Fußangeln treten wird. Weit wahrscheinlicher ist, daß die französisch-russischen Verhandlungen die brennend gewordenen Probleme des nahen Orients zunächst ins Auge fassen werden. Man hofft einerseits noch immer, die soeben von König Ferdinand unterzeichnete bulgarische Anleihe, die mit dem Konsortium der Diskontogesellschaft abgeschlossen worden ist, rückgängig zu machen und durch Sturz des Ministeriums eine völlige Schwenkung der bulgarischen Politik in das französisch-russische Lager zu erreichen — das aber könnte nur durch eine Revolution geschehen, der dann auch König Ferdinand zum Opfer fallen würde —, anderseits ist alle Anstrengung darauf gerichtet, dem serbisch-österreichischen Konflikt, wie er infolge des Mordes in Sarajewo besteht, eine Wendung zu geben, die zu einem demütigenden Rückzug der habsburgischen Monarchie führen soll. Es ist das alte Programm: avilir puis démolir, und allerdings würde sich unter der Voraussetzung, daß das avilir glückt, das démolir von selbst ergeben.

Dasselbe Programm ist in bezug auf Deutschland in breiter Aus-

führlichkeit in dem am 15. Juni erschienenen neuesten Monatsheft der „Revue Politique et Parlementaire" von Herrn Gonnard, Professor der Rechte an der Universität Lyon entwickelt worden. Da es nicht gleichgültig ist, welche Stellung diese vornehmste politische Zeitschrift Frankreichs zu dem Problem der deutsch-französischen Beziehungen einnimmt, müssen wir etwas länger bei ihren Ausführungen verweilen. Herr Gonnard bleibt in einer Studie, der er den Titel gibt: „Deutschland von Frankreich aus gesehen", nach rascher Skizzierung der neuesten politischen Literatur Frankreichs über das heutige Deutschland, bei dem Buch von Maurice Legendre: „Der künftige Krieg und die Mission Frankreichs" stehen, und hebt daraus kommentierend den Abschnitt hervor, den Legendre der „perversion prussienne", der Entartung Preußens, widmet. Dieser Abschnitt, sagt Gonnard, sei vortrefflich und beweisend. Wir geben ihn in wörtlicher Übersetzung wieder und hoffen, daß er in allen politisch denkenden Kreisen unsres Volkes die Würdigung finden wird, die ihm zukommt. „In der heutigen Welt — so zitiert Gonnard aus dem Buche von Legendre — gibt es zwei überlegene Formen menschlicher Gruppierung, zwei Formen, die auf das fruchtbarste nationalen Geist und menschliche Solidarität versöhnen. Das sind die Patrie in französischer Form und das Empire in englischer Form. Preußen dagegen ist eine parasitische Gruppierung, der Spontaneität und Originalität fehlt, es ist eine karikierte Nachahmung, welche aus dem französischen und englischen Vorbild etwas Perverses geschaffen hat. Der in der undankbarsten Gegend Deutschlands geborene preußische Staat hat als „Orient" nur wilde Volksstämme gehabt, die Zivilisation des Mittelmeers wurde ohnmächtig, als sie diesen finstern Himmel und jenes traurige und häßliche Meer berührte, das die Römer abstieß, und nichts von fernen Herrlichkeiten ahnen ließ.... Alles, was Großes in der Welt geschehen ist, geschah in weiter Ferne und ist, wie die Flut des Ozeans auch einen schlammigen Kanal erreicht, nur spät und indirekt dort hingelangt. Deutschland hat nie nachholen können, daß es mehr als drei Jahrhunderte zu spät christlich wurde. Seine hassenswerte (odieux) historische Rolle ist keineswegs ein Zufall, sondern der letzte Ausdruck seines Wesens. Und von der Vergangenheit hat dieses Land nichts bewahrt, als Knechtschaft. Die Macht Preußens keimte in dem undankbaren Sande Norddeutschlands, als die religiösen Zwistigkeiten Europas dem Hochmeister des Deutschen Ordens einen Vorwand

boten, die Ehrenstellung zu verraten, welche die Kirche ihm anvertraut hatte. Preußen ist aus dem Verrat des verächtlichsten aller Orden geboren. Es ist aus Entartung geboren, während die Vaterländer einer Umwandlung ihre Entstehung danken (elle est née d'une perversion, alors que les patries sont nées d'une conversion). Man hatte Preußen bewaffnet, damit es die orientalische Barbarei bekämpfe, es blieb in Waffen, um die Barbarei im Abendlande aufrecht zu erhalten; seine Mission war, für die Zivilisation und den Frieden Krieg zu führen, es hat aus dem Kriege sein nationales Gewerbe, einen Krieg gemacht, der endlos Kriege zur Folge hat. Die Pazifisten sollten verstehen, daß ihre Devise: „Krieg dem Kriege", „Krieg gegen Preußen" bedeutet. Preußen hat die Welt zum bewaffneten Frieden verdammt, „in dem dissidentischen Deutschland war Preußen ein Schisma, es stellt das Prinzip des Haders und des Hasses dar. Es baute seine Staatseinheit (ohne ein Vaterland zu werden) durch Beraubung des polnischen Vaterlandes, denn nur sich selbst haben die Hohenzollern nicht verraten. Das Gerüst des Staates zimmerten der geizige Große Kurfürst, der eitle Friedrich I., der wahnsinnige König-Unteroffizier, der Meister in Spitzbüberei Friedrich II., aber dieses Gerüst war so nackt, so ohne jede moralische Kraft, daß es durch den Stoß, den ihm die französische Revolution gab, in Stücke zusammenbrach. Damals kamen Süd- und Westdeutschland, reiche und kultivierte Länder, durch die Berührung mit Frankreich zum nationalen Bewußtsein, und wurden so ein Vaterland. Die Arbeit Preußens im 19. Jahrhundert bestand aber darin, dieses deutsche Vaterlandsgefühl betrügerisch zu konfiszieren und zwar zum Besten der Hohenzollern" (dazu notiert Herr Gonnard: Es ist ein Vergnügen, diese klaren und wahren Formulierungen abzuschreiben!). Die Kriegsindustrie der Hohenzollern triumphierte 1870. „Mit Hilfe eines sorgsam gepflegten Hasses konstituierte man den Schein eines deutschen Vaterlandes." Aber es ist kein wahres Vaterland, wie es Deutschland ohne Preußen geschaffen hätte; es ist „eine Art Vaterland, das alle Deklamationen des Antimilitarismus rechtfertigen würde". Zugleich wurde durch Chantage (mit Hilfe der in Cercey gefundenen Papiere) ein Reich ohnegleichen, ein Monstrum im wahren Sinne des Wortes geschaffen. Noch nach 40 Jahren hat dieser Staat undeutschen Ursprungs, der betrügerisch den Germanismus konfiszierte, Überlieferungen bewahrt, die mit denen des wahren Deutschland unvereinbar sind. Und dieses Deutsch-

land leidet durch den preußischen Triumph und wird leiden, bis die Macht der Hohenzollern zerstört ist. Das im 19. Jahrhundert so fruchtbare Deutschland ist unfruchtbar geworden, seit es preußisch ward. „Die jetzige Unfruchtbarkeit Preußens in Kunst und Gedankenwelt grenzt ans Wunderbare. Wissenschaft und große Gelehrsamkeit stehen im Dienste des deutschen Spezereihandels und des Hasses."

„Nun kann man nicht sagen, daß Deutschland sich nicht umzubilden sucht; aber alles, was es anfaßt, entartet. Preußen, ein scheinbar blühender Staat, ist im Grunde unglücklich. Es kommt überall zu spät: zu spät, um das Herz eines Vaterlandes zu werden, zu spät, um ein Reich zu bilden, ohne vorher das einer andern Nation zerstört zu haben, zu spät, um anders zu kolonisieren, als indem es die Kolonien der andern stiehlt. Das ist eine eigentümliche Art, Zivilisation zu verbreiten, aber sehr natürlich, wenn man das Reich als Mittel kommerzieller Ausbeutung betrachtet. (Hieran schließt sich eine gleich geistreiche Philippika gegen die deutsche Handelsflotte und Kriegsmarine, die ich übergehe.) Preußen ist allerdings „die Sünde Europas". „Voll Haß, Groll und Neid, ohne Eigenschaften, die ihm eigentümlich sind, äfft es die originelleren und gebildeteren Länder nach, ganz wie das alte Deutschland mit seinem heiligen Reich das römische Reich nachäffte. Aber das „heilige Reich" tat es wenigstens mit einem Ernst, der an Größe grenzte. Das jetzige Preußen äfft in verächtlicher Weise die Patrie française und das englische Empire nach. Es läßt den ökonomischen Fortschritt durch zügellosen Protektionismus pervers werden, pervers wird die Kunst, und das Denken wird unfruchtbar. Die Wissenschaft wird pervers, indem sie die Geschichte und die moralischen Wissenschaften zu zynischen Dienern der Politik, die Naturwissenschaften zu habgierigen Knechten der Industrie, die Religion zum Werkzeug kommerzieller Propaganda macht. Auch Demokratie und Sozialismus entarten: das Reich hat allgemeines Stimmrecht, weil dies ein Mittel ist, die Vaterländer am Rhein und im Süden dem preußischen Despotismus anzuschließen. Das allgemeine Stimmrecht wird gegen die politische Freiheit in Dienst gestellt."

Schluß: „Preußen ist ganz unwürdig und unfähig, die großen zivilisierenden Nationen zu ersetzen, deren Abdankung oder Tod es bedeuten würde, wenn Preußen siegte." Ein ansteckendes Laster ist ihm eigen, „als Parasit der Zivilisation hat es den Genius der Entartung"; die besten Grundsätze des Fortschritts werden, zum Vorteil Preußens verwendet, Faktoren des Rückschritts. Alle Länder der Welt

leiden heute, und Deutschland mehr als jedes andre. Deutschland wird durch das preußische Regiment erniedrigt und erdrückt, weil die Quellen der europäischen Zivilisation durch Preußen korrumpiert werden. Aber der Konflikt Preußens mit den beiden in ihrem Kern bedrohten abendländischen Mächten nähert sich der entscheidenden Phase, der militärischen, dem gewaltigen Zusammenstoß, der für Frankreich „die allerschönsten Aussichten des Sieges bietet". Es geht einem Abschluß entgegen, „und für uns Franzosen ist es ein besondres Glück (notre bonheur à nous), daß wir nicht, wie andre, alle Ursache haben, uns vor der Erkenntnis dieser Tatsache zu fürchten".

Welches sind die Gründe, die uns solche Aussichten bieten? fragt nun Gonnard. Der Teil des Buches, der sie darlegt, so fährt er fort, fällt nicht in das Gebiet einer Studie, die sich das Ziel gesetzt hat, die Ansichten Frankreichs über Deutschland zusammenzufassen. Ich habe an andrer Stelle gesagt, daß Legendres Optimismus über unsre Gesamtlage leider zu groß scheint. Dafür aber hat er in bewunderungswürdiger Weise gezeigt, was in unsern Augen der Grundfehler der deutschen Organisation ist, er hat es in einem Geist gesagt, der zwar dem preußischen Staate, dieser monstreusen und ungesunden Schöpfung entschieden feindselig ist, dafür aber der „Patrie allemande", der Schwester andrer „Patries", sympathisch gegenübersteht.

„Damit Europa wirklich und völlig sich des Friedens erfreuen könne, muß Preußen, das nicht reformiert werden kann und bestimmt ist, abgesondert zu leben, aus Deutschland hinausgeworfen werden. Und Österreich oder vielmehr Süddeutschland und Rheindeutschland, d. h. das wahre Deutschland, das abwechselnd Österreich und Preußen geopfert wurde, muß endlich die Führung übernehmen und Großdeutschland zur Wirklichkeit machen: denn die Niederlage Preußens wird Deutschland größer machen; und Österreich wird, statt ein Piemont auf dem Balkan zu suchen, zu den Aufgaben zurückkehren, die es so oft verraten hat und endlich Teil einer „Patrie" werden. Österreich kann diese für alle glückliche Lösung fördern, wenn es sich nur dem nächsten Konflikt fernhält. Preußen wird, selbst in dem sehr unwahrscheinlichen Falle, daß es siegen sollte, erschöpft aus dem Kampfe hervorgehen, so daß Österreich intakt, auf lange nicht mehr durch die demütigende Rolle eines „brilland second" bedroht sein wird; wenn aber, wie sehr wahrscheinlich ist, Preußen hingerichtet wird, gewinnt Österreich automatisch die erste Stellung in Deutschland, ohne einen Mann geopfert

und ohne eine Krone geraubt zu haben. Preußen selbst, das verzweiflungsvoll seine Verteidigung organisiert, als ob es nur auf sich selbst rechnen könnte, scheint vorauszusehen, daß Wien nach Deutschland zurückströmt, und dahin treiben die Ereignisse auf dem Balkan, was ich schon am 13. Februar 1913 in einem Vortrage zu Lyon als möglich gezeigt habe. „Wir wollen wünschen, daß, wenn der so oft angekündigte und so oft aufgeschobene Krieg kommt, sich das verwirklicht, was Herr Legendre voraussieht, und die österreichischen Staatsmänner zu jener genialen Einsicht gelangen, die gleichzeitig Kaunitz und den verkannten Ludwig XV. zur Erkenntnis führte, daß es notwendig war, Preußen seine Großmachtsansprüche zu vertreiben. Wir wollen wünschen, daß auf den Thron Franz Josefs ein würdiger Nachfolger Maria Theresias steigt, der fähig ist, zu verstehen, daß der Untergang des preußischen Korporalgeistes die notwendige Voraussetzung der Ruhe Europas und des Gedeihens der „patrie allemande" ist. Wir wollen wünschen, daß an dem Tage, da Wien geneigt ist, seinen Platz in Deutschland zurückzufordern, Frankreich es verstehen wird, entschlossen die nötigen Anstrengungen einzusetzen. Denn für Österreich gibt es zwei Wege, in Deutschland wieder einzutreten: durch Verdrängung des glücklichen Rivalen von 1866, indem es ihm mit Hilfe der erneuerten Allianz von 1756 den usurpierten Platz entreißt, oder indem es sich dem unersättlichen Rivalen unterwirft, der die deutsch-österreichischen Provinzen sich einverleibt, um aus ihnen, wie aus dem übrigen Deutschland, neue Werkzeuge seiner grenzenlosen Eroberungspolitik und seiner grenzenlosen „Perversion" zu machen." Unterzeichnet von René Gonnard. Professor an der Fakultät der Rechte der Universität Lyon.

Dieses Dokument französischen Deutschenhasses verdient aufbewahrt zu werden, und wir können nur unserm Bedauern darüber Ausdruck geben, daß es möglich war, Betrachtungen dieses Inhalts in einer Zeitschrift zu veröffentlichen, die wir gewohnt waren, als Organ des gebildeten Frankreich zu schätzen.

Daß die Feier des Jahrestags der Schlacht an der Boyne (10. Juli 1690) in Irland und England ohne blutige Zusammenstöße hingegangen ist, wie sie sonst regelmäßig stattzufinden pflegten, kann als gutes Omen für den Ausgang der Gegensätze betrachtet werden, die sich an Homerule knüpfen. In der Tat ist kein Zweifel, daß beide Teile entschlossen sind, einen Ausgleich zu finden, und die Verständigung über das Wie steht offenbar nahe bevor. Nach drei Sitzungen des Kabinetts,

die in der vorigen Woche stattfanden, hat König Georg nunmehr eine Konferenz nach dem Buckinghampalast berufen, an der von der Regierung Asquith und Lloyd George, von der Opposition Lord Lansdowne und Bonar Law, von den Ulsterleuten Carson und Cray und von den Iren Redmond und Dillon teilnehmen. Der Gegensatz scheint nur noch die Zahl der Grafschaften zu betreffen, die in Ulster vom Homerule eximiert werden sollen.

Weniger gute Aussichten scheinen sich für Herstellung erträglicher Zustände in Mexiko zu bieten. Die Resignation von Huerta am 15. und die Nachfolge seines neuernannten Ministers des Äußern Carbajal zum provisorischen Präsidenten schien um so mehr einen günstigen Ausgang zu verbürgen, als Carbajal bereit war, gegen Gewährung einer allgemeinen Amnestie und gegen Anerkennung der von der Regierung Huertas übernommenen Schuldverpflichtungen seine Machtstellung dem Führer der sogen. Konstitutionalisten General Carranza abzutreten. Dieser aber verweigert Amnestie und Anerkennung der Schulden (zu denen, wie wir einem französischen Blatt entnehmen, eine Anleihe von 13 Millionen gehört, die Frankreich Huerta gewährte) und stellt sich damit auch in Gegensatz zum Präsidenten der Vereinigten Staaten, der sein Spiel bereits gewonnen glaubte. Jetzt meldet der Telegraph, daß sich bereits gegen Carranza der General Pascale Orozko erhoben hat und auch Villa selbständigen Ehrgeiz zeigt, so daß wiederum alles in Frage gestellt ist.

An unsrer trotz allem optimistischen Beurteilung der albanischen Verhältnisse halten wir nach wie vor fest, weil jede andre Lösung als die an den Namen Wied geknüpfte sich als unmöglich erweist und immer wahrscheinlicher wird, daß durch ein gemeinsames Einschreiten Österreich-Ungarns und Italiens die Londoner Schöpfung Lebensfähigkeit erlangen wird. In Rußland sieht es, auch abgesehen von den politischen Intrigen, deren wir oben gedachten, sehr unerquicklich aus. Es steht eine Mißernte bevor, die Waldbrände dauern fort und Cholera und Pest sind in langsamem Anmarsch. Dazu kommt, daß die Arbeiterbewegung immer mehr einen politischen Charakter gewinnt. Was aber die ungeheuren Truppenmassen betrifft, mit denen die russische Presse droht, so ist es vielleicht nützlich, daran zu erinnern, daß, wenn wir von 1812 absehen, Rußland noch niemals imstande gewesen ist, auch nur die Hälfte von dem ins Feld zu führen, was es auf dem Papier disponiert hatte.

23. Juli. Österreichisches Ultimatum an Serbien. Arbeiterstreik in Petersburg.
24. Juli. Scheitern der Ulsterkonferenz.
25. Juli. Kaiser Wilhelm bricht seine Nordlandreise ab. Präsident Poincaré in Stockholm.
27. Juli. Kaiser Wilhelm trifft in Potsdam ein.
28. Juli. Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien. Frau Caillaux wird freigesprochen.

---

29. Juli 1914.

Ein Monat ist hingegangen, seit die Mörder von Sarajewo durch Beseitigung des Thronfolger-Erzherzogs der habsburgischen Monarchie einen tödlichen Streich beizubringen gedachten. Nun ist Franz Ferdinand mit der an seiner Seite gleich ruchlos ermordeten Gemahlin zur letzten Ruhestatt getragen worden. Die Totenklage ist verhallt, aber um so lauter machte der Ruf nach einer Sühne sich hörbar. Volle vier Wochen sind in Österreich-Ungarn daran gesetzt worden, um die Spuren zu verfolgen, die zu den intellektuellen Urhebern des Frevels vom 28. Juni führten. Am 24. Juli war diese Untersuchung abgeschlossen, und ihre Ergebnisse wurden in der Note niedergelegt, die an eben diesem 24. in Belgrad übergeben ward, um Genugtuung zu fordern und Sicherheit dafür zu erhalten, daß dem von Belgrad ausgegangenen verbrecherischen Treiben des Großserbentums wirksame Schranken gesetzt würden. Serbien hat also einen runden Monat Zeit gehabt, den Forderungen Österreich-Ungarns, die als selbstverständlich leicht vorauszusehen waren, dadurch zuvorzukommen, daß es aus eigener Initiative tat, was von ihm verlangt werden mußte: Auflösung der nach Österreich-Ungarn hinein agitierenden Vereine Omladina und Zrna Ruka, Bestrafung der am Morde Mitschuldigen und öffentliche, auch für die Zukunft verpflichtende Lossagung von den völkerrechtswidrigen Bestrebungen der großserbischen Agitation! Aber die serbische Regierung hat es möglich gefunden, nichts von alledem zu tun, und nach vorausgegangener Orientierung in Petersburg den ihr gesetzten Termin hingehen zu lassen, um im letzten Augenblicke eine Genugtuung zu bieten, die keine war, als abgedrungen keinen Glauben verdiente und wegen ihrer Vorbehalte

abgewiesen werden mußte. Seither sind die diplomatischen Beziehungen Österreich-Ungarns zu Serbien abgebrochen und, wie es scheint, auch die ersten Schüsse gewechselt worden. Das Ergebnis dieser weltkundigen Tatsachen, deren Einzelheiten gleichfalls allbekannt sind, ist also ein bevorstehender österreichisch-serbischer Krieg, der zunächst niemanden angeht, als diese beiden Mächte. Das Unrecht Serbiens kann nicht bestritten werden. Wer dafür eintritt, nimmt einen Teil der Schuld auf sich und maßt sich eine politische Richtergewalt an, wie sie in den Tagen der heiligen Allianz beansprucht und von Kaiser Nikolaus I. noch so geübt wurde, daß sie zwar Ungarn nach Villagos und Preußen nach Olmütz, schließlich aber auch Rußland durch die Niederlagen des Krimkrieges nach Paris zu den Demütigungen von 1856 führte. Wir haben daher nicht ohne Entrüstung die Haltung der französischen und der russischen Presse während der letzten Woche verfolgt. Vor acht Tagen gaben wir unsern Lesern eine Probe davon an der Hand der „Revue Politique et Parlementaire". Es ist seither nicht besser damit geworden und muß besonders hervorgehoben werden, daß es „Temps" und „Débats" sind, welche die feindseligsten Noten anschlagen und offenkundig für Serbien und gegen Österreich-Ungarn Partei ergreifen. Was sie besonders erregt, ist, daß für den Fall eines Eingreifens Rußlands Deutschland zu Österreich-Ungarn stehen wird. „Es ist — schreibt der „Temps" vom 27. Juli — mehr als wahrscheinlich, daß Rußland ohne Zögern die militärischen Vorsichtsmaßregeln treffen wird, die sich aus seinem Entschluß (kein écrasement Serbiens zu dulden) ergeben. Das bedeutet eine Warnung für Österreich-Ungarn, und es wird, ohne daß es seiner Würde dadurch zu vergeben brauchte, darüber nachzudenken haben. Diese Eventualerwägungen sind das einzige, was noch auf eine friedliche Lösung Hoffnung gibt. In dieser entscheidenden Stunde ist es aber Deutschlands Sache, einen gleich entscheidenden Entschluß zu fassen." Wenn nämlich Deutschland es unterlasse, an Österreich-Ungarn mit Vorschlägen heranzutreten, die es bewegen, den Krieg zu vermeiden, werde jedermann glauben, daß dieser Krieg den Wünschen Deutschlands entspreche. „Wenn Deutschland, dessen Politik seit 40 Jahren friedlich geblieben ist — bisher hat bekanntlich Frankreich durch den Mund seiner Presse uns immer aufs neue beschuldigt, den Weltfrieden gestört zu haben — dieses Friedenswort nicht spricht, so ist die Entfesselung aller Streitkräfte Europas unvermeidlich. Denn wenn Deutschland den

Krieg will, ist der ganze diplomatische und politische Bau der letzten 30 Jahre in Frage gestellt." Hat man je eine so heuchlerische Verdrehung der Wahrheit gehört? Rußland erklärt, daß es einem Einschreiten Österreichs in Serbien nicht gleichgültig zuschauen könne, und faßt im Ministerrate vom 26. Juli, wie dem „Temps" mitgeteilt wird, unter Vorsitz des Zaren den Beschluß: 1. unverzüglich Maßregeln zur Mobilisierung zu treffen, um 2. nötigenfalls sofort einschreiten zu können; es hat bereits die Armeekorps in den Gouvernements Kiew und Odessa mobil gemacht, auch den Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch zum Oberkommandanten aller russischen Armeen ernannt und damit gezeigt, daß es in der Tat entschlossen ist, sich mit Serbien zu identifizieren. Und da soll Krieg und Frieden nicht in Abhängigkeit vom Verhalten Rußlands stehen, während doch notorisch ist, daß keine andere europäische Großmacht daran denkt, sich Österreich in den Weg zu stellen, wenn es, um seine Zukunft zu sichern, der serbischen Agitation ein für alle Mal die Flügel lähmt. Diese großserbische Agitation ist aber fast offenkundig seit 1908 von russischen Agitatoren und von den offiziellen Vertretern Rußlands in Belgrad nicht nur gefördert, sondern geleitet worden. Parallel damit ist die von Herrn Iswolski geleitete Verschwörung gegangen, als deren Sendboten Herr Poincaré und seine Staatsmänner nach Petersburg pilgern, um die Maßregeln zu vereinbaren, durch welche sie ihren Frieden Mitteleuropa aufzunötigen hoffen. In diesem Sinne haben sie noch kürzlich in den zwischen dem Zaren und Herrn Poincaré ausgetauschten Trinksprüchen als ihr Ziel das europäische Gleichgewicht bezeichnet; was aber darunter in Rußland und folglich auch in Frankreich verstanden wird, hat noch vor wenigen Tagen die „Nowoje Wremja" durch Herrn Menschikow in einem Leitartikel dargelegt, dem sie die Überschrift setzt: Die Organisation des Sieges. Es heißt darin: „Es genügt die Weltkarte anzusehen, Territorien und Volkszahl der beiden großen Koalitionen einander gegenüberzustellen, um sich zu überzeugen, daß die Tripelentente der gebietende Akkord im Weltkonzert ist. Zu Rußland gehört fast halb Asien, zu Frankreich halb Afrika, zu England die Hälfte des Erdballs, während die Besitzungen des Dreibundes, die von dieser mächtigen Gemeinschaft umgeben sind, nur eine Landenge zwischen Nordsee und Mittelmeer umfassen. Einer Volkszahl von 740 Millionen stehen 175 Millionen gegenüber." Dazu komme, daß die moralische Kraft den Ententemächten, innere Zerrüttung den Mächten des Drei-

bundes eigentümlich sei. Trotzdem sei für die letzteren ein Größenwahn charakteristisch, gegen den Vorsichtsmaßregeln unerläßlich wären. „Allzu unruhige Nachbarn muß man einzäunen und Beruhigungsmittel gegen sie in Bereitschaft halten. Das gefällt ihnen vielleicht nicht, aber: oderint dum metuant!" Rußland, England und Frankreich seien geographische Freunde, durch das Schicksal aufeinander angewiesen, denn die Welt sei ein Schachbrett, auf welchem jede Macht den Bundesgenossen im Rücken des Gegners suchen müsse.

So lautet das Programm der russischen Gleichgewichts- und Friedenspolitik!

Nun ist auch in dieser Betrachtung charakteristisch, mit welcher Sicherheit England für alle Schachzüge russischer Politik als Mitkämpfer in Rechnung gestellt wird; auf Grund welcher Tatsachen das geschieht, wissen wir nicht, aber wir erinnern uns, daß England die letzte Macht war, die nach der Ermordung König Alexanders von Serbien und seiner Gemahlin sich dazu bereit fand, König Peter anzuerkennen, und können uns nicht denken, daß es heute ein Einschreiten zugunsten serbischer Verschwörungs- und Mordpolitik mit seinen Sympathien begleiten wird. Was aber die moralische Überlegenheit Rußlands und Frankreichs betrifft, so ist sie uns bisher nicht greifbar entgegengetreten; die neue Affäre auf der einen, die Rasputin-Sensation auf der andern Seite sprechen nicht dafür, und uns will scheinen, daß, wenn von innerer Zerrüttung die Rede ist, sich die Belege dafür öfter auf der andern Seite als auf der unsrigen werden finden lassen. Überlegen wir diese Zusammenhänge, so kommen wir zu folgendem Schluß: Der französisch-russischen Verschwörung ist die serbische Krisis zu früh gekommen. Auf jenem Schachbrett, von dem die „Nowoje Wremja" spricht, war auch Serbien als Stein im Rücken des Gegners gedacht, aber das Spiel sollte erst 1917 oder frühestens 1916 gespielt werden. Rußland hat seine Truppenvermehrung zwar dekretiert, aber nicht durchgeführt, die strategischen Bahnen, für welche Frankreich seine letzte Milliardenanleihe hergeben mußte, sind noch nicht gebaut, die 10 000 im Auslande bestellten Waggons nicht geliefert. Rußland hat sich genötigt gesehen, verstärkten Schutz über Petersburg und Moskau zu verhängen, und die Arbeiterausstände, die einen rein politischen Charakter tragen, sind keineswegs, wie offiziell versichert wird, unterdrückt, sondern sie dauern fort und sind als Symptome sehr bedenklicher Vorbereitungen für die Zukunft zu betrachten,

die sich während eines Krieges, der mehr bedeuten würde, als ein Streifzug in Persien oder irgendwo in Mittelasien, offenbar vorbereitet. Die „Königsberger Allgemeine Zeitung" bringt die folgende Nachricht aus Brüssel, die wir zu bezweifeln keinerlei Anlaß haben: „Im Brüsseler sozialistischen Volkshause tagten in einem geheimen Kongreß die Vertreter der russischen revolutionären Partei und die der russisch-polnischen Sozialdemokratie. Beide Kongresse beschlossen eine Verschmelzung und nahmen ein gemeinsames Programm über die Organisation einer neuen revolutionären Bewegung in Rußland an, welche sofort ausbrechen soll, falls Rußland in einen Krieg verwickelt wird. Mehrere hundert Delegierte nahmen an der Versammlung, deren Beratungen zwei Tage dauerten, teil." Das mag als Illustration zu der Behauptung des „Golos Russi" dienen, daß die Streikbewegung in Petersburg auf Bestellung Deutschlands inszeniert worden sei. Deutschland habe die russisch-französischen Festlichkeiten stören wollen! Das wäre unnötige Mühe gewesen. Die Epidemie der Arbeiterausstände in Rußland hat einen chronischen Charakter angenommen. Sie ist von 466 im Jahre 1911 auf 2052 im Jahre 1912 und in den ersten 8 Monaten des vorigen Jahres auf 1671 gestiegen, und zwar nahm dabei die Zahl der politischen Streiks stetig zu. Während der Anwesenheit des Präsidenten Poincaré unterbrach die russische Arbeitermarseillaise (wstawai podnimaisjä rabotschi narod), „Steh auf und erheb dich, du Arbeitervolk", die offizielle französische Revolutionshymne, die ja in dem sozialistischen Frankreich von heute die Nationalhymne geworden ist, vor deren Klängen die russischen Zaren ihr Haupt entblößen. Es ist nur eine Konsequenz dieses Kompliments, daß Kaiser Nikolaus den Tag vor der Ankunft Poincarés gewählt hat, um den Abgeordneten Tschehidse zu begnadigen, der in der Duma die Republik als die ideale Staatsform für Rußland gefeiert hatte. Nehmen wir zu alledem den beispiellosen Sturz der russischen Werte in Paris und das ebenfalls erstaunliche Fallen der französischen Rente, so ergibt sich daraus wohl, daß die aufgebauschte Überlegenheit, mit der man in Rußland einem Konflikt entgegenzusehen sich den Anschein gibt, nicht mehr ist als ein Bluff, durch den Österreich veranlaßt werden soll, von einer Züchtigung Serbiens abzustehen. Der Augenblick für eine Aktion gegen Deutschland und Österreich erscheint in Paris und Petersburg nicht geeignet. Man will sich den auf 1916 oder 1917 angelegten Plan nicht verderben lassen und hofft, dank den russischen

Einschüchterungsmaßregeln zu erreichen, daß Österreich sich mit den unaufrichtigen und halben Zugeständnissen Serbiens zufrieden gibt.

Der „Eclair" faßt sehr charakteristisch und indirekt unsere Auffassung bestätigend, die Lage folgendermaßen zusammen: Man hat ganz richtig bemerkt, daß die Umstände geschickt oder perfid für den „Machtstreich nach deutscher Methode" benutzt worden sind: Rußland hat, durch blutige Ausstände gequält, seine strategischen Bahnen nicht vollendet, und glaubt zudem vor 1917 nicht ganz fertig zu sein. England ist durch den Kampf gegen Irland, den der König vergeblich beizulegen sucht, absorbiert. Wir unserseits haben mit zahlreichen politischen und militärischen Übelständen zu rechnen, die es uns unmöglich machen, einen schnell wirksamen Plan zu fassen. Herr Poincaré ist auf Reisen gegangen trotz der Ereignisse und der Symptome, die ihn beunruhigen müßten. Zu allem Unglück ist er jetzt weder in Frankreich noch in Rußland, um über das „très délicat problème" zu verhandeln, vor dem der Zweibund steht. Herr Viviani, der Minister des Auswärtigen, ist ebenfalls Tourist, und Herr Bienvenu-Martin steht allein und unerfahren (bien innocent) einer so schwierigen Aufgabe gegenüber. Was aber das Land betrifft, so belustigt man es mit dem Skandal und den Überraschungen des Prozesses der Mme Caillaux. Man wird ebenso überrascht sein wie die Männer, welche das Land so sonderbar regieren...." Der Skandal des Prozesses Caillaux, das sogenannte „grüne Dokument", ist eine aufgefangene deutsche Depesche, die nach der „Liberté du Sud Ouest" (für deren Autorität Herr Judet im „Eclair" eintritt) den folgenden Wortlaut hatte: „Ne discutez pas avec de Selves ni avec Cambon. Caillaux nous donnera mieux." Diese Depesche sei von Herrn v. Lanken, unserm damaligen Botschaftsrat in Paris, an Herrn von Kiderlen gerichtet worden, aber von den Franzosen, die unsre Chiffre besaßen, aufgefangen worden! Von Fallières darüber zur Rede gestellt, habe Herr Caillaux der deutschen Botschaft mitgeteilt, daß ihre Chiffre bekannt sei, und schon am folgenden Tage sei dann eine neue Chiffre gebraucht worden. Während des Prozesses konnte dann der Verteidiger Mme Caillaux', Labori, eine Erklärung Poincarés vorlegen, derzufolge jenes „grüne Dokument" überhaupt nie existiert habe, was natürlich niemand glauben will, obgleich es aller Wahrscheinlichkeit nach richtig ist. Es steht damit wie mit dem berühmten „petit bleu" des Dreyfusprozesses, und wir sind keineswegs überzeugt, daß das „document vert" kurzlebiger sein wird als das „petit bleu".

Wir schließen diese russisch-französischen Betrachtungen mit einigen kurzen Notizen. Gleich nach der Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand hat die französische Regierung eine besondere Mission nach Serbien geschickt, um die Schlachtfelder in Neu-Serbien zu studieren. Sie wird vom Obersten Rougier und dem Major Holtzapfel geführt und hat jetzt bereits von Saloniki aus das heutige Neu-Serbien erreicht, wahrscheinlich, um auch die künftigen Schlachtfelder zu studieren. Der russische „Invalid", Organ des Kriegsministeriums, schreibt: „Rußland und Frankreich werden, wenn die Stunde der Prüfung kommt, neue Lorbeeren ernten. Wenn unsre französischen Kameraden heimgekehrt sein werden, sollen sie diese unauslöschliche, durch die Leistungen der russischen Armee begründete Hoffnung recht laut zum Ausdruck bringen." Endlich notieren wir aus dem „Petit Parisien" folgende Petersburger Korrespondenz: „Ich erfahre aus guter Quelle, daß die Affäre Rasputin nahe daran war, einen bedenklichen Einfluß auf den Empfang Poincarés auszuüben. Alles ist ja gut verlaufen, und das ist die Hauptsache, aber es fehlte wenig daran, daß es anders verlaufen wäre infolge von Unhelligkeiten, die zwischen hohen Persönlichkeiten entstanden, auf deren völlige Eintracht es gerade ankam. Sie haben gewiß keine Vorstellung, welchen Eindruck in Rußland das Attentat auf Rasputin gemacht hat. Dieser Mönch-Hexenmeister, eine Art Zuave Jacob, übte in allen Klassen der Gesellschaft einen so großen Einfluß aus, oder rief bei seinen Gegnern einen so heftigen Haß hervor, daß alles, was ihn betrifft, eingehend besprochen wird. Gewisse Familien, und nicht die geringsten, sind durch die Affäre Rasputin entzweit, wie es bei uns in den Tagen der „Affäre Dreyfus" geschah." Eine im wesentlichen zutreffende Schilderung des Mannes bringt der „Economist" vom 25. Juli.

Die Homerulefrage nimmt in England doch eine ernstere Wendung, als wir uns berechtigt glaubten anzunehmen. Nachdem die Verhandlungen des Ministeriums mit der Opposition gescheitert waren, entschloß sich Mr. Asquith, den König zu veranlassen, eine Konferenz nach Buckingham-Palace zu berufen, zu der Vertreter der interessierten Parteien, Engländer wie Iren, befohlen wurden, nicht aber die Vertreter der Arbeiterpartei, weil man wußte, daß sie der Aufforderung nicht Folge leisten würden. Die Verhandlungen sollten vertraulich sein und nicht an die Öffentlichkeit gebracht werden. Aber die „Times" konnte der Versuchung nicht widerstehen, die sensationelle Nachricht

zu bringen, so daß dem Primeminister nichts übrig blieb, als dem Unterhause Mitteilung zu machen. Die Sitzungen fanden am 21., 22., 23. und 24. Juli unter Vorsitz des Speaker J. W. Lawther statt, und führten zu einem völligen Mißerfolg. Die Konferenz zeigte sich unfähig, im Prinzip oder in Detailfragen eine Einigung zu finden, und ging unverrichteter Sache auseinander. Die Folge ist eine Bloßstellung des Königs und eine außerordentliche Zuspitzung der Gesamtlage. Sir Edward Carson will die bereits angekündigte provisorische Regierung in Ulster jetzt tatsächlich für wenigstens sechs Grafschaften ins Leben rufen. Die Führer der Unionisten verlangen, daß auf jede Vereinbarung, der sie zustimmen, eine Generalwahl folgen solle. Die irischen Nationalisten sind Gegner der Ausschließung Ulsters von der Homerulebill und verlangen mindestens eine Abstimmung in den einzelnen Grafschaften; endlich weigern sich die Liberalen als Partei die Nationalisten im Stiche zu lassen oder die in die Parlamentsakte aufgenommenen Rechte Irlands aufzuheben. Mit diesen Entschlüssen ging man in die Königskonferenz und die gleichen Gegensätze blieben nach dem Scheitern der Konferenz bestehen.

Der „Economist" meint, in dieser Lage könne Mr. Asquith nur unter zwei Voraussetzungen seinen Posten aufgeben: er könne vom Könige entlassen werden, oder, wenn es zu Unordnungen in Ulster komme und die Armee sich weigere einzugreifen, könne er zurücktreten und durch Neuwahlen an das Volk appellieren. Nun ist es allerdings zu schlimmen Unordnungen in Irland gekommen, aber nicht durch die Carsonisten, sondern durch die irischen Nationalisten. Die Polizei wollte ihnen einen Waffentransport konfiszieren, der eben eingetroffen war, sie wehrten sich, und darüber ist es zu Blutvergießen gekommen. Die Folgen sind abzuwarten.

Am 21. Juli ist Ahmed, der Sohn Mohammed Ali Schahs, als dritter konstitutioneller Schah Persiens in Teheran gekrönt worden. Der erste war Muzaffer Eddin, der 1906 unter englischem Einfluß die Verfassung ins Leben rief. Er starb wenige Monate danach und ihm folgte Mohammed Ali, der am 15. Juli 1909 abgesetzt wurde und dessen Versuche, mit russischer Hilfe den Thron zurückzugewinnen, kläglich scheiterten. Der junge Schah Ahmed ist jetzt 16 Jahre alt und zum konstitutionellen Monarchen in einer Zeit erzogen worden, die ihm gezeigt haben muß, daß Persien für diese Staatsform noch nicht reif ist.

Solange die Verfassung besteht, hat sie nur Unheil und Fremdherrschaft ins Land gebracht. Der Orient braucht ein autoritatives Regiment und scheint nur unter ihm gedeihen zu können. Zunächst spricht noch nichts dafür, daß dieser Jüngling den ungeheuren Schwierigkeiten gewachsen sein wird, die das innere Leben des Landes und seine politische Selbständigkeit bedrohen.

Daß Huerta Mexiko verlassen hat, bedeutet für den Augenblick eine Schwierigkeit weniger. Föderalisten und Carranzisten sind genötigt, wenigstens zeitweilig Hand in Hand zu gehen, um mit gemeinsamen Kräften die von den Zapatisten drohende Gefahr abzuwehren. Auch ist die Verbindung zwischen Veracruz und Mexiko wieder hergestellt. Von einer endgültigen Lösung der ungeheuren Schwierigkeiten, welche die Politik des Präsidenten Wilson über Mexiko verhängt hat, und von einer Herstellung wirklichen Friedens wird aber offenbar noch lange keine Rede sein können.

In den Vereinigten Staaten beginnt bereits die Agitation für die nächste Präsidentenwahl, und es kann als sicher angesehen werden, daß Roosevelt einer der Kandidaten sein wird.

31. Juli. Mobilmachung Rußlands und Österreichs. Kriegszustand in Deutschland erklärt. Deutsches Ultimatum an Rußland.
1. August. Deutsche und französische Mobilmachung. Beginn russischer Feindseligkeiten. Deutsche Kriegserklärung an Rußland.
2. August. Beschießung der Festungswerke Libaus. Frankreich eröffnet die Feindseligkeiten. Deutscher Einmarsch in Luxemburg und Alexandrowo.
3. August. Kriegserklärung an Frankreich.
4. August. Kriegserklärung Englands an Deutschland. Deutscher Einmarsch in Belgien.
5. August. Österreich-Ungarns Kriegserklärung an Rußland. Montenegro erklärt Österreich-Ungarn den Krieg.

---

5. August 1914.

Als in einem am 15. und 16. September 1879 in Gastein verfaßten Briefe Fürst Bismarck unserm ehrwürdigen ersten Kaiser die politischen Erwägungen darlegte, die für Abschluß eines Bündnisses mit Österreich-Ungarn sprächen, formulierte er diese Erwägungen folgendermaßen: „Das Deutsche Reich dürfe es nie darauf ankommen lassen, auf dem europäischen Kontinent zwischen Rußland und Frankreich neben einem niedergeworfenen und von Deutschland im Stich gelassenen Österreich-Ungarn isoliert zurückzubleiben." Er sah mit der Intuition des Genius die Zeit kommen, da nicht nur Neid und Haß, sondern auch die Überzeugung der Russen, daß, wenn sie Deutschland besiegten, ihnen die Herrschaft über Osteuropa und über den Orient zufallen müsse, einen deutsch-russischen Krieg herbeiführen werde. Der Freundschaft Kaiser Alexanders II. legte er keine andre Bedeutung bei, als daß Rußland einstweilen mit Deutschland befreundet bleiben wolle, bis es Frankreich gewonnen oder Österreich-Ungarn uns entfremdet habe.

Ganz ähnlich waren die Erwägungen, die Graf Andrassy und Kaiser Franz Josef dem Bündnis mit Deutschland zuführten, und auf dieser Grundlage hat danach der deutsch-österreichisch-ungarische Verband durch 35 lange Jahre Mitteleuropa den Frieden erhalten, trotz aller Revanchegelüste Frankreichs und trotz des „Neides und Hasses", mit dem uns und unsern Bundesgenossen das offizielle Rußland und die russische „Intelligenz" verfolgte. Das deutsch-österreichische Bündnis gestaltete sich durch den Beitritt Italiens zum Dreibunde, der harte

Despotismus Alexanders III. verbündete sich — wie Bismarck vorhergesehen hatte — dem revolutionären Frankreich und wuchs zu jener Tripelentente zusammen, deren drittes Glied in anfangs lockerem Anschluß England wurde. Damit schienen die Elemente sich zusammengefunden zu haben, welche teils Mißtrauen, teils Haß gegen die Kombination von 1879 und 1882 einigte. Es ist wahrhaft bewunderungswürdig, wie unser Kaiser es trotz alledem verstanden hat, uns durch die 26 Jahre seines Regiments den Frieden zu sichern und Deutschland zu dem zu machen, was es heute ist. Wenn freundschaftliches Entgegenkommen, zarte Rücksichtnahme, Rückendeckung in Tagen der Gefahr Mißtrauen beseitigen und Haß zum Verstummen bringen könnten, hätte von seinem Regiment eine Periode friedlichen Nebeneinanders und ungestörter Kulturarbeit in aller Welt, soweit der deutsche Einfluß reichte, datieren müssen. Mit ruhigem Gewissen vor Gott und Menschen kann Kaiser Wilhelm heute sagen, daß es nicht an ihm und nicht am deutschen Volke gelegen hat, wenn andre Früchte am Lebensbaume Europas reifen mußten.

Oft genug lag die Versuchung nahe, die Schwäche oder die Nöte von Nachbarn, für deren Feindseligkeit handgreifliche Beweise vorlagen, zu benutzen und durch einen Präventivkrieg wahrscheinliche Gefahren der Zukunft abzuwehren. Als England während des Burenkrieges die schwerste Krisis durchlebte, die ihm seit den napoleonischen Kriegen die Lebensadern zu durchschneiden drohte, hat Deutschland die russische Aufforderung, nunmehr über den Rivalen herzufallen, von sich gewiesen; als Rußland nahe daran war, sich am japanischen Kriege und an der Revolution im Innern des Reichs zu verbluten und Frankreich aus Furcht vor England den russischen Bundesgenossen im Stich ließ, da hat Kaiser Wilhelm nicht daran gedacht, daß Alexander III. vor noch nicht sechs Jahren durch Aufstellung seiner Armeen an unsren Grenzen und durch die Ermutigungen, die er Frankreich zugehen ließ, uns hart an den Rand eines Krieges mit zwei Fronten führte, sondern seinem Sohn den Rücken gedeckt und ihm so die Möglichkeit geboten, beides, Krieg und Revolution, leidlich zu überwinden. In unsren Archiven müssen die Briefe zu finden sein, in welchen Kaiser Nikolaus II. ihm dafür in den herzlichsten Ausdrücken seinen Dank gesagt hat. Als die Marokkokrisis des Jahres 1905 infolge der anmaßenden Politik Delcassés ausbrach, ist, wie uns sehr wohl bekannt war, Frankreich völlig ungerüstet

gewesen und war in ganz Europa keine Macht zu finden, die uns hätte in den Arm fallen können, wenn wir uns die Satisfaktion in Paris hätten holen wollen; auch hat es viele gegeben, die bedauerten, daß dies nicht der Ausgang war. Aber Kaiser Wilhelm wollte nicht; das Maß war noch nicht voll, und er bequemte sich zu der Konferenz von Algeciras, die einen leidlichen Ausweg bot, und sicherte damit uns und der Welt neun weitere Friedensjahre. Aber es waren unruhige Jahre, und in Voraussicht kommender Stürme ging neben der Arbeit, welche unsre produktiven Kräfte zu unerhörtem Aufschwung im Innern führte, der Ausbau unsrer Wehrkraft zu Wasser und zu Lande. Es ist nichts versäumt worden, was notwendig war, und wenn wir heute in voller Aufrüstung stehen, ist es ihm, unserm Kaiser, und seiner weisen Festigkeit zu danken.

Aber gerade daran entzündete sich der Haß und das Mißtrauen der Gegner. Seit 1908 trat aufs neue eine intolerante panslawistische Richtung auf, die durch eine gleich intolerante, auf „Bekehrungen" ausgehende, religiöse Richtung verstärkt wurde. Man erhitzte sich an slawischen Zukunftsproblemen, die ihren Ursprung russischer Agitation auf dem Boden Österreichs und der Balkanhalbinsel dankten. Die „Nowoje Wremja" vertröstete ihre Leser auf den, wie sie meinte, bald bevorstehenden Tod Kaiser Franz Josefs und König Karols von Rumänien und gab ein gefährliches Schlagwort aus, das blutige Frucht tragen sollte, indem sie den Zusammenbruch Österreichs für die Tage ankündigte, da Erzherzog Franz Ferdinand einmal die Zügel der Regierung ergreifen sollte („Nowoje Wremja" vom 20. Januar 1908). Sofort folgte der Widerhall aus Frankreich: In Rußland nehme die auswärtige Politik alles Interesse in Anspruch, es rieche nach Pulver, schreiben die „Débats", und Rußland werde seine Rolle in Europa bald wieder aufnehmen. Die Zusammenkunft König Eduards VII. mit dem Zaren auf der Reede von Reval am 9. Juni 1908 wurde allgemein als ein höchst beunruhigendes Symptom kommender Stürme betrachtet, so daß bei einer Debatte über die deutsch-englischen Beziehungen im Unterhause das Wort fiel: Die Auslandsreisen des Königs hätten, wenn nicht ein Schwert, so doch jedenfalls Hader in die europäische Politik eingeführt. Von da ab bis heute hat eine latente Kriegsgefahr über Europa geschwebt. In Rußland hetzte die panslawistische Presse, in England die gelbe Presse, Organe der Lord Northcliffe,

Mr. Arthur Pearson und Marse; in Frankreich „Temps", „Débats" und die Zeitungen, die unter dem Einfluß und im Solde des russischen Botschafters Iswolski standen. Dazu kamen die Heißsporne der englischen Flottenpolitik, denen die Existenz einer kampffähigen deutschen Flotte überhaupt als eine unerträgliche Anomalie erschien und die an der historischen Tradition festhielten, daß, da die spanische, holländische, französische und russische Flotte von England vernichtet worden seien, auch die deutsche dem gleichen Schicksal verfallen müsse. Die Höhepunkte dieser politischen Exaltation, die sich mit der Halluzination verbanden, die überall deutsche Luftschiffe sah und jeden Tag eine Landung deutscher Armeen auf englischem Boden erwartete, fiel in die Jahre 1911 und 1912.

In einem „open letter on foreign Policy 1904—1911" wurde vom Standpunkte zweier liberaler Politiker der Standpunkt Englands sehr treffend folgendermaßen kritisch beleuchtet: „Offenbar ist unsre Politik zu einem allgemeinen System diplomatischer Unterstützung Frankreichs und diplomatischer Gegnerschaft gegen Deutschland so weit geführt worden, daß selbst britische Interessen deshalb geopfert werden. In derselben Weise haben unsre Beziehungen zu Rußland, wie es scheint, dahin geführt, daß das Abkommen mit Rußland vom August 1907 ein Werkzeug geworden ist, das den Russen die Absorbierung Persiens gestattet...." Dabei konnte der kühle Beobachter sich der Tatsache nicht verschließen, daß trotz aller englischen Liebenswürdigkeiten gelegentlich die unbestreitbare Wahrheit an den Tag trat, daß die Engländer in Rußland noch vom Krimkriege her im Volksbewußtsein als die eigentlichen Feinde betrachtet wurden und daß die russische Intelligenz sie aus andern Gründen noch heute herzlich haßt. Noch im Dezember 1912 schrieb der „Golos Moskwy": „Unser Hauptfeind und zugleich der Feind der gesamten Welt ist England, das nicht nur Rußland, sondern ganz Europa in einer Art Konzentrationslager gefangen hält, wie einst die Buren in Südafrika." Der Verfasser dieses bitterbösen Artikels aber ist aller Wahrscheinlichkeit nach Herr Gutschkow, das Haupt der damals größten und einflußreichsten russischen Partei in der Duma, der Oktobristen.

Trotzdem ist England im vorigen und in diesem Jahre den Franzosen und Russen erklecklich näher gekommen, wie beide, Paris und Petersburg, behaupten, und wie Lord Esher im September 1913 bestätigt

hat, als er wörtlich sagte: „Die maritime und die militärische Lage der englischen Inseln lassen keinen Zweifel darüber, daß England Frankreich und eventuell Rußland gegenüber Verpflichtungen übernommen hat, an deren militärischem Charakter nicht gezweifelt werden kann." Erst in den letzten Tagen sind Stimmen laut geworden, die sich gegen die damit verbundenen Wahrscheinlichkeiten wenden.

Francis W. Hirst, der rühmlichst bekannte Herausgeber des „Economist", schreibt am 29. Juli im „Daily Chronicle" zur Lage:

„Ich notiere, daß die gelbe Presse nach Krieg schreit (is screaming for war). Sie sagt, daß, wenn Frankreich und Rußland mobilisieren, wir auch mobilisieren müssen. Wenn sie kämpfen, müßten wir auch kämpfen. Das Parlament hat aber die feierliche Erklärung erhalten, daß wir durch keinerlei militärische oder maritime Verpflichtungen weder an Rußland noch an Frankreich gebunden sind. Kein britisches Interesse ist in Frage gestellt, und es fällt sogar schwer, festzustellen, wohin unsre individuellen Sympathien gehen."

„Wenn die Afghanen ein größeres Afghanistan auf Kosten Indiens angestrebt und Prinz und Prinzessin von Wales in den Straßen von Peshawar ermordet hätten, erscheint es mir nicht unwahrscheinlich, daß der mündige Teil des englischen Volkes einen Feldzug nach Kandahar verlangt hätte. Und ich bin ganz sicher, daß Österreich nicht dagegen Protest erhoben hätte. So frage ich denn, was will Mr. Churchill tun? Welchen denkbaren Grund kann es für die Mobilisierung unsrer Flotte geben? Ist es etwa ein Ausbruch chauvinistischer Sucht, sich in Angelegenheiten andrer einzumengen?"

„Ich schreibe Ihnen (dem Herausgeber des „Daily Chronicle"), um zu sagen, daß unsre erste Pflicht in dieser furchtbaren Krisis ist, strikte Neutralität einzuhalten. Dies sind nicht unsre Händel; und der Umstand, daß Rußland, Deutschland, Frankreich oder irgendein andrer Staat in den Streit hineingezogen wird, gibt der britischen Regierung noch kein Recht, britisches Blut zu vergießen oder britisches Geld in einem Kriege zu verschwenden, dessen einziger Gewinn die Zerstörung der Zivilisation Westeuropas wäre. Wenn vier Millionen Russen und Serben gegen vier Millionen Deutsche und Österreicher kämpfen, sollte das genug sein. Wenn die Kriegsfurie 1 500 000 Franzosen gegen ebensoviel Italiener hetzt, so sind das drei Millionen Gründe mehr, weshalb England Frieden halten sollte."

„Man freut sich, in der City zu hören — und ich glaube, so denken alle Geschäftsleute im Lande —, daß die eine Ansicht vorherrscht: „Das geht uns nichts an," das ist der allgemeine Ruf. Das größte Interesse Englands ist Frieden. Die Tollheit und Gottlosigkeit, für Rußland gegen Deutschland zu kämpfen, ist nicht geringer als die Tollheit und Gottlosigkeit, für Deutschland gegen Frankreich in den Krieg zu ziehen. In jedem Falle würden wir leiden. Die entsetzlichen Verluste eines solchen Krieges — der an Vermögen allein 10 Mill. Lstr. täglich kosten kann — werden sich auf die ganze Welt erstrecken und London schwer genug treffen, das den empfindlichen Bau des internationalen Kredits schützt."

Seit diese hoffnungsreiche Betrachtung geschrieben ward, haben Rußland und Frankreich den Schluß gezogen, der sich aus ihrer Hoffnung auf englische Unterstützung ergab. Sie haben beide die Tatsache, daß Österreich die Ermordung seines künftigen Kaisers nicht ungestraft lassen wollte, und daß Deutschland nicht bereit war, dem Bundesgenossen in den Arm zu fallen, zum Vorwand genommen, um mit verräterischem Überfall in die deutschen Grenzen zu dringen. Rußland ist dabei vor ehrlosem Wortbruch nicht zurückgeschreckt, und Frankreich hat gewissenlos die völkerrechtlichen Verpflichtungen verletzt, zu deren Fassung es selbst beigetragen hat. Trotzdem erklärt die „Times", daß England unter allen Umständen zu Frankreich und Rußland stehen werde. Wir werden, falls die „Times" recht behält, auch das zu tragen wissen. Was aber Rußland betrifft, so haben wir ihm eines zu sagen: Preußen hat den Russen zweimal ihren polnischen Besitz gerettet, 1831 und 1863. Zum dritten Male wird es ganz bestimmt nicht geschehen.

Nun ist das Weißbuch veröffentlicht worden, das uns einen Einblick in das Netz der Intrigen gibt, mit dem man uns zu fangen bemüht war. Wie Spinngewebe ist es zerrissen worden durch die siegreiche Sprache der Wahrheit, die aller Welt zeigt, daß es eine gerechte Sache ist, für die Kaiser und Reich sich einsetzen mit Gut und Blut. Und mit Stolz und Zuversicht blicken wir hinauf zu unserm Herrn und Kaiser, der, ein Vater seines Volkes, alles daran gesetzt hat, uns und der Welt den Frieden zu wahren und zu verteidigen. Wenn heute das deutsche Volk einmütig wie in den größten Tagen unsrer ruhmreichen Geschichte dasteht, so haben wir es ihm zu danken, der die Arbeit seiner segens-

reichen Regierung darauf richtete, die Gegensätze zu versöhnen, die aus schlecht verstandenen Klasseninteressen entsprangen, der durch eine soziale Gesetzgebung, die in der weiten Welt ihresgleichen nicht hat, seine Fürsorge auf alle erstreckte, die das Glück haben Bürger des Deutschen Reiches zu sein. Alles, was den deutschen Namen führt, vom Fürsten bis zum geringsten Arbeiter, steht heute einmütig zusammen und weiß, daß es keine Sonderinteressen gibt, wo es gilt, Ehre und Sicherheit des Reiches zu behaupten. Sie alle wissen, daß es einen schweren Kampf zu bestehen gilt und daß auf den Schlachtfeldern, denen unsre wundervollen Truppen entgegeneilen, mit Gottes Hilfe die Zukunft aller Deutschen siegreich gesichert werden soll.

Unsre Feinde haben mit Lug und Trug unter dem Bruch persönlicher und militärischer Ehre uns den Krieg aufgezwungen. Vom Zaren, der die warmen Freundschaftsworte unsres Kaisers mit lügnerischen Versicherungen beantwortete, bis zum Kriegsminister und Minister des Auswärtigen haben sie unter Berufung auf ihre Ehre falsches Zeugnis gegeben und das alte Erfahrungswort bestätigt, daß die russischen Slawen alle und immer lügen. Die Lage ist genau wie 1756, als Friedrich der Große von jener Koalition umgarnt wurde, die sich das Ziel setzte, dem Hort des sich aufbauenden Deutschen Reiches, Preußen, für immer die Schwingen zu zerbrechen. Die Kaiserin von Rußland, Elisabeth, hat der von ihr am 14./25. März 1756 konstituierten „Konferenz beim kaiserlichen Hof" das Programm formuliert, auf dessen Durchführung ihre Politik gerichtet sein sollte: „daß nicht zu dulden sei, daß der König von Preußen neuen Ruhm erwerbe, daß vielmehr seine Kräfte auf ein geringes Maß reduziert und er mit einem Wort zu einem ungefährlichen Nachbar Rußlands gemacht werden müsse". Das war das Ziel, und man hoffte zuversichtlich, es zu erreichen. Aber der große Friedrich ist trotz allem der Herr der Lage und der Retter der deutschen Zukunft geworden. In fester Zuversicht glauben und hoffen wir, daß, wie er, auch Kaiser Wilhelm tun wird, und daß die Tage anbrechen, da das deutsche Volk, das bisher in seinem Kaiser den großen Friedensfürsten verehrte, dem Sieger zujubeln wird, der die Adler Friedrichs des Großen und die Fahnen Alldeutschlands, die 1813 und 1870 mit ins Feld zogen, durch neuen Ruhm einem auf lange Jahre gefestigten Frieden entgegenführt.

6. August. Kriegserklärung Serbiens an Deutschland. „Goeben" und „Breslau" vor Messina.
7. August. Eroberung Lüttichs.
8. August. Minenkrieg an der Themsemündung. „Königin Luise" und „Amphion".
9. August. Gefecht bei Biala. Die Russen zerstören ihren Kriegshafen Hangoe.
10. August. Niederlage des 7. französischen Korps bei Mühlhausen.
11. August. Lagarde.
12. August. Kriegserklärung Montenegros an Deutschland.

---

12. August 1914.

Nach der ungeheuren Spannung der sich mit beispielloser Schnelligkeit vorbereitenden politischen Krisis wurde der Ausbruch des diplomatischen Gewitters, das gegen den Frieden für den uns aufgezwungenen Krieg entschied, fast wie eine Erlösung empfunden. Jedermann in Deutschland wußte nun, daß er für Deutschlands Ehre, für Kaiser und Reich mit seinem Leben und mit Hab und Gut einzutreten habe, und keine Klage ist laut geworden, als es galt, die Opfer wirklich zu bringen, welche die ungeheuere Gefahr verlangte, die dieser Krieg nach drei Fronten unzweifelhaft bedeutet. Man bereitete sich vor, dieser Gefahr die Stirn zu bieten, und wer mit uns die Tage der Mobilisierung miterlebt hat, wird sie nimmermehr vergessen. Hier, bei uns in Berlin, war der Mittelpunkt. Der Kaiser und die Kaiserin siedeln in das alte Hohenzollernschloß über, und schon an diesem Tage wissen wir, daß sie alle ihre Söhne ins Feld schicken, den Kronprinzen und seine fünf Brüder, jeden von ihnen in die Stellung, die ihm die Rangliste wie jedem andern Offizier zuschreibt. Und wie sie haben alle deutschen Fürsten gehandelt. Sie ziehen entweder selbst ins Feld oder schicken ihre Söhne, und herzerquickend ist ihr Bekenntnis zur gemeinsamen Sache des Vaterlandes.

Mit Bewunderung hört man von denen, die es sehen und wissen, von der heroischen Haltung der Kaiserlichen Mutter. Sie hat sich zur Gehilfin in den Werken der Nächstenliebe ihre Tochter, „unsre Prinzessin", wie die Berliner mit Stolz sagten, nunmehr Herzogin zu Braunschweig, an die Seite gerufen, die wie Millionen andrer Frauen den heißgeliebten Gatten ins Feld ziehen sah. Und ein gleiches Muster

patriotischer Frauenpflicht zeigt uns Kronprinzessin Cecilie, auch sie ein Liebling unsres Volkes. Wahrlich, wer nach einem Vorbild in dieser Zeit ausschauen will, der richte seinen Blick auf unser Kaiserhaus.

Und mit gleicher Bewunderung blicken wir hinauf zu der Haltung unserer Arbeiter in Stadt und Land. Auch dort werden dieselben Opfer freudig und ohne Schwanken gebracht. Wir sind heute in der Tat ein „Volk in Waffen", ein „einig Volk von Brüdern", und vielleicht das Größte in diesen Tagen der Vorbereitung ist das Vertrauen, mit dem jedermann zu denen hinaufschaut, denen die Verantwortung dafür zufällt, daß alles recht und zur rechten Zeit geschieht. Generalstab und Kriegsministerium in ihrer stillen und ruhigen Arbeit haben, das weiß jedermann, nichts versäumt, und alles, was menschliche Voraussicht erkennen kann, ist geschehen. Unsre Marine wetteifert mit dem Heere in Kraft der Initiative und kaltblütiger, todesmutiger Kühnheit. Die heroische Selbstaufopferung der „Königin Luise", die, seit 1667 Ruyter die Themse hinauffuhr, zum ersten Male wieder eine fremde Kriegsflagge in diese Gewässer führte, und die Erstürmung von Lüttich waren der Vortanz von Flotte und Armee, bevor noch hier wie dort der volle Ernst des Kriegsspiels begonnen hatte. Diese Tatsachen, dazu die mannhafte Abweisung der russischen Invasionstruppen durch unsre braven Landwehrmänner in Ostpreußen und Posen, haben nicht nur eine ungeheure Bedeutung für uns als eine Rechtfertigung des Vertrauens, das wir unsern Führern entgegenbringen, der moralische Effekt nach außen in die Reihen unsrer Feinde hinein und auf die schwankenden oder neutralen Mächte kann von größter Tragweite werden.

Werfen wir unsern Blick zunächst in die Reihen unsrer Feinde hinein. Keiner von ihnen hat ein Oberhaupt, das die Last der Verantwortung für diesen Krieg selbst trägt. Der Zar ist allezeit der Spielball derjenigen gewesen, die ihm ihren Willen einzugeben verstanden, und vielleicht ist nichts für die Beurteilung russischer Verhältnisse charakteristischer, als der in Petersburg weit verbreitete Glaube, daß, wenn der schmutzige Wundermann Rasputin am Platze gewesen wäre, Kaiser Nikolaus jene Mobilmachung nicht angeordnet hätte, die wir mit unsrer Kriegserklärung beantworten mußten. Solche Zauberer und Wundermänner aber haben von Anbeginn an den Geist des Zaren beherrscht. Erst war es jener Philipps, dessen spiritistisches Gaukelwerk als Orakel galt, danach der „Vater" Ivan von Kronstadt, nach ihm der jetzt in

Ungnade gefallene Iliodor und zuletzt der jetzt an seinen Wunden darniederliegende Rasputin, der 1913, wie mit voller Autorität behauptet wird, den Ausbruch eines Krieges gegen Deutschland und Österreich durch sein Veto verhindert haben soll. Wir verkennen nicht, daß die Richtung der russischen Politik seit 1894, dem Todesjahre Alexanders III., unter dem Druck einer Tradition steht. Nikolaus II. wollte die Wege des Vaters gehen, der unter dem Einfluß seiner Lehrer Katkow und Pobedonoszew sich den slawophilen Idealen angeschlossen hatte, die Russifizierung seiner Untertanen andrer Nationalität sich zur Aufgabe stellte, die beschworenen Sonderrechte seiner deutschen und finnländischen Untertanen durchbrach, die Kleinrussen und Polen bedrängte, den Weg zum Kriege mit Japan vorbereitete und endlich durch die Allianz mit Frankreich und durch die Aufstellung seiner Armeen an den Grenzen Deutschlands gleichsam im Entwurf sein politisches Zukunftsideal zeigte. Als Bismarck 1888 in Anlaß jener Konzentration russischer Truppen an unsern Grenzen gefragt wurde, aber was machen wir, wenn die Russen uns angreifen, soll er geantwortet haben: Nun, dann nehmen wir ihnen Petersburg. Die Lust zum Angriff schwand bekanntlich nach der Veröffentlichung des deutsch-österreichischen Bündnisvertrages und Nikolaus II. wandte sich nach dem Tode des Vaters der Durchführung von dessen innerpolitischem Programm und ostasiatischen Plänen zu. Die Machtstellung Finnlands wurde nun tatsächlich vernichtet, die Russifizierung der Ostseeprovinzen vollendet, soweit das überhaupt möglich war, und, um nach Ostasien vorrücken zu können, zeitweilig die Agitation unter den Balkanslawen zum Stehen gebracht. Die Früchte dieser Politik waren die Niederlagen durch Japan, die russische Revolution, die Meuterei der russischen Flotte, soweit eine solche noch im Schwarzen Meere vorhanden war, und die politische Schwenkung, die zur Berufung einer Volksvertretung, der Duma, führte. Die beiden ersten Dumen mußten aufgelöst werden, die dritte arbeitete leidlich, die vierte, die heute tagt, liegt in bitterem Hader mit der Regierung, und die Mißwirtschaft im Innern, die Willkür der Gouverneure und andern Machthaber ist schlimmer als je. Nach außen hin aber machte der Zar unter Aufrechterhaltung äußerlich freundschaftlicher Beziehungen zu Kaiser Wilhelm, dem er eine Zeitlang für Deutschlands Verhalten während des japanischen Krieges und der Revolution aufrichtig dankbar zu sein schien, sich zu der mit ihm verbündeten Revancheluft Frankreichs die

Mißgunst der deutschfeindlichen Partei in England zum Genossen. Wir haben schon vor acht Tagen auf die Revaler Zusammenkunft vom 8. Juli 1908 hingewiesen. Es ist dort das Fundament zu einer zwischen Sir Charles Hardinge, dem Unterstaatssekretär im Foreign Office und stetem Begleiter König Eduards VII. auf seinen politischen Reisen, und Herrn Iswolski vereinbarten Kooperation gegen Deutschland für den Kriegsfall gelegt worden, an der dann die leitenden Staatsmänner beider Mächte durch die Folgezeit bis auf den heutigen Tag festgehalten haben und deren Ergebnisse wir kennen. Erst damals hat man sich in Rußland davon überzeugt, daß das von Sir Edward Grey am 30. August 1907 abgeschlossene Abkommen über Persien von dem englischen Staatssekretär weit mehr in Hinblick auf europäische als auf asiatische Möglichkeiten abgeschlossen worden ist. Es ist charakteristisch, daß von dem Tage von Reval die steigende Hetzpolitik der „Nowoje Wremja" datiert, deren politischer Leiter, Herr Pilenko, mehr als sonst jemand getan hat, um in allen Kreisen des nicht analphabeten Rußland den Haß gegen Deutschland und die Deutschen und die Notwendigkeit eines Krieges gegen Deutschland zu predigen. Die Leser unsrer Wochenübersichten werden sich der zahlreich dafür beigebrachten Belege erinnern! Von seiten der russischen Regierung, welche die Macht dazu vollauf in Händen hatte, ist nichts geschehen, um dieses Vergiften der öffentlichen Meinung Rußlands zu verhindern, sie hat es sogar, wenn es ihr paßte, gefördert und diesem schändlichen Blatt das diplomatische Material zu seinen Angriffen geliefert. Herr Menschikow in Petersburg, Herr Waliszewski von Paris aus und Herr Wesselitzki (Argus) aus London waren das Trifolium, das Hrn. Pilenko zur Hand ging, um seine Verleumderpolitik zu stützen, von weitem aber förderte diese Politik Herr Iswolski, der inzwischen Botschafter in Paris geworden war.

Wir sind damit in das Zentrum der französischen Politik gelangt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Organisation des „großen Ministeriums" Poincaré erfolgte, um den lange aufgeschobenen Revanchegedanken mit Hilfe Rußlands und Englands zu verwirklichen. Was es von Rußland verlangte, war, daß die im Mai 1910 aus Polen weiter nach Osten dislozierten russischen Truppen wieder näher an die deutsche Grenze rücken sollten. Man hatte russischerseits die Maßregel damit motiviert, daß man den Polen die reichen Einnahmen nicht lassen wollte, die sie von den dort garnisonierenden Truppen gewannen, entschloß

sich aber, den Wünschen der Franzosen nachzugeben, wenn diese — und das war conditio sine qua non — bereit seien, zur dreijährigen Dienstzeit zurückzukehren. Auf dieser Basis fand die Verständigung statt, und danach ward Herr Poincaré mit russischer Hilfe zum Präsidenten der Republik gewählt. Wir erinnern uns, wie große Hoffnungen auf ihn gesetzt wurden, und daß es ihm zwar gelang, schließlich der Rußland gegenüber eingegangenen Verpflichtung nachzukommen, daß er aber niemals in Frankreich mehr bedeutet hat als seine nichtigen Vorgänger. Der Versuch, ihm größere Befugnisse zuzuweisen, scheiterte kläglich. Seine Ministerien waren Eintagsfliegen, seine Reformpläne blieben Papier, er war ein Präsident, der sich selbst an den schönen Phrasen berauschte, die er für jedes Departement und jede Stadt, die er berührte, einstudierte; für Heer und Flotte bedeutete er nichts, und die Politik Frankreichs unter ihm war weder seine Politik noch die seiner Minister des Auswärtigen, sondern die des Herrn Iswolski und des „Temps" einerseits, und die durch Herrn Jules Cambon vermittelte Politik Sir Edward Greys anderseits. Diese Politik aber hat zur englisch-französischen Militär- und Marinekonvention geführt, deren Früchte wir noch zu erwarten haben, und die ein Gegenstück zu den im Detail noch geheim gebliebenen Verpflichtungen ist, die Sir Edward Grey Rußland gegenüber eingegangen ist. Wir sind überzeugt, daß das französische Volk diese Politik, die den jetzt ausgebrochenen Krieg systematisch vorbereitete und ihn dadurch zu einem unabwendbaren Fatum machte, nicht gewünscht hat. Aber die Folgen hat es zu tragen. Herrn Poincaré und seine Hintermänner trifft die Verantwortung und wird, wenn nicht alles trügt, die Nemesis treffen.

Was aber England betrifft, so sind wir der Überzeugung, daß König Georg — denn was ist ein König in England mehr als ein Figurant — und die ungeheuere Majorität des englisches Volkes keine direkte Schuld an dem Weltkriege trifft, in dem wir stehen. Es sind gerade während der letzten drei Jahre von deutscher wie von englischer Seite große Anstrengungen und viel aufrichtiges Streben darauf gerichtet worden, eine ehrliche Freundschaft an die Stelle des lange genährten Mißtrauens zu setzen, das England von uns trennte. Als Beleg dafür, daß der beste Teil der öffentlichen Meinung Englands einen Krieg mit uns aus dem Wege zu gehen wünschte, mag ein vom 1. August datierter Leitartikel des „Manchester Guardian" dienen. Es ist die letzte englische

Zeitung, die uns zugegangen ist, und er führt die Überschrift: Englands Pflicht.

Diese Pflicht verlange Neutralität Englands, da weder das Interesse Englands hier mitspiele, noch Belgien gegenüber eine Verpflichtung bestehe, noch endlich die Ehre Englands ein Eingreifen verlange. Fast in gleichem Sinne schreibt der „Economist". Aber nicht sie haben gesiegt, sondern Sir Edward Grey und Churchill, die diesen Krieg mit einer Treulosigkeit und Hinterhaltigkeit dem englischen Parlament und uns gegenüber vorbereitet haben, die fast ohne Beispiel wäre, wenn nicht Herr Iswolski als Konkurrent ihnen zur Seite stände. Sir Edward Grey hat dem Parlament nicht nur bewußt die Tragweite der Verpflichtungen vorenthalten, in die er England verstrickt hat, sondern noch im Dezember 1911 und zuletzt noch in diesem Jahr vor dem Parlament erklärt, daß zwischen Frankreich und England keine andern Verpflichtungen bestänben, als die, welche bereits veröffentlicht wären. Er hatte dabei die echt jesuitische reservatio mentalis, daß er ja die Vereinbarungen, die zwischen den beiderseitigen Generalstäben der Marine abgeschlossen waren, nötigenfalls nicht anzuerkennen brauche. Von seinem Abkommen mit Rußland aber hat er überhaupt nicht gesprochen. Er hat ein Talent zum Schweigen, wo es Pflicht war, zu reden, wenn der englische Parlamentarismus mehr bedeuten soll als ein trügerischer Schein, der die Allmacht des einen, in dessen Händen die Entscheidung ruht, und der der König nicht ist, gehorsam anerkennen muß. Da rufen wir ihm mit Carlyle zu: clear your mind of Cant, Sir! Reinigen Sie Ihre Seele vom Heuchelschein, Herr!

Die heutige Lage drängt uns allerlei Erinnerungen auf. Wir denken vor allem daran, wie viel Kaiser Wilhelm getan hat, um die Engländer von der ehrlichen Absicht Deutschlands zu überzeugen, in guter Freundschaft mit dem stammverwandten Volke zu leben, wie er bei den Bestattungsfeierlichkeiten der Königin Viktoria, die ihn aufrichtig liebte, mit England trauerte, wie er, als im Mai 1910 König Eduard starb, wiederum selbst nach England eilte, und wie er und König Georg die Hände ineinander schlossen, als solle es ein Bund für alle Zeiten sein! Das Volk von England aber konnte sich nicht genug tun mit seinem Emperor William, hipp, hipp, hurra!

Aber wir haben auch nicht vergessen, daß einst Lord Palmerston das hochmütige Wort sprach, die Deutschen könnten sich den Luxus

einer Kriegsflotte sparen, „sie könnten den Acker pflügen, mit den Wolken segeln, oder Luftschlösser bauen; aber nie hätten sie den Genius gehabt, das Weltmeer zu durchmessen oder die hohe See oder auch nur schmale Gewässer zu befahren". Der edle Lord war eben in der Geschichte andrer Länder ebenso unwissend wie fast alle seine englischen Zeitgenossen. Heute segelt Deutschland mit den Wolken, und vor den Luftschlössern, die es gebaut hat, haben vor wenigen Jahren die Engländer gezittert.

Wir haben auch nicht vergessen, daß im Februar 1905 der Zivillord der Admiralität Mr. Arthur Lee uns zurief, daß, wenn einmal ein Krieg zwischen England und Deutschland ausbrechen sollte, die britische Flotte ihren ersten Schlag geführt haben werde, bevor wir Zeit finden, in den Zeitungen zu lesen, daß der Krieg erklärt sei. Nun, das heldenmütige Wagnis der „Königin Luise" führt eine andre Sprache, und das Wort dürfte jetzt zur Wahrheit werden, daß die deutsche Flotte einst der Welt eine ähnliche Überraschung bereiten werde, wie die deutsche Armee im Jahre 1866 tat.

Die Engländer sagen von sich: We plough the deep and reap where others sow, für uns gilt dasWort: Wir ernten, was wir selbst gesät haben. Sir Edward Grey und seinen Trabanten aber wird einst die Grabschrift zu setzen sein: „Hier ruhen die Urheber des Krieges von 1914", denn nichts ist sicherer, als daß Rußland und Frankreich es nie gewagt hätten, Deutschland und Österreich-Ungarn herauszufordern, wenn sie der englischen Bundesgenossenschaft nicht sicher gewesen wären.

Der uns soeben zugegangene „Eclair" vom 31. Juli, dessen Text natürlich am 30. Juli geschrieben ist, sagt wörtlich: „England hat mitgeteilt, daß es in dieser Frage (d. h. in dem sich aufbauenden Konflikt zwischen Deutschland und Rußland) bis ans Ende mit Frankreich und Rußland gehen werde. Wir können auf die englische Flotte und sogar auf die zur Verfügung stehenden Landungstruppen Englands rechnen."

Bedarf es noch weiterer Indizien für die Doppelzüngigkeit Sir Edward Greys?

13. August. England und Frankreich erklären Österreich den Krieg.
14. August. Spaniens Neutralitätserklärung. Nikolaus II. verspricht den Polen Autonomie.
15. August. Aufgebot des deutschen Landsturms.
16. August. Abreise des Kaisers ins Feld.
17. August. Deutsche Erfolge bei Stallupönen. Belgien lehnt ein deutsches Friedensangebot ab.
19. August. Französische Niederlagen bei Weiler und Parvez. Ultimatum Japans an Deutschland.

---

19. August 1914.

Allmählich beginnt es sich zu lichten. Hie Freund — hie Feind, und dazwischen die Neutralen, um deren Stellungnahme noch mit den Mitteln der Diplomatie unter dem Zwange der Tatsachen gerungen wird. Denn auf die Dauer wird es niemandem erspart bleiben, in dem Weltkampf, der begonnen hat, Stellung zu nehmen. Deutschland kann sich mit dem, was man eine wohlwollende Neutralität nennt, zufriedengeben, solange sie ehrlich gehandhabt wird, und ist fest entschlossen, sie zu achten. Übelwollende Neutralität aber kann gefährlicher werden als offene Feindschaft, und das wird wohl die Richtschnur unsres Handelns sein. Wir erwarten keineswegs, daß sentimentale Erwägungen über das Für oder Wider die Entscheidung geben. Die Lebensinteressen jedes Teils werden der ausschlaggebende Faktor sein. Aber wie wir mit den Freunden ausharren werden bis ans Ende, wird den Feinden und den falschen Freunden gegenüber das Wort zur Geltung kommen: „à corsaire — corsaire et demi". Der Feind, mit dem wir zu kämpfen haben, ist keineswegs bloß in den Reihen der Armeen und Flotten zu suchen, die gegen uns aufgebracht worden sind. Früher als dieser Feind in Waffen mobil wurde, hat seit langen Jahren schon eine Mobilmachung der französischen, englischen, russischen Presse gegen uns stattgefunden, wie sie im ganzen Verlaufe weltgeschichtlicher Entwicklung niemals vorher ihresgleichen gefunden hat. In Rußland begann sie bereits 1870, sie erlahmte während des russisch-türkischen Krieges von 1877 und 1878, sie wurde nach dem Berliner Kongresse mit frischer Kraft aufgenommen, und erreichte einen zweiten Höhepunkt 1887, einen dritten kurz vor Ausbruch des japanischen Krieges, um während der Jahre 1904 bis

1906, als wir den Russen den Rücken deckten, zu verstummen, und danach zum vierten Male im Zusammenhange mit den Intrigen der russischen Diplomatie im Orient aufgenommen und bis zum heutigen Tage fortgesetzt zu werden. Der Zweck der russischen Preßkampagne, die stets in enger Fühlung mit der russischen Diplomatie erfolgte, war ein doppelter; sie wirkte nach Rußland hinein, um die Stimmung für einen Bruch mit Deutschland und Österreich vorzubereiten, und nach außen, um in Frankreich für den Revanchekrieg, in England für den Seekrieg gegen Deutschland die öffentliche Meinung beider Staaten zu gewinnen. In Frankreich hielt die Preßkampagne sich bis 1904 in erträglichen Formen, infolge des Konflikts, den die Faschodaaffäre brachte, d. h. bis zum Abschluß der englisch-französischen Vereinbarungen, als deren Folge der Streit um Marokko von Herrn Delcassé heraufbeschworen wurde. Seither ist sie ohne Unterbrechung von den führenden französischen Blättern und namentlich von dem in russischen Solde stehenden „Temps" mit allen Mitteln perfider Verleumdung fortgeführt worden.

Parallel ging die Aktion der englischen Presse, auf die an dieser Stelle so häufig hingewiesen worden ist, daß es überflüssig wäre, nochmals ausführlich darauf einzugehen. Aber es muß doch ausdrücklich wiederholt werden, daß die deutschfeindliche Presse Englands in den Händen weniger Personen ruht: Mr. Pearson und Mr. Harmsworth, der heutige Lord Northcliff haben sich in den Besitz einer großen Zahl von Zeitungen gesetzt, so daß es zwei große Zeitungstrusts sind, welche diese Seite der öffentlichen Meinung Englands bestimmen. Auch die „Times" gehört zum Northclifftrust. Nebenher aber gehen die Organe des Marine- und des Kriegsministeriums, deren kombiniertes Organ die „Army and Navy Gazette" ist, deren Pflege eines gegen Deutschland gerichteten unversöhnlichen Hasses in dem dort ausgegebenen Schlagwort „Germaniam esse delendam", seinen klassischen Ausdruck gefunden hat. Diese Organisationen erdrücken die anständige Presse und sind namentlich dadurch gefährlich, daß sie auf Export in die englisch redenden Länder eingerichtet sind, und in ihrer Tendenz durch die zu gleichem Zwecke organisierten englischen Telegraphenagenturen unterstützt werden. Während es uns fast gleichgültig sein kann, wie man in Neuseeland und Australien politisch denkt, gilt dasselbe keineswegs von Kanada und den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Die Haltung Amerikas wird von allergrößter Bedeutung für die Dauer dieses Weltkrieges sein.

Präsident Wilson scheint sich das Ziel gesetzt zu haben, unbedingte Neutralität zu behaupten, und dem Welthandel eine Bahn freizuhalten, die unter amerikanischer Flagge, soweit das Völkerrecht es gestattet, ein Stocken des Geschäftsverkehrs verhindert. Es ist von höchster Wichtigkeit, daß nach dem Weltpostvereinsvertrag Briefposten der Postschiffe als immun gelten, also von Kriegsschiffen, die ihr droit de visite et de recherche, d. h. ihr Untersuchungsrecht ausüben, nicht angehalten und mit Beschlag belegt werden dürfen. Hierüber und über alle andern die Neutralen betreffenden Bestimmungen des geltenden Völkerrechts geben die ausgezeichneten Ausführungen unsres berühmten Völkerrechtslehrers Ferdinand v. Martitz erschöpfende Auskunft. (Die Kultur der Gegenwart. II. 8. Völkerrecht. Kap. VI. Das Recht der Neutralen zur See, und Kap. VII. Der neutrale Seeverkehr im geltenden Recht.) Es läßt sich hoffen, daß der so gesicherte, wenngleich nicht regelmäßige Briefverkehr nach Amerika die lügnerischen Nachrichten, welche die englische Presse verbreitet, lähmen und unschädlich machen wird, zumal wir auf den Einfluß rechnen können, welcher von der für Deutschland eintretenden deutsch-amerikanischen und irisch-amerikanischen Presse ausgeht, der sich — wie wir Grund haben anzunehmen — nunmehr auch die polnisch-amerikanische Presse anschließen wird.

Was nun die europäischen Mächte betrifft, so stellen wir vor allem fest, daß die germanischen Nationen unter ihnen, Holland, Dänemark, Norwegen und Schweden, eine unverkennbar wohlwollende Neutralität uns gegenüber einnehmen. Wir danken es ihnen und werden es ihnen nicht vergessen. In der Schweiz überwiegt gleichfalls eine uns freundliche Stimmung, zu welcher u. a. auch die Tatsache beigetragen hat, daß Kaiser Wilhelm alles getan hat, um der Schweiz die Getreide- und Mehlvorräte, die sie auf deutschem Boden hatte, rechtzeitig zugehen zu lassen. Daß in den Französisch redenden Kantonen die Sympathien nach Frankreich weisen, kann nicht wundernehmen, ist aber im Grunde gleichgültig, da über allen Zweifel feststeht, daß die Schweiz entschlossen ist, ihre Neutralität zu behaupten und nötigenfalls kräftig zu verteidigen. Bei der vortrefflichen Verfassung der schweizerischen Kriegsrüstung und den großartigen Verteidigungsanlagen, die ihre Grenzen schützen, kann man mit Sicherheit darauf rechnen, daß sie ihren Ehrenschild zu verteidigen und in makellosem Glanz zu erhalten verstehen wird.

In Betracht kommen noch Italien und die Balkanstaaten. Was

Italien betrifft, so verkennen wir nicht, daß es sich bei der Ausdehnung seiner Küsten den Flotten Frankreichs und Englands gegenüber in einer schwierigen Lage befindet. Aber Italien hat selbst eine mächtige Flotte und im Verein mit der österreichischen ist sie, in Anbetracht der Tatsache, daß England seine volle Seemacht gegen uns zu wenden entschlossen ist, der französischen Flotte, selbst wenn sie von Malta aus verstärkt wird, entschieden gewachsen. Die italienische Flotte harrt nur des Seehelden, der sie führt, um reichen Ruhm zu gewinnen. Und wie groß könnte der Lohn sein! Savoyen und Nizza, die durch eine betrügerische, von Napoleon, dem Meister der Plebiszite, inszenierte Volksabstimmung den Italienern als Preis für eine schlecht geleistete Unterstützung abgedrungen wurde, wäre der natürliche Lohn treugehaltener Bundesgenossenschaft.

Der jetzt in Rom weilende Botschafter Bollati, ein aufrichtiger Freund Deutschlands, wird das Lügengewebe zerreißen, durch welches die Staatsmänner der Tripelentente Italien von seinen Bundesgenossen zu trennen suchen. Wir wissen nicht, ob es ihm gelingen wird, mehr zu erreichen, und auch das wissen wir nicht, welche Rückwirkung die brutale Ausweisung der italienischen Arbeiter aus Südfrankreich ausüben wird. Vielleicht ist das erreichbare Maximum wohlwollende Neutralität, und daß dies der Neigung der Italiener entspricht, glauben wir aus ihrem Verhalten der „Goeben" und der „Breslau" gegenüber schließen zu dürfen. Wir werden uns auch damit zufrieden geben, aber Italien würde in solchem Falle eine große Gelegenheit versäumt haben, echten Ruhm zu erwerben.

Die Balkanstaaten stehen alle gleichfalls vor einer großen Entscheidung. Serbien und Montenegro haben ja bereits ihre Wahl getroffen. Die Niederlage der Serben an der Drina wird ihnen die erste Frucht jener Politik bringen, die sich in den Dienst moskowitischer Intrigen und moskowitischen Hochmuts gestellt. Sie wird wohl auch ihre Rückwirkung auf Bulgarien nicht verfehlen, das durch den Anschluß an Rußland nur zu verlieren und von einem Übergang zu aktiver Bundesgenossenschaft mit Österreich nur zu gewinnen hat. An Rumänien aber soll bereits die Aufforderung herangetreten sein, den Russen den Durchmarsch durch rumänisches Territorium zu gestatten. Damit stellt sich die Frage der Selbständigkeit des jungen Königreichs in ernsterer Weise als je vorher. Ein Ja würde Vasallität, ein Nein wahrscheinlich

keinerlei Risiko bedeuten, da, wie die Dinge im Osten liegen, auf nichts weniger Aussicht ist, als auf ein Einrücken der Russen in die Balkanhalbinsel. Sehen wir recht, so bereitet sich ein rumänisch-bulgarischer Block vor, der an sich eine höchst respektable Macht darstellt, den anzutasten niemand so leicht wagen wird. In der Türkei sucht England durch Lügen zu wirken. Die famose Nachricht von der Seeschlacht in der Nordsee, in der 22 deutsche und 4 englische Schiffe zugrunde gingen, ist in Therapia vom englischen Generalkonsul in Konstantinopel durch Plakat bekanntgegeben worden. Man schämt sich in die Seele dieser Politiker hinein, die den Anspruch erheben, das zu sein, was man in England einen „gentleman" nennt. Es muß verzweifelt mit England stehen, wenn das seine moralischen Waffen sind. Ich knüpfe hier eine persönliche Erinnerung an. Als ich in den letzten Pfingsttagen in England war, hatte ich Gelegenheit, eine Reihe englischer Staatsmänner kennen zu lernen, darunter von den Mitgliedern des Kabinetts die Lords Morley und Haldane und Mr. Charles Trevelyan. Alle drei waren damals aufrichtige Freunde Deutschlands und namentlich Lord Haldane, mit dem ich unter vier Augen in seinem Hause dinierte, erfreute mich durch sein entschiedenes Eintreten für eine deutsch-englische Allianz als zu erstrebendes Zukunftsziel.

Sie sind alle drei Männer von höchster wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Kultur, und wir rechnen es Lord Morley und Mr. Charles Trevelyan hoch an, daß sie ebenso wie John Burns ihre Stellung im Kabinett niederlegten, um im Parlament gegen die von der Majorität des Kabinetts beschlossene Kriegserklärung an Deutschland stimmen zu können. Lord Haldane hat Mut und Charakterstärke dazu nicht gefunden. Er ist zwar Lord Chancellor geblieben, aber fortan ein Politiker, der endgültig ausgespielt hat. Selbst in der eigenen Partei hört er auf, als Person zu zählen. Er ist einer derer vom Gefolge von Sir Edward Grey und Lord Churchill und rangiert in eine Reihe mit jenem gaukelnden Führer der Iren John Redmond, der schließlich nicht für seine irischen Stammesgenossen, sondern nur für sich persönlich gearbeitet hat.

---

20. August. Deutscher Erfolg bei Tirlemont.
21. August. Sieg des Kronprinzen von Bayern zwischen Metz und Vogesen.
21. August. Sieg des deutschen Kronprinzen nördlich von Metz.
23. August. Sieg des Herzogs Albrecht von Württemberg bei Neuchateau. Niederlagen der englischen Kavallerie bei Maubeuge.
24. August. Russische Offensive in Ostpreußen.
25. August. Eroberung von Namur.
26. August. Niederlage der Russen bei Krasnik. Eroberung Longwys.

---

26. August 1914.

Gewaltig sind die Ereignisse, die sich in den letzten acht Tagen auf den Kriegsschauplätzen in Ost und West abgespielt haben, gewaltig und voll erhabenen Ernstes. Die Schlachten, die unsre Söhne und Brüder schlagen, gehen um den Einsatz des Fortbestandes jenes Deutschen Reiches, das Kaiser Wilhelm I., Bismarck, Moltke und Roon möglich gemacht haben und für dessen Erstehen unter Preußens Führung Alldeutschland sein Herzblut hingab. Was damals gesät wurde, ist heute gereift. Das Deutsche Reich ist die geschlossenste geistige und politische Macht Europas geworden, aber gereift sind auch der Neid und der Haß, mit dem das Aufsteigen dieser neuen Weltmacht begleitet wurde. Über ein Menschenalter dauerte es, ehe diese Feindseligkeit sich zu gemeinsamer Aktion zu organisieren vermochte, seit einem Jahrzehnt aber ging sie ans Werk, und nur die Tatsache, daß die Verschwörer in London, Paris und Petersburg den Kreis der Mitverschworenen immer weiter auszudehnen bemüht waren und ihre kriegerischen Vorbereitungen zu überwältigender Übermacht zu gestalten suchten, erklärt es, daß nicht schon 1909, 1911 oder 1913 der Bruch erfolgte. Auch jetzt war ihnen der Augenblick noch nicht günstig genug. Sie haben gedacht, die Katastrophe bis 1916 bzw. 1917 verschieben zu können. Aber die Ungeduld Rußlands ließ sich nicht mehr zügeln, und es ist richtig, daß im Moment, da der Bruch zwischen Rußland und Österreich und folglich auch zwischen Rußland und Deutschland erfolgt war, Frankreich und England vieles darum gegeben hätten, ihn rückgängig zu machen. Daß es nicht möglich

war, lag an den Verpflichtungen, durch die sie sich gegenseitig aneinander gebunden hatten. Die Tripelentente war eine maskierte Allianz, und zwar, wie inzwischen die Tatsachen bewiesen haben, eine Allianz, welche die Streitkräfte aller drei Mächte zu Wasser und zu Lande zu einer politischen und militärischen Aktionseinheit verknüpfte. Wir können heute die Geheimverträge, welche zu diesem Zwecke abgeschlossen waren oder im Begriff waren, abgeschlossen zu werden, fast lückenlos rekonstruieren. England hat sich verpflichtet, mit seiner Seemacht die französischen Küsten so völlig zu schützen, daß Frankreich seine gesamte Kriegsmarine im Mittelmeer verwenden konnte, den Russen wollte England eine Transportflotte noch in währendem Frieden zur Verfügung stellen, damit Rußland eine Invasionsarmee nach Pommern werfen könne, endlich war England verpflichtet, seine disponiblen Truppen aller Waffengattungen an der Seite Frankreichs gegen Deutschland ins Feld zu stellen. Der russische Truppentransport hat sich nun freilich als undurchführbar erwiesen, aber dafür brachte England als neuen Bundesgenossen gegen Deutschland Japan ins Feld. Auch hierbei müssen lange Verhandlungen vorausgegangen sein, und die Ausdehnung des englisch-japanischen Bündnisses auf den jetzigen Krieg ist ein neuer Trumpf in dem heuchlerischen und treulosen politischen Spiele Sir Edward Greys gewesen. Frankreich war verpflichtet, Rußland pekuniär zu Dienst zu stehen und es diplomatisch bei der großen Intrige zu unterstützen, deren Ziel dahin ging, Rumänien, Bulgarien, Serbien und Montenegro zu einem militärischen Block zusammenzufassen, der bestimmt war, Österreich in den Rücken zu fallen, damit es verhindert werde, im Kriegsfalle an Deutschlands Seite zu treten. Es ist notorisch und wird seinerzeit auch bewiesen werden, mit welchen unsittlichen Mitteln Rußland noch in den letzten Wochen in diesen Staaten gearbeitet hat, um der überall sorgfältig gepflegten russischen Partei teils in den Kreisen der Regierungen, teils in denen der Opposition zum Siege zu verhelfen. Das ist, abgesehen von Serbien und Montenegro, bekanntlich der französisch-russischen Kombination nicht geglückt, aber es muß doch ausdrücklich gesagt werden, daß kurze Zeit vor der Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand sehr beträchtliche Geldmittel von hochstehender Stelle aus Petersburg nach Belgrad gesandt worden sind.

Es ist vielleicht nicht genug beobachtet worden, daß, was heute Wirklichkeit geworden ist, schon vor Jahren in der französischen und in der

japanischen Presse angekündigt worden ist. Im Juni 1907 schrieb Herr Chéradame, der unsern Lesern durch seinen fanatischen Deutschenhaß vielleicht noch in Erinnerung geblieben ist, in seiner Zeitschrift "l'Energie nationale": „Vor einigen Wochen veröffentlichte eine Zeitung in Tokio eine Karikatur: Die ‚Tigerjagd'. Auf einem Elefanten, der die charakteristischen Züge Eduards VII. trägt, sitzen vier Soldaten: eine Russe, ein Franzose, ein Engländer, ein Japaner. Man sieht sie auf einen Tiger zielen, der das Gesicht Kaiser Wilhelms II. trägt. Ist dieses Bild, fährt Herr Chéradame fort, nicht ein Vorzeichen kommender Dinge? Und muß man nicht im Hinblick auf die diplomatische Annäherung von England, Japan, Frankreich und Rußland die Frage aufwerfen, ob das Anwachsen der japanischen Armee nicht den Zweck hat, für den Fall, daß Deutschland in Europa den Krieg erklären sollte (!!), den Japanern die Teilnahme am Kriege in Europa zu gestatten? Diese Hypothese hat nichts Unwahrscheinliches. Die japanische Handelsflotte ist einige hundert Schiffe stark, von denen jedes 1000 Mann transportieren könnte. So könnten in 40 Tagen die Soldaten des Mikado aus Japan kommend in Marseille ausgeschifft werden" usw. Um dieselbe Zeit aber veröffentlichte im „Courier Européen" ein Japaner einen Artikel, in dem es u. a. hieß: „Wenn Deutschland nicht freiwillig im fernen Osten abdankt, wird die deutsche Politik für Japan höchst unbequem, und das kann vielleicht in Zukunft zu einem Kriege führen. Aber Japan wünscht diesen Krieg nicht selbst zu schlagen. Ein europäischer Krieg wäre ihm lieber, und es ist bereit, das trügerische Versprechen einer möglichen Invasion zu machen. Vielleicht bricht dann die Macht Deutschlands unter dem Druck einer Koalition neidischer Mächte zusammen. Deshalb macht Japan sich in diskreter Weise die englischen Interessen zu eigen, und sorgt so unter dem Schein unerschütterlicher Freundschaft für Erfüllung seiner eigenen geheimen Wünsche. Japan liebt weder Großbritannien noch Deutschland. Es benutzt sie, seine Pläne auszuführen. Das ist der Schlüssel des Geheimnisses. Heute antideutsch, wird es vielleicht morgen antienglisch sein." Dies zynische Bekenntnis der Hyäne des fernen Ostens ist gewiß aufrichtig gedacht, und auch wir sind der Meinung, daß England sich durch sein japanisches Bündnis selbst die Zuchtrute für die Zukunft gebunden hat. Was die Schläge nicht tun, welche England sich auf französischem Boden von uns holt und noch holen wird, werden seine japanischen Bundesgenossen ihm im fernen Osten be-

sorgen. Das werden diejenigen, die noch eine Reihe von Jahren vor sich liegen haben, aller Wahrscheinlichkeit nach erleben.

Daß auch die russisch-japanische Freundschaft auf einem Fundament gegenseitiger Feindschaft aufgebaut ist, unterliegt ebenfalls keinem Zweifel; es ist ein Stück des Lügensystems, mit dem die gesamte gegen uns gerichtete Koalition der bösen Sieben arbeitet, aber so sicher die Wahrheit stärker ist als die Lüge, so sicher werden sie schließlich doch alle zuschanden werden. In dem „Pays", einem in Kanada erscheinenden französischen Blatte, wurde am 2. Juli dieses Jahres ein Brief aus Petersburg veröffentlicht, aus dem hervorgeht, wie sicher schon damals ein Krieg mit Deutschland von der Koalition ins Auge gefaßt wurde. Der Verfasser geht von dem Gedanken aus, daß der Haß Rußlands sich ursprünglich weniger gegen Deutschland als gegen Österreich gerichtet habe. „Österreich-Ungarn flößte den Russen lange nicht dieselbe Furcht ein, wie Deutschland. Österreich wäre für Rußland ein sicherer Bissen (la Russie n'en ferait qu'une bouchée), und im Falle des Sieges wäre der Gewinn ungeheuer, alle Slawen der habsburgischen Monarchie würden befreit sein und sich freudig (!!) dem Reiche des Zaren anschließen, da Österreich-Ungarn verschwinden und Rußland unbehindert vom Baltischen bis zum Adriameer den europäischen Orient beherrschen würde. Diesen Gedanken der panslawistischen Presse hat die russische Regierung nicht verfehlt zu pflegen. Der Haß Rußlands gegen Österreich ist eine der wesentlichsten Tatsachen der Zeitgeschichte und das versteht man nicht genug in Frankreich. Als der französische Generalstabschef Joffre voriges Jahr vom russischen Generalstabschef Shillinski, dem jetzigen Gouverneur von Warschau, verlangte, daß der russische Angriffsplan gegen Deutschland gerichtet werde, stieß er auf Widerspruch. Mit Enthusiasmus könne Rußland nur gegen Österreich, den Punkt des mindesten Widerstandes, marschieren. Seit ungefähr 6 Monaten aber hat die Lage sich geändert. Der Haß der Russen richtet sich nicht mehr bloß gegen den „Schwab", den Deutschösterreicher, sondern auch gegen den „Niemetz", den Reichsdeutschen. Dies ist, wie es scheint, das Hauptverdienst Herrn Delcassés während seines kurzen Aufenthalts als Botschafter in St. Petersburg. Er überzeugte die russische Regierung, daß Österreich-Ungarn nicht so störend und gefährlich wäre, wenn nicht Deutschland es stützte, und daß in Wirklichkeit Deutschland der Feind sei." ... Seit langer Zeit zum ersten Male (?) habe

darauf die russische Presse volle Freiheit erhalten, Deutschland anzugreifen. „Noch bedeutsamer war es, daß die letzten von der Duma angenommenen militärischen Maßnahmen direkt gegen Deutschland gerichtet waren.“ Der Artikel schließt mit der Bemerkung, daß die Lage für Deutschland eine verzweifelte sei! So sicher also glaubte man sich bereits Mitte des vorigen Monats, das aber war der Zeitpunkt, an welchem die geheimen Verhandlungen zwischen England und Rußland wahrscheinlich ihren Abschluß gefunden hatten. Nun, die Herren Russen werden ja ihre Erfahrungen machen. Nachdem alle Anläufe, die ihre doch sehr zahlreiche Vorhut gemacht hatte, den deutschen Grenzschutz zu überrennen, von unsrer tapferen Landwehr und dem 1. Korps mit sehr namhaften Verlusten der Russen gescheitert waren, haben sie jetzt, nachdem unsre Truppen zurückgezogen worden sind, um die befestigte Stellung einzunehmen, die ihnen von vornherein bestimmt war, das offene Land im östlichsten Ostpreußen überflutet und der zivilisierten Welt wieder einmal gezeigt, was russische Kriegführung bedeutet. Sie wüten heute noch, wie in den Tagen Batu Khans und Iwan des Schrecklichen. Die Scheußlichkeiten, von welchen die aus Ostpreußen hier eingetroffenen zahlreichen Flüchtlinge berichten, sind so entsetzlich, an Kindern und Frauen verübt, daß die Feder sich sträubt, davon zu berichten. Grausam gegen Wehrlose, feige vor Männern, so haben sich diese Kosakenscharen bisher gezeigt. Mag die reguläre russische Armee zeigen, was sie vermag, wenn sie auf die Truppen stößt, die sie erwarten. Es war niemandem ein Geheimnis, daß wir uns im Osten defensiv verhalten würden, bis der Feind im Westen niedergeworfen ist. Wenn dann ein Teil unsrer Armeen die Stirn nach Osten wendet, dürfte das Bild bald ein andres werden.

Mit Italien wollen wir nicht rechten, obgleich wir der Überzeugung sind, daß die Gefahr, die den italienischen Küsten von der englischen Flotte droht, weit überschätzt wird. Die Engländer wissen sehr wohl, daß jede Schwächung ihrer gegen Deutschland gerichteten Flotte für sie eine ungeheure Gefahr bedeutet, da Deutschland gewiß keine Gelegenheit versäumen werde, die sich bietet, um davon Nutzen zu ziehen. Natürlich werden wir kein Mittel ungenützt lassen dürfen, diesen treulosen englischen Gegner, so weit irgend unsre Hand reicht, zu schädigen. Sie reicht aber wahrscheinlich viel weiter, als Mr. Churchill und Sir Edward sich träumen lassen. Irren wir nicht, so bricht eine neue Zeit

an, und die wird, so Gott will, nicht die Englands und nicht die Rußlands sein.

Es wäre noch Vieles über unsre diplomatische und militärische Arbeit zu sagen. Aber wenn je, so gilt heute das Wort: Schweigen ist Gold! Die Tatsachen sollen reden und schon jetzt haben sie begonnen, ihr donnerndes „Quos ego!“ unsern Feinden entgegenzurufen. Gott helfe unsrer gerechten Sache weiter!

27. August. Erste Seegefechte. Niederlage der Engländer bei Maubeuge, der Franzosen bei Nancy.
28. August. Niederlage der Engländer bei St. Quentin.
29. August. Niederlage der Russen bei den masurischen Seen.
31. August. Sieg der Armee Bülows bei St. Quentin über die Franzosen. Der Kronprinz nimmt Montmedy.
2. September. Schlacht bei Reims.

---

2. September 1914.

Die vierte Kriegswoche liegt hinter uns, und wenn wir ihren Inhalt in wenig Worten zusammenzufassen versuchen, sagen wir, sie zeigt kein Nachlassen, sondern eine Steigerung der deutschen Energie. Gewachsen ist noch das Vertrauen zu unsern Führern, dem Kaiser und seinem Generalstabe, zu den Generalen, die unsre Truppen ins Feld führen, zu Offizieren und Mannschaft, die den Kampf ausfochten und trotz der ungeheuren Anforderungen, die an ihre Marschleistungen, an ihre Zähigkeit in der Abwehr und an die Wucht ihrer Angriffskraft gestellt werden, bisher noch immer die an sie geknüpften Erwartungen übertroffen haben. Gewachsen ist die Zahl unsrer Kämpfer im Felde, und bereits hat die Zahl der Freiwilligen die zweite Million erreicht, wenn nicht überschritten; die Opferwilligkeit der Nation scheint keine Grenzen zu kennen, und wir wissen das Opfer nicht, das sie dem Vaterlande verweigern würden. Es ist keine Phrase, daß Gut und Blut hingegeben wird, und in der Tat zeigt sich — wie der Veteran von 1870 Professor Otto v. Gierke so schön ausführt — heute der Volksgeist in sinnlich wahrnehmbarer Gestalt. Die Erhabenheit des Staatsgedankens hat eine Auferstehung in der Seele jedes Einzelnen erlebt, und jeder von uns fühlt, daß er der großen Zeit, die ihm zu erleben vergönnt ist, sich würdig zu zeigen hat.

Unsre braven Landsleute in Ostpreußen, die eine harte Notwendigkeit dem Eindringen des Feindes aussetzte, der seine rohen Scharen über die Grenzen des offenen Landes führte, haben in diesen harten Tagen das alte Wort bewährt, das in gleicher Bedrängnis durch denselben Feind vor mehr als 300 Jahren ein livländischer Chronist in be-

wundernder Anerkennung seinen baltisch-deutschen Landsleuten zurief: „Mannes Herz und Mut überwindet alles!" Schneller als damals den Livländern, ist heute die Hilfe den Ostpreußen gekommen, nicht wie jenen durch Fremde; die Russen wurden, da das Deutsche Reich Karls V. und seiner Nachfolger versagte, damals von Schweden und Polen aus dem Lande gejagt, heute sind es deutsche Truppen, die durch eine Reihe glänzender Waffentaten den Feind trotz seiner numerischen Überlegenheit so völlig schlugen, daß wir zu den Tausenden russischer Gefangener, die bereits in unsern Festungen liegen, weitere 70 000 Mann hinzufügen können, denen nichts übrig blieb, als die Waffen zu strecken. Die Invasion Ostpreußens ist damit abgeschlagen und wir haben gute Gründe zu erwarten, daß die Erfolge der Österreicher zu gleich ruhmvollem Ausgange führen werden. Im Westen ist nunmehr, abgesehen von Antwerpen, das sich noch behauptet, Belgien in fester deutscher Hand, und wenn das Gerücht von der Landung englischer Truppen in Ostende sich bestätigen sollte, wird sich wohl die Gelegenheit finden, was von ihnen übrig bleibt, nach Hannover zu ihren Kameraden in sicheren Gewahrsam zu schicken. Es sind die Elitetruppen Englands, die uns gegenüberstanden und die wir geschlagen haben, 165 000 Mann nach englischen Angaben. Was in Ostende gelandet sein soll, müßte ein Teil der 100 000 Mann der ersten Reserve sein, nach Angabe derselben Quelle, lauter junge Leute unter 20 Jahren. Nun erwartet man in England noch weitere 100 000 Mann aus Kanada, Australien, Neuseeland und Indien, und glaubt eine zweite Reserve von 60 000 Mann sogenannter Territorials aufstellen zu können; damit aber wäre die Leistungsfähigkeit Englands, abgesehen von der Flotte, erschöpft, da Südafrika mit großer Bestimmtheit erklärt hat, daß es nur verpflichtet sei, den eigenen Grund und Boden zu verteidigen. Welches die Leistungsfähigkeit der Territorials und der kolonialen Truppen ist, werden wir ja sehen. Eine militärische Schulung, wie sie unsern Truppen zuteil wird, kennen sie alle nicht, und trotz der Kriegsreden, die Mr. Asquith jetzt hält, um ganz England aufzufordern, seine „Pflicht zu tun", wird es beim Alten bleiben. Man versteht nicht recht, was Asquith sich als Pflicht der Engländer denkt. Eine allgemeine Wehrpflicht läßt sich nicht improvisieren, auch widerspricht sie der englischen Überlieferung, und die Pflichten, welche das Völkerrecht allen zivilisierten Nationen auflegt, treten offenbar in England außer Kraft, wenn Albion Krieg führt.

Die Zerstörung „Kaiser Wilhelms des Großen" in neutralem Hafen ist der neueste Beleg dafür. Einem dänischen Blatte entnehmen wir, daß der japanische Botschafter in Rom einem Journalisten, der ihn ausfragte, die Erklärung abgab, daß es nicht ausgeschlossen sei, daß Japan sich an den Kriegsoperationen Europas durch Sendung eines Geschwaders in das Adriatische Meer beteiligen werde. Auch wir halten das nicht für unmöglich, da nach dem Bekenntnis der „Times" das Interesse Englands verlangt, daß der Krieg nicht durch baldige Friedensschlüsse beendigt, sondern möglichst lange hingezogen werde. Daß sich damit England in strikten Gegensatz zu den Friedensreden Sir Edward Greys stellt, stört natürlich nicht. Die „Times" illustriert ihre These an der Rolle Englands während der Napoleonischen Kriege, die ja allerdings ein halbes Menschenalter dauerten und reiche Beute brachten. Aber es sind jetzt andre Zeiten als vor 100 Jahren, und wenn es zu einem neuen Waterloo kommen sollte, wird England erfahren, was es bedeutet, die Preußen zu Gegnern statt zu Bundesgenossen zu haben. In der am Montag eröffneten Sitzung des Parlaments hat man, als ob es keinen Krieg gebe, dem Unterhause nur die Homerulebill, die Welshdisestablishmentbill und eine Sympathieadresse für Belgien zur Beschlußfassung vorgelegt. Nun, man wird bald über ernstere Dinge zu beraten haben, denn Deutschland ist fest entschlossen, alles daranzusetzen, einen baldigen Friedensschluß zu erzwingen. Will England dann nicht mitmachen, so wird es erfahren, daß es sich in einer „miserable isolation" befindet, und daß es zu dem deutschen Gegner auch Gegner im eigenen Hause zu bekämpfen haben wird. England rühmt sich, die größte islamische Macht der Welt zu sein. Wir haben im Islam einen natürlichen Verbündeten, in dessen Herzen noch immer die Rede widerklingt, die Kaiser Wilhelm in Damaskus gehalten hat. Seither harren sie ihrer Stunde, und wenn nicht alles trügt, hat diese Stunde jetzt geschlagen. Sir Edward Grey und Mr. Churchill können sicher sein, daß wir nichts versäumen werden, um den Islam mit den uns zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen. Ein Anrecht auf selbständige Existenz hat, so verschieden sie von der unsrigen ist, die islamische Kultur ohne Zweifel, und was England den von ihm entrechteten orientalischen Staaten an europäischer Kultur zugetragen hat, reicht an die edlen Blüten nicht heran, die diese Kultur hervorgebracht hat, als sie auf dem Höhepunkte ihrer eigenen selbständigen Entwicklung stand. Die Früchte der englischen Mission

unter dem Islam sind aber völlig unbedeutend gewesen. Wenn nun, wie angekündigt wird, England einen Teil seiner Truppen aus Indien zurückziehen sollte, um sie in Ägypten zu verwenden, spielt es ein höchst gefährliches Spiel. Indische Mohammedaner werden gegen andre Mohammedaner nicht zu verwenden sein, während jede Minderung der weißen Truppen den Ausbruch einer Erhebung in Indien beschleunigen muß. Falls aber Japan es übernehmen sollte, Indien zu beruhigen, würden die Engländer gewiß niemals mehr als Herren des Landes zurückkehren. Zu alle dem kommt noch, daß bei unsern Gegnern innere Schwierigkeiten im Anzuge sind. In England beginnt die Arbeiterbevölkerung drohend ihre Stimme gegen einen Krieg zu erheben, der ihren Erwerb kürzt und ihre Ernährung erschwert. Die radikalen Friedensfreunde, deren Stimme jetzt noch wirkungslos verklingt, beginnen das Gewebe der Lügen zu zerreißen, durch welche die Regierungsmänner das Volk über die Wirklichkeit der drohenden Gefahren täuschen. Sind aber erst Grey und Churchill gefallen, so kann der Weg zu einer Verständigung auf neuer Grundlage mit England geebnet werden.

Ähnlich liegt es in Frankreich. Auch da ist es eine Clique ehrgeiziger Streber, der die Verantwortung für den Krieg zufällt: Poincaré, Delcassé, Briand, Tardieu und Genossen. Das Volk hat den Krieg nicht gewollt und muß jetzt mit Gut und Blut den Ehrgeiz der regierenden Millionäre bezahlen. Nach den furchtbaren Niederlagen, die Frankreich trotz der Hilfe seiner englischen und belgischen Bundesgenossen erlitten hat, ist bereits alles Zutrauen zu der politischen wie der militärischen Führung des Landes geschwunden. Paris beginnt sich zu erheben und was sich vorbereitet, kündigt an, was Zola „la débacle“, die Auflösung nannte, und diesmal dürfte sie furchtbarer sein als 1870, wenn Frankreich sich nicht schnell entschließt, durch einen Friedensschluß den völligen Zusammenbruch zu mildern. Was sich in Rußland vollzieht, wissen wir nicht. Die Niederlagen in Ostpreußen und Polen und die sich vorbereitenden weiteren Niederlagen verdecken durch die ungeheure Masse der Truppen, die vorgeschoben sind, wie mit einem Schleier, was im Innern des Reiches geschieht. Wir glauben trotzdem zu erkennen, daß eine große revolutionäre Krisis naht. Über die Erhebung in Odessa und die Kämpfe in Wilna und im Kaukasus sind bisher nur unbestimmte Gerüchte zu uns gelangt. Bricht, wie wir erwarten, der Vorstoß der

Russen gegen Galizien völlig zusammen, so ist neben der Erhebung Polens auch die der Kleinrussen und im Rücken des russischen Hauptquartiers, bei dem der Zar sich befinden soll, eine revolutionäre Erhebung zu erwarten, die auf das ernstlichste den Bestand der Dynastie bedrohen wird. Auch dieser Krieg zeigt die Schäden, die bisher nach allen russischen Kriegen inhärent waren. Wir wissen aus sicherer Quelle, daß bei den letzten Kämpfen russische Granaten nicht explodierten — weil sie mit Talg gefüllt waren!! Es ist eine furchtbare Nemesis, die jetzt waltet und das Schein- und Lügenwesen scheitern läßt an der Realität des Krieges, vor welcher Scheinwerte sich in ihrer Nichtigkeit offenbaren.

Zunächst aber herrscht die Lüge noch, soweit der Einfluß unsrer Feinde reicht. Die gesamte französische und englische Presse verbreitet sie über Europa hinaus nach Afrika, Asien, Australien, Amerika. Überall weiß man nur von deutschen Niederlagen und von Siegen unsrer Feinde. Um so größer wird die Wirkung sein, wenn die Wahrheit zutage kommt. Aber bis dahin mag noch manche Woche hingehen, und wir werden Gelegenheit haben, zwischen Freund und Feind unter den ganzen und halben Neutralen zu unterscheiden. Wir verstehen, daß die Entscheidung nicht jedem von ihnen leicht fallen konnte. Eine Nummer der in San Franzisko erscheinenden Wochenschrift „The Argonaut" bringt die Erwägungen zu deutlichem Ausdruck, die bei denen, die uns nicht kennen, dafür sprechen, daß wir unterliegen müßten: „Es ist schwer zu verstehen, wie Deutschland hoffen kann aus einem europäischen Kriege unbeschädigt hervorzugehen. Es hat Rußland im Rücken, das die Ostgrenzen in Feuer setzen wird, Frankreich, das in Erinnerung an alte Beleidigungen und Demütigungen glüht, und nach Revanche im Westen verlangt, es hat mit England zu rechnen, das sich bestimmt erheben wird, um Belgien zu rächen — wie kann Deutschland hoffen, unter diesen Voraussetzungen den allerbedenklichsten Folgen zu entgehen? Es scheint darauf eine vernünftige Antwort nicht vorhanden zu sein!" Nach langer Erwägung des Für und Wider gelangt aber der „Argonaut" schließlich zu dem weisen Ergebnis: „Noch ist aber nicht aller Tage Abend und kein Mensch kann vorhersehen, was kommen wird." Immerhin müsse Amerika die Zeit nicht ungenützt hingehen lassen, und sich bemühen, die Stellung zu gewinnen, die der europäische Markt bisher in Südamerika eingenommen habe. Eine große Aufgabe sei damit der amerikanischen

Staatskunst gestellt: „Wird Präsident Wilson, und wird der Kongreß das einsehen? und falls sie es einsehen, wird daraus der möglichste Vorteil gezogen werden? We hope so."

Eine uns soeben zugegangene Nummer der deutschen St. Petersburger Zeitung vom 27. August berichtet, daß das russische Unterrichtsministerium die Schließung aller von den deutschen Vereinen in den baltischen Provinzen unterhaltenen Schulen angeordnet hat. Die „Nowoje Wremja", deren Hetzereien diese Maßregel veranlaßt haben, fordert nun auch die Schließung der deutschen Kirchenschulen in St. Petersburg.

Das ist russische Kultur!

Wir und sie.

Nun haben sie den Krieg mit Deutschland, den sie so lange herbeigesehnt haben, der den Knaben in Rußland und Frankreich als die notwendige patriotische Aufgabe dargestellt wurde, an die sie ihr Leben zu setzen hätten. Mit dem Tage, da der Frankfurter Friede unterzeichnet ward, begann die Arbeit, ihn zu zerreißen, und mit dem Tage, da im Spiegelsaal zu Versailles verkündigt wurde, daß das geeinigte Deutschland fortan im Deutschen Kaiser ein Oberhaupt habe, verwandelte sich die Mißgunst, mit der man von jeher gewohnt war, auf den preußischen Nachbar zu blicken, in Haß. Die Deutschen, die auf russischem Boden jene Tage erlebt haben, wissen ein Lied davon zu singen. Schon 1866 war trotz der Freude, die Rußland an den Niederlagen Österreichs hatte, jene Mißgunst handgreiflich an den Tag getreten. Von da ab wurde alles, was auf russischem Boden deutsch redete und dachte, verdächtig. Eine ungeschriebene „Loi des suspectes" nahm sie unter Aufsicht, und der Eindruck, der von dieser Gesinnung ausging, war so überwältigend, daß die russische Regierung, trotz der verwandtschaftlichen Bande, die damals noch Hohenzollern und Holstein-Gottorper fast zu einer Familie zusommenschlossen, von da ab die Politik verfolgte, aus ihren deutschen Untertanen nationale Russen zu machen. Dieser Politik ist sie treu geblieben bis auf den heutigen Tag, und die Revolution, welche die lettischen und estnischen Bauern 1905 gegen die deutschen Bürger und Gutsbesitzer des Baltikums raubend, mordend und brennend vorgehen ließ, war die Frucht dieser Bestrebungen. Wenn schließlich die Regierung sich veranlaßt sah, nach langem Zögern einzuschreiten und diesem unerhörten Treiben ein Ende zu machen, geschah es nur, weil die Revolution ihr selbst an Hals und Kragen ging und mit den Schranken staatlicher Ordnung auch die Dynastie selbst fortzufegen unternahm. Es ist erstaunlich, daß die Lehre, welche Rußland aus diesen Ereignissen zog, dahin führte, den russischen Nationalismus in all seiner Unduldsamkeit weiter anzu-

spornen und die panslawistische Doktrin zur offiziellen Staatsdoktrin zu machen. Wie die deutschen Balten wurden auch Finnländer, Litauer, Kleinrussen und Polen Objekte einer Russifizierungspolitik, die zugleich den Charakter einer konfessionellen Propaganda annahm. Denn als wirklich russisch galt fortan nur, wer auch zum russisch-griechischen Ritus übertrat. Dabei darf jedoch nicht verkannt werden, daß dieses Treiben Symptom einer viel weitergehenden, über die Grenzen des Reiches hinausgreifenden Tendenz war, die sich in dem Anspruch verkörperte, daß alle Slawen der Welt bestimmt seien, Angehörige des russischen Reiches zu werden. Der Anspruch ist offiziell niemals in dieser krassen Form proklamiert worden, aber die praktische Politik Rußlands orientierte sich um so mehr danach, als die Vertreter Rußlands in Staaten mit zum Teil oder ganz slawischer Bevölkerung stets aus Anhängern der extrem panslawistischen Doktrin gewählt wurden.

Von diesen Tagen datiert die bewußte Aufreizung aller Instinkte der Slawen in und außerhalb Rußlands gegen Deutschland und Österreich-Ungarn. Über Berlin und Wien ging der Weg, der zur Verwirklichung der Utopien führen sollte, die das politische Ideal der Panslawisten bildeten. Die Balkanhalbinsel ein Slawenstaat unter russischem Protektorat und bald unter russischer Herrschaft, Konstantinopel die dritte Residenz des russischen Zaren und zugleich das Ausfalltor ins Mittelmeer hinein, Österreich zertrümmert und Deutschland, dem seine östlichen Provinzen und die Küstenländer des Baltischen Meeres entrissen werden sollten, zurückgeführt auf den Standpunkt des Tilsiter Friedens! Zu diesem Programm suchte Rußland die Bundesgenossen und fand sie in Frankreich, das sich offen anschloß, und in England, das heimtückisch und hinterhaltig demselben Ziel nachging, um den Rivalen zu beseitigen, der allein ihm fähig schien, der britischen Übermacht auf den Weltmeeren Schranken zu setzen. Die Geschichte dieser ad hoc Allianzen bis in ihre Anfänge zu verfolgen, wird hier nicht beabsichtigt. Diese Anfänge sind oft genug, wenn auch nicht in aktenmäßiger Vollständigkeit, erzählt worden. Ganz neuerdings hat Sir Thomas Barclay für sich das zweifelhafte Verdienst in Anspruch genommen, die englisch-französische Entente, aus der heute die Allianz geworden ist, vorbereitet zu haben. Er wird sich nicht verhehlen, daß ihn dabei ein Teil der Schuld trifft an dem Weltenbrande, dessen Flammen über Deutschland zusammenzuschlagen bestimmt waren, von dem wir aber hoffen, daß sein Feuer nicht uns,

sondern die Rotte Korah verzehren wird. Der französische Revanchegedanke hat ja nie geruht. Er schien zeitweilig zu schlummern, als in den Jahren 1897 bis 1904 der säkulare Gegensatz zwischen der englischen und der französischen Politik wieder lebendig wurde. Aber die Revancheparole ist allezeit der Hebel gewesen, der dem politischen Ehrgeiz dazu half, sich emporzuarbeiten, bis das Ziel, ein Sitz in der Kammer und von dort aus der Sprung in die regierenden Kreise hinein, erreicht war. Das ist die Geschichte aller der Streber, die seit der Präsidentschaft Grevys Frankreich regiert haben: Journalisten und Advokaten, geriebene Finanzmänner, die sehr wohl wußten, daß es ein gutes Geschäft ist, Frankreich zu regieren. Ist es doch für Frankreich höchst bezeichnend, daß die französischen Ministerien sich meist aus vielfachen Millionären zusammensetzen. Man wird dabei eine merkwürdige Parallele mit Rußland feststellen können, und das ist vielleicht derjenige Punkt, an welchem das russische und das französische Ingenium sich einander am nächsten kommen. Sie differieren in ihren Methoden, aber das Ergebnis ist dasselbe. Es ist aber eine klägliche Wahrheit, daß die französischen Zeitungen Werkzeuge dieser Streber sind, und daß ein gegenseitiges Sichbestechen die einen wie die andern charakterisiert. Das Resultat ist das des Miles gloriosus, der meist selbst kein Soldat ist, aber mit den Opfern renommiert, die er auf die Schlachtbank führt in majorem Dei gloriam.

Nicht viel anders steht es in letzter Hinsicht mit den Engländern. Wie sie ihre Kriege im Orient mit Indern führen, so bemannen sie ihre Flotte mit Irländern und Schotten und mit Fremden, die sie durch hohe Löhnung anlocken, und die in den schwimmenden Festungen ihrer Dreadnoughts tatsächlich Gefangene sind, die mit dem Schiff, an welches sie gebunden sind, um ihr Leben kämpfen.

Wie kann da von Begeisterung und Vaterlandsliebe die Rede sein! Iren und Schotten sind in ihrem Herzen Gegner der Engländer, und jenes Schlagwort des „Home rule all round" gibt ganz richtig der Empfindung Ausdruck, daß ihr Ideal eine von England gelöste Sonderexistenz wäre.

Wer ist Englands Freund? Russen und Franzosen gewiß nicht. Ebensowenig Ägypter und Inder, und selbst die großen englischen Kolonien Südafrika, Kanada, Australien und Neuseeland harren der Stunde, da sie selbständige Politik, ihren mit England nicht identischen Interessen folgend, treiben können. Was sie noch an England bindet,

ist ihre Sprache. Je stärker sie werden, um so mehr lockert sich das Band.

Aufrichtig gesucht hat die Freundschaft Englands das Deutsche Reich. Nicht nur durch seinen Kaiser, sondern durch weite Kreise seiner Geschäftswelt und seiner Gelehrtenrepublik. Man hatte bei uns nicht die Vorstellung, daß unversöhnliche Interessengegensätze zwischen uns lägen. Wir haben es sehr aufrichtig gemeint, als wir ihnen die Hand treuherzig entgegenstreckten. Noch wenige Wochen vor Ausbruch des Krieges haben wir ihre Flotte gastlich in Kiel empfangen und ihre Schiffsriesen durch den Nordostseekanal geleitet. Damals aber war der Verrat Englands bereits bis in das Detail hinein fertiggestellt. Ihre Flottenrevue in Spithead war eine gegen Deutschland gerichtete Probemobilisierung der englischen Marine, mit Frankreich und Rußland hatten ihre Generalstäbe bis in das Detail ausgearbeitete Aktionspläne fertiggestellt, mit Rußland über einen heimtückischen Anschlag verhandelt, nach dem, in noch währendem Frieden, englische Handelsschiffe russische Truppen an die Küste Pommerns fahren sollten. Der große Lügner und Verräter, der hinter dem Rücken des englischen Parlaments, mit nur wenigen Mitwissern im Kabinett, diese Ränke schmiedete, war Sir Edward Grey, an dessen Namen für alle Zeit der Makel haften wird, daß jedes Wort, das aus seinem Munde kam, Heuchelei war und Betrug. So Gott will aber wird das alles sich gegen ihn und gegen das englische Volk wenden, das sich durch seine Zustimmung die ruchlose Politik Greys zu eigen gemacht hat. Das Schlimmste aber steht noch bevor. Es besteht bereits kein Zweifel mehr, daß Japan sich auf Englands Ruf den Feinden Deutschlands anschließen wird, und wenn diese Zeilen dem Leser zu Gesicht kommen, wird es eine vollendete Tatsache sein. Daß dieses englisch-japanische Bündnis sich schließlich im Effekt gegen England und seinen asiatischen Besitz wenden wird, muß jedem einleuchten, der aus der Vergangenheit in die Zukunft zu blicken vermag. Erst jetzt wird die „gelbe Gefahr" Wirklichkeit, und zwar nicht nur für Englisch-Indien und Australien-Neuseeland, sondern ebensogut für Amerika, wenn es den Entschluß nicht findet, seine Flotte den Japanern entgegenzuwerfen und ihnen ein donnerndes „Hands off!" zuzurufen, wenn sie daran gehen, sich zu Herren der Südsee zu machen und — was die Folge wäre — dem freien Welthandel zu Japans Gunsten den Weg zu verschließen. Die Verbindung der Haifischpolitik Englands mit der Wolfs-

politik Japans und mit der französisch-russischen Kombination stellt wohl die unsittlichste Gemeinschaft dar, die sich je zu einem Beutezuge verbunden hat.

Deutschland und sein österreichisch-ungarischer Bundesgenosse stehen dieser Allianz bisher allein gegenüber. Aber Gott ist mit ihnen, und zu ihnen stehen ihre Völker mit einer einmütigen, auf alles gefaßten Opferwilligkeit, die ihresgleichen bisher in der Geschichte der Menschheit nicht gehabt hat. Wer die großen Tage, da das deutsche Volk sich auf den Ruf seines Kaisers erhob, miterlebt hat, wird sie nimmermehr vergessen. So sehr schwand vor dem Entschluß, alles für das Vaterland einzusetzen, jeder Gegensatz, der in den langen Friedensjahren im Ringen der Parteien erwachsen war. Die stolze Zuversicht, daß es galt, unter allen Umständen, mit Einsetzung aller Kraft die Feinde niederzuwerfen, ließ alles zurücktreten, was uns getrennt hatte. Und wenn die Welt voll Teufel wär', und wollt uns gar verschlingen, so fürchten wir uns nicht so sehr, es muß uns doch gelingen! Es ist, als hätte Luther sein stolzes Lied von der festen Burg für uns und für heute gedichtet.

„Deutsche Revue".

Amerikanische Erwägungen über den möglichen Ausgang des Krieges.

Bei dem ungeheuren Einfluß, den die englische Presse in Amerika ausübt, kann es um so weniger wundernehmen, daß alle in englischer Sprache erscheinenden Zeitungen Nordamerikas leidenschaftlich gegen uns Partei ergriffen, als der Gedanke einer sich vorbereitenden tatsächlichen Beherrschung der Welt durch die englisch redenden Nationen, mit einer gewissen Naivität als die natürliche Lösung des göttlichen Schöpfungsplans auch in den Vereinigten Staaten betrachtet wird. Es ist unmöglich in einem deutschen Blatt zu wiederholen, was in den ersten Wochen nach Ausbruch des Krieges an Schmähungen gegen den Deutschen Kaiser, das deutsche Volk und die deutsche Kultur laut geworden ist; die New Yorker Blätter wetteiferten darin mit den kanadischen um die Palme. Als einziger Milderungsgrund für dieses Verhalten läßt sich die suggestive Kraft der englischen, französischen und russischen Lügen

anführen, die das Kabel Tag für Tag brachte, während allen Nachrichten aus deutscher Quelle der Weg abgeschnitten wurde. Zwei Einflüsse haben allmählich eine Wendung zum besseren vorbereitet: das Zusammenwirken der Deutschen und Iren und die Rückkehr der Amerikaner, die die ersten Kriegswochen auf deutschem Boden mitgemacht haben. Auch einer der Professoren, die zum „Austausch" nach Berlin kamen, hat seine Stimme kräftig für Deutschland erhoben: John W. Burgeß, von der Columbia Universität. Auf die Stimmen der übrigen warten wir noch. Seit der zweiten Hälfte des September wird der Ton der Zeitungen etwas zurückhaltender: nicht jede falsche Nachricht aus englischer Quelle wird geglaubt, man beginnt zu vergleichen, und es läßt sich erwarten, daß seit Japan auf den Plan getreten ist, allmählich das den Amerikanern im Blut liegende Mißtrauen gegen die englische Politik noch mehr Boden gewinnen wird.

Eine Nummer der in San Franzisko erscheinenden Wochenschrift „The Argonaut" (Herausgeber Alfred Holman) vom 19. September verdient als treues Spiegelbild der Meinung des bestgebildeten Teils der Westamerikaner beachtet zu werden. Der „Argonaut" hatte bisher mit großem Nachdruck uns die Schuld am Ausbruch des Krieges zugewiesen, und zwar mit Gründen, die sich direkt als ein Echo englischer Feindseligkeit erkennen ließen. Jetzt wirft er, wohl im Zusammenhang mit Wilsonschen Ideen, die Frage auf, welche der drei möglichen Alternativen, mit denen der Krieg endigen könnte, für die Welt, und das heißt in diesem Fall für Amerika, am günstigsten wäre. Den Ausgangspunkt bildet die militärische Lage, wie sie dem „Argonaut" am 19. September erscheint: Der erste Vorstoß Deutschlands in Belgien und Frankreich hinein ist gescheitert, und wird wahrscheinlich den Rückzug auf deutschem Boden zur Folge haben, zunächst aber halten Deutschland und Frankreich sich noch die Wage. Serbien hat die Österreicher zurückgeworfen, ist aber für eine Offensive nicht stark genug. Österreich hat in Russisch-Polen einen völligen Mißerfolg erlitten, Lemberg und andere wichtige strategische Punkte sind in russischen Händen, dagegen ist der Versuch Rußlands, durch Ostpreußen durchzubrechen, mißglückt, die Lage dort ähnlich wie in Belgien und Frankreich. Auf dem Meere aber neutralisierten sich die beiderseitigen Streitkräfte in der Nordsee wie im Mittelmeer. Aus alledem ergebe sich die Wahrscheinlichkeit der ersten Alternative: völlige Erschöpfung der Machtmittel beider Gruppen. Der

Krieg koste täglich 50 Millionen Dollars, und wenn diese Last jetzt noch, abgesehen von Österreich-Ungarn, überall ohne Murren getragen werde, so müsse doch in Betracht gezogen werden, daß Industrie und Handel überall stocke. Vielleicht mache Rußland eine Ausnahme. Immerhin müsse man annehmen, daß der Druck der bald erschöpften Bevölkerungen auf die Regierungen ein so starker sein werde, daß ihnen die kriegerischen Gelüste vergehen und sie bemüht sein würden, ein Kompromiß zu finden. Auch wenn Deutschland in eine rein defensive Lage gebracht sei, was dann eine enorme Steigerung seiner Widerstandskraft zur Folge haben müsse, würde das Interesse der Alliierten eine Verständigung verlangen. Unmöglich könne ihr Ziel die Zerstörung Deutschlands sein, dessen Notwendigkeit für die Behauptung des europäischen Gleichgewichts sie durchaus anerkannten.

Es stelle sich daher die Frage, auf welcher Grundlage ein Kompromiß zu finden sei.

Die amerikanische Antwort lautet nun folgendermaßen: Da das Kreuz des Militarismus den Krieg verschuldet habe, müsse vor allem eine völlige oder verhältnismäßige Entwaffnung stattfinden, und zunächst die deutsche Armee und Marine „drastisch reduziert" werden, wogegen die Verbündeten sich bereit zu finden hätten, einige ihrer militärischen und maritimen Anstalten in gewissem Verhältnis herabzusetzen, was ihnen, beiläufig bemerkt, den Beifall der ganzen Welt bringen werde. Eine pekuniäre Entschädigung werde nur Belgien zu zahlen sein, und nur geringe Änderungen der europäischen Karte würden notwendig werden. Aus Bosnien, Herzegowina und Kroatien sei ein selbständiger Balkanstaat, aus dem Polen der Dreiteilung ein autonomer Staat unter Garantie der drei Teilungsmächte zu bilden. So, glaubt der „Argonaut", werde der Friede der Welt auf lange hinaus gesichert sein.

Wir brauchen kaum auf das Undenkbare dieser Kombinationen hinzuweisen. Sie ruht nicht nur auf völliger Verkennung der tatsächlichen Kriegslage, sondern zeigt zugleich, mit wie geringem Verständnis europäische Politik und vor allem die Psyche des deutschen Volkes jenseit des Ozeans beurteilt werden. Aber allerdings einer kurzsichtigen amerikanischen Interessenpolitik könnte diese Schwächung Gesamteuropas als Ideal erscheinen. Sie könnte das Ergebnis jenes Friedenskongresses sein, der als Ziel dem Präsidenten Wilson vorzuschweben scheint. Zunächst und auch für die Zukunft wird man aber damit zu

rechnen haben, daß Deutschland einen Frieden diktieren, nicht sich oktroyieren lassen will, und daß ein Kompromiß, wie er dem „Argonaut" vorschwebt, als unerträgliche Demütigung empfunden und jede Regierung unmöglich machen würde, die sich zu diesem Ausweg bereit zeigen würde.

Die zweite Alternative, ein durchschlagender Erfolg Deutschlands, würde, nach Ansicht des „Argonaut", Frankreich eine kolossale Kriegsentschädigung auferlegen und es all seiner Kolonien berauben, Belgien würde annektiert werden, Rußland wahrscheinlich genötigt werden, geringe territoriale Abtretungen und finanzielle Zugeständnisse zu machen, am schwersten aber würde England getroffen werden, dessen Seemacht zerstört und dessen Weltreich dann zusammenbrechen werde. Von Großbritannien würde ein Staat von der Bedeutung Hollands übrig bleiben.

Der Sieg Österreichs würde eine Neuregelung der Verhältnisse auf dem Balkan zur Folge haben, den Österreichern den Ausgang zum Ägäischen Meer, den Besitz von Albanien und die Vorherrschaft in der Adria sichern. Unter deutschem Einfluß werde Italien geschont werden. Was aber werde ein so triumphierendes Deutschland bedeuten? Es werde nicht nur größer, reicher an seinen Besitzungen, sondern auch mit gesichertem Zugang zur See, den Blick auf England gerichtet, dastehen. Es wird gehoben sein durch einen ungeheuren Erfolg, bereichert durch Kriegsentschädigungen, und mit gesteigertem Ehrgeiz wird es die ihm offenstehenden Türen der Welt seiner Energie und seinem Unternehmungsgeist nutzbar machen. Seine Feinde werden am Boden liegen und jede Kombination, die Deutschlands Interessen und Ehrgeiz dient, wird es verwirklichen können. Mit einem Wort, von Amerika abgesehen, wird Deutschland der Welt sein Gesetz vorschreiben können. Die Phantasie kann den Möglichkeiten, die sich der militärischen, territorialen, kommerziellen und sozialen Ausdehnung bieten, wenn das alles zutrifft, keine Schranken setzen.

Von dieser, fast wörtlich wiedergegebenen Betrachtung, die offenbar bestimmt ist, den Leser zu erschrecken, wendet sich der „Argonaut" der dritten Alternative zu, dem durchschlagenden Erfolg der Alliierten, d. h. die Vereinigung der russischen, englischen und französischen Armeen auf deutschem Boden, die Wegnahme der deutschen Flotte durch England, und die Sprengung der habsburgischen Monarchie durch Ser-

bien. Das gebe ein beängstigendes Bild, aber es könne sehr wohl Wirklichkeit werden. England im Verein mit Rußland, Frankreich, Belgien, Serbien und Italien würden dann den Frieden diktieren, und niemand könne daran zweifeln, daß ihr Messer bis auf die Knochen schneiden werde. Zunächst werde man das deutsche Heer reduzieren und sich erinnern, daß Napoleon nach Jena das Maximum der preußischen Armee auf 12 000 Mann festsetzte. Die Kriegsentschädigung werde die 1871 den Franzosen auferlegte Zahlung, vielfach multipliziert, betragen, und dazu würden Zahlungen für direkte und indirekte Schädigungen verlangt werden, denn darin werde Einmütigkeit herrschen, daß Deutschland so bedrückt und verkrüppelt werden müsse, daß es aufhöre, eine Bedrohung des europäischen Friedens zu sein.

Frankreich werde sich mit Elsaß-Lothringen begnügen, Serbien von Österreich Bosnien, Herzegowina und vielleicht Kroatien nehmen, dazu den Zugang zur Adria, Rußland wahrscheinlich Preußisch-Polen, und eine Stellung in Schweden und Norwegen, um günstigen Ausgang zum Meer zu haben, endlich Konstantinopel. England brauche keine Territorien, natürlich werde es Ostafrika und die Inseln in der Südsee nehmen und den Japanern lassen, was sie in China geraubt haben; die Hauptsache aber werde sein, „the crippling of Germany as an industrial and commercial rival", aus Deutschland einen Krüppel in Industrie und Welthandel zu machen.

Der „Argonaut" wägt dann noch einmal die drei Alternativen, die ihm vorschweben, ab, um festzustellen, welche Rückwirkung sie auf die „Zivilisation" haben können. Die Beendigung des Krieges durch Erschöpfung der Gegner werde, abgesehen von den Zerstörungen, die der Krieg brachte, schließlich alles beim alten lassen; der Triumph Deutschlands, Europa in Abhängigkeit von Deutschland bringen und eine riesige Entwicklung von Handel und Wandel zur Folge haben, wohl auch den Frieden sichern, aber es werde Ruhe, kein wirklicher Frieden sein.

Von russischen Erfolgen eine Bedrohung der Kultur zu fürchten, sei töricht. Rußland sei rezeptiv und werde sich dem allgemeinen Fortschritt anschließen, auch sei es keine aggressive Macht.

Am interessantesten sind die Bemerkungen über die Folgen eines englischen Sieges, und wir geben sie daher in wörtlicher Übersetzung wieder:

„Sollte der Erfolg Englands in diesem großen Kampfe noch die

Arroganz einer nicht allzu bescheidenen Rasse steigern, so wird der Tag des Triumphs ein böser Tag für England sein. Man kann England als die vornehmste nationale Kraft in der heutigen Zivilisation bezeichnen. Aber diese Sonne hat ihre Flecken. England neigt zu grobem Materialismus. Hundertfältig opfert es das Ideale dem Materiellen. Die Selbstsucht der privilegierten Klassen zeigt es, man erkennt es an der Gleichgültigkeit der Wohlhabenden gegen die darbenden Massen, an der leichtfertigen Vergeudung männlicher Kraft in müßigem Sport, in dem allgemeinen Zurücktreten des Gemüts vor dem Interesse, sogar in den intimsten Beziehungen des Lebens, die Ehe mit eingeschlossen. Überhaupt beherrscht eine grobe materialistische Auffassung die menschlichen Interessen und Probleme. England muß erst lernen, daß die Leitung der Welt kein Mandat für eine Oberherrschaft gibt, und daß Völker nicht gegen ihren Willen aus selbstischen Motiven ausgebeutet und regiert werden sollen. Die Geschichte Englands, soweit sie die Beziehungen zu den Kolonien betrifft, hat keine günstige Rückwirkung auf die Intelligenz und den Charakter der Nation gehabt. Das englische Lieblingsideal eines Parlaments von Männern und einer Weltföderation ist noch aus der Poesie in die Prosa der Wirklichkeit zu übersetzen."

Das klingt doch sehr skeptisch und läßt ahnen, daß dieser englische Sieg in Amerika keineswegs als ein Glück betrachtet werden würde. Man fürchtet an England nicht nur den Rivalen der Zukunft, sondern den heimlichen Gegner der Gegenwart, und wenn der deutsche Sieg unbequeme Möglichkeiten eröffnet, erwartet man vom Triumph Englands ernste Gefahren. Auch der japanische Bundesgenosse Englands schreckt, so daß wir als Ergebnis dieser westamerikanischen Erwägungen wohl den Schluß ziehen dürfen, daß, wenn die Hoffnung auf allseitige Erschöpfung versagt, man sich in Amerika sehr wohl mit einer gesteigerten Weltstellung Deutschlands, die ohne Zweifel auch Amerika zugute käme, zufrieden geben wird.

Von Krieg und Politik.

I.

Der Korrespondent einer italienischen Zeitung, der sich in Berlin aufgehalten hat, während die siegreichen Kämpfe unserer Truppen in

Ost und West ihren Höhepunkt erreicht zu haben schienen — sie sind aber seither durch neue siegreiche Schlachten fast in den Schatten gestellt worden —, sucht seinen Lesern ein Bild der Physiognomie von Berlin in diesen Tagen zu entwerfen. Was den größten Eindruck auf ihn gemacht hat, ist der Ausdruck innerer Glückseligkeit, der aus den Gesichtern der sich durch die Straßen drängenden Massen spricht, und der nirgends überzeugender zum Ausdruck kommt als in dem frohen Lächeln, das auf den Lippen der einberufenen Landwehrleute spielt. Das ist in der Tat so, und wir haben alle Tage Gelegenheit, uns aufs neue daran zu erheben. In der Untergrundbahn, wo die Frau mit ihren zwei Kleinen, im Feierkleide, ihrem ins Feld ziehenden Manne das Geleite gibt — es sind offenbar kleine Besitzer irgendwoher vom Lande —, in den Reihen der zum Einkleiden geführten Reservisten, in den leuchtenden Augen der einberufenen Kadetten, überall ist es dasselbe Bild: die Freude, für das Vaterland ihr Leben einsetzen zu können, schwebt gleichsam wie eine Strahlenkrone über ihnen. Die Gewißheit, für ein hohes Ziel einzutreten, einer Welt von Feinden gegenüber, gibt ihrer Seele den Schwung, der sie hoch emporhebt über die Bedenken, die das Alltagsleben beherrschen: es ist eine Gott und dem Vaterlande geweihte Schar. Sie blickt zu ihrem Kaiser empor, der nicht nur selbst auf dem Schlachtfelde und im Rat seiner Generäle und Staatsmänner seines verantwortungsreichen Kaiseramtes waltet, sondern auch seine sechs Söhne, keinen ausgenommen, teilnehmen läßt an allen Fährlichkeiten und Beschwerden des Krieges. Das alles ist so noch niemals dagewesen, selbst 1870 verblaßt vor der Wirklichkeit von 1914. Es ist undenkbar, daß diese Gesinnung und dieser Heldenmut nicht schließlich durch einen glorreichen Erfolg gekrönt werden sollte. — Nun ist uns auch die schwere Sorge genommen, die das Einrücken der mordbrennerischen Scharen Rußlands in die offenen Grenzen Ostpreußens brachte. Bei Hohenstein, Tannenberg und Ortelsburg haben wir der russischen Übermacht die vernichtende Niederlage beigebracht und 90 000 unverwundete Russen in Kriegsgefangenschaft geschickt. Auch das ein Erfolg, der in der Kriegsgeschichte seinesgleichen nicht hat. Wir glauben aber mit voller Sicherheit vorhersagen zu können, daß, wenn diese Zeilen unsern Lesern zu Augen kommen, der letzte Russe den Boden Ostpreußens geräumt haben wird, und daß fortan, wie im Westen, der weitere Kampf in Feindesland und auf Feindeskosten geführt werden wird. Inzwischen haben unsere tapferen

Bundesgenossen von der österreichisch-ungarischen Armee in wochenlangem Ringen den Russen in Galizien eine Niederlage nach der andern beigebracht, und wenn sie jetzt in ihrem Zentrum das offene Lemberg den Russen gelassen haben, glauben wir im Geiste bereits den Zeitpunkt zu erkennen, da die geschlagenen russischen Truppen in Eile ihren Rückzug antreten. Dort wie in Preußen sind es ihre Eliteregimenter, die sich verblutet oder ergeben haben. Wir wollen sehen, was sie weiter ins Feld schicken werden.

Im Westen hat uns jeder Tag buchstäblich mindestens eine Siegesnachricht gebracht. Schon ist Paris bedroht, Reims gefallen und neue große Ereignisse bereiten sich östlich von Paris vor. Es ist ein Wetteifer an Heldenmut, taktischer und strategischer Umsicht und Kühnheit. Man kann aber wohl sagen, daß kein Erfolg so sehr Freude erregte, wie die Niederlagen der Engländer bei Maubeuge und St. Quentin am 28. August. Die englische Kavalleriebrigade, die dort die Wucht deutscher Hiebe kennen lernte, bestand aus den vornehmsten und auserlesensten Regimentern, die England besitzt, es war der Stolz der Nation, der in wilder Flucht Rettung suchte, und nur wenige von ihnen haben eine Zuflucht in Maubeuge gefunden, dessen Kapitulation uns jetzt 40 000 Feinde entwaffnet hat. Gegen England aber und gegen Rußland richtet sich zumeist der grimmige Zorn unseres Volkes. Haßt man an Rußland die Barbarei und die orientalische Treulosigkeit, so an England die bodenlose Heuchelei seiner politischen Führer und den Zynismus, mit dem die gesamte Nation sich über die Bestimmungen des Völkerrechts hinwegsetzt, an deren Fassung die edelsten Denker aller Zeiten ihre Lebensarbeit gesetzt haben. Man weiß wirklich nicht, wem von den drei Urhebern dieses Weltkrieges die Palme gebührt: Sir Edward Grey, Raymond Poincaré oder Iswolski? Gemeinsam allen dreien ist die bodenlose Unwahrhaftigkeit ihrer politischen Kundgebungen. In der vortrefflichen, von Paul Rohrbach und Ernst Jäckh geleiteten Wochenschrift „Das größere Deutschland" ist in wortgetreuer Übersetzung die Rede wiedergegeben, durch welche Sir Edward Grey dem englischen Unterhause seine Politik als die gerechte und zugleich als die für England vorteilhafte zu insinuieren bemüht war. Er hat rauschenden Beifall gefunden, und die englische Nation hat die Blutschuld dieses Krieges auf ihr Haupt und das ihrer Kinder genommen. Seither sind durch die Veröffentlichungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" seine

Ausführungen Punkt für Punkt Lügen gestraft worden. Nichts von ihnen ist bestehen geblieben. Aber der Premierminister Asquith, die Führer der Opposition, Bonar Law und Balfour, halten an den unwahren Thesen Greys fest, und ihnen folgt die Nation. Die jüngsten Stürme im Unterhause wurden nicht durch Meinungsverschiedenheiten über die Kriegsfrage, sondern durch den Streit über Homerule hervorgerufen, das Balfour kurzerhand ad calendas graecas zu vertagen dachte. Redmond, der sein falsches Spiel weiterführt, und die irischen Nationalisten opponierten, Asquith suchte zu vermitteln, aber das Fazit wird doch sein, daß Homerule zu einem Schemen zusammenschrumpfen wird. Erst die Niederlage Englands wird eine Lösung bringen.

Das Beste, was zur Aufklärung über Ursprung und Motive des Krieges veröffentlicht worden ist, finden wir in der Mitteilung, die der Reichskanzler im Auftrage Seiner Majestät den beiden großen amerikanischen Preßvereinen, der „United Preß" und der „Associated Preß" hat zugehen lassen. Da ist kein Wort zu wenig und kein Wort zu viel; es spricht die zwingende Stimme der Wahrheit, die, wenn sie gehört wird, das ganze Netz der Lügen, mit dem man uns umsponnen hat, zerreißen müßte, vorausgesetzt, daß überhaupt der Wille vorhanden ist, die Wahrheit kennen zu lernen. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika und in allen englischen Kolonien und Dependenzen ist seit mehr als einem Jahrzehnt die Presse von England aus so sehr zu antideutscher Auffassung aller politischen Fragen erzogen worden, daß allerdings eine sittliche Anstrengung dazu gehört, sich von diesem Bann freizumachen. Wir verkennen nicht, daß hier ein politisches Versäumnis unsererseits vorliegt. Es ist so gut wie gar nichts von uns aus geschehen, um unsere Interessen in der Presse des Auslandes zu vertreten; man hat dem Auswärtigen Amt dazu bisher stets die Mittel verweigert, um dieser wichtigen Aufgabe zu genügen, während allbekannt ist, mit wie großen Mitteln die Leiter der antideutschen Verschwörung in Paris, London und Petersburg gearbeitet haben. Von ihnen sind dann auch gerade die einflußreichsten Blätter des Auslandes beeinflußt worden. Man denke, um ein Beispiel anzuführen, an die Rolle, welche der Einfluß des französischen Botschafters in Rom, Barrère, in der italienischen Presse gespielt hat. Nächst Sir Edward Grey dürften Herr Raymond Poincaré und Herr Iswolski, sobald der Sieg Deutschlands endgültig feststeht, am

Endpunkte ihrer politischen Laufbahn angelangt sein. Sie waren groß, solange es galt, im Dunkeln Intrigen anzuzetteln, vor der politischen Wirklichkeit brechen sie zusammen, ganz wie Herr Delcassé jetzt zum zweitenmal zusammenbrechen wird. Nicht einmal eine Gambettakarriere wird ihnen beschieden sein. Die heutigen Männer von Bordeaux, der Präsident, seine Minister und die Deputierten, denen sie den Rat gegeben haben, sich gleich ihnen den unvermeidlichen Katastrophen zu entziehen, die in Paris drohen, sie sind vor allem große Eitelkeiten und große Spekulanten. Den Patriotismus eines Gambetta, den man in Deutschland noch heute hoch einschätzt, haben sie so nicht gekannt. Sie werden vom Schicksal, das sie selbst heraufbeschworen haben, ereilt: gewogen und zu leicht befunden. Mene tekel upharsin!

Werfen wir zum Schluß einen Blick auf die diplomatische Lage, so sind die Bemühungen der drei alliierten Mächte, neue Bundesgenossen zu werben, nur zum Teil geglückt. Wir nehmen ausnahmsweise an, daß Japan aufrichtig ist, wenn es erklärt, in Europa nicht eingreifen zu wollen. Bisher ist kein einziger Japaner auf dem Wege durch Sibirien nach Rußland gelangt und kein japanisches Kriegsschiff unterwegs, um England in der Nordsee Hilfe zu bringen. Die Herren Gelben haben nähere Aufgaben, die ihnen am Herzen liegen. Völlig gescheitert sind die Drohungen wie die Versprechungen, die ausgespielt wurden, um die Türkei für den Dreibund (denn es gibt heute ja nur einen Dreibund) zu fangen. Auch ist es nicht gelungen, Griechenland auf die Türkei zu hetzen. Beide Mächte suchen sich über die zwischen ihnen liegende Inselfrage zu verständigen. In Italien, das, halb kosend, halb drohend, von allen drei Mächten umworben wurde, um es zu der Felonie zu bewegen, Österreich in den Rücken zu fallen, ist diese Zumutung bestimmt zurückgewiesen worden. Italien bleibt neutral, und Deutschland wie Österreich-Ungarn haben in Hinblick auf die schwierigen Verhältnisse, mit denen Italien im Innern wie nach außen zu rechnen hat, diesen Standpunkt nicht nur anerkannt, sondern gutgeheißen. In Italien scheint man sich zu einer Erkenntnis durchgerungen zu haben, die Fürst Bülow kürzlich folgendermaßen formuliert hat: „Die italienische Großmachtstellung, Unabhängigkeit und Einheit stehen und fallen mit der deutschen Machtstellung.“ Sollte man nicht, nahezu mit gleichem Recht, dasselbe von Rumäniens Unabhängigkeit sagen dürfen? Unter der Anziehungskraft russischer Versprechungen schwankt es hin und her. Aber wann

hätte Rußland je politische Zusagen gehalten, die ihm unbequem sind, und was bedeutet ihm Rumänien mehr als eine Durchzugsstraße nach Sofia und Konstantinopel?

Daß Bulgarien sich den Russen anschließen könnte, halten wir trotz der unausgesetzten Anstrengungen der russischen und der französischen Diplomatie bereits für ausgeschlossen, obgleich die großen Geldmittel, mit denen beide Mächte arbeiten, nicht wirkungslos geblieben waren. Es überwiegt der gesunde Sinn der patriotischen Männer, die am Ruder sind.

Spanien und Portugal bleiben noch neutral, letzteres neigt aber zu Frankreich und England. So bleiben noch die vier germanischen Staaten des Nordens. Holland und Dänemark nehmen eine Stellung kühler Neutralität ein, Norwegen hält sich korrekt, in Schweden können wir auf warme Sympathien rechnen, aber nicht auf Hilfe und Mitwirkung, obgleich ein Eintreten Schwedens in den Kampf es zu der Großmachtstellung zurückführen könnte, die es im 18. Jahrhundert verlor. Wir bedauern, daß in dem von großer politischer Einsicht zeugenden Buch von Rudolf Kjällén: „Die Großmächte der Gegenwart" (bei Teubner 1914) nicht auch einige Kapitel den Mächten zweiten Ranges und ihren Zukunftsmöglichkeiten gewidmet sind. Wir hätten den Verfasser um so lieber über schwedische Politik reden hören, als das im Auftrage der schwedischen Regierung herausgegebene monumentale historisch-statistische Handbuch: „Schweden" (2 Bände, Stockholm 1913) die Vorstellung hinterläßt, daß auf schwedischem Boden große materielle und moralische Errungenschaften die vielversprechende und stetige Entwicklung einer gesunden Volkskraft zeigen.

Wie im Chor der antiken Tragödie erwägen in atemloser Spannung diese Neutralen den wahrscheinlichen Ausgang. Sie rechnen: 7 gegen 2 und wissen nicht, wie sie den moralischen Faktor veranschlagen sollen, der bei der Entscheidung maßgebend mitspielen wird. Sie sehen auch nicht jenen dunkeln Chor der Rachegeister, die ihre Kraft aus der unsittlichen Politik unserer Feinde geschöpft haben. Nord- und Zentralafrika, die zähneknirschend unter dem Joch seufzen, das Frankreich und Belgien ihnen aufgenötigt haben, Ägypten, das seiner Stunde harrt, Indien, wo das Unbegreifliche geschehen ist, daß die führenden Geister des Islam und der Hindus ihre Hände ineinander geschlossen haben, um des englischen Zwingherrn ledig zu werden: Sie alle rufen nach Vergeltung, und nach Vergeltung ruft alles, was im „heiligen Rußland" durch die

Frevel einer unfähigen Dynastie und einer gewissenlosen Bureaukratie bis auf das Blut gepeinigt und in seinen edelsten Empfindungen verletzt worden ist. Die Weltentwicklung geht neuen Bahnen entgegen; wir harren der Entscheidung und suchen mit aller Kraft, die uns innewohnt, der Sache der Gerechtigkeit zum Siege zu verhelfen. Welche Kräfte in Rußland gegen uns arbeiten, ist kürzlich in englischer Sprache von dem vielgenannten und noch immer unter seinem Pseudonym nicht erkannten Grafen Paul Wassili in einem Buch dargelegt worden, das den Titel führt: „Hinter dem Vorhang des russischen Hofes" („Behind the veil of the Russian Court"). Noch niemals sind rücksichtsloser und, was wir besonders hervorheben möchten, zuverlässiger die Zustände in Petersburg an einer Charakteristik des Zaren, der Großfürsten und der leitenden russischen Kreise gezeichnet worden. Es sind getünchte Gräber, die aufgedeckt werden, Scheingrößen, denen keine wirkliche Größe entspricht, und man müßte an der Weltordnung verzweifeln, wenn ihnen in dem gewaltigen Ringen dieser Schicksalstage der Sieg zufallen sollte. An einem Punkte im Osten haben wir die Nemesis bereits walten sehen. Denn ist es nicht eine wunderbare historische Fügung, daß die erste große Entscheidung zwischen Ost und West bei jenem Tannenberg gefallen ist, das am 15. Juli 1410 Zeuge war der Niederlage des Deutschen Ordens? Die Heerhaufen König Wladislaw Jagiellos und Witolds von Litauen bestanden zum größeren Teil aus Russen und Tataren, und ihr Sieg leitete eine Entwicklung ein, die für die deutsche Nation den Verlust ihrer kolonialen Gründungen an der Ostsee bis hinauf zur Narva nach sich zog. Die Zukunft der beiden Zweige des Deutschen Ordens in Preußen wie in Livland hing davon ab, daß es ihnen gelang, ihren Territorialbesitz auf breiter Basis zu verbinden. Nach jahrhundertlangem Ringen hatten sie dieses Ziel erreicht. Szamaiten, das sind die heutigen Gouvernements Kowno und Grodno, wurde erobert, und damit war die Vereinigung beider Ordenszweige zu einem geographischen Ganzen endlich möglich geworden. Aber die Niederlage des preußischen Ordens zerriß die Verbindung und die Livländer trafen erst nach gefallener Entscheidung ein und waren zu schwach, sie rückgängig zu machen. Szamaiten blieb dem polnisch-litauischen Staatskörper, und damit war auch das endliche Schicksal beider Zweige des Ordens entschieden. Der preußische wurde 1525 als polnischer Vasallenstaat säkularisiert, der livländische behauptete sich bis 1562 und fiel danach den Fremden: Dänen, Schweden,

Polen und Russen, zur Beute, nachdem er verheert worden war, weit ärger als heute irgendein Punkt Ostpreußens. Seither aber ist jenes Szamaiten das Tor geworden, durch welches alle Feinde Preußens und Deutschlands ihren Einzug gehalten haben.

Von dort aus suchte die Zarin Elisabeth Petrowna Friedrich dem Großen den Todesstoß beizubringen, und als 1805 Alexander I. den hinterlistigen Anschlag auszuführen unternahm, der Preußen in russische Vasallenschaft führen sollte, war Szamaiten das Tor, durch das er einzudringen beschlossen hatte. Ebenso hat Kaiser Nikolaus I., als er sich 1849 mit dem Plan trug, Preußen zu zwingen, sich seinem absolutistischen System anzuschließen, wie uns eine eigenhändige Aufzeichnung des Zaren zeigt, daran gedacht, aus Szamaiten in Preußen einzurücken und „durch sofortige Besetzung Ostpreußens bis zur Weichsel" Friedrich Wilhelm IV. seinem Willen zu beugen. Damals ist es dazu nicht gekommen, aber auch der schimpfliche Tag von Olmütz wäre nicht möglich gewesen ohne das offenstehende Tor von Szamaiten. Nun hat der Urenkel Nikolaus' I. den Gedanken seines Ahnherrn zu verwirklichen versucht. Bei Hohenstein und Tannenberg und in den masurischen Sümpfen haben seine Armeen dafür bluten müssen, und die russischen Gefangenen mögen jetzt in unseren Festungen und Konzentrationslagern über den Wechsel der Zeiten nachdenken.

Uns aber liegt ein anderer Gedanke näher: Ostpreußen darf seine heutigen offenen Grenzen nicht behalten, sie müssen nach Norden und Osten einen Abschluß erhalten, der sich mit Sicherheit verteidigen und behaupten läßt.

II.

Was sich in dem Monat vollzogen hat, der zwischen dem 12. September und 12. Oktober liegt, zeigt ein militärisches und politisches Bild, das seinesgleichen in der Geschichte der Menschheit noch nicht gehabt hat. Noch niemals haben so gewaltige Truppenmassen kämpfend einander gegenübergestanden, noch niemals sind Schlachten geschlagen worden, in welchen alle Errungenschaften der Technik wie der Wissenschaft in gleichem Maße von den Kriegführenden ihren Aufgaben zu Dienst gestellt worden sind, und noch niemals hat es Schlachtfelder von so ungeheurer Ausdehnung gegeben wie heute auf dem östlichen und auf dem westlichen Kriegsschauplatze. Es ist nicht möglich, der Schlacht

einen Namen nach dem Ort zu geben, an dem die Entscheidung fiel, denn sie fällt gleichzeitig auf einem ungeheuren Raum, der weit über hundert Kilometer umfaßt, und sie ist zugleich Belagerung und Feldschlacht, sie führt den Krieg unter der Erde und in den Lüften, während gleichzeitig die Marine denselben Kampf auf, über und unter dem Wasser ficht. Sie dauert nicht Tage, sondern Wochen, und stellt einen Koalitionskrieg dar, der mehr als die halbe Welt gegen Deutschland und Österreich-Ungarn geeinigt hat. Aber noch eines kommt hinzu, es ist zugleich ein Krieg der Lüge gegen die Wahrheit. Die berüchtigten Bulletins des ersten Napoleon erscheinen wie schwächliche Beschönigungen und Entstellungen im Vergleich zu der dreisten Verkehrung der Wahrheit in ihr Gegenteil, die bei allen Kundgebungen, die von England, Frankreich, Rußland ausgegangen sind, die Regel geworden ist. Es ist eine Verleumdungskampagne, um die noch schwankenden Entschließungen der neutralen Mächte zu bestimmen, ein systematisches Verfolgen aller Versuche, der Wahrheit einen Weg offen zu lassen. England hat alle Kabel durchschnitten, die nicht unter seiner Kontrolle stehen, es hat jede Zeitung beschlagnahmt, jeden Brief konfisziert, der Nachrichten enthielt, die nicht seiner Lügenfabrik entstammten, und, um ein Beispiel anzuführen, alle über englische Häfen fahrenden Reisenden neutraler Mächte darauf visitiert, ob sie nicht die gefährliche Konterbande der Wahrheit mit sich führten.

Die Folge war, daß in allen englisch redenden Staaten, in den großen Dominien Kanada, Neuseeland, Australien, Südafrika sowie in den Vereinigten Staaten von Nordamerika und in Südamerika die ungeheuerlichsten Gerüchte über deutsche Gewalttaten und über deutsche Niederlagen verbreitet wurden. In New York glaubte man so fest an eine deutsche Invasion in der Schweiz, daß große Geldmittel bereitgestellt wurden, um die angeblich an Leben und Eigentum bedrohten Landsleute zu befreien. Man muß die während der ersten Kriegswochen in Amerika erschienenen Zeitungen mit ihren Schmähungen gegen Deutschland und speziell gegen unsern Kaiser gelesen haben, um eine Vorstellung davon zu gewinnen, wie diese englische Verleumdungskampagne gewirkt hat. Erst in letzter Zeit beginnt sich eine Wandlung bemerkbar zu machen. Die Deutsch-Amerikaner und die amerikanischen Iren sind tapfer für uns eingetreten, die aus Deutschland repatriierten amerikanischen Bürger, welche die ersten Wochen des großen Krieges bei uns miterlebt haben,

wurden Zeugen für Deutschland, aber noch ist die Nachwirkung und die Weiterarbeit der englischen Intrige so stark, daß Präsident Wilson es möglich gefunden hat, das ihm zugegangene Telegramm Kaiser Wilhelms mit jener salbungsvollen und leeren Entgegnung zu beantworten, die weder warm noch kalt ist und die uns davon Zeugnis gibt, daß es an Mut fehlt, sich zur Wahrheit zu bekennen. Vielleicht lockt auch die zynische Aufforderung, die von englischer und von russischer Seite an die Vereinigten Staaten gerichtet worden ist, die Gelegenheit zu benutzen, um in Südamerika den deutschen Handel zu vernichten und den amerikanischen Handel das Erbe Deutschlands antreten zu lassen. Staatssekretär Dernburg, der zurzeit in Amerika weilt und überaus tätig und geschickt für unsere Interessen eintritt, hat jenen hinterlistigen Anschlag in einer seiner Reden ins rechte Licht gesetzt und ad absurdum geführt. Auch das soll nicht verschwiegen werden, daß einer unserer Austauschprofessoren, John W. Burgeß, mannhaft für uns eingetreten ist, und wir erwarten, daß sein Beispiel nicht ohne Nachfolge bleiben wird.

Von größerer Bedeutung könnte es freilich werden, daß die Vereinigten Staaten allmählich zur Einsicht kommen, daß die japanischen Bundesgenossen Englands nicht nur die deutschen Interessen in der Südsee schädigen und sich die deutschen Stützpunkte zu eigen zu machen bemüht sind, sondern in gleicher Weise darauf ausgehen, auch Amerika aus dem Stillen Ozean zu verdrängen. Noch ist es jedoch zweifelhaft, ob die Konzentrierung der amerikanischen Schlachtflotte in den Häfen der Philippinen mehr bedeutet als eine Demonstration, die den skrupellosen Staatsmännern in Tokio wenig Sorge machen dürfte, sobald sie überzeugt sind, daß der Demonstration keine Taten folgen werden. Es hat aber den Anschein, daß sie guten Grund haben, anzunehmen, daß Präsident Wilson und Staatssekretär Bryan entschlossen sind, unter allen Umständen Amerika den Frieden zu erhalten. Wie weit das klug ist, dürfte sehr fraglich sein. Schon der Fall von Kiautschou, dessen heldenmütige Verteidigung gegen die verbündeten Kräfte Japans und Englands zugleich eine Verteidigung Amerikas bedeutet, würde eine ernstliche Gefährdung der amerikanischen Interessen in China bedeuten, während die Festsetzung der Japaner auf unsern Südseeinseln ganz direkt die Besitzungen Amerikas auf den Philippinen und der Samoagruppe bedroht. Nun zweifeln wir zwar nicht daran, daß, nachdem wir mit unsern europäischen Feinden abgerechnet haben, auch die Reihe an

Japan kommen wird, dem eine Lektion, die es zur Bescheidenheit zurückführt, sehr not tut. Der Tag dieser Abrechnung mag noch ziemlich weit abliegen, aber er kann auch früher kommen, als wahrscheinlich ist, und auch der ferne Osten erfahren, daß diejenigen falsch gerechnet haben, die den Gedanken nicht fassen konnten, daß Deutschland der zahlreichen und so starken Feinde Herr werden könne, die es heute nicht einen nach dem andern, sondern gleichzeitig niederwirft. Der Fall von Antwerpen muß die Entscheidung in Frankreich nach sich ziehen und bedeutet zugleich eine ernste Niederlage Englands, das nunmehr ganz auf seine Seemacht und seine Insel angewiesen bleibt. Nun hat zwar England seine Bundesgenossen zu gemeinsamem Ausharren bis zum gemeinsamen Friedensschluß verpflichtet, aber es ist sehr geringe Aussicht, daß die Bundesgenossen in der Lage sein werden, ihm Wort zu halten. Den Frieden wird Deutschland diktieren, und unsere Feinde werden ihn schließen müssen, wenn ihre Kräfte ganz zusammengebrochen sind, zumal es keineswegs gegenseitige Zuneigung oder Interessengemeinschaft ist, die sie zusammengeführt hat, sondern trotz gegenseitiger Abneigung und trotz direkt entgegengesetzter Interessen, der gemeinsame Haß gegen Deutschland. Es ist wohl nützlich, auf diesen Gegensatz der Verbündeten von heute hinzuweisen. Noch im Oktober 1912 schrieb das vornehmste Organ des Moskauer Liberalismus, der „Golos Moskwy“: „Unser Hauptfeind und zugleich der Feind der gesamten Welt ist England, das nicht nur Rußland, sondern ganz Europa in einer Art Konzentrationslager gefangenhält wie einst die Buren in Südafrika.“ Im Juni 1909 aber schrieb der „Courrier Européen“, ein in Paris erscheinendes radikales, aber von der Regierung unabhängiges Blatt:

„Rußland, das, wie alle Welt wisse, von Gott geschaffen sei, um Frankreich vor einer deutschen Invasion zu schützen, habe von 1700 bis 1900 nichts getan als erobert, es habe wie ein Heuschreckenschwarm alles Land ringsum verwüstet, ohne irgendeine Kulturaufgabe zu erfüllen. Rußland werde sterben und sei bereits todkrank. Es sei ganz vergeblich, daß England und Frankreich sich bemühten, diesen Leichnam für lebendig auszugeben; die letzten Ereignisse (das Versagen in der bosnisch-herzogewinischen Krisis) haben bewiesen, daß der Arm, auf den die Westmächte sich zu stützen dachten, kraftlos sei.“ Was aber die Freundschaft Englands zu Frankreich betrifft, so ruht sie auf einem Fundament unüberwindlicher gegenseitiger Antipathie und nebenher auf gegen-

seitiger Geringschätzung. Als 1898 Lord Kitchener dem Obersten Marchand in Faschoda darlegte, daß es für England absolut notwendig sei, die französische Flotte zu zerstören, fügte er wörtlich hinzu: „Wir in England sind alle überzeugt, daß, nachdem diese Operation einmal vollzogen ist, wir die allerbesten Kameraden sein werden." Damals hat Delcassé auf solcher Grundlage die „Kameradschaft" mit England besiegelt. Man ließ die französische Flotte verkommen und wurde Englands Vasall. Heute aber, da auf französischem Boden die Schlachten Englands geschlagen werden, mag den einsichtigen Franzosen ein Gedanke wieder lebendig werden, den Henri Moreau im März 1906 in der „Europe Coloniale et Politique" aussprach: „Eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland wäre nicht nur ein Ehrendenkmal für das 20. Jahrhundert, sondern zugleich die größte Wohltat für die Alte Welt." Das war ganz richtig gedacht, und Deutschland hat mehr als einmal den Franzosen die Hand entgegengestreckt. Jedesmal warf sich uns ein neues Aufflammen des unversöhnlichen französischen Chauvinismus entgegen, das nach der Delcasséschen Verschwörung mit England völlig unbelehrbar dem Verhängnis entgegeneilte, das sich jetzt vollzieht.

Es gibt eine umfangreiche französische Literatur, die seit Jahr und Tag bemüht ist, den Beweis zu erbringen, daß Deutschland ein niedergehender Staat ist, und nur wenige Franzosen vermochten es, der Wirklichkeit, wie sie bei uns und bei ihnen selbst war, ins Auge zu blicken. Einer von ihnen aber hat schon 1906 in wahrhaft prophetischem Blick das Bild der Zukunft entworfen, die heute Gegenwart ist. Das war der ehemalige Minister des Auswärtigen Emile Flourens, in dessen Buch: „Das eroberte Frankreich" wir die folgende Betrachtung finden: „Frankreichs Aufgabe ist heute, den Gegnern Großbritanniens auf dem Kontinent die Spitze zu bieten, während die englische Flotte sie auf hoher See zermalmt." Die Last müsse Frankreich tragen. Ein Widerstand sei unmöglich, denn die Nation sei bereits nicht mehr imstande, sich dem englischen Einfluß zu entziehen. Doch sollte man trotz allen Prestiges, das England gewonnen habe, nicht vergessen, daß diese Macht an unheilbarer Schwäche leide. Die Allianz mit Japan, deren Zweck es war, die Grenzen Indiens zu schützen, habe dieses Geheimnis offenbart ... „England kann heute nicht anders, als es öffentlich bekennen, daß seine Großmachtstellung von der Gnade Japans abhängt ..." Im Hinblick auf den Krieg gegen Deutschland, den er infolge der englisch-französi-

schen Entente bereits damals kommen sieht, erklärt Flourens, daß er zwar als Franzose auf den Sieg hoffe, daß es aber Pflicht sei, auch die andere Möglichkeit ins Auge zu fassen. Siege Deutschland, so bringe jeder Tagesmarsch es der Meeresküste näher, bis nach Boulogne und Calais, wo der nächste günstige Nebel abzuwarten sei, um die Pläne Napoleons zu verwirklichen. Ziehe aber Deutschland in Paris ein, so werde es wie Napoleon aus den Feinden von gestern seine Alliierten machen.

Jedenfalls stehen wir vor großen Entscheidungen. An der Aisne wie an der Weichsel muß die Hauptmacht des Feindes geworfen sein, wenn diese Zeilen dem Leser vor Augen kommen. Auch die Türkei muß dann ihre endgültige Entscheidung getroffen haben, und wir zweifeln nicht daran, daß sie sich auf unsere Seite stellen wird. Ein neuer Versuch Rußlands, Rumänien zu sich herüberzuziehen, steht ohne Zweifel bevor, über den Erfolg wird die Schlacht an der Weichsel zu entscheiden haben. Mit dem Neumond endlich sind neue Unternehmungen der englischen wie der deutschen Flotte zu erwarten.

Wir haben, wie zu unserem Heere, die größte Zuversicht zur Leitung und Tatkraft unserer Marine, die bereits den Beweis erbracht hat, daß auch der stärkere Feind sie nicht schreckt. Über jeder kriegerischen Unternehmung, zu Wasser wie zu Lande, sehen wir aber im Geist die Helden unserer Luftfahrzeuge schweben, als kühne Helfer im Kampf, als untrügliche Späher und als Vorboten weiterer Taten.

(Deutsche Revue, Novemberheft.)

Russischer Imperialismus.

Es bedarf in der jetzigen Zeit, da unser Volk seine Männer und Jünglinge auf den Schlachtfeldern von West und Ost für die Ehre und die Zukunft des Vaterlandes ihr Leben einsetzen sieht, einer besonderen geistigen Anstrengung, von den Problemen des Tages zurückzugreifen zu den großen historischen Zusammenhängen, die uns zeigen, wie aus der Vergangenheit sich die Gegenwart aufgebaut. Aber es ist gewiß nützlich, sich diese Zusammenhänge gewärtig zu halten und auf eine ihrer Seiten soll hier hingewiesen werden: auf den russischen Imperialismus.

Das russische Volk ist zu keiner Zeit von kriegerischen Instinkten beherrscht gewesen, und es läßt sich auch im ganzen Verlauf seiner Geschichte ein politischer Ehrgeiz nicht nachweisen, der auf weite Ziele gerichtet gewesen wäre. Als Ackerbauer und Krämer hat dieses Volk jahrhundertelang vegetiert, ehe der Ehrgeiz und der Tatendurst der skandinavischen Häuptlinge, die sich ihm zu Herren aufwarfen, Richtung und Zusammenhang in ihr Leben hineintrug. Die Tatkraft dieser „Waräger Fürsten" ging aber verloren, sobald sie und ihre skandinavische Gefolgschaft sich dem slawischen Wesen assimiliert hatten, und zweieinhalb Jahrhunderte tatarischer Gewaltherrschaft und Knechtung haben danach den Charakter des Volkes und die Geistesrichtung seiner Fürsten umgemodelt. Das Volk gewöhnte sich an stummen Gehorsam, das Fürstengeschlecht nahm die treulose Gewaltpolitik der Tataren zum Vorbild und errichtete im Herzen des heutigen Rußlands, auf ursprünglich finnischem Boden, den Einwanderer aus dem slawischen Süden und Westen kolonisiert haben, jenes Großfürstentum Moskau, in dem der russische Imperialismus in seiner älteren Gestalt geboren wurde. Das maßgebende Ereignis war der Fall Konstantinopels 1453 und die Vermählung des Großfürsten Iwan III. mit der Nichte des letzten Kaisers von Byzanz, der Paläologin Zoë, im Jahre 1472. Mit dem Fall von Konstantinopel erstand in Moskau die Theorie vom dritten Rom. Gott habe das erste römische Weltreich wegen seiner Sünden zusammenbrechen lassen, jetzt sei Konstantinopel das zweite Rom, den Ungläubigen zu eigen gegeben und nun Moskau, die rechtgläubige Stadt, berufen worden, das Erbe beider zu übernehmen. Iwan III. nahm den byzantinischen Doppeladler in das Reichswappen auf, er zerbrach die halbe Selbständigkeit der noch fortlebenden russischen Teilfürstentümer, zerstörte Nowgorod, warf die Saat aus, die bestimmt war, die Keime für eine Zersetzung des polnischen Reichs aufgehen zu lassen, und suchte in gewaltigem Ansturm, auf Kosten des livländischen Zweiges des Deutschen Ordens, festen Fuß an der Ostsee zu fassen. Dieser Versuch ist noch zweimal ohne Erfolg, aber unter furchtbarer Verwüstung dieser ältesten deutschen Kolonie wiederholt worden, unter Iwan dem Schrecklichen und unter dem zweiten Zaren der neuen Dynastie der Romanows, Alexei Michailowitsch, der zu der Zeit, da der Große Kurfürst die Schlacht bei Warschau schlug, vergeblich Riga belagerte. Erst sein Sohn Peter Alexejewitsch, der Große, erreichte das Ziel. Der Friede von Nystadt,

1721, sicherte ihm den Besitz von Ingermanland, Estland und Livland, und durch verschlagene Ehebündnisse suchte er eine Anwartschaft auf Kurland, Braunschweig, Mecklenburg und Holstein seinen Nachfolgern vorzubereiten, um so allmählich den ganzen Kranz der deutschen Ostseestaaten jenem dritten Rom, der neuen von Osten nach Westen vordringenden russischen Weltmacht, zu sichern. Auch an der Zersetzung Polens hat er systematisch gearbeitet. Gescheitert sind seine imperialistischen Pläne im Süden. Die Eroberung von Asow war ein kurzlebiger Triumph, und die Niederlage, die er 1712 am Pruth erlitt, brachte seine gegen die Türkei gerichteten Eroberungspläne zu Fall. Aber es gibt kein Ziel russischen Ehrgeizes, nach dem Peter der Große nicht seine Hand ausgestreckt hätte, und wenn das „Testament Peters des Großen" auch in das Reich der historischen Fabeln gehört, so sollte doch sein Leben ein Zukunftsprogramm für die Politik Rußlands sein, das für die Richtung des russischen Imperialismus vorbildlich geblieben ist; 1721 hat er einen Feldzug nach Persien unternommen, und seine politischen Fühler reichten bis nach Indien und China. Er ist der erste gewesen, der die Gedanken einer russisch-französischen Allianz aufnahm. Seine Tochter, die Kaiserin Elisabeth, hat ihn verwirklicht und sich bekanntlich in Ostpreußen huldigen lassen, als die große Koalition Wirklichkeit geworden war, die aus dem König von Preußen einen Margrave de Brandebourg machen wollte.

Einen neuen imperialistischen Anlauf nahm Rußland unter Katharina II. Sie vollendete das Werk Peters in Polen und in Kurland, sie schob nach Süden die russischen Grenzen bis an die Nordküste des Schwarzen Meeres vor. Sie setzte die Eroberung Sibiriens fort, erreichte Kamtschatka und das Meer von Ochotsk und faßte in Nordamerika auf der Halbinsel Alaska Fuß. Die Umrisse des Weltreiches sind von ihr nach Westen und Osten, vom Meer zum Meer, festgestellt worden. Sie dachte auch im Süden das Werk Peters zum Abschluß zu führen und aus der Balkanhalbinsel eine russische Sekundogenitur zu machen. Zeitweilig glaubte sie diesem Ziel ganz nahe zu sein, im Frieden zu Jassy 1792 mußte sie es fahren lassen. Mit ihrem Tode beginnt eine neue Periode in der Geschichte des russischen Imperialismus. Die Ziele bleiben dieselben, aber an die Stelle einer rücksichtslosen und zynischen Machtpolitik tritt eine unwahre Prinzipienpolitik, die, mit großen Tugendphrasen verbrämt, sich durchzusetzen weiß und den Firniß europäischer Kultur, den Katharina so meisterhaft ihrem Hof aufzutragen verstanden

hatte, auf weitere Kreise zu übertragen begann. Unter Alexander I. fangen die imperialistischen Ideen an, verbunden mit abendländischen Freiheits- und Kulturidealen, im Heer und in einigen Kreisen der „Gesellschaft" an Boden zu gewinnen. Der Kaiser Nikolaus I. schlägt sie gewaltsam nieder, kann aber nicht verhindern, daß sich eine Partei in Rußland bildet, die ein neues Stadium des russischen Imperialismus vorbereitet, das von allergrößter Bedeutung werden sollte: die Slawophilen. Es war ursprünglich eine literarische Bewegung, die eine politische Färbung annahm und nach innen zu panrussistischen Idealen, d. h. zur Vorstellung führte, daß alle in Rußland lebenden Fremdvölker sprachlich assimiliert und konfessionell zur russisch-orthodoxen Kirche bekehrt werden sollten; nach außen bildete sich diese Bewegung zum Panslawismus um, d. h. zu einem politischen Ideal, welches verlangte, daß alle slawischen Bevölkerungen Europas unter russischer Oberherrschaft mit dem heiligen russischen Reich zu vereinigen seien. Es ist nun charakteristisch, daß, während bisher politische Ideen, soweit überhaupt davon die Rede sein dürfte, vom Hofe ausgegeben wurden, fortan die offizielle Politik durch diese von der „Gesellschaft" ausgegebenen Schlagwörter bestimmt wurde. Die Regierung Alexanders II. wird bereits von ihnen beherrscht, unter Alexander III. sind sie zur offiziellen Doktrin geworden, aber dadurch modifiziert, daß ihre Spitze sich fortan vornehmlich gegen Deutschland und die Deutschen in Rußland richtet, was dann, in naheliegender Konsequenz, zur Allianz mit dem revanchelustigen Frankreich führt, so daß in den hundert Jahren, die zwischen dem Tode Katharinas II. und dem Regierungsantritt Nikolaus' II. liegen, zwar die deutsch-feindliche Tendenz immer mehr überwiegt, daneben aber der Vorstoß Rußlands nach Süden und Osten folgerichtig fortgesetzt wird. Dreimal, 1828, 1853 und 1878 hat Rußland die Türkei mit Krieg überzogen, der diplomatische Feldzug, der auf die Zersetzung des türkischen Reiches hinarbeitete, ist niemals unterbrochen worden. Wenn nach 1878 auch kein Krieg gegen die Türkei geführt worden ist, hat Rußland doch nichts versäumt, das Fundament ihrer Existenz zu untergraben; im Osten aber wurde der ganze Kranz der mittelasiatischen Selbständigkeiten absorbiert, China angegriffen und jene Lage geschaffen, die zum Russisch-Japanischen Kriege führte und den scheinbaren Übergang Rußlands zu den Formen eines Verfassungsstaates zur Folge hatte. Seither hat Rußland sich mit Japan auf Kosten Chinas, mit England auf Kosten

Persiens und der Türkei verständigt. Beide Mächte sind in das russisch-französische Bündnis hineingezogen worden, und wie in einem Sammelbecken hat darauf England all diese Feindseligkeit aufgefangen, um sie gegen Deutschland zu richten. Der russische Imperialismus, selbst in der Kombination mit den französischen Revanchegelüsten, hätte den Weltkrieg nimmermehr herbeigeführt, wenn England ihn nicht gewollt hätte. In all seiner Gier und Falschheit ist der russische Imperialismus doch wohl nicht so gefährlich wie der englische, dessen bodenlose Doppelzüngigkeit und Unwahrheit selbst von dem Grafen Ignatiew, dem Vater der Lüge byzantinischen Angedenkens, nicht übertroffen worden ist. Das russische Volk als solches hat mit dem russischen Imperialismus nichts zu tun. Es teilt weder seine Ideale, noch versteht es sie. Aber es gehorcht noch dem Gebot von oben. Wie lange das noch geschehen wird, kann zweifelhaft sein: sicher ist aber, daß es in der Regierung, deren Rufen es zähneknirschend Folge leistet, den eigentlichen Feind sieht, nicht in den Deutschen und Österreichern.

(Leipziger Illustrierte Zeitung, November 1914.)

Einige Gedanken über den Ursprung der englisch-französisch-russischen Koalition gegen Deutschland.

Es ist wohl nicht genügend zur Geltung gebracht worden, daß ein psychologischer Rechnungsfehler von seiten Frankreichs in verhängnisvoller Weise die Knoten geschürzt hat, die den gewaltigen Krieg, in dem wir stehen, herbeigeführt haben. Weder das französische Volk noch die leitenden französischen Staatsmänner haben ursprünglich einen Krieg mit uns auf sich nehmen wollen. Dazu war trotz allem die Erinnerung an die Schrecken von 1870/71 zu lebendig im allgemeinen Bewußtsein. Wohl aber ist, speziell seit 1904, d. h. seit Abschluß der englisch-französischen Entente, die französische Politik darauf gerichtet gewesen, eine Kombination zu schaffen, die durch das Gewicht ihrer Macht Deutschland nötigen sollte, auch ohne Kampf einen Rückzug anzutreten, der im Effekt den Verzicht auf unsre Großmachtstellung bedeutet hätte. Das war die Politik, deren typischer Vertreter Herr Delcassé war, als er den Konflikt um Marokko vorbereitete. Delcassé wußte im Frühjahr 1905 sehr wohl,

daß Frankreich nicht kriegsbereit war, aber als man ihm diese Tatsache vorhielt und auf die stets bereite Schlagfertigkeit Deutschlands hinwies, das sich eine Beleidigung nicht werde ungestraft gefallen lassen, da antwortete er: sie werden es nicht wagen! „Ils n'oseront pas!" Er war fest überzeugt, daß jetzt, da zu der russisch-französischen Allianz die politische Verständigung mit England getreten war, von der er wußte, daß sie militärische, nicht bloß diplomatische Hilfe bot, Deutschland, im Angesicht einer Koalition von drei Großmächten, es nicht wagen werde, seine Rechtsansprüche aufrecht zu erhalten. Wenn man in Berlin so rede, sei es ein bloßer Bluff! Der Einzug Kaiser Wilhelms in Tanger am 31. März 1905 zeigte jedoch, daß in der Tat ein fester Wille die Madrider Verträge von 1880 stützte, und die Folge war der Sturz Delcassés. Derselbe Ruf, daß Deutschland „bluffe", wiederholte sich, als in der Krisis, welche die Annexion Bosniens und der Herzegowina 1909 nach sich zog, Deutschland den kombinierten Drohungen Rußlands und seiner Mitläufer England und Frankreich gegenüber erklärte, daß es unter allen Umständen die Verpflichtungen getreu erfüllen werde, die ihm das Bündnis mit Österreich auferlege. In London wie in Paris war man aufs äußerste verstimmt, als Rußland am 25. März 1909 die Erklärung abgab, daß es die Annexion von Bosnien und der Herzegowina anerkenne und dadurch auch Serbien genötigt ward, einen Rückzug anzutreten. Man hatte eine politische Niederlage Deutschlands und Österreich-Ungarns mit Sicherheit erwartet und es für undenkbar erklärt, daß Deutschland um Österreichs willen sich der ungeheuren Gefahr aussetzen werde, die ein Zusammengehen Rußlands, Englands und Frankreichs bedeutete. Als die Krisis begann, im Mai 1908, erklärte die „Nowoje Wremja", der Dreibund sei ein „politisches Phantom", und im Januar 1909 erklärte ein inspiriertes Organ der englischen Presse, der „Observer", daß England für den Kriegsfall „mit all seinen Hilfsmitteln und Streitkräften" auf seiten seiner Freunde stehen werde. Als dann nach einer stürmischen Sitzung des russischen Ministerkomitees die Duma die offizielle Mitteilung erhielt, daß Rußland nicht vorbereitet sei, einen Krieg auf sich zu nehmen, war die Enttäuschung in den zum Kriege treibenden Kreisen Englands und Frankreichs kaum zu beschreiben. In drei aufeinanderfolgenden Leitartikeln vom 11., 12. und 13. März gab der „Temps" aufs neue das Schlagwort von dem großen „Bluff" Deutschlands und Österreichs aus, und die „Times" hat, wie nicht anders zu erwarten

war, in dasselbe Horn geblasen. Parallel damit ging eine Panik in England, die benutzt wurde, um eine neue Vermehrung der Flotte vom Parlament zu erlangen, und das sehr lehrreiche Bekenntnis, daß nun alle Hoffnung geschwunden sei, durch einen Kontinentalkrieg die Gefahr, die England von der wachsenden deutschen Flotte drohe, ablenken zu können. Es schien praktischer, sofort gegen unsre Flotte vorzugehen, und Admiral Fitzgerald sprach es in einer Guildhallrede direkt aus. „Man hat uns", sagte er, „den Handschuh hingeworfen, wir müssen ihn aufheben."

Die leitenden englischen Staatsmänner dachten vorsichtiger. Die französische Theorie vom deutschen Bluff schien ihnen nicht überzeugend bewiesen zu sein, und die Tatsache, daß Rußland sich selbst für nicht kriegsbereit erklärt hatte, wirkte ernüchternd. Man entschloß sich, eine günstigere Gelegenheit abzuwarten, vor allem aber sich selber für den Augenblick vorzubereiten, in dem der entscheidende Schlag geführt werden sollte. Asquith brachte sein Programm vom Zwei-Mächte-Standard ein, aber bei der Panik, die damals wie ein ansteckendes Fieber durch ganz England ging, als der russische „Freund" versagte, schien das ungenügend und dieser Aufschub unerträglich. Der Londoner „Standard" veröffentlichte einen ihm aus Kanada zugesandten Artikel (Juni 1909), in dem es hieß: „Es gibt sechs Regeln für siegreiche Kämpfe; hält man sich an die sechste: „den ersten Schlag führen", so mag man die übrigen vergessen. England hat heute eine Übermacht zur See, die niemand herausfordern darf. Wenn es diese Gelegenheit nutzt, kann es seinen Feinden zuvorkommen. Zwei Wochen, vielleicht zwei Tage werden genügen, des Kaisers Seemacht zu vernichten; ist sie erst aus der Welt geschafft, so würde der Friede Europas gesichert sein."

Acht Tage danach veröffentlichte die „Morning Post" eine Ausführung, in der es hieß: „Wir sind in der Lage, die deutsche Kriegsflotte zu zerstören, und den ungeheuren und zunehmenden deutschen Handel völlig zu ruinieren... eine entschlossene Politik wie diese wird vielleicht den Frieden erhalten. Deutschland wird nachgeben, einfach weil es nicht fertig ist." Auch hier klingt die gefährliche Anschauung durch, daß die Entschiedenheit, mit der Deutschland seine Würde und politische Ehre aufrecht erhielt, nichts andres sei als ein Bluff! Aber, wie gesagt, das englische Ministerium hielt den Augenblick nicht für günstig. Nicht nur Rußland sollte Zeit finden, weiter zu erstarken, auch England selbst

wollte stärker werden. Und so baute man neue Dreadnoughts und Überdreadnoughts und wartete auf eine günstige Gelegenheit. Es kam hinzu, daß man sich des Geschreis der gelben Presse zu schämen begann, und daß der Hohn, mit dem die amerikanischen Zeitungen dies Treiben begleiteten, doch stark ernüchternd wirkte. So schrieb der „New York American": „Das Kläglichste in der Welt ist ein großes Reich, das von Panik ergriffen ist. Die Panik des großen und mächtigen Rom, als die Goten kamen, war kläglich. Aber die Panik Englands, da niemand kommt, ist mehr als kläglich. Sie ist entsetzlich. Wer greift denn England an? Wo ist der Feind? Das weiß niemand! Die Führer dieses dekadenten Reiches reden und kreischen wie im Säuferwahnsinn (like dipsomanes). Sie heulen nach mehr Flotten, sie schreien nach größeren Armeen und wissen nicht, wer sie angreifen will!"

Es ist wie ein prophetischer Ausblick in die Gegenwart, da England alle Weltteile und alle Rassen herbeiruft, weil es trotz seiner Flotte und trotz seiner beiden Alliierten sich nicht zu helfen weiß.

Nach der Panik von 1909 folgte eine Zeit leidlicher Ruhe, die durch das Ende 1910 abgeschlossene Potsdamer Abkommen zwischen Deutschland und Rußland die erfreuliche Aussicht auf Verstummen jenes Kriegsgeschreis zu bieten schien, das bereits einen chronischen Charakter angenommen hatte. In Rußland hatte mit dem Ministerium Ssasonow die friedfertige Tendenz zeitweilig das Übergewicht gewonnen. Das System der Schikanen gegen den Ausbau der Bagdadbahn wurde aufgegeben, gegen das Versprechen Deutschlands, die russischen Zirkel in Persien nicht zu stören, und beide Mächte verpflichteten sich gegeneinander, keinen gegen einen von ihnen gerichteten Angriff, von wem er immer ausgehe, zu unterstützen. Das gab dann zu Anfang 1911 Anlaß zu einer neuen antideutschen Kampagne in England, zu der die Absicht Hollands, Vlissingen zu befestigen, den Vorwand gab. Da der Bau neuer Befestigungen nicht stattfand, tröstete man sich jedoch schließlich in London mit dem Gedanken, daß es abermals der Presse gelungen sei, durch ihr rechtzeitiges Einschreiten eine deutsche Intrige zuschanden gemacht zu haben. Deutschland sei zurückgewichen vor den kräftigen Worten, die man ihm an den Kopf warf, und daraus folge klärlich, welches die Methode sei, nach der man mit Deutschland verhandeln müsse. Im Verlauf dieser Erörterungen aber gab der „Standard" eine Erklärung über die zwischen Frankreich und England bestehende militärisch-politische Vereinbarung,

die, wie wir heute wissen, der sorgfältig von den offiziellen Vertretern Frankreichs und Englands geheim gehaltenen Wirklichkeit entsprach und die wörtlich lautete: „Frankreich und England sind verpflichtet, einander zu Wasser und zu Lande, sowohl durch Krieg wie durch Verhandlungen, zu unterstützen, falls eine von beiden Mächten durch eine Kombination von Mächten angegriffen werden sollte." Das bedeutete, bei der bekannten Dehnbarkeit des Begriffs „Angriff", ein Schutz- und Trutzbündnis, was ja auch, trotz der Reservatio mentalis, die den wahren Sinn der „politischen und militärischen Unterhandlungen" beider Kabinette zu verhüllen sucht, tatsächlich der Fall gewesen ist. Schon der April 1911 bewies die Wahrheit der Angaben des „Standard". Ende des Monats kündigte General Moinier an, daß Frankreich gegen Fez vorgehen werde, und am 21. Mai trafen seine Truppen tatsächlich dort ein. Das war eine offenkundige Verletzung der Verträge von Algeciras und vom 9. Februar 1909, und die Antwort, die Deutschland darauf gab, war die Entsendung des „Panther" nach Agadir, um den Franzosen anzuzeigen, daß man 1911 ebensowenig wie 1905 geneigt sei, seine Rechte mißachten zu lassen, und daß das Vorgehen gegen Fez eine neue Lage geschaffen habe, die eine neue Lösung finden müsse. Sie kam am 4. November mit der Unterzeichnung des Berliner Marokkovertrages durch Herrn v. Kiderlen und Herrn Cambon. Während dieser ganzen Krisis hat England eine drohende Haltung gegen uns eingenommen, und auch in Frankreich war man bemüht, uns durch Säbelgerassel einzuschüchtern. Es tauchte wiederum die Behauptung auf, die ganze Agadir-Demonstration sei nichts andres gewesen als ein Bluff, und der große Fehler der englischen wie französischen Politik, ihn ernst genommen zu haben. Der Schluß, der daraus gezogen wurde, war, daß man bei nächster Gelegenheit durch einen stärkeren Druck die Demütigung Deutschlands erreichen müsse. Die Parole lautete fortan: Stärkung der Rüstungen; und das Jahr 1912 begann unter drohenden Aspekten. England konzentrierte seine Flotten im Kanal und in der Nordsee, in Frankreich wurde ein neues Flottenprogramm durchgesetzt, und Churchill hatte die Insolenz, uns zuzurufen, daß die englische Flotte eine Notwendigkeit, die deutsche ein Luxus sei. In Rußland aber mehrten sich die Angriffe auf das Auswärtige Amt und seinen Leiter, der die Zeit der politischen Spannung nicht ausgenutzt habe. Parallel damit gingen Verhandlungen über eine deutsch-englische Verständigung, die wir nun, nachdem wir

den Untergrund der geheimen Verpflichtungen kennen, die England auf sich genommen hatte, unserseits als einen bösartigen Bluff bezeichnen müssen, der nur bezweckte, uns irrezuführen, und außer bei einigen nicht eingeweihten Politikern von keinem englischen Staatsmann ernst genommen wurde. Auch hat die offizielle Politik der Ententemächte, wie sie sich in der Praxis des politischen Lebens geltend machte, schon damals den Charakter einer Verschwörung getragen, welche die Vorbereitungen zu der großen Aktion treffen sollte. Man wollte Deutschland zwingen, sei es durch Waffengewalt oder unter dem lähmenden Druck der gewaltigen Macht, die man ihm gegenüberstellen wollte, auf seine Großmachtstellung zu verzichten.

Die Reise des damaligen Ministerpräsidenten Poincaré, der vom 10. bis 16. August 1912 in Petersburg weilte, wo er und Herr Ssasonow unter dem Druck der russischen Kriegspartei sich darüber verständigten, daß Frankreich von der zweijährigen Dienstzeit zurückkehren und Poincaré zum Präsidenten der französischen Republik gewählt werden solle, verfolgte dieses Ziel. Gleichzeitig beanspruchte Rußland eine neue Anleihe, um sein strategisches Eisenbahnnetz gegen Deutschland und Österreich-Ungarn auszubauen. Es lag dabei nicht die Absicht vor, sofort einen Krieg zu provozieren, sondern das Jahr 1916 wurde in Aussicht genommen. Bis dahin rechnete man darauf, die russische Flotte, für welche die Duma große Mittel bewilligt hatte, fertigzustellen. Auch mußte Rußland sich verpflichten, seine militärische Aufstellungen wieder näher an die Westgrenze des Reichs zu verlegen.

Die Wirkung dieser Vereinbarungen, in welche England eingeweiht wurde, zeigte sich sehr bald. In England schlug Lord Roberts aufs neue kriegerische Töne an und verlangte Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, Lord Beresford variierte das bekannte Thema von der unbedingten Notwendigkeit, die englische Flotte weiter zu verstärken. Sie stießen aber beide auf heftigen Widerspruch in einem Teil der Presse, und wir wollen uns nicht versagen, eine dieser Stimmen hier zu Wort kommen zu lassen, da sie die beste Widerlegung der verleumderischen Vorwürfe bringt, die heute von allen Seiten gegen uns erhoben werden:

„Lord Roberts" — schrieb die „Nation" — „sagt, daß der Krieg in dem Augenblick ausbrechen werde, da die deutschen Streitkräfte ihrer Überlegenheit auf jeder Seite sicher sein würden. „Deutschland schlägt los, sobald diese Stunde geschlagen hat." Aber Deutschland hat niemand

seit 1870 angegriffen, und damals schlug es, um seine nationale Einheit zu sichern und den steten Drohungen des französischen Imperialismus ein Ende zu machen; seither ist es das friedfertigste, in sich genügsamste, wenn auch gewiß nicht das sympathischste Glied der europäischen Völkerfamilie gewesen. Frankreich hat einen großen Teil von Nordafrika absorbiert, wir haben gewaltsam ein neues Stück Südafrika geschaffen, Rußland, Italien, Österreich haben Angriffskriege geführt. Deutschland ist noch heute das Deutschland von 1870, ein großes Reich der Industrie, an dem Wissenschaft und Handel weiterbauen. Und darauf baut Lord Roberts sein unwissendes Pasquill auf! Er gibt tatsächlich seinen Zuhörern die Versicherung, daß er Deutschland nicht tadle, weil jede große Nation das Recht habe, über ihre Nachbarn herzufallen, wenn sie die Macht dazu hat, und zieht daraus direkt den Schluß, daß wir Deutschland tun sollten, was, wie er fälschlich behauptet, Deutschland sich vorbereitet, uns zu tun. Das ist eine Moral für ein Rudel Wölfe, nicht für eine Gesellschaft christlicher Männer, und wurde — als ausgezeichnete Politik — der britischen Nation in Gegenwart eines Bischofs der anglikanischen Kirche empfohlen." Diese Polemik, der eine ähnliche Bewegung in Rußland parallel ging, in welcher der alte Fürst Meschtscherski die Rolle der „Nation", die „Nowoje Wremja", die des Lord Roberts spielte, zog sich bis an das Ende des Jahres 1912 hin, während gleichzeitig der Krieg auf der Balkanhalbinsel wütete, und die russische Politik bemüht war, den großen Balkanbund zu bilden, durch den sie Österreich-Ungarn von Süden anzugreifen plante.

Nun schürzten sich die Knoten, die zur Katastrophe führen sollten, immer mehr. Am 18. Februar 1913 trat, nach seiner glücklich unter ungeheurer Reklamearbeit durchgesetzten Wahl, Poincaré die Präsidentschaft der französischen Republik an. Ziemlich genau einen Monat vorher hatte in Konstantinopel der Staatsstreich Enver-Beis stattgefunden, von dem der Beginn der wirklichen Wiedergeburt der Türkei zu datieren ist; eine neue Balkankrisis brach aus, und in den Wandlungen und überraschenden Wendungen dieser Krisis erhitzte sich die öffentliche Meinung Rußlands, wie sie in den Slawenbanketten zum Ausdruck kam, so sehr, daß Europa im März 1913 wiederum unmittelbar vor einem russisch-österreichischen und damit vor einem europäischen Kriege zu stehen schien; auch damals hat die Erklärung Deutschlands, daß es seinen Verbündeten nicht im Stich lassen werde, in Petersburg den Ausschlag

für Erhaltung des Friedens gegeben. Man wußte in Rußland also ganz genau, welche Folgen ein Angriff auf Österreich haben werde, und ebenso wußte man in Paris und London ganz genau, was ein österreichisch-russischer Konflikt für die Welt bedeuten werde. Dieser Konflikt war jeden Augenblick herbeizuführen, sobald die russische Regierung ihn herbeiführen wollte, oder wenn sie zu schwach war, dem Andrängen der vom Großfürsten Nikolai Nokolajewitsch geführten Kriegspartei länger die Spitze zu bieten. Es ist dabei in Betracht zu ziehen, daß der Gedanke, die Balkanvölker zu einer gegen Österreich gerichteten Koalition zusammenzufassen, keinen Augenblick aufgegeben wurde. Auch nach dem für Bulgarien so unglücklich auslaufenden Kriege gegen Serbien und Griechenland hielt man an diesem Plan fest. Die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand wurde als eine unangenehme Verlegenheit empfunden, weil der Anstand verlangte, die Ermordung dieses von Rußland meistgehaßten Mannes zu verurteilen. Aber es war ein Meisterstück der Politik des Dreiverbandes, daß sie es verstand, diese Mordaffäre wie durch ein Taschenspielerkunststück vom politischen Horizont verschwinden zu lassen und an ihre Stelle das großmütige Eintreten für die Unabhängigkeit Serbiens zu setzen. Dieses letztere Schlagwort wurde der Hebel, mit dessen Hilfe die für Aufschub des Krieges eintretende Partei im russischen Ministerium und am kaiserlichen Hofe aus dem Sattel gehoben wurde. Der Unterstützung Frankreichs und Englands fühlte man sich sicher, und zugleich beruhigte man die noch fortdauernde schüchterne Opposition mit der Versicherung, daß es bei einem russisch-österreichischen Krieg bleiben werde; Deutschland meine es mit seiner „Nibelungentreue" nicht ernst; wie stets vorher stehe man auch jetzt einem deutschen „Bluff" gegenüber! Alles Weitere dürfen wir als bekannt voraussetzen. Was vorherging, ist die Vorgeschichte des Krieges, von der im englischen Blaubuch kein Wort zu finden ist. Es ist aber unerläßlich, diese Vorgeschichte zu kennen, wenn man nicht aus der Geschichte eine Fabel machen will.

(Deutsche Revue 1914, Dezemberheft.)

Die grüne Insel und ihre Bedeutung im jetzigen Kriege.

Als politisches Problem hat das Schicksal Irlands, der grünen Insel, für das kontinentale Europa nur gelegentlich, zur Zeit großer europäischer Konflikte, weitergehendes Interesse erweckt, und dann hat man es als Mittel zu Zwecken benutzen wollen, die an sich mit den irischen Interessen und Lebensfragen nur wenig zu schaffen hatten. Die Kämpfe der Iren um Home Rule, das heißt um eigenes Regiment auf eigenem Boden, fanden meist nur insoweit größere Beachtung, als sie in Zusammenhang mit dem Ringen der beiden großen politischen Parteien Englands um den Sitz am Staatsruder standen. Wie es im Innern Irlands aussah, wurde nur gelegentlich bekannt, wohl aber wußte man, daß England einen großen Teil seiner besten Mannschaft aus Irland zog und die lange Reihe hervorragender Iren, die als Feldherren, Staatsmänner und Schriftsteller zu hohem Ansehen in englischen Diensten emporrückten, schien zu beweisen, daß die Klagen über Bedrückung Irlands doch nicht tragisch zu nehmen seien. Nur wenige kannten die Wahrheit und nur selten drang sie aus den Reden der Opposition an das Licht der Öffentlichkeit. Seit Gladstone 1886 und 1892 mit seinem Versuch, vom englischen Parlament Gerechtigkeit für Irland zu erlangen, gescheitert war, verstand es die zur Regierung gelangte unionistische Koalition zwanzig Jahre lang, die irische Frage gleichsam zu begraben. Das änderte sich erst, als im Dezember 1905 eine liberal-radikale Regierung mit ihrem Anhang an Iren und Arbeitern ans Ruder gelangte. Da mit den Stimmen dieses Anhanges gerechnet werden mußte, war es nunmehr nur eine Frage der Zeit, wann die Gladstoneschen Pläne im Prinzip als berechtigt, und ihre Durchführung als notwendig anerkannt werden mußten. Das sehr bescheidene Home Rule-Projekt des Kabinetts Campbell-Bannerman stieß jedoch auf eine doppelte Opposition, den Unionisten ging es zu weit, die Iren aber verlangten, was weder die Regierung noch die Unionisten ihnen gewähren wollten: ein von dem englischen unabhängiges irländisches Parlament. So geschah es, daß die ersten Anerbietungen Campbell-Bannermans von einem irischen Nationalkongreß im Mai 1907 abgelehnt wurden, und es konnte scheinen, als solle die Obstruktions- und Boykottierungspolitik der Tage Parnells wieder aufgenommen werden. Nach Zwischenstadien, die wir übergehen

können, entschloß sich endlich die Regierung zu weiterem Entgegenkommen. Die Veranlassung dazu war eine hochpolitische, die Casablanca-Affäre und, im Hinblick auf den schon damals fest ins Auge gefaßten Krieg mit Deutschland, die Agitation Lord Roberts', der das englische Volk mit dem Gespenst einer von Deutschland drohenden Invasion schreckte und verlangte, daß England ein Heer von einer Million aufbringen müßte, um dieser Gefahr zu entgehen. War die Folge zunächst eine Panik in England, so tauchte anderseits in den Kreisen der Iren zum erstenmal die Frage auf, welches die Haltung Irlands sein müsse, wenn wirklich, wie angekündigt wurde, das nächste Frühjahr (1909) den Krieg bringen sollte. Der Gaelic American, das führende Organ der Iren Amerikas, beantwortete sie folgendermaßen: Die jungen Männer hätten zu wählen, ob sie für oder gegen England kämpfen wollten. Wählten sie das erste, so würden ihre an Geld und Blut gebrachten Opfer Irland auf Generationen lähmen. Größere Opfer könne auch der Kampf gegen England nicht kosten, während ein Krieg an der Seite Deutschlands die Aussicht auf ein unabhängiges Irland und die weitere Aussicht biete, daß diese Unabhängigkeit nicht auf irischem, sondern auf englischem Boden zu erkämpfen sein werde. Eine Invasion sei allerdings unter gewissen Voraussetzungen möglich, und neben den vier Millionen Iren auf der grünen Insel würden dann auch die Millionen Iren, die in der Fremde leben, ein wichtiger Faktor der großen Politik werden. Ein neutrales Verhalten Irlands aber werde England nicht dulden.

Die Iren sind damals nicht in die Lage gekommen, sich für oder wider zu entscheiden. Das Jahr 1909 ging zu Ende, ohne daß der teils gefürchtete, teils ersehnte, überall erwartete Krieg kam. England begann das System seiner politischen und militärischen Abkommen mit den großen und kleinen Mächten, die es gegen Deutschland zu hetzen entschlossen war, weiter auszubauen, hielt es aber doch für ratsam, den Iren, die mit so bedenklichen Zukunftsmöglichkeiten rechneten, ein größeres Entgegenkommen zu zeigen. Mr. Asquith, der inzwischen an Campbell-Bannermans Stelle getreten war, brachte ein neues Home Rule-Projekt ein. Allerdings nicht nach Gladstoneschem Vorbild, soweit wagte er nicht zu gehen. Er bot „Autonomie Irlands in allen inneren Angelegenheiten, unter Behauptung der Suprematie und der unzerstörbaren Autorität des Reichsparlaments in Westminster". Da parallel damit

der Kampf mit dem Hause der Lords ging, von dem eine Zustimmung auch zu diesem Home Rule nicht zu erwarten war, entschloß er sich zu einer Auflösung des Parlaments, wobei die Aussicht, daß die Wahlen dem Kabinett eine Majorität und damit die Sicherheit bringen konnten, auf fünf weitere Jahre die Zügel der Regierung zu behaupten, sehr erheblich mit in Anschlag gebracht wurde. Die Auflösung fand am 28. November 1910 statt. Am 6. Februar 1911 trat das neue Haus zusammen. Es war das noch heute tagende Parlament, das bestimmt war, sobald die Stunde geschlagen hatte, Sir Edward Grey die Kriegserklärung gegen Deutschland zu bewilligen, auf die er seit 1906 hinarbeitete. Da aber dieses Parlament noch mehr als das vorige von den Stimmen der Iren abhängig war, wenn es sich behaupten wollte, mußte die unerläßliche Home Rule-Bill noch größeres Entgegenkommen zeigen als die vorige. In der offiziellen Fassung lautete die Bill folgendermaßen: „Es wird in Irland ein irisches Parlament geschaffen, mit irischer Exekutive, die diesem Parlament verantwortlich ist, um irische Angelegenheiten zu erledigen, jedoch stets unter der Bedingung, daß die unantastbare Oberhoheit des Reichsparlaments aufrechterhalten wird." Gegen diese im Detail sehr weitgehenden Zugeständnisse begann sofort die Provinz Ulster zu demonstrieren, in der die Majorität der Bevölkerung aus protestantischen Engländern und Schotten besteht. Es kam dort zu der sogenannten „loyalen Revolution", die in Wirklichkeit eine Revolte gegen König und Parlament war, so daß der Fernerstehende wohl glauben konnte, daß diese Bewegung in einen Bürgerkrieg auslaufen werde. Es ist aber bei Worten und Scheinaktionen geblieben. Die Ulsterleute bewaffneten sich zwar unter Führung von Mr. Carson und ebenso die Iren der ganzen Insel, beide „Heere" nicht um zu schlagen, sondern um einen Druck auf die endgültige Entscheidung in Westminster auszuüben. An einen Kampf zwischen Ulsterleuten und Iren war nicht zu denken, eher schon zwischen den Haufen Carsons und den Regierungstruppen, die Iren hätten dann nicht ohne Schadenfreude zugeschaut. Es ist aber überhaupt nicht zu Kämpfen in Irland gekommen, es waren Demonstrationen, und die Waffenübungen trugen den Charakter eines pikanten Sports. Nachdem am 7. April 1914 Home Rule vom Unterhaus angenommen war, veranlaßte Redmond — auf einen Wink der Regierung — die Iren die Waffen niederzulegen, und nun ging die Sorge der Regierung dahin, Carson, dessen Anhänger nicht abgerüstet hatten,

zu versöhnen, was naturgemäß nur auf Kosten der irischen Nationalisten geschehen konnte. Über die hartnäckig fortgesetzte Opposion der Lords setzte Asquith sich hinweg, aber erst die nach der Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand sich bietende Gelegenheit, einen Konflikt Rußlands mit Serbien zum Krieg gegen Deutschland zuzuspitzen, brachte die Entscheidung. Das Asquithsche Home Rule wurde in das Statute book eingetragen, und damit schien die wirkliche Durchführung, soweit Kabinett und Unterhaus sie gebilligt hatten, gesichert zu sein. Allerdings wurde ausdrücklich vorbehalten, daß die offizielle Fassung durch Amendements modifiziert werden dürfe, und endlich, nachdem feststand, daß England an dem Weltkriege, den es entfacht hatte, teilnehmen werde, wurde bestimmt, daß die Durchführung der neuen Ordnung in Irland erst nach Beendigung dieses Krieges in Angriff genommen werden solle. Die Ulsterleute gaben sich damit zufrieden, Redmond und die zu ihm stehenden irischen Parlamentarier machten keine Einwendungen, man hatte es verstanden sie zu gewinnen, und das Kabinett fühlte sich nunmehr so sicher, daß Grey am 4. August in der großen Rede, durch welche er das Unterhaus bewog, seine macchiavellistische Politik zu billigen, ausdrücklich sagte: Irland sei der einzige lichte Punkt in dem düsteren Bilde, das er entworfen habe.

Es war ein ungeheurer Irrtum, in dem er sich bewegte. Irland ist niemals weniger bereit gewesen, sich stumm der englischen Willkür zu beugen und niemals mißtrauischer gegen englische Verfassungen gewesen als heute.

Die Leidensgeschichte Irlands, die man kennen muß, um den im Herzen jedes Iren fortlebenden Haß gegen die Engländer zu verstehen, datiert, wenn wir von der ersten Usurpation irischen Bodens durch England im 12. Jahrhundert absehen, von den Tagen der Tudors und erreichte ihren ersten Höhepunkt in den Tagen Cromwells, dessen Politik — um die Worte Macaulays zu brauchen — weise, kräftig, gerade aufs Ziel losgehend und grausam war. Sie lasse sich in ein einziges Wort zusammenfassen: Ausrottung. Cromwell wollte Irland angelsächsisch und protestantisch machen, hat aber — was Macaulay offenbar bedauert — sein Werk nicht zum Abschluß führen können. Als danach Jakob II. den Versuch machte, mit französischer Hilfe Irland zurückzuerobern, hat Wilhelm von Oranien durch die Schlacht am Boynefluß die englische Herrschaft wiederhergestellt und danach auf irischem Boden eine Politik

eingeleitet, die zwar dem Schein nach menschlicher, dem Wesen nach nicht weniger grausam war. Eine Ausrottung wurde nicht mehr versucht, aber — um wiederum mit Macaulay zu reden — „man verurteilte sie, das zu sein, was die Heloten in Sparta, die Griechen unter den Osmanen waren und die Schwarzen gegenwärtig (1844) in NewYork sind". Jedermann der unterdrückten Klasse wurde streng von allen Ämtern ausgeschlossen. Strebte er danach, mächtig und geehrt zu werden, so mußte er damit beginnen, sich zu verbannen. „Daheim war er ein bloßer Gibeoniter, ein Holzhauer und ein Wasserträger." So ging ein halbes Jahrhundert hin. Grausame Strafgesetze unterdrückten jeden Versuch einer Erhebung. Erst die Freiheitskämpfe Nordamerikas veranlaßten England, eine etwas mildere Regierungspraxis zu dulden. Man gewährte den Iren Teilnahme an den Wahlen zum Dubliner Parlament, das übrigens schon seit 1494 für seine Gesetzesbeschlüsse an die Zustimmung des englischen Parlaments gebunden war, gab ihnen aber nicht das passive Wahlrecht; als dann die Franzosen, zwischen 1796 und 1798, zweimal versuchten, durch eine Landung auf irischem Boden England ins Herz zu treffen und, unter der Führung von Wolfe Tone, eine neue verzweifelte Erhebung der Iren stattfand, die wiederum niedergeworfen wurde, war man in London entschlossen, ein Ende zu machen. Unter dem Druck der von außen drohenden Gefahr hatte England von 1782 bis 1800 in Irland eine unabhängige Gesetzgebung geduldet, um aber fortwährende Gegensätze und Zusammenstöße mit dem Parlament in Westminster unmöglich zu machen, verstanden „durch Mittel der schändlichsten Bestechung, die jemals in einer Volksvertretung stattgefunden haben", das irische Parlament in Abhängigkeit zu halten. Durch Bestechung wurde schließlich auch der letzte Rest irischer Scheinfreiheit vernichtet und unter Zustimmung des Parlaments von Dublin die Verschmelzung des irischen und des englischen Parlaments im Jahre 1801 eine vollendete Tatsache.

Seither ist Todfeindschaft zwischen Irland und England, denn nie ist ein Land von einem anderen, zu dem es politisch gehört, schamloser und unbarmherziger ausgebeutet worden, als Irland durch das englische Parlament, das es übernommen hatte, neben den großen Interessen des Reiches auch die besonderen Bedürfnisse, die geistigen wie die materiellen, der grünen Insel zu vertreten.

Die grüne Insel, „an Ausdehnung etwa der vierte Teil, an Be-

völkerung mehr als der vierte Teil des Vereinigten Königreichs, wahrscheinlich jedem gleichgroßen Gebiet Europas an natürlicher Fruchtbarkeit überlegen, mit natürlichen Erleichterungen des Handels begabt, wie sie auf einer gleichen Küstenausdehnung nirgends wo anders zu finden sind, eine unerschöpfliche Pflanzschule tapferer Krieger, ein Land, weit wichtiger für das Gedeihen, die Würde, die Kraft dieses großen Reiches, als unsere entfernten Vasallenreiche zusammengenommen, wichtiger als Kanada und die westindischen Inseln mit Hinzurechnung von Südafrika, Australien, Ceylon und den unermeßlichen Besitzungen des Großmoguls — diese Insel ist nach dem Zugeständnis aller so übel gesinnt und so in Gärung, daß sie bei jeder Schätzung unsrer Macht nicht hinzugerechnet, sondern abgezogen werden muß."

So charakterisierte Macaulay am 19. Februar 1844 die Lage Irlands. Er fügte hinzu, ein Aufstand Irlands würde in Europa die Segenswünsche der großen Mehrheit der Menschen für sich haben, und wenn er zugleich bemüht war, seine Zuhörer durch eine Schilderung der Machtmittel Englands zu blenden, das, wie er sagte, Dinge tun könne, die über die Machtmittel jedes anderen Volkes hinausgehen, das den ganzen Handel der Welt, seinen eigenen ausgenommen, vom Ozean wegfegen könne und fähig sei, sich gegen jede Feindschaft zu Land und zur See zu schützen, so klang seine Rede schließlich in den Warnungsruf aus, daß es nahe am Herzen des riesigen englischen Staatskörpers doch eine verwundbare Stelle gebe: Irland. Irland, das zwar ein Teil des Reiches geblieben, aber mehr eine Quelle der Schwäche als der Kraft sei und an dessen Elend England die Schuld trage. Die Unzufriedenheit Irlands verdoppele aber die Gefahr jedes Krieges. Trotz dieser Einsicht war Macaulay keineswegs bereit, den Irländern die eine Forderung zu gewähren, von der allein sie Rettung erwarteten, das Repeal, den Widerruf der Vereinigung des irischen Parlaments mit dem englischen, wofür O'Connell so mutig und so leidenschaftlich eingetreten war. „Den Widerruf der Union", erklärt Macaulay, „betrachten wir als verhängnisvoll für das Reich und werden nie in ihn einwilligen; niemals, und wenn das Reich von Gefahren umringt wäre, so groß wie jene, die es bedrohten, als seine amerikanischen Niederlassungen, als Frankreich, Spanien und Holland gegen England im Bunde waren, und als die bewaffnete Neutralität der nordischen Mächte ihm seine Rechte zur See streitig machte; niemals, schlüge auch ein neuer Bonaparte sein Lager

im Angesicht von Dover auf; nie bis alles aufs Spiel gesetzt und verloren worden ist und die vier Weltteile durch den letzten Kampf des großen englischen Volkes um seinen Platz unter den Nationen in Zuckungen versetzt worden sind." Es klingt wie eine düstere Prophezeiung und war dem englischen Volke aus der Seele gerufen; es ist bis auf den heutigen Tag das Schlagwort geblieben, das den Wünschen der Iren entgegengehalten wird. Statt der Zugeständnisse, für welche Macaulay damals eintrat, wurden neue Verfolgungen das Teil der Irländer. Die Hungersnot zu Ende der vierziger Jahre trieb das irische Volk aus der grünen Insel hinüber nach Amerika, wo im Busen der Vereinigten Staaten ein neues Irland herangewachsen ist, das heute gegen zwanzig Millionen Köpfe zählen mag und in dem der irische Patriotismus lebendig fortlebt wie in den Tagen der Wolfe Tone, Emmet, O'Connell, Parnell und wie die anderen Helden und Märtyrer des irischen Nationalgedankens immer heißen. Sie alle dürsten nach der Erlösung Irlands von dem unerträglich gewordenen politischen, intellektuellen und wirtschaftlichen Druck, den England mit harter Hand aufrechterhält. Es ist kaum glaublich und in Europa nur wenigen Spezialisten bekannt gewesen, wie völlig Irland der ökonomischen Ausbeutung der Engländer verfallen ist.

Es ist tatsächlich so, daß Irland, obgleich es an einer unvergleichlich günstigen Handelsstraße liegt und die besten Häfen der Welt besitzt, künstlich seines eigenen Handels und der Vorteile seiner geographischen Lage beraubt wird. Rechnet man den Ertrag, der aus Irland für das britische Imperium durch Erhebung von Abgaben, namentlich aber durch Aushebung kriegskräftiger Mannschaft geflossen ist, so läßt sich wohl ohne Übertreibung sagen, daß das britische Imperium auf Kosten und durch das Blut Irlands vollendet und gesichert worden ist. Dank dieser Politik sank die Bevölkerung Irlands von 8½ Millionen Köpfen im Jahre 1846 auf 4 Millionen 370 Tausend im Jahre 1911, und für den Krieg, den England jetzt der Welt aufgezwungen hat, dachte es gleichfalls den Blutzoll von Irland tragen zu lassen. Solange es sich um die noch nicht überall durchsichtige Vorbereitung für diesen Krieg handelte, ist es ihm auch gelungen, den besten Teil seiner Mannschaft für Heer und Flotte aus Irland zu ziehen — der starke Prozentsatz der Iren in den Reihen der Gefangenen, die wir England abgenommen haben, ist ein sprechender Beleg für diese Tatsache — aber es läßt sich hoffen, daß diese Formen englischer Ausbeutungspolitik ihrem Ende entgegengehen.

Es gibt heute, darüber kann niemand mehr im Zweifel sein, eine für England sehr ernst zu nehmende irische Frage. Die Symptome ließen sich schon seit geraumer Zeit erkennen. Vor die europäische Öffentlichkeit trat als wichtiger politischer Faktor das irische Problem durch eine Veröffentlichung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 20. November 1914. Sie teilte mit, daß ein Führer der nationalistischen Bewegung Irlands, Sir Roger Casement, dem Auswärtigen Amt die Nachricht gebracht habe, daß in Irland von der britischen Regierung autorisierte Ausführungen verbreitet würden, die besagten, „ein deutscher Sieg werde dem irischen Volke großen Schaden zufügen, da sein Land, seine Wohnstätten, seine Kirchen und seine Priester auf Gnade und Ungnade einem Heer von Eindringlingen preisgegeben sein würden, die nur Raub und Eroberungssucht leite". Neuerliche Äußerungen Mr. Redmonds gelegentlich seiner Rekrutierungsreise durch Irland, sowie mannigfache Äußerungen der britischen Presse in Irland über diesen Gegenstand hätten — so betonte Sir Roger — weite Verbreitung gefunden und unter den Iren natürlich Befürchtungen hervorgerufen bezüglich der Haltung Deutschlands gegen Irland im Falle eines deutschen Sieges. Sir Roger bat um Abgabe einer überzeugenden Erklärung über Deutschlands Absichten Irland gegenüber, die seine Landsleute in der ganzen Welt und besonders in Irland und Amerika angesichts der beunruhigenden, von verantwortlicher britischer Seite stammenden Darlegungen wieder zu beruhigen vermöchte.

Der stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Wirklicher Geheimer Rat Zimmermann, hat darauf im Auftrage des Reichskanzlers folgende amtliche Erklärung abgegeben:

„Die kaiserliche Regierung weist die böswilligen Absichten, die ihr in den von Sir Roger Casement angeführten Darlegungen untergeschoben worden, auf das entschiedenste zurück und benutzt diese Gelegenheit, um die kategorische Versicherung abzugeben, daß Deutschland nur Wünsche für die Wohlfahrt des irischen Volkes, seines Landes und seiner Einrichtungen hegt.

„Die kaiserliche Regierung erklärt in aller Form, daß Deutschland niemals mit der Absicht einer Eroberung oder Vernichtung irgendwelcher Einrichtungen in Irland einfallen würde. Sollte im Verlaufe dieses Krieges, den Deutschland nicht gesucht hat, das Waffenglück jemals deutsche Truppen an die Küsten Irlands führen, so würden sie dort

landen nicht als eine Armee von Eindringlingen, die kommen, um zu rauben und zu zerstören, sondern als Streitkräfte einer Regierung, die von gutem Willen gegen ein Volk beseelt ist, dem Deutschland nur nationale Wohlfahrt und nationale Freiheit wünscht."

Schon zwei Monate vorher, am 25. September, war auf einer Massenversammlung in Dublin beschlossen worden, Freiwilligenkorps zu organisieren, und am Sonntag, dem 27. September, fand die erste Sitzung des Konvents irischer Freiwilliger im Abbey-Theater zu Dublin, unter Vorsitz des Professors Evin Mac-Neill, statt. Sie war von Delegierten aus allen Teilen Irlands beschickt. Es wurde beschlossen, sich zu bewaffnen; eine Konstitution und eine Darlegung der politischen Prinzipien, die man einhalten wollte, ward angenommen und endlich vereinbart, daß Vorbereitungen für die Wahl einer regierenden Körperschaft zu treffen seien, in der jede Grafschaft und die vornehmsten Städte Irlands vertreten sein sollten. Die Verhandlungen richteten sich vornehmlich gegen die Politik Redmonds und gegen die Absichten Englands, durch Einführung der Konskription Irland zur Teilnahme an dem jetzigen Kriege zu zwingen. Die endgültige Annahme der „Konstitution irischer Freiwilliger" erfolgte am Sonntag, dem 25. Oktober, im Abbey-Theater zu Dublin. Sie lautete:

I. Ziel:

1. Die dem Volke von Irland gemeinsamen Rechte und Freiheiten zu sichern und aufrechtzuerhalten.

2. Zu diesem Behufe eine Kriegsmacht irischer Freiwilliger (I. V.) zu trainieren, zu disziplinieren und auszurüsten.

3. Für den Dienst Irlands die Iren jeden Glaubens, jeder Partei und jeden Standes zu vereinigen.

II. Protokoll, das jeder irische Freiwillige zu unterzeichnen hat:

1. Ich Endesunterzeichneter wünsche zum Dienste für Irland als Mitglied in die „Kriegsmacht irischer Freiwilliger" aufgenommen zu werden. Ich unterschreibe die „Konstitution irischer Freiwilliger" und verpflichte mich, jedem Artikel derselben gehorsam zu sein. Ich erkläre, daß, indem ich mich der „Kriegsmacht irischer Freiwilliger" (Irish Volunteer Force) anschließe, ich die festgestellten Ziele der irischen Freiwilligen verfolgen werde, und keine anderen.

III. Zweck und System der Organisation:

1. Die Organisation irischer Freiwilliger (J. V.) wird sich auf ganz Irland erstrecken.

2. Jede irische Körperschaft, in Irland oder außerhalb Irlands, die sich zusammenfindet, um die festgestellten Ziele zu beobachten, die das Protokoll unterzeichnet, sowie die Konstitution der irischen Freiwilligen, kann durch Wahl als Korps der irischen Freiwilligen anerkannt werden und wird provisorisch anerkannt, wenn sie den Beitrag als Zweigverein entrichtet.

3. Ein Korps wird, nach erfolgter Aufnahme, je nach seiner Stärke, in Kompagnien geteilt werden.

4. Keine zweite Kompagnie wird in einem Distrikt, der bereits eine Kompagnie hat, aufgenommen oder anerkannt werden, bevor die erst aufgenommene Kompagnie sich zu ihrem vollen Bestande ergänzt hat, oder bis die regierende Körperschaft die Erlaubnis dazu erteilt hat.

5. Jede Kompagnie wird einen Beitrag von 3 Pfd. St. jährlich zahlen.

6. Keine Kompagnie wird als permanent anerkannt werden, bevor sie zwei Monate bestanden und die von der militärischen Organisation der J. V. verlangten Bedingungen erfüllt hat.

7. Anerkannte Kompagnien werden zu Bataillonen formiert.

Folgen drei weitere Bestimmungen, von denen die letzte sagt, daß in den irischsprechenden Distrikten das Kommando ausschließlich irisch sein soll.

IV. Regierung der J. V.

1. Gewalt, die Verfassung der J. V. festzustellen, zu verändern oder zu amendieren, hat die General-Konvention, die jährlich zusammentreten und aus je einem Delegierten pro Kompagnie bestehen wird, sowie aus allen Mitgliedern des Generalrats der J. V.

2. Der Generalrat wird aus 62 Mitgliedern bestehen, und zwar aus je einem Delegierten der 32 Grafschaften und der 9 Städte (Dublin, Belfast, Cork, Limerick, Derry, Waterford, Galway, Sligo und Kilkewey), sowie aus den 21 Mitgliedern des jetzt amtierenden provisorischen Komitees. Dieser Generalrat wird alle Monate zusammentreten.

3. 4. Präsident, Schatzmeister und die residierenden Mitglieder werden ihren Sitz in Dublin oder 10 Meilen im Umkreise der Stadt haben.

6. Die Offiziere der J. V. Kriegsmacht werden, abgesehen vom Präsidenten und Schatzmeister, von der Zentralexekutive gewählt.

7. Der Umfang der Pflichten der Zentralexekutive wird durch den Generalrat bestimmt.

8. Alle hier nicht ausdrücklich aufgeführten Funktionen und Befugnisse gebühren dem Generalrat, und einige von ihnen können vom Generalrat auf die Zentralexekutive übertragen werden.

9. Der Generalrat wird der Generalkonvention alljährlich einen geprüften Bericht vorlegen.

Dieser irische Nationalkonvent ist von 160 Delegierten unterzeichnet worden, und damit ist, wie nicht zweifelhaft sein kann, der Grund für eine von England unabhängige provisorische Regierung gelegt worden. Der Gaelic American veröffentlicht die Namen aller Unterzeichner, und da der Wortlaut der Konstitution nichts enthält, was direkt gegen die englischen Gesetze verstößt, wird es Mr. Asquith schwer fallen, den Vorwand zu finden, um jener Organisation der irischen Freiwilligen entgegenzutreten. Aber der Geist, aus dem sie entsprungen ist, beunruhigt die Engländer. Sie sehen die Insel, die sie 600 Jahre lang ausgebeutet haben, sich ihrer Tyrannei entziehen und fürchten namentlich, daß ihnen die Mannschaft entfremdet wird, die sie für ihren Weltkrieg gegen Deutschland zu verwenden dachten. Irische Freiwillige für englische Regimenter sind bereits jetzt nicht mehr zu haben, und die Lage Englands wird höchst bedenklich in dem Augenblick werden, da es sich genötigt sehen wird, Truppen nach Irland zu werfen, um eine allgemeine Erhebung zu verhindern.

Dann könnte der Tag kommen, an den Sir Roger Casement glaubt, der Tag, da Deutschlands Sieg das Grab der englischen Tyrannei auf der See und der englischen Herrschaft in Irland einläutet.

„Die deutschen Geschütze" — so schließt Sir Roger seine fulminante Broschüre [1]) — „die zum Untergang britischer Dreadnoughts donnern, werden ein Ruf Irlands an seine verstreuten Söhne sein.

Der Kampf mag auf der See ausgefochten werden, aber das Geschick wird sich auf einer Insel erfüllen. Der Zusammenbruch der britischen Flotte wird eine deutsch-irische Invasion in Irland bedeuten, und dazu soll jeder Ire, der fähig ist, sich der Befreiungsarmee anzuschließen, schon heute sich bereit halten."

---

[1]) The Crime against Ireland and how the war may right it. New York City, Sept. 1914. Vervollständigter englischer Text der „Achillesferse Englands".

Daß es in der irischen Nation nicht an Kräften fehlt, die sehr wohl fähig wären, einen Staat zu leiten, groß zu machen und zu verteidigen, zeigt ein Blick auf die lange Reihe großer Namen irischen Ursprungs, die im englischen Dienste gestanden haben. Es gab ja keinen anderen Weg, um dem irischen Elend zu entgehen. General Wolfe, dem England den Besitz von Kanada dankt, war ein Ire, und, um den berühmtesten Namen zu nennen, ein Ire war der Herzog von Wellington. Man hat berechnet, daß seit 1780 fünf Millionen Irländer in englischen Kriegsdiensten gestanden haben, und allein im Jahre 1798 standen gegen 80 000 Iren in der englischen Marine, sie sind es, die die Schlacht bei Abukir geschlagen haben, und es mag als charakteristische Tatsache hervorgehoben werden, daß damals der Matrose, der irisch sprach, erbarmungslos gepeitscht wurde. In dem Heer, mit dem Wellington in Spanien kämpfte, verstand die Hälfte der Mannschaft nur irisch, was natürlich die Anwendung so drakonischen Sprachunterrichts ausschloß. Auch Indien ist zum großen Teil von irischen Soldaten erobert worden, und der jetzige Oberbefehlshaber in Indien, General O'Moore Creagh, ist ein Ire.

Ebenso fehlt es nicht an glänzenden irischen Namen in der englischen Literatur. Iren waren: Oliver Goldsmith, Marie Edgeworth, Thomas Moore und von den neuesten Oscar Wilde. Iren sind die Fitzgeralds, Edmund Burke und Richard Brinsley Sheridan, wer mag sie alle nennen, die O'Neill, O'Donnell, O'Connell? Es gibt kein Gebiet staatlichen und literarischen Lebens, in dem sie nicht zu finden wären. Die Rasse ist von hoher Begabung, und es läßt sich hoffen, daß, wenn sie einmal ihre Kräfte frei entfalten kann, diese Gaben der so lange unterdrückten Nation die ihr gebührende Stellung sichern werden.

(Velhagen u. Klasings Monatshefte, 1915, Februar.)

Sachregister.

(Die Ziffern bedeuten die Seiten.)

A.

Abbazia, Beratungen 105.
Abukir, Schlacht 316.
Achmed, Schah von Persien, Krönung 223. 239.
Adalia 8.
Aderbeidjan 79. 171. 210.
Adria, griech. Einfluß 139.
— japan. Geschwader 268.
— und Österreich 279.
— und Rußland 263.
— und Serbien 179. 210. 280.
Afghanistan 158.
— Emir von 26.
— und England 27.
— Fortschritte 26. 27.
— und Indien 245.
— Kriegsvorbereitungen 26.
— und Rußland 27. 210.
Afrika, engl.-franz. Lügenverbreitung 270.
— Nordafrika, Erregung 135.
— — und Frankreich 286. 303.
— Ostafrika und England 280.
— — transkontinentale Bahn 53.
— Südafrika 310.
— — Arbeiterführerdeportation 63.
— — Ausstand 45.
— — commonwealth 27.
— — deutsche Einflußsphäre 54.
— — deutschfeindliche Gerüchte 289.
— — und England 27. 28. 63. 274. 303.
— — — Einflußsphäre 54.
— — holländisches Element 203.
— — Indemnitätsbill 64.
— — Kriegszustand 27. 45.
— — Minenarbeiteraufstand 17.
— — Rassenkampf 17. 18.
— — Schwierigkeiten 133.
— Transkontinentalbahn 54.
— Zentralafrika und Belgien 286.
Agadir 106. 206. 217. 301.
Ägäische Inseln, Frage 16. 285.
Ägäisches Meer und Österreich 279.
„Agence Havas" 15.
Ägypten und England 274. 286.
— — indische Truppen 269.
— — Suezkanalaktien 209.
— Erregung 16.
— und Soluns Einverleibung 52.
Aimond, Senator 154. 155.
Aisne, Schlacht 293.
Akimow 208.
Alaska und Rußland 295.
„Alaya" 103.
Albanien, Angelegenheiten 158.
— Aufstand 160.
— und Balkanstaaten 167.
— Bürgerkrieg 220.
— und Epirus 105. 130. 149.
— Frage 16. 138. 175. 179.
— und Griechenland 74. 138. 220.
— und Italien 139. 193. 231.
— und Izzet Paschas Anhänger 10.
— Kontrollkommission 199.
— und Mächte 120.
— und Montenegro 220.
— Niederlage d. Regierungstruppen 187.
— und Österreich 231. 279.
— österreichisch-italienisches Kondominium 167.
— und Rumänien 194. 211.
— Schwierigkeiten 199. 211.
— und Serbien 210. 220.
— Thron 65.
— und Türkei 199.
— Unruhen 210.
— und Wilson 199.
— Wirren 193. 231.
— zerfahrene Zustände 23.
Albanier und Epiroten 105.
Albrecht, Herzog von Württemberg, Sieg 260.

Aleppo, deutsches Lager 8.
Alexander, Kronprinz von Serbien 130. 197.
Alexander, König v. Serbien, Ermordung 210. 211. 235.
Alexander I., Zar 288. 296.
Alexander II., Zar 120. 241. 296.
Alexander III., Zar 113. 242. 250. 296.
Alexandrowo, deutscher Einmarsch 241.
Alexei Michailowitsch, Zar 294.
Alfons XIII., König von Spanien 89.
Algeciras, Konferenz 243.
— Vertrag 301.
Algier 211.
— und Marokko 135.
Amerika, ABC-Mächte und Mexiko 204.
— und Deutschland 279.
— — Sieg 281.
— und England, Sieg 281.
— — Presseeinfluß 276.
— englisch-franz. Lügenverbreitung 270.
— Iren und Deutschland 289.
— und Krieg, Ausgang 276. 277.
— lateinisches 73.
— — und Europa 181.
— — und Vereinigte Staaten 181. 212.
— Nordamerika, Freiheitskämpfe 309.
— — Presse, Deutschfeindlichkeit 276.
— Presse, Verleumdungskampagne 289.
— Südamerika, deutschfeindliche Gerüchte 289.
— — und Deutschland, Handel 290.
— — und europäischer Markt 270.
— — und Mexiko, Verhandlungen 138.
— — und Vereinigte Staaten 184.
— Vereinigte Staaten, Alkoholverbot für Marine 91.
— — und Australien, Flottenbesuch 93.
— — auswärtige Politik 181. 184.
— — und Brasilien 104.
— — Demokraten, regierungsunfähig 138.
— — demokratische Regierung 194. 195.
— — deutsch-amerikanische Presse 257.
— — Deutsche und Iren, Zusammenwirken 277.
— — deutschfeindliche Gerüchte 289.
— — und Deutschland, Protektionstarif 184.
— — Diktatur 64.
— — Einwandererfrage 185.
— — u. England u. deutscher Handel 290.
— — — Handelskrieg 183.
— — — Mißtrauen 277.
Amerika, Vereinigte Staaten und England, Panamakanal 184.
— — — Presse 256.
— — — Rivalen 281.
— — — Schiedsvertrag 65.
— — und Frankreich, Mexikopolitik 102. 103.
— — — Protektionstarif 184.
— — und „gelbe Gefahr" 275.
— — und Japan 184. 275. 290.
— — — Krieg 129.
— — — Schiedsvertrag 65.
— — — Zuspitzung 33.
— — und Indien 134.
— — irisch-amerikanische Presse 257.
— — und Irland 311.
— — und Italien, Schiedsvertrag 65.
— — und Kiautschau 290.
— — und lateinische Republiken 181. 212.
— — Marine, Alkoholverbot 91.
— — und Mexiko 37. 46. 47. 73. 80. 90. 160. 212. 231.
— — — Aufstand 182.
— — — Eingreifen 64.
— — — Einverleibung 119.
— — — Erbitterung 128.
— — — Finanzberatung 45.
— — — Haß 183.
— — — Intervention 48.
— — — Invasion 105.
— — — Konflikt 116.
— — — Krieg 102. 119.
— — — — Vorbereitungen 44.
— — — Ultimatum 102.
— — — Verhandlungen 138.
— — — Verständigung 204.
— — Milizen, Einberufung 112.
— — Monarchie 64.
— — Neutralität 257.
— — und Nicaragua, Protektorat 195.
— — öffentliche Meinung, Erregung 118. 119.
— — pazifistische Bestrebungen 50.
— — polnisch-amerikanische Presse 257.
— — Präsidentenwahl, Agitation 240.
— — Presse, Schmähungen 276.
— — Regierungsform, andere 64.
— — Republikaner 138.
— — und Rußland und deutscher Handel 290.
— — — Handelsvertrag 185.
— — — Judenfrage 184. 185.
— — Schiedsverträge 185.
— — und Südamerika 184.

Amerika, Vereinigte Staaten und Tampico 91.
— — Wehrpflicht, allgemeine 64.
— — und Weltkrieg 256.
— — und Zentralamerika 184.
— Zentralamerika 184.
Amerikaner, Deutsch-, und Deutschland 289.
„Amphion" 248.
Anatolien, deutsche Kulturarbeit 80.
Ancona 193.
Andrassy, Graf 241.
Angola 54.
— und Deutschland 53.
Antwerpen 267.
— Fall 291.
Araber und Türkei 16.
Argentinien u. Mexiko, Vermittlung 118.
„The Argonaut" 46. 48. 49. 64. 80. 116. 117. 160. 161. 194. 270. 277. 278. 279. 280.
Argus 4. 5. 115.
Argyrokastro 106.
Armenien und Deutschland 8.
— Frage 80.
— Reformen 7. 24.
— und Rußland 24.
— und Türkei 16. 24.
Armenier und Kurden 24.
Armstrong 3.
Armstrong & Wickers Withworth 22.
„Army and Navy Gazette" 256.
Asien und England 221.
— englisch-franz. Lügenverbreitung 270.
— und englisch-russische Rivalität 173.
— Erregung 135.
— Kleinasien, Bahnen 108.
— — deutsche Bahnen 8.
— — Problem 80.
— und Mexiko 81.
— Ostasien und Rußland 250.
— Russisch- 225.
— und Rußlands Vordringen 210.
Asow, Eroberung 295.
Asquith, Ministerpräsident 28. 29. 31. 32. 43. 44. 72. 92. 132. 133. 143. 156. 220. 221. 231. 238. 239. 267. 284. 299. 308. 315.
— Homerule-Projekt 306.
— Kriegsminister 91.
„Associated Press" 284.
Asterabad, persische Provinz 42.
Augagneur 162.
Auguste Viktoria, Kaiserin 248.
Australien 310.
Australien, commonwealth 145.
— deutschfeindliche Gerüchte 289.
— und England 145. 274.
— — Presse 256.
— engl.-franz. Lügenverbreitung 270.
— und „gelbe Gefahr" 275.
— und Japan 145.
— Truppenhilfe 267.
— und Vereinigte Staaten, Flottenbesuch 93.
— für die Weißen 145.
Austroslawismus 164.
Avon, General 40.

B.

Bagdadbahn 62. 184. 300.
Balfour 128. 284.
Balkan, Block 261.
— Bund 179. 197.
— — und Österreich 106. 303.
— — und Rußland 106. 303.
— — und Türkei 106.
— — Wiederherstellung 158.
— Frage 60. 158.
— und Frankreich 62.
— Frieden 139. 179.
— Greuel 197.
— günstigere Nachrichten 149.
— Haß 179.
— Krieg, Carnegie-Kommission 167.
— — erster 23.
— Kriege 105. 194. 197. 220. 303.
— — Greuel 64.
— Krisis, neue 303.
— und Österreich 229. 230.
— — Neuregelung 279.
— panslawistische Elemente 78.
— und Rußland 179. 259. 273. 295.
— — slawische Agitation 250.
— slawische Agitation 243.
— Staaten 23.
— — und Albanien 167.
— — und Frankreich 16.
— — Haß 197.
— — nationale Gegensätze 194.
— — und Österreich 304.
— — und Tripelentente 178.
— — und Weltkrieg 258.
— Verhandlungen 43.
— Verwicklungen 53.
— Wetterwinkel 1.
Baltisches Meer 273.
— Handelsflotte, Streik 147.
— Kriegshäfen 98.

Baltische Provinzen, deutsche Schulen, Schließung 271.
„Bande Materam" 134.
Bank von Frankreich 170.
Banque industrielle de Chine 63.
Banque de Paris 13.
Barcelona, Unruhen 74.
Barclay, Sir Thomas 273.
Bark, russischer Finanzminister 56. 60. 76. 100. 166.
Barrère und ital. Presse 284.
Barrès, Maurice 107. 215. 216.
Barthou 33. 34. 35. 65. 116. 136.
— Wiederwahl 115.
Basarow, Oberst, russ. Militärattaché 218.
Basel, Konferenz franz. und deutscher Parlamentarier 162.
Bassermann, Reichstagsabg. 159.
Basutos 18.
Batu Khan 264.
Baudouin de Courtenay, Professor 99.
Beatty, Admiral 189.
Beaudemoulin, General 223.
Belfast 314.
„Belfast News Letter" 132.
Belgien, Annexion 279.
— deutscher Einmarsch 241.
— und Deutschland 178. 267.
— — Friedensangebot, Ablehnung 255.
— — Vorstoß 277.
— und England, Sympathieadresse 268.
— — Verpflichtung 253.
— pekuniäre Entschädigung 278.
— und Rußland, Naturschätze 56.
— und Tripelentente 178.
— und Zentralafrika 286.
Belgrad und Sarajewo-Mord 219.
Beludschistan, Britisch- 157.
Benckendorff, Graf 189.
Bender Abbas 157. 158.
Benguelabahn 53.
Beni M'tir 212.
Benton 65.
— Ermordung 80. 90. 104. 182.
Beresford, Lord 302.
Berlin in den Kriegstagen 282.
— und Sarajewo-Mord 219.
„Berliner Journal" (Ontario) 82.
Berliner Kongreß 255.
„Berliner Lokalanzeiger" 187. 188.
„Berliner Tageblatt" 150. 152.
Bethmann Hollweg 284.
Biala, Gefecht 248.
Bienvenu-Martin 237.
Biranel, Paul 33.
Birmingham 30. 31.
Bismarck, Fürst 57. 242. 250. 260.
— Brief 241.
Bitlis 24. 25.
„Boadicea", engl. Kreuzer 189.
Bobrinski, Graf 99.
Böhmen, Deutschtum, Kampf 77.
— und Frankreich 77.
— tschechische Politik 139.
Bollati, Botschafter 258.
Bonar Law 30. 92. 156. 231. 284.
Bontitsch, Tscheche 77.
Boris, Kronprinz von Bulgarien 130.
„Börsenzeitung" (russische) 88. 180.
Bosnien, Annexion 197.
— dynast. Patriotismus 198.
— -Herzegowina, Annexion 298.
— — Krisis 291.
— — und Kroatien, selbständ. Staat. 278.
— — und Serbien 210. 280.
Bosporus 3.
Botha, General 27. 45. 63. 64.
Bouches du Rhone 70.
Boulanger 214.
Boulogne 293.
Boutroux 140.
Boyen, Fort 209.
Boyne, Schlacht an der 230. 308.
Brasilien, Anleihen 171.
— und England 104.
— und Mexiko, Vermittlung 118.
— und Vereinigte Staaten 104.
Brassey, Lord 200.
Bratiano, Ministerium 19.
— Ministerpräsident 218.
Braunschweig, Geburt d. Erbprinzen 91.
— und Rußland 295.
„Breslau", Kreuzer 258.
— vor Messina 248.
Briand 6. 33. 34. 35. 65. 74. 75. 89. 94. 96. 116. 135. 269.
— Ministerium 95.
— Wiederwahl 115.
Brinsley Sheridan, Richard 316.
le Bris, Vizeadmiral 223.
Brooklyn 167.
Brüssel, russ.-poln. Sozialdemokratenkongreß 236.
— russisch-revolutionärer Kongreß 236.
Bryan, Staatssekretär 50. 81. 116. 117. 160. 290.
Buchara 210.
Buckingham-Palast, Konferenz 231. 238. 239.

„Buenos Ayres Herold" 37.
Bukama 54.
Bukarest 46.
— bulgarische Revolutionäre 198.
— Frieden 220.
Bukowina und Rußland 78.
Bulgarien, Anleihe 225.
— und Balkankrieg 167.
— und Frankreich 286.
— — und Rußland 225.
— u. Griechenland, Grenzzwistigkeiten 29.
— — Haß 23.
— — Krieg 304.
— — Missetaten 179.
— Ministerkrise 1.
— u. Österreich, Bundesgenossenschaft 258.
— und Rumänien, Block 259.
— — Grenzkrawalle 220.
— — und Serbien und Montenegro, militärischer Block 261.
— und Rußland 106. 258. 286.
— — Verhandlungen 43.
— und Serbien 130.
— — Haß 23.
— — Kämpfe 106.
— — Krieg 304.
— — Missetaten 179.
— — Verhandlungen 43.
— Sobranije, Auflösung 10.
— — Eröffnung 91.
— und Tripleentente 178.
— und Tschechen 109.
— und Türkei, Verhandlungen 43.
— Verfassungsverletzung 130.
v. Bülow, Armee, Sieg 266.
Bülow, Fürst 285.
— auswärtige Politik 220.
Buren und England, Konzentrationslager 244. 291.
— Krieg 27. 104. 242.
Burgeß, John W., Professor 277. 290.
Burke, Edmund 316.
Burns, John 259.
Byles, Sir William 176.

C.

Cadorna, Graf, ital. Generalstabschef 214.
Caillart, Vincent, General 23.
Caillaux 5. 17. 34. 35. 63. 74. 89. 116. 123. 136. 140. 153. 164. 237.
— Affäre 106.
— und Calmette 106.
— Finanzminister 33.
— Madame 91. 106. 116.
Caillaux, Madame, Freisprechung 232.
— — Prozeß 237.
— Partei 94.
— Wahlaufruf 107.
— Wiederwahl 115.
Calais 293.
Calmette, Affäre 116.
— und Caillaux 106.
— Ermordung 91. 94.
Cambon, Jules 187. 237. 252. 301.
— Paul 115. 189.
Campbell, M. P. 29. 30.
Campbell-Bannerman 305. 306.
Carbajal, Präsident v. Mexiko 223. 231.
Carlyle 253.
Carnegie-Kommission 167. 197.
Carnegie-Vereinigung 102.
Carnot, Präsident 108.
Carranza, General 47. 48. 80. 91. 103. 104. 118. 138. 182. 231.
— Beseitigung 160.
Carson, Sir Edward 28. 29. 30. 92. 119. 127. 128. 133. 231. 239. 307.
— Leute 155.
Casablanca, Affäre 306.
Casement, Sir Roger 93. 312. 315.
Cassо, russ. Unterrichtsminister 166.
— Fall 60.
— Reise nach Sibirien 60.
Cecilie, Kronprinzessin 249.
Cercey, 227.
Ceylon 310.
Chamberlain, Joseph 1. 31.
— Tod 205. 213.
Champigny, Patriotenliga, Versammlung 215.
Charput 25.
Chéradame 262.
Cheschmet ol Molk 52.
Chester 29.
Chihuahua 47. 182. 183.
Chile und Mexiko, Vermittlung 118.
Chimarra, Freihafen 106.
China, Christenverfolgungen 130.
— und Deutschland, Seezölle 126.
— und England, Finanzierung 126.
— — Seezölle 126.
— Erschließung 63.
— Frankreich, Eisenbahnkonzessionen 63.
— — Seezölle 126.
— Glaubensfreiheit 130.
— und Japan 32. 280.
— — Märkte 63.
— Krisis, neue 80.
— Monarchie 45.

China und Mongolei, Handel 32.
— Oberhaupt 45.
— und Rußland 32. 295. 296.
— — Seezölle, Erhöhung 126.
— Schwierigkeiten 79.
— Soldaten, Greueltaten 80.
— Süd-, Unruhen 129.
— Truppenaufstand 45.
— Verfassung 129.
— — neue 122.
— — Kommission 45.
— Zentralbahn 63.
Churchill 6. 28. 43. 44. 52. 72. 127. 128. 145. 188. 189. 245. 253. 259. 264. 268. 301.
— Fall 269.
— Flottenpläne 72.
— — -politik 33. 51.
— Rüstungspläne 30.
Cleinow, G. 75.
Clemenceau 89. 108. 153.
Coahuila 47.
Columbia, Britisch 81.
Combes 215.
Comptoir d'Escompte 13.
Conhuila 182.
Connecticut, Studentendemonstration 119.
Constantza, bulgar. Revolutionäre 198.
— russ. Besuch 198.
— Zusammenkunft 178. 179.
„Contemporary Review" 80. 173.
Cork 314.
„Correspondant" 13. 14. 19. 20. 39. 40.
„Correspondent" 205. 209.
„Courier Européen" 262. 291.
Cray, engl. Politiker 231.
Crédit Lyonnais 13.
Crewe, Lord 144.
Cromwell 308.

D.

Dacota 82.
„Daily Chronicle" 1. 44. 200. 245.
„Daily Mail" 51. 80.
„Daily News" 108.
„Daily Standard Union" 167.
„Daily Telegraph" 30. 203.
Dalbiez, franz. Deputierter 34.
v. Dallwitz, Statthalter von Elsaß-Lothringen 102.
Dänemark und Deutschland 178.
— Neutralität 257. 286.
Dänemark und Tripelentente 178.
Dänen und Deutscher Orden 287.
Daniels, amerik. Staatssekretär 117.
Danzig, Festungspläne 209.
Dardanellen, Befestigung 23.
— und Deutschland 2.
Daressalam 53.
Degoise, Organisator des türkischen Flugwesens 91.
Delahaye 107.
Delbrück, Hans, Professor 166.
Delcassé 39. 83. 96. 115. 169. 170. 224. 242. 256. 269. 285. 292. 297.
— Botschafter in Petersburg 263.
— Kabinettsbildung 35.
— in Petersburg 35.
— Sturz 298.
Delhi 145.
Delorko 106.
„Denj" 202.
Denman, Lord 145.
„Dépêche de Toulouse" 62.
Dernburg, Staatssekretär, in Amerika 290.
Déroulède, Paul 215.
— Tod 38.
Derry 314.
Dette Ottomane 14. 15.
Deutsche Bank 38.
„Deutsche Revue" 293. 304.
Deutsche und Russen 78.
Deutscher Orden 226. 287. 294.
Deutschland, Alkoholgefahr 70. 71.
— und Amerika 279.
— und amerikanische Iren 289.
— und Anatolien, Kulturarbeit 80.
— und Angola 53.
— und Antimilitarismus 227.
— Armee von 1866 254.
— und Armenien 8.
— Aufschwung im Innern 243.
— und Auslandpresse 284.
— auswärtige Politik unter Bülow 220.
— und Bagdadbahn 62.
— und Belgien 178. 267.
— — Friedensangebot, Ablehnung 255.
— — Vorstoß 277.
— „Bluff" 298. 299. 304.
— und britische Kolonien, Dampferverbindung 174.
— Brutalität 5.
— und Bulgarien, Anleihe 225.
— Chauvinismus 187.
— und China, Seezölle 126.
— und Dänemark 178.

Deutschland und Dardanellen 2.
— defensive Lage 278.
— und Deutsch-Amerikaner 289.
— Diplomaten, Geschicklichkeit 8.
— — Arbeit 265.
— Dreifrontenkrieg 248.
— Einmütigkeit 246. 247.
— und Elsässer 11.
— und England 3.
— — Allianz 55. 72. 73. 259.
— — Beziehungen 6. 152. 243.
— — diplomatische Gegnerschaft 244.
— — drohende Haltung 301.
— — Feindseligkeit 173. 297.
— — Flotte 244. 254. 264. 299.
— — — Programm 72.
— — — Unternehmungen 293.
— — gegen Frankreich 246.
— — und Frankreich, Verständigung 97.
— — Freundschaft 94. 174. 252. 275.
— — Gegnerschaft 152.
— — große Politik 53.
— — und Japan 261.
— — koloniale Verhandlungen 53.
— — Kolonialreich 205.
— — Krieg 262. 306.
— — — Erklärung 241. 259. 307.
— — Luftschiffe 244.
— — maritime Hegemonie 205.
— — und Persien 26.
— — und Rußland 246. 251.
— — Rüstungsrivalität 55.
— — Seegefechte, erste 266.
— — Seeherrschaft 279. 315.
— — Seekrieg 256.
— — Seemacht 299.
— — und Südafrika 54.
— — Verständigung 81. 114. 301.
— — — auf neuer Grundlage 269.
— Entwaffnung 278.
— Erfolg, durchschlagender 279.
— und Europa, Frieden 280.
— — Krieg 262.
— Flotte 228. 254.
— — „Luxus" 254. 301.
— — Programm 44. 72.
— und Frankreich, Annäherung 162. 207.
— — Beziehungen 226.
— — Bündnis 216. 293.
— — Dienstpflicht, dreijährige 122. 201.
— — Duell 220.
— — und Elsaß-Lothringen 11.
— — kleinasiatische Bahnen 63.
— — Krieg 40. 292. 293.
— — — Erklärung 241.

Deutschland u. Frankreich u. Marokko 159. 301.
— — — Konflikt 297.
— — militärisches Programm 206.
— — und Orient 62.
— — und Rußland 206. 207.
— — — Krieg 205.
— — Schärfen 55.
— — türkische Eisenbahnen 56.
— — — Militärmission 20. 21. 22.
— — Unvereinbarkeit 163.
— — Verständigung 114. 142. 292.
— — Vorstoß 277.
— — Zabernkonflikt 20.
— — Zusammenstoß 229.
— Friedfertigkeit 303.
— Fürsten im Felde 248.
— Groß- 229.
— „Das größere Deutschland" 283.
— große Politik 2.
— Großmachtstellung bedroht 302.
— Handel 303.
— — und England 299.
— — und Industrie 207.
— Handelsflotte 228.
— Heer, Tatkraft 293.
— historische Rolle 226.
— und Holland 178.
— Industrie 303.
— und Irland 306. 312. 313. 315.
— und Islam, Freundschaft 268.
— und Italien 279.
— — Neutralität 285.
— und Japan 262.
— — Abrechnung 291.
— — Krieg 275.
— — und Südsee 290.
— — Ultimatum 255.
— Kaisersöhne im Felde 282.
— und Kanada 81.
— Krieg 1870 303.
— und Krieg, baldige Beendigung 268.
— — sein Gewerbe 227.
— — Entschädigung 280.
— Kriegsfreiwillige 266.
— Kriegszustand 241.
— Landsturm, Aufgebot 255.
— Luftflotte 293.
— Marine, Tatkraft 293.
— maritime Entwicklung 206.
— und Mexiko 28. 37. 49. 80. 81. 102.
— — Huertas Anerkennung 182.
— militärische Arbeit 265.
— — Lasten 6.
— — Vorbereitungen 87.

Deutschland, Milliardensteuer 57.
— Mobilmachung 241. 248.
— und Mongolei, Handel 32.
— ein Monstrum 227.
— u. Montenegro, Kriegserklärung 248.
— Nibelungentreue 304.
— „niedergehender Staat" 292.
— Opferwilligkeit 266.
— und Österreich-Ungarn 229.
— — Bündnis, Abschluß 241.
— — — Pflichten 298.
— — — Vertrag 250.
— — Einmütigkeit 276.
— — Entfremdung 241.
— — und Frankreich 230.
— — gegen Frankreich u. Rußland 236.
— — und Italien, Bündnis 241.
— — und Kriegsgefahr 1913 303.
— — und Rußland 151. 166.
— — gegen Rußland und Serbien 245.
— — und Serbien 233.
— — und Slawen 273.
— östliche Provinzen 273.
— und Persien 25. 26. 120. 156.
— — Postpaketverkehrssperrung 19.
— und Polen 123.
— und Preußen 227. 228. 229.
— Prinzen im Feld 248.
— Rhein- 229.
— und Rumänien 179. 285.
— und russ.-japan. Krieg 78.
— und Rußland 3. 5. 13.
— — Annäherung 75. 207.
— — Arbeiterausstände 236.
— — Bruch 256. 260.
— — Drohungen 298.
— — und England 242.
— — Feindseligkeit 20. 177.
— — Freundschaft 241.
— — Gegnerschaft 98.
— — gemeinsame Interessen 208.
— — Grenzprovinzen 109.
— — Handel 208.
— — — Vertrag 205.
— — — — Verhandlungen 209.
— — Haß 78. 263.
— — japanischer Krieg 242.
— — Konflikt 254.
— — Krieg 41. 87. 147. 206. 241. 250.
— — — Erklärung 241.
— — Lotsenfrage 126.
— — Naturschätze 56.
— — öffentliche Meinung 109.
— — und Panslawismus 296.
— — und Persien 300.
Deutschland und Rußland, Potsdamer Abkommen 207. 208. 300.
— — Preßhetze 98. 120.
— — Regierungsbestellungen 39.
— — Revolution 242.
— — Truppenkonzentration 250.
— — türkische Militärmission 15. 20. 21. 22.
— — Ultimatum 241.
— — Verständigung 101.
— — wirtschaftlicher Einfluß 85.
— Rüstung 5.
— Schlagfertigkeit 298.
— u. Schweden, antirussl. Propaganda 209.
— — Sympathien 286.
— und Serbien, Kriegserklärung 248.
— Sieg 281.
— soziale Gesetzgebung 247.
— Stimmrecht, allgemeines 228.
— Süddeutschland 229.
— — und Frankreich 227.
— und Südamerika, Handel 290.
— und Tripelentente 15. 201.
— und Türkei 293.
— — Armee 3.
— — Militärmission 5. 21.
— und Vereinigte Staaten, Protektionstarif 184.
— Volkspsyche 278.
— „das wahre" 229.
— Wehrgesetz von 1913 217.
— Wehrkraft, Ausbau 243.
— Weißbuch 246.
— und Weltfrieden 233.
— und Weltkrieg 270.
— Weltstellung 10.
— West-, und Frankreich 227.
— Wissenschaft 303.
— Zerstörung 278.
— Zweifrontenkrieg 242.
Djakowa, serbisch 12.
Diarbekr 25.
Djavid Bey in Paris 14.
Diaz, Felix 138. 183.
Diaz, Porfirio 46. 48. 103. 182.
Djemal Pascha, Marineminister 7.
Dillon, Dr. E. J. 173. 231.
Dilolo 53.
Diskontogesellschaft 225.
Dodekanes 105.
Dombrowitschi 109.
Dongebiet 86.
Dorpat, Universität 165.
Doumergue 5. 34. 35. 94. 123. 153. 163. 170.

Doumergue-Caillaux, Partei 140.
— Kabinett 6. 17. 63. 65. 74. 115. 135.
— — Demission 160.
— Ministerpräsident 33.
— Programmrede 107.
— Rücktritt 170.
Dover 311.
Dreibund, innere Zerrüttung 234.
— „politisches Phantom" 298.
— und Tripelentente 4. 178. 217. 234. 241. 242.
— — Bruch 12.
— — Gegensatz 57.
— — Inselfrage 23.
— — und Türkei 8.
— und Türkei, Teilung 7.
Dreyfus, Affäre 116. 214. 238.
— Prozeß 237.
Drina, Niederlage der Serben 258.
Duala, Häuptlinge 132.
Dubbeln 165.
Dublin 94. 314.
— Massenversammlung 313.
— Parlament 309.
Dubois 74.
Dubno 109.
Duchoborzen, russ., Auswanderung 42.
Dumont, Finanzminister 169.
„Dundee Advertiser" 31.
Dünkirchen 223.
Durazzo 106.
— Angriff albanischer Rebellen 176.
— Belagerung 199.
— Eintreffen des Fürsten 83.
— Niederlage der albanischen Regierungstruppen 187.

E.

Echo de Paris 107.
„Eclair" 11. 28. 33. 34. 39. 40. 57. 62. 66. 83. 85. 95. 107. 113. 122. 129. 154. 205. 206. 207. 209. 219. 220. 237. 254.
„Economist" 30. 43. 44. 45. 50. 51. 80. 87. 88. 92. 104. 105. 126. 143. 144. 170. 172. 174. 190. 202. 203. 238. 239. 245. 253.
Edgeworth, Marie 316.
Eduard VII. 251. 262.
— in Reval 1908 243.
— Tod 253.
Elisabeth, Kaiserin von Rußland 247. 288. 295.
Elsaß-Lothringen, Autonomie, lokale 142.
— Frage 11. 12. 114.
— und Frankreich 6. 78. 142. 215. 216. 280.
— und französische Sprache 11.
— parlamentarisches Regiment 143.
— Problem 142. 143.
— Verfassung 10.
Elsässer und Deutschland 11.
— und Frankreich 11.
Emilia (Italien) 193.
Emmer Nadji Bei 24.
Emmet 311.
„Empreß of Ireland", Untergang 160.
„L'Energie nationale" 262.
England, Achillesferse 315.
— und Afghanistan 27.
— und Ägypten 274. 286.
— — indische Truppen 269.
— — Suezkanalaktien 209.
— und Antwerpens Fall 291.
— Arbeiter, drohende Haltung 269.
— Armeedisziplin 221.
— asiatische Besitzungen, Integrität 225.
— und Asien 221.
— und Australien 145. 274.
— — Truppenhilfe 267.
— und Belgien, Sympathieadresse 268.
— — Verpflichtung 253.
— Blaubuch 304.
— und Brasilien 104.
— Budgetdebatten 220.
— und Buren, Konzentrationslager 244. 291.
— — Krieg 104. 242.
— Bürgerkrieg 29.
— und China, Finanzierung 126.
— — Seezölle 126.
— deutschfeindliche Kampagne 300.
— — Partei 251.
— — Presse 256.
— und Deutschland 3. 301.
— — Allianz 55. 72. 73. 259.
— — Beziehungen 6. 152. 243.
— — diplomatische Gegnerschaft 244.
— — Feindseligkeit 173. 297.
— — Flotte 244. 254. 264. 299.
— — — Programm 72.
— — — Unternehmungen 293.
— — Freundschaft 94. 174. 252. 275.
— — gegen Frankreich 246.
— — Gegnerschaft 152.
— — große Politik 53.
— — Handel 299.

England und Deutschland, koloniale Verhandlungen 53.
— — Kolonialreich 205.
— — Krieg 262. 306.
— — — Erklärung 241. 259. 307.
— — Luftschiffe 244.
— — maritime Hegemonie 205.
— — und Persien 26.
— — Rüstungsrivalität 55.
— — Seegefechte, erste 266.
— — Seeherrschaft 279.
— — Seekrieg 256.
— — Seemacht 299.
— — und Südafrika 54.
— — Verständigung 81. 114. 301.
— — — auf neuer Grundlage 269.
— und Dualahäuptlinge 132.
— „Empire" 226.
— und Europa 244.
— „Federal party" 133.
— Feind der Welt 244.
— und Finnland 126.
— Flotte, Budget 6.
— — — und Parlament 44.
— — Konzentration 301.
— — Mobilisierung 245.
— — „Notwendigkeit" 301.
— — Politik 30.
— — Programm, Erhöhung 43.
— — Vermehrung 51. 52. 73. 299. 302.
— und Frankfurter Frieden 114.
— und Frankreich 62. 72. 310.
— — Bahnverbindung 158.
— — Bündnis 97. 112. 202. 224.
— — u. Deutschland, Verständigung 97.
— — diplomatische Unterstützung 244.
— — Entente 40. 114. 273. 292. 293. 297.
— — Flotte 244. 292.
— — Freundschaft 151. 274. 291.
— — Gegensatz 274.
— — Geheimverträge 52.
— — große Politik 53.
— — Kriegshilfe 40. 206. 219.
— — Marinekonvention 152. 201. 224. 261.
— — militärische Abmachungen 115. 245. 252. 275. 300.
— — und Orient 62.
— — politisches Komitee 71.
— — und Rußland 188. 205. 206.
— — — Allianz 97. 108. 112. 113. 254.
— — — Annäherung 244.
— — — deutschfeindliche Koalition 297.
— — — Entente 242.
England u. Frankreich und Rußland, Kriegstreibereien 298.
— — — Unterstützung 246.
— — — Verschwörung 152. 260.
— — — Zusammenwirken 151.
— — Vereinbarungen 256.
— — Verpflichtungen 51. 253.
— — Verschwörung 292.
— Frauenfrage 156.
— Friedensfreunde 269.
— germanophile Propaganda 115.
— Haifischpolitik 275.
— Hegemonie des Welthandels 207.
— Heuchelei 283.
— und Holland 300. 310.
— — Flotte 244.
— Homerule 50.
— — all round 92. 93. 133. 274.
— — Annahme in zweiter Lesung 91.
— — — in dritter Lesung 92.
— — — im Unterhaus 307.
— — Bill 220. 268.
— — Differenzen 203.
— — Entscheidung 132. 156.
— — Frage 63. 91. 128. 143. 155. 175.
— — — ernste Wendung 238.
— — Kampf 28. 29. 284.
— — und Oberhaus 92.
— — und Unionisten 92.
— und Japan, Anleihen 17.
— — Annäherung 262.
— — Bündnis 3. 32. 275.
— — gegen Deutschland 261.
— — Freundschaft 262.
— — und Indien 292.
— — und Kiautschau 290.
— — Kriegshilfe 285.
— Imperialismus 297.
— und Indien 133. 134. 274. 286.
— — Truppenhilfe 267.
— innere Angelegenheiten 220.
— Inseln, militärische Lage 245.
— Invasionsfurcht 50. 244. 306.
— irische Frage 186. 220. 312.
— und Irland 305. 308. 310.
— — Entgegenkommen 306.
— — Erhebung 315.
— — Homerule 230.
— — Kampf 237.
— — Kriegsteilnahme 313.
— — ökonomische Ausbeutung 311.
— — Parlamentsverschmelzung 309.
— — Todfeindschaft 309.
— — Union 93. 94.
— und Islam 268. 269.

England, islamische Macht 268.
— und Italien 264.
— — Flotten 258.
— und Kanada 274. 316.
— — Truppenhilfe 267.
— koloniale Truppen 267.
— und Kolonien 274. 281.
— — und Deutschland, Dampferverbindung 174.
— — und Parlament 93.
— Konflikt 127.
— König und Konstitution 29.
— und Krieg, lange Dauer 268.
— Kriegsminister, Rücktritt 91.
— Lügen 269. 276. 289.
— — Verbreitung 270.
— Materialismus 281.
— und Mexiko 28. 37. 49. 80. 90. 102. 182. 183.
— — Huertas Anerkennung 182.
— und Mongolei, Handel 32.
— und Mozambique 53.
— und Napoleon 3.
— und napoleonische Kriege 242. 268.
— und Neuseeland 274.
— — Truppenhilfe 267.
— Neutralität 245. 253.
— Oberhaus und Homerule 92.
— und Orient 31.
— Orientkriege 274.
— und Ostafrika 280.
— und Österreich 245.
— — Kriegserklärung 255.
— u. österreichisch-serbischer Konflikt 308.
— und Panamakanal 118.
— Panik 298. 299. 300.
— Parlament, Auflösung 175.
— — und Flottenbudget 44.
— — und Kolonien 93.
— — Krisis 50.
— Parlamentarismus 253.
— und Persien 17. 32. 52. 79. 156. 157. 172. 209.
— — Ölquellen 190.
— und Poincaré 188.
— politische Krisis 29.
— und Portugal 286.
— Presse, Deutschfeindlichkeit 284.
— — Einfluß 276.
— — gelbe 243. 245.
— — lügnerische Nachrichten 257.
— — Mobilmachung 255.
— und Preußen, Gegnerschaft 268.
— Probleme, wichtige 88. 89.
— Reichskonferenz 93.
England und Rußland 72. 304.
— — Abkommen 253.
— — — von 1907 73.
— — als Ambos 3.
— — Anleihen 56. 190.
— — Annäherung 201.
— — Begünstigungen 83. 85.
— — Bündnisbemühungen 224.
— — gegen Deutschland 246. 251.
— — Entente 101. 120. 126. 273.
— — Feindschaft 2. 291.
— — Flotte 244.
— — und Frankreich 188. 201. 251.
— — — geographische Freunde 235.
— — Freundschaft 75. 151. 274. 299.
— — große Politik 53.
— — Handel 126.
— — Haß 244.
— — und Indien 158.
— — Kriegshilfe 219.
— — Krimkrieg 244.
— — Lotsenfrage 126.
— — Marineabkommen 151. 152. 163. 171. 173. 174. 176. 224. 261.
— — militärische Abmachungen 115. 245.
— — — Aktionspläne 275.
— — und Mittelasien 225.
— — Naturschätze 56.
— — und Persien 157. 173. 177. 190. 221.
— — — Abkommen 171. 201. 224. 244. 251. 296. 297.
— — — Politik 26. 52.
— — — Ölquellen 209.
— — — Silber 71.
— — politisches Komitee 71.
— — Regierungsbestellungen 39.
— — Reichtümer 62.
— — Rivalität 173.
— — Schwarzemeerflotte 3.
— — und Türkei 296. 297.
— — — Marinemission 23.
— — Verpflichtungen 252.
— Rüstungen 5. 6. 44. 50.
— und Schottland, Homerulebill 144.
— Seeherrschaft, und Deutschland 315.
— und Serbien 235.
— Sieg 281.
— und Skandinavien 310.
— und Spanien 310.
— — Flotte 244.
— und Südafrika 27. 28. 63. 133. 274. 303.
— — Ausstand 45.
— und Südsee-Inseln 280.

England, Suffragetten 174.
— — Unfug 83.
— Territorials 267.
— und Türkei 259.
— — Dardanellenbefestigung 23.
— — englische Militärmission 6.
— Ulsterfrage 119.
— Unionisten und Homerule 92.
— Unterhaus, Homerule-Verhandlungen 127.
— Unterseeboot, Untergang 19.
— und Vereinigte Staaten und deutscher Handel 290.
— — Handelskrieg 183.
— — Mißtrauen 277.
— — Panamakanal 184.
— — Rivalen 281.
— — Schiedsvertrag 65.
— Verleumdungskampagne 289.
— und Völkerrecht 267. 283.
— Wahlgesetz 50.
— Wehrpflicht, allgemeine 267. 302.
— Welsh disestablishmentbill 268.
— und Welthandel 310.
— und Weltkrieg 252. 297. 308.
— Weltreich, Zusammenbruch 279.
— Weltstellung 93.
— und Wilhelm II. 253.
— und Wilson, Präsident 90.
— Zwei-Mächte-Standard 299.
Engländer und Iren 274.
— und Schotten 274.
Enver Pascha, Kriegsminister 1. 7. 15. 21. 23. 110.
— Staatsstreich 303.
Epirus 122. 130.
— und Albanien 105. 149.
— Aufstand 91.
— Bandenkrieg 220.
— Frage 105.
— Konflikt 138.
Erzerum 25.
Esher, Lord 97. 244.
Esten, Revolution 272.
Estland 295.
Europa und Deutschland, Krieg 262.
— und England 244.
— u. Franz Ferdinands Ermordung 210.
— Frieden 5. 113. 120. 219. 299.
— — und Deutschland 280.
— — in Gefahr 88.
— Gleichgewicht 112. 178. 179. 207. 217. 234. 278.
— und Japan, Krieg 262.
— und Irland 305.
Europa, Kartenänderung 278.
— Krieg 5. 152. 153. 188. 205. 233.
— — Gefahr 72.
— — — latente 243.
— — — im Jahre 1913 303.
— — und Japan 285.
— und latein. Amerika 181.
— und Mexiko 81. 102.
— und Panamakanal 118.
— religiöse Zwistigkeiten 226.
— und Rußland 243.
— Rüstungsrivalität 72.
— Unsicherheit 97.
— Zivilisation und Preußen 229.
„Europe Coloniale et Politique“ 292.
Evangelisten in Kanada 82.
Excelsior 51.

F.

Faggare 83.
Faik Pascha 21.
Fallières 108. 237.
„Fanny“ 127.
Faschoda, Affäre 256. 292.
„Fédération républicaine“ 6. 94. 96.
Feodosi von Tschernigow, Bischof 42.
Ferdinand, König von Bulgarien 130. 225.
Ferrara 193.
Ferry, Jules 108. 142.
Fez, Alkoholverbot 123.
— französische Truppen, Eintreffen 301.
„Figaro“ 17. 33.
Finnland, Befestigungen 98.
— und England 126.
— Entrechtung 125.
— Frage 126.
— Gewaltpolitik 42.
— Lotsenverfolgung 126.
— Machtstellung vernichtet 250.
— Russifizierung 273.
— und Rußland 125.
— Schiffahrt 190.
— Sonderrechte 250.
— Tarif 190.
— Truppenkonzentration 98.
— Zolltarif 126.
Fitzgerald, Admiral 299. 316.
Flaubert, Gustave 141.
Flourens, Emile 292. 293.
v. Forstner, Leutnant, Freisprechung 10.
„Fortnightly Review“ 181. 183.

Frankfurter Frieden 114. 272.
„Frankfurter Zeitung" 129.
Frankreich, Absinthsteuer 123.
— Alkoholgefahr 70.
— Alkoholsteuer 155.
— Anarchie 66.
— Anleihe 154. 155.
— Anleihen, ausländische 4.
— Armeekredite genehmigt 214.
— auswärtige Politik und Wahlen 97.
— und Bagdadbahn 62.
— und Balkan 62.
— — Staaten 16.
— und Böhmen 77.
— Budget 63. 95.
— — Defizit 136.
— und Bulgarien 286.
— Chauvinismus 12. 180. 187. 292.
— Chauvinisten 97.
— und China, Eisenbahnkonzessionen 63.
— — Seezölle 126.
— und Churchill 31.
— Deutschenhaß 215. 230.
— und Deutschland, Annäherung 162. 207.
— — Beziehungen 226.
— — Bündnis 216. 293.
— — und Dienstpflicht, dreijährige 201.
— — Duell 220.
— — und Elsaß-Lothringen 11.
— — kleinasiatische Bahnen 63.
— — Krieg 40. 206. 292. 293.
— — — Erklärung 241.
— — und Marokko 159. 301.
— — — Konflikt 297.
— — und Orient 62.
— — Schärfen 55.
— — Süd- 227.
— — türkische Eisenbahnen 56.
— — — Militärmission 20. 21. 22.
— — Unvereinbarkeit 163.
— — Verständigung 114. 142. 292.
— — Vorstoß 277.
— — West- 227.
— — Zabernkonflikt 20.
— — Zusammenstoß 229.
— Dienstpflicht, dreijährige 13. 33. 65. 74. 75. 97. 115. 122. 140. 164. 169. 170. 180. 187. 216. 217. 252.
— — und Rußland 181. 207.
— Einkommensteuer 96. 115. 154. 155. 170.
— und Elsässer 11.
— und Elsaß-Lothringen 6. 78. 142. 215. 216. 280.
Frankreich und England 62. 310.
— — Bahnverbindung 158.
— — Bündnis 97. 112. 202. 224.
— — und Deutschland 246.
— — — Verständigung 97.
— — diplomatische Unterstützung 244.
— — Entente 40. 114. 273. 292. 293. 297.
— — Flotte 244. 292.
— — Freundschaft 151. 274. 291.
— — Gegensatz 274.
— — Geheimverträge 52.
— — Kriegshilfe 40. 72. 206. 219.
— — Marinekonvention 152. 201. 224. 261.
— — militär. Abmachungen 115. 252. 300.
— — — Aktionspläne 275.
— — — Verpflichtungen 245.
— — und Orient 62.
— — politisches Komitee 71.
— — Politik, große 53.
— — und Rußland, Bündnis 108. 112. 113. 254.
— — — Zusammenwirken 151.
— — Vereinbarungen 256.
— — Verpflichtungen 51. 253.
— — Verschwörung 292.
— Finanzen 136.
— — Krisis 170.
— finanzielle Oligarchie 163.
— Flottenprogramm, neues 301.
— Freimaurer 96.
— Friedensliebe 215.
— Generalstab, Denkschrift 124.
— Großmachtstellung 78.
— und Huerta 8.
— und Japan, Anleihen 17.
— — Annäherung 262.
— Imperialismus 163. 188. 303.
— innere Krisis 66. 67.
— innere Verhältnisse 63. 141. 153.
— und Irland 309.
— und Italien, Flotten 258.
— — Krieg 245.
— Kabinett, neues 5.
— Kammer, Kritik 106. 107.
— — Parteigruppierung 140.
— Katholizismus 141.
— Kirchenpolitik 214.
— und Kleinasien, Bahnen 108. 109.
— Klerikale 96.
— — und Sozialisten 154.
— Klerikalismus 214.
— und Kokowzew 62.
— Kolonien 217. 279.

Frankreich, kriegerische Tendenz 218.
— Kriegsentschädigung 279.
— — im Jahre 1871 280.
— Krisis 106. 169.
— Laienschule 96.
— Lügen 270. 276. 289.
— und Marokko 135. 211. 301.
— — Ausgaben 136.
— — Kämpfe 123.
— — Krisis 242.
— und Mexiko 8. 28. 37. 49. 80. 81. 102. 183. 231.
— Milliardenanleihe 140.
— Ministerkrisen 180.
— Mobilmachung 241.
— Monarchisten 108.
— moralische Überlegenheit 235.
— Nationalismus 214. 215.
— Nationalisten 97.
— Nervosität 62. 63.
— Niederlagen 269.
— und Nordafrika 286. 303.
— Obligationen 136.
— öffentliche Meinung 62. 140.
— und Orient, Krisis 12.
— und Österreich-Ungarn 77. 78. 233.
— — Anleihe 4.
— — und Deutschland 230.
— — Kriegserklärung 255.
— Parlament 66.
— Parlamentarismus 67. 143.
— Parteikampf 33. 112.
— „Patrie" 226.
— Patriotenliga 215.
— Pessimismus 65.
— Plutokratie 153.
— und Polen 40. 123.
— — Schicksal 66. 67.
— Politik, große 1.
— politische Kämpfe 94.
— und Portugal 286.
— Presse 112. 233.
— — Mobilmachung 255.
— und Preußen, Presse 57.
— Radikalsozialisten 96.
— radikal-sozialistische Koalition, Sieg 122.
— Reformen 154.
— Regierung, unsichere Lage 88.
— — System 66.
— Revanche, Gedanke 251. 274.
— — Krieg 6. 12. 256.
— — Lust 241. 250. 297.
— russische Provinz 97.
— und Rußland 12. 304.

Frankreich und Rußland, Anleihen 13. 14. 20. 56. 57. 61. 75. 83. 155. 190.
— — Begünstigung 85.
— — Branntweinmonopol 61.
— — und Bulgarien 225.
— — Bündnis 14. 62. 75. 77. 78. 83. 97. 101. 120. 169. 241. 242. 250. 273. 276 296.
— — — Gedanke 295.
— — — Krisis 209.
— — — Pflichten 180.
— — — Prüfstein 208.
— — — Treue 19.
— — und Deutschland 206. 207.
— — — Invasion 291.
— — — Krieg 205.
— — — und Österreich 236.
— — diplomatisches Zusammenwirken 151.
— — u. England 188. 201. 205. 206. 251.
— — — Allianz 97.
— — — Annäherung 244.
— — — deutschfeindliche Koalition 297.
— — — Entente 242.
— — — geographische Freunde 235.
— — — Kriegstreibereien 298.
— — — Unterstützung 246.
— — — Verschwörung 152. 260.
— — finanzielle Kontrolle 84.
— — finanzieller Kredit 2.
— — Heimlichkeiten 19.
— — und japanischer Krieg 78. 242.
— — Industrie und Handel 84.
— — kombiniertes Vorgehen 87.
— — Kriegskonvention 152.
— — Lorbeeren 238.
— — Milliardenanleihe 235.
— — militärische Solidarität 84.
— — — Vereinbarungen 19. 251. 252.
— — — Verpflichtungen 180. 181.
— — Naturschätze 56.
— — Offensivallianz 114.
— — ökonomische Beziehungen 39.
— — und Orientfrage 16. 225.
— — Parallelaktion 205.
— — polnische Frage 41. 123.
— — Presse 57.
— — — Bestechung 40. 274.
— — Putilowaktien 38. 39.
— — Regierungsbestellungen 39.
— — Rüstungen 86. 98. 178.
— — und serbische Krisis 235.
— — strategische Bahnen 122.
— — und Türkei 4.

Frankreich und Rußland, Unterstützung 261.
— — Verstimmung 85.
— Rüstungslasten 217.
— und Sarajewo-Prozeß 219.
— Selbstüberschätzung 163.
— und Serbien 233.
— — Mission 238.
— soziale Reformen 96.
— Sozialisten 135.
— — und Klerikale 154.
— und Spanien, Zusammenhang 89.
— Staatsbankerott 154.
— Stichwahlen 140.
— Süd-, italienische Arbeiter, Ausweisung 258.
— und Türkei 111.
— — Anleihe 4. 14. 108.
— — deutsche Militärmission 6.
— — Flotte 3.
— und Vatikan, Versöhnung 214.
— und Vereinigte Staaten, Mexikopolitik 102. 103.
— — Protektionstarif 184.
— Verfassungsrevision 95.
— Völkerrechtsverletzung 246.
— Wahlen 3. 34. 35. 63. 65. 74. 89. 91. 107. 112. 115.
— — Agitation 94. 96.
— — Ausgang 122.
— — und auswärtige Politik 97.
— — Gezänke 122.
— — Kampf 135.
Franz Ferdinand, Erzherzog 243.
— Aufbahrung in der Hofburg 205.
— Ermordung 196. 218. 232. 238. 261. 304. 308.
— und Wilhelm II. 176.
Franz Josef, Kaiser 230. 241. 243.
— Erkrankung 102. 111.
— in Ischl 205.
— Rückkehr nach Wien 196.
Frederics, Baron, russischer Hausminister 149.
„Free Hindoustan" 134.
Fremantle, Sir Edmund, Admiral 51.
French, General, Rücktritt 91.
Freycinet 108. 142.
Friede, bewaffneter 142.
Friedrich, Erzherzog, Generalinspektor der Armee 205.
Friedrich I., König von Preußen 227.
Friedrich der Große 227. 247. 288.
Friedrich Wilhelm, der große Kurfürst 227. 294.
Friedrich Wilhelm I., König von Preußen 227.
Friedrich Wilhelm IV., König von Preußen 288.

G.

„Gaelic American" 27. 175. 306. 315.
Galizien 42.
— Ost-, und Rußland 78.
— russische Niederlagen 283.
— russischer Vorstoß 270.
Galway 314.
Gambetta 285.
Gaona 73.
Gastein 241.
„Gelbe Gefahr" 275.
Georg V., König 231. 252.
— Belästigung durch Suffragette 169.
— Besuch in Frankreich 97. 108.
— Kaiser von Indien 94.
— in Paris 97. 102. 112. 113.
— und Wilhelm II. 253.
Gierke, v., Professor Otto 266.
Giers, v., russischer Botschafter in Wien 60.
„Gil Blas" 169.
Giolitti, Minister d. Auswärtigen 89. 91.
Girardin, Emil 57.
Gladstone 305. 306.
Gladstone, Lord, Gouverneur 45.
Glinka, S., Redakteur 208.
„Goeben", Kreuzer 258.
— vor Messina 248.
Goldsmith, Oliver 316.
Goldstein, Professor 85.
„Golos Moskwy" 218. 220. 244. 291.
„Golos Russi" 236.
Gonnard, Professor 226. - 227. 229. 230.
Goremykin, russischer Ministerpräsident 56. 59. 75. 76, 85. 86. 88. 99. 101. 136. 149. 166. 173. 180. 181.
— Ära 85.
— Reise nach Livadia 137.
Gorlow, Valentin de 77.
Goschen, Sir Edward 187.
Goten 300.
Goethals, Oberst 29.
Gouraud, General 123.
Granville Browne, Edward, Professor 52.
„Graschdanin" 99. 100. 124. 201.
„Grenzboten" 75.
Grévy, Präsident 164. 274.

Grey, Sir Edward 1. 6. 23. 31. 51. 52. 71. 72. 80. 113. 126. 189. 190. 202. 209. 251. 252. 253. 259. 261. 264. 268. 307.
— Erklärung über englisch-russisches Marineabkommen 176. 177.
— Fall 269.
— Friedensreden 268.
— Kriegsrede 308.
— persische Politik 156. 157. 221.
— Rede in Manchester 50.
— Rede im Unterhause 283.
— Urheber des Krieges 254. 283.
— Verräter 275.
Griechenland und Albanien 74. 138. 220.
— und Balkankrieg 167.
— und Bulgarien, Grenzzwistigkeiten 29.
— — Haß 23.
— — Krieg 304.
— — Missetaten 179.
— und Epirus 105. 130.
— Inselfrage 1.
— Kronprinz in Bukarest 46.
— und Rußland, Verhandlungen 43.
— und Türkei 43. 120. 285.
— — Beziehungen 130. 200.
— — — gespannte 158.
— — Frieden 194.
— — Inselfrage 7.
— — Krieg 7.
— — Ultimatum 176.
Grigorjew, Dr. 70.
Grodno, Gouvernement 287.
Gunabad 52.
Gurko 70.
Gustav, König von Schweden 64.
— Operation 91.
Gutschkow 244.
Guettar 157.

H.

Habsburg, Monarchie, Vernichtung 77.
— Zerfall 60.
Haiti, Präsident 29.
— Rebellen, Fortschritte 223.
Haldane, Lord 259.
Hangoe, Kriegshafen, Zerstörung 248.
Hannover, englische Gefangene 267.
Hanotaux 95. 142.
Hansi, Verurteilung 214.
Harcourt, Lewis 128.
Hardinge, Sir Charles 251.
Harmsworth 256.
Hartwig, russischer Gesandter in Belgrad, Tod 214. 222.
Harvey, Gordon 43.
Heiliger Krieg 212.
Heinrich, Prinz von Preußen, in Santiago de Chile 91.
— Rückkehr aus Südamerika 122.
Heiri Bey, Scheich ul Islam 91.
Henry, General 212.
Herat 27.
Hermogen, Patriarch von Moskau 42.
Herzegowina, Annexion 197.
— dynastischer Patriotismus 198.
Hibernier, Orden 29.
Hindus, Armee 134.
— u. Mohammedaner, Verbrüderung 134.
Hirst, Francis W. 245.
Hofstädter 60.
Hohenberg, Herzogin von, Ermordung 196.
Hohenstein, russische Niederlage 282. 288.
Hohenzollern, Haus 227. 272.
Hohenzollernkanal, Eröffnung 176.
Holland 279.
— und Deutschland 178.
— und England 300. 310.
— — Flotte 244.
— Neutralität 257. 286.
— und Tripelentente 178.
Holman, Alfred 116. 277.
Holstein und Rußland 295.
Holstein-Gottorp, Haus 79. 272.
Holtzapfel, französischer Major 238.
Honan, Provinz 79.
Hopkins, Kapitän 212.
Hudzeschang, chinesischer Staatssekretär 129.
Huerta, Präsident 1. 8. 28. 44. 46. 47. 81. 102. 103. 104. 105. 118. 129. 138. 182. 212. 214. 240.
— Abdankung 223. 231.
— Krisis 149.
— Rücktritt 37. 160.
— und Wilson 182.
Hughes, Governor 195.
Humbert, Senator, Rede 214. 224.
Hythe, Lord 133.

J.

Jäckh, Ernst 283.
Jacob, Zuave 238.
Jaimisten 89.
Jakob II. 308.
Jakowlew 34. 35.
Jamtscheu, Hafen 63.

Jantsekiang 63.
Japan, Anleihen 17.
— Armee, Anwachsen 262.
— und Australien 145.
— und China 32. 280.
— — Märkte 63.
— und Deutschland 262.
— — Abrechnung 291.
— — Krieg 275.
— — und Südsee 290.
— — Ultimatum 255.
— und England 17.
— — Annäherung 262.
— — Bündnis 3. 32. 275.
— — gegen Deutschland 261.
— — Freundschaft 262.
— — und Indien 292.
— — und Kiautschau 290.
— — Kriegshilfe 285.
— und Europa, Krieg 262. 285.
— und Frankreich 17.
— — Annäherung 262.
— Handelsflotte 262.
— „Hyäne des Ostens" 262.
— und Indien 269.
— Kabinettswechsel 129.
— und Korea 32.
— und Mexiko 33. 45. 129.
— — Huertas Anerkennung 182.
— und Mongolei 63.
— — Handel 32.
— Parlamentsvertagung 91.
— und Philippinen 290.
— und Rußland 17. 32. 129.
— — Annäherung 262.
— — Freundschaft 263.
— — Krieg 78. 98. 135. 242. 250. 255. 296.
— — — Hilfe 285.
— — und Mongolei 63.
— — Städtebudget 148.
— — Verständigung 296.
— Rüstungen 171.
— und Samoa-Gruppe 290.
— und Vereinigte Staaten 184. 275. 290.
— — Krieg 129.
— — Schiedsvertrag 65.
— — Zuspitzung 33.
— und Weltkrieg, Beteiligung 268.
— Wolfspolitik 275.
Jassy, Frieden von 1792 295.
Jaurès 65. 74. 75. 107. 114. 135. 162.
— Wiederwahl 115.
Jeanne d'Arc 216.
Jefremow, Progressistenführer 136. 137.
Jena, Schlacht 280.
Jezd 26.
Ignatiew, Graf 120. 297.
Iliodor 146. 250.
Ingermanland 295.
Indien und Afghanistan 245.
— Armut 134.
— Aufruhr 203.
— Council 144.
— und England 134. 286. 274.
— Englisch-, und „Gelbe Gefahr" 275.
— Erhebung 269.
— Erregung 16. 79. 135.
— — nationalist. 145.
— Glacis 224.
— Hungersnot 134.
— und Japan 269.
— Islamiten und Hindus, Bund 286.
— und Kalifornien 134.
— und Persien 172.
— — Bahnverbindung 157. 210. 225.
— Pest 134.
— Revolte von 1857 134.
— revolutionäre Bewegung 133. 134.
— und Rußland 295.
— — Bahnverbindung 158.
— „Schutzstaaten" 135.
— Schwierigkeiten 133.
— Truppensendung 267.
— und Vereinigte Staaten 134.
— Verwaltungsreform 144.
„Indian Sociologist" 134.
„Invalid" (russisches Organ) 238.
Joasaf von Belgorod 42.
Joffre, Generalstabschef 181. 263.
— in Petersburg 20.
Johannisburg 64.
Jorga, Professor 61.
Josif 147.
„Le Journal" 158.
„Journal des Débats" 16. 19. 20. 21. 62. 75. 77. 95. 102. 113. 123. 158. 162. 163. 202. 233. 243. 244.
Jowett, A. C., amerikanischer Ingenieur 26. 27.
Iren und Engländer 274.
— in der britischen Flotte 274.
„Irish Volunteer Force" 313.
Irland, Ausrottung 309.
— Autonomie 306.
— Bevölkerungsstand 93. 311.
— Bewaffnung 133. 175. 221. 307.
— Bürgerkrieg 92. 155. 203.
— und Deutschland 306. 312. 313. 315.
— deutsch-irische Invasion 315.

Irland und England 305. 308. 310.
— — Erhebung 315.
— — Entgegenkommen 306.
— — Homerule 230.
— — Kampf 237.
— — ökonomische Ausbeutung 311.
— — Parlamentsverschmelzung 309.
— — Todfeindschaft 309.
— — Union 93. 94.
— Erhebung 309.
— und Europa 305.
— Frage 115. 133. 186. 220. 312.
— und Frankreich 309.
— Freiwilligenkorps 313. 314.
— Homerule 92. 93. 127. 132. 144. 203. 239. 305.
— — und Krieg 308.
— Hungersnot 311.
— Katholiken und Protestanten 93.
— „Konstitution irischer Freiwilliger" 313.
— Kriegsteilnahme 313.
— Lebenskraft 204.
— Leidensgeschichte 308.
— Nationalisten 239.
— Nationalkongreß 1907 305.
— politisches Problem 305.
— Protestanten und Katholiken 93.
— gegen Redmond 313.
— Unordnungen 239.
— und Vereinigte Staaten 311.
— Verständigung 127.
— Vizekönig 94.
— Waffenlandung 127.
— Wahlrecht 309.
— und Weltkrieg 305.
Islam und Deutschland, Freundschaft 268.
— und England 268. 269.
— Erregung 26. 135.
— Kultur 268.
— Schicksal 55.
Ismid 22.
Ispahan 25. 26. 120. 224.
— Eisenbahn 157.
Iswolski 3. 5. 71. 75. 131. 174. 181. 189. 223. 234. 244. 251. 252. 253.
— Ordensverleihung 120.
— und Poincaré 189.
— Urheber des Krieges 283.
Italien und Adalia 8.
— und Albanien 167. 193. 231.
— anarchistische Revolution 193.
— Angriffskriege 303.
— Arbeitslosenzunahme 193.
— Auswanderung 193.
— auswärtige Politik 193.
Italien und Deutschland 279.
— — und Orient 8.
— — und Österreich, Bündnis 241.
— und England 264.
— und Faggare 83.
— und Frankreich und England, Flotten 258.
— — Krieg 245.
— Neutralität 285.
— und Nizza 258.
— und Österreich und Albanien 167.
— — Demonstrationen 139.
— — Flotten 258.
— — Krieg 167.
— — Preßpolemik 193.
— Presse 284.
— Proteststreik 193.
— Regierung, unsichere Lage 88.
— republikanische Anschläge 199.
— und Savoyen 258.
— und Tripelentente 258.
— Unzufriedenheit 193.
— und Vereinigte Staaten, Schiedsvertrag 65.
— und Weltkrieg 257. 258.
Juanschikai 45. 63. 79. 129. 130.
Juarez, Vizepräsident 102. 182.
Judet, Ernest 57. 66. 67. 108. 205. 208. 220. 237.
Junnan, Bahn 63.
— Truppenaufstand 45.
Junnanfu 63.
Iwan von Kronstadt 249.
Iwan III. 294.
Iwan der Schreckliche 264. 294.
Izzet Pascha 10.

K.

Kabul 26. 27.
Kahn, Julius, amerikanischer Parlamentarier 212.
„Kaiser Wilhelm der Große", Zerstörung 268.
Kalifornien und Indien 134.
— und Mexiko 118.
Kalkutta 145.
Kamtschatka 295.
Kanada 43. 310.
— deutsche Einwanderung 82.
— — Zeitungen 81.
— deutschfeindliche Gerüchte 289.
— und Deutschland 81.
— und England 274. 316.
— — Presse 256.

Kanada, konfessioneller Gegensatz 203.
— österreichische Einwanderung 82.
— Presse, Schmähungen 276.
— schweizerische Einwanderung 82.
— Truppenhilfe 267.
„Kanadischer Bauernfreund" 82.
Kanal, englische Flottenkonzentration 301.
— Tunnel 158.
Kandahar 27. 245.
Kap-Kairobahn 53. 54.
Karatsch 158.
Karl Franz Josef, Erzh. Thronfolger 196.
Karl V., Kaiser 267.
Karol, König von Rumänien 61. 243.
— in Constantza 179.
Kasatin 109.
Kaschin, Fürstin Anna 42.
Kaschmir 27.
Kaspisches Meer, Handelsflotte, Streik 147.
Kaspi-See 79.
Katanga 54.
— Kupferwerke 53.
— -Rhodesia-Bahn 54.
Katharina II., Kaiserin 109. 295.
Katkow 67. 68. 166. 250.
Kaukasus, Kämpfe 269.
Kaulbars 3.
Kaunitz 230.
Kelonia 105.
Kenifra, französische Verluste 211.
Kennedy, J. M. 181. 182. 183. 184.
Kerman 26.
Kiautschau, Fall 290.
v. Kiderlen 237. 301.
Kiel 8.
— englischer Flottenbesuch 187. 200. 275.
— — Abreise 196.
Kiew 164.
— Gouvernement 41.
— — Mobilisierung 234.
— Kongreß der Exporteure 85.
— Unruhen 99.
— -Brest, Chaussee 109.
Kilkewey 314.
King, Mr. 176.
Kjöllén, Rudolf 286.
Kirman 157.
Kitchener, Lord 292.
„Kölnische Zeitung" 87.
„Kolokol" 145.
Kolonia 122.
Kolumbia, Konflikt 102.
— Kongreß 183.
Kokowzew 12. 13. 14. 60. 87. 101. 202.
Kokowzew, Abschied 59.
— Finanzpolitik 62.
— und Frankreich 62.
— Ministerpräsident 35. 36.
— in Paris 20. 75. 171.
— Rücktritt 55.
— Sturz 75.
Konfuzius, Lehre 130.
Kongo, Akte 54.
— Staat 54.
„Königin Luise" 248. 249. 254.
Königsberg, Festungspläne 209.
„Königsberger Allgemeine Zeitung" 236.
Konowalow, stellvertretender Dumapräsident 164.
Konopischt 196.
Konstantinopel, Fall im Jahre 1453 294.
— und Rußland 273. 280. 286.
„Konstitution irischer Freiwilliger" 313.
Kopp, Fürstbischof, Tod 74.
Korea und Japan 32.
Korfu 110. 112. 132.
— Epiruskonferenz 138.
Koritza 74. 91. 105.
Korowin, Dr. 70.
Korsika, Flottenmanöver 200.
Kossuth, Franz, Tod 150.
Kotschubej, Fürst 149. 205. 206. 207. 208. 209.
Kowel 109.
Kowno 109.
— Gouvernement 41. 287.
Kramarsch 109.
Krasnik, russische Niederlage 260.
Kremenez 109.
Kreta 43.
„Kreuzzeitung" 98.
„Krieg dem Kriege" 227.
Krimkrieg 233.
Kriwoschein, russischer Landwirtschaftsminister 59. 76. 101. 137. 149. 166. 173.
— Rückkehr 110.
Kroaten 61.
Kroatien und Bosnien-Herzegowina, selbständige Staaten 278.
— und Serbien 280.
Kronstadt, englisches Geschwader, Besuch 189. 190. 200. 201.
— — Abfahrt 209.
— französischer Flottenbesuch 189. 190.
Krupp 38.

Krupp, Affäre 106.
Kuba 149. 213.
Kurden und Armenier 24.
Kurland und Rußland 295.

L.

Labori 237.
Lagarde, Gefecht 248.
Lanessan, Admiral 65.
v. Lanken, Botschaftsrat in Paris 237.
Lansdowne, Lord 30. 231.
Laurent, Marcel 142. 151.
Lavisse 108. 112. 173.
Lawther, J. W., Speaker 239.
Lee, Arthur 31.
— Zivillord der Admiralität 254.
Leeds 186.
Lefebvre, André, Unterrichtsminister 215.
Legendre, Maurice 226. 229. 230
„Leipziger Illustrierte Zeitung" 297.
Lemberg, polnische Organisation 147.
— in russischen Händen 277. 283.
Lena-Affäre 99. 100.
— Gemetzel 110.
Letten, Revolution 272.
Libau, Beschießung 241.
„Liberté du Sud-Ouest" 237.
Lichnowsky, Fürst 174.
Liman v. Sanders, General 15. 22. 110.
— Affäre 16. 20.
— Generalinspekteur der türkischen Armee 21. 22.
— Mission 4. 15.
— türkischer Feldmarschall 20.
Limerick 314.
Limpus, Admiral 23.
Lincoln 138.
Lind, John 212.
„Lion," englisches Schlachtschiff 189.
Litauen 41.
— Russifizierung 273.
Liungtangsen, chinesischer Minister 129.
Livadia, Konferenzen 149. 166. 173.
— türkische Delegation 137.
Livland 295.
— Deutscher Orden 287.
— russische Bedrängnis 267.
Lloyd George 1. 5. 6. 28. 31. 32. 231.
Lobito, Bahn 54.
— Bai 53.
„Lond", englischer Kreuzer 189.
London 30.
— Guildhall Meeting 51.
London, Nationalgalerie, Gemäldezerstörung 150.
— Reichskonferenz 93.
— und Sarajewo-Mord 219.
— Suffragetten, Gemäldezerstörung 150.
„London Magazine" 133.
Longwy, Eroberung 260.
Loubet 108.
Ludwig XIV. 215.
Ludwig XV. 230.
Luninez 109.
Luther, Martin 152. 276.
Lutheraner in Kanada 82.
Lüttich, Eroberung 248. 249.
Luxemburg, deutscher Einmarsch 241.
Luzk 109.
Luzzati 89.
Lwow, russischer Abgeordneter 149.
Lyautey, General 123.
Lyon 230.

M.

McKenna, englischer Minister des Innern 174.
Mac Mahon 141. 153.
Mac Neill, Evin, Professor 313.
Macaulay 308. 310.
Machedo, portugiesisches Ministerium 46.
Madero, Präsident 103. 182.
Madrider Konvention 159. 298.
Magdalenenbai 103.
Mahan, Admiral 51.
Mahmud Muktar Pascha, türkischer Botschafter in Berlin 29.
Mailand, Unruhen 193.
Majorescu, rumänisches Ministerium, Demission 1.
Makino, Baron, japanischer Minister des Auswärtigen 32.
Maklakow, russischer Minister 137. 147. 149. 166.
Malatesta, Anarchist 193.
Malta 258.
Manchester 30. 50.
„Manchester Guardian" 25. 27. 31. 53. 79. 81. 90. 97. 114. 127. 128. 152. 156. 168. 173. 177. 252.
Mandschurei, Krieg 36.
— und Rußland 101.
— — Zolltarif 126.
Manyrew, Fürst 146.
Manuel, König 45.
Marakesch 212.
Marchand, Oberst 292.

Marche (Italien) 193.
Marconi, Affäre 106.
de Margerie, Kanzleidirektor 223.
Margilomano 218.
Maria Thereſia 230.
Markow, ruſſiſcher Deputierter, Rede in Prag 77.
Marmoros-Sziget-Prozeß 77.
Marokko, Abſinthverbot 123.
— und Algier 135.
— Alkoholverbot 123.
— Erregung 16.
— und Frankreich 135. 211. 301.
— — Ausgaben 136.
— — Kämpfe 123.
— Konflikt 297.
— Kriſis 242.
— Pénétration pacifique 211.
— Roghi, Niederlage des 123.
— Streit 256.
— wirtſchaftliche Entwicklung 159.
Marſeille, japaniſche Truppen 262.
Martin, William, Zeremonienmeiſter 223.
v. Martitz, Ferdinand 257.
Marvaud, Angel 73.
Maſh 25.
Maſuriſche Seen, ruſſ. Niederlage 266.
„Matin" 19. 65. 97.
Maubeuge, engliſche Niederlage 260. 266. 283.
Maximilian, Kaiſer von Mexiko 102.
Maxſe 244.
Mazatlan 104.
Mazedonien, Bandenkrieg 220.
— Serbiſierung 197.
— Unruhen 130.
Mechelin, Leo, Tod 42.
Mecklenburg und Rußland 295.
Mehmed V., Sultan, und Nikolaus II. 137.
Mennoniten in Kanada 82.
Menſchikow 2. 17. 36. 164. 165. 234. 251.
Mercereau, Alexander 142.
Meſchtſcherski, Fürſt 99. 124. 208. 303.
Metz 216.
— deutſcher Sieg 260.
Meunier, Paul, franzöſiſcher Deputierter 34.
„Mexican Eagle" 183.
Mexiko 8.
— und ABC-Mächte 204.
— amerikaniſche Gefahr 118.
— und Argentinien, Vermittlung 118.
— und Aſien 81.
— Bahnen 212.
Mexiko und Braſilien, Vermittlung 118.
— Bundestruppen, Niederlage 150.
— Bürgerkrieg 129.
— Carranziſten und Föderaliſten 240.
— und Chile, Vermittlung 118.
— und Deutſchland 28. 37. 49. 80. 81. 102.
— — Huertas Anerkennung 182.
— und England 28. 37. 49. 80. 90. 102. 182. 183.
— — Huertas Anerkennung 182.
— engliſch-franzöſiſch-deutſche Intervention 81.
— und Europa 81.
— Föderaliſten und Carranziſten 240.
— Frage 102. 175. 184.
— und Frankreich 8. 28. 37. 49. 80. 81. 102. 183. 231.
— Frevel 118.
— Friedensbemühungen 128.
— gelbes Fieber 128.
— Guerillakrieg 119.
— Invaſion 104. 105.
— und Japan 33. 45. 129.
— — Huertas Anerkennung 182.
— und Kalifornien 118.
— Kämpfe 132.
— Konſtitutionaliſten 90. 103. 149. 213.
— Kriſis 149. 222.
— Lage 37.
— Meuterei 140.
— neue politiſche Lage 212.
— Neuwahlen 105.
— Ölkompagnien 183.
— Pazifizierung 104.
— Petroleum 103. 212.
— Raſſenkrieg 104.
— Rebellen, Greuel 64.
— Reformprogramm 105.
— Regenzeit 138.
— Revolution 80.
— Schwierigkeiten 159. 231. 240.
— und Spanien 183.
— und Südamerika, Verhandlungen 138.
— und Texas 118.
— Untaten 128.
— und Vereinigte Staaten 37. 46. 47. 73. 80. 90. 160. 212. 231.
— — Aufſtand 182.
— — Eingreifen 64.
— — Einverleibung 119.
— — Erbitterung 128.
— — Finanzberatung 45.
— — Haß 183.
— — Intervention 48.
— — Konflikt 116.

Mexiko und Vereinigte Staaten, Krieg 102. 119.
— — — Vorbereitungen 44.
— — Ultimatum 102.
— — Verhandlungen 138.
— — Verständigung 204.
— Verhältnisse 46.
— Volkscharakter 46.
— Waffeneinfuhr 49.
— Waffenstillstandsverhandlungen 128.
— Wirren 195.
— — Ursachen 181. 182.
— Wirrwarr 138.
— Zahlungseinstellung 28.
— Zapatisten 240.
— Zwangskurs 1.
Michigan 82.
Michnewitsch, Generalstabschef 180.
Mieczeslaw 147.
Militarismus 278.
Miljukow, Kadettenführer 99. 136. 145. 148. 164.
Millerand 74.
Milner, Lord 27.
Minsk, Gouvernement 41.
Mirditen 199.
Mitrofanoff, Paul v., Professor 166.
Mittelmeer 33.
— Neutralisierung der Streitkräfte 277.
Mobile (Kuba) 181. 213.
Mohamed Ali, Exschah 79. 138. 239.
— Rückkehr 53.
Mohamedaner und Hindus, Verbrüderung 134.
Mohilew, Gouvernement 41.
Moinier, General 301.
Moltke 260.
Monard 171.
Mongolei, Autonomie 32.
— Handel 32.
— und Japan 63.
— und Rußland 17. 32. 101.
— Selbstregierung 8. 9.
Monis 116.
Monroedoktrin 49. 81. 104. 118. 181. 184. 199.
Montenegro, Absorbierung 210.
— und Albanien 220.
— Amalgamierung 197.
— und Deutschland, Kriegserklärung 248.
— und Österreich-Ungarn, Kriegserklärung 241.
— und Serbien 179. 210.
— — und Bulgarien und Rumänien, militärischer Block 261.
Montenegro und Weltkrieg 258.
Montmedy, Einnahme 266.
Montreal 81.
Moore, Thomas 316.
Moreau, Henri 292.
Morell, Mr. 79.
Morley, Lord 259.
„Morning Post" 80. 168. 299.
Moskau, brennende Torfmoore 221.
— Großfürstentum 294.
— Universität 67.
— verstärkter Schutz 235.
— Wachstum 148.
„Moskowskija Wjedomosti" 41. 67. 68. 166.
„Mountjoy" 127.
Mozambique 54.
— und England 53.
Mülhausen, Schlacht 248.
Muratow, Gouverneur von Kursk 99. 100.
Murray Butler, Nicholas 102. 168.
Murray, Lord 183.
Muzaffer Eddin, Schah 239.

N.

Namur, Eroberung 260.
Nancy, Affäre 12.
— französische Niederlage 266.
Nannin 63.
Napoleon I. 3. 11. 280.
— Bulletins 289.
— und England 293.
— — Kriege 242.
Napoleon, Prinz 108.
Natal, Arbeiterausstand 27.
„The Nation" 302.
„National Review" 151.
Navy League 51.
Nazim Pascha 7.
Neapel, Unruhen 193.
Neidhardt 86.
Neuchateau, deutscher Sieg 260.
Neuseeland, deutschfeindl. Gerüchte 289.
— und England 274.
— — Presse 256.
— Truppenhilfe 267.
Newry 203.
New York 289.
— Judenschaft 185.
— Presse, Schmähungen 276.
— Wachstum 148.
„New York American" 300.
„New York Herald" 212. 213.

„New Zealand", englisches Schlachtschiff 189.
Niagara-Falls 138.
— Friedenskonferenz 140. 160. 161. 162. 204. 212.
— — Vertagung 196.
— Vermittlungsaktion 149.
Nicaragua, amerikan. Protektorat 195.
— Kanal 103.
— Präsident 103.
Nikolai Nikolajewitsch, Großfürst 234. 304.
Nikolaus I., Zar 233. 288. 296.
Nikolaus II., Zar 35. 98. 100. 120. 124. 137. 236. 249. 250. 296.
— Charakteristik 287.
— in Constantza 179.
— Dankbriefe 242.
— und Mehmed V., Sultan 137.
— Pessimismus 62.
— und Poincaré 234.
— und Polen 255.
— in Reval 1908 243.
— in Rumänien 176.
— und Wilhelm II., freundschaftliche Beziehungen 250.
Nizza und Italien 258.
Norard, Philippe 142.
„Norddeutsche Allgemeine Zeitung" 283. 312.
Nordsee 33.
— englische Flottenkonzentration 301.
— Neutralisierung der Streitkräfte 277.
— Seeschlacht 259.
Norfolk, Herzog von 186.
Northcliffe, Lord 243. 256.
Norwegen, Neutralität 257. 286.
— und Rußland 280.
— — Lotsenfrage 126.
Noulens, französischer Kriegsminister 33.
Novitzki, Ministergehilfe 59.
Nowa Scotia 82.
Nowgorod, Zerstörung 294.
„Nowoje Wremja" 1. 17. 21. 22. 25. 26. 34. 36. 40. 41. 42. 52. 57. 60. 68. 71. 76. 77. 79. 85. 106. 109. 110. 115. 120. 121. 130. 131. 150. 156. 164. 165. 174. 178. 188. 189. 190. 201. 202. 208. 209. 210. 217. 218. 222. 223. 224. 234. 235. 243. 251. 271. 298. 303.
Noworossisk 3.
Nuri Bei 21.
Nystadt, Friede von 1721 294.

O.

„Observer" 298.
Ochotsk, Meer 295.
O'Connell 310. 316.
Odessa, Erhebung 269.
— Gouvernement, Mobilisierung 234.
O'Donnell 316.
Okuma, Graf, japanischer Ministerpräsident 129.
Olmütz 233. 288.
„Omladina" 232.
O'Moore Creagh, General 316.
O'Neill 316.
Ontario 81.
Orient, Frage 16. 55.
— Frieden 219.
— Krisis 12.
— und England 31.
— europäischer, und Rußland 263.
— naher, Unruhen 130.
Orozko, Pascale, General 231.
Ortelsburg, russische Niederlage 282.
Ostende, englische Truppenlandung 267.
Österreich-Ungarn und Adria 279.
— und Ägäisches Meer 279.
— und Albanien 167. 231. 279.
— Angriffskriege 303.
— Anleihe 4.
— und Balkan 229. 230.
— — Block 261.
— — Neuregelung 279.
— — Bund 106. 158.
— — Staaten 304.
— und Bulgarien, Bundesgenossenschaft 258.
— Deutsche und Slawen 78.
— und Deutschland 229.
— — Bündnis, Abschluß 241.
— — — Pflichten 298.
— — — Vertrag 250.
— — Einmütigkeit 276.
— — Entfremdung 241.
— — gegen Frankreich und Rußland 236.
— — und Italien, Bündnis 241.
— — und Kriegsgefahr 1913 303.
— — und Rußland 151. 166.
— — — und Serbien 245.
— — und Serbien 233.
— — und Slawen 273.
— und England 245.
— — Kriegserklärung 255.
— als Föderativstaat 77.
— Frage 61.

Österreich-Ungarn und Frankreich 4. 77. 78. 233.
— — und Deutschland 230.
— — Kriegserklärung 255.
— u. Franz Ferdinands Ermordung 210.
— Germanisierung 78.
— und großserbischer Größenwahn 197.
— „Homerule"-Frage 139.
— und Italien und Albanien 167.
— — Demonstrationen 139.
— — Flotten 258.
— — Krieg 167.
— — Neutralität 285.
— — Preßpolemik 193.
— und Kriegskosten 278.
— und Kroaten 61.
— Mobilmachung 241.
— und Montenegro, Kriegserklärung 241.
— Nationalitätenhader 196.
— panslawistische Elemente 78.
— und Polen 123.
— — Mißerfolg 277.
— Politik, große 2.
— und Rumänien 61. 179.
— — Gegensatz 218.
— — Militärkonvention 194.
— und Rußland 78.
— — Bruch 256. 260.
— — freundschaftliche Beziehungen 218.
— — Gegnerschaft 98.
— — Haß 263.
— — Konflikt 304.
— — Krieg 76. 87. 147. 151. 250. 304.
— — — von 1866 272.
— — — Erklärung 241.
— — — Gefahr 1913 303.
— — Preßangriffe 76.
— — Ringen in Galizien 283.
— — und Serbien 234.
— und Serbien 279.
— — Konflikt 225. 308.
— — Krieg 233.
— — — Erklärung 232.
— — Offensive 277.
— — Thronfolgerermordung 197.
— — Ultimatum 232.
— — Züchtigung 236.
— — Zugeständnisse 237.
— Slawen und Deutsche 78.
— slawische Agitation 243.
— Sprengung 279.
— und Tripelentente 78.
— tschechische Parteiversammlungen 109.
— Vernichtung 77.
— Zerfall 60. 61.
Österreich-Ungarn, Zertrümmerung 78. 273.
— Zusammenbruch 243.
Ottley, britischer Admiral a. D. 23.
Oxford, Universität 174.

P.

Paléologue, französischer Botschafter in Petersburg 83. 84. 169. 170.
Palmerston, Lord 253.
Pams 108.
Panama, Affäre 116. 122.
— Kanal 29. 102. 103. 118. 184.
— — Abgabenfreiheit 90.
— — Schiffsabgaben 195.
— — Zölle 184.
Panamerikanismus 184.
Panslawismus 243. 273. 296.
„Panther" in Agadir 301.
Paris, Amsterdamer Besuch 224.
— bedroht 283.
— Bukarester Besuch 224.
— englischer Königsbesuch 150.
— Erhebung 269.
— Genter Besuch 224.
— König Georgs Besuch 97.
— internationaler Kongreß 1900 75.
— Londoner Besuch 224.
— Madrider Besuch 224.
— Petersburger Besuch 224.
— Presse, Niederlage 122.
Parnell 305. 311.
Parvez, französische Niederlage 255.
„Patrie" 226.
„Pays" 263.
Pazifisten und Preußen 227.
Pearson, Arthur 244. 256.
Pearson Compagnie 103.
Pédoya, Divisionsgeneral 216.
— Rede 224.
Pégoud, Flieger 1.
Peking-Urga, Eisenbahn 101.
Pensacola (Kuba) 213.
Persien und Deutschland 25. 26. 120. 156. 300.
— — Postpaketverkehrssperrung 19.
— und England 17. 32. 79. 156. 157. 172. 209.
— — Ölquellen 190.
— und englisch-russische Konvention 171.
— englisch-russische Verhandlungen 190.
— Exschah, Rückkehr 79.
— Finanzkrisis 170.
— und Indien 172.

Persien und Indien, Bahnverbindung 157. 210. 225.
— kaspisches 210.
— Konstitutionalismus 239.
— Lage 79.
— Naphthafrage 209.
— neutrale Zone 157. 177.
— Nordprovinzen 222.
— offene Tür 32.
— Problem 52.
— und Rußland 9. 17. 79. 101. 126. 156. 171. 300.
— — Freundschaft 138.
— — Krieg 1721 295.
— — Naphthakonzessionen 221.
— Schah, Krönung 178.
— schwedische Gendarmen 156.
— transpersische Bahn 156. 177. 209.
— und Türkei, Abgrenzung 9. 17.
— Verwicklungen 120.
Persischer Golf 26. 157.
Périer, Casimir 153.
Peru, Präsidentenwechsel 55.
Peshawar 245.
Peter I., König von Serbien 130. 197. 198.
— Anerkennung 235.
Peter der Große 294.
— Testament 295.
Peterhof 189.
Petersburg 67.
— Arbeiterstreik 100. 232.
— betrunkene Offiziere 36.
— Börsenpanik 171.
— brennende Torfmoore 221.
— deutsche Kirchenschulen, Schließung 271.
— englischer Besuch 189.
— englischer Flottenbesuch 200.
— Maifeierdemonstration 147.
— Studentenunruhen 100.
— Unruhen 100. 109.
— verstärkter Schutz 235.
— Winterpalais 151.
— Wohnungsverhältnisse 148.
— Zusammenkunft 223.
„Petersburger Kurier" 180.
„Petersburger Telegraphenagentur" 125. 153.
„Petersburger Zeitung" 172. 271.
„Petit Parisien" 238.
Philippinen, amerikanische Flottenkonzentrierung 290.
— Guerillakrieg 119.
— und Japan 290.
— Unabhängigkeit 33.
Philipps 249.
Philips Price, M. 80.
Piatra-Neuamt 61.
Pichon 35. 112. 224.
Pilenko 251.
Pillau, Festungspläne 209.
Pitirim von Kaluga, Bischof 42.
Plozk, Gefangennahme deutscher Flieger 160.
Pobedonoszew 68. 250.
Podolien 164.
Pohl (alias Blumenthal) 209.
— Feldwebel, Landesverratsprozeß 218.
Poincaré, Präsident 34. 65. 75. 96. 113. 153. 164. 169. 181. 188. 209. 214. 215. 252. 269. 303.
— Abreise von Dünkirchen 223.
— und England 188.
— und Iswolski 189.
— in Kopenhagen 223.
— Kriegspräsidentschaft 12.
— Krisis 170.
— in London 202.
— Ministerpräsident, Programm 214.
— Ministerium 95. 251.
— und Nikolaus II. 234.
— Partei 94. 97. 108. 135. 140. 162.
— — Niederlage 122.
— in Petersburg 16. 215. 223. 234. 236. 238. 302.
— auf Reisen 237.
— in Stockholm 223. 232.
— Urheber des Krieges 283.
Poklewski, russischer Gesandter in Teheran 52.
Pokrowski, Ministergehilfe 59.
Polen, Abfall 165.
— Adelswahlen 41.
— Agitation 41.
— Aufstand 41.
— autonomer Staat 278.
— Autonomie 255.
— und Deutscher Orden 288.
— und Deutschland 123.
— Erhebung 270.
— und Frankreich 40. 123.
— Konföderationen 221.
— und Österreich 123.
— und österreichisch-russischer Krieg 147.
— und Preußen 227.
— Preußisch-, und Rußland 280.
— Revolutionsgedanke 41.
— und Russen 78.
— Russifizierung 41. 273.
— Russisch-, österreich. Mißerfolg 277.

Polen, Russisch, und Weltkrieg 2.
— russische Niederlagen 269.
— russische Truppen 251.
— und Rußland 295.
— — und Livland 267.
— — und Preußen 246.
— — Versöhnung 40. 124. 164.
— Schicksal 66. 67.
— Sozialistenaufruf 147.
— städtische Selbstverwaltung 41.
— strategische Bahnen 19.
— Zartum 41.
— — Befreiung 147.
— Zersetzung 294. 295.
„Politika" (Belgrad) 198.
Polozk, Eufrosyne von 42.
Pommern, russische Invasion 261.
— russische Truppenlandung 275.
Popow, Ingenieur 130. 131.
Portsmouth, Frieden 129.
Portugal und England 286.
— und Frankreich 286.
— Monarchisten 45.
— Neutralität 286.
— ostafrikanische Kolonien 53.
— Putschversuch 55.
— republikanische Wirtschaft 45.
— und Spanien, Vereinigung 45.
— Zustände 89.
Porumbaro 218.
Posen 42.
— russische Invasion, Abweisung 249.
Prag, russischer Klub 76.
Premeti 105.
Preußen, Deutscher Orden 287.
— und Deutschland 227. 228. 229.
— und England, Gegnerschaft 268.
— Entartung 226. 228.
— und europäische Zivilisation 229.
— und Frankreich, Presse 57.
— — Revolution 227.
— Großmachtsansprüche 230.
— Hinrichtung 229.
— Korporalgeist 230.
— und orientalische Barbarei 227.
— Ostpreußen, Befreiung 282.
— — offene Grenzen 288.
— — russische Invasion 264. 266. 267.
— — — Abweisung 249.
— — russischer Mißerfolg 277.
— — — Niederlagen 269.
— — — Offensive 260.
— — Verheerung 288.
— und Pazifisten 227.
— und Polen 227.
Preußen und Rußland 233. 288.
— — Krieg, siebenjähriger 247.
— — und Polen 246.
— „die Sünde Europas" 228.
— Unfruchtbarkeit 228.
„Preußische Jahrbücher" 166.
„Princeß Royal", englisches Schlachtschiff 189.
Pruth, russische Niederlage 1711 295.
Purischkewitsch, russischer Abgeordneter 147. 164. 208.
Puerto Mexiko 104.
Pushen, Dr. med. 25. 26.
Putilow, Affäre 85.
Putilowwerke Petersburg 38.

Q.

Quebec 82.
„Queen Mary", englisches Schlachtschiff 189.

R.

Rabat 211.
Ranke, Leopold v. 215.
„Rappel" 66.
Rasdschke und Gedeke 109.
Rasputin 137. 145. 146. 193. 202. 249. 250.
— Affäre 238.
— Attentat 214.
— Sensation 235.
— Tod 222.
Ravenna 193.
Redmond, John 29. 128. 133. 203. 204. 231. 259. 284. 307. 308. 312. 313.
Regner 114.
Reims, gefallen 283.
— Schlacht 266.
Rennes 164.
„Reschadieh", türkisches Kriegsschiff 3.
Reuter, Bureau 63.
v. Reuter, Oberst, Freisprechung 10.
Reutern, Graf Michael v. 120.
Reval, Besuch v. Dumaabgeordneten 201.
— englisch-russische Monarchenzusammenkunft 243. 251.
— Kriegshafen 98.
„Revue Hebdomadaire" 95.
„Revue Politique Internationale" 52.
„Revue Politique et Parlementaire" 73. 226. 233.

Rhodesia-Katangabahn 53.
Ribot 39. 170. 188.
— Kabinett 169.
— — Demission 176.
— Sturz 180.
„Rjetsch“ 6. 101.
Riga, Belagerung 294.
Rio Bravo, Mündung 213.
„Rio de Janeiro“, Kriegsschiff 3.
Roberts, Lord 221. 302. 303.
— Agitation 306.
Rochette 106.
— Affäre 116.
Roedern, Graf, Staatssekretär für Elsaß-Lothringen 38.
Rodsjanko, Dumapräsident 124.
Rohrbach, Paul 283.
Rom, Panik 300.
— Stadtwahlen 193.
— Unruhen 193.
Romanow, Dynastie 294.
— Zäsarismus 79.
Roon 260.
Roosevelt 119. 161. 162. 195.
— Präsidentschaftskandidat 240.
— Rückkehr 194.
— und Wilson 162.
Root, Staatssekretär a. D. 161.
Rosen, Baron R. 57. 58. 60. 101.
Rotheit, Rudolf 139.
Rougier, Oberst 238.
Roumens, Major 163.
Ruchlow, russischer Minister 76.
Rudschi Pascha, ägyptisches Ministerium 91.
Rufidji 54.
Rumänien und Albanien 194. 211.
— und Bulgarien, Block 259.
— — Grenzkrawalle 220.
— — und Serbien und Montenegro, militärischer Block 261.
— und Deutschland 179. 285.
— konstituierende Versammlung 187.
— Liga nationaler Entwicklung 61.
— Ministerkrise 1.
— und Österreich-Ungarn 61. 179.
— — Gegensatz 218.
— — Militärkonvention 194.
— Parlament, Auflösung 29.
— — Eröffnung 83.
— und Rußland 179. 285. 293.
— — Abmachungen 224.
— — und Österreichs Vernichtung 77.
— — — Zerfall 60.
— — Truppendurchmarsch 258.
Rumänien und Rußland, Verhandlungen 194.
— und Siebenbürgen 61.
— Thronfolger in Zarskoje Sselo 91.
— und Tripelentente 218.
— Unabhängigkeit 285.
— und Ungarn 61.
Ruprecht, Kronprinz von Bayern, Sieg 260.
Russen und Deutsche 78.
— und Deutscher Orden 288.
— und Polen 78.
Russin, Admiral 200.
Rußland und Abendland, Konflikt 101.
— und Adria 263.
— und Afghanistan 27. 210.
— Aggressivpolitik 55.
— Agrarreform 76.
— und Alaska 295.
— Allianzagitation 119. 120.
— alter Kurs 67. 68.
— Angriffskriege 303.
— Anleihen 13. 14. 56. 88.
— Arbeiterausstände 110. 235.
— — und Deutschland 236.
— Arbeiterbewegung 231.
— Arbeitermarseillaise 236.
— Arbeiterpresse, Maßregelung 100.
— Armee, Alkoholverbot 191. 192. 193. 202.
— — Vergrößerung 126.
— — Wiederaufbau 207.
— und Armenien 24.
— und Asien, Vordringen 210.
— Auswanderungsbewegungen 42.
— und Balkan 12. 179. 259. 295.
— — Block 261.
— — Bund 106. 158. 303.
— — als Slawenstaat 273.
— — slawische Agitation 250.
— Barbarei 283.
— und Belgien 56.
— und Bosnien-Herzegowina, Annexion 298.
— Branntweinmonopol 36. 42. 56. 60. 70. 76. 166.
— und Braunschweig 295.
— Budgetstreit 42.
— und Bukowina 78.
— und Bulgarien 106. 258. 286.
— — Verhandlungen 43.
— Bureaukratie 287.
— Chauvinismus 187.
— und China 32. 295. 296.
— — Seezölle, Erhöhung 126.

Rußland, Cholera 231.
— und Churchill 31.
— und Dänemark, Lotsenfrage 126.
— und Dardanellen, Befestigung 23.
— Demütigungen von 1856 233.
— Deutsche 60.
— — Elemente 78.
— — Kolonisten 109.
— — Untertanen 272.
— — — Sonderrechte 250.
— Deutschenhaß 166. 188. 251. 272.
— und Deutschland 3. 5. 13. 298.
— — Annäherung 75. 207.
— — Bruch 256. 260.
— — und England 242.
— — Feindseligkeit 20. 177.
— — Freundschaft 241.
— — Gegnerschaft 98.
— — gemeinsame Interessen 208.
— — Grenzprovinzen 109.
— — Handel 208.
— — — Vertrag 205.
— — — — Verhandlungen 209.
— — Haß 78. 263.
— — Konflikt 254.
— — Krieg 41. 87. 147. 206. 241. 250.
— — — Erklärung 241.
— — Lotsenfrage 126.
— — öffentliche Meinung 109.
— — und Österreich 166.
— — und Panslawismus 296.
— — und Persien 300.
— — Potsdamer Abkommen 207. 208. 300.
— — Preßhetze 98. 120.
— — Truppenkonzentration 250.
— — und türkische Militärmission 15. 20. 21. 22.
— — Ultimatum 241.
— — Verständigung 101.
— — wirtschaftlicher Einfluß 85.
— Duma 85. 86.
— — Berufung 250.
— — Budgetdebatte 122. 136.
— — Mißtrauensvotum 46.
— — und Regierung 88. 99.
— — — Gegensätze 202.
— — — Konflikt 124. 125. 221.
— — und Reichsrat 101.
— — — Konflikt 202. 221.
— — stürmische Verhandlungen 136. 140. 145. 164.
— Dynastie bedroht 270.
— — unfähige 287.
— Eisenbahn, Anleihe 171.
Rußland, Eisenbahn, Bauten 39.
— — Landwirtschaftskurse 202.
— und England 3. 62.
— — Abkommen von 1907 73. 253.
— — Anleihen 56. 190.
— — Annäherung 201.
— — Begünstigungen 83. 85.
— — Bündnisbemühungen 224.
— — gegen Deutschland 246. 251.
— — Entente 101. 120. 126. 273.
— — Feindschaft 2. 291.
— — Flotte 244.
— — — Besuch 200.
— — und Frankreich 201.
— — — Bündnis 97. 108. 112. 113. 254.
— — — geographische Freunde 235.
— — Freundschaft 75. 151. 274. 299.
— — Handel 126.
— — Haß 244.
— — und Indien 158.
— — Kriegshilfe 72. 219.
— — Krimkrieg 244.
— — Lotsenfrage 126.
— — Marineabkommen 151. 152. 168. 171. 173. 174. 176. 224. 261.
— — militärische Abmachungen 115.
— — — Aktionspläne 275.
— — — Verpflichtungen 245.
— — und Mittelasien 225.
— — und Persien 157. 173. 177. 190. 221.
— — — Abkommen 171. 201. 224. 244. 251. 296. 297.
— — — Politik 26. 52.
— — — Ölquellen 209.
— — — Silber 71.
— — Politik, große 53.
— — politisches Komitee 71.
— — Rivalität 173.
— — Schwarzemeerflotte 3.
— — und Türkei 296. 297.
— — — Marinemission 23.
— — Verpflichtungen 252.
— estnische Revolution 272.
— und Europa 243.
— europäische Macht 78.
— Finanzen, Komitee 76. 88.
— — Krisis 170.
— — Lage 14.
— — Reform 60.
— — Verlegenheiten 126.
— — Zugeständnisse 279.
— und Finnland 125.
— Flotte 3. 108.

Rußland, Flotte, Fertigstellung 302.
— — Meuterei 250.
— — Plan, großer 4.
— — Revolution 147.
— — Wiedergeburt 207.
— Fortschrittler 86.
— und Frankreich 12.
— — Anleihen 20. 56. 57. 61. 75. 83. 155. 190.
— — Begünstigung 85.
— — Branntweinmonopol 61.
— — und Bulgarien 225.
— — Bündnis 14. 62. 75. 77. 78. 83. 97. 101. 120. 169. 241. 242. 250. 273. 276. 296.
— — — Gedanke 295.
— — — Krisis 209.
— — — Pflichten 180.
— — — Prüfstein 208.
— — — Treue 19.
— — und deutsche Invasion 291.
— — und Deutschland 206. 207.
— — — Krieg 205.
— — — und Österreich 236.
— — diplomat. Zusammenwirken 151.
— — dreijährige Dienstpflicht 122. 181. 207.
— — und England 188. 205. 206. 251. 304.
— — — Annäherung 244.
— — — Bündnis 97. 108.
— — — Entente 242.
— — — deutschfeindliche Koalition 297.
— — — Kriegstreibereien 298.
— — — Unterstützung 246.
— — — Verschwörung 152. 260.
— — Finanzen, Kontrolle 84.
— — — Kredit 2.
— — Heimlichkeiten 19.
— — und japanischer Krieg 242.
— — Industrie und Handel 84.
— — kombiniertes Vorgehen 87.
— — Kriegskonvention 152.
— — Lorbeeren 238.
— — militärische Beziehungen 19.
— — — Solidarität 84.
— — — Vereinbarungen 251. 252.
— — — Verpflichtungen 180. 181.
— — Milliardenanleihe 235.
— — Offensivallianz 114.
— — ökonomische Beziehungen 39.
— — und Orient, Frage 16.
— — — Probleme 225.
— — Parallelaktion 205.
— — und Polen 41.
Rußland u. Frankreich und Polen, Frage 123.
— — Presse 57.
— — — Bestechung 274.
— — Putilowaktien 38. 39.
— — Rüstungen 86. 98. 178.
— — und serbische Krisis 235.
— — und Türkei 4.
— — Unterstützung 261.
— — Verstimmung 85.
— Fremdenhaß 99.
— und Galizien 270.
— Gesellschaft und Regierung, Bruch 58.
— Getreideexport 88.
— Goldreserve 88.
— und Griechenland, Verhandlungen 43.
— und großserbische Agitation 234.
— Handelsflotte, Streik 147.
— Handlungsgehilfengesetz 85.
— Heiliger Synod 42.
— Heiligsprechungen 42.
— und Holstein 295.
— Huligans 69.
— Hungersnöte 88.
— und Japan 17. 32. 129.
— — Annäherung 262.
— — Freundschaft 263.
— — Krieg 78. 98. 135. 242. 250. 255. 296.
— — — und Deutschland 242.
— — — Hilfe 285.
— — und Mongolei 63.
— — Städtebudget 148.
— — Verständigung 296.
— Imperialismus 207. 293. 295.
— — und Volk 297.
— — und Weltkrieg 297.
— und Indien 295.
— — Bahnverbindung 158.
— innere Entwicklung 87.
— — Krisen 91.
— — Lage 97. 98. 101.
— — Mißwirtschaft 250.
— — Politik 75. 76. 85. 172.
— — — Programm 250.
— Judenhaß 100.
— Kadetten 86.
— Käuflichkeit 40.
— kaukasische Armee 3.
— Kirche und Sozialismus 69.
— — Austritte 70.
— und Kleinasien, Bahnen 109.
— Kleinrussen bedrängt 250.
— — Erhebung 270.
— — Russifizierung 273.

Rußland, Kleinrussen, Verfolgung 99.
— Kleinrußland, Abfall 165.
— — Autonomie 99.
— konfessionelle Propaganda 273.
— Konservative, antipolnische Richtung 2.
— und Konstantinopel 273. 280. 286.
— Konzil 146.
— Kredit im Auslande 88.
— Krieg und Reaktion 68.
— — Revolution 68. 88.
— — Bereitschaft 85. 151. 298. 299.
— — Lasten 278.
— — Partei 87. 302. 304.
— — Vorbereitung 218.
— und Kulturaufgaben 280. 291.
— „Kultus des Fleisches" 69.
— und Kurland 295.
— Lena-Interpellation 99.
— lettische Revolution 272.
— liberale Politik 85.
— liberaler Zusammenschluß 86.
— Liberalismus 68.
— Lügen 276. 289.
— lügnerische Versicherungen 247.
— und Mandschurei 101.
— — Zolltarif 126.
— Mäßigkeitsvereine 69.
— und Mecklenburg 295.
— Militärbudget 137.
— Ministerium des Innern, Kritik 146. 148.
— Mißernte 231.
— Mittelmeerflotte 158.
— Mittelschulreform 172.
— Mobilisierung 39. 234. 241.
— — Schwierigkeiten 41.
— und Mongolei 8. 9. 17. 32. 101.
— und Montenegro, Absorbierung 210.
— moralische Überlegenheit 235.
— Mystizismus 98.
— Nationalismus 59. 88. 272.
— Nationalisten 60. 86. 99.
— nationalistische Politik 98. 125.
— Naturschätze 3. 56.
— neuer Kurs 67.
— Niederlagen 57. 269.
— und Norwegen 280.
— — Lotsenfrage 126.
— Nüchternheitsfest 120.
— Nüchternheitsgesellschaften 191. 192.
— öffentliche Meinung, Vergiftung 251.
— Oktobristen 86.
— und Orient, europäischer 263.
— — Politik 179.
— und Ostasien 250.
Rußland und Osten 101.
— und Österreich 78.
— — Bruch 256. 260.
— — freundschaftliche Beziehungen 218.
— — Gegnerschaft 98.
— — Haß 263.
— — Konflikt 304.
— — Krieg 76. 87. 147. 151. 250. 304.
— — — von 1866 272.
— — — Erklärung 241.
— — — Gefahr 1913 303.
— — Preßangriffe 76.
— — Ringen in Galizien 283.
— — und Serbien 234.
— und Osteuropa, Herrschaft 241.
— und Ostgalizien 78.
— und Ostpreußen 264.
— — Mißerfolg 277.
— Ostseeprovinzen, Abfall 165.
— — Russifizierung 250.
— panslawistische Doktrin 273.
— — Hetze 243.
— Parlamentarismus 67.
— Parteigruppierung 86.
— Parteikampf 35.
— pekuniäre Schwierigkeiten 12.
— und Persien 9. 17. 79. 101. 126. 156. 171.
— — Freundschaft 138.
— — Krieg 1721 295.
— — Naphthakonzessionen 221.
— — Nordprovinzen 222.
— Pest 231.
— und Polen 295.
— — bedrängt 250.
— — und Livland 267.
— — Versöhnung 40. 124. 164.
— — Vorlage, Ablehnung 164.
— — Preußisch- 280.
— Politik, große 1.
— politische Intrigen 231.
— — Lage 57.
— Presse 87. 112. 233.
— — Mobilmachung 255.
— — panslawistische 263.
— — Gesetz 76.
— und Preußen 233. 288.
— — Krieg, Siebenjähriger 247.
— — und Polen 246.
— Radikalismus 59.
— Reaktion 68.
— — und Krieg 68.
— — und Revolution 68.
— Reformen 172.
— Regierung Bestellungen 39.

Rußland, Regierung und Duma 88. 99. 202.
— — — Konflikt 124. 125. 221.
— — und Gesellschaft, Bruch 58.
— — und Reichsrat 124. 125.
— — und Volksvertretung 85.
— Reichsrat 85. 86.
— — und Duma 101.
— — — Konflikt 202. 221.
— — und Regierung 124. 125.
— — und polnische Frage 124.
— — und Trunksucht 56.
— — und Vickers 39.
— Revolution 242. 250.
— — und Krieg 68. 88.
— — und Reaktion 68.
— revolutionäre Bewegung, neue 236.
— — Krisis 269.
— — Propaganda 199.
— und Rumänien 179. 285. 293.
— — Abmachungen 224.
— — und Österreichs Vernichtung 77.
— — und Österreichs Zerfall 60.
— — Truppendurchmarsch 258.
— — Verhandlungen 194.
— Rüstungen 13. 98. 171. 217.
— und Ruthenen 98. 99.
— und Sarajewo, Mord 210.
— — Prozeß 219.
— Schlagfertigkeit 19.
— Schulkinder und Trunksucht 70.
— und Schwarzes Meer 295.
— und Schweden 267. 280.
— — Lotsenfrage 126.
— — Poincarés Vermittlung 223.
— Schwindsucht 70.
— Senatsreform 99.
— und Serbien 232. 304.
— — und Bulgarien 106.
— — gegen Deutschland und Österreich 245.
— — Geldhilfe 261.
— — und Österreich 233.
— — Verhandlungen 43.
— und Sibirien 295.
— und Skandinavien 294.
— Slawenbankette 87. 303.
— Slawophilen 296.
— — Ideale 250.
— Sozialdemokraten 86. 136.
— Sozialismus und Kirche 69.
— Staatsstreich 67.
— Städte, Selbstverwaltung 148.
— Sterblichkeit in den Städten 148.
Rußland, strategische Bahnen 20. 98. 108. 235. 237. 302.
— Synod, heiliger 145. 146.
— — Bericht 68.
— tatarische Gewaltherrschaft 294.
— Trunksucht 42. 62. 69. 70. 166.
— — und Reichsrat 56.
— — und Schulkinder 70.
— Truppen, Inspektion durch französische Generalstabsoffiziere 181.
— — Massen 231.
— — Vermehrung 235.
— und Tschechen 109.
— und Türkei 7. 111. 137. 295.
— — armenische Reform 15.
— — asiatische 109.
— — und deutsche Militärmission 6. 15.
— — Flotte 3. 158.
— — Freundschaft 137. 138.
— — Konflikt 9.
— — Krieg 1877/78 255.
— — Kriege 296.
— — Verhandlungen 43.
— und Ungarn 78. 233.
— — Liebäugeln 139.
— — Ruthenenagitation 99.
— und Vereinigte Staaten und deutscher Handel 290.
— — Handelsvertrag 185.
— — Judenfrage 184. 185.
— Verfassungsstaat 296.
— Verfolgungswahn 109.
— Volk und Imperialismus 297.
— — Vertretung und Regierung 85.
— Wahlpolitik 46.
— Waldbrände 221. 231.
— Westprovinzen, Russifizierung 41.
— Wortbruch 246.
Ruthenen und Rußland 98. 99.
Ruyter 249.

S.

Sabler, Oberprokureur des heiligen Synod 145. 166.
Said Ali Bei, Kurdenhäuptling 25.
Saint-Brieuc 164.
St. Quentin, engl. Niederlage 266. 283.
— französische Niederlage 266.
Salandra, Ministerium 91.
Salinacruz 104.
Saloniki 238.
Samoa, Gruppe und Japan 290.
Samsam es Saltane 26.
Sanders, Mission 8.

San Franzisko 46. 270.
Santiago de Chile 91.
Santi-Quaranto, Freihafen 106.
Sarajewo, Belagerungszustand 198.
— Mord 196. 197. 210. 225.
— — Urheber 232.
— Prozeß 219.
„Saturday Review" 12.
Savoyen und Italien 258.
Schat el Arab 17.
Schewtschenko, kleinruss. Dichter 99.
Schmidt, Henri 70.
Schotten in der britischen Flotte 274.
— und Engländer 274.
Schottland, Frauenwahlrecht 144.
— Homerule 133. 144.
Schtscheglowitow, russischer Justizminister 85.
Schuju ed Dowleh 79.
Schuster, Amerikaner 52.
Schwarzes Meer 250.
— Handelsflotte, Streik 147.
— und Rußland 295.
Schweden, Bauerndemonstration 46.
— und Deutscher Orden 287.
— und Deutschland, antirussische Propaganda 209.
— — Sympathien 286.
— Festigung 64.
— Großmachtstellung 286.
— Kammerauflösung 83.
— Landesverteidigung 46.
— Neutralität 257.
— Reichstagseröffnung 19.
— und Rußland 267. 280.
— — Lotsenfrage 126.
— — Poincarés Vermittlung 223.
— Wahlen 121.
Schweiz, deutsche Invasion 289.
— Kriegsrüstung 257.
— Neutralität 257.
— Verteidigungsanlagen 257.
— und Wilhelm II. 257.
Schwiga, tschechischer Deputierter 109.
Séché, Alphonse 141.
de Selves 106. 237.
Sembat, Marcel 66. 67.
„Semschtschina" 201. 208.
Sepoys 134.
Serafim von Sarow 42.
Serbien und Adria 179. 210. 280.
— und Albanien 210. 220.
— und Balkankrieg 167.
— und Bosnien-Herzegowina 210. 280.
— — Annexion 298.
Serbien und Bulgarien 130.
— — Haß 23.
— — Kämpfe 106.
— — Krieg 304.
— — Missetaten 179.
— — und Rußland 106.
— — Verhandlungen 43.
— und Deutschland, Kriegserklärung 248.
— und England 235.
— und Frankreich 233.
— — Mission 238.
— Fürstenmorde 197.
— Größenwahn 197.
— Großserbentum, verbrecherisches Treiben 232.
— großserbische Agitation 219. 234.
— Kinderkrankheiten 198.
— Krisis 235.
— und Kroatien 280.
— Ministerkrise 1.
— und Montenegro 179. 210.
— — und Bulgarien und Rumänien, militärischer Block 261.
— Neu-, Schlachtfelder 238.
— Niederlage an der Drina 258.
— und Österreich 236. 237. 279.
— — Konflikt 225. 308.
— — Krieg 233.
— — — Erklärung 232.
— — Offensive 277.
— — Thronfolgerermordung 197.
— — Ultimatum 232.
— und Rußland 232. 304.
— — Geldhilfe 261.
— — und Österreich 233.
— — — und Deutschland 245.
— — Verhandlungen 43.
— und Sarajewo-Prozeß 219.
— und Tschechen 109.
— und Türkei, Friedensschluß 83.
— Unabhängigkeit 304.
— Verfassung 130.
Sewastopol 3.
Shillinski, russ. Generalstabschef 263.
Sibirien 60.
— und Rußland 295.
Siebenbürgen und Rumänien 61.
Sikhs 134.
Simon, Hégésippe 33. 34.
„Sinfein" 175.
Skandinavien und England 310.
— und Rußland 294.
Skutari 167.
— albanisch 12.
Slawen, russische Aufreizung 273.

Slawen, Südslawen, demokratisch-republikanischer Charakter 199.
Slawischer Bund 165.
Sligo 314.
Smith, E. E. 31.
Société des Artistes Français 114.
Société de Crédit Industriel 13.
Société Générale 13.
Solf, Dr., in London 54.
„Solidarité Militaire“ 216. 217.
Solun, Hafen 52.
Sonora 47. 182. 183.
Soulliac 107.
Spanien und England 310.
— — Flotte 244.
— und Frankreich, Zusammenhang 89.
— und Mexiko 183.
— Neutralität 286.
— — Erklärung 255.
— und Portugal, Vereinigung 45.
— Regierung, unsichere Lage 88.
— republikanische Anschläge 199.
— Wahlen 89.
Spithead, Flottenrevue 275.
Spring Rice, Sir Cecil, englischer Gesandter in Teheran 52.
Ssasonow 6. 71. 75. 87. 100. 151. 152. 153. 156. 166. 189. 300. 302.
— Abschiedsgesuch 60.
— Rede über auswärtige Politik 150. 151.
— — in der Duma 164.
— Reise nach Livadia 137.
Ssuchomlinow, russischer Kriegsminister 60. 180. 191.
Stackelberg 3.
Stallupönen, deutsche Erfolge 255.
„Standard“ (London) 299. 300. 301.
„Standard Oil Company“ 103.
„Standard Oil Trust“ 183.
Stein, Freiherr v., Unterstaatssekretär für Elsaß-Lothringen 38.
Stiller Ozean 33.
Stockholm, Bauerndemonstration 46.
Stolypin 124.
Stössel 3.
Straßburg 216.
Stürgkh, Ministerium 139.
Südsee 275. 290.
— Inseln, und England 280.
Suezkanal, Aktien 209.
Sultan Achmet, Schah von Persien 52. 138.
— Krönung 79.
„Sunbeam“ Yacht 200.
Sunjatsen, Dr. 129.
Sven Hedin 209.
Swerbejew, Botschafter 130. 187. 223.
Szamaiten 287. 288.

T.

Tabora 53.
Taft 119. 161.
Tahsin Bei 24.
Take Jonescu 218.
Tampico 91. 212.
— Affäre 103. 104.
— Hafen 104.
— Kämpfe 132.
Tanganjika Concessions Ltd. 53.
Tanganjikasee 53. 54.
Tannenberg, russische Niederlage 282. 287. 288.
— Schlacht von 1410 287.
Tardieu 153. 269.
Taube, Baron 172.
Taza, Einnahme 135. 211.
Tebes 52.
Teheran 16. 210. 224.
— Besuch des Schahs 138.
— Deutsche Gesandtschaft 25.
— Krönung des Schahs 239.
Tehuantepek, Isthmus, Eisenbahn 103.
„Temps“ 5. 6. 7. 14. 15. 16. 19. 21. 22. 28. 31. 38. 39. 70. 81. 86. 88. 89. 101. 107. 110. 113. 115. 124. 133. 136. 137. 140. 153. 158. 166. 169. 170. 180. 187. 194. 200. 212. 219. 233. 234. 244. 252. 256. 298.
Teragilin 17.
Texas und Mexiko 118.
Themse 249.
— Mündung, Minenkrieg 248.
Therapia 259.
Thomson, französischer Deputierter 89.
Thrazien 130.
Thun, Fürst, Statthalter 139.
Tilsiter Frieden 273.
Timaschew, russischer Minister 100. 110.
„Times“ 108. 171. 172. 177. 178. 224. 238. 246. 256. 268. 298.
— russische Nummern 17. 57.
Tirlemont, deutscher Erfolg 260.
Tokio, Demonstration gegen Regierung 46.
Toronto 81.
— deutsche Zeitung 82.
Torreon 91.
Toulon, russischer Flottenbesuch 190. 200.
Transsaharabahn 163.

Transvaal, Minenarbeiterausstand 27.
Trevelyan, Charles 259.
Tripelentente 206.
— und Balkanstaaten 178.
— und Belgien 178.
— und Bulgarien 178.
— und Dänemark 178.
— und Deutschland 15. 201.
— und Dreibund 4. 178. 217. 234. 242.
— — Bruch 12.
— — Gegensatz 57.
— — Inselfrage 23.
— — und Türkei 8.
— durchschlagender Erfolg 279.
— Einheit, keine politische 114.
— Erweiterung 223.
— und Holland 178.
— und Italien 258.
— militärische Aktionseinheit 261.
— — Vereinbarungen 168.
— moralische Kraft 234.
— und Österreich 78.
— und Rumänien 218.
— Rüstung 5.
— als Tripelallianz 112. 113. 115. 150. 152. 173. 188.
— und Türkei 8. 285.
— Verschwörung gegen 216.
Tripolis, Krieg 135.
Tschahbar 157.
Tscharykow, russischer Botschafter in Konstantinopel 8.
Tschechen und Bulgarien 109.
— und Rußland 109.
— und Serbien 109.
Tschechisch-russische Partei 109.
Tschehidse, russischer Abgeordneter 124.
— Begnadigung 236.
Tschelnokow, russ. Abgeordneter 148.
Tschungking 63.
Tudors 308.
Türkei und Albanien 199.
— Anleihe 4. 14.
— und Araber 16.
— Armee und Deutsche 3.
— und Armenien 16. 24.
— — Reformen 7.
— asiatische, deutscher Hafen 8.
— — Eisenbahnbauten 56.
— — und Rußland 109.
— und Balkanbund 106.
— und Bulgarien, Verhandlungen 43.
— und Deutschland 293.
— — Bahnen 8.
— — Militärmission 2. 5. 6. 7. 21. 110.
Türkei und Dreibund 7.
— und England 259. 297.
— — Dardanellenbefestigung 23.
— — Marinemission 2.
— Flotte 3.
— — Reform 158.
— — Rekonstruktion 2.
— und Frankreich 3. 4. 111.
— — Anleihe 108.
— Generalität, Veränderungen 16.
— und Griechenland 120. 285.
— — Beziehungen 130. 200.
— — — gespannte 158.
— — Frieden 194.
— — Inselfrage 7.
— — Krieg 7.
— — Ultimatum 176.
— — Verhandlungen 43.
— Machtstellung 2.
— militärische Vorbereitungen 23.
— Parlament, drittes 149.
— — Eröffnung 140.
— und Persien, Abgrenzung 9. 17.
— Reformen 23.
— und Rußland 3. 4. 7. 111. 137. 295. 297.
— — armenische Reform 15.
— — und deutsche Militärmission 15.
— — Flotten 158.
— — Freundschaft 137. 138.
— — Konflikt 9.
— — Krieg 1877/78 255.
— — Kriege 296.
— — Verhandlungen 43.
— und Serbien, Friedensschluß 83.
— Staatsleben, Reform 7.
— und Tripelentente 8. 285.
— Wiedergeburt 303.
Turkestan, Auswanderungsbewegung 42.

U.

Ugodowzen 41.
Ukrainophile 76.
Ulster 30. 92. 93. 127. 128. 203.
— Bewaffnung 133. 221.
— Frage 119.
— — Konferenz 223.
— und Homerule 132. 144. 220. 231. 307.
— Konferenz 232.
— Leute 156. 175.
— — Bewaffnung 307.
— „loyale Revolution" 307.
— provisorische Regierung 221. 239.
— Unordnungen 239.

Ulster, Waffenlandungen 112.
Ungarn und Albanien 167.
— und Rumänien 61.
— und Rußland 78. 233.
— — Liebäugeln 139.
— — Ruthenenagitation 98. 99.
Union Minière 53.
„United Press“ 284.
Urga, Mongolen, Unabhängigkeit 169.
— -Peking, Eisenbahn 101.
Urmiagebiet 9.
Uruguay 42.

V.

Valencia, Unruhen 74.
Valona 106. 160.
Vancouver 81.
„Vancouver German Press“ 82.
Vatikan und Frankreich, Versöhnung 214.
„Velhagen u. Klasings Monatshefte“ 316.
Venedig, Zusammenkunft Kaiser Wilhelms mit König Viktor Emanuel 91.
Venizelos in London 29.
— in Paris 10.
— in Petersburg 43.
— in Rom 10.
Veracruz 47. 48. 104. 182. 240.
— Besetzung durch Amerikaner 102.
„Verband zum Erzengel Michael“ 202.
Vereinigte Staaten siehe Amerika.
Versailles, Kaiserproklamation 272.
Vickers 3. 39.
Viktor Emanuel III. und Wilhelm II. in Kiel 8.
Viktoria, Königin von England 94.
— Bestattung 253.
Viktoria Luise, Herzogin zu Braunschweig 248.
Villa, General 47. 48. 65. 80. 90. 103. 104. 118. 182. 231.
— Beseitigung 160.
— Präsident von Mexiko 49.
— Sieg 150.
— und Wilson 183.
Villagos 233.
„Vineta“, Kreuzer 29.
Viviani 169. 188. 209.
— Abreise von Dünkirchen 223.
— Ministerium 214.
— Ministerpräsident 180. 187.
— in Petersburg 223.
Viviani auf Reisen 237.
Vlissingen, Befestigung 300.
Vogesen, Entwaffnung 163.
— Sieg des Kronprinzen v. Bayern 260.
Völkerrecht und England 267. 283.
„Vossische Zeitung“ 93. 180. 224.

W.

Waldeck-Rousseau 65. 96.
Wales, Prinz von 245.
— Homerule 133.
— Trennung von Kirche und Staat 50.
Waliszewski, Historiker 1. 2. 106. 123. 223. 251.
Wan 25.
— Wali 24.
Wangenheim, Baron, deutscher Botschafter in Konstantinopel 110.
„Waräger Fürsten“ 294.
Warschau 41.
— deutschfeindliche Kundgebungen 91.
— Schlacht 294.
Wassili, Graf Paul 287.
Waterford 314.
Waterloo 268.
Waverley 28. 32.
Weber, Ministergehilfe 59.
Wedderburn, Sir William 144.
Weichsel, Schlacht 293.
Weiler, französische Niederlage 255.
„Weißer Wolf“ 79. 129.
Weißes Meer, Handelsflotte, Streik 147.
Wellington, Herzog von 316.
Weltfrieden und Deutschland 233.
Weltkrieg 2.
— und Balkanstaaten 258.
— und Deutschland 270.
— und England 252. 297. 308.
— und Japans Beteiligung 268.
— und Irland 305.
— und Italien 257. 258.
— Kosten, tägliche 278.
— und russischer Imperialismus 297.
— Ursprung 284.
— und Vereinigte Staaten 256.
Weltpostvereinsvertrag 257.
Wernander, Gehilfe des russischen Kriegsministers 181.
„Weserzeitung“ 52.
Wesselitzki 4. 115. 251.
Westindien, Inseln 310.
Westminsterabtei, Bombenattentat von Suffragetten 176.
„Wetschernoje Wremja“ 120.

Wheeler, Benjamin Ide 116.
Whelpley, James Davenport 181. 184. 185.
Wien und Sarajewo-Mord 219.
— Tschechenversammlung 77.
Wilde, Oskar 316.
Wilhelm I., Kaiser 241. 260.
Wilhelm II., Kaiser 206. 216. 246. 247. 262.
— Abreise ins Feld 255.
— Büste 114.
— und England 253. 275.
— — Verleumdungskampagne 289.
— im Felde 282.
— und Franz Ferdinand, Erzherzog 176.
— Friedensfürst 247.
— Friedensregiment 242.
— 55. Geburtstag 29.
— und Georg V. 253.
— in Karlsruhe 132.
— in Korfu 110.
— und Nikolaus II., freundschaftliche Beziehungen 250.
— Nordlandsreise 205.
— — Abbruch 232.
— in Potsdam 196. 232.
— Rede in Damaskus 268.
— und Schweiz 257.
— in Tanger 298.
— und Viktor Emanuel III. in Kiel 8.
— — in Venedig 91.
— und Wilson, Telegramme 290.
Wilhelm, deutscher Kronprinz, Einnahme von Montmedy 266.
— im Felde 248.
— Sieg 260.
Wilhelm von Oranien 308.
Wilhelm, Prinz zu Wied 65.
— Fürst von Albanien 83. 105. 120. 138. 167. 194. 199. 211. 220. 231.
— in Petersburg 74.
Williams, Robert 53.
Williams, amerikanischer Gesandter in Athen 199.
Wilna, Gouvernement 41.
— Kämpfe 269.
Wilson, Woodrow, Präsident 8. 28. 29. 33. 47. 48. 73. 80. 90. 102. 105. 116. 117. 118. 195. 204. 231. 257. 277.
Wilson und Albanien 199.
— auswärtige Politik 185.
— und England 90.
— und Friedenskongreß 278.
— und Huerta 182.
— Mexikopolitik 37. 50. 80. 81. 90. 102. 103. 138. 149. 160. 161. 162. 181. 184. 240.
— und öffentliche Meinung 90.
— Rede in Mobile 181.
— und Roosevelt 161. 162.
— Trustpolitik 161.
— und Villa 183.
— und Weltkrieg 271.
— und Wilhelm II., Telegramme 290.
Winterpalais, Ministerratssitzung 99.
Wisconsin 82.
Witebsk, Gouvernement 41.
Witold von Litauen 287.
Witte, Graf 35. 36. 56. 60. 76. 100. 149. 166.
Wladimir-Wolynsk 109.
Wladislaw Jagiello, König 287.
Wolfe Tone 309. 311.
Wolfe, General 316.
Wolgagebiet, Auswanderungsbewegung 42.
Wolhynien, Gouvernement 41. 164.
Wolost 86.

Y.

York, Graf 210.
„Yorkshire Post" 126.

Z.

Zabern, Affäre 10.
— Konflikt 20.
Zakatecos 182.
Zapata, General 182.
Zaritzyn, Artilleriewerkstätten 39.
Zarskoje Sselo 91.
Zimmermann, Unterstaatssekretär 158.
Zoe, Nichte des Kaisers von Byzanz 294.
Zola 269.
„Zrna Ruka" 232.

175421

HG.
S3526d

Author Schiemann, Theodor

Title Deutschland und die grosze Politik. Vol.14

DATE.

NAME OF BORROWER.

University of Toronto
Library

DO NOT
REMOVE
THE
CARD
FROM
THIS
POCKET

Acme Library Card Pocket
Under Pat. "Ref. Index File"
Made by LIBRARY BUREAU